Hessisches

Regierungsblatt

für das Jahr 1929.

Darmstadt.

Buchhandlung des Hessischen Staatsverlags.

Hessisches Regierungsblatt.

1929 **Darmstadt, den 17. Januar 1929.** Nr. 1

(Siebenter Tag nach Ablauf des Ausgabetags 24. Januar 1929.)

Inhalt: Teil I: Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Schutzpolizei vom 20. Juli 1923. S. 1 — Bekanntmachung, die Deutsche Arzneitaxe 1929 betreffend. S. 5 — Berichtigung. S. 6 — Teil II: Errichtung von Kirchengemeinden und Pfarreien sowie Aenderung der Bezirke derselben. S. 6 — Namensänderungen. S. 6 — Dienstnachrichten. S. 6 — Dienstentlassung. S. 7 — Ruhestandsversetzungen. S. 7 — Sterbefälle. S. 8.

Teil I

Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Schutzpolizei vom 20. Juli 1923.

Vom 14. Dezember 1928.

Zur Ausführung des Gesetzes über die Schutzpolizei vom 20. Juli 1923, in der durch Artikel 57 des Polizeibeamtengesetzes vom 21. März 1928 gegebenen Fassung, wird unter Aufhebung der Ausführungsverordnung vom 16. März 1925 (Reg.-Bl. S. 25) hiermit folgendes verordnet:

Zu Artikel 1.

I. Gliederung.

1. Polizeiwachtmeister (Sammelbegriff) mit folgenden Rangklassen:
   a) Polizeianwärter,
   b) Polizeiwachtmeister,
   c) Polizeioberwachtmeister,
   d) Polizeihauptwachtmeister,
   e) Polizeimeister*).
2. Polizeioffiziere mit folgenden Rangklassen:
   a) Polizeileutnant, Polizeioberleutnant, Polizeioberleutnant der Verwaltung**),
   b) Polizeihauptmann, Polizeihauptmann der Verwaltung**), Polizeiarzt,
   c) Polizeimajor, Polizeichefarzt,
   d) Polizeioberstleutnant,
   e) Polizeioberst.

II. Befehlsbefugnis und Vorgesetztenverhältnis.

1. Im dienstlichen Zusammenwirken ist jeder ranghöhere Offizier und jeder Polizeiwachtmeister vom Polizeioberwachtmeister aufwärts Vorgesetzter gegenüber jedem Polizeibeamten niederen Dienstgrades, wobei es ohne Bedeutung ist, ob es sich um unkündbar angestellte Beamte handelt oder nicht.
2. Außerdem ist jeder Polizeibeamte, dem auf ausdrückliche Anordnung oder auf Grund bestehender Dienstvorschriften Befehlsbefugnis über andere Beamte übertragen ist, für die Dauer und den Umfang dieser Dienstverhältnisse Vorgesetzter der ihm unterstellten Beamten.
3. Die in den Beschlagschmieden beschäftigten Beamten sind in allen Angelegenheiten des Beschlagdienstes den vertraglich verpflichteten Tierärzten unterstellt.
4. Im außerdienstlichen Verkehr ist jeder ranghöhere Polizeibeamte gegenüber dem rangniederen Vorgesetzter, jedoch nur in Fällen, wo im Interesse des Ansehens der Polizei Verstöße gegen Anstand und gute Sitte sofort gerügt und abgestellt werden müssen. Wird in solchen Fällen die Befehlsbefugnis in Anspruch genommen, so ist dies bei Beginn des Einschreitens unzweideutig zum Ausdruck zu bringen.

*) Soweit kündbare Polizeimeister vorhanden sind.
**) Solange diese Dienstgrade noch vorhanden sind.

Zu Artikel 4.

Hinsichtlich der Lehrgänge und Prüfungen an der Landespolizeischule sowie der Grundsätze über Laufbahn und Beförderungen werden von dem Minister des Innern besondere Vorschriften erlassen.

Zu Artikel 6.

1. Die Genehmigung zur Annahme von Geschenken oder Belohnungen in bezug auf den Dienst erteilt die vorgesetzte Behörde.
2. Die erforderliche Genehmigung zur Eingehung der Ehe erteilt der Minister des Innern. Die Genehmigung wird nur in Ausnahmefällen erteilt. Voraussetzung für die Erteilung ist, daß der Antragsteller und seine Braut schuldenfrei sind.

   Jedem Polizeibeamten, der zur Eingehung einer Ehe der Genehmigung nicht bedarf oder dem eine solche Genehmigung erteilt wurde, ist darüber auf seinen Antrag vor der Eheschließung von seiner Dienststelle eine amtliche Bescheinigung nach dem Muster der Anlage 1 a oder b kostenfrei auszustellen.
3. Jeder Polizeibeamte hat nach erfolgter Verheiratung Ort und Datum derselben zwecks Eintragung in die Personalpapiere zu melden.
4. Die in Art. 6 Abs. 2 vorgesehene Genehmigung erteilt der Minister des Innern. Sie wird nur

in Ausnahmefällen und nur dann erteilt, wenn dienstliche Interessen nicht entgegenstehen.

Zu Artikel 8.

An Stelle des Gesetzes, die Besoldung der Staatsbeamten betreffend, vom 14. Oktober 1921 (Reg.-Bl. S. 231) ist das an dessen Stelle getretene Gesetz vom 30. März 1928 (Reg.-Bl. S. 49) maßgebend.

Zu Artikel 9.

I. Wohnen in den Polizeiunterkünften.

Die Gesamtzahl der Polizeibeamten, die in den Polizeiunterkünften wohnen müssen, wird von dem Minister des Innern im Rahmen der bei der Verteilung der Polizeistärken auf die Länder Hessen zugestandenen Höchstzahl festgesetzt. Hieraus kann der einzelne Polizeibeamte für sich keine Rechte herleiten.

Zum Wohnen in den Polizeiunterkünften sind verpflichtet:

1. die unverheirateten Beamten der Bereitschaftspolizei und der Landespolizeischule;
2. die verheirateten Beamten der Bereitschaftspolizei und der Landespolizeischule, deren Familien außerhalb des Standortes wohnen;
3. die verheirateten Beamten der Bereitschaftspolizei und der Landespolizeischule mit ihren Familien, soweit ihnen eine ihrem Familienstand entsprechende Wohnung innerhalb der Polizeiunterkunft oder in einem hierzu gehörigen Beamtenwohnhaus zugewiesen wird. Für eine Wohnungszuweisung kommen in erster Linie solche Beamte in Betracht, deren Diensttätigkeit das Wohnen in der Polizeiunterkunft im dienstlichen Interesse geboten erscheinen läßt.

Die Polizeioffiziere sind von der Verpflichtung zum Wohnen in der Polizeiunterkunft befreit; der Minister des Innern kann jedoch das Wohnen eines Polizeioffiziers in jeder Polizeiunterkunft anordnen, wenn es im dienstlichen Interesse geboten erscheint.

Im übrigen kann Befreiung von der Verpflichtung zum Wohnen in der Polizeiunterkunft nur in besonders begründeten Fällen von dem Minister des Innern erteilt werden.

Die Vorschriften über die Benutzung der Wohnungen in den Polizeiunterkünften (Hausordnung) sowohl für den Wohnraum der unverheirateten als auch für die Wohnungen der verheirateten Beamten, werden von den Polizeiämtern Darmstadt und Offenbach, dem Kreisamt Friedberg sowie von dem Direktor der Landespolizeischule hinsichtlich der ihnen unterstellten Polizeiunterkünfte erlassen.

II. Verpflegung.

Mit der Verpflichtung zum Wohnen in der Polizeiunterkunft ist für die unverheirateten Beamten auch die Verpflichtung zur Teilnahme an der aus dienstlichen Gründen erforderlichen gemeinsamen Küchenverpflegung verbunden.

Befreiung von der Teilnahme an der gemeinsamen Verpflegung kann in besonders begründeten Fällen (z. B. bei Dienst auf Polizeirevieren) von den Amtsvorständen oder dem Direktor der Landespolizeischule erteilt werden.

Der Küchenbetrieb unterliegt der Dienstaufsicht der Leiter der Bereitschaftspolizeien.

Zu Artikel 10.

Maßgebend für die Berechnung der Ersatzleistung ist der Tragewert.

Zu Artikel 11.

Hinsichtlich der Heilfürsorge gelten bis zum Erlaß weiterer Vorschriften die seitherigen Bestimmungen.

Zu Artikel 14.

1. Die Entlassung soll in der Regel auf das Monatsende erfolgen.
2. Vor der Entlassung hat eine polizeiärztliche Untersuchung über den Gesundheitszustand stattzufinden; der Befund ist zu den Akten zu nehmen.
3. Jede Entlassung ist dem Minister des Innern rechtzeitig mitzuteilen.

Zu Artikel 18.

Höchstalter der Dienstgrade der Polizeioffiziere.

1. Als Höchstaltersgrenzen werden festgesetzt:
   a) für Polizeileutnante und Polizeioberleutnante der Tag der Vollendung des 45. Lebensjahres,
   b) für Polizeihauptleute der Tag der Vollendung des 48. Lebensjahres,
   c) für Polizeimajore der Tag der Vollendung des 51. Lebensjahres,
   d) für höhere Dienstgrade der Tag der Vollendung des 55. Lebensjahres.
2. Die Ausführungsbestimmung unter Ziffer 2 zu Artikel 14 findet entsprechend Anwendung.

Zu Artikel 27 und Artikel 40.

I. Zuständigkeit zur Verhängung von Dienststrafen.

1. Es können verhängen:
   a) der Minister des Innern sämtliche Ordnungsstrafen,
   b) die Vorstände der Polizeiämter Darmstadt, Offenbach, Gießen und Bad-Nauheim, ferner der Leiter der Materialverwaltungsstelle für die Hessische Polizei, der Direktor der Landespolizeischule und die Kreisdirektoren Warnungen, Verweise und Geldstrafen bis in Höhe von $^{10}/_{30}$ des einmonatlichen Grundgehalts,
   c) die Leiter des Außendienstes bei den Polizeiämtern Darmstadt und Offenbach, sowie der Leiter der Bereitschaftspolizei des Kreisamts Friedberg Warnungen, Verweise und

Geldstrafen bis in Höhe von $^{6}/_{30}$ des monatlichen Grundgehalts,

d) die Bereitschaftsführer und die Ausbildungsgruppenführer an der Landespolizeischule gegen die ihnen unterstellten Beamten und Polizeianwärter, mit Ausnahme der Polizeioffiziere, Warnungen und Verweise.

2. Die Ordnungsstrafe „strenger Verweis" soll nicht mehr verhängt werden.
3. Werden Polizeikörper oder zusammengefaßte Abteilungen von Polizeibeamten außerhalb ihres örtlichen Dienstbezirks verwendet, so ändert dies an der Zuständigkeit für die Ausübung der Strafbefugnisse nichts, sofern nicht im Einzelfall durch den Minister des Innern eine Sonderregelung getroffen ist.
4. Zu anderen Dienststellen beorderte Beamte unterstehen der Dienststrafgewalt der Dienststelle, bei der sie Dienst versehen, es sei denn, daß durch den Minister des Innern eine Sonderregelung getroffen ist.

II. Verfahren bei Verhängung von Dienststrafen.

1. Bei der Verhängung von Dienststrafen ist zu beachten:
   a) Vor Verhängung der Dienststrafe ist dem Beschuldigten Gelegenheit zur Rechtfertigung zu geben; die gesamten Zeugenaussagen sind ihm bei einer abschließenden Vernehmung vorzuhalten;
   b) alle Ermittlungen und Vernehmungen dürfen nur durch unbeteiligte Beamte vorgenommen werden; Vernehmungen sollen nicht durch den unmittelbaren Dienstvorgesetzten des Beschuldigten erfolgen;
   c) die abgeschlossenen Ermittlungen sind dem zuständigen örtlichen Beamtenausschuß vor Verhängung einer Dienststrafe zur schriftlichen Stellungnahme zuzuleiten, es sei denn, daß der Beschuldigte ausdrücklich darauf verzichtet; ein Verzicht ist aktenkundig zu machen;
   d) Strafart und Strafmaß sind nach der Erheblichkeit der Verfehlung unter Berücksichtigung der gesamten bisherigen Führung des Beschuldigten festzusetzen;
   e) die Vorgesetzten sollen in allen geeigneten Fällen, bevor sie Untergebene bestrafen oder Strafen gegen sie beantragen, durch Belehrungen, Zurechtweisungen oder Rügen einen erzieherischen Einfluß auszuüben suchen; dies gilt namentlich gegenüber den Polizeianwärtern.
2. Hält ein Vorgesetzter von vornherein oder nach Abschluß der Ermittlungen seine Strafgewalt nicht für ausreichend, so hat er unverzüglich auf dem Dienstwege zu berichten. Dem Beamtenausschuß ist vor Erstattung des Berichts Gelegenheit zur schriftlichen Stellungnahme zu geben, es sei denn, daß der Beschuldigte ausdrücklich darauf verzichtet. Der weitere Vorgesetzte kann für den Fall, daß er eine Bestrafung in eigener Zuständigkeit nicht für erforderlich hält, die Bestrafung durch einen Vorgesetzten mit geringerer Zuständigkeit anordnen.
3. Jede Verfügung, mit der gegen einen Beamten eine Dienststrafe verhängt wird oder durch die ein Ermittlungsverfahren ohne Verhängung einer Dienststrafe abgeschlossen wird, ist in Urschrift oder beglaubigter Abschrift zu den Personalakten zu nehmen; ferner ist jede Dienststrafe in eine besondere, den Personalakten beizuheftende Dienststrafliste nach Muster der Anlage 2 einzutragen.

III. Kleine Ordnungsstrafen.

Im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung in und außer Dienst können die Polizeianwärter und Polizeiwachtmeister (Dienstgrad) bis zum vollendeten 7. Dienstjahr bei unerheblichen dienstlichen Verfehlungen oder Vernachlässigungen mit kleinen Ordnungsstrafen belegt werden.

Sie bestehen in:

a) Auferlegung gewisser Dienstverrichtungen außer der Reihe, z. B. Wache, Bereitschaftsdienst usw. Zwischen derartigen strafweisen Dienstverrichtungen muß ein Zeitraum von mindestens zwei Tagen liegen.
b) Verpflichtung, zu einer bestimmten Stunde am Abend in der Unterkunft zu sein, bis zur Dauer von zwei Wochen. (Nur für Polizeianwärter und Polizeiwachtmeister bis zum vollendeten dritten Dienstjahr).
c) Verbot des Verlassens der Unterkunft bis auf die Dauer von einer Woche. (Nur für Polizeianwärter und Polizeiwachtmeister bis zum vollendeten dritten Dienstjahr.)

Zuständig für die Verhängung der kleinen Ordnungsstrafen sind alle zur Verhängung von Dienststrafen befugten Vorgesetzten. Der zuständige örtliche Beamtenausschuß ist zu hören. Gegen die Verhängung ist einmalige Beschwerde an die vorgesetzte Behörde möglich; ist die Strafe von dieser verhängt worden, so entscheidet die nächste vorgesetzte Behörde. Die kleinen Ordnungsstrafen gelten nicht als Dienststrafen. Sie sind in die Strafverzeichnisse nicht einzutragen; sonstige Verzeichnisse oder Aufzeichnungen darüber sind nicht zulässig.

IV. Löschung von Strafen.

Für die Löschung von Dienststrafen gelten die vom Gesamtministerium erlassenen Bestimmungen. Soweit hiernach Verhandlungen aus den Personalakten zu entfernen und zu vernichten sind, sind die in den Personalakten befindlichen Dienststrafbliften gleichfalls zu vernichten; in den Dienststrafverzeichnissen sind in diesem Falle die Namen der Bestraften und die Strafen unter Eintragung eines Löschungsvermerks unkenntlich zu machen.

Zu Artikel 30.

Ueber die Beschwerde entscheidet, sofern die Strafe von den Leitern des Außendienstes bei den Polizeiämtern Darmstadt und Offenbach oder von dem Leiter der Bereitschaftspolizei des Kreisamts Friedberg oder von den Bereitschaftsführern verhängt wurde und diese Dienststellen der Beschwerde nicht selbst abhelfen wollen, der vorgesetzte Kreisdirektor.

Zu Artikel 38.

Wenn durch ein Verbleiben im Dienst die Disziplin geschädigt wird, so kann in dringenden Fällen dem Beamten von der nächstvorgesetzten Behörde die Ausübung von Dienstverrichtungen vorläufig untersagt werden; aus gleichen Gründen kann ihm das Betreten der Polizeiunterkunft oder bestimmter Unterkunftsräume verboten werden.

Darmstadt, den 14. Dezember 1928.

Der Hessische Minister des Innern.
Leuschner.

Anlage 1.

a)

(Behörde): ..... (Ort, Datum): .....

Bescheinigung zur Eheschließung.

Dem .....
(Dienstgrad, Vorname, Name, Geburtsdatum und -ort, Dienststelle)

wird hierdurch amtlich bescheinigt, daß er einer Genehmigung zur Eingehung der Ehe gemäß Art. 6 des Gesetzes über die Schutzpolizei vom 20. Juli 1923 nicht bedarf.

(Dienstsiegel). (Unterschrift).
(Amtsbezeichnung).

---

b)

(Behörde): ..... (Ort, Datum): .....

Bescheinigung zur Eheschließung.

Dem .....
(Dienstgrad, Vorname, Name, Geburtsdatum und -ort, Dienststelle)

wird hierdurch amtlich bescheinigt, daß ihm die Genehmigung zur Eingehung der Ehe gemäß Art. 6 des Gesetzes über die Schutzpolizei vom 20. Juli 1923 durch Verfügung des Ministers des Innern vom ..... Nr. ..... erteilt wurde.

(Dienstsiegel). (Unterschrift).
(Amtsbezeichnung).

Anlage 2.

Dienststrafliste

über den ..... (Name, Amtsbezeichnung).

Lfd. Nr.	Datum der Strafverfügung unter Angabe der Dienststelle, die die Strafe verhängt hat	Strafe (Strafart)	Strafgrund	Nachweis der Vorgänge	Streichungs- und Löschungsvermerke mit Datum und Unterschrift des Dienstvorgesetzten
1	2	3	4	5	6

Bekanntmachung, die Deutsche Arzneitaxe 1929 betreffend. Vom 29. Dezember 1928.

1. Auf Grund des § 80 Abs. 1 der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich bestimme ich, daß:
   a) die Deutsche Arzneitaxe 1929 im Wortlaut des vom Reichsrat in der Sitzung vom 19. Dezember 1928 beschlossenen Entwurfs, unter Berichtigung eines auf Seite 13 des Entwurfs unterlaufenen Druckfehlers, wonach in Nr. 22 Abs. 2 der allgemeinen Bestimmungen die Angabe „10 Reichspfennig" in „20 Reichspfennig" abzuändern ist, vom 1. Januar 1929 ab für Hessen in Kraft tritt;
   b) die Apotheker verpflichtet sind, bei Lieferungen von Arzneien auf Kosten des Reiches, der Länder, der Berufsgenossenschaften, der Landesversicherungsanstalten, der Verbände der öffentlichen Fürsorge und der kommunalen Wohlfahrtspflege die gleichen Bedingungen wie bei Lieferungen an Krankenkassen einzuhalten.

      Bei allen Arzneirechnungen für Staats- und Gemeindekassen gelten hinsichtlich des Nachlasses dieselben Bedingungen;
   c) auch weiterhin die Preise der Deutschen Arzneitaxe in Verbindung mit dem Abschlag (siehe nachstehend unter 2) als die nach § 376 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung festzusetzenden Höchstpreise zu gelten haben;
   d) die Bestimmungen der Deutschen Arzneitaxe nur auf Arzneimittel und Arzneien Anwendung finden, nicht aber auf solche Mittel und Gegenstände, die nicht oder nicht vorwiegend als Arzneimittel verwendet werden, z. B. diätetische und kosmetische Mittel, Seifen, Verbandsstoffe und dergleichen.

2. Auf Grund des § 376 der Reichsversicherungsordnung und § 204 des Reichsknappschaftsgesetzes bestimme ich:
   a) Bei monatlichen Rechnungsbeträgen bis zu 25 RM. braucht der Apotheker einen Abschlag nicht zu gewähren. Von dem 25 RM. übersteigenden Rechnungsbetrage hat er 7 v. H. nachzulassen, wenn die Rechnung innerhalb 10 Tagen nach ihrem Eingang bei der Kassenstelle beglichen wird. Ebenso sind diejenigen Rechnungen zu behandeln, welche die Lieferungen für mehrere Krankenkassen enthalten, die in einem Verbande zusammengeschlossen sind, wenn die Rechnung auf einem Blatte ohne Trennung der einzelnen Kassen ausgestellt ist.
   b) Werden Arzneien nur gegen Barzahlung abgegeben, so sind von dem Verkaufspreise in jedem Falle 7 v. H. nachzulassen.
   c) Von den Preisen der Schutz- und Heilseren, der Impfstoffe, der Salvarsanpräparate sowie der Insuline und der entsprechenden, aus der Bauchspeicheldrüse hergestellten, zur Einspritzung unter die Haut bestimmten Präparate braucht der Apotheker einen Abschlag nicht zu gewähren. Die Preise dieser Mittel bleiben bei der Feststellung des abschlagfreien Rechnungsbetrages nach a unberücksichtigt.

Die amtliche Handausgabe der Deutschen Arzneitaxe 1929 kann im Buchhandel zum Preise von 3,— RM. das Stück in dauerhaftem Ganzleinenband bezogen werden.

Darmstadt, den 29. Dezember 1928.

Der Hessische Minister des Innern.
In Vertretung: Spamer.

Berichtigung.

In der Verordnung über die Bildung von Schutzforsten aus dem Grundbesitz des Freiherr von Heyl zu Herrnsheim vom 31. Juli 1928 (Reg.-Bl. S. 158) lautet der Name des Schutzforstes II. statt „Schutzforst Schmittshausen": „Schutzforst Guntershausen".

Teil II

Errichtung von Kirchengemeinden und Pfarreien sowie Aenderung der Bezirke derselben.

Das Gesamtministerium hat durch Beschluß vom 22. November 1928 der Gründung von zwei neuen evangelischen Kirchengemeinden in Gießen, und zwar der Petrusgemeinde, abgezweigt von der Lucasgemeinde, und der Luthergemeinde, abgezweigt von der Johannesgemeinde, zugestimmt.

Namensänderungen.

Dezember 1928

am 14. wurde dem Rudolf Jost in Dietzenbach, geb. am 25. Februar 1927, gestattet, an Stelle seines seitherigen Vornamens in Zukunft den Vornamen „Artur", —

am 21. wurde der Lina Deweil, geb. am 28. Oktober 1928 in Vilbel, gestattet, neben ihrem seitherigen Vornamen in Zukunft den weiteren Vornamen „Marie" — zu führen.

Dienstnachrichten.

November 1928

am 16. wurde die Schulamtsanwärterin Mathilde Krieger, geb. Kornmann, aus Darmstadt zur Lehrerin an der Volksschule zu Obertshausen, Kreis Offenbach, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 22. der Lehrer Peter Grimm zu Biblis, Kreis Bensheim, zum Rektor an der Volksschule daselbst, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 27. der Landgerichtsrat bei dem Landgericht der Provinz Rheinhessen Karl Cuny zum Amtsgerichtsrat bei dem Amtsgericht in Mainz, der Amtsgerichtsrat bei dem Amtsgericht in Mainz Aloys Hugo Schmitt unter Belassung in der Stelle eines Richters des Amtsgerichts Mainz zum Landgerichtsrat bei dem Landgericht der Provinz Rheinhessen, der Amtsgerichtsrat bei dem Amtsgericht in Mainz Dr. Hermann Böckel unter Belassung in der Stelle eines Richters des Amtsgerichts Mainz zum Landgerichtsrat bei dem Landgericht der Provinz Rheinhessen, —

am 30. der geschäftsleitende Justizinspektor bei dem Amtsgericht Ortenberg Johann Thomas Sehring zum geschäftsleitenden Justizinspektor bei dem Amtsgericht Langen, mit Wirkung vom 1. Februar 1929 an, —

Dezember 1928

am 3. der Lehrer an der Volksschule in Herbstein Adolf Etz zum Reallehrer an dem Landgraf-Ludwigs-Gymnasium in Gießen, mit Wirkung vom 1. Dezember 1928 an, —

der Lehrer Georg Greim an der Volksschule zu Reichelsheim, Kreis Erbach, zum Rektor an dieser Schule, der Schulamtsanwärter Edmund Gegel aus Offenbach a. M. zum Lehrer an der Volksschule zu Hummetroth, Kreis Erbach, der Schulamtsanwärter Wilhelm Krimmelbein aus Worms zum Lehrer an der Volksschule zu Nieder-Kinzig, sämtlich mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 5. die prov. Handarbeitslehrerin Emma Schilling an der Volksschule zu Sprendlingen, Kreis Offenbach, zur Handarbeitslehrerin an dieser Schule, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 6. der Lehrer Jakob Wilhelm an der Volksschule zu Worms zum Rektor an dieser Schule, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 7. der Kanzleigehilfe bei dem Amtsgericht Offenbach Karl Schnell zum Kanzlisten, mit Wirkung vom 1. Dezember 1928 an, —

am 10. die prov. Handarbeitslehrerinnen Rose Füller und Lina Weil zu Handarbeitslehrerinnen an der Volksschule in Offenbach, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

der Lehrer an der Volksschule in Offenbach Martin Quirin zum Reallehrer an der Studienanstalt in Offenbach, mit Wirkung vom 1. Dezember 1928 an, —

am 11. der Lehrer Adolf Mergott an der Volksschule zu Nidda, Kreis Büdingen, zum Rektor an dieser Schule, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 12. die Schulamtsanwärterin Margarethe Korndörfer aus Dieburg zur Lehrerin an der Volksschule zu Nauheim, Kreis Groß-Gerau, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 13. wurde der Polizeiverwaltungsassistent auf Probe Robert Brückner aus Brieg zum Polizeiverwaltungsassistenten, mit Wirkung vom 1. Januar 1929 an, —

am 14. der Polizeiverwaltungsassistent auf Probe Karl Schädel aus Gießen zum Polizeiverwaltungsassistenten, mit Wirkung vom 1. Januar 1929 an, —

der Kanzleigehilfe bei dem Amtsgericht Alzey Heinrich Gagneur zum Kanzlisten, die Kanzleigehilfin bei dem Landgericht der Provinz Rheinhessen Philippine Krimmel zur Kanzlistin, der Kanzleigehilfe bei dem Amtsgericht Offenbach Peter Luttenberger zum Kanzlisten, sämtlich mit Wirkung vom 1. Dezember 1928 an, —

die Kanzleigehilfin bei der Staatsanwaltschaft in Darmstadt Else Wessinger zur Kanzlistin, mit Wirkung vom 1. Januar 1929 an, —

am 15. der Versorgungsanwärter Heinrich Fritz aus Darmstadt zum Kanzleiassistenten bei der

Zentralstelle für die Landesstatistik, mit Wirkung vom 1. Januar 1929 an, —
der Landwirtschaftsrat bei dem Landwirtschaftsamt zu Lich Dr. Heinrich Fischer zum Landwirtschaftsrat an dem Landwirtschaftsamt zu Büdingen, mit Wirkung vom 1. Januar 1929 an, —

am 17. der Pfarrer Lic. Erwin Wißmann, z. Z. mit der Verwaltung einer Religionslehrerstelle an der Liebigs-Oberrealschule und Aufbauschule für Mädchen in Darmstadt beauftragt, zum überplanmäßigen Studienrat, mit Wirkung vom 1. Januar 1929 an, —
der Kriminalsekretär Johann Oehlenschläger zu Offenbach zum Kriminalpolizeimeister, mit Wirkung vom 1. Dezember 1928 an, —

am 19. der überplanmäßige Oberlandmesser bei dem Vermessungsamt Mainz-Land Peter Ackermann zu Mainz und der Landmesser bei dem Vermessungsamt Bingen Georg Berg zu Bingen zu Oberlandmessern, beide mit Wirkung vom 1. Dezember 1928 an, —
der Rechnungsrat Georg Maul zu Darmstadt zum Hauptstaatskassier bei der Hauptstaatskasse, der Hauptstaatskassier Max Häußler zu Darmstadt zum Rechnungsrat bei der Hauptstaatskasse, beide mit Wirkung vom 1. November 1928 an, —
der Finanzpraktikant Ernst Ludwig Stay zu Darmstadt zum Bankbuchhalter bei der Hessischen Landesbank, mit Wirkung vom 1. Dezember 1928 an, —
die Kanzleigehilfin bei den Forstämtern Offenbach und Isenburg zu Offenbach Mathilde Büchner aus Frankfurt a. M. zum Kanzlisten, mit Wirkung vom 1. Dezember 1928 an, —
der Kommunalforstwart Georg Eisenhauer zu Mörlenbach auf Grund des Artikel 3 des Gesetzes über die Ermächtigung der Staatsregierung zur Neuregelung der Dienstbezüge der Kommunalforstwarte sowie zur Neueinteilung der Försterein vom 30. Juli 1920 unter Vorbehalt der Regelung der Dienstaltersfolge vom 1. Oktober 1928 an in den Staatsdienst übernommen und zum Förster der Försterei Mörlenbach, —

am 20. der Verwaltungspraktikant Adam Dosch aus Worms zum Verwaltungsobersekretär bei dem Kreisamt Mainz, mit Wirkung vom 1. Dezember 1928 an, —
der Amtsgerichtsrat Heinrich Diehl aus Worms zum Vortragenden Rat bei dem Ministerium des Innern mit der Amtsbezeichnung „Ministerialrat", mit Wirkung vom 4. Oktober 1928 an, —

am 21. der ständige Hilfsarbeiter im Ministerium der Finanzen, Abteilung für Bauwesen, Regierungsbaurat Hugo Landmann zu Darmstadt zum Vortragenden Rat mit der Amtsbezeichnung „Oberbaurat", mit Wirkung vom 1. Dezember 1928 an, —
der Kanzleigehilfe August Austherr in Alzey zum Kanzlisten bei der Landes-Heil- und Pflegeanstalt, mit Wirkung vom 1. Dezember 1928 an, —
der Kanzleigehilfe Philipp Wilhelm Becker in Mainz zum Kanzlisten, mit Wirkung vom 1. Dezember 1928 an, —
der Kanzleigehilfe Peter Franz Köhler in Mainz zum Kanzlisten bei dem Kreisamt Mainz, mit Wirkung vom 1. Dezember 1928 an, —

am 22. die Privatdozenten Dr. Heinz Lawaczeck, Dr. Erwin Moos, Dr. Ernst Woenckhaus zu außerplanmäßigen außerordentlichen Professoren in der medizinischen Fakultät der Landesuniversität Gießen, —

am 28. der Kreisamtmann Regierungsrat Dr. Theodor Krebs in Darmstadt unter Belassung seiner Amtsbezeichnung „Regierungsrat" zum ständigen Hilfsarbeiter bei dem Ministerium des Innern, mit Wirkung vom 1. Oktober 1927 an, —
der Kanzleigehilfe Ernst Kiel bei der chemischen Prüfungsstation für die Gewerbe zu Darmstadt zum Kanzlisten, mit Wirkung vom 1. Dezember 1928 an, —

am 29. der Schleusenverwalter an der Schleuse zu Offenbach Johannes Christ zu Offenbach zum Strommeister, mit Wirkung vom 1. Januar 1928 an, —
der Polizeiwerkmeister auf Probe Jakob Luft aus Wald-Amorbach zum Polizeiwerkmeister, die Polizeiverwaltungsassistenten auf Probe Albert Prieß aus Bruchsal, Wilhelm Zernikow aus Darmstadt zu Polizeiverwaltungsassistenten, sämtlich mit Wirkung vom 1. Januar 1929 an, —
der Polizeiverwaltungsassistent auf Probe Wilhelm Gail aus Runkel zum Polizeiverwaltungsassistenten, mit Wirkung vom 1. Februar 1929 an — ernannt.

Am 15. Dezember 1928 wurde dem Ministerialamtmann Oberförster August Heidenreich zu Darmstadt unter Belassung in seiner bisherigen Dienststellung die Amtsbezeichnung „Forstmeister" verliehen.

Dienstentlassung.

Dezember 1928

am 11. wurde der überplanmäßige Vermessungssekretär Obervermessungssekretär Wilhelm Wesp zu Darmstadt auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Oktober 1928 an aus dem hessischen Staatsdienst entlassen.

Ruhestandsversetzungen.

November 1928

am 23. wurde der Vorstand des Landwirtschaftsamts zu Reichelsheim i. O. Direktor Dr. Ludwig Spahr auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. März 1929 an, —
der Kulturbauoberinspektor Albert Kunz zu Lauterbach auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Februar 1929 an, —

am 26. der Förster Wilhelm Schimpf zu Darmstadt auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 15. Januar 1929 an, —

Dezember 1928

am 7. der Lehrer an der Volksschule zu Arheilgen, Kreis Darmstadt, Martin Jung auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Januar 1929 an, —

am 10. die Handarbeitslehrerin an der Volksschule zu Darmstadt Else Döll auf ihr Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Januar 1929 an, —

am 14. der Förster Johann Peter Zink zu Beerfelden auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Januar 1929 an — in den Ruhestand versetzt.

Auf Grund des § 1 des Gesetzes über die Altersgrenze der Staatsbeamten vom 2. Juli 1923 bzw. 19. Dezember 1923 in der Fassung des Gesetzes vom 8. Oktober 1925 (Reg.-Bl. S. 249) wurden in den Ruhestand versetzt:

Dezember 1928

am 1. der Oberstudienrat an der Studienanstalt in Mainz Dr. Franz Josef Bender, der Oberreallehrer an der Realschule in Wimpfen a. B. Heinrich Bolz, der Rektor an der Volksschule zu Neu-Isenburg, Kreis Offenbach, Georg Dern, der Lehrer an der katholischen Volksschule zu Gernsheim, Kreis Groß-Gerau, Valentin Weber, der Direktor Dr. Adam Ritzert an der Taubstummenanstalt in Friedberg, der Oberassistent beim Ministerium für Arbeit und Wirtschaft Adam Klöß zu Darmstadt.

Auf Grund des Gesetzes über die Altersgrenze der Staatsbeamten vom 2. Juli / 19. Dezember 1923 / 8. Oktober 1925 (Reg.-Bl. S. 509), S. 511 und 249) wurde in den Ruhestand versetzt:

Dezember 1928

am 1. Justizoberwachtmeister Philipp Lang in Nieder-Olm.

Auf Grund des § 1 des Gesetzes über die Altersgrenze der Staatsbeamten vom 2. Juli / 19. Dezember 1923 wurde in den Ruhestand versetzt:

November 1928

am 30. der Kreisdirektor Geheimer Regierungsrat Ernst Boeckmann in Schotten.

Auf Grund des § 1 des Gesetzes über die Altersgrenze der Staatsbeamten vom 2. Juli / 19. Dezember 1923 in Verbindung mit Artikel 2 des Gesetzes über die Einstellung des Personalabbaues in Hessen und zur Aenderung des hessischen Personalabbaugesetzes vom 8. Oktober 1925 wurden in den Ruhestand versetzt:

Dezember 1928

am 1. der Präsident der Oberrechnungskammer und des Verwaltungsgerichtshofs Ernst Karl Süffert, der Ministerialoberrevisor Johann Bisch zu Darmstadt.

Auf Grund des Gesetzes über die Altersgrenze der Staatsbeamten vom 2. Juli/19. Dezember 1923 in der Fassung des Gesetzes über die Einstellung des Personalabbaues in Hessen und zur Aenderung des hessischen Personalabbaugesetzes vom 8. Oktober 1925 wurde in den Ruhestand versetzt:

November 1928

am 1. der Bauoberinspektor Jacob Bieser zu Neu-Isenburg.

Sterbefälle.

Gestorben sind:

April 1928

am 28. der Lehrer i. R. Wilhelm Roth von Ostheim, Kreis Friedberg, zuletzt wohnhaft zu Eimsheim, Kreis Oppenheim;

September 1928

am 10. der Veterinärrat i. R. Dr. Eugen Sauer zu Ulrichstein;

am 12. der Verwaltungssekretär Otto Katterfeld zu Offenbach;

am 13. der Studienrat Joseph Geyer zu Gießen;

am 19. der Rektor i. R. Hermann Weyl von Wieseck, Kreis Gießen, zuletzt wohnhaft zu Großen-Buseck, Kreis Gießen;

am 30. der Lehrer i. R. Georg Schaffnit zu Darmstadt;

Oktober 1928

am 1. der Studienrat i. R. Dr. Rudolf Erb zu Gießen,
der Lehrer Anton Liek zu Harheim, Kreis Friedberg;

am 4. der Oberreallehrer i. R. Karl Guyot zu Darmstadt;

am 6. der Kriminalinspektor Johannes Würtz in Darmstadt;

am 9. der Lehrer i. R. Philipp Rautenbusch zu Offenbach;

am 10. der Amtsgerichtsdirektor i. R. Geheimer Justizrat Friedrich Karl Heinrich Rhumbler zu Alzey;

am 13. der Lehrer i. R. Adam Schuchmann zu Offenbach;

am 16. der Gendarmeriewachtmeister und Stationsführer i. R. Heinrich Reitz zu Arheilgen b. D.;

am 17. der Polizeiverwaltungsinspektor i. R. Stephan Pfeffer zu Gießen;

am 23. der Oberstudienrat i. R. Ernst Kutsch zu Gießen;

November 1928

am 3. der Amtsgerichtsdirektor i. R. Karl Landmann in Offenbach;

am 4. der Rechtsanwalt Ludwig Leun in Gießen;

am 6. der Studienrat i. R. Prof. Karl Henkelmann zu Bensheim a. d. B.

Hessisches Regierungsblatt.

1929 **Darmstadt, den 1. Februar 1929.** Nr. 2

(Siebenter Tag nach Ablauf des Ausgabetags 8. Februar 1929.)

Inhalt: Teil I: Gesetz über die öffentlichen Unterrichtsanstalten für freie und angewandte Kunst und die öffentlichen technischen und gewerblichen Unterrichtsanstalten mit Staatsunterstützung. S. 9. — Bekanntmachung, Enteignung von Gelände für die Herstellung der Moselstraße in Rüsselsheim betreffend. S. 12 — Bekanntmachung, die Gebühren der Bauschätzer in Brandversicherungsangelegenheiten betreffend. S. 12 — Verordnung über die Bildung eines Schutzforstes aus dem Waldbesitz der Familie Freiherr von Rotsmann zu Hof Dotzelrod bei Eudorf: Eigentümer: a) Max Freiherr von Rotsmann zu Hof Dotzelrod bei Eudorf, b) Charlotte Freifrau von Rotsmann, geb. Küchler, Witwe des Oberst Friedrich Freiherr von Rotsmann, jetzt zu Dotzelrod bei Eudorf. S. 12 — Verordnung über die Bildung eines Schutzforstes aus dem Waldbesitz des Wolfram von Harnier zu Echzell, Oberhessen. S. 13 — Verordnung über die Bildung eines Schutzforstes aus dem Waldbesitz des Kaufmanns Richard Passavant zu Frankfurt a. M. S. 13 — Verordnung über die Bildung von Schutzforsten aus dem Waldbesitz des Wilfried Freiherr Schenck zu Schweinsberg in Wäldershausen. S. 13 — Teil II: Bekanntmachung, die Genehmigung von Schenkungen betreffend. S. 14 — Bekanntmachung, die Bestellung der Prüfungskommission für die staatlich anerkannte Krankenpflegeschule des Alice-Frauenvereins im Alicehospital zu Darmstadt betreffend. S. 14 — Bekanntmachung, Vermessungen und Vorarbeiten für eine elektrische Straßenbahn von Darmstadt (Böllenfalltor) — Nieder-Ramstadt — Ober-Ramstadt — Nieder-Modau — Ober-Modau — Ernsthofen — Brandau — Gadernheim — Lindenfels nach Fürth i. O. betreffend. S. 14 — Errichtung von Kirchengemeinden und Pfarreien sowie Aenderung der Bezirke derselben. S. 15. — Namensänderungen. S. 15 — Dienstnachrichten. S. 15.

Teil I

Gesetz über die öffentlichen Unterrichtsanstalten für freie und angewandte Kunst und die öffentlichen technischen und gewerblichen Unterrichtsanstalten mit Staatsunterstützung. Vom 14. Dezember 1928.

Das Hessische Volk hat durch den Landtag das nachfolgende Gesetz beschlossen:

I. Sachbereich des Gesetzes.

Artikel 1.

gabe. Die öffentlichen Unterrichtsanstalten für freie und angewandte Kunst mit Staatsunterstützung haben die Aufgabe, die Schüler in Technik und Form für ihre künstlerischen oder kunsthandwerklichen Berufe derart vorzubilden, daß sie selbständig entwerfen und arbeiten können und sich die für die Leitung eines kunsthandwerklichen Betriebes erforderlichen wirtschaftlichen und kaufmännischen Kenntnisse erwerben.

Die reichsgesetzlichen Bestimmungen über die Ablegung der Meisterprüfung bleiben unberührt.

Artikel 2.

Die öffentlichen technischen und gewerblichen Unterrichtsanstalten mit Staatsunterstützung haben die Aufgabe, die Schüler fachlich derart auszubilden, daß sie selbständig arbeiten können und sich die für die Leitung eines technischen oder gewerblichen Betriebes erforderlichen wirtschaftlichen und kaufmännischen Kenntnisse erwerben.

Artikel 3.

tungs- reich. Dieses Gesetz findet auf alle z. Z. seines Erlasses bestehenden Unterrichtsanstalten der in Artikel 1 und 2 genannten Art entsprechende Anwendung mit Ausnahme der höheren Landesbauschule in Darmstadt, der Fachschule für Elfenbeinschnitzerei und verwandte Gewerbe in Erbach und der Webschule in Lauterbach.

II. Die Verfassung der Schule.

A. Errichtung und Aufhebung.

Artikel 4.

Eine Unterrichtsanstalt der in Artikel 1 und 2 bezeichneten Art darf nur mit Genehmigung der Regierung errichtet werden. Die Genehmigung ist davon abhängig, daß Errichtung.

1. nach der örtlichen Lage und den gewerblichen Verhältnissen der betreffenden Gemeinde und ihrer näheren Umgebung oder aus sonstigen der Gewerbeförderung dienenden Gründen ein Bedürfnis für eine solche Unterrichtsanstalt besteht;
2. die politische Gemeinde, der Kreis oder der Zweckverband sich verpflichtet, zu den Kosten der Unterrichtsanstalt nach näherer Vorschrift dieses Gesetzes beizutragen;
3. die notwendigen, nach Größe und Ausstattung geeigneten Räume gesichert sind.

Artikel 5.

Eine Unterrichtsanstalt kann durch Beschluß der Regierung aufgelöst werden, wenn sich der Träger den ihm aus diesem Gesetze erwachsenden Pflichten entzieht, oder wenn die von der Aufsichtsbehörde im Interesse der Erreichung des Lehrzieles, der Beschaffung und Einrichtung der Unterrichtsräume und der Gesundheit und Sittlichkeit gestellten Forderungen unerfüllt bleiben, oder wenn die Anzahl der Schüler derart herabsinkt, daß ein Mißverhältnis zwischen der Zahl der Schüler und der an der Aufhebung.

Unterrichtsanstalt zu verwendenden Lehrkräfte besteht.

B. Die äußere Verfassung.

Artikel 6.

Träger. Träger der Unterrichtsanstalt ist die politische Gemeinde oder der Kreis oder ein Zweckverband politischer Gemeinden.

Artikel 7.

Der Träger der Unterrichtsanstalt hat neben den Aufgaben und Berechtigungen, die sich aus den Vorschriften über die innere Verfassung der Unterrichtsanstalten ergeben:

1. die Schule vermögensrechtlich zu verwalten;
2. den Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben, sowie am Ende des Rechnungsjahres die Rechnung aufzustellen;
3. bei der Anstellung des Leiters sowie der haupt- und nebenamtlichen Lehrkräfte mitzuwirken;
4. das Bureau- und Hauspersonal anzunehmen;
5. über Anträge des Kuratoriums zu entscheiden, die ihn vermögensrechtlich verpflichten wollen.

Artikel 8.

Aufsicht. Die Aufsicht über die in Artikel 1 und 2 genannten Unterrichtsanstalten wird von der Regierung durch die Aufsichtsbehörde ausgeübt.

Die Aufsichtsbehörde ist kraft ihrer Dienstaufsicht befugt, Verwaltungsanordnungen zu erlassen, durch die alle die Aufgaben und den Betrieb umfassenden Angelegenheiten der Unterrichtsanstalt geregelt werden. Sie kann insbesondere die Obliegenheiten der Leiter und Lehrer der Unterrichtsanstalt durch Dienstanweisungen regeln, die Disziplinarmittel bestimmen, die Einrichtung von Lehrerräten anordnen und für sie eine Dienstanweisung erlassen, sowie für die Satzung der Anstalt bindende Vorschriften geben.

Die Bestimmungen über Aufnahmebedingungen, Prüfungen und Berechtigungen werden von der Aufsichtsbehörde im Benehmen mit dem Minister für Arbeit und Wirtschaft erlassen.

Für die Errichtung von Schüler- und Elternbeiräten kommen sinngemäß die Bestimmungen für Volks- und Fortbildungsschulen in Betracht.

Artikel 9.

Landesausschuß. Der Aufsichtsbehörde wird ein Landesausschuß beigegeben, der sie in Fach- und Unterrichtsfragen, die von grundsätzlicher Bedeutung sind, zu beraten hat.

Die Zusammensetzung und Geschäftsordnung des Landesausschusses wird durch eine vom Gesamtministerium zu erlassende Satzung bestimmt.

C. Die innere Verfassung.

1. Satzung und Kuratorium.

Artikel 10.

Satzung. Der Träger der Unterrichtsanstalt hat eine Satzung zu erlassen, die der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedarf.

Die Satzung muß Vorschriften über die Zahl und Amtsdauer der zu wählenden Mitglieder des Kuratoriums, sowie über das Wahlverfahren enthalten. Sie soll außerdem Bestimmung treffen über die Geschäftsordnung des Kuratoriums, die Form der Erledigung der laufenden Geschäfte, die Mindestzahl der Sitzungen, die Form der Einberufung und die Art der Abstimmungen.

Die Satzung kann über die Verfassung der Unterrichtsanstalt abweichende Vorschriften treffen, soweit dies das Gesetz und die Anordnungen der Aufsichtsbehörde zulassen.

Artikel 11.

Kuratorium. Für die Verwaltung jeder Anstalt ist ein Kuratorium zu bestellen.

Es besteht aus dem Vertreter des Trägers der Unterrichtsanstalt als Vorsitzenden, dem Leiter der Anstalt, einer Vertretung der Lehrerschaft und den durch die Schulsatzung sonst noch zu bestimmenden Mitgliedern, von denen mindestens drei von der Gemeindevertretung, den Gemeindevertretern des Zweckverbandes oder dem Kreistag aus deren Mitte gewählt werden müssen. Für geeignete Vertretung der beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist Sorge zu tragen.

Die Wahlperiode der gewählten Mitglieder soll sich tunlichst der Wahlperiode der kommunalen Körperschaft anpassen.

Wählbar ist, wer zum Mitglied einer Gemeindevertretung gewählt werden kann.

Die Aufsichtsbehörde ist zu den Sitzungen des Kuratoriums unter Mitteilung einer Tagesordnung einzuladen.

Artikel 12.

Obliegenheiten des Kuratoriums. Das Kuratorium hat:

1. die Lehrfächer nebst den erforderlichen Lehrplänen nach den von der Aufsichtsbehörde gegebenen Richtlinien und entsprechend den örtlichen Bedürfnissen festzustellen;
2. dafür zu sorgen, daß die nötigen Lehrmittel vorhanden sind, und daß die Unterrichtsräume instandgehalten, sowie zweckmäßig eingerichtet und ausgestattet werden;
3. den Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben zu begutachten sowie den Rechnungsabschluß zu prüfen;
4. Vorschläge über die Höhe des Schulgeldes zu machen und über den Erlaß desselben in einzelnen Fällen sowie über die Vergebung von Freistellen zu beschließen;
5. zu dem Stundenplan Stellung zu nehmen, sowie über den Anfang und die Dauer der Unterrichtskurse und der Ferien Beschluß zu fassen;
6. Gutachten über die Berufung und die Einstellung des Leiters der Unterrichtsanstalt, der Lehrer, der Hilfslehrer, des erforderlichen Bureaupersonals und der Amtsgehilfen abzugeben;

7. die Haus- und Anstaltsordnung festzustellen, sowie über Beschwerden gegen die Ausschließung von Schülern durch das Lehrerkollegium zu beschließen.

Die Entschließungen unter Ziffer 1, 5 und 7 Halbsatz 1 bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde, die von dem Träger der Unterrichtsanstalt einzuholen ist.

2. Leitung.

Artikel 13.

Leiter. Der Leiter der Unterrichtsanstalt ist verpflichtet:

1. Unterricht zu erteilen;
2. den Unterrichtsbetrieb zu regeln;
3. die Dienstführung der Lehrer zu überwachen;
4. dafür zu sorgen, daß die Vorschriften der Haus- und Anstaltsordnung befolgt werden;
5. die Arbeit der gewerblichen Vereinigungen, insbesondere aus Anlaß der Gesellen- und Meisterprüfungen zu fördern;
6. Aufträge auszuführen, die ihm von der Aufsichtsbehörde zur Förderung der Ziele der Unterrichtsanstalt erteilt werden;
7. auf Verlangen der Aufsichtsbehörde die angegliederten gewerblichen Abteilungen der Fortbildungsschule (Berufsschule) zu leiten und an diesen Schulen im Rahmen seiner Pflichtstundenzahl Unterricht ohne besondere Vergütung zu erteilen.

Der Leiter der Unterrichtsanstalt ist der Aufsichtsbehörde unmittelbar unterstellt, die über etwaige Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Kuratorium endgültig entscheidet.

3. Lehrkräfte und sonstiges Personal.

Artikel 14.

Dienstverhältnisse. Der Leiter sowie die mit Staatsdienereigenschaft anzustellenden Lehrkräfte werden von der Regierung ernannt und angestellt. Die vertraglich angestellten Lehrkräfte, das Bureaupersonal, Hausmeister und Amtsgehilfen werden durch den Träger der Unterrichtsanstalt angenommen. Die Einstellung vertraglich angestellter Lehrkräfte bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Für die Bezüge des Leiters sowie der hauptamtlich angestellten Lehrkräfte sind die Vorschriften der staatlichen Besoldungsordnung maßgebend. Den als Beamten planmäßig angestellten Lehrkräften sind Ruhegehalte und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe der jeweils für Staatsbeamte geltenden gesetzlichen Vorschriften aus der Staatskasse zu gewähren. Nicht planmäßig Angestellte erhalten ihre Bezüge nach der Vorschrift für staatliche Bedienstete oder nach der von der Aufsichtsbehörde festzusetzenden Stundenvergütung.

Um besonders tüchtige Kräfte als Leiter oder Lehrer für den künstlerischen und den technischen Unterricht zu erlangen und der Anstalt zu erhalten, können diesen im Einvernehmen mit dem Finanzminister und dem Träger der Unterrichtsanstalt durch Vertrag besondere Vergünstigungen zugesichert werden.

Die wohlerworbenen Rechte der Beamten der Unterrichtsanstalt dürfen, soweit sie ihnen am 1. Januar 1926 zustanden und seither von der Aufsichtsbehörde anerkannt waren, bei Uebernahme der Beamten in den Staatsdienst oder in den Dienst des Trägers der Unterrichtsanstalt nicht beeinträchtigt werden.

Artikel 15.

Disziplinarverhältnisse. Auf die Leiter sowie auf die übrigen beamteten und nicht beamteten Lehrkräfte an den Unterrichtsanstalten und deren Hilfskräfte finden die Vorschriften des Gesetzes über die Disziplinarverhältnisse der nichtrichterlichen Staatsbeamten vom 21. April 1880 entsprechende Anwendung. Zur Verhängung von Ordnungsstrafen gemäß Artikel 7 dieses Gesetzes ist die Aufsichtsbehörde zuständig. Zuständige Behörde im Sinne des Artikels 39 dieses Gesetzes ist gegenüber den Lehrkräften der Leiter der Unterrichtsanstalten und gegenüber dem Leiter der Unterrichtsanstalt die Aufsichtsbehörde.

D. Die Kosten der Unterrichtsanstalten.

Artikel 16.

Sachliche Kosten. Die sachlichen Kosten einer Unterrichtsanstalt fallen dem Träger insoweit zur Last, als sie nicht durch Zuschüsse gewerblicher Vereinigungen, öffentlich-rechtlicher Körperschaften oder durch Zuwendungen anderer Art gedeckt werden, die nach dem Willen des Geldgebers oder nach Zweck, Art, Herkommen oder Vereinbarung zur Bestreitung sachlicher Bedürfnisse bestimmt sind.

Artikel 17.

Zu den sachlichen Kosten im Sinne des Artikels 16 gehören insbesondere die Aufwendungen:

1. für den Bau oder die Unterhaltung der Anstaltsgebäude und -räume;
2. für öffentliche Abgaben und Versicherungen;
3. für Heizung, Beleuchtung und Reinigung der Anstaltsräume;
4. für Anstaltseinrichtungen, Geräte und Lehrmittel;
5. für Verwaltungskosten des Kuratoriums und Reisekosten seiner Mitglieder.

Artikel 18.

Persönliche Kosten. Die persönlichen Kosten gehen zu Lasten des Trägers der Unterrichtsanstalt.

Der Staat leistet zu diesen Kosten Zuschüsse in Höhe der Hälfte der Aufwendungen, die durch Schulgeld, Zuschüsse Dritter und durch etwaige sonstige hierfür bestimmte Einnahmen nicht gedeckt werden.

Bei Berechnung des staatlichen Zuschusses zu den Bezügen des von dem Träger der Unterrichtsanstalt eingestellten Bureaupersonals, Hausmeisters und des Amtsgehilfen (Art. 14) werden die für staatliche Beamte und Bedienstete geltenden Vorschriften zugrunde gelegt.

Der Träger der Unterrichtsanstalt kann nach Anhören des Kuratoriums mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde besondere Lehrkräfte einstellen und dem Leiter und den Lehrern der Unterrichtsanstalt Zulagen bewilligen, sofern hierdurch besondere örtliche Eigenarten künstlerischer, technischer und gewerblicher Berufe gefördert werden sollen. Die hierdurch entstehenden Kosten sind von dem Träger der Unterrichtsanstalt allein zu tragen.

Artikel 19.

Zu den persönlichen Kosten der Unterrichtsanstalten gehören insbesondere:

1. die Gehalte des Leiters sowie des gesamten übrigen Lehrpersonals;
2. Umzugskosten;
3. die Vergütungen für Ueberstunden und Stellvertretungen;
4. die Gehalte des Bureaupersonals und der Amtsgehilfen;
5. Unterstützungen in Not geratener Lehrkräfte und Angestellter.

Zu den persönlichen Kosten gehören nicht die Gehalts- und Vergütungsbeträge, die auf die Tätigkeit des Leiters und des Lehrpersonals an der Fortbildungsschule entfallen.

Artikel 20.

Schulgeld. Ueber Schulgeld, Freistellen, Erlaß und Stundung rückständigen Schulgeldes trifft die Aufsichtsbehörde im Benehmen mit dem Träger der Unterrichtsanstalt nähere Bestimmungen.

Artikel 21.

Rechnungswesen. Der Voranschlag bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Ueber Einnahmen und Ausgaben der Unterrichtsanstalt ist von dem Träger eine besondere Rechnung zu führen.

E. Schlußbestimmung.

Artikel 22.

Gesetzeskraft. Das Gesetz tritt am 1. April 1928 in Kraft. Es gilt hinsichtlich der Verteilung der Kosten auch für die Rechnungsjahre 1923, 1924, 1925, 1926 und 1927.

Artikel 23.

Ausführung. Mit der Ausführung dieses Gesetzes ist der Minister für Kultus und Bildungswesen beauftragt. Dieser nimmt im Benehmen mit dem Minister des Innern und dem Minister für Arbeit und Wirtschaft auch die Zuständigkeiten wahr, die in diesem Gesetze der Regierung vorbehalten sind, und ist ferner Aufsichtsbehörde im Sinne dieses Gesetzes.

Darmstadt, den 14. Dezember 1928.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Bekanntmachung, Enteignung von Gelände für die Herstellung der Moselstraße in Rüsselsheim betreffend. Vom 5. Januar 1929.

Zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit wird hiermit angeordnet, daß das für den Anschluß der Gemeinde Rüsselsheim an das Wasserwerk der Stadt Mainz bei Hof Schönau benötigte Recht, durch die Grundstücke Gemarkung Rüsselsheim Fl. XVI Nr. 237 und 238 im Zuge der projektierten Moselstraße eine Anschlußleitung zu legen, nach Maßgabe der Hessischen Verordnung über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit vom 6. November 1923 (Reg.-Bl. S. 401) enteignet werden kann.

Darmstadt, den 5. Januar 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Bekanntmachung, die Gebühren der Bauschätzer in Brandversicherungsangelegenheiten betreffend.

Vom 7. Januar 1929.

Auf Grund des Artikel 65 des Gesetzes, die Brandversicherungsanstalt für Gebäude betreffend, vom 28. September 1890 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. September 1899 (Reg.-Bl. S. 669) habe ich im Einvernehmen mit dem Herrn Finanzminister die Taggebühren der Bauschätzer mit Wirkung vom 1. Januar 1929 ab bis auf weiteres auf den Betrag von 13,— RM., wenn das Dienstgeschäft einen Zeitaufwand von mindestens 8 Stunden erfordert, und auf den Betrag von 6,50 RM. bei einem geringeren Zeitaufwand festgesetzt.

Darmstadt, den 7. Januar 1929.

Der Hessische Minister des Innern.

Leuschner.

Verordnung über die Bildung eines Schutzforstes aus dem Waldbesitz der Familie Freiherr von Rotsmann zu Hof Dotzelrod bei Eudorf: Eigentümer: a) Max Freiherr von Rotsmann zu Hof Dotzelrod bei Eudorf, b) Charlotte Freifrau von Rotsmann, geb. Küchler, Witwe des Oberst Friedrich Freiherr von Rotsmann, jetzt zu Dotzelrod bei Eudorf.

Vom 10. Januar 1929.

Aus dem Waldbesitz der Familie Freiherr von Rotsmann zu Hof Dotzelrod bei Eudorf wird auf Grund von Artikel 38 des Gesetzes über die Forstverwaltung im Volksstaat Hessen vom 16. November 1923 (Reg.-Bl. 1923 S. 491) ein Schutzforst im Sinne dieses Gesetzes gebildet, und zwar aus den Grundstücken in der Gemarkung Eudorf:

Flur 9 Nr. 4, Flur 10 Nr. 2, Flur 10 Nr. 3 und Flur 11 Nr. $1^1/_{10}$.

Der Schutzforst führt den Namen: Freiherr von Rotsmannscher Schutzforst Dotzelrod.

Werden an dem Schutzforst mehrere Eigentümer beteiligt, so bilden sie einen Waldverband, der in Alsfeld seinen Sitz hat. Im übrigen regeln sich die Rechtsverhältnisse des Schutzforstes nach den Vorschriften der Verordnung vom 8. Februar 1924 zur Ausführung des Gesetzes über die Auflösung der Familienfideikommisse vom 19. November 1923 (GAF.) und der Artikel 16, 17, 18, 28 bis 30, 36 und 38 des Gesetzes über die Forstverwaltung vom 16. November 1923 (GFV.), Reg.-Bl. 1924 S. 107, in der durch die Verordnung vom 25. Juli 1927, Reg.-Bl. S. 153, bestimmten Fassung.

Darmstadt, den 10. Januar 1929.

Der Hessische Finanzminister.
In Vertretung: Balser.

Verordnung über die Bildung eines Schutzforstes aus dem Waldbesitz des Wolfram von Harnier zu Echzell, Oberhessen. Vom 10. Januar 1929.

Aus dem Waldbesitz des Wolfram von Harnier zu Echzell, Oberhessen, wird auf Grund von Artikel 38 des Gesetzes über die Forstverwaltung im Volksstaat Hessen vom 16. November 1923 (Reg.-Bl. 1923, S. 491) ein Schutzforst im Sinne dieses Gesetzes gebildet, und zwar aus dem Grundstücke in der Gemarkung Borsdorf: Flur 4 Nr. 20, und aus dem Grundstücke in der Gemarkung Ober-Widdersheim: Flur 7 Nr. 18.

Der Schutzforst führt den Namen: von Harnierscher Schutzforst Ober-Widdersheim.

Werden an dem Schutzforst mehrere Eigentümer beteiligt, so bilden sie einen Waldverband, der in Nidda seinen Sitz hat. Im übrigen regeln sich die Rechtsverhältnisse des Schutzforstes nach den Vorschriften der Verordnung vom 8. Februar 1924 zur Ausführung des Gesetzes über die Auflösung der Familienfideikommisse vom 19. November 1923 (GAF.) und der Artikel 16, 17, 18, 28 bis 30, 36 und 38 des Gesetzes über die Forstverwaltung vom 16. November 1923 (GFV.), Reg.-Bl. 1924 S. 107, in der durch die Verordnung vom 25. Juli 1927, Reg.-Bl. S. 153, bestimmten Fassung.

Darmstadt, den 10. Januar 1929.

Der Hessische Finanzminister.
In Vertretung: Balser.

Verordnung über die Bildung eines Schutzforstes aus dem Waldbesitz des Kaufmanns Richard Passavant zu Frankfurt a. M. Vom 10. Januar 1929.

Aus dem Waldbesitz des Kaufmanns Richard Passavant zu Frankfurt a. M. wird auf Grund von Artikel 38 des Gesetzes über die Forstverwaltung im Volksstaat Hessen vom 16. November 1923 (Reg.-Bl. 1923 S. 491) ein Schutzforst im Sinne dieses Gesetzes gebildet, und zwar aus den Grundstücken in der Gemarkung Langenhain-Ziegenberg:

Flur 2 Nr. 548, Flur 2 Nr. 552, Flur 3 Nr. 1, Flur 4 Nr. 74, Flur 4 Nr. 75, Flur 4 Nr. 76, Flur 5 Nr. 1, Flur 6 Nr. 1, Flur 7 Nr. 1, Flur 8 Nr. 1, Flur 9 Nr. 1, Flur 16 Nr. 778, Flur 17 Nr. 1, Flur 17 Nr. 2, Flur 17 Nr. 4, Flur 17 Nr. 13, Flur 17 Nr. 14, Flur 17 Nr. 29, Flur 17 Nr. 39, Flur 17 Nr. 40, Flur 17 Nr. 41 und Flur 17 Nr. $50^{5}/_{10}$.

Der Schutzforst führt den Namen: Schutzforst Ziegenberg.

Werden an dem Schutzforst mehrere Eigentümer beteiligt, so bilden sie einen Waldverband, der in Butzbach seinen Sitz hat. Im übrigen regeln sich die Rechtsverhältnisse des Schutzforstes nach den Vorschriften der Verordnung vom 8. Februar 1924 zur Ausführung des Gesetzes über die Auflösung der Familienfideikommisse vom 19. November 1923 (GAF.) und der Artikel 16, 17, 18, 28 bis 30, 36 und 38 des Gesetzes über die Forstverwaltung vom 16. November 1923 (GFV.), Reg.-Bl. 1924 S. 107, in der durch die Verordnung vom 25. Juli 1927, Reg.-Bl. S. 153, bestimmten Fassung.

Darmstadt, den 10. Januar 1929.

Der Hessische Finanzminister.
In Vertretung: Balser.

Verordnung über die Bildung von Schutzforsten aus dem Waldbesitz des Wilfried Freiherr Schenck zu Schweinsberg in Wäldershausen.

Vom 10. Januar 1929.

Aus dem Waldbesitz des Wilfried Freiherr Schenck zu Schweinsberg in Wäldershausen werden auf Grund von Artikel 38 des Gesetzes über die Forstverwaltung im Volksstaat Hessen vom 16. November 1923 (Reg.-Bl. 1923 S. 491) zwei Schutzforste im Sinne dieses Gesetzes gebildet, und zwar:

a) Schutzforst I aus den Grundstücken in den Gemarkungen:

1. Gemarkung Bleidenrod:
   Flur 6 Nr. $16^{2}/_{10}$, Flur 6 Nr. $16^{4}/_{10}$, Flur 6 Nr. $16^{5}/_{10}$, Flur 6 Nr. 17, Flur 6 Nr. 18, Flur 6 Nr. 19 und Flur 7 Nr. 1;

2. Gemarkung Wäldershausen:
   Flur 1 Nr. 4, Flur 3 Nr. 1, Flur 3 Nr. 2, Flur 3 Nr. 3, Flur 3 Nr. 4, Flur 3 Nr. 5, Flur 3 Nr. 6, Flur 3 Nr. 7, Flur 3 Nr. 8, Flur 3 Nr. 10, Flur 3 Nr. 11, Flur 3 Nr. 12, Flur 3 Nr. 13, Flur 3 Nr. 14, Flur 3 Nr. 15, Flur 3 Nr. 16, Flur 4 Nr. 1, Flur 4 Nr. 2, Flur 4 Nr. 4, Flur 4 Nr. 5, Flur 5 Nr. 6, Flur 6 Nr. 1 und Flur 6 Nr. 2.

b) Schutzforst II aus den Grundstücken in der Gemarkung Kestrich:

Flur 2 Nr. 29, Flur 2 Nr. 30, Flur 3 Nr. 4, Flur 3 Nr. 26, Flur 4 Nr. 19, Flur 4 Nr. 41, Flur 5 Nr. 12⁴/₁₀ und Flur 6 Nr. 26.

Die Schutzforste führen die Namen:

a) Schutzforst I: Freiherr von Schenckscher Schutzforst Wäldershausen;

b) Schutzforst II: Freiherr von Schenckscher Schutzforst Kestrich.

Werden an einem der Schutzforste mehrere Eigentümer beteiligt, so bilden sie einen Waldverband, der in Gießen seinen Sitz hat. Im übrigen regeln sich die Rechtsverhältnisse des Schutzforstes nach den Vorschriften der Verordnung vom 8. Februar 1924 zur Ausführung des Gesetzes über die Auflösung der Familienfideikommisse vom 19. November 1923 (GAF.) und der Artikel 16, 17, 18, 28 bis 30, 36 und 38 des Gesetzes über die Forstverwaltung vom 16. November 1923 (GFV.), Reg.-Bl. 1924 S. 107, in der durch die Verordnung vom 25. Juli 1927, Reg.-Bl. S. 153, bestimmten Fassung.

Darmstadt, den 10. Januar 1929.

Der Hessische Finanzminister.
In Vertretung: Balser.

Teil II

Bekanntmachung, die Genehmigung von Schenkungen betreffend.

Im Laufe des II. Halbjahres 1928 sind nachstehende Schenkungen genehmigt worden:

Lfd. Nr.	Schenker	Empfänger	Gegenstand und Wert der Schenkungen	Bemerkungen
1	Firma Johannes Nickel, Basaltwerk, Ober-Widdersheim	Evangelische Kirche, Ober-Widdersheim	Drei Glocken, Wert: 2950 RM	Schenkung.
2	Lehrer i. R. Konrad Wenzel, Darmstadt	Evangelische Johannesgemeinde, Darmstadt	5000 RM	Die Zinsen sind alljährlich an die Armen des Nordbezirks der Johannesgemeinde zu verteilen.
3	Freifrau Martha v. Leonhardi, Schloß Heldenbergen	Evangelische Kirchengemeinde, Heldenbergen	3000 RM	Schenkung zur Beschaffung einer neuen Orgel.
4	Sanitätsrat Dr. Strein, Griesheim bei Darmstadt	Gemeinde Rimbach	5000 RM	Letztwillige Zuwendung. Die Zinsen sind für wohltätige Zwecke zu verwenden.

Darmstadt, den 2. Januar 1929.

Der Hessische Minister des Innern.
In Vertretung: Spamer.

Bekanntmachung, die Bestellung der Prüfungskommission für die staatlich anerkannte Krankenpflegeschule des Alice-Frauenvereins im Alicehospital zu Darmstadt betreffend.

Auf Grund des § 2 Absatz 2 der Bekanntmachung vom 22. Februar 1908 (Reg.-Bl. S. 47), die Vorschriften über die staatliche Prüfung von Krankenpflegepersonen betreffend, sind zu Mitgliedern der Prüfungskommission im Alicehospital bis auf weiteres bestellt worden:

1. der Kreisarzt,
2. u. 3. die beiden Lehrer der Krankenpflegeschule des Alicehospitals,

sämtlich in Darmstadt.

Den Vorsitz führt der Kreisarzt, in seiner Verhinderung der Amtsarzt.

Darmstadt, den 2. Januar 1929.

Der Hessische Minister des Innern.
In Vertretung: Spamer.

Bekanntmachung, Vermessungen und Vorarbeiten für eine elektrische Straßenbahn von Darmstadt (Böllenfalltor) — Nieder-Ramstadt — Ober-Ramstadt — Nieder-Modau — Ober-Modau — Ernsthofen — Brandau — Gadernheim — Lindenfels nach Fürth i. O. betreffend.

Im Einverständnis mit dem Herrn Minister des Innern habe ich die der Hessischen Eisenbahn-Aktien-Gesellschaft in Darmstadt unterm 7. Februar 1927 (Reg.-Bl. Beilage Nr. 2) erteilte Erlaubnis zur Vornahme von Vorarbeiten und Vermessungen für eine elektrische Straßenbahn von Darmstadt (Böllenfalltor) — Nieder-Ramstadt — Ober-Ramstadt — Nieder-Modau — Ober-Modau — Ernsthofen — Brandau — Gadernheim — Lindenfels nach Fürth i. O. bis zum 1. Februar 1930 erstreckt.

Darmstadt, den 4. Januar 1929.

Der Hessische Finanzminister.
In Vertretung: Balser.

Errichtung von Kirchengemeinden und Pfarreien sowie Aenderung der Bezirke derselben.

Das Gesamtministerium hat am 4. Januar 1929 der Errichtung einer 5. evangelischen Pfarrstelle in Worms zugestimmt.

Namensänderungen.

Oktober 1928

am 20. wurde der Lina Herget zu Wohnbach, geb. am 3. August 1906, gestattet, an Stelle ihres seitherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Eichelmann", —

Januar 1929

am 3. wurde dem Friedrich Sebastian Gruber, geb. am 4. Januar 1907, zu Worms, wohnhaft, gestattet, an Stelle seines seitherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Weiland", —

am 8. wurde der Marie Katzenbächer, geb. am 22. April 1911, gestattet, an Stelle ihres seitherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Röder", —

am 10. wurde der Anna Rauch, geb. am 4. August 1897, in Weisenau wohnhaft, gestattet, neben ihrem seitherigen Vornamen in Zukunft den weiteren Vornamen „Margareta", —

am 12. wurde dem Helmut Karl Schiewe in Eberstadt, geb. am 2. März 1925, gestattet, an Stelle seines seitherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Geißler", —

am 16. wurde dem Wilhelm Michel, geb. am 8. Oktober 1920 in Planig, gestattet, an Stelle seines seitherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Schmitt" — zu führen.

Dienstnachrichten.

Dezember 1928

am 20. wurden die Polizeiverwaltungsassistenten auf Probe Otto Knöß aus Lardenbach, Ludwig Mees aus Mainz und Heinrich Walther aus Cortendorf zu Polizeiverwaltungsassistenten, mit Wirkung vom 1. Januar 1929 an, —

am 21. der Justizrat Dr. Wilhelm Menges zum ständigen Hilfsarbeiter bei dem Ministerium der Justiz unter Belassung der Amtsbezeichnung „Justizrat", mit Wirkung vom 1. Dezember 1928 an, —

am 29. der Polizeihauptwachtmeister Georg Scheuermann aus Pfungstadt zum Polizeioberwerkmeister, mit Wirkung vom 1. Januar 1929 an, —

der Landgerichtsdirektor bei dem Landgericht der Provinz Starkenburg Dr. Paul Krug zum Landgerichtsdirektor bei dem Landgericht der Provinz Rheinhessen und zugleich zum Amtsrichter bei dem Amtsgericht Mainz, die Landgerichtsräte bei dem Landgericht der Provinz Starkenburg Karl Kleinschmidt und Ernst Schmidt, beide unter Belassung in der Stelle eines Amtsrichters bei dem Amtsgericht Darmstadt I, zu Landgerichtsdirektoren bei dem Landgericht der Provinz Starkenburg, sämtlich mit Wirkung vom 1. Dezember 1928 an, —

Januar 1929

am 2. wurde der Amtsgerichtsrat bei dem Amtsgericht Wald-Michelbach Wilhelm Dittmar zum Amtsgerichtsrat bei dem Amtsgericht Reinheim, mit Wirkung vom 25. Januar an, —

am 3. der Lehrer Jakob Balß zu Gadernheim, Kreis Bensheim, zum Lehrer an der Volksschule zu Armsheim, Kreis Oppenheim, der Lehrer Alfred Jung zu Betzenrod, Kreis Schotten, zum Lehrer an der Volksschule zu Biebelnheim, Kreis Oppenheim, beide mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

die Studienassessoren Dr. Hermann Düringer aus Ober-Flörsheim, Dr. Karl Flöring aus Friedberg i. H., Dr. Friedrich Kämmerer aus Büdingen, Dr. Heinrich Löw aus Brensbach, Dr. August Mayer aus Mainz, Reinhard Müller aus Affhöllerbach, Dr. Gustav Ritzert aus Homberg a. d. E., Georg Schmidt aus Darmstadt, Peter Schoch aus Mainz, Heinrich Völzing aus Darmstadt, Friedrich Wörth aus Wöllstein zu überplanmäßigen Studienräten, mit Wirkung vom 1. Januar an, —

der Ministerialkanzleisekretär beim Staatsministerium Joseph Sauer zum Ministerialobersekretär bei diesem Ministerium, mit Wirkung vom 1. Januar an, —

am 8. der Kreisdirektor Wilhelm Schön in Bingen zum Kreisdirektor des Kreises Worms, mit Wirkung vom 1. April an, —

der Regierungsrat Dr. Karl Jann in Heppenheim zum Kreisdirektor des Kreises Schotten, mit Wirkung vom 15. Januar an, —

der Regierungsrat Freiherr Adolf von Gemmingen-Hornberg in Darmstadt zum Kreisdirektor des Kreises Bingen, mit Wirkung vom 1. April an, —

die Kanzleigehilfin Marie Wehrle in Darmstadt zur Kanzlistin bei der Zentralstelle für die Landesstatistik, mit Wirkung vom 1. Januar an, —

der Amtsveterinärarzt Veterinärrat Dr. Wilhelm Schmidt in Schotten unter Belassung der Amtsbezeichnung „Veterinärrat" zum Kreisveterinärarzt, mit Wirkung vom 1. Januar an, —

am 9. der Kanzleigehilfe bei dem Forstamt Groß-Gerau Martin Zotz aus Groß-Gerau zum Kanzlisten, mit Wirkung vom 1. Februar an — ernannt;

der Kulturbauoberinspektor Wilhelm Freitag bei dem Kulturbauamt zu Darmstadt ist mit Wirkung vom 1. Februar an in gleicher Diensteigenschaft an das Kulturbauamt zu Mainz versetzt worden;

am 10. wurde Eduard Schneider aus Mainz zum Pfleger bei der Landes-Heil- und Pflegeanstalt bei Gießen, mit Wirkung vom 1. Januar an, —

am 15. Wilhelm Kreuder aus Ober-Ofleiden zum Pfleger bei der Landes-Heil- und Pflegeanstalt bei Gießen, mit Wirkung vom 2. Januar an, —

am 16. Heinrich Heß aus Watzenborn zum Pfleger bei der Landes-Heil- und Pflegeanstalt bei Gießen, mit Wirkung vom 10. Januar an — ernannt.

Durch Entschließung des Gesamtministeriums vom 4. Januar 1929 wurden für die Zeit bis zum 31. Dezember 1930 ernannt:

der Amtsgerichtsdirektor Dr. Schmuttermaier in Darmstadt zum ordentlichen Mitglied der Disziplinarkammer bei dem Landgericht der Provinz Starkenburg, der Amtsgerichtsdirektor Rausch in Bad-Nauheim zum ordentlichen Mitglied des Disziplinarsenats bei dem hessischen Oberlandesgericht in Darmstadt, der Landgerichtspräsident Neuenhagen in Gießen, der Oberlandesgerichtsrat Simon in Darmstadt, der Landgerichtsdirektor Müller in Darmstadt, der Landgerichtsrat Dr. Fuchs in Darmstadt und der Landgerichtsrat Denk in Darmstadt zu ordentlichen Mitgliedern des Disziplinarhofs bei dem Oberlandesgericht in Darmstadt.

Zu Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden für das ganze Jahr 1929 sind bestellt:

1. bei dem Arbeitsgericht Bensheim:
   a) Vorsitzender: Amtsgerichtsrat Hermann Deibel in Bensheim,
   b) stellvertretender Vorsitzender: Oberamtsrichter Gustav Betzberger in Bensheim;
2. bei dem Arbeitsgericht Darmstadt:
   a) Vorsitzender: Amtsgerichtsrat Hermann Müller in Darmstadt,
   b) stellv. Vorsitzender: Amtsgerichtsrat Erwin Würth in Darmstadt;
3. bei dem Arbeitsgericht Michelstadt:
   a) Vorsitzender: Regierungsrat Friedrich Eibach in Erbach,
   b) stellv. Vorsitzender: Regierungsrat Berthold Schwan in Erbach;
4. bei dem Arbeitsgericht in Offenbach:
   a) Vorsitzender: Regierungsrat Dr. Hermann Feilbach in Offenbach,
   b) stellv. Vorsitzender: Regierungsassessor Friedrich Köhler in Offenbach;
5. bei dem Arbeitsgericht in Friedberg:
   a) Vorsitzende: Amtsgerichtsrat Burkhard Thurn in Friedberg und Amtsgerichtsrat Gustav Schneider in Bad-Nauheim,
   b) stellv. Vorsitzender: Amtsgerichtsdirektor Berthold Rausch in Bad-Nauheim;
6. bei dem Arbeitsgericht in Gießen:
   a) Vorsitzender: Rechtsanwalt Ludwig Raab in Gießen,
   b) stellv. Vorsitzender: Regierungsrat Dr. Georg Krüger in Gießen;
7. bei dem Arbeitsgericht in Lauterbach:
   a) Vorsitzender: Regierungsrat Walter Ranz in Lauterbach,
   b) stellv. Vorsitzende: Regierungsrat Walter Strack in Alsfeld und Amtsgerichtsrat Kalbfleisch in Lauterbach;
8. bei dem Arbeitsgericht in Nidda:
   a) Vorsitzender: Oberamtsrichter Wilhelm Krug in Nidda,
   b) stellv. Vorsitzender: Amtsgerichtsrat Hahn in Nidda;
9. bei dem Arbeitsgericht in Bingen:
   a) Vorsitzender: Amtsgerichtsdirektor Fritz Wachtel in Bingen,
   b) stellv. Vorsitzender: Amtsgerichtsrat Karl Mickler in Bingen;
10. bei dem Arbeitsgericht in Mainz:
   a) Vorsitzender: Regierungsrat Dr. Reinhard Koch in Mainz,
   b) stellv. Vorsitzender: Regierungsrat Michel Oppenheim in Mainz;
11. bei dem Arbeitsgericht in Worms:
   a) Vorsitzender: Amtsgerichtsrat Dr. Otto Lemser in Worms,
   b) stellv. Vorsitzender: Amtsgerichtsrat Dr. Friedrich Kammer in Worms.

Für das Landesarbeitsgericht in Darmstadt sind für die Dauer ihrer Zugehörigkeit zum Landgericht der Provinz Starkenburg berufen:

a) zum Vorsitzenden: Landgerichtsdirektor Karl Kleinschmidt in Darmstadt,

b) zum stellv. Vorsitzenden: Landgerichtsrat Gustav Weiß in Darmstadt.

Hessisches Regierungsblatt.

1929 **Darmstadt, den 19. Februar 1929.** Nr. 3

(Siebenter Tag nach Ablauf des Ausgabetags 26. Februar 1929.)

Inhalt: Teil I: Verordnung, den Schutz der Heilquellen in der Provinz Oberhessen betreffend. S. 17 — Bekanntmachung, Aufwertung der Sparguthaben der Bezirkssparkasse Alsfeld betreffend. S. 18 — Bekanntmachung, die Durchführung des Art. 6 des Gesetzes über das Straßenwesen in Hessen vom 15. Juli 1926 betreffend. S. 18 — Vorschriften über die Aufnahme und Entlassung der Pfleglinge der Anstalt für Geistesschwache „Alicestift" bei Darmstadt. S. 18 — Verordnung zur Abänderung der Verordnung vom 5. Januar 1928 über die Bildung von Schutzforsten aus den zu dem Isenburgschen Hausvermögen (Hausgut Isenburg-Birstein) gehörenden Waldungen. S. 21 — Bekanntmachung über den Erlaß einer Bemannungsanweisung für die Rheinschiffe. S. 22 — Berichtigungen. S. 24 — Teil II: Namensänderungen. S. 24 — Zulassungen zur Rechtsanwaltschaft. S. 24 — Dienstnachrichten. S. 24.

Teil I

Verordnung, den Schutz der Heilquellen in der Provinz Oberhessen betreffend. Vom 7. Februar 1929.

Zur Ausführung des Gesetzes vom 15. Juli 1896, den Schutz der Heilquellen im Großherzogtum betreffend (Reg.-Bl. S. 89), wird hiermit verordnet, was folgt:

§ 1.

Für die in der Provinz Oberhessen gelegenen Heilquellen im Sinne des Artikels 1, Absatz 2, des Gesetzes wird ein gemeinsamer Schutzbezirk gebildet.

§ 2.

Der Schutzbezirk gliedert sich in drei Zonen.

Die Tiefe, bis zu welcher Ausgrabungen und unterirdische Arbeiten ohne kreisamtliche Genehmigung gestattet sind, wird

für die I. Zone auf fünf Meter,
für die II. Zone auf zwanzig Meter, und
für die III. Zone auf sechzig Meter
festgesetzt.

§ 3.

Zur ersten Zone gehören folgende Gemarkungen:

a) im Kreise Friedberg:

Assenheim, Bad-Nauheim, Bauernheim, Bönstadt, Bruchenbrücken, Burg-Gräfenrode, Dorheim, Dorn-Assenheim, Dortelweil, Fauerbach bei Friedberg, Friedberg mit Friedberger Burgwald, Groß-Karben, Harheim, Holzhausen v. d. H., Ilbenstadt, Klein-Karben, Kloppenheim, Massenheim, Münzenberg, Nieder-Florstadt, Nieder-Mörlen, Nieder-Rosbach, Nieder-Wöllstadt, Ober-Florstadt, Ober-Mörlen mit Hasselhecke, Ober-Rosbach mit Beinhards, Ober-Wöllstadt, Ockstadt mit Straßheim, Okarben, Oppershofen, Ossenheim, Petterweil, Reichelsheim, Rendel, Rockenberg, Rodheim v. d. H. mit Rodheimer Wald, Rödgen, Schwalheim, Staden, Steinfurth, Trais-Münzenberg, Vilbel, Wickstadt, Wisselsheim;

b) im Kreise Gießen:

Inheiden, Ober-Hörgern, Rabertshausen I und II und Ringelshausen, Rodheim a. d. Horloff mit Hof Graß, Steinheim, Trais-Horloff, Utphe;

c) im Kreise Büdingen:

Bad-Salzhausen, Berstadt, Bingenheim, Bisses mit Berstädter Markwald, Blofeld mit Reichelsheimer Waldanteil an der Bingenheimer Mark, Borsdorf mit Harbwald, Dauernheim mit Dauernheimer Hof und Schleifeld, Echzell mit Echzeller Markwald, Geiß-Nidda, Gettenau, Grund-Schwalheim, Heuchelheim, Kohden, Leidhecken, Michelnau, Nidda, Ober-Widdersheim, Ranstadt, Unter-Schmitten, Unter-Widdersheim, Wallernhausen;

d) im Kreise Schotten:

Ober-Schmitten.

§ 4.

Zur zweiten Zone gehören die folgenden Gemarkungen:

a) im Kreise Friedberg:

Beienheim, Büdesheim, Gambach, Griedel, Heldenbergen, Kaichen, Melbach, Nieder-Erlenbach, Nieder-Eschbach, Ober-Erlenbach, Ober-Eschbach, Södel, Weckesheim, Wölfersheim, Wohnbach;

b) im Kreise Gießen:

Bellersheim, Bettenhausen, Eberstadt, Hungen, Langd, Langsdorf, Muschenheim, Obbornhofen, Feldheim, Villingen;

c) im Kreise Büdingen:

Altenstadt mit Altenstädter Markwald und Erbstädter Domanialwald, Aulendiebach, Bellmuth, Bleichenbach, Bobenhausen I, Büches, Büdingen, Düdelsheim, Eckartsborn, Effolderbach, Engelthal, Fauerbach bei Nidda, Glauberg, Hainchen, Hain-Gründau, Heegheim, Höchst a. d. Nidder mit Höchster Wald, Lindheim, Lißberg, Lorbach, Mittel-Gründau mit Ortsbezirk, Nieder-Mockstadt, Oberau, Ober-Mockstadt, Orleshausen, Ortenberg, Rodenbach, Rohrbach mit Rohrbacher Wald, Rommelhausen, Schwickartshausen, Selters mit Konradsdorf, Stockheim mit Leustadt, Vonhausen, Wippenbach, Wolf;

d) im Kreise Schotten:

Eichelsdorf, Rainrod, Ulfa.

§ 5.

Zur dritten Zone gehören folgende Gemarkungen:

a) im Kreise Friedberg: keine.

b) im Kreise Gießen: Villingen.

c) im Kreise Büdingen:

Alt-Wiedermus mit Beunde-Hof, Betten Wald, Bergheim, Bindsachen, Büdinger Markwald und Büdinger Wald, Calbach mit Hardeck, Diebach am Haag mit Unter-Diebach und Ronneburg, Dudenrod mit Pferdsbach, Eckartshausen mit Eckartshäuser Ober- und Unterwald und Marienborn, Gelnhaar Domanial und Isenburgisch, Himbach, Hirzenhain, Langen-Bergheim, Merkenfritz, Michelau, Rinderbügen, Usenborn, Ronneburger Wald, Wenings;

d) im Kreise Schotten:

Altenhain, Betzenrod, Bobenhausen II, Eichelsachsen, Einartshausen, Freienseen, Glashütten, Gotzen, Gonterskirchen, Kölzenhain mit Petershainer-Hof, Laubach mit Laubacher Wald I, II und III, Ober-Lais, Ruppertsburg, Schmitten, Schotten, Sellnrod, Steinberg, Stornfels, Wingershausen, Wohnfeld.

§ 6.

Haben Ausgrabungen oder unterirdische Arbeiten beim Inkrafttreten dieser Verordnung die Schutztiefe der Zone, in der sie nunmehr liegen, überschritten, so dürfen sie nicht ohne die nach Artikel 2 des Gesetzes erforderliche Genehmigung weiter vertieft werden.

§ 7.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung im Regierungsblatt in Kraft.

Gleichzeitig werden aufgehoben die Verordnungen

vom 23. April 1910, den Schutz der Heilquelle des Karl Brod zu Vilbel betreffend (Reg.-Bl. S. 138),

vom 15. Dezember 1921, den Schutz der Heilquellen zu Bad-Nauheim, der Löwenquelle bei Schwalheim und der Heilquellen zu Bad-Salzhausen betreffend (Reg.-Bl. S. 296) und

vom 5. November 1928, zur Abänderung der vorgenannten Verordnung vom 15. Dezember 1921 (Reg.-Bl. S. 182).

Darmstadt, den 7. Februar 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Bekanntmachung, Aufwertung der Sparguthaben der Bezirkssparkasse Alsfeld betreffend.

Vom 1. Februar 1929.

In Ausführung des § 3 meiner Ersten Verordnung zur Durchführung der Aufwertung von Sparguthaben vom 27. Oktober 1926 (Reg.-Bl. S. 325 ff.) hat die Bezirkssparkasse Alsfeld die der Aufwertung unterliegenden Sparguthaben über den in § 1 meiner Verordnung vom 27. Oktober 1926 festgesetzten Aufwertungssatz von 12½ v. H. des Goldmarkbetrages der Sparguthaben hinaus zu einem Aufwertungssatz von mindestens 15 v. H. des Goldmarkbetrages der Sparguthaben aufzuwerten. Die endgültige Festsetzung der Höhe des Aufwertungssatzes behalte ich mir vor.

Von dieser höheren Aufwertung ausgeschlossen ist bei Sparguthaben, die von einer Sparkasse auf die andere überwiesen worden sind (§ 57, Absatz 1, Satz 2, des Aufwertungsgesetzes), der Teil eines aufwertungspflichtigen Sparguthabens, für den eine andere Sparkasse der Bezirkssparkasse Alsfeld Ersatz zu leisten hat.

Darmstadt, den 1. Februar 1929.

Der Hessische Minister des Innern.

In Vertretung: Spamer.

Bekanntmachung, die Durchführung des Art. 6 des Gesetzes über das Straßenwesen in Hessen vom 15. Juli 1926 betreffend. Vom 1. Februar 1929.

Auf Grund des Art. 32, Abs. 2, des Gesetzes über das Straßenwesen in Hessen vom 15. Juli 1926 (Reg.-Bl. 1926 S. 261) wird folgendes bestimmt:

„Das Gelände einer Kunststraße, das gemäß Art. 6 des Gesetzes über das Straßenwesen in Hessen kraft Gesetzes in das Eigentum der einzelnen Provinzen übergeht, umfaßt alle Grundstücke, die von dem Kreis, in dessen Bezirk sie gelegen sind, im Einverständnis mit der Provinz oder, insoweit ein Einverständnis hierbei nicht besteht, von dem Minister des Innern als zur Kunststraße gehörend bezeichnet werden."

Darmstadt, den 1. Februar 1929.

Der Hessische Minister des Innern.

Leuschner.

Vorschriften über die Aufnahme und Entlassung der Pfleglinge der Anstalt für Geistesschwache „Alicestift" bei Darmstadt. Vom 6. Februar 1929.

I. Bestimmungen der Anstalt.

§ 1.

Die Hessische Anstalt für Geistesschwache „Alicestift" ist Pflege- und Erziehungsanstalt für Geistesschwache beiderlei Geschlechts.

II. Aufnahme der Pfleglinge.

§ 2.

Aufnahme in die Anstalt finden in erster Linie Angehörige des Volksstaates Hessen, die in einer

hessischen Gemeinde ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, und unter derselben Voraussetzung andere deutsche Staatsangehörige.

In Ausnahmefällen können auch Deutsche, die nicht in Hessen ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, staatenlose Personen deutscher Abkunft oder Ausländer mit Genehmigung des Ministers des Innern Aufnahme finden. Voraussetzung ist jedoch, daß in solchen Fällen die dauernde Pflegegeldzahlung in einwandfreier Weise sichergestellt ist. Dem Antrag ist eine Erklärung nach Formular A beizufügen.

Die Entscheidung über die Aufnahme erfolgt durch die Provinzialdirektion Starkenburg nach Anhörung des Anstaltsleiters und des Anstaltsarztes.

§ 3.

In der Regel können nur Kinder zwischen dem 5. und 14. Lebensjahr Aufnahme finden. In besonderen Fällen können Ausnahmen zugelassen werden; die Entscheidung hierüber trifft die Provinzialdirektion Starkenburg.

§ 4.

Die Aufnahmegesuche für Kinder, die in einer hessischen Gemeinde ihren dauernden Aufenthalt haben, sind von den Vertretern (Eltern, Vormündern, nächsten Anverwandten) bei den Oberbürgermeistern bzw. der Bürgermeisterei des gewöhnlichen Aufenthalts entweder schriftlich einzureichen oder zu Protokoll zu geben.

Dem Gesuche sind beizufügen:

a) ein Geburtsschein des aufzunehmenden Kindes;

b) eine Bescheinigung der Bürgermeisterei über Aufenthaltsverhältnisse, Religion, Familien- und Vermögensverhältnisse des Kindes und der zum Unterhalt des Kindes rechtlich verpflichteten Personen;

c) die Beurkundung und Beschreibung des körperlichen und geistigen Zustandes des Aufzunehmenden nach Anleitung des hierfür vorgeschriebenen Fragebogens durch einen approbierten Arzt. Ist dieser nicht zugleich Kreisarzt, so ist eine Bestätigung durch letzteren nach vorheriger ärztlicher Untersuchung mit ausdrücklicher Betonung und Begründung der Bildungsfähigkeit des Kindes notwendig;

d) eine Erklärung des Vertreters des Kindes, daß es in die Anstalt aufgenommen werden soll und aus welchen Mitteln die Kosten der Verpflegung bezahlt werden sollen. Von der Bürgermeisterei ist zu bescheinigen, daß diese Angaben den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen.

Wird der Kostenersatz von einem Fürsorgeverband, einer Gemeinde oder einer sonstigen öffentlichen Stelle (Kasse) geleistet, so genügt die urkundliche Zusage der zuständigen Behörde. (Formular B.)

§ 5.

Die im § 4 erwähnten Aufnahmegesuche mit den dazugehörigen Belegen werden von der betreffenden Bürgermeisterei dem vorgesetzten Kreisamt und von diesem mit gutächtlicher Aeußerung an die Provinzialdirektion Starkenburg übermittelt. Die Oberbürgermeister der Städte Darmstadt, Gießen, Mainz, Offenbach und Worms geben die Aufnahmegesuche mit ihrer gutächtlichen Aeußerung unmittelbar an die Provinzialdirektion Starkenburg weiter.

§ 6.

Für Kinder, die ihren dauernden Aufenthalt nicht in Hessen haben, sind die Aufnahmegesuche mit den vorgeschriebenen Belegen (§ 4 Abs. 2) unmittelbar bei der Provinzialdirektion Starkenburg einzureichen.

III. Pflegegeld und Leistungen der Anstalt.

§ 7.

Für jedes in die Anstalt aufgenommene Kind ist ein jährliches Pflegegeld zu entrichten. Es wird von der Provinzialdirektion je nach den Vermögensverhältnissen des Zahlungspflichtigen und den Bedürfnissen des Kindes im Rahmen der von dem Minister des Innern unter Berücksichtigung der Wirtschaftslage der Anstalt festgesetzten Höchst- und Mindestsätze bestimmt.

Für besondere Fälle sind abweichende Vereinbarungen zulässig.

Erfolgt die Aufnahme auf Kosten eines Fürsorgeverbandes, so hat dieser den von dem Minister des Innern für alle Fürsorgeverbände einheitlich festgesetzten Satz zu vergüten.

Ein besonderes Kleidergeld ist nur für solche Kinder zu entrichten, für die ein den Mindestsatz übersteigendes Pflegegeld bezahlt und für die nach besonderer Verabredung statt der Anstaltskleidung besondere Kleidung von der Anstalt gestellt wird. Die Höhe des Kleidergeldes ist von Fall zu Fall durch die Provinzialdirektion besonders festzusetzen.

§ 8.

Das Pflegegeld wird vierteljährlich im voraus, bei Neuaufgenommenen vom Tage der Aufnahme an, an den Rechner der Anstalt entrichtet. Kommt ein Selbstzahler mit der Zahlung in Verzug, so ist für die Pflegegeldschuldigkeit das Verfahren der Zwangsvollstreckung im Verwaltungswege einzuleiten.

Ist ein Selbstzahler zur Aufbringung von Pflegekosten nicht mehr in der Lage, so ist dem für die vorläufige sowie dem für die endgültige Fürsorgepflicht zuständigen Fürsorgeverband von dem Pflegefall ungesäumt Mitteilung zu machen

und deren Pflegegeldzusicherung einzuholen. Zu diesem Zweck ist der Pflegling dem zuständigen Fürsorgeverband zur Uebernahme der Fürsorge zur Verfügung zu stellen. Der Fürsorgeverband hat eine Erklärung nach Formular B abzugeben, wenn er auf seine Kosten den Pflegling in der Anstalt belassen will.

§ 9.

Dem aufgenommenen Kinde wird gegen die im § 7 festgestellte Vergütung von der Anstalt vollständige Verpflegung, d. h. Wohnung, Kost, Wartung, Kleidung, Wäsche, ärztliche Behandlung mit den erforderlichen Medikamenten verabreicht; außerdem erhalten die Kinder Handtätigkeits- und Schulunterricht und soweit möglich berufliche Ausbildung.

§ 10.

Wird nach den bisherigen Verhältnissen und Bedürfnissen des Kindes eine besondere Verpflegung beansprucht, die von der im allgemeinen üblichen abweicht, so soll sie gegen besondere Vergütung, wenn tunlich, auch verabfolgt werden.

IV. Verbringung der Pfleglinge in die Anstalt.

§ 11.

Die Kosten der Verbringung des Pfleglings in die Anstalt sind von dem zur Zahlung des Pflegegelds Verpflichteten zu tragen.

§ 12.

Wenn die Provinzialdirektion Starkenburg das Aufnahmegesuch genehmigt hat, so muß das Kind binnen 4 Wochen in die Anstalt verbracht werden, andernfalls gilt die Aufnahmeverfügung als erloschen. Eine Ausnahme findet statt, wenn dem Leiter der Anstalt ausreichende Verhinderungsgründe rechtzeitig angezeigt werden oder wenn es ihm wegen Platzmangels überlassen worden ist, den Zeitpunkt der Einberufung des Kindes zu bestimmen.

§ 13.

Männliche Pfleglinge haben in die Anstalt mitzubringen: 2 vollständige Anzüge, 2 Paar Lederschuhe, 3 Hemden, 3 Paar wollene Strümpfe, 3 Taschentücher, 2 Paar Unterhosen und 2 Kopfbedeckungen; weibliche Pfleglinge haben mitzubringen: 2 Kleider, 2 Paar Lederschuhe. 3 Hemden, 3 Paar wollene Strümpfe, 3 Taschentücher, 2 Unterröcke, 2 Schürzen, 2 Paar Unterhosen, 3 Bettjacken und 1 Kopfbedeckung. Alle diese Gegenstände müssen sich in gutem Zustande befinden.

Fehlen einzelne Gegenstände oder werden solche nicht für brauchbar erachtet, so sind sie auf Kosten desjenigen, der sich zur Pflegegeldzahlung verpflichtet hat, durch die Anstalt anzuschaffen.

V. Entlassung aus der Anstalt.

§ 14.

Die Entlassung aus der Anstalt erfolgt:

1. auf Verlangen desjenigen, der das Kind in der Anstalt untergebracht hat, nach vorheriger vierwöchiger Kündigung;
2. durch Entscheidung der Provinzialdirektion Starkenburg:
   a) mit dem erreichten 18. Lebensjahre auf Antrag des Leiters der Anstalt, falls nicht das weitere Verbleiben in der Anstalt besonders vereinbart wird;
   b) wenn das Kind einen so hohen Grad von Ausbildung erreicht haben sollte, daß ein Verbleiben in der Anstalt unnötig erscheint;
   c) wenn es die Provinzialdirektion Starkenburg im Interesse der Anstalt für nötig findet.

§ 15.

Das Pflegegeld wird für den entlassenen Pflegling bis zum Tag der Entlassung, für einen verstorbenen bis zum Todestag, beide Tage einschließlich, berechnet.

§ 16.

Die Kosten der Rückverbringung des entlassenen Pfleglings sind der Anstalt von dem zur Zahlung des Pflegegeldes Verpflichteten zu ersetzen.

§ 17.

Stirbt ein Pflegling in der Anstalt, so ist der gesetzliche Vertreter von dem Eintritt des Todes sofort zu benachrichtigen. Trifft dieser keine anderen Bestimmungen über die Beerdigung, so wird diese von dem Anstaltsleiter angeordnet. Von dem Zeitpunkt der Beerdigung ist alsdann der gesetzliche Vertreter in Kenntnis zu setzen. Die Bestattungskosten sind in jedem Falle von dem zur Zahlung des Pflegegeldes Verpflichteten zu ersetzen. Treffen die Angehörigen anderweitige Bestimmungen über die Beerdigung, so müssen sie für besondere Kosten aufkommen.

§ 18.

Das Regulativ über die Aufnahme und Entlassung von Pfleglingen der Anstalt für Schwach- und Blödsinnige „Alicestift" bei Darmstadt vom 31. Januar 1899 (Reg.-Bl. S. 37) wird aufgehoben.

Darmstadt, den 6. Februar 1929.

Der Hessische Minister des Innern.
Leuschner.

Formular A.

Geschehen vor .....

den ..... 19.....

Betreffend: Aufnahme de.....
in das Alicestift.

Erscheint.....
und erklärt:

Ich beantrage die Aufnahme de.....
in das Alicestift und verpflichte mich zur Zahlung des für diese..... festgesetzt werdenden Pflegegeldes einschließlich aller Nebenkosten.

V. g. u. u.

.....

Zur Beglaubigung mit dem Anfügen, daß Antragsteller..... nach seinen — ihren — Vermögens- und Einkommensverhältnissen in der Lage ist, das festgesetzte Pflegegeld **dauernd** zu entrichten.

.....
(Amtsbezeichnung)

(Amtssiegel)

Formular B.

Der unterzeichnete Fürsorgeverband erklärt unter Anerkennung der vorläufigen — endgültigen — Fürsorgepflicht, daß er für die Verpflegungskosten einschließlich aller Neben-

kosten de.....

.....

im Alicestift zu Darmstadt vom ..... an aufkommt.

....., den ..... 19 .....

(Amtssiegel) Kreisamt (Bezirksfürsorgestelle):

.....

Der Oberbürgermeister (Bezirksfürsorgestelle):

.....

Verordnung zur Abänderung der Verordnung vom 5. Januar 1928 über die Bildung von Schutzforsten aus den zu dem Isenburgschen Hausvermögen (Hausgut Isenburg-Birstein) gehörenden Waldungen.

Vom 22. Januar 1929.

Die Verordnung vom 5. Januar 1928, Reg.-Bl. S. 9, wird wie folgt geändert:

A. Unter b) I. ist statt:

„I. In der Gemarkung Forst Dreieich, Revier Götzenhain"

zu lesen:

I. In der Gemarkung Forst Dreieich,

1: Revier Götzenhain.

Hinter der Bezeichnung Flur IX Nr. 2 wird nach einem Absatz eingefügt:

2. Revier Sprendlingen.

B. Unter b) II. ist das Grundstück Flur V Nr. 590 zu streichen.

C. Unter c) I. ist statt: „Flur III Nr. 22" zu lesen: Flur III Nr. 23.

D. Unter c) III. ist Flur II Nr. 36 zu streichen.

E. Zwischen Absatz 1 und Absatz 2 der Verordnung wird folgender neuer Absatz eingefügt:

Dem Schutzforst III wird auf Grund der Bestimmung in Art. 36, Abs. 2, das Grundstück Flur II Nr. 36 der Gemarkung Philippseich zugeschlagen.

Darmstadt, den 22. Januar 1929.

Der Hessische Justizminister.
In Vertretung: Dr. Schwarz.

Der Hessische Finanzminister.
In Vertretung: Schäfer.

Bekanntmachung über den Erlaß einer Bemannungsanweisung für die Rheinschiffe.

Vom 26. Januar 1929.

Die in der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt vertretenen Staaten haben vereinbart, daß die durch die Bekanntmachung vom 31. Dezember 1925 (Reg.-Bl. 1926, S. 21) veröffentlichte Abänderung der Anweisung für die Schiffsuntersuchungskommission hinsichtlich der Festsetzung der Bemannung der den Rhein oberhalb Duisburg befahrenden Rheinschiffe von 15 Tonnen (300 Zentnern) oder mehr Tragfähigkeit durch die nachstehende Bemannungsanweisung ersetzt wird. Diese Bemannungsanweisung wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht; sie tritt am 1. März 1929 in Kraft.

Darmstadt, den 26. Januar 1929.

Der Hessische Finanzminister.
In Vertretung: Dr. Kratz.

Bemannungsanweisung.

I.

Diese Anweisung findet nur auf Schiffe Anwendung, die auf dem Rhein oberhalb der Duisburg-Hochfelder Brücke verkehren. Sie findet keine Anwendung auf Fahrzeuge von weniger als 15 Tonnen Tragfähigkeit, mit Ausnahme der Schlepper.

II.

In der in nachstehendem Artikel III festgesetzten Mindestbemannung, ist der mit dem Rheinschifferpatent versehene Schiffsführer nicht eingerechnet.

Als Matrose gilt ein Schiffsmann, der mindestens 17 Jahre alt ist und mindestens 2 Jahre zur See oder auf einem Fluß als Angehöriger der Deckmannschaft gefahren ist. Als Schiffsjungen gelten, sofern nicht zwei Matrosen sich an Bord des Schiffes befinden, nur diejenigen, die während eines Jahres an Bord eines Schiffes tätig gewesen sind.

Im Schiffsatteste dürfen nur die Bezeichnungen: Schiffsführer (conducteur, schipper), Matrose (matelot, matroos), Schiffsjunge (mousse, scheepsjongen), Maschinist (mecanicien, maschinist) und Heizer (chauffeur, stoker), gebraucht werden.

III.

Die Mindestbemannung wird wie folgt festgesetzt:

A. Schiffe ohne eigene Triebkraft.

Tragfähigkeit in Tonnen	Mindestbemannung	
	Schiffe, die mit mechanischen Hilfsmitteln zur Handhabung der schweren Anker und der Schleppstränge, sowie zum Anholen und Absetzen der Schiffer ausgerüstet sind	Schiffe, die nicht mit mechan. Hilfsmitteln zur Handhabung der schweren Anker und der Schleppstränge, sowie zum Anholen und Absetzen der Schiffer ausgerüstet sind
15 bis 500 einschließlich .	1 Matrose	1 Matrose
über 500 bis 750 einschließlich .	1 Matrose	1 Matrose und 1 Schiffsjunge
über 750 bis 1000 einschließlich .	1 Matrose und 1 Schiffsjunge	2 Matrosen
über 1000 bis 1500 einschließlich .	2 Matrosen	2 Matrosen und 1 Schiffsjunge
über 1500 bis 2500 einschließlich .	2 Matrosen und 1 Schiffsjunge	3 Matrosen
über 2500 bis 3000 einschließlich .	3 Matrosen	3 Matrosen und 1 Schiffsjunge
über 3000	3 Matrosen und 1 Schiffsjunge	4 Matrosen

Schiffe, die nicht mit mechanischen Hilfsmitteln zur Handhabung der schweren Anker und der Schleppstränge, sowie zum Anholen und Absetzen der Schiffe ausgerüstet und nach Angabe ihres Attestes nur für Lokalfahrten auf kurzen, festgelegten Abschnitten des Rheins bestimmt sind, werden, hinsichtlich der Mindestbemannung den Schiffen gleichgestellt, die mit solchen Hilfsmitteln versehen sind.

B. Dampfschiffe.

Gesamtheizfläche	Mindestbemannung			
	Schlepper		Güterdampfer, Personendampfer	
60 qm oder weniger	1 Matrose 1 Maschinist		1 Matrose 1 Schiffsjunge 1 Maschinist	
von über 60 bis 120 qm einschließlich	1 Matrose 1 Maschinist 1 Heizer		1 Matrose 1 Schiffsjunge 1 Maschinist 1 Heizer	
von über 120 bis 200 qm einschließlich	Schlepper, die mit mechanischen Hilfsmitteln zur Handhabung der Anker und der Schleppstränge ausgerüstet sind, sowie Güterdampfer 2 Matrosen 1 Maschinist 2 Heizer		Schlepper, die nicht mit mechanischen Hilfsmitteln zur Handhabung der Anker und der Schleppstränge ausgerüstet sind, sowie Personendampfer 2 Matrosen 1 Schiffsjunge 1 Maschinist 2 Heizer	
	mit Schrauben	mit Rädern	mit Schrauben	mit Rädern
von über 200 bis 260 qm einschließlich	2 Matrosen 1 Schiffsjunge 2 Maschinisten 2 Heizer	4 Matrosen 2 Maschinisten 2 Heizer	3 Matrosen 2 Maschinisten 2 Heizer	4 Matrosen 1 Schiffsjunge 2 Maschinisten 2 Heizer
von über 260 bis 320 qm einschließlich	3 Matrosen 2 Maschinisten 2 Heizer	5 Matrosen 2 Maschinisten 4 Heizer	3 Matrosen 1 Schiffsjunge 2 Maschinisten 2 Heizer	5 Matrosen 1 Schiffsjunge 2 Maschinisten 4 Heizer
über 320 qm	4 Matrosen 2 Maschinisten 4 Heizer	5 Matrosen 2 Maschinisten 5 Heizer	4 Matrosen 1 Schiffsjunge 2 Maschinisten 4 Heizer	5 Matrosen 1 Schiffsjunge 2 Maschinisten 5 Heizer

IV.

Die Zusammensetzung der Mindestbemannung, wie sie in vorstehendem Artikel III festgesetzt ist, kann in folgenden Fällen abgeändert werden.

A. Schiffe ohne eigene Triebkraft.

Eine Verstärkung der Bemannung der Schiffe ohne eigene Triebkraft kann verlangt werden:

a) wenn sie von schwerfälliger Form oder mit einer schwer zu handhabenden und unzweckmäßigen Ausrüstung versehen sind,

b) wenn auf ihnen Großsegel gebraucht werden.

B. Dampfschiffe.

Eine Verstärkung der Deckmannschaft (Matrosen und Schiffsjungen) kann verlangt werden bei Dampfern von schwerfälliger Form oder unzweckmäßiger Einrichtung, sowie ferner, wenn nach Größe, Bauart und Zweckbestimmung des Dampfers anzunehmen ist, daß die in Artikel III vorgeschriebene Deckmannschaft nicht ausreicht, um die ordnungsmäßige Bedienung unter allen Umständen zu sichern.

Eine Verstärkung des Maschinenpersonals (Maschinisten und Heizer) kann verlangt werden bei Dampfern, deren Dampfapparate infolge ihrer Bedeutung oder ihrer Zahl mehr Aufsicht und Bedienung erfordern.

Eine Verminderung des Bestandes an Maschinisten und Heizern ist bei Schleppern zulässig, die nach Maßgabe des Attestes nur für Lokalfahrten auf kurzen, festgelegten Abschnitten des Rheins bestimmt sind und auf welchen dem Maschinisten Zeit bleibt, neben seinem ordentlichen Dienst den Kessel mit zu versehen. Das gleiche gilt für Schlepper, deren besondere Bauart oder Einrichtung, insbesondere hin-

sichtlich der Kessel, der Maschinen oder Heizvorrichtungen — jedoch unbeschadet des geordneten Schichtwechsels — eine vereinfachte Bedienung ermöglicht.

V.

Wird im Schiffsatteſt auf Grund des Art. IV eine stärkere oder geringere Bemannung vorgeschrieben als in Art. III vorgesehen ist, so sind die Gründe der Abweichung in der Untersuchungsverhandlung anzugeben.

VI.*)

Für Motorschiffe finden die für Schiffe von 15 Tonnen (300 Zentnern) oder mehr Tragfähigkeit geltenden Vorschriften Anwendung. Bei Motorbooten, deren Motor mit einem flüssigen Brennstoff (Rohöl, Petroleum, Benzin, Naphtha, Spiritus und dergleichen) betrieben wird, kann von der Einstellung eines besonderen Maschinisten für die Bedienung des Motors abgesehen werden, wenn es die Verhältnisse der zu befahrenden Stromstrecke als angängig erscheinen lassen, und die Einrichtungen zur Bedienung des Motors und Steuers vom Führerstand aus so einfach zu handhaben sind, daß die Achtsamkeit des Schiffsführers auf die Vorgänge voraus dadurch nicht abgezogen wird. In allen anderen Fällen und insbesondere bei Motorbooten mit Sauggasbetrieb ist für die Bedienung des Motors ein Maschinist vorzuschreiben.

Falls dem Boot ein besonderer Maschinist nicht beizugeben und die regelmäßige Bedienung des Motors dem Schiffsführer übertragen ist, muß der Führer mit dem Bau, der Wirkungsweise und der Bedienung des Motors gründlich vertraut und im übrigen zuverlässig sein. Außerdem muß ein Matrose mit der Handhabung des Motors soweit vertraut sein, daß er ihn in Notfällen anlassen und abstellen kann.

*) Vorläufige Regelung.

Berichtigungen.

1. In dem Gesetz über das Besteuerungsrecht der Religionskörperschaften vom 14. Dezember 1928 (Reg.-Bl. 1928, S. 239) muß es in Artikel 28, Absatz 1, Zeile 5, heißen: „Artikel 18“ (statt „Artikel 16“).

2. In den Einleitungsworten der Ausführungsverordnung vom 14. Dezember 1928 zu dem Gesetz über die Schutzpolizei vom 20. Juli 1923 (Reg.-Bl. Nr. 1 vom 17. Januar 1929, Seite 1) muß es in der 5. Zeile heißen „vom 18. März 1925“ (statt „vom 16. März 1925“).

Teil II

Namensänderungen.

Januar 1929

am 19. wurde dem Kaufmann Isaak Wallerstein in Düsseldorf gestattet, neben seinem seitherigen Vornamen in Zukunft den weiteren Vornamen „Kurt“, —

am 22. wurde dem Michael Müller in Dortmund, Weißenburgerstraße 8, gestattet, neben seinem seitherigen Vornamen in Zukunft den weiteren Vornamen „Karl“, —

am 25. wurde dem Johann Arnold in Marienborn bei Mainz, geb. am 25. Oktober 1922, gestattet, an Stelle seines seitherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Kissel“ — zu führen.

Zulassungen zur Rechtsanwaltschaft.

Dezember 1928

am 29. wurde dem Rechtsanwalt Dr. Schreiber-Gastell in Mainz die gleichzeitige Zulassung zur Rechtsanwaltschaft bei der Kammer für Handelssachen in Worms erteilt.

Januar 1929

am 31. wurde der Gerichtsassessor Dr. Alfred Levinger in Offenbach zur Rechtsanwaltschaft bei dem Amtsgericht und der Kammer für Handelssachen in Offenbach, sowie bei dem Landgericht der Provinz Starkenburg in Darmstadt zugelassen.

Dienstnachrichten.

Dezember 1928

am 14. wurde der provisorische Gewerbelehrer Gustav Limpert zum Gewerbelehrer an der Fortbildungsschule zu Gedern und Umgegend, Kreis Schotten, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 27. Dr. Georg Heldmann in Darmstadt zum Kustos am Landesmuseum in Darmstadt, mit Wirkung vom 1. Januar 1929 an, —

am 28. die prov. Handarbeitslehrerin Maria Noll zu Horchheim, Kreis Worms, zur Handarbeitslehrerin an der Volksschule zu Horchheim und Umgegend, Kreis Worms, —

die prov. Handarbeitslehrerin Eva Stenner zu Laubenheim, Kreis Mainz, zur Handarbeitslehrerin an der Volksschule zu Laubenheim und Umgegend, Kreis Mainz — ernannt.

Hessisches Regierungsblatt.

1929 **Darmstadt, den 12. März 1929.** Nr. 4

(Siebenter Tag nach Ablauf des Ausgabetags 19. März 1929.)

Inhalt: Teil I: Gesetz zur Aenderung des Gesetzes über den Urkundenstempel. S. 25 — Verordnung zur Abänderung der Verordnung vom 19. August 1899 über die gerichtlichen Hinterlegungen. S. 25 — Bekanntmachung zu der Verordnung, die Abänderung der Vorschriften vom 14. Januar 1897 (Reg.-Bl. S. 3) über die Einrichtung und den Betrieb der Apotheken betreffend, in der Fassung vom 31. Dezember 1924 (Reg.-Bl. 1925 S. 3). S. 25 — Bekanntmachung, die schulärztliche Ueberwachung der Schulkinder betreffend. S. 26 — Verordnung über die Bildung eines Schutzforstes aus dem zu dem Freiherr von Ritter zu Groenesteynschen Familienfideikommiß gehörenden Wald. S. 30 — Bekanntmachung, die Sätze der staatlichen Gewerbsteuer für das Rechnungsjahr 1928 betreffend. S. 30 — Teil II: Errichtung von Kirchengemeinden und Pfarreien sowie Aenderung der Bezirke derselben. S. 31 — Namensänderungen. S. 31 — Dienstnachrichten. S. 31.

Teil I

Gesetz zur Aenderung des Gesetzes über den Urkundenstempel. Vom 4. Februar 1929.

Das Hessische Volk hat durch den Landtag das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1.

Das Gesetz über den Urkundenstempel vom 12. August 1899 in der Fassung des Gesetzes vom 28. November 1923 (Reg.-Bl. S. 503) und des Gesetzes vom 20. Februar 1924 (Reg.-Bl. S. 89) wird dahin geändert:

(1) In dem Tarif Nr. 35 wird in Ziffer VI, 3 das Wort „Privater" gestrichen und in Ziffer VI, 4 der Spalte 2 im Eingang folgende Fassung gegeben: „4. zur Anlage von Anschlußbahnen und sonstigen Bahnanlagen, wenn die Kosten der Anlage . . . . . "

(2) In dem Tarif Nr. 35, Ziffer XVII (Genehmigung zum Erwerb von Grundstücken durch Ausländer und juristische Personen) wird der Betrag des Stempels auf 10 bis 1000 RM. festgesetzt.

Artikel 2.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft; es findet auch Anwendung auf Stempelbeträge, die vor diesem Zeitpunkt fällig geworden, aber noch nicht angefordert worden sind.

Darmstadt, den 4. Februar 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Verordnung zur Abänderung der Verordnung vom 19. August 1899 über die gerichtlichen Hinterlegungen. Vom 25. Februar 1929.

In der Verordnung, die gerichtlichen Hinterlegungen betreffend, vom 18. August 1899, Reg.-Bl. S. 581, erhalten § 4 Absatz 1 und 2 folgende Fassung:

Geld kann nur in Zahlungsmitteln hinterlegt werden, welche bei den hessischen Kassen in Zahlung anzunehmen sind.

Anderes als kassenmäßiges Geld ist jedoch anzunehmen, wenn es Mündel-, Kindes- oder Nachlaßvermögen ist, wenn der Schuldner, der zum Zwecke der Befreiung einer Verbindlichkeit hinterlegt, durch Zahlung solchen Geldes erfüllen darf oder wenn durch gerichtliche Verfügung die Hinterlegung in anderem als kassenmäßigem Gelde zugelassen ist.

Darmstadt, den 25. Februar 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Bekanntmachung zu der Verordnung, die Abänderung der Vorschriften vom 14. Januar 1897 (Reg.-Bl. S. 3) über die Einrichtung und den Betrieb der Apotheken betreffend, in der Fassung vom 31. Dezember 1924 (Reg.-Bl. 1925 Seite 3).

Vom 20. Februar 1929.

Nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Januar 1929 über den Verkehr mit Arzneimitteln (Reichsgesetzbl. I. S. 19) ist das Verzeichnis C der Verordnung betreffend den Verkehr mit Arzneimitteln vom 22. Oktober 1901 in der Fassung der Verordnung vom 9. Dezember 1924 (Reichsgesetzbl. I. S. 772) mit Wirkung vom 1. März 1929 ab wie folgt geändert worden:

1. In der Anlage A werden die unter Nr. 13, 24, 74 und 97 aufgeführten Mittel, nämlich

   Asthmapulver R. Schiffmann (auch als Asthmador),

   Blutreinigungstee Wilhelms (auch als antiarthritischer und antirheumatischer Blutreinigungstee Wilhelms),

   Nervinum Dr. Weil und

Sauerstoffpräparate des Instituts für Sauerstoffheilverfahren in Berlin (auch als Hämonzonpräparate)

gestrichen.

2. In der Anlage B werden die unter Nr. 17, 20 und 35 aufgeführten Mittel, nämlich

Heilmittel des Grafen Mattei (auch als Graf Cesare Matteische elektro-homöopathische Heilmittel),

Komplexmittel, homöopathische, der Engelapotheke (Iso-Werks) in Regensburg (auch als zusammengesetzt-homöopathische oder elektrohomöopathische Mittel System Mattei) und

Sternmittel, Genfer, Sauters (auch als elektrohomöopathische Sternmittel von Sauter in Genf oder Neue elektro-homöopathische Sternmittel usw.)

gestrichen und mit gleichem Wortlaut als Nr. 47 a, 56 a und 101 a in Anlage A eingefügt.

3. In Anlage A wird als Nr. 46 a neu aufgenommen:

Haemasal (auch als Dr. Schultheiß' blutreinigendes und nervenstärkendes Haemasal).

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß vom 1. März 1929 ab diese Aenderungen in die in der Verordnung, die Abänderung der Vorschriften vom 14. Januar 1897 über die Einrichtung und den Betrieb der Apotheken (Reg.-Bl. Seite 3) betreffend vom 31. Dezember 1924 Reg.-Bl. 1925 Seite 3 abgedruckten Anlagen A und B einzuführen sind.

Darmstadt, den 20. Februar 1929.

Der Hessische Minister des Innern.
Leuschner.

Bekanntmachung, die schulärztliche Ueberwachung der Schulkinder betreffend. Vom 28. Februar 1929.

Auf Grund des Artikel 50 Abs. 3 Ziffer 5 des Gesetzes, das Volksschulwesen im Volksstaat Hessen betreffend, vom 25. Oktober 1921 (Reg.-Bl. S. 303) wird im Einvernehmen mit der obersten Schulbehörde folgende Anweisung für die schulärztliche Ueberwachung der Schulkinder erlassen.

Darmstadt, den 28. Februar 1929.

Der Hessische Minister des Innern.
Leuschner.

Anweisung

für die schulärztliche Ueberwachung der Schulkinder gemäß Artikel 50 Abs. 3 Ziffer 5 des Gesetzes, das Volksschulwesen im Volksstaate Hessen betreffend, vom 25. Oktober 1921.

1. Die Schulgesundheitspflege durch den Schularzt erstreckt sich auf die Ueberwachung der Gesundheit der Schüler, des Schulbetriebes, der Leibesübungen u. dgl. und der gesundheitlichen Verhältnisse des Schulhauses, unbeschadet der durch die Dienstvorschriften geregelten Befugnisse des Kreisarztes.

   Die Schulzahnpflege soll möglichst überall eingeführt werden.

2. Jeder Schulanfänger ist möglichst vor Schuleintritt, sonst innerhalb der ersten sechs Wochen nach diesem auf seine Schulfähigkeit zu untersuchen, der Befund in eine ärztliche Klassenliste einzutragen und die Zurückstellung der nicht schulfähigen Schulanfänger anzuregen.

3. Schüler, deren körperliche Tauglichkeit zweifelhaft erscheint oder bei denen krankhafte Zustände festgestellt wurden, gelten als Ueberwachungsschüler. Für jeden Ueberwachungsschüler ist ein Gesundheitsbogen auszustellen.

4. Die Ueberwachungsschüler sind nach Ermessen des Schularztes in regelmäßigen Zwischenräumen nachzuuntersuchen und erhalten einen Vermerk im Gesundheitsbogen über den Zeitpunkt der nächsten Untersuchung.

5. Die nicht als Ueberwachungsschüler bezeichneten Schulkinder sind dem Schularzt während der Schulzeit mindestens einmal außer bei der Schuleintritts- und der Schulentlassungsuntersuchung zur eingehenden Untersuchung — am besten im 5. Schuljahr —, bei der letzten auch mit Rücksicht auf den zu wählenden Beruf vorzustellen. Hierbei sind jedesmal Eintragungen über Alter, Größe und Gewicht und nach Bedarf noch andere, ferner Maße oder Feststellungen (z. B. Kropf) in die ärztliche Klassenliste vorzunehmen. Empfohlen wird der Dreschersche Gesundheitsbogen.

6. Aerztliche Durchmusterungen der Schüler sind in allen Klassen jährlich vorzunehmen.

7. Die schulärztliche Sprechstunde bezweckt lediglich die Beratung der Lehrer, Eltern und Schüler in der Gesundheitspflege. Für seine Entschädigung ist der Schularzt verpflichtet, während der Schulzeit mindestens eine wöchentliche Sprechstunde in seinem Bezirk abzuhalten; eine höhere Inanspruchnahme ist entsprechend zu bezahlen. — Wird die Behandlungsbedürftigkeit eines Schulkindes festgestellt, so hat der Schularzt den Erziehungsberechtigten die Behandlung durch den gewöhnlich zugezogenen Arzt zu empfehlen. Wird er selbst für die Behandlung in Anspruch genommen, so hat er diese nicht auf seine Schularztentschädigung hin zu leisten.

8. Der Schularzt soll die Ausgestaltung der Gesundheitspflege durch Fühlungnahme mit den Fachärzten bei Erkrankungen der Sinnesorgane, mit den Bestrebungen der Tuberkulosefürsorge, der Krüppelfürsorge, der Geschlechtskrankenfürsorge fördern und diese Einrichtungen zur genauen Diagnosestellung und zur Ein-

leitung von Heilverfahren, falls ihm dies erforderlich scheint, in Anspruch nehmen.

Für die schulärztlichen Untersuchungen und Sprechstunden ist die Mitwirkung der Schulschwester bzw. Kreisfürsorgerin durch rechtzeitige Benachrichtigung sicherzustellen.

9. Der Schularzt ist zur jährlichen Berichterstattung und zur mündlichen wie schriftlichen Auskunftserteilung an die vorgesetzte Behörde verpflichtet. Die ärztliche Klassenliste und die Gesundheitsbogen der Ueberwachungsschüler gelten als Unterlagen für die Berichte.
10. Der Schularzt ist dem Schulleiter nicht untergeordnet. Die Mitwirkung bei der Bekämpfung der übertragbaren Krankheiten hat im Benehmen mit dem zuständigen Kreisgesundheitsamt zu geschehen; die Bekämpfung der parasitären Schädigungen und der Schmutzkrankheiten im Bereich der Schule ist den örtlichen Verhältnissen anzupassen.
11. Die notwendige Schreibhilfe ist dem Schularzt zur Verfügung zu stellen. Die Klassenlehrer — bei Mädchen eine Lehrerin — haben bei den Klassenuntersuchungen anwesend zu sein. Sie unterstützen die schulärztliche Tätigkeit durch Führung der ärztlichen Klassenliste und der Gesundheitsbögen, durch vorausgehende Messung und Wägung der Schüler, ferner durch Mitteilung ihrer Beobachtungen über Veranlagung, häusliche Verhältnisse und Verhalten der Schüler in der Schule, soweit diese Angaben zur Beurteilung der körperlichen und geistigen Gesundheit der Schüler oder zu fürsorgerischen Maßnahmen beitragen können.

Die Messungen und Wägungen sind alljährlich im Monat Juni durchzuführen.
12. Die vorstehenden Vorschriften finden auf die schulärztliche Tätigkeit an den Fortbildungsschulen sinngemäße Anwendung. Ausgenommen sind Ziffer 2 und 5.

Die eingehende Untersuchung hat im zweiten Jahre stattzufinden.
13. Soweit in Kreisen oder Gemeinden weitergehende Vorschriften bestehen, bleiben sie durch diese Anweisung unberührt, dürfen aber mit ihr nicht in Widerspruch stehen.
14. Für die zur Verhütung der Verbreitung ansteckender Krankheiten durch die Schulen zu treffenden Maßnahmen gilt die in der nachstehenden Anlage aufgeführte Anweisung.

Anlage.

Besondere Anweisung zur Verhütung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten durch die Schulen.

§ 1.

Die Schulbehörden haben der Verbreitung übertragbarer Krankheiten durch die Schule tunlichst entgegenzuwirken und die beim Auftreten dieser Krankheiten für die Schulen und anderen Unterrichtsanstalten erforderlichen Anordnungen nach Maßgabe der nachstehenden Vorschriften zu treffen.

§ 2.

Auf die Reinhaltung der Schulgrundstücke, namentlich der Umgebung der Brunnen und der Schulräume einschließlich der Bedürfnisanstalten, ist besonders zu achten. Die Klassenzimmer sind täglich nach vorhergegangenem Besprengen auszukehren und wöchentlich mindestens zweimal feucht aufzuwischen oder mit staubbindendem Oel zu behandeln, während der Schulpausen und der schulfreien Zeit zu lüften und in der kalten Jahreszeit angemessen zu erwärmen. Auch die Schulbänke sind wöchentlich zweimal feucht aufzuwischen. Die Bedürfnisanstalten sind regelmäßig zu reinigen und auf Weisung des Kreisgesundheitsamts oder auf Antrag des Schularztes erforderlichenfalls zu desinfizieren. Auf jedem Schulgrundstück soll eine Waschgelegenheit für die Schulkinder vorhanden sein. Mindestens dreimal im Jahre sind die gesamten Schulräume einschließlich des Schulhofes gründlich zu reinigen. Es empfiehlt sich, in angemessenen Zwischenräumen das Wasser der Schulbrunnen bakteriologisch durch das Institut für Infektionskrankheiten in Gießen untersuchen zu lassen.

Zum Reinigen, insbesondere zum Auskehren der Schulräume, dürfen Schulkinder nicht verwandt werden.

§ 3.

Folgende Krankheiten machen wegen ihrer Uebertragbarkeit besondere Anordnungen für die Schulen und andere Unterrichtsanstalten erforderlich:

a) Aussatz (Lepra), Cholera (asiatische), Diphtherie (Rachenbräune), Fleckfieber (Flecktyphus), epidemische Gehirnentzündung, Gelbfieber, Genickstarre (übertragbare), Keuchhusten (Stickhusten), epidemische Kinderlähmung, Masern, Pest (orientalische Beulenpest), Pocken (Blattern), Rotz, Rückfallfieber (Febris recurrens), Ruhr (übertragbare, Dysenterie), Scharlach (Scharlachfieber), Typhus (Unterleibstyphus) und Paratyphus;
b) Favus (Erbgrind), Geschlechtskrankheiten (Syphilis, Tripper, Schanker), Grippe (Influenza), Impetigo contagiosa (Eitergrind, Eiterflechte, ansteckende), Körnerkrankheit (Granulose, Trachom, ägyptische Augenkrankheit), Krätze, ansteckende Lungen- und Kehlkopftuberkulose, Mikrosporie (eine ansteckende Art Schuppenflechte der behaarten und unbehaarten Kopfhaut), Milzbrand, Mumps (übertragbare Ohrenspeicheldrüsenentzündung, Ziegenpeter), Röteln, Tollwut (Wasserscheu, Lyssa), Verlausung (Kleiderläuse, Kopfläuse) und Windpocken.

§ 4.

Lehrer, Schüler, Schuldiener, Turndiener und anderes Hilfspersonal, die an einer der im § 3 genannten Krankheiten leiden, bei Körnerkrankheit jedoch nur, so lange die Kranken deutliche Eiterabsonderung haben, dürfen die Schulräume nicht betreten. Dies gilt auch von solchen Personen, die unter Erscheinungen erkrankt sind, die nur den Verdacht von Aussatz, Cholera, Fleckfieber, epidemischer Gehirnentzündung, Gelbfieber, übertragbarer Genickstarre, epidemischer Kinderlähmung, Pest, Pocken, Rotz, Rückfallfieber, Typhus und Paratyphus erwecken, sowie von solchen Personen, die, ohne erkrankt zu sein, die Erreger der Cholera, der Diphtherie, der Genickstarre, der Ruhr, des Typhus und des Paratyphus beherbergen (Bazillenträger, Dauerausscheider).

Die Vorsitzenden der Schulvorstände und die Kreisgesundheitsämter sind angewiesen, jede ihnen bekannt werdende Erkrankung eines Lehrers oder Schülers oder Schuldieners, Turndieners und anderen Hilfspersonals an einer der im Abs. 1 bezeichneten Krankheiten dem Schulleiter (Direktor, Rektor, dienstälteste oder einzige Lehrer) unverzüglich mitzuteilen, wenn ihnen nicht bekannt ist, daß der Schulleiter von der Erkrankung bereits Kenntnis hat. Das gleiche gilt von den im letzten Halbsatz des Abs. 1 erwähnten Zuständen.

Erkranken Lehrer, Schüler, Schuldiener, Turndiener oder anderes Hilfspersonal an einer der im Abs. 1 bezeichneten Krankheiten, so haben dies die Angehörigen dem Schulleiter unverzüglich zur Kenntnis zu bringen.

§ 5.

Gesunde Lehrer, Schüler, Schuldiener, Turndiener und anderes Hilfspersonal aus Behausungen, in denen Erkrankungen an einer der im § 3a genannten Krankheiten vorgekommen sind, dürfen die Schulräume nicht betreten, soweit und solange eine Weiterverbreitung der Krankheit aus diesen Behausungen durch sie zu befürchten ist.

Die Ortspolizeibehörden sind angewiesen, von jeder Fernhaltung einer Person vom Schul- und Unterrichtsbesuche dem Schulleiter (Direktor, Rektor, dienstälteste oder einzige Lehrer) unverzüglich Mitteilung zu machen.

Auch die Schule hat darauf hinzuwirken, daß der Verkehr der vom Unterricht ferngehaltenen Schüler mit anderen Kindern, insbesondere auf öffentlichen Straßen und Plätzen, möglichst eingeschränkt wird.

Lehrer, Schüler, Schuldiener, Turndiener und anderes Hilfspersonal sind davor zu warnen, Behausungen zu betreten, in denen sich Kranke der im § 3a bezeichneten Art oder Leichen von Personen befinden, die an einer dieser Krankheiten gestorben sind. Die Begleitung dieser Leichen durch Schulkinder und das Singen der Schulkinder am offenen Grabe ist zu verbieten.

§ 6.

Zur Schule dürfen wieder zugelassen werden:

a) die im § 4 genannten Personen, wenn entweder eine Weiterverbreitung der Krankheit durch sie nach ärztlicher Bescheinigung nicht mehr zu befürchten oder die für den Verlauf der Krankheit erfahrungsgemäß als Regel geltende Zeit abgelaufen ist. Diese ist, falls vom zuständigen Kreisgesundheitsamt keine andere Anordnung getroffen worden ist, zu bemessen bei Pocken und Scharlach auf sechs Wochen, bei Masern, solange Husten besteht, sonst auf zwei Wochen, bei Grippe und Röteln auf zwei Wochen, bei Diphtherie, epidemischer Gehirnentzündung, Genickstarre auf vier Wochen, bei Typhus auf sechs Wochen und bei epidemischer Kinderlähmung auf acht Wochen.

Bei Diphtherie und Genickstarre darf die Wiederzulassung zur Schule erst erfolgen, wenn durch eine Bescheinigung des Untersuchungsamts für Infektionskrankheiten in Gießen nachgewiesen ist, daß eine mindestens dreimalige, in zweitägigen Zwischenräumen vorgenommene bakteriologische Untersuchung des Rachenabstrichs ein negatives Ergebnis hatte, — bei Typhus, Paratyphus, Ruhr und Cholera erst dann, wenn durch eine Bescheinigung des gleichen Untersuchungsamts nachgewiesen ist, daß eine mindestens dreimalige, in achttägigen Zwischenräumen vorgenommene Untersuchung des Stuhlganges, bei Typhus und Paratyphus auch des Urins, ein negatives Ergebnis hatte, — bei Lungen- und Kehlkopftuberkulose, wenn nach dem Zeugnis des Schularztes, des Fürsorgearztes oder des beamteten Arztes keine Ansteckungsfähigkeit mehr besteht.

Ergibt bei Diphtherie die bakteriologische Untersuchung Dauerausscheidung von Diphtheriebazillen, so kann gleichwohl die Wiederzulassung zur Schule erfolgen, wenn nach erfolgter klinischer Genesung acht Wochen verstrichen sind. Bei Genickstarre, Typhus, Paratyphus, Ruhr und Cholera ist für den Fall der Dauerausscheidung des betreffenden Krankheitserregers die Wiederzulassung zum Schulbesuch von dem Gutachten des zuständigen Kreisgesundheitsamtes abhängig zu machen.

Es ist darauf zu achten, daß die krank gewesenen Personen vor ihrer Wiederzulassung gebadet und ihre Wäsche, Kleidung und persönlichen Gebrauchsgegenstände vorschriftsmäßig gereinigt bzw. desinfiziert werden;

b) die im § 5 genannten Personen, wenn die Erkrankten genesen, in ein Krankenhaus überführt oder gestorben und ihre Wohnräume, Kleidung und persönlichen Gebrauchsgegenstände vorschriftsmäßig desinfiziert sind, —

bei Cholera, Diphtherie, Genickstarre, Typhus, Paratyphus und Ruhr jedoch nur mit der unter a Abs. 2 genannten Einschränkung.

§ 7.

Kommt in einer Schule oder anderen Unterrichtsanstalt eine Erkrankung an Diphtherie vor, so ist allen Personen, die in der Anstalt mit dem Erkrankten in Berührung gekommen sind, dringend anzuraten, sich unverzüglich durch Einspritzung von Diphtherieheilserum gegen die Krankheit immunisieren zu lassen.

§ 8.

Kommt in einer Schule oder anderen Unterrichtsanstalt eine Erkrankung an Diphtherie, epidemischer Gehirnentzündung, übertragbarer Genickstarre, Grippe, epidemischer Kinderlähmung oder Scharlach vor, so ist allen Personen, die in der Anstalt mit dem Erkrankten in Berührung gekommen sind, dringend anzuraten, in den nächsten Tagen täglich Rachen und Nase mit einem desinfizierenden Mundwasser auszuspülen.

§ 9.

Schüler, die an Körnerkrankheit leiden, dürfen, solange sie keine deutliche Eiterabsonderung haben, am Unterricht teilnehmen, müssen aber besondere, von den gesunden Schülern genügend weit entfernte Plätze angewiesen erhalten und haben Berührungen mit den gesunden Schülern tunlichst zu vermeiden.

§ 10.

Es ist darauf zu halten, daß Lehrer und Schüler oder Schuldiener, Turndiener und anderes Hilfspersonal, die unter Erscheinungen erkrankt sind, die den Verdacht der Lungen- und Kehlkopftuberkulose erwecken — Mattigkeit, Abmagerung, Blässe, Hüsteln, Auswurf usw. —, einen Arzt befragen und ihren Auswurf bakteriologisch untersuchen lassen und von dem Ergebnis der Untersuchung Mitteilung machen (vergl. Ausschreiben vom 26. April 1927 zu Nr. L. B. 40 364).

Es ist dafür zu sorgen, daß in den Schulen an geeigneten Plätzen leicht erreichbare, mit Wasser gefüllte Speisegefäße in ausreichender Anzahl vorhanden sind. Das Spucken auf den Fußboden der Schulzimmer, die Gänge, die Treppen und auf den Schulhof ist zu untersagen und nötigenfalls zu bestrafen.

§ 11.

Kommt in einer Schule oder anderen Unterrichtsanstalt eine Erkrankung an Pocken vor, so ist allen Personen, die in der Anstalt mit dem Erkrankten in Berührung gekommen sind, soweit sie nicht die Pocken überstanden haben oder innerhalb der letzten fünf Jahre mit Erfolg geimpft worden sind, dringend anzuraten, sich unverzüglich der Schutzimpfung zu unterziehen.

§ 12.

Wenn eine im Schulgebäude selbst wohnende Person an Aussatz, Cholera, Diphtherie, Fleckfieber, Gelbfieber, epidemischer Gehirnentzündung, übertragbarer Genickstarre, epidemischer Kinderlähmung, Keuchhusten, Masern, Mumps, Pest, Pocken, Röteln, Rotz, Rückfallfieber, übertragbarer Ruhr, Scharlach, Typhus, Paratyphus oder unter Erscheinungen erkrankt, die den Verdacht von Aussatz, Cholera, Fleckfieber, epidemischer Gehirnentzündung, Gelbfieber, übertragbarer Genickstarre, epidemischer Kinderlähmung, Pest, Pocken, Rotz, Rückfallfieber, Typhus oder Paratyphus erwecken, so ist die Schule unverzüglich zu schließen, falls die erkrankte Person nach dem Gutachten des Kreisgesundheitsamtes weder in ihrer Wohnung wirksam abgesondert, noch in ein Krankenhaus oder einen anderen geeigneten Unterkunftsraum überführt werden kann.

Die Schließung der Schule hat nach Anhörung des Kreisgesundheitsamtes und im Einvernehmen mit ihm der Schulleiter (Direktor, Rektor, dienstälteste oder einzige Lehrer) anzuordnen. In jedem Falle ist dem Kreisschulamt vor — in dringenden Fällen nach — der Schließung unter Angabe der Gründe und des Gutachtens des Kreisgesundheitsamtes unverzüglich Mitteilung zu machen, ebenso dem Kreisamt, der Ortspolizeibehörde, der Gemeindebehörde und in Schulen mit schulärztlicher Versorgung dem Schularzt.

§ 13.

Bricht eine der im § 12 genannten Krankheiten in Pensionaten, Konvikten, Alumnaten, Internaten und dergleichen aus, so sind die Erkrankten mit besonderer Sorgfalt abzusondern und erforderlichenfalls unverzüglich in ein geeignetes Krankenhaus oder in einen anderen geeigneten Unterkunftsraum zu überführen. Derartige Anstalten dürfen nur im äußersten Notfall geschlossen werden.

Während der Dauer und unmittelbar nach dem Erlöschen der Krankheit empfiehlt es sich, daß der Anstaltsvorstand nur solche Zöglinge aus der Anstalt vorübergehend oder dauernd entläßt, die nach ärztlichem Gutachten gesund und in deren Absonderung die Erreger der Krankheit bei der bakteriologischen Untersuchung nicht nachgewiesen sind.

§ 14.

Für die Beobachtung der in den §§ 2, 4 Abs. 1, 5 Abs. 1 und 4, 6 bis 11 und 13 gegebenen Vorschriften ist der Schulleiter (Direktor, Rektor, dienstälteste oder einzige Lehrer), bei einklassigen Schulen der Lehrer verantwortlich.

§ 15.

In Ortschaften, in denen Cholera, Diphtherie, Fleckfieber, epidemische Gehirnentzündung, Gelbfieber, übertragbare Genickstarre, Grippe, epidemische Kinderlähmung, Keuchhusten, Masern, Mumps, Pest, Pocken, Röteln, Rückfallfieber, übertragbare Ruhr, Scharlach, Typhus oder Paratyphus in epidemischer Verbreitung auftreten, kann die Schließung von Schulen oder einzelnen Schulklassen er-

forderlich werden. Dabei gilt entsprechend die Bestimmung des § 12 Abs. 2. Der Schulleiter (Direktor, Rektor, dienstälteste oder einzige Lehrer) ist außerdem verpflichtet, alle gefahrdrohenden Krankheitsverhältnisse, die die Schließung einer Schule oder Schulklasse angezeigt erscheinen lassen, zur Kenntnis der Schulaufsichtsbehörde zu bringen.

Soll in den Fällen der §§ 12 und 15 trotz des Gutachtens des Kreisgesundheitsamts von der Schließung der Schule Abstand genommen werden, so ist unverzüglich der Schulaufsichtsbehörde Mitteilung zu machen.

Inwieweit bei gehäuftem Auftreten von übertragbaren Tierkrankheiten (z. B. bei Maul- und Klauenseuche) Maßnahmen zu treffen sind, ist im Einzelfalle von dem Schulleiter (Direktor usw.) im Benehmen mit dem Kreisgesundheitsamt und dem Kreisveterinäramt zu entscheiden.

§ 16.

Die Wiedereröffnung einer wegen Krankheit geschlossenen Schule oder Schulklasse kann nur auf Grund eines Gutachtens des Kreisgesundheitsamts vom Schulleiter (Direktor usw.) angeordnet werden. Es muß ihr eine gründliche Reinigung und Desinfektion der Schule oder Schulklasse sowie der dazu gehörigen Nebenräume, soweit sie nach dem Urteil des Kreisgesundheitsamts notwendig ist, vorangehen. Dem Kreisschulamt ist von der Wiedereröffnung umgehend Mitteilung zu machen, ebenso dem Kreisamt, der Ortspolizeibehörde, der Gemeindebehörde und in Schulen mit schulärztlicher Versorgung dem Schularzt.

§ 17.

Die vorstehenden Vorschriften gelten entsprechend für Erziehungsanstalten, Kinderbewahranstalten, Spielschulen, Warteschulen, Kindergärten, Krippen und dergleichen.

§ 18.

Es empfiehlt sich, die Schüler gelegentlich des naturwissenschaftlichen Unterrichts und bei sonstigen geeigneten Veranlassungen über die Bedeutung, die Verhütung und Bekämpfung der übertragbaren Krankheiten aufzuklären und die Eltern der Schüler für das Zusammenarbeiten mit der Schule und für die Unterstützung der von ihr zu treffenden Maßregeln zu gewinnen.

In jeder Schule sollen „Die gemeinverständlichen Belehrungen über die übertragbaren Krankheiten", herausgegeben im Auftrage des Reichsministers für Volkswohlfahrt von Geheimen Obermedizinalrat Professor Dr. Otto Lentz (Verlag Richard Schoetz, Berlin), und ein Abdruck dieses Erlasses vorhanden sein.

Verordnung über die Bildung eines Schutzforstes aus dem zu dem Freiherr von Ritter zu Groenesteynschen Familienfideikommiß gehörenden Wald.

Vom 22. Februar 1929.

Aus dem zu dem Freiherr von Ritter zu Groenesteynschen Familienfideikommiß gehörenden Wald wird auf Grund des Art. 14 Abs. 1 Ziffer 2 und des Art. 31 des Gesetzes über die Auflösung der Familienfideikommisse vom 19. November 1923 (Reg.-Bl. 1923 S. 481, Reg.-Bl. 1924 S. 88) ein Schutzforst im Sinne des Gesetzes über die Forstverwaltung im Volksstaat Hessen vom 16. November 1923 (Reg.-Bl. 1923 S. 491) gebildet, und zwar aus den Grundstücken in der Gemarkung Hasselhecke: Fl. II Nr. 3/4, Fl. II Nr. 9, Fl. II Nr. 10, Fl. III Nr. 1, Fl. III Nr. 2, Fl. IV Nr. 1.

Der Schutzforst führt den Namen „Schutzforst Hasselhecke". Sind an dem Schutzforst mehrere Eigentümer beteiligt, so bilden sie einen Waldverband, der in Gießen seinen Sitz hat. Im übrigen bestimmen sich die Rechtsverhältnisse des Schutzforstes nach den Vorschriften der Verordnung vom 8. Februar 1924 zur Ausführung des Gesetzes über die Auflösung der Familienfideikommisse vom 19. November 1923 (GAF.) und der Artikel 16, 17, 18, 28 bis 30, 36 und 38 des Gesetzes über die Forstverwaltung vom 16. November 1923 (GFV.) (Reg.-Bl. 1924 S. 107) in der durch die Verordnung vom 25. Juli 1927 (Reg.-Bl. S. 153) geänderten Fassung.

Darmstadt, den 22. Februar 1929.

Der Hessische Justizminister.
In Vertretung: Dr. Schwarz.

Der Hessische Finanzminister.
In Vertretung: Schäfer.

Bekanntmachung, die Sätze der staatlichen Gewerbsteuer für das Rechnungsjahr 1928 betreffend.

Vom 27. Februar 1929.

Auf Grund des Artikel 17 des Gewerbsteuergesetzes für 1928 vom 10. Mai 1928 (Reg.-Bl. S. 109) habe ich die Sätze der staatlichen Gewerbsteuer für das Rechnungsjahr 1928 auf

63 Rpf. von je 100 RM. Gewerbekapital und
2,70 RM. von je 100 RM. Gewerbeertrag

festgesetzt. Die Zustimmung des Finanzausschusses des Hessischen Landtags ist erteilt.

Darmstadt, den 27. Februar 1929.

Der Hessische Finanzminister.
Kirnberger.

Teil II

Errichtung von Kirchengemeinden und Pfarreien sowie Aenderung der Bezirke derselben.

Das Gesamtministerium hat am 4. Februar 1929 der Errichtung einer zweiten Pfarrstelle an der französisch-reformierten Kirchengemeinde in Neu-Isenburg zugestimmt.

Namensänderungen.

Oktober 1928

am 26. wurde der Maria Katharina Abstein in Guntersblum, geb. am 15. August 1914, gestattet, an Stelle ihrer seitherigen Vornamen in Zukunft die Vornamen „Maria Karola", —

Februar 1929

am 16. wurde der Anna Maria Schanz in Berlin-Pankow gestattet, an Stelle ihres seitherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Lohner", —

am 19. wurde der Marianne Georg, geb. am 2. Juli 1926, in Friedberg wohnhaft gestattet, an Stelle ihres seitherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Schneider" — zu führen.

Dienstnachrichten.

Januar 1929

am 4. der Kanzleigehilfe Christian Gehringer zum Kanzlisten beim Verwaltungsausschuß der Landesuniversität Gießen, mit Wirkung vom 1. Februar an, —

der Kanzleigehilfe Heinrich Listmann zum Kanzlisten bei der Kasse der Landesuniversität Gießen, mit Wirkung vom 1. Februar 1929 an, —

am 9. der Polizeihauptwachtmeister a. Pr. Paul Lemke zu Erbach i. O. zum Gendarmeriehauptwachtmeister, mit Wirkung vom 1. Januar an, —

der Amtsgerichtsrat bei dem Amtsgericht in Offenbach Dr. Hartmut Funk zum Amtsgerichtsrat bei dem Amtsgericht in Worms, —

am 10. der Kanzleigehilfe bei dem Amtsanwalt in Offenbach Franz Pfleger zum Kanzlisten, mit Wirkung vom 1. Januar an, —

am 11. der Kanzleigehilfe bei dem Amtsgericht Mainz Martin Hassel zum Kanzlisten, mit Wirkung vom 1. Januar an, —

am 12. der Oberförster Karl Deuster zu Schotten zum Forstmeister des Forstamts Mönchbruch, mit Wirkung vom 1. Februar an, —

am 16. der Studienassessor Dr. Ludwig Grebert aus Darmstadt zum überplanmäßigen Studienrat, mit Wirkung vom 1. Januar an, —

am 18. die Studienassessoren Otto Almendinger aus Mainz, Dr. Fritz Ufinger aus Friedberg i. H. zu überplanmäßigen Studienräten, mit Wirkung vom 1. Januar an, —

der Regierungsassessor Adolf Güngerich aus Hof-Oppelshausen zum überplanmäßigen Kreisamtmann mit der Amtsbezeichnung „Regierungsrat", mit Wirkung vom 15. Januar an, —

der überplanmäßige Kreisamtmann Regierungsrat Ludwig Schmidt in Gießen unter Belassung der Amtsbezeichnung „Regierungsrat" zum Kreisamtmann, mit Wirkung vom 15. Januar an, —

am 19. der Fachlehrer Karl Görisch zu Osthofen zum Gewerbelehrer an den Fortbildungsschulen im Bezirk Osthofen, Kreis Worms, der Fachlehrer Franz Seyffarth zu Alsfeld zum Gewerbelehrer an den Fortbildungsschulen im Bezirk Alsfeld, beide mit Wirkung vom 1. Januar an, —

der Fachlehrer Ludwig Wenner zu Groß-Gerau zum Gewerbelehrer an den Fortbildungsschulen im Bezirk Groß-Gerau, mit Wirkung vom 1. Januar an, —

der Steuerinspektor bei dem Landesfinanzamt Darmstadt, Adam Wetteroth zu Darmstadt zum Hauptstaatskasse-Oberbuchhalter, mit Wirkung vom Tage seines Dienstantritts an, —

am 21. der Lehrer Jakob Köhler an der Volksschule zu Nieder-Saulheim, Kreis Oppenheim, zum Rektor dieser Schule, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 23. der Lehrer Adam Ditter zu Rainrod, Kreis Alsfeld, zum Lehrer an der Volksschule zu Kimbach, Kreis Erbach, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 24. der prov. Gewerbelehrer Felix Tölg zu Gonsenheim zum Gewerbelehrer an den gewerblichen Abteilungen der Fortbildungsschulen im Bezirk Gonsenheim, Kreis Mainz, vom Tage des Dienstantritts an, —

am 25. der Versorgungsanwärter Karl Zulauf aus Münzenberg zum Amtsgehilfen beim Hessischen Staatsarchiv, mit Wirkung vom 1. Februar an, —

der Regierungsrat Paul Stieh aus Oppenheim unter Belassung seiner Amtsbezeichnung als Regierungsrat zum Kreisamtmann bei dem Kreisamt Heppenheim, mit Wirkung vom 1. Februar an, —

am 28. der Kriminalhauptwachtmeister Heinrich Ameis zu Bensheim zum Kriminalsekretär, mit Wirkung vom 1. Januar an, —

die prov. Handarbeitslehrerin Berta Roßmann zu Groß-Zimmern, Kreis Dieburg, zur Handarbeitslehrerin an der Volksschule zu Groß-Zimmern und Umgegend, Kreis Dieburg, —

am 29. die prov. Handarbeitslehrerin Emma Winkler zu Osthofen, Kreis Worms, zur Handarbeitslehrerin an der Volksschule zu Osthofen und Umgegend, Kreis Worms, —

der Lehrer an der Volksschule zu Alsfeld Karl Dotter, zum Oberreallehrer an der Oberrealschule in Alsfeld, mit Wirkung vom 1. Februar an, —

der Kanzleigehilfe bei dem Amtsgericht in Osthofen Karl Menger zum Kanzlisten, mit Wirkung vom 1. Januar an, —

der Schulamtsanwärter Wilhelm Heinrich Hirsch aus Nieder-Florstadt, Kreis Friedberg, zum Lehrer an der Volksschule zu Nieder-Wöllstadt, Kreis Friedberg, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 31. der Lehrer Fritz Mach zu Eich, Kreis Worms, zum Lehrer an der Volksschule zu Gießen, die Lehrerin Emilie Spitz an der höheren Bürgerschule zu Alsfeld, z. Zt. kommissarisch an der Volksschule zu Gießen, zur Lehrerin an dieser Schule, beide mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

der Schulamtsanwärter Sebastian Leiß aus Sponsheim, Kreis Bingen, zum Lehrer an der Volksschule zu Gießen, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

der prov. Gewerbelehrer an der Fortbildungsschule zu Lampertheim Martin Dries zum Gewerbelehrer an der Fortbildungsschule im Bezirk Lampertheim, Kreis Bensheim, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

der Schulamtsanwärter Wilhelm Heupt aus Frei-Weinheim, Kreis Bingen, zum Lehrer an der Volksschule zu Kettenheim, Kreis Alzey, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

der Diplom-Ingenieur Franz Adler zu Darmstadt zum Gewerberat bei der Dampfkesselinspektion zu Darmstadt, mit Wirkung vom 1. Februar an, —

Februar 1929

am 1. die Lehrer Leonhard Ripper und Valentin Zahn an der Volksschule zu Offenbach zu Rektoren an der Volksschule daselbst, beide mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 4. die Polizeihauptwachtmeister Johannes Bach zu Darmstadt, mit Wirkung vom 16. März an, Peter Jost zu Darmstadt, mit Wirkung vom 1. März an, Georg Heilmann zu Gießen, mit Wirkung vom 1. Februar an, zu Kriminalhauptwachtmeistern, —

am 5. Johann Vogel in Gießen zum Pfleger bei der Landes-Heil- und Pflegeanstalt bei Gießen, mit Wirkung vom 1. Februar an, —

die Lehrerin Elisabeth Blum an der höheren Bürgerschule zu Heppenheim, z. Z. kommissarisch an der katholischen Volksschule zu Bensheim zur Lehrerin an dieser Schule, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 6. der Polizeihauptwachtmeister Johannes Faust zu Lampertheim zum Kriminalhauptwachtmeister, mit Wirkung vom 1. März an, — ernannt;

am 7. wurde der Förster Karl Blum zu Schellnhausen in gleicher Diensteigenschaft in die Försterei Lumda, Forstamt Grünberg, versetzt;

am 8. der Medizinalrat Dr. Heinrich Wagner in Büdingen zum Kreisarzt des Kreisgesundheitsamtes Mainz mit der Amtsbezeichnung „Obermedizinalrat", mit Wirkung vom 1. März an, —

am 11. Karl Hardt aus Altenkirchen zum Pfleger bei der Landes-Heil- und Pflegeanstalt bei Gießen, mit Wirkung vom 1. Februar an, —

am 13. der Lehrer Heinrich Jäckel zu Alsfeld zum hauptamtlichen Fortbildungsschullehrer an der Fortbildungsschule zu Alsfeld und Umgegend, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

der Lehrer Wilhelm Lutz zu Arnshain, Kreis Alsfeld, zum Lehrer an der Volksschule zu Hähnlein, Kreis Bensheim, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

der Polizeiverwaltungsassistent auf Probe Friedrich Hock aus Babenhausen zum Polizeiverwaltungsassistenten, mit Wirkung vom 1. März an, —

am 14. der Privatdozent an der Landesuniversität Gießen Dr. Karl Heyland aus Frankfurt am Main zum außerplanmäßigen außerordentlichen Professor, —

am 18. der Oberbibliothekar an der Stadtbibliothek in Mainz Dr. phil. Hanns Wilhelm Eppelsheimer zum Direktor der Hessischen Landesbibliothek in Darmstadt, mit Wirkung vom 1. März an, —

am 19. die Polizeiverwaltungsassistenten auf Probe Georg Köhler aus Hamm, Kreis Worms, Kurt Fischer aus Gera, Christian Wink aus Hutzdorf, Kreis Lauterbach, zu Polizeiverwaltungsassistenten, sämtlich mit Wirkung vom 1. März an, —

am 20. der Lehrer Otto Schwarz zu Rudlos, Kreis Lauterbach, zum Lehrer an der Volksschule zu Rudingshain, Kreis Schotten, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, — ernannt.

Am 29. Januar 1929 wurde die mit Urkunde vom 19. Dezember 1928 ausgesprochene Ernennung des Rechnungsrats Georg Maul zu Darmstadt zum Hauptstaatskassier bei der Hauptstaatskasse vom 1. November 1928 ab auf seinen Antrag zurückgenommen.

Die Ernennung des Lehrers Adam Ditter zu Rainrod, Kreis Alsfeld, zum Lehrer an der Volksschule zu Kimbach, Kreis Erbach, vom 23. Januar 1929 wird zurückgenommen.

Am 5. Februar 1929 wure im Einvernehmen mit dem Herrn Minister für Arbeit und Wirtschaft der Landgerichtsrat Dr. Böckel in Mainz gemäß § 18 des Arbeitsgerichtsgesetzes zum weiteren stellvertretenden Vorsitzenden des Arbeitsgerichts in Mainz für die Zeit bis zum 31. Dezember 1930 einschließlich bestellt.

Hessisches Regierungsblatt.

1929 **Darmstadt, den 27. März 1929.** Nr. 5

(Siebenter Tag nach Ablauf des Ausgabetags 3. April 1929.)

Inhalt: Teil I: Bekanntmachung über Veränderung von Gemarkungsgrenzen, die zugleich Kreisgrenzen sind. S. 33 — Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten vom 21. Dezember 1927. S. 33 — Verordnung, die Abänderung der Verordnung vom 8. November 1909 über die Dampfkessel betreffend. S. 34 — I. Bekanntmachung, die Ausführung der Reichsversicherungsordnung betreffend. S. 34 — II. Bekanntmachung, den § 123 RVO., hier die Prüfung für Zahntechniker betreffend. S. 34 — Verordnung über die Abänderung der Verordnung, die Zulassung von Lehrern und Lehrerinnen an Volksschulen zum Hochschulstudium betreffend, vom 1. September 1921. S. 37 — Teil II: Namensänderungen. S. 37 — Dienstnachrichten. S. 38 — Dienstentlassungen. S. 39 — Ruhestandsversetzungen. S. 40.

Teil I

Bekanntmachung über Veränderung von Gemarkungsgrenzen, die zugleich Kreisgrenzen sind.

Vom 7. März 1929.

Auf Grund von Artikel 3 des Gesetzes, die innere Verwaltung und die Vertretung der Kreise und der Provinzen betreffend, vom 12. Juni 1874, in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Juli 1911, wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Gemarkungsgrenzen der selbständigen Gemarkung Ilbeshäuser Wald und der Gemeinde Herchenhain, die zugleich Kreisgrenzen zwischen den Kreisen Lauterbach und Schotten sind, verlegt und hiernach diese Kreisgrenzen verändert worden sind.

Darmstadt, den 7. März 1929.

Der Hessische Minister des Innern.
In Vertretung: Dr. Reitz.

Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten vom 21. Dezember 1927. Vom 14. März 1929.

Zur Ausführung und auf Grund des Gesetzes über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten vom 21. Dezember 1927 (Reichsgesetzbl. I S. 492) wird folgendes verordnet:

§ 1.

Die Bestimmungen des Reichsgesetzes über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten vom 21. Dezember 1927 finden auf die Hessische Landesbank — Staatsbank — in Darmstadt auch insoweit Anwendung, als Pfandbriefe und Schuldverschreibungen durch diese Bank bereits vor dem Inkrafttreten des genannten Reichsgesetzes ausgegeben worden sind.

§ 2.

Der Hessischen Landesbank — Staatsbank — wird gestattet, das als Ersatzdeckung für umlaufende Pfandbriefe und Schuldverschreibungen dienende Geld auf einem besonderen Konto bei der Reichsbank oder bei der Preußischen Staatsbank anzulegen. Die Anlegung bei einer anderen Bank bedarf der Genehmigung des Hessischen Finanzministers. Ueber diese Geldanlagen kann nur mit Zustimmung des Treuhänders bei der Hessischen Landesbank verfügt werden.

§ 3.

Die Hessische Landesbank bleibt ermächtigt, in besonderen Fällen für einzelne Reihen der von ihr ausgegebenen Pfandbriefe oder Schuldverschreibungen eine besondere Deckung mit besonderem Deckungsregister zu bilden. Für jeden Einzelfall, in welchem eine besondere Reihendeckung durchgeführt werden soll, ist die Genehmigung des Hessischen Finanzministers erforderlich.

§ 4.

Der bei der Landesbank bestellte Treuhänder hat darauf zu achten, daß die vorschriftsmäßige Deckung für die Hypothekenpfandbriefe jederzeit vorhanden ist, und daß die zur Deckung der Hypothekenpfandbriefe bestimmten Hypotheken und Wertpapiere in das Deckungsregister eingetragen werden.

Er hat die Hypothekenpfandbriefe vor der Ausgabe mit einer Bescheinigung über das Vorhandensein der vorschriftsmäßigen Deckung und über die Eintragung in das Deckungsregister zu versehen.

Eine in das Deckungsregister eingetragene Hypothek sowie ein in das Deckungsregister eingetragenes Wertpapier kann nur mit Zustimmung des Treuhänders in dem Register gelöscht werden. Die Zustimmung des Treuhänders hat in der Weise zu erfolgen, daß der Treuhänder seine Namensunterschrift dem Löschungsvermerk im Deckungsregister beifügt.

§ 5.

Der Treuhänder hat die Urkunden über die in das Deckungsregister eingetragenen Hypotheken so-

wie die in das Deckungsregister eingetragenen Wertpapiere unter dem Mitverschluß der Bank zu verwahren.

§ 6.

Bedarf die Bank einer Hypothekurkunde nur zu vorübergehendem Gebrauche, so hat der Treuhänder sie herauszugeben, ohne daß die Bank verpflichtet ist, eine andere Deckung zu beschaffen. Der Treuhänder hat die rechtzeitige Rückgabe zu überwachen.

§ 7.

Die §§ 4 bis 6 finden entsprechende Anwendung auf Schuldverschreibungen, welche die Hessische Landesbank auf Grund von Darlehen ausgibt, die sie inländischen Körperschaften des öffentlichen Rechtes oder gegen Gewährleistung durch eine solche Körperschaft gewährt.

§ 8.

Die Abtretung oder Verpfändung der in das Deckungsregister eingetragenen Hypotheken oder Darlehensforderungen der Hessischen Landesbank ist nur mit Zustimmung des Treuhänders zulässig. In diesen Fällen ist die Deckung erforderlichenfalls durch andere Hypotheken oder Darlehensforderungen zu ergänzen.

Darmstadt, den 14. März 1929.

Der Hessische Finanzminister.
Kirnberger.

Verordnung, die Abänderung der Verordnung vom 8. November 1909 über die Dampfkessel betreffend.
Vom 11. März 1929.

Auf Grund des Art. 3 Abs. 2 des Gesetzes, die Dampfkessel und Dampfgefäße betreffend, vom 26. März 1902 wird hiermit folgendes verordnet:

Abschnitt E des § 91 der Verordnung vom 22. August 1925, die Abänderung der Verordnung vom 8. November 1909 über die Dampfkessel betreffend (Reg.-Bl. S. 154), erhält folgenden zweiten Absatz:

Finden in einer Kesselschmiede oder in einer anderen gewerblichen Anlage an demselben Tage mehrere Prüfungen von Dampfgefäßen statt, so vermindern sich die bezeichneten Sätze für die Prüfung des dritten und jeden weiteren Gefäßes um je 5 RM.

Darmstadt, den 11. März 1929.

Der Hessische Minister für Arbeit und Wirtschaft.
In Vertretung: Karcher.

I. Bekanntmachung, die Ausführung der Reichsversicherungsordnung betreffend. Vom 22. März 1929.

I. Im Absatz 1 des § 3 der Bekanntmachung, die Ausführung der Reichsversicherungsordnung betreffend, vom 22. September 1913 (Reg.-Bl. S. 177) werden

1. in Ziffer 3 Satz 2 die Worte „einer staatlichen Lehranstalt oder" gestrichen und hinter „Lehrinstitut" beigesetzt: „oder einer sonstigen staatlich anerkannten Lehranstalt",
2. hinter Ziffer 3 hinzugesetzt:
   4. eine Prüfung nach den Vorschriften der Ministerialabteilung für öffentliche Gesundheitspflege bestanden hat.

   Das Bestehen der Prüfung berechtigt den Geprüften, sich als staatlich geprüften Dentisten zu bezeichnen.

II. Hinter § 3 der unter I. genannten Bekanntmachung wird eingeschoben:

§ 3 a.

Die staatlich geprüften Dentisten haben sich bei ihrer Niederlassung unter Vorlage ihres staatlichen Ausweises bei dem zuständigen Kreisgesundheitsamt zu melden.

III. Die Bekanntmachung I. vom 7. März 1919 wird aufgehoben.

Darmstadt, den 22. März 1929.

Der Hessische Minister für Arbeit und Wirtschaft.
Korell.

II. Bekanntmachung, den § 123 RVO., hier die Prüfung für Zahntechniker betreffend.
Vom 22. März 1929.

Auf Grund der Bekanntmachung, die Ausführung der Reichsversicherungsordnung betreffend, vom 22. März 1929 (Reg.-Bl. S. 34) erlassen wir über die Prüfung von Zahntechnikern im Sinne des § 123 RVO. die folgenden Vorschriften.

§ 1.

Die Prüfungskommission besteht aus einem unserer ärztlichen Mitglieder als Vorsitzenden, einem Zahnarzt und einem staatlich geprüften und zur Kassenpraxis zugelassenen Dentisten. An Stelle eines Zahnarztes kann auch ein zweiter staatlich geprüfter und zur Kassenpraxis zugelassener Dentist ernannt werden.

Die Mitglieder der Prüfungskommission und ihre Stellvertreter werden durch uns auf Widerruf ernannt. Ihre Namen werden in der „Darmstädter Zeitung" veröffentlicht.

§ 2.

Der Ort der Prüfung wird vom Vorsitzenden der Prüfungskommission jeweils bestimmt.

Prüfungen finden in der Regel im April und Oktober in Darmstadt statt.

§ 3.

Die Zulassungsgesuche sind bei uns unter Beifügung der erforderlichen Nachweise (§ 4) spätestens bis 1. März und 1. September einzureichen.

§ 4.

Dem Zulassungsgesuche sind beizufügen:

1. Die Geburtsurkunde.
2. Das Zeugnis über die abgeschlossene Schulbildung.
3. Ein behördliches Führungszeugnis, das sich wenigstens über die letzten 5 Jahre zu erstrecken hat.
4. Der Nachweis über eine — nach vorausgegangener Eignungsprüfung — durch die Technikerprüfung nach den Bestimmungen des Reichsverbandes Deutscher Dentisten zum Abschluß gebrachte, mindestens dreijährige technische Ausbildung bei einem Zahnarzt oder bei einem nach § 3 und 4 der Bekanntmachung, die Ausführung der Reichsversicherungsordnung betreffend vom 22. September 1913 (Reg.-Bl. S. 177) in der Fassung vom 7. März 1919 (Reg.-Bl. S. 127) und vom 22. März 1928 (Reg.-Bl. S. 34) als Zahntechniker im Sinne der Reichsversicherungsordnung anzusehenden Dentisten im Deutschen Reiche. Der Nachweis ist durch Vorlage des Lehrvertrages über die technische Ausbildung, des Ergebnisses der Eignungsprüfung, die innerhalb der ersten drei Monate der Lehrzeit abzulegen ist, und eines Zeugnisses über die Tätigkeit während der Lehrzeit zu erbringen. Die Unterschrift des Zeugnisses des Lehrherrn muß amtlich beglaubigt sein.
5. Der Nachweis über eine mindestens dreijährige Tätigkeit als Gehilfe eines Zahnarztes oder eines Dentisten der in Ziffer 4 bezeichneten Art.

   Die Unterschriften der Zeugnisse müssen amtlich beglaubigt sein.
6. Der Nachweis einer mindestens einjährigen Ausbildung als Vollschüler an einem vom Verband der Dentisten im Deutschen Reich geschaffenen und staatlich anerkannten Institut für dentistische Fortbildung oder an einer sonstigen staatlich anerkannten Lehranstalt. Der Besuch eines dentistischen Fortbildungsinstituts kann nach Abschluß der Lehrzeit sofort oder später erfolgen.

   Die nachgewiesene Tätigkeit als Zahntechniker in militärischen Zahnstationen kann auf die dreijährige Gehilfenzeit angerechnet werden.
7. Ein selbstverfaßter und eigenhändig geschriebener Lebenslauf.

Der Vorsitzende der Prüfungskommission entscheidet über die Zulassung. In Zweifels- (oder Streit-) Fällen entscheidet auf Vorlage des Vorsitzenden der Prüfungskommission die Ministerialabteilung für öffentliche Gesundheitspflege.

In besonders begründeten Fällen, in denen die Nichtzulassung zur Prüfung eine unbillige Härte wäre, kann die Ministerialabteilung für öffentliche Gesundheitspflege auf Antrag Ausnahmen zulassen. Von der in Ziffer 6 geforderten Ausbildung an einem Institut kann nicht abgesehen werden.

§ 5.

Die Gebühren für die Prüfung betragen 50 RM. Sie sind an die Kanzlei vor Beginn der Prüfung zu entrichten. Die dafür bestimmten Termine werden in der Mitteilung über Zulassung oder in der Ladung zur Prüfung bekanntgegeben. Wer von der Prüfung spätestens zwei Tage vor ihrem Beginn zurücktritt, erhält $^3/_4$ der bereits entrichteten Gebühren zurück.

Bei einem späteren Rücktritt sind die Gebühren ganz verfallen.

§ 6.

Der Vorsitzende der Prüfungskommission verfügt die Ladung der Prüflinge.

§ 7.

Der Vorsitzende der Prüfungskommission gibt Tag und Stunde der Prüfung spätestens zwei Wochen vor ihrem Beginn den Mitgliedern der Prüfungskommission und den Prüflingen bekannt und hat dafür zu sorgen, daß die nötigen Prüfungsräume bereitgehalten werden. Für die zur Prüfung erforderlichen Hilfsmittel und Zahnkranken hat jedes Mitglied der Prüfungskommission für seine Prüfungsfächer zu sorgen.

§ 8.

Zu einem Prüfungstermin werden in der Regel nicht mehr als sechs Prüflinge zugelassen.

Wer in dem Prüfungstermin ohne ausreichende Entschuldigung nicht erscheint, kann bis zur Dauer von sechs Monaten von der Prüfung ausgeschlossen werden.

§ 9.

Die Prüfung ist eine mündliche und eine praktische.

§ 10.

Der Vorsitzende leitet die Prüfung, bestellt bei Behinderung eines Mitgliedes der Prüfungskommission den Vertreter und verteilt die Prüfungsgegenstände (§ 11) unter die Prüfenden. Die Arbeit für die praktische Prüfung wird von einem Mitgliede der Prüfungskommission oder einem vom Vorsitzenden bestimmten Stellvertreter überwacht.

§ 11.

Die mündliche Prüfung soll sich erstrecken auf:

a) Anatomie und Physiologie des menschlichen Körpers, spezielle Anatomie der Knochen, Muskeln, Arterien und Nerven der Kiefer (Bau und Entwickelung der Zähne),
b) Infektion und Desinfektion, Asepsis und Antisepsis in der Zahnbehandlung,
c) die Zahnerkrankungen, ihre Ursachen, Folgen und Behandlung,
d) die Verwendung und Wirkung der bei der Zahnbehandlung gebräuchlichen Medikamente und ihre Zusammensetzung; die Kenntnis der chemischen Formeln wird nicht verlangt,
e) die Wurzelbehandlung und Wurzelfüllung,

f) das Füllen der Zähne mit sämtlichen in Betracht kommenden Materialien, deren Zusammensetzung und Eigenschaften,

g) die Extraktion der Zähne,

h) die Kiefer- und Zahnfleischerkrankungen, Gewerbekrankheiten der Zähne und des Zahnfleisches,

i) die Behandlung des Kiefers in Verbindung mit der Zahnextraktion und den Zahnerkrankungen; die Bedeutung des Röntgenbildes,

k) die Behandlung des erkrankten Zahnfleisches,

l) die örtliche Betäubung im Dienste der Zahnbehandlung,

m) Mißerfolge und üble Zufälle während und nach der Zahnbehandlung,

n) die Grundzüge des Zahnersatzes:
die Befestigung künstlichen Zahnersatzes,
die Vorbereitung des Mundes zum Zahnersatz,
die Artikulation und Artikulatoren,
die Grundzüge der Zahnregulierung,

o) Materialkunde:
Material und Hilfsmaterial der Technik,
Metallurgie, besonders in Behandlung und Verarbeitung der in der Zahnersatzkunde verwendeten Metalle und Legierungen,

p) die Gesetzeskunde, insbesondere die RVO. und ihre Ausführungsbestimmungen, soweit sie die dentistische Behandlung der Versicherten berühren.

In der mündlichen Prüfung hat der Prüfling auch seine Kenntnisse darüber nachzuweisen, welche Erkrankungsfälle seiner Behandlung mit Rücksicht darauf entzogen sind, daß es dem Dentisten nicht erlaubt ist, Mund- und Kieferkrankheiten zu behandeln gemäß § 7 der Ausführungsbestimmungen die RVO. betreffend, vom 22. September 1913 (Reg.-Bl. S. 177).

§ 12.

In der praktischen Prüfung sollen die Prüflinge ihre Kenntnisse und Fertigkeiten in der Zahnbehandlung und Zahnersatzkunde nachweisen.

Zu diesem Zwecke haben sie unter Aufsicht folgende Arbeiten auszuführen:

a) Extraktion eines Zahnes mit örtlicher Betäubung,

b) Behandlung und Füllen eines Zahnes,

c) Abdruck und Bißnehmen von einem zahnlosen Munde, Aufstellen, Einproben und evtl. Fertigstellen eines ganzen Gebisses,

d) Anfertigung mindestens eines Zahnersatzstückes in Kautschuk mit gelöteten Schutzplatten und Klammern an einem Patienten oder nach einem Modell,

e) Anfertigung eines Stiftzahnes oder einer Kronenarbeit,

f) Anfertigung einer Brücken- oder Metallgußarbeit,

g) Ausführung je einer schwierigen Reparatur an einem Kautschuk- und einem Metallzahnersatzstück.

§ 13.

Die Materialien für die auszuführenden Arbeiten hat der Prüfling selbst zu stellen; ferner hat er für die Benützung der Räume, der Instrumente, Apparate, der Heiz- und Kraftanlage einen Betrag an den Großbezirk Hessen im Reichsverband Deutscher Dentisten zu entrichten, solange der Staat keine Räume zur Verfügung stellt.

Beschädigte und unbrauchbar gemachte Instrumente hat der Prüfling zu ersetzen.

§ 14.

Das Ergebnis der Prüfung wird für jeden Geprüften und jedes Prüfungsfach in einer Niederschrift vermerkt, die von dem Vorsitzenden und den übrigen Mitgliedern der Prüfungskommission zu unterzeichnen ist. Es werden die Noten: „sehr gut", „gut", „genügend" und „nicht bestanden" erteilt.

§ 15.

Tritt ein Prüfling ohne eine nach dem Urteil der Prüfungskommission genügende Entschuldigung im Laufe der Prüfung zurück, so hat er sie vollständig zu wiederholen. Wer die Prüfung in einem der beiden Hauptabschnitte (§§ 11 und 12) oder in mehr als fünf Einzelfächern nicht bestanden hat, gilt als nicht bestanden.

Die nicht bestandene oder ohne Entschuldigung nicht vollendete Prüfung oder die Prüfung in nicht bestandenen Fächern kann nicht öfter als zweimal und frühestens nach 6 Monaten, spätestens nach 2 Jahren wiederholt werden. Sie muß bei derjenigen Prüfungskommission abgelegt werden, bei der die frühere Prüfung abgelegt oder begonnen wurde.

Ausnahmen kann die Ministerialabteilung für öffentliche Gesundheitspflege nur aus besonderen Gründen gestatten.

§ 16.

Bei Bestehen der Prüfung erhält der Prüfling einen Ausweis nach beiliegendem Muster.

§ 17.

Der Ausweis kann von der Ministerialabteilung für öffentliche Gesundheitspflege zurückgenommen werden, wenn die Unzuverlässigkeit des Inhabers nachgewiesen wird, insbesondere wenn er gegen die Vorschriften des § 5 und des § 7 Abs. 2 bis 4 der Bekanntmachung vom 22. September 1913 (Reg.-Bl. S. 177) verstößt oder wenn aus seinen Handlungen oder Unterlassungen der Mangel derjenigen Eigenschaften klar erhellt, die bei der Zulassung zur Behandlung von Versicherten vorausgesetzt werden müssen (vgl. § 8 der genannten Bekanntmachung).

§ 18.

Die in einem anderen Bundesstaate auf Grund mindestens gleichwertiger Bestimmungen abgelegte

Prüfung kann von der Ministerialabteilung für öffentliche Gesundheitspflege für das hessische Staatsgebiet anerkannt und die Anerkennung kann nach § 17 entzogen werden.

§ 19.

Diejenigen, welche bereits am 1. Januar 1929 sich 1 Jahr in der Ausbildung befinden, sind von der Eignungsprüfung befreit.

§ 20.

Die Bekanntmachungen vom 7. März 1919 (Reg.-Bl. S. 128), vom 15. April 1920 (Reg.-Bl. S. 75) und vom 8. April 1924 (Reg.-Bl. S. 252) werden hierdurch aufgehoben.

Darmstadt, den 22. März 1929.

Der Hessische Minister des Innern.
Abteilung für öffentliche Gesundheitspflege
In Vertretung: Dr. Schrohe.

Anlage.

Ausweis
für staatlich geprüfte Dentisten.

(Namen).....

geboren am ..... in .....

welcher (welche) vor der staatlichen Prüfungskommission in Darmstadt am .....

19..... die staatliche Prüfung als Dentist mit dem Urteil ..... bestanden hat, erhält hierüber den vorliegenden Ausweis.

Er (Sie) ist berechtigt, sich die Bezeichnung: „In Hessen staatlich geprüfter Dentist" beizulegen.

Der Ausweis kann vom Ministerium des Innern, Abteilung für öffentliche Gesundheitspflege, zurückgenommen werden, wenn die Unzuverlässigkeit des Dentisten nachgewiesen wird, insbesondere wenn er gegen die Vorschriften des § 5 und des § 7 Abs. 2 bis 4 der Bekanntmachung vom 22. September 1913 (Reg.-Bl. S. 177) verstößt oder wenn aus seinen Handlungen oder Unterlassungen der Mangel derjenigen Eigenschaften klar erhellt, die bei der Zulassung an Behandlung von Versicherten vorausgesetzt werden müssen (vgl. § 8 der genannten Bekanntmachung).

Darmstadt, den .....

Hessisches Ministerium des Innern.
Abteilung für öffentliche Gesundheitspflege.

Verordnung über die Abänderung der Verordnung, die Zulassung von Lehrern und Lehrerinnen an Volksschulen zum Hochschulstudium betreffend, vom 1. September 1921 Vom 8. März 1929.

Einziger Paragraph.

§ 2 der Verordnung, die Zulassung von Lehrern und Lehrerinnen an Volksschulen zum Hochschulstudium betreffend, vom 1. September 1921 tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1930 außer Kraft.

Darmstadt, den 8. März 1929.

Der Hessische Minister für Kultus und Bildungswesen.
In Vertretung: Urstadt.

Teil II
Namensänderungen.

Februar 1929

am 22. wurde dem Josef Anton Dengler in München, geb. am 16. August 1873, gestattet, an Stelle seines seitherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Mayer", —
dem Edgar Waldemar Schäfer in Offenbach, geb. am 7. Juli 1905, gestattet, an Stelle seines seitherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Schöffer", —

März 1929

am 6. wurde der Anneliese Jüngst in Erbach, geb. am 14. Januar 1922, gestattet, an Stelle ihres seitherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Glenz" — zu führen.

Dienstnachrichten.

Februar 1929

am 2. wurden die Gendarmeriemeister Christian Kuhn zu Heppenheim a. d. B. und Franz Szczerbowski zu Lauterbach i. H. zu Gendarmeriekommissaren, die Gendarmeriehauptwachtmeister Heinrich Haller zu Wald-Michelbach, Wilhelm Listmann zu Grebenau, Heinrich Wilhelm Litzius zu Wenings, Friedrich Schmidt zu Hainstadt i. O., Karl Sopp zu Groß-Steinheim, Georg Wagner zu Fürth i. O., zu Gendarmeriemeistern, sämtlich mit Wirkung vom 1. Februar an, —

am 5. die Schulamtsanwärterin Eva Meyer aus Gadernheim, Kreis Bensheim, zur Lehrerin an der evangelischen Volksschule zu Lampertheim, Kreis Bensheim, die Schulamtsanwärterin Magdalene Pfeiffer aus Weisenau, Kreis Mainz, zur Lehrerin an der Volksschule zu Bürstadt, Kreis Bensheim, beide mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 6. der Schulamtsanwärter Emil Roth aus Lämmerspiel, Kreis Offenbach, zum Lehrer an der Volksschule zu Nieder-Roden, Kreis Dieburg, —

am 12. der Gefängniswachtmeister Georg Roth in Osthofen zum Justizwachtmeister bei dem Amtsgericht Bingen, mit Wirkung vom 15. Februar an, —

der Kanzleigehilfe bei dem Amtsgericht Dieburg August Wohlfarth zum Kanzlisten, mit Wirkung vom 1. März an, —

am 14. der Anstaltsarzt Dr. Johann Karl Kinsberger in Philippshospital unter Belassung seiner Amtsbezeichnung „Medizinalrat" zum Oberarzt bei der Landes-Heil- und Pflegeanstalt „Philippshospital" bei Goddelau, mit Wirkung vom 1. Februar an, —

der Lehrer Philipp Sander zu Wörrstadt, Kreis Oppenheim, zum Rektor an der Volksschule daselbst, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 19. der Oekonom bei dem Landgerichtsgefängnis in Darmstadt Friedrich August Jüngling zum Gefängnisvorsteher bei dieser Anstalt, mit Wirkung vom 1. April an, —

am 20. der Polizeiverwaltungsassistent auf Probe Georg Ahl aus Darmstadt zum Polizeiverwaltungsassistenten, mit Wirkung vom 1. März an, —

der Kreisarzt Medizinalrat Dr. Eduard Balser in Alsfeld zum Kreisarzt des Kreisgesundheitsamtes Büdingen, der Amtsarzt Medizinalrat Dr. Richard Schad in Worms zum Kreisarzt des Kreisgesundheitsamtes Alsfeld unter Belassung ihrer Amtsbezeichnung als Medizinalrat, die Assistenzärzte Dr. Friedrich Koch bei der Landes-Heil- und Pflegeanstalt „Philippshospital" bei Goddelau zum Amtsarzt bei dem Kreisgesundheitsamt Worms mit der Amtsbezeichnung „Medizinalrat" und Dr. Adolf Schneider in Alzey zum Anstaltsarzt bei der Landes-Heil- und Pflegeanstalt „Philippshospital" bei Goddelau mit der Amtsbezeichnung „Medizinalrat", sämtlich mit Wirkung vom 1. März an, —

der Justizinspektor bei dem Amtsgericht Friedberg Friedrich Wilhelm Winkler zum geschäftsleitenden Justizinspektor bei dem Amtsgericht Ober-Ingelheim, mit Wirkung vom 1. Februar an, —

am 21. der Oberjustizinspektor bei dem Amtsgericht Dieburg Johann Nikolaus Ewald zum Oberjustizinspektor bei dem Amtsgericht Darmstadt II, mit Wirkung vom 1. März an, —

der Justizinspektor bei dem Amtsgericht Gernsheim Georg Müller zum geschäftsleitenden Justizinspektor bei dem Amtsgericht Ortenberg, mit Wirkung vom 1. Februar an, —

der Polizeihauptwachtmeister Fritz Rust zu Bad-Nauheim zum Polizeimeister, mit Wirkung vom 1. März an, —

der Landwirtschaftsrat a. D. Dr. Richard Görlach zu Groß-Umstadt zum Landwirtschaftsrat bei einem Landwirtschaftsamt, mit Wirkung vom 1. Februar an, —

am 22. der Justizinspektor bei dem Amtsgericht Friedberg Julius Dahmer zum geschäftsleitenden Justizinspektor bei dem Amtsgericht Ulrichstein, mit Wirkung vom 1. Februar an, —

der Gendarmeriehauptwachtmeister Heinrich Dörr zu Arheilgen zum Gendarmeriemeister, mit Wirkung vom 1. Februar an, —

am 25. der Justizinspektor bei dem Amtsgericht Lich Ludwig Volz zum geschäftsleitenden Justizinspektor bei diesem Gericht, mit Wirkung vom 1. März an, —

am 26. die Polizeiverwaltungsassistenten auf Probe Otto Schmidt aus Birklar, Kreis Gießen, Heinrich Mayer aus Frankfurt a. M., Johannes Lutz aus Hainstadt, Kreis Erbach, zu Polizeiverwaltungsassistenten, sämtlich mit Wirkung vom 1. März an, —

der Vermessungspraktikant Peter Vetter aus Lindenfels i. O. zum überplanmäßigen Vermessungssekretär mit der Amtsbezeichnung Obervermessungssekretär, mit Wirkung vom 1. März an, —

am 27. der Justizpraktikant Karl Amerschläger zum Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Fürth, mit Wirkung vom 3. Februar an, —

der Justizpraktikant Otto Ludwig zum Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Ortenberg, mit Wirkung vom 4. Februar an, —

der Justizpraktikant Hugo Philippi zum Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Friedberg, mit Wirkung vom 2. Februar an, —

der Polizeiverwaltungsassistent auf Probe Joseph Wohlfahrt aus Dieburg zum Polizeiverwaltungsassistenten, mit Wirkung vom 1. März an, —

der Ministerialdirektor im Ministerium des Innern Gustav Spamer zum Präsidenten der Oberrechnungskammer und des Verwaltungsgerichtshofs, mit Wirkung vom 1. März an, —

am 28. der Justizinspektor bei dem Amtsgericht Osthofen Jacob Winter zum Justizinspektor bei

dem Amtsgericht Bensheim, mit Wirkung vom 10. März an, —
der Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Ortenberg Ludwig Scherff zum Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Nieder-Olm, mit Wirkung vom 1. März an, —
der Justizpraktikant Willy Bormuth zum Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Dieburg, mit Wirkung vom 5. Februar an, —
der Justizpraktikant Alfred Eisenhauer zum Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Groß-Gerau, mit Wirkung vom 6. Februar an, —
der Justizpraktikant Hans Guttandin zum Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Alzey, mit Wirkung vom 7. Februar an, —
der Justizpraktikant Georg Lust zum Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Friedberg, mit Wirkung vom 1. Februar an, —
der überplanmäßige Obervermessungssekretär August Keller beim Vermessungsamt Mainz-Land zum planmäßigen Obervermessungssekretär, mit Wirkung vom 1. März an, —
der Kanzleigehilfe bei dem Amtsgericht Nieder-Olm August Darmstadt zum Kanzlisten, mit Wirkung vom 1. März an, —
der Gendarmeriehauptwachtmeister auf Probe Johannes Maicher in Darmstadt zum Gendarmeriehauptwachtmeister, mit Wirkung vom 1. Februar an — ernannt;
der Amtsvorstand des Forstamts Schotten Oberforstmeister Dr. Gustav Baader zu Schotten in gleicher Diensteigenschaft in das Forstamt Darmstadt — versetzt;

März 1929

am 1. wurde der Hilfsförster Wilhelm Lehr aus Darmstadt auf Grund des Artikels 4 des Gesetzes über die Ermächtigung der Staatsregierung zur Neuregelung der Dienstbezüge der Kommunalforstwarte sowie zur Neueinteilung der Försterein vom 30. Juli 1920 unter Vorbehalt der Regelung der Dienstaltersfolge zum Förster der Försterei Städtische Tanne, mit Wirkung vom 1. Februar an, —

am 2. der Landwirtschaftsrat Heinrich Wenzel zu Reichelsheim i. O. zum Vorstand des Landwirtschaftsamts zu Reichelsheim i. O. mit der Amtsbezeichnung „Direktor", mit Wirkung vom 1. März an, —

am 4. der Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Ulrichstein Hermann Christ zum Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Gernsheim, mit Wirkung vom 10. März an, —
die Polizeiverwaltungsassistenten auf Probe Heinrich Berthold aus Steinfurth, Jakob Frankenberger aus Pfungstadt und Anton Keller aus Bretzenheim zu Polizeiverwaltungsassistenten, sämtlich mit Wirkung vom 1. März an, —

am 5. der Lehrer Otto Emmel zu Maulbach, Kreis Alsfeld, zum Lehrer an der Volksschule zu Staufenberg, Kreis Gießen, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —
der Kanzleigehilfe Hugo Ewald in Gießen zum Kanzlisten bei dem Kreisamt Gießen, mit Wirkung vom 1. April an, —
die Polizeiverwaltungsassistenten auf Probe Heinrich Jackel aus Babenhausen, Wilhelm Schmidt aus Hilpert, Unterwesterwaldkreis, und Heinrich Thierolf aus Mümling-Grumbach, Kreis Erbach, zu Polizeiverwaltungsassistenten, sämtlich mit Wirkung vom 1. März an, —

am 6. der Lehrer Karl Bungert zu Sponsheim, Kreis Bingen, zum Lehrer an der Volksschule zu Kempten, Kreis Bingen, der Lehrer Valentin Josef Klingler zu Ober-Hilbersheim, Kreis Oppenheim, zum Lehrer an der Volksschule zu Gaulsheim, Kreis Bingen, beide mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 7. der Lehrer Jakob Ohl zu Stockheim, Kreis Erbach, zum Lehrer an der Volksschule zu Langen-Brombach, Kreis Erbach, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —
der Staatsrat Dr. Viktor Reitz zum Ministerialdirektor, der vortragende Rat Ministerialrat Ludwig Schwamb zum Ministerialrat, der ständige Hilfsarbeiter Regierungsrat Dr. Theodor Krebs zum vortragenden Rat mit der Amtsbezeichnung „Oberregierungsrat" und der Kreisamtmann Regierungsrat Ferdinand Kuhn unter Belassung seiner Amtsbezeichnung „Regierungsrat" zum ständigen Hilfsarbeiter, sämtlich mit Wirkung vom 1. März an, —

am 9. der überplanmäßige Oberlandmesser Heinrich Bärenz beim Landesvermessungsamt Darmstadt zum planmäßigen Oberlandmesser, mit Wirkung vom 1. März an, —
der prov. Gewerbelehrer zu Sprendlingen, Kreis Alzey, Franz John zum Gewerbelehrer an der Fortbildungsschule zu Sprendlingen und Umgegend, Kreis Alzey, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an — ernannt;

am 11. wurde der Förster Georg Peter Edelmann zu Unter-Schönmattenwag in gleicher Diensteigenschaft in die Försterei Beerfelden, Forstamt Beerfelden, mit Wirkung vom 1. Mai an — versetzt.

Dienstentlassungen.

Januar 1929

am 24. wurde die Lehrerin Magdalene Zimmermann, geb. Hammer, an der Volksschule zu Gießen auf Grund des Art. 1 des Hessischen Personalabbaugesetzes vom 19. Dezember 1923 in Verbindung mit Art. 14 der Personalabbau-Verordnung des Reichs vom 27. Oktober 1923, mit Wirkung vom 1. Februar 1929 an aus dem hessischen Schuldienst entlassen.

Februar 1929

am 16. wurde die Lehrerin Nannchen Bentheim an der Volksschule zu Alsbach, Kreis Bensheim, auf ihr Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. April an, aus dem hessischen Schuldienst entlassen;

am 18. wurde der ständige juristische Hilfsarbeiter bei der Hessischen Landesbank Finanzrat Dr. Georg Groeninger zu Darmstadt, auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. März an, aus dem Staatsdienst entlassen;

am 21. wurde die Lehrerin Else Jöst, verehelichte Köhler, an der Volksschule zu Gimbsheim, Kreis Worms, auf Grund des Art. 1 des hessischen Personalabbaugesetzes vom 19. Dezember 1923 in Verbindung mit Artikel 14 der Reichs-Personalabbauverordnung vom 27. Oktober 1923, mit Wirkung vom 1. Januar an, aus dem hessischen Schuldienst entlassen.

Ruhestandsversetzungen.

Dezember 1928

am 21. wurde der Oberstudienrat an dem Realgymnasium zu Darmstadt, Ernst Seeger, auf sein Nachsuchen mit Wirkung vom 1. Januar 1929 an, —

am 28. der Oberstudienrat an der Viktoriaschule (Studienanstalt) zu Darmstadt, Franz Bock, auf sein Nachsuchen mit Wirkung vom 1. Januar 1929 an, —

Januar 1929

am 10. die Lehrerin an der Volksschule zu Mainz, Eva Falkenstein, auf ihr Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Februar an, —
der Oberforstmeister Karl Delp zu Darmstadt auf sein Nachsuchen mit Wirkung vom 1. Februar an — in den Ruhestand versetzt;

am 11. der Forstrat im einstweiligen Ruhestand, Friedrich Kullmann zu Burg-Gemünden, mit Wirkung vom 1. Februar an, in den endgültigen Ruhestand versetzt;
der Polizeiinspektor Julius Schilling zu Darmstadt auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. März an, —

am 18. der Amtsgerichtsrat bei dem Amtsgericht Offenbach, Friedrich Machwirth, auf Nachsuchen, —

am 1. der Justizsekretär Valentin Wetzel in Darmstadt auf Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. März an, —

am 25. der Oberreallehrer an der Oberrealschule zu Alsfeld, Gustav Herrmann, auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Februar an, —

am 29. der Justizsekretär Hermann Wagner in Darmstadt auf Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Mai an, —
der Oberstudienrat an dem Gymnasium zu Mainz Karl Stempel auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. April an, —

Februar 1929

am 1. der Arbeitshausoberwachtmeister Georg Häffner in Dieburg auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. März an, —

am 7. der Notar Justizrat Wilhelm Salzer zu Nieder-Olm auf Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Mai an, —

am 13. der Oberstudienrat an dem Gymnasium zu Worms, Heinrich Diehl, auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. April an, —

am 21. der Oberstudienrat an dem Realgymnasium in Darmstadt Friedrich Pfannmüller auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. April an, —
der Obereichmeister Johann Peter Wilhelm Schmidt zu Friedberg auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Juli an — in den Ruhestand versetzt.

Auf Grund des § 1 des Gesetzes über die Altersgrenze der Staatsbeamten vom 2. Juli 1923 — 19. Dezember 1923 in der Fassung des Gesetzes vom 8. Oktober 1925 (Reg.-Bl. S. 249) wurden in den Ruhestand versetzt:

Januar 1929

am 1. der Kreisschulrat Karl Backes bei dem Kreisschulamt in Groß-Gerau, der Studienrat Dr. Karl Uhrig an der Eleonorenschule (Stud.-Anstalt) in Worms, der Oberstudienrat an dem Realgymnasium in Gießen, Dr. Peter Dittmar, der Lehrer August Boving an der Volksschule zu Gonsenheim, Kreis Mainz, der Direktor der Landesbibliothek Darmstadt Dr. Ludwig Voltz, der Rektor Friedrich Andreas Schmitz an der Volksschule zu Bretzenheim, Kreis Mainz, der Oberreallehrer an der Ober-real- und höheren Landwirtschaftsschule in Groß-Umstadt Wilhelm Bernbeck, der Oberstudienrat an der Aufbauschule in Alzey Hans Rötger,

Februar 1929

am 1. die Lehrer Christian Bommersheim an der Volksschule zu Bad-Nauheim, Kreis Friedberg, Peter Hedrich an der Volksschule zu Homberg a. d. Ohm, Kreis Alsfeld, Heinrich Knöll an der Volksschule zu Ettinghausen, Kreis Gießen, Joseph Petri an der Volksschule zu Rhein-Dürkheim, Kreis Worms, der Stadtschulrat bei dem Stadtschulamt Gießen, Dr. Konrad Alles, der Rektor Georg Richtscheid an der Volksschule zu Gau-Algesheim, Kreis Bingen, die Lehrerin im einstweiligen Ruhestand Luise Steinberger zu Mainz in den dauernden Ruhestand, der Lehrer Abraham Weinberg an der Volksschule zu Offenbach, der Lehrer Adam Krämer an der Volksschule zu Traisa, Kreis Darmstadt,

März 1929

am 1. der Rektor an der Volksschule zu Rimbach, Kreis Heppenheim, Georg Frieß, der Rektor an der katholischen Volksschule zu Dieburg Joseph Moll, der Lehrer an der Volksschule zu Gießen Friedrich Görlach, der Lehrer an der Volksschule zu Groß-Gerau Adam Knecht, der Lehrer an der Volksschule zu Darmstadt Leonhard Löw, der Lehrer an der Volksschule zu Gaulsheim, Kreis Bingen, Servatius Rudolph.

Hessisches Regierungsblatt.

1929 **Darmstadt, den 28. März 1929.** Nr. 6

(Siebenter Tag nach Ablauf des Ausgabetags 4. April 1929.)

Inhalt: Teil I: Gesetz, die Rechtsverhältnisse der Gemeindebeamten betreffend. S. 41 — Gesetz, die Vereinigung der Landgemeinde Büdesheim mit der Stadt Bingen betreffend. S. 45 — Jagdpaßgesetz. S. 46 — Ausführungsverordnung zum Jagdpaßgesetz. S. 48.

Teil I

Gesetz, die Rechtsverhältnisse der Gemeindebeamten betreffend. Vom 22. März 1929.

Artikel 1.

I. Gemeindebeamter im Sinne dieses Gesetzes ist, wer von einer Gemeinde als Beamter angestellt ist.

II. Bürgermeister und Beigeordnete sind nicht Gemeindebeamte im Sinne dieses Gesetzes.

Artikel 2.

I. Beamtenstellen, die nicht durch Gesetz oder Verordnung vorgeschrieben sind, werden durch Beschluß des Gemeinderats (Stadtrats) errichtet.

II. Jede Gemeinde hat Art und Zahl der Gemeindebeamtenstellen in einem Stellenplan festzuhalten.

Artikel 3.

I. Die Anstellung der Gemeindebeamten vollzieht der Bürgermeister auf Beschluß des Gemeinderats (Stadtrats). Bei der Anstellung ist dem Gemeindebeamten eine Anstellungsurkunde auszuhändigen. Die Anstellungsurkunde muß den Empfänger als Gemeindebeamten bezeichnen und die Unterschrift des Bürgermeisters tragen; sie soll auch den Zeitpunkt für den Beginn des Beamtenverhältnisses festlegen und angeben, ob die Anstellung auf Lebenszeit oder widerruflich erfolgt.

II. Mit der Aushändigung der Anstellungsurkunde wird die Anstellung wirksam.

Artikel 4.

I. Die Anstellung der Polizei- und Feldschutzbeamten wird erst dann rechtswirksam, wenn das Kreisamt nach vorheriger Prüfung des Vorschlags die Verpflichtung des Vorgeschlagenen vorgenommen hat.

II. Lehnt das Kreisamt die Verpflichtung ab, so kann die Gemeinde binnen Monatsfrist Beschwerde bei dem Minister des Innern verfolgen.

Artikel 5.

I. Der Rechner (Stadtrechner in den Städten, Gemeinderechner in den Landgemeinden) darf mit dem Bürgermeister weder in gerader Linie verwandt oder verschwägert, noch im zweiten Grade der Seitenlinie verwandt, noch mit ihm verehelicht sein. Sein Amt ist unvereinbar mit demjenigen des Bürgermeisters oder des Beigeordneten.

II. Die Anstellung des Gemeinderechners bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Sie darf nur versagt werden:

1. wenn der Vorgeschlagene die erforderlichen Fähigkeiten zur Versehung des Amtes nicht besitzt oder keinen ungetrübten Leumund hat, oder
2. wenn die Anstellung gegen Abs. I verstößt.

III. Versagt die Aufsichtsbehörde ihre Genehmigung, so findet das Verwaltungsstreitverfahren statt.

IV. Ist die Stelle des Gemeinderechners erledigt und ihre sachgemäße Verwaltung nicht gewährleistet, so kann die Aufsichtsbehörde nach Anhörung des Gemeinderats und des Kreisausschusses die erledigte Stelle bis zum Dienstantritt des neuen Rechners auf Kosten der Gemeinde auftragsweise verwalten lassen.

Artikel 6.

I. Gemeindebeamte, deren Stellen dauernd notwendig sind und eine volle Arbeitskraft erfordern, sind auf Lebenszeit anzustellen.

II. Im übrigen werden die Gemeindebeamten, sofern nicht der Gemeinderat (Stadtrat) im Einzelfall Anstellung auf Lebenszeit beschließt, auf Widerruf angestellt.

Artikel 7.

I. Die auf Lebenszeit angestellten Gemeindebeamten können nur während der ersten fünf Jahre ihrer Anstellung entlassen werden. Diese Frist kann durch Beschluß des Gemeinderats (Stadtrats) im Einzelfall verkürzt werden oder in Wegfall kommen; sie kann auch aus wichtigen, in der Person des Beamten liegenden Gründen um höchstens zwei Jahre verlängert werden. Nach Ablauf der Frist können die auf Lebenszeit angestellten Beamten nur im Dienststrafverfahren entlassen werden.

II. Die auf Widerruf angestellten Gemeindebeamten können nach Ablauf von fünf Jahren seit ihrer Anstellung nur aus wichtigem Grunde entlassen werden. Mit der Kündigung ist der Kündigungsgrund schriftlich mitzuteilen. Gegen die Kündigung steht dem Gemeindebeamten binnen eines

Monats nach Zustellung der Kündigung die Beschwerde an die Aufsichtsbehörde und binnen eines Monats nach Zustellung der Entscheidung der Aufsichtsbehörde die weitere Beschwerde an den Minister des Innern zu; die weitere Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung. Gibt die Aufsichtsbehörde der Beschwerde statt, so hat die Gemeinde binnen eines Monats nach Zustellung der Entscheidung das Recht der Beschwerde an den Minister des Innern.

III. Wird ein auf Widerruf angestellter Gemeindebeamter nach Ablauf von fünf Jahren seit seiner Anstellung auf Lebenszeit angestellt, so steht ihm auch während der in Abs. I genannten Frist der Kündigungsschutz nach Abs. II zu.

Artikel 8.

I. Die Entlassung der Gemeindebeamten erfolgt durch den Bürgermeister mit Zustimmung des Gemeinderats (Stadtrats). Sie ist vorbehaltlich der Bestimmungen über das Dienststrafverfahren nur für den Schluß eines Kalendermonats und nur unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von mindestens drei Monaten zulässig. Die Kündigung ist schriftlich zuzustellen.

II. Die Entlassung der Polizei- und Feldschutzbeamten bedarf der Genehmigung des Kreisamts, soweit nicht das Beschwerdeverfahren nach Art. 7 Abs. II zulässig ist. Gegen den die Entlassung verweigernden Bescheid des Kreisamts steht der Gemeinde binnen Monatsfrist die Beschwerde an den Minister des Innern zu.

Artikel 9.

Die widerruflich angestellten Polizei- und Feldschutzbeamten der Landgemeinden können durch das Kreisamt im dienstlichen Interesse ihres Amts enthoben und auch bei Widerspruch der Gemeindevertretung entlassen werden. Das gleiche gilt für die auf Lebenszeit angestellten Polizei- und Feldschutzbeamten der Landgemeinden während der ersten fünf Jahre ihrer Anstellung. Eine Enthebung vom Amt kann mit sofortiger Wirkung verfügt werden. Für die Entlassung ist die Kündigungsfrist nach Art. 8 Abs. I einzuhalten. Gegen die Verfügungen des Kreisamts steht der Gemeinde und dem Beamten binnen Monatsfrist die Beschwerde an den Minister des Innern zu.

Artikel 10.

I. Die Gemeindebeamten haben Anspruch auf eine angemessene Besoldung; sie soll der Besoldung vergleichbarer Staatsbeamten angepaßt sein und die an den Gemeindebeamten zu stellenden dienstlichen Anforderungen, das Maß seiner Beschäftigung sowie die örtlichen Verhältnisse berücksichtigen.

II. Die Besoldung der städtischen Beamten wird durch eine vom Stadtrat aufzustellende Besoldungsordnung geregelt. In den Landgemeinden setzt der Gemeinderat die Besoldung fest.

Artikel 11.

I. Entstehen über die Höhe der Besoldung Streitigkeiten, so wird auf Antrag des Beamten im schiedsgerichtlichen Verfahren entschieden. Auch das Kreisamt kann von Amts wegen das Schiedsgericht anrufen, wenn seiner Ansicht nach die Besoldung eines Gemeindebeamten den Vorschriften des Art. 10 Abs. I offenbar nicht entspricht.

II. Zuständig in erster Instanz ist das Provinzialschiedsgericht, das in der Besetzung von drei Mitgliedern entscheidet. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter müssen die Befähigung zum Richteramt oder für den höheren Verwaltungsdienst haben; ein Beisitzer und sein Stellvertreter müssen Mitglieder einer Gemeindevertretung, der andere Beisitzer und sein Stellvertreter Gemeindebeamte sein. Den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter ernennt der Minister des Innern; die Beisitzer und ihre Stellvertreter wählt der Provinzialausschuß, der wegen der zu wählenden Gemeindevertreter den Hessischen Landgemeindetag und den Hessischen Städtetag und wegen der zu wählenden Gemeindebeamten die für das Land bestehenden Berufsvertretungen der Gemeindebeamten zu hören hat.

III. Gegen die Entscheidung der Provinzialschiedsgerichte findet Berufung statt. Sie ist binnen eines Monats nach Zustellung der Entscheidung an die Beteiligten einzulegen und kann auch von der Gemeinde verfolgt werden. Berufungsinstanz ist das Landesschiedsgericht, das in der Besetzung von fünf Mitgliedern entscheidet. Der Vorsitzende und zwei Beisitzer sowie ihre Stellvertreter müssen die Befähigung zum Richteramt oder für den höheren Verwaltungsdienst haben. Von den beiden übrigen Beisitzern müssen der eine und sein Stellvertreter Mitglieder einer Gemeindevertretung, der andere und sein Stellvertreter Gemeindebeamte sein. Die Mitglieder des Landesschiedsgerichts ernennt der Minister des Innern; soweit sie Gemeindevertreter oder Gemeindebeamte sein müssen, werden der Hessische Landgemeindetag, der Hessische Städtetag und die Berufsvertretungen der Gemeindebeamten in gleicher Weise wie bei der Bildung der Provinzialschiedsgerichte gehört.

IV. In dem schiedsgerichtlichen Verfahren werden Gebühren erhoben. Die Gebühren sollen so bemessen werden, daß sie die Kosten der Gerichtshaltung decken.

V. Nähere Bestimmungen über die Schiedsgerichte und das schiedsgerichtliche Verfahren trifft der Minister des Innern.

Artikel 12.

I. Die Gemeindebeamten haben bei Erkrankung und während des üblichen Erholungsurlaubs Anspruch auf Weitergewährung ihrer Besoldung.

II. Unbeschadet der Bestimmungen in Abs. I wird den Gemeindebeamten, die nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung krankenversicherungspflichtig wären, für den Fall der Erkrankung ein Barbezug im anderthalbfachen Betrag des Kran-

kengeldes der zuständigen Krankenkasse für die Dauer der Regelleistungen der Krankenkassen gewährleistet. Auf diese Leistung wird der Betrag angerechnet, der dem Beamten für die gleiche Zeit an Besoldung, Ruhegehalt oder Wartegeld zusteht.

Artikel 13.

Die Gemeindebeamten haben bei Amtsgeschäften außerhalb ihres Amtsbezirks Anspruch auf Tagegelder und Reisekosten oder anderweitige Aufwandsentschädigung; die nähere Regelung trifft der Gemeinderat (Stadtrat).

Artikel 14.

I. Die städtischen Beamten haben Anspruch auf Ruhegehalt und Wartegeld, ihre Hinterbliebenen auf Hinterbliebenenversorgung. Die Ansprüche sind durch Ortssatzung zu regeln mit der Maßgabe, daß im Einzelfall mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde besondere Vereinbarungen getroffen werden können. Bei der Regelung durch Ortssatzung sollen die für die Ansprüche der Staatsbeamten geltenden Grundsätze maßgebend sein.

Die Stadt kann einen Beamten in den Ruhestand versetzen, wenn er durch ein körperliches Gebrechen oder wegen Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte zur Erfüllung seiner Amtspflichten dauernd unfähig ist oder wenn er das 65. Lebensjahr vollendet hat. Aus den gleichen Gründen kann auch der Beamte seine Versetzung in den Ruhestand verlangen. Gegen Gewährung von Wartegeld kann die Stadt einen Beamten einstweilig in den Ruhestand versetzen, wenn das von ihm verwaltete Amt infolge einer Umbildung der städtischen Behörden aufhört.

Entstehen aus der Versetzung in den Ruhestand oder über die Hinterbliebenenversorgung Streitigkeiten, so entscheidet die Aufsichtsbehörde. Gegen ihre Entscheidung, die auch für vorläufig vollstreckbar erklärt werden kann, ist binnen eines Monats nach Zustellung Beschwerde an den Minister des Innern zulässig. Ungeachtet der Entscheidung der Verwaltungsbehörden steht, insoweit es sich um vermögensrechtliche Ansprüche handelt, beiden Teilen der Rechtsweg mit der Maßgabe offen, daß die Entscheidung der Verwaltungsbehörde über die Tatsache der Dienstunfähigkeit für die Gerichte bindend ist. Die Inanspruchnahme der Gerichte schiebt die Verpflichtung zur vorläufigen Zahlung der festgesetzten Ruhegehaltsbeträge nicht auf.

II. In den Landgemeinden richtet sich die Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgung nach dem Versicherungsgesetz für gemeindliche Beamte.

Artikel 15.

Der Gemeindebeamte hat das ihm übertragene Amt der Verfassung und den Gesetzen entsprechend gewissenhaft wahrzunehmen und durch sein Verhalten in und außer dem Amt sich der Achtung und des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, würdig zu zeigen. Er ist, auch nach Lösung des Dienstverhältnisses, zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet.

Den vollbeschäftigten Gemeindebeamten ist die unmittelbar auf Erwerb gerichtete Nebenbeschäftigung nur mit Genehmigung des Gemeinderats (Stadtrats) gestattet. Wird dem Gemeindebeamten die Genehmigung zur Ausübung einer wissenschaftlichen, künstlerischen oder literarischen Tätigkeit versagt, so steht ihm das Recht der Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zu.

Artikel 16.

Verletzt ein Gemeindebeamter schuldhaft die Pflichten, die ihm sein Amt auferlegt, so unterliegt er der Dienstbestrafung nach Maßgabe der folgenden Vorschriften.

Artikel 17.

I. Das Kreisamt kann auf Warnung, Verweis und Geldstrafe bis zur halben Höhe des dem Beamten zustehenden monatlichen Diensteinkommens erkennen. In den Städten und in Landgemeinden mit einem Berufsbürgermeister hat diese Strafbefugnis der Bürgermeister; Polizeibeamten gegenüber bleibt auch das Kreisamt strafbefugt.

II. Der Provinzialausschuß und der Verwaltungsgerichtshof als Berufungsinstanz können auf Geldstrafe bis zur Höhe des monatlichen Diensteinkommens, auf Kürzung des Diensteinkommens um höchstens ein Fünftel bis zur Dauer eines Jahres, auf Versetzung in eine geringer besoldete Dienststelle innerhalb der Gemeinde oder auf Dienstentlassung erkennen; ihre Strafbefugnis schließt die Berechtigung ein, nach Lage des Falles auch eine der in Abs. I genannten Strafen auszusprechen.

III. Die Dienstentlassung hat den Verlust der Amtsbezeichnung, des Diensteinkommens und des Anspruchs auf Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung von Rechts wegen zur Folge. Lassen besondere Umstände eine mildere Beurteilung zu, so kann in der Entscheidung festgesetzt werden, daß dem Entlassenen, auch wenn er noch nicht dienstunfähig ist, ein Teil des Ruhegehalts, das ihm im Falle der Versetzung in den Ruhestand infolge Dienstunfähigkeit zustände, auf Lebensdauer oder für bestimmte Zeit zu gewähren ist. Wird dem Entlassenen ein Teil des Ruhegehalts auf Lebenszeit gewährt, so steht nach seinem Tode den Hinterbliebenen eine Hinterbliebenenversorgung im entsprechenden Ausmaße zu.

Artikel 18.

I. Gegen einen Beamten im Ruhestand kann wegen eines während seiner amtlichen Tätigkeit begangenen Dienstvergehens ein Dienststrafverfahren nur noch eingeleitet werden, wenn bei einem Beamten im Dienste wegen eines solchen Vergehens ein Dienststrafverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung einzuleiten wäre. Im Falle der Verurteilung ist anstatt auf Dienstentlassung auf Verlust der Amtsbezeichnung, des Ruhegehalts und des Anspruchs auf Hinterbliebenenversorgung zu erkennen; auf andere Dienststrafen kann nicht erkannt werden.

II. Gegen einen einstweilig in den Ruhestand versetzten Beamten kann nur auf die in Art. 17 Abs. II vorgesehenen Dienststrafen mit Ausnahme der Versetzung in eine geringer besoldete Dienststelle erkannt werden. Eine Dienstbestrafung nach Art. 17 Abs. I findet nicht statt.

III. In den Fällen von Abs. I und II sind die Vorschriften von Art. 17 Abs. III sinngemäß anwendbar.

Artikel 19.

I. Die Strafverfolgung von Dienstvergehen verjährt in zehn Jahren. Die Verjährung beginnt mit dem Tage, an dem die Tat begangen ist, ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt des Erfolges. Jede Handlung im Dienststrafverfahren oder des Richters im strafgerichtlichen Verfahren, die wegen der begangenen Tat gegen den Täter gerichtet ist, unterbricht die Verjährung. Nach der Unterbrechung beginnt eine neue Verjährung.

II. Verstößt die Tat auch gegen ein Strafgesetz, so verjährt die Strafverfolgung des Dienstvergehens nicht vor der Verjährung der Straftat.

Artikel 20.

I. Ist gegen einen Gemeindebeamten wegen einer strafbaren Handlung eine gerichtliche Untersuchung eröffnet, so ist während der Dauer des Strafverfahrens wegen der nämlichen Tatsachen das Dienststrafverfahren nicht einzuleiten und, wenn die Einleitung stattgefunden hat, auszusetzen. Diese Vorschrift gilt nicht, wenn im Strafverfahren eine Hauptverhandlung nicht stattfinden kann, weil der Angeklagte abwesend ist.

II. Lautet das strafgerichtliche Urteil auf Freisprechung, so findet wegen der Tatsachen, die den Gegenstand der gerichtlichen Untersuchung bildeten, ein Dienststrafverfahren nur insofern statt, als diese Tatsachen an sich und unabhängig von dem Tatbestand einer im Strafgesetz vorgesehenen Handlung ein Dienstvergehen enthalten.

Artikel 21.

Erachten in den Fällen von Art. 17 Abs. I die Strafbefugten vor Verhängung einer Dienststrafe eine Untersuchung für erforderlich, so sind sie berechtigt, Zeugen und Sachverständige, nach Befinden auch eidlich, zu vernehmen. In den Fällen von Artikel 17 Abs. II und Art. 18 muß eine solche Untersuchung stattfinden, die in den Städten der Bürgermeister, in Gemeinden mit einem Berufsbürgermeister dieser und in den übrigen Landgemeinden das Kreisamt zu führen hat.

Artikel 22.

I. Liegt gegen einen Gemeindebeamten der Verdacht eines Dienstvergehens vor, so kann das Kreisamt den Beamten vorläufig vom Dienst entheben; in den Städten und in den Landgemeinden mit einem Berufsbürgermeister steht auch den Bürgermeistern diese Befugnis zu. Dem Gemeinderat (Stadtrat) ist von der vorläufigen Dienstenthebung Kenntnis zu geben.

II. Die Gemeinde kann die Kosten einer einstweiligen Verwaltung des Dienstes von dem Beschuldigten zurückfordern, wenn das Verfahren zur Dienstentlassung führt; im Falle des Art. 17 Abs. III Satz 2 muß jedoch dem Entlassenen für die Zeit der vorläufigen Enthebung vom Dienst das Gehalt in Höhe des ihm gewährten Ruhegehalts belassen werden.

Artikel 23.

Vor Verhängung einer Strafe ist dem Beschuldigten Gelegenheit zu geben, sich über das ihm zur Last gelegte Dienstvergehen schriftlich oder mündlich zu verantworten. Findet eine Untersuchung statt (Art. 21), so ist der Angeschuldigte unter Mitteilung der Anschuldigungspunkte vorzuladen und, wenn er erscheint, mit seinen Erklärungen und Anträgen zu Protokoll zu hören.

Artikel 24.

I. Die Strafverfügungen auf Grund des Art. 17 Abs. I sind mit Gründen zu versehen und können binnen eines Monats nach der Zustellung mit Beschwerde an den Minister des Innern angefochten werden.

II. Die Entscheidungen des Provinzialausschusses auf Grund der Art. 17 Abs. II und 18 ergehen im Verwaltungsstreitverfahren. Auf das Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof finden die Bestimmungen von Art. 18 Abs. II und III des Gesetzes, die Disziplinarverhältnisse der nichtrichterlichen Staatsbeamten betreffend, vom 21. April 1880 und Art. 113 des Gesetzes, die Verwaltungsrechtspflege betreffend, vom 8. Juli 1911 Anwendung.

Artikel 25.

Im Verwaltungsstreitverfahren sind die nach Art. 17 Abs. I Strafbefugten zur Verhandlung zu laden; sie sind auch zur Einlegung der Berufung berechtigt.

Artikel 26.

I. Die Geldstrafen fließen in die Gemeindekasse.

II. Die Vollstreckung rechtskräftig verhängter Geldstrafen hat in den Fällen des Art. 17 Abs. I der Strafbefugte zu veranlassen; die Beitreibung erfolgt nach den Vorschriften über das Verfahren der Zwangsvollstreckung im Verwaltungsweg.

Artikel 27.

Soweit anderen Behörden Dienststrafbefugnisse über Gemeindebeamte zustehen, wird hieran durch die Vorschriften dieses Gesetzes nichts geändert.

Artikel 28.

Soweit die Rechtsverhältnisse der Gemeindeforstbeamten in besonderen Gesetzen geregelt sind, bleiben diese Bestimmungen unberührt.

Artikel 29.

Ist zur Wahrnehmung der Angelegenheiten der Gemeindebeamten bei einer Gemeindeverwaltung eine Beamtenvertretung eingerichtet, so soll diese vor

der Beschlußfassung des Gemeinderats (Stadtrats) in folgenden durch dieses Gesetz geregelten Fällen gehört werden:

1. bei Aufstellung des Stellenplans (Art. 2);
2. bei Erlaß einer neuen Besoldungsordnung (Art. 10);
3. bei Regelung der Tagegelder und Reisekosten oder der anderweitigen Aufwandsentschädigung (Art. 13);
4. bei Regelung der Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgung (Art. 14 Abs. I).

Artikel 30.

Soweit dieses Gesetz keine Bestimmungen trifft, können die Gemeinden die Rechte und Pflichten der Gemeindebeamten selbst regeln; die Regelung kann auch im Wege der Ortssatzung erfolgen.

Artikel 31.

I. Das Gesetz, die Städteordnung betreffend, vom 8. Juli 1911 in der Fassung des Abänderungsgesetzes hierzu vom 15. April 1919 wird, wie folgt, geändert:

1. die Artikel 139 bis 143, 144 Abs. II, 145 bis 160, 161 Abs. II, 163 und 165 werden aufgehoben;
2. in Art. 121 Ziffer 7 werden die Worte „es sei denn, daß ihm deren Annahme nach Art. 122 Satz 1 allein zusteht" gestrichen;
3. Art. 164 erhält folgende Fassung:

   „Der Stadtrechner hat die Einnahmen und Ausgaben der Stadtgemeinde nach Maßgabe der vom Minister des Innern erlassenen Verordnungen und Anweisungen zu besorgen."

II. Das Gesetz, die Landgemeindeordnung betreffend, vom Juli 1911 in der Fassung des Abänderungsgesetzes hierzu vom 15. April 1919 wird, wie folgt, geändert:

1. die Art. 85, 95 Abs. I Ziffer 9. 137 bis 141, 142 Abs. II, 143 bis 154, 155 Abs. II bis IV, 156, 157 und 159 werden aufgehoben;
2. in Art. 121 Ziffer 7 werden die Worte „es sei denn, daß ihm deren Annahme nach Art. 139 Abs. I Satz 1 allein zusteht" gestrichen;
3. Art. 158 erhält folgende Fassung:

   „Der Gemeinderechner hat die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde nach Maßgabe der vom Minister des Innern erlassenen Verordnungen und Anweisungen zu besorgen. Für ordnungsgemäße Dienstführung kann die Bestellung einer Sicherheit verlangt werden. Art und Höhe der Sicherheit werden vom Gemeinderat mit Zustimmung des Kreisdirektors bestimmt."

Artikel 32.

Das Versicherungsgesetz für gemeindliche Beamte in der Fassung vom 18. Oktober 1923 (Reg.-Bl. S. 329) wird, wie folgt, geändert:

1. in Art. 12 Abs. III Satz 1 werden die Worte „und sein Ausscheiden aus dem Dienste nicht durch eigenes, im ordentlichen Disziplinarverfahren festgestelltes Verschulden veranlaßt ist" gestrichen;
2. dem Art. 12 wird folgender Abs. V angefügt: „Scheidet der Versicherte infolge eigenen, im Dienststrafverfahren festgestellten Verschuldens aus dem Dienst aus, so steht ihm ein Anspruch auf Ruhegehalt nur zu, wenn und insoweit es in der Entscheidung des Dienststrafgerichts bestimmt ist."

Artikel 33.

In den Gesetzen und Verordnungen des Landes werden die Bezeichnungen „Stadtverordnetenversammlung" durch „Stadtrat" und „Stadtverordneter" durch „Stadtratsmitglied" ersetzt.

Artikel 34.

Das Gesetz tritt am 1. April 1929 in Kraft.

Artikel 35.

Verwaltungsstreitverfahren in Besoldungsangelegenheiten und Dienststrafverfahren, die bei dem Inkrafttreten des Gesetzes anhängig sind, werden nach den seitherigen Vorschriften durchgeführt, wenn bereits eine Entscheidung der ersten Instanz vorliegt; ist noch keine Entscheidung ergangen, so ist nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu verfahren und zu entscheiden.

Artikel 36.

Mit der Ausführung dieses Gesetzes ist der Minister des Innern beauftragt.

Darmstadt, den 22. März 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Gesetz, die Vereinigung der Landgemeinde Büdesheim mit der Stadt Bingen betr. Vom 22. März 1929.

Nachdem durch die beiderseitigen Gemeindevertretungen die Vereinigung der Landgemeinde Büdesheim mit der Stadt Bingen in übereinstimmender Weise beschlossen und dieser Beschluß nach Anhörung des Kreistages des Kreises Bingen vom Gesamtministerium genehmigt worden ist, hat das Hessische Volk durch den Landtag zur Ausführung des Eingemeindungsvertrages folgendes Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bingen besteht von der Vereinigung der Landgemeinde Büdesheim mit der Stadt Bingen ab bis zum Ablauf der derzeitigen Wahlperiode aus der seitherigen Zahl der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und aus sechs, alsbald nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes von den stimmberechtigten Einwohnern der Landgemeinde Büdesheim nach den für die Gemeinderatswahlen geltenden

Vorschriften des Gesetzes vom 7. Oktober 1925 über die Wahlen für Gemeinden und Gemeindeverbände (Kreise und Provinzen) zu wählenden Mitgliedern. Die seitherige Landgemeinde Büdesheim bildet zu diesem Zweck einen Wahlbezirk.

Artikel 2.

Für die später vorzunehmenden Stadtverordnetenwahlen ist die Stadt Bingen mit dem Ortsteil Büdesheim ein Wahlbezirk; die Zahl der Stadtverordneten bemißt sich nach Artikel 1 des Gesetzes vom 7. Oktober 1925.

Artikel 3.

Dieses Gesetz tritt am 1. April 1929 in Kraft.

Artikel 4.

Mit der Ausführung dieses Gesetzes ist der Minister des Innern beauftragt.

Darmstadt, den 22. März 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Jagdpaßgesetz. Vom 25. März 1929.

Das Hessische Volk hat durch den Landtag folgendes Gesetz beschlossen:

Artikel 1.

Wer die Jagd im Volksstaat Hessen ausübt, muß einen nach den Vorschriften dieses Gesetzes ausgestellten Jagdpaß (Jagdschein) besitzen und bei sich führen.

Artikel 2.

Der Jagdpaß wird von dem Kreisamt ausgestellt, in dessen Bezirk der Antragsteller seinen Wohnsitz hat. Zur Ausstellung von Jagdpässen an Personen, die im Volksstaat Hessen keinen Wohnsitz haben, sind sämtliche Kreisämter des Landes befugt.

Artikel 3.

Die Jagdpässe werden entweder auf den Namen einer bestimmten Person oder auf den Inhaber ausgestellt.

Artikel 4.

Die auf den Namen lautenden Jagdpässe gelten für das gesamte Land. Sie werden ausgestellt:

1. auf ein Jahr (Jahresjagdpässe),
2. auf sieben unmittelbar aufeinanderfolgende Tage (Wochenjagdpässe),
3. auf drei unmittelbar aufeinanderfolgende Tage (Tagesjagdpässe).

Die Gültigkeitsdauer beginnt mit dem auf dem Jagdpaß vermerkten Zeitpunkt oder in Ermangelung einer solchen Bestimmung mit dem Tage der Ausfertigung des Jagdpasses.

Die auf den Namen lautenden Pässe sind nicht übertragbar.

Artikel 5.

Jagdpässe auf Inhaber werden nur an Eigentümer oder Pächter in Hessen gelegener Jagden erteilt, die bereits einen auf ihren Namen nach den Vorschriften dieses Gesetzes ausgestellten Jahresjagdpaß besitzen. Sie werden auf die Dauer eines Jahres ausgestellt und gelten nur in den eigenen oder angepachteten Jagdbezirken der vorgenannten Personen.

Der Jagdberechtigte, dem ein Inhaberpaß erteilt ist, darf diesen Paß nur an eine solche Person abgeben, die in seiner Gesellschaft jagt, oder der er die Ausübung der Jagd in gesetzlich statthafter Weise aufgetragen hat, und die ferner den Waffenschein auf Grund des Reichsgesetzes über Schußwaffen und Munition vom 12. April 1928 (Reichsgesetzbl. Teil I S. 143 ff.) oder den Jagdschein eines deutschen Landes besitzt. Die Abgabe des Inhaberjagdpasses an eine Person, der nach den Vorschriften dieses Gesetzes ein persönlicher Jagdpaß nicht erteilt werden darf, ist unzulässig.

Wer den Vorschriften der Absätze 1 und 2 zuwiderhandelt, kann unbeschadet der Bestimmung in Artikel 12 dieses Gesetzes von der Erteilung von Jagdpässen auf den Inhaber ausgeschlossen werden; auch kann ihm der ausgestellte Inhaberpaß im Falle vorsätzlicher Zuwiderhandlung auch der auf seinen Namen ausgestellte Jagdpaß entzogen werden.

Artikel 6.

Für die Jagdpässe sind die jeweils im Tarif zu dem Gesetz über den Urkundenstempel festgesetzten Abgaben zu entrichten.

Artikel 7.

Den auf den Forstschutz verpflichteten, im hessischen Staats- oder Gemeindedienst stehenden oder beschäftigten Forstbeamten und -bediensteten, einschließlich der in einem praktischen Kursus im Lokaldienst beschäftigten Forstreferendare und den in Schutzforsten angestellten Privatforstbeamten sind auf Bescheinigung der zuständigen Forstbehörde unentgeltlich Jagdpässe (Dienstpässe) auf die Dauer ihrer Dienstzeit auszustellen.

Die Dienstpässe haben keine Gültigkeit für die Ausübung der Jagd auf eigenen oder gepachteten hessischen Jagden.

Artikel 8.

Eines Jagdpasses bedürfen nicht:

1. Personen, die nur zum Treiben des Wildes oder zu ähnlichen Hilfeleistungen bei der Jagdausübung verwendet werden;
2. Personen, die von den Kreisämtern auf Grund gesetzlicher Vorschriften mit der Vertilgung oder Verscheuchung schädlicher Tiere im öffentlichen Interesse beauftragt sind, für die Dauer dieses Auftrags; die ihnen über diesen Auftrag auszustellende Bescheinigung tritt an die Stelle

des Jagdpasses und ist auf Verlangen den Aufsichtsbeamten vorzuzeigen;

3. die Studierenden der Forstwissenschaft auf der Landesuniversität und die Schüler der Försterschule in Schotten für die Teilnahme an Jagden, die unter Leitung der Dozenten oder Lehrer der Universität oder Försterschule zu Unterrichtszwecken innerhalb der Lehrreviere oder einer staatlichen Regiejagd abgehalten werden.

Artikel 9.

Der Jagdpaß ist zu versagen:

1. Personen, von denen eine unvorsichtige Führung der Schußwaffe oder eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu besorgen ist;
2. Personen, die wegen Zuwiderhandlungen gegen reichs- oder landesgesetzliche Vorschriften zum Schutze der Jagd, der Forsten, der Felder oder der Fischerei sowie gegen das Reichsgesetz über Schußwaffen und Munition vom 12. April 1928 rechtskräftig verurteilt worden sind, wenn seit der Verbüßung, der Bezahlung, der Verjährung oder dem Erlaß der Strafe noch nicht drei Jahre verflossen sind? ist die Strafe unter einer Probezeit erlassen, so läuft die Frist von drei Jahren von dem Beginn der Probezeit. Ist nur auf Geldstrafe erkannt, so kann der Jagdpaß schon vor Ablauf dieser Frist erteilt werden;
3. Personen, die nicht in ausreichender Weise gegen Jagdhaftpflicht versichert sind.

Artikel 10.

Wenn Tatsachen, die die Versagung des Jagdpasses nach Artikel 9 Ziffer 1 zur Folge haben, erst nach Erteilung des Jagdpasses eintreten oder den Behörden bekannt werden, so ist das Kreisamt, das den Jagdpaß erteilt hat, verpflichtet, den Jagdpaß für ungültig zu erklären und einzuziehen.

Ungültig ist ein Jagdpaß, der an eine Person erteilt worden ist, die wegen einer der in Artikel 9 Ziffer 2 bezeichneten strafbaren Handlungen rechtskräftig verurteilt worden war, wenn bei der Ausstellung seit der Verbüßung, der Bezahlung, der Verjährung oder dem Erlaß der Strafe noch nicht drei Jahre verflossen waren; ist die Strafe unter einer Probezeit erlassen, so läuft die Frist von drei Jahren von dem Beginn der Probezeit. Ebenso hat jede rechtskräftige Verurteilung wegen einer dieser Handlungen die Ungültigkeit des dem Verurteilten ausgestellten Jagdpasses zur Folge. Der ungültige Jagdpaß ist von dem Kreisamt, das ihn ausgestellt hat, einzuziehen. Ist nur auf Geldstrafe erkannt, so kann das Kreisamt den Jagdpaß für gültig erklären und von der Einziehung absehen.

Der Jagdpaß ist ferner ungültig und einzuziehen, wenn die nach Artikel 9 Ziffer 3 geforderte Haftpflichtversicherung zur Zeit der Ausstellung des Passes nicht bestanden hat oder später erlischt.

Artikel 11.

Ein Anspruch auf Rückerstattung der Jagdpaßabgabe besteht in den Fällen des Artikel 10 nicht.

Artikel 12.

I. Mit Geldstrafe bis zu 150 Reichsmark oder mit Haft wird bestraft:

1. wer, ohne einen gültigen Jagdpaß zu besitzen, die Jagd ausübt;
2. wer von einem nach Artikel 10 ungültigen oder für ungültig erklärten Jagdpaß Gebrauch macht;
3. wer seinen auf den Namen lautenden Jagdpaß oder der Vorschrift des Artikel 5 zuwider einen Inhaberpaß einem anderen zur Benutzung überläßt.

II. Mit Geldstrafe bis zu 150 Reichsmark wird bestraft:

Wer bei der Ausübung der Jagd seinen Jagdpaß oder die nach Artikel 8 Ziffer 2 an dessen Stelle tretende Bescheinigung nicht bei sich führt oder wer den Jagdpaß oder die Bescheinigung den Beamten des Polizei- oder Sicherheitsdienstes oder den auf den Jagdschutz verpflichteten Personen auf Verlangen nicht vorzeigt.

III. Uneinbringliche Geldstrafen sind nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich in Haft umzuwandeln.

Artikel 13.

Das Gesetz über den Urkundenstempel in der aus der Bekanntmachung vom 24. März 1910 (Reg.-Bl. S. 63) und den späteren Aenderung und Ergänzungen, insbesondere den Gesetzen vom 20. Februar 1924 und 14. Oktober 1927 (Reg.-Bl. 1924 S. 89 und Reg.-Bl. 1927 S. 188) sich ergebenden Fassung wird wie folgt geändert:

1. in Artikel 33 Abs. 1 wird hinter der Ziffer 41 die Ziffer 43 d eingefügt;
2. in Artikel 34 Abs. 3 wird vor der Ziffer 53 die Ziffer 34 d eingefügt;
3. die Tarifnummer 43 d (in der Fassung des Gesetzes vom 14. Oktober 1927) erhält folgenden Wortlaut:

„Jagdpässe (Jagdpaßgesetz vom .....)

1. Für Personen, die im Deutschen Reich ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben:

a) auf ein Jahr (Jahresjagdpaß)	50 Reichsmark
b) auf sieben unmittelbar aufeinanderfolgende Tage (Wochenjagdpaß) . . .	10 Reichsmark
c) auf drei unmittelbar aufeinanderfolgende Tage (Tagesjagdpaß)	5 Reichsmark

2. Für Personen, die im Deutschen Reiche keinen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben:

a) auf ein Jahr (Jahresjagdpaß)	250 Reichsmark
b) auf sieben unmittelbar aufeinanderfolgende Tage (Wochenjagdpaß) . . .	50 Reichsmark
c) auf drei unmittelbar aufeinanderfolgende Tage (Tagesjagdpaß)	25 Reichsmark

Zusatzbestimmung.

Dienstpässe (Artikel 7 des Jagdpaßgesetzes) sind stempelfrei."

Artikel 14.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. April 1929 in Kraft.

Die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgegebenen Jagdwaffenpässe behalten ihre Gültigkeit für die Zeit, auf welche sie ausgestellt sind; sie gelten als Jagdpässe im Sinne dieses Gesetzes. Die unentgeltlich ausgestellten Jagdwaffenpässe sind innerhalb einer vom Minister des Innern zu setzenden Frist gegen Dienstpässe gemäß Artikel 7 einzutauschen und behalten bis dahin ihre Gültigkeit.

Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes werden die Verordnung über die Jagdwaffenpässe vom 30. Juni 1894 in der Fassung der Bekanntmachung des Finanzministers vom 4. November 1914 (Reg.-Bl. S. 475), das Gesetz, die Abgabe für Jagdwaffenpässe und Fischereikarten betreffend, vom 17. Dezember 1921 (Reg.-Bl. S. 327), die Verordnung, die Jagdwaffenpässe betreffend, vom 30. Juni 1922 (Reg.-Bl. S. 160), die Verordnung, die Jagdwaffenpässe betreffend, vom 17. Januar 1923 (Reg.-Bl. S. 21), die Verordnung, die Abänderung der Abgaben für Jagdwaffenpässe betreffend, vom 29. Oktober 1923 (Reg.-Bl. S. 373), das Gesetz zur Abänderung der Jagdwaffenpaßverordnung vom 24. November 1923 (Reg.-Bl. S. 503) und das Gesetz über die Abänderung der Jagdwaffenpaßverordnung und den Stempel für Jagdwaffenpässe vom 14. Oktober 1927 (Reg.-Bl. S. 188) außer Kraft gesetzt.

Artikel 15.

Der Minister des Innern wird ermächtigt, alle weiteren zur Ueberleitung des bisherigen Rechtszustandes in den neuen erforderlichen Verordnungen und Anordnungen und die weiteren Ausführungsbestimmungen zu vorstehendem Gesetz zu erlassen.

Darmstadt, den 25. März 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Ausführungsverordnung zum Jagdpaßgesetz.

Vom 25. März 1929.

Auf Grund des Art. 14 Abs. 2 und Art. 15 des Jagdpaßgesetzes vom 25. März 1929 wird folgendes bestimmt:

§ 1.

Die Vordrucke für die Jagdpässe werden durch den Minister des Innern mit besonderer Verfügung an die zuständigen Behörden bestimmt.

Die auf den Namen einer bestimmten Person auf ein Jahr ausgestellten Jagdpässe müssen mit einer Beschreibung und einem Lichtbild des Jagdpaßinhabers aus neuester Zeit sowie mit dessen eigenhändiger Namensunterschrift versehen sein.

§ 2.

Ausreichende Jagdhaftpflichtversicherung im Sinne des Art. 9 Ziffer 3 und des Art. 10 Abs. 3 setzt voraus, daß der Gesuchsteller (Paßinhaber) bei einem nach Maßgabe des Reichsgesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 zum Geschäftsbetrieb im Deutschen Reich zugelassenen Versicherungsunternehmen gegen Jagdhaftpflicht mit einer Versicherungssumme von mindestens 100 000 RM. für Personenschäden und 10 000 RM. für Sachschäden für die ganze Gültigkeitsdauer des beantragten (ausgestellten) Jagdpasses versichert ist.

§ 3.

Zur Führung der Administrativuntersuchung und zum Erlaß des Verwaltungsstrafbescheids wegen Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der Art. 31 und 33 des Gesetzes über den Urkundenstempel in der aus der Bekanntmachung vom 24. März 1910 (Reg.-Bl. S. 63) und den späteren Aenderungen und Ergänzungen, insbesondere den Gesetzen vom 20. Februar 1924 (Reg.-Bl. S. 89) und Art. 13 des Jagdpaßgesetzes vom 25. März 1929 sich ergebenden Fassung in Verbindung mit Nummer 43 d des Tarifs zum genannten Gesetz in der Fassung des Jagdpaßgesetzes vom 25. März 1929 sind die Kreisämter zuständig.

§ 4.

Die auf Grund des § 3 der Jagdwaffenpaßverordnung vom 30. Juni 1894 in der Fassung der Bekanntmachung des Finanzministers vom 4. November 1914 (Reg.-Bl. S. 475) ausgestellten unentgeltlichen Jagdwaffenpässe sind bis spätestens 31. März 1930 gegen Dienstpässe im Sinne des Art. 7 des Jagdpaßgesetzes einzutauschen.

§ 5.

Vorstehende Verordnung tritt mit dem 1. April 1929 in Kraft.

Für die Durchführung des Verfahrens hinsichtlich der vor diesem Tage anhängig gewordenen Zuwiderhandlungen gegen die Jagdwaffenpaßverordnung gelten die bisherigen Bestimmungen.

Darmstadt, den 25. März 1929.

Der Hessische Minister des Innern.

Leuschner.

Hessisches Regierungsblatt.

1929 **Darmstadt, den 30. März 1929.** Nr. 7

(Siebenter Tag nach Ablauf des Ausgabetags 6. April 1929.)

Inhalt: Teil I: Gesetz, die Erstreckung des Finanzgesetzes für das Rechnungsjahr 1928 auf das Rechnungsjahr 1929. S. 49 — Drittes Gesetz zur Aenderung des Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz. S. 49 — Gesetz, die Abänderung des Gemeindeumlagengesetzes vom 8. Juli 1911, 7. August 1920, 12. Oktober 1921, 22. August 1922, 15. Dezember 1922, 20. Juni 1923, in der Fassung des Abänderungsgesetzes vom 28. März 1924, betreffend. S. 50 — Gesetz zur Aenderung des Steuervorauszahlungsgesetzes für das Rechnungsjahr 1929 vom 5. Dezember 1928 (Reg.-Bl. S. 231). S. 51 — Gesetz zur Abänderung 1. des Berggesetzes vom 28. Januar 1876 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. September 1899, der Gesetze vom 28. März 1908 und vom 26. August 1922 und 2. des Gesetzes, den Schutz der Heilquellen betreffend, vom 15. Juli 1896. S. 51. — Gesetz zur Abänderung des Gesetzes, die Gerichtskosten betreffend, und des Gesetzes über den Urkundenstempel. S. 51 — Bekanntmachung über die Ausgabe von Gerichtskostenmarken. S. 52 — Bekanntmachung, die Förderung des Wohnungsbaues durch verbilligte Baudarlehen im Jahre 1929 betreffend. S. 52.

Teil I

Gesetz, die Erstreckung des Finanzgesetzes für das Rechnungsjahr 1928 auf das Rechnungsjahr 1929.

Vom 21. März 1929.

Das Hessische Volk hat durch den Landtag das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1.

Das Finanzgesetz vom 9. Mai 1928, Reg.-Bl. S. 112, mit dem Staatsvoranschlag für das Voranschlagsjahr 1928 wird auf das Voranschlagsjahr 1929 insoweit erstreckt, als sich nicht aus den folgenden Artikeln etwas anderes ergibt.

Artikel 2.

Die Ausgabekapitel 1, 6, 6a, 7, 10, 18, 33, 38, 39, 41, 42, 51, 57, 61a, 62, 67, 68, 69, 73, 78, 83, 84, 88, 99, 105, 110, 111, 112 und 118 des Staatsvoranschlags 1928 werden, wie aus der Anlage*) ersichtlich, ergänzt und geändert.

Artikel 3.

Insoweit im Staatsvoranschlag 1928 Teilbeträge für einmalige Ausgaben bewilligt sind, ist die Regierung ermächtigt, zur Fortführung oder Fertigstellung der Arbeiten je einen weiteren Teilbetrag zu verausgaben.

Die Regierung wird ermächtigt, die bis Ende 1928 unverwendet gebliebenen, nach Artikel 4 des Gesetzes vom 14. Juni 1879 (Reg.-Bl. S. 471) übertragbaren Kredite auf das Rechnungsjahr 1929 zu übertragen.

Artikel 4.

Die Regierung wird ermächtigt, zur Deckung der Anleihebewilligungen aus dem Jahre 1928 im Gesamtbetrage von 6 297 530 RM., die in dem Finanzgesetz vom 9. Mai 1928, Reg.-Bl. S. 112, noch nicht enthalten sind, den Betrag gleicher Höhe im Wege des Staatskredits flüssig zu machen und zu diesem Zwecke Schuldverschreibungen, Schatzanweisungen und Wechsel in einem Nennbetrag, der zur Beschaffung des genannten Betrags erforderlich ist, zu einem der Lage des Geldmarktes entsprechenden Zinssatz auszugeben.

Artikel 5.

Mit der Ausführung des Gesetzes ist der Minister der Finanzen beauftragt.

Darmstadt, den 21. März 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

*) Liegt im Landtagsamt offen.

Drittes Gesetz zur Aenderung des Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz.

Vom 22. März 1929.

Das Hessische Volk hat durch den Landtag das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I.

Das Ausführungsgesetz zum Finanzausgleichsgesetz vom 27. März 1924 (Reg.-Bl. S. 169), 19. Dezember 1925 (Reg.-Bl. 1926 S. 59), in der Fassung des Abänderungsgesetzes vom 21. Juni 1927 (Reg.-Bl. S. 109), wird, wie folgt, geändert:

§ 1.

Artikel 7 Abs. 6 erhält mit Wirkung vom 1. April 1928 folgenden Zusatz:

„Insoweit sich der Anteil einer Gemeinde an der Gemeindemasse infolge anderweiter Festsetzung der Verteilungsschlüssel im Laufe eines Rechnungsjahres verschlechtert, ist der Minister des Innern ermächtigt, mit Zustimmung des Finanz-

ausschusses der Gemeinde für das betreffende Rechnungsjahr aus der Kommunalmasse eine Sonderzuweisung zu gewähren. Der Anteil der Gemeinde darf sich jedoch durch eine solche Sonderzuweisung nicht auf über vier Fünftel des Betrags erhöhen, den die Gemeinde nach ihrem Beteiligungsverhältnis zu Beginn des Rechnungsjahres zu beanspruchen gehabt hätte. Für das Rechnungsjahr 1928 ist die Sonderzuweisung nach den vorstehenden Vorschriften zu gewähren."

§ 2.

Artikel 10 Abs. 3 erhält mit Wirkung vom 1. April 1929 folgende Fassung:

„Der auf die Gemeinden entfallende Anteil an der Kommunalmasse beträgt 90 vom Hundert. Er wird unter sie unter Zugrundelegung der bei der letzten, vor Beginn des laufenden Rechnungsjahres stattgehabten Volkszählung ermittelten Bevölkerungszahl verteilt, und zwar:

für die ersten 2000 Einwohner zu einem Verhältnissatze von	1,00
für die weiteren 3000 Einwohner zu einem Verhältnissatze von	1,25
für die weiteren 5000 Einwohner zu einem Verhältnissatze von	1,50
für die weiteren 15000 Einwohner zu einem Verhältnissatze von	1,75
für die weiteren 25000 Einwohner zu einem Verhältnissatze von	1,90
für die weiteren 50000 Einwohner zu einem Verhältnissatze von	2,00
für die darüber hinausgehende Einwohnerzahl zu einem Verhältnissatze von	2,25

für den Einwohner. Hierbei sind die nach einer Volkszählung erfolgten Aus- und Eingemeindungen zu berücksichtigen.

Bleibt der Anteil einer Gemeinde um mehr als ein Drittel hinter dem seitherigen Anteil zurück und findet der hierdurch entstehende Ausfall keinen Ausgleich durch entsprechende Mehrüberweisungen an Einkommen- und Körperschaftsteuer so ist der Minister des Innern ermächtigt, der Gemeinde, falls ihre Finanzlage ungünstig ist, für das Rechnungsjahr 1929 aus der Kommunalmasse eine entsprechende Sonderzuweisung zu bewilligen."

Artikel II.

Mit der Ausführung dieses Gesetzes ist der Minister des Innern beauftragt.

Darmstadt, den 22. März 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Gesetz, die Abänderung des Gemeindeumlagengesetzes vom 8. Juli 1911, 7. August 1920, 12. Oktober 1921, 22. August 1922, 15. Dezember 1922, 20. Juni 1923, in der Fassung des Abänderungsgesetzes vom 28. März 1924, betreffend.

Vom 22. März 1929.

Das Hessische Volk hat durch den Landtag das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel I.

Das Gesetz, betreffend die Gemeindeumlagen vom 8. Juli 1911, 7. August 1920, 12. Oktober 1921, 22. August 1922, 15. Dezember 1922, 20. Juni 1923, in der Fassung des Abänderungsgesetzes vom 28. März 1924, wird, wie folgt, geändert:

1. Artikel 21 Absatz 2 erhält folgende Fassung: „Besteht die Warenhaussteuer in einem Zuschlag zur Gewerbsteuer, so kann dieser für alle unter die Warenhaussteuer fallenden Unternehmen nach Hundertteilen der Gewerbsteuer entweder gleichmäßig festgesetzt oder abgestuft werden. Die Warenhaussteuer darf, gleichviel in welcher Form sie erhoben wird, den Betrag von einhundert vom Hundert der Gewerbsteuer nicht übersteigen."
2. Artikel 22 wird gestrichen.
3. Artikel 23 erhält folgende Fassung: „Eine Gemeinde kann durch Ortssatzung beschließen, daß Versicherungs-, Bank-, Kredit- und Warenhandelsunternehmen, die im Gemeindebezirk, ohne in ihm ihren Hauptbetriebssitz zu haben, Betriebsstätten unterhalten, zur Zahlung einer besonderen Gewerbsteuer (Filialsteuer) verpflichtet sind.

   Die Ortssatzung bedarf der Genehmigung der Minister des Innern und der Finanzen."
4. Artikel 24 erhält folgende Fassung: „Die näheren Vorschriften über die Abgrenzung der unter die Filialsteuer fallenden Arten von gewerblichen Unternehmen (Artikel 23 Absatz 1), über die Form der Steuer, sowie über das Maß und die Abstufung der Steuersätze sind durch die Ortssatzung zu treffen. Dabei können die Steuersätze auf die verschiedenen Arten der Betriebe verschieden bemessen werden. Ausgeschlossen ist die Erhebung der Filialsteuer nach Besteuerungsmerkmalen, die auf die Berücksichtigung des Umsatzes oder der persönlichen Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen abzielen. Die Steuer darf, gleichviel in welcher Form sie erhoben wird, den Betrag von einhundert vom Hundert der Gewerbsteuer nicht übersteigen.
5. Artikel 25 wird gestrichen.
6. Artikel 26 wird gestrichen.

Artikel II.

Die vorstehenden Aenderungen treten zum erstenmal für das Rechnungsjahr 1929 in Kraft.

Der Minister des Innern ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt und ermächtigt, — soweit es erforderlich erscheint —, den Text des Gesetzes, betreffend die Gemeindeumlagen, vom 8. Juli 1911, wie er sich aus den früheren Abänderungsgesetzen und den in dem vorliegenden Gesetz begründeten Abänderungen ergibt, unter neuer fortlaufender Nummernfolge durch das Regierungsblatt bekannt zu geben.

Darmstadt, den 22. März 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Gesetz zur Aenderung des Steuervorauszahlungsgesetzes für das Rechnungsjahr 1929 vom 5. Dezember 1928 (Reg.-Bl. S. 231). Vom 5. März 1929.

Das Hessische Volk hat durch den Landtag folgendes Gesetz beschlossen:

Einziger Artikel.

Der zweite Halbsatz des Artikels 6 Absatz 1 Satz 1: „Artikel 1 Abs. 1 Satz 3 findet keine Anwendung" wird gestrichen.

Darmstadt, den 5. März 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Gesetz zur Abänderung

1. **des Berggesetzes vom 28. Januar 1876 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. September 1899, der Gesetze vom 28. März 1908 und vom 26. August 1922 und**
2. **des Gesetzes, den Schutz der Heilquellen betreffend, vom 15. Juli 1896.** Vom 26. März 1929.

Das Hessische Volk hat durch den Landtag folgendes Gesetz beschlossen:

Artikel I.

In Artikel 1 des Berggesetzes vom 28. Januar 1876 (Reg.-Bl. S. 73) in der Fassung des Gesetzes vom 28. März 1908 (Reg.-Bl. S. 89) und des Gesetzes vom 26. August 1922 (Reg.-Bl. S. 240) wird in Ziffer 4 angefügt: „und freie, chemisch nicht gebundene Kohlensäure."

Artikel II.

Der Artikel 1 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes vom 15. Juli 1896, den Schutz der Heilquellen betreffend (Reg.-Bl. S. 89), wird aufgehoben.

Artikel III.

Soweit nicht nach Artikel 1 des Gesetzes, den Schutz der Heilquellen betreffend, die freie, chemisch nicht gebundene Kohlensäure vom Verfügungsrecht des Grundeigentümers ausgeschlossen ist, ist der Staat Grundeigentümer und Dritten gegenüber nach Maßgabe der Grundsätze über Enteignung zur Entschädigung verpflichtet.

Ueber die Voraussetzungen, ob ein Fall der Enteignung vorliegt, und über die Höhe der Entschädigung entscheidet, vorbehaltlich des ordentlichen Rechtswegs, die Bergbehörde.

Artikel IV.

Wohlerworbene Rechte zur Zeit des Inkrafttretens gegenwärtigen Gesetzes werden in ihrem bestehenden Umfang nicht berührt.

Artikel V.

Dieses Gesetz tritt mit seiner Veröffentlichung im Regierungsblatt in Kraft.

Darmstadt, den 26. März 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Gesetz zur Abänderung des Gesetzes, die Gerichtskosten betreffend, und des Gesetzes über den Urkundenstempel. Vom 25. März 1929.

Das Hessische Volk hat durch den Landtag das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1.

Das Gesetz, die Gerichtskosten betreffend, vom 30. Dezember 1904 (Reg.-Bl. S. 436) wird wie folgt geändert:

Dem Artikel 110 wird folgender zweite Absatz hinzugefügt:

„Das Ministerium der Justiz kann anordnen, daß Gerichtskosten durch Kostenmarken zu entrichten oder in Kostenmarken zur Staatskasse zu vereinnahmen sind."

Artikel 2.

Das Ministerium der Justiz kann anordnen, daß Gebühren und Auslagen, die auf Grund des Gesetzes über die Erhebung von Zuschlägen zu gerichtlichen Beurkundungen vom 13. August 1920 (Reg.-Bl. S. 207) und der hierzu ergangenen Aenderungen und Ergänzungen erhoben werden, statt durch Verwendung von Stempelmarken durch Verwendung von Gerichtskostenmarken oder in bar zur Staatskasse zu vereinnahmen sind.

Artikel 3.

Das Gesetz über den Urkundenstempel in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. März 1910 (Reg.-Bl. S. 63) wird wie folgt geändert:

Dem Artikel 24 werden folgende Absätze hinzugefügt:

„Im Einvernehmen mit dem Finanzminister kann der Justizminister anordnen, daß die Stem-

pelpflicht der von den Gerichten aufgenommenen oder ausgefertigten Urkunden sowie der bei den Gerichten eingereichten oder vorgelegten Urkunden auch durch Verwendung von Gerichtskostenmarken oder durch Zahlung der Stempelabgaben erfüllt wird. In gleicher Weise kann er anordnen, daß Stempelabgaben, die neben Gerichtsgebühren zu erheben sind, nach den für diese geltenden Vorschriften eingezogen und auch sonst als Gerichtsgebühren behandelt werden.

Der Finanzminister kann anordnen, gegebenenfalls im Einvernehmen mit den beteiligten Ministern, daß auch in anderen als den in Absatz 3 genannten Fällen die Stempelpflicht durch Zahlung der Abgabe zu erfüllen ist oder erfüllt werden kann.

Die Erfüllung der Stempelpflicht gemäß einer nach Absatz 3 und 4 getroffenen Anordnung gilt als Stempelverwendung im Sinne dieses Gesetzes."

Artikel 4.

Dieses Gesetz tritt mit dem 1. April 1929 in Kraft.

Darmstadt, den 25. März 1929.

Hessisches Gesamtministerium.
Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Bekanntmachung über die Ausgabe von Gerichtskostenmarken. Vom 27. März 1929.

1. Vom 1. April 1929 an können Gerichtskosten bis zu 500 Reichsmark durch Verwendung hessischer Gerichtskostenmarken entrichtet werden. Auch Kostenschulden, die in Verfahren vor den ordentlichen Gerichten oder Arbeitsgerichtsbehörden eines anderen deutschen Landes erwachsen sind, können von Kostenschuldnern, die sich in Hessen aufhalten, mit hessischen Kostenmarken beglichen werden, sofern die zu begleichende Kostenschuld 50 Reichsmark nicht übersteigt.
2. Es werden Gerichtskostenmarken über 5, 10, 20 und 50 Reichspfennig sowie über 1, 2, 3, 5, 10, 20 und 50 Reichsmark ausgegeben.
3. Die Verwaltung der Gerichtskostenmarken geschieht durch die Hauptstaatskasse und die Finanzämter, der Vertrieb durch die Gerichte.
4. Die Gerichtskostenmarken können bei den Geschäftsstellen der Landgerichte und Amtsgerichte während der üblichen Dienststunden bezogen werden, und zwar gegen sofortige Zahlung des dem Gesamtwert entsprechenden Betrags. Marken im Werte von mindestens 1 Reichsmark, die durch Zufall oder aus Versehen unbrauchbar geworden und noch nicht entwertet sind, können bei der Geschäftsstelle des Amtsgerichts, in dessen Bezirk der Antragsteller wohnt oder von der die Marken bezogen wurden, umgetauscht werden.
5. Die Entwertung der Gerichtskostenmarken geschieht durch die Geschäftsstelle des Gerichts, bei dem sie eingeliefert werden. Die bei den hessischen Gerichten einzuliefernden Marken dürfen am oberen Rande vom Einlieferer mit seinem Namen oder seiner Firma versehen werden, doch darf dadurch die Landesbezeichnung sowie die Angabe des Wertbetrags nicht unkenntlich werden.

Darmstadt, den 27. März 1929.

Der Hessische Justizminister.
In Vertretung: Dr. Schwarz.

Der Hessische Finanzminister.
In Vertretung: Schäfer.

Bekanntmachung, die Förderung des Wohnungsbaues durch verbilligte Baudarlehen im Jahre 1929 betreffend. Vom 20. März 1929.

Die Förderung des Wohnungsbaues im Jahre 1929 mit Hilfe der zur Verfügung stehenden öffentlichen Mittel erfolgt durch Gewährung verbilligter Hypothekendarlehen nach Maßgabe der folgenden

Bestimmungen.

I. Allgemeines.

1. Verbilligte Darlehen für Wohnungsbauten, in nachfolgendem „Baudarlehen" genannt, werden als Hypothekdarlehen nur zur Herstellung von Kleinwohnungen und solchen Mittelwohnungen gewährt, die nach Ausmaß und Ausstattung bescheidenen Anforderungen genügen und zur Behebung dringendster Wohnungsnot unter Berücksichtigung der nach den örtlichen Verhältnissen wirtschaftlichsten Bauweise erstellt werden. Bauten, die nach bewährten Bautypen und unter Verwendung normierter Bauteile ausgeführt werden, sind bevorzugt zu fördern, darunter besonders zusammenhängende Baugruppen von Ein- und Zweifamilienhäusern.

Einfamilienhäuser müssen mindestens drei Wohnräume und die Küche enthalten oder so gestaltet sein, daß ein dritter Wohnraum später ausgebaut werden kann.

Baudarlehen werden auf dem Lande und in den kleineren Städten in der Regel nur für Wohnungsbauten mit nicht mehr als zwei Vollgeschossen gewährt; in den mittleren und größeren Städten können auch Mehrfamilienhäuser berücksichtigt werden.

Die zu beleihenden Wohnungen müssen den Anforderungen entsprechen, die an gesunde, zweckmäßig eingeteilte und solid gebaute Dauerwohnungen zu stellen sind.

Ausnahmsweise können Baudarlehen auch dann gewährt werden, wenn die Errichtung von Doppel- oder Reihenhäusern nicht möglich ist. In diesem Falle darf das Baudarlehen für ein Einfamilienhaus nicht höher sein als das im Durchschnitt gewährte Baudarlehen für eine Wohnung in einem Zwei oder Mehrfamilienhaus.

Für die mit Baudarlehen zu fördernden Bauten dürfen Baustoffe und Bauteile ausländischen Ur-

sprungs nicht verwendet werden, wenn gleichwertige Erzeugnisse zu angemessenen Preisen im Inland bezogen werden können.

Baudarlehen können auch gewährt werden für Neubauten, in denen kleine Geschäftsräume vorgesehen sind; jedoch sind bei der Festsetzung der Höhe des Baudarlehens die Kosten für diese Einrichtung an den Gesamtherstellungskosten abzuziehen.

2. Für Behelfswohnungen (Wohnungen, die nach Art ihres technischen Aufbaues voraussichtlich einen Bestand von weniger als 30 Jahren haben werden) und für Notwohnungen sowie Wohnungen, die Arbeitgeber für ihre Arbeiter und Angestellten als Werkwohnungen auf eigenem Gelände errichten, werden Baudarlehen nicht gegeben.

3. Baudarlehen können gewährt werden:

a) an Gemeinden oder Gemeindeverbände,
b) an gemeinnützige Bauvereinigungen,
c) an private Bauherren.

Bauvereinigungen haben nachzuweisen, daß ihr dauernder Bestand und ihre Leistungsfähigkeit gesichert erscheint.

Private Bauherren können Baudarlehen für die Errichtung von Einfamilienhäusern nur erhalten, wenn sie nach ihren persönlichen Verhältnissen die Gewähr für eine rechtzeitige Verzinsung und Tilgung der Baudarlehen und der sonst aufzunehmenden fremden Baugelder bieten und wenn durch die Errichtung der neuen Wohnung eine Altwohnung für den allgemeinen Wohnungsmarkt frei wird, oder wenn sie für eine Wohnung dringend vorgemerkt sind. Private Bauherren, die Miethäuser errichten wollen, müssen sich verpflichten, die Wohnungen nur an solche Personen zu vergeben, bei denen eine der vorstehenden Voraussetzungen gegeben ist.

Unter sonst gleichen Voraussetzungen sind bei der Verteilung der Baudarlehen Schwerkriegsbeschädigte, kinderreiche Familien, Lungenkranke, sowie Vertriebene aus ehemaligen deutschen Gebieten vorzugsweise zu berücksichtigen.

4. Die Gewährung von Baudarlehen setzt folgendes voraus:

A. Die Finanzierung des gesamten Bauvorhabens muß einwandfrei gesichert sein. Ferner muß feststehen, daß die Zins- und Tilgungsbeträge für die aufzunehmenden fremden Baugelder und für die Baudarlehen sowie die notwendigen Betriebs- und Instandsetzungskosten durch die anfallenden Mieten gedeckt werden können.

Der Bauherr hat nachzuweisen:

a) daß er den durch die Baudarlehen nicht gedeckten Teil, mindestens ein Viertel, der Baukosten aus eigenen oder sonst beschafften, gering verzinslichen Mitteln bestreiten kann; auf dieses Viertel kann das verbilligte Bauspardarlehen, das von der in Hessen geschaffenen öffentlichen Zentral-Bausparkasse gewährt wird, angerechnet werden. Der Zinssatz für dieses Darlehen darf jedoch 4 Prozent nicht übersteigen.

b) daß das erforderliche 1. Hypothek-Darlehen und das verbilligte Baudarlehen sowie etwa sonst noch fehlendes Baugeld sichergestellt ist. Diesen Nachweis hat er durch Bescheinigung der Geldgeber zu erbringen.

B. Die von dem Minister für Arbeit und Wirtschaft oder von der zuständigen Baupolizeibehörde angeordneten Aenderungen an dem Bauplan, die aus Ersparnisgründen oder aus Rücksicht auf die äußere oder innere Gestaltung des Bauentwurfs notwendig erscheinen, müssen durchgeführt werden.

II. Besondere Bestimmungen.

5. Städte mit Städteordnung erhalten durch den Minister für Arbeit und Wirtschaft den auf den Stadtbezirk entfallenden Wohnungsbauanteil aus dem Aufkommen der Sondergebäudesteuer im vollen Betrage zunächst gegen Schuldurkunde unter dem Vorbehalt der späteren Auseinandersetzung. Hierbei gilt die Hälfte des tatsächlich festgestellten Wohnungsbauanteils als gemeindeeigener Anteil und der Rest des bewilligten Betrages als staatliches Baudarlehen. Die Verzinsung und Tilgung dieses staatlichen Baudarlehens bleibt, soweit es zur Errichtung gemeindeeigener Wohnungsbauten verwendet wird, bis zum 1. April 1933 ausgesetzt. Nach diesem Zeitpunkt wird der nachhaltige Ertragswert der mit diesen Darlehen errichteten Häuser festgestellt werden. Danach wird festgesetzt, in welcher Höhe das staatliche Baudarlehen getilgt und verzinst werden muß.

Die Weitergabe der verbilligten Darlehen, soweit sie nicht für gemeindeeigene Bauten verwendet werden, erfolgt durch die Oberbürgermeister bzw. Bürgermeister nach Maßgabe der allgemeinen Bestimmungen. Solche Baudarlehen sind bis zum 1. April 1930 zinslos und von da ab mit 2 vom Hundert zu verzinsen und mit 1 vom Hundert planmäßig zu tilgen. Zins- und Tilgungsbeträge sind vom 1. April 1930 ab, erstmals am 1. Oktober 1930 und von da ab halbjährlich zum 1. April und 1. Oktober zu entrichten. Bei Aenderung der wirtschaftlichen Lage und bei Steigerung der Mietpreise für die Altwohnungen bleibt dem Minister für Arbeit und Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen die Neufestsetzung der Zins- und Tilgungssätze für die Baudarlehen vorbehalten.

Die Städte sind berechtigt, Sonderregelungen zu treffen und einen einheitlichen Zinsfuß für die gesamten von ihnen bewilligten Darlehen festzusetzen. Sie sind jedoch verpflichtet, einen Teilbetrag des gesamten Darlehens als Baudarlehen aus der Sondergebäudesteuer in Höhe von mindestens 3000 RM. und höchstens 4000 RM. je Wohnung festzulegen und dinglich sichern zu lassen.

Rückfließende Hypotheken und eingehende Tilgungsbeträge, soweit sie nicht zur Verzinsung und Tilgung aufgenommener Anleihemittel oder sonstiger Baugelder verwendet werden, haben die Städte einem Wohnungsbaufonds zuzuführen, dessen Ver-

wendung nach Maßgabe dieser und der jeweils erlassenen allgemeinen Bestimmungen zulässig ist. Die zurückgeflossenen Beträge oder Teile davon können auch zur Sicherung von Bürgschaften, die sie zur Förderung des Wohnungsbaues übernommen haben, Verwendung finden.

Auf genaue Beachtung der Bestimmungen unter Ziffer 7 und 8 wird besonders hingewiesen. Die Instandsetzungsdarlehen und die zusätzlichen Baudarlehen sind aus dem auf die Städte entfallenen Wohnungsbauanteil zu bestreiten.

6. Für die Bauten in den Landgemeinden werden die Baudarlehen durch die Hessische Landesbank in Darmstadt gegeben.

Soweit erststellige Hypotheken durch eine öffentlich-rechtliche Sparkasse gegeben werden, kann mit Genehmigung des Ministers für Arbeit und Wirtschaft die gleiche Sparkasse auch das verbilligte Baudarlehen geben. Der Geschäftsverkehr und die Abrechnung mit dem Staate können über die Hessische Girozentrale erfolgen. Die Bedingungen für die von einer öffentlichen Sparkasse gewährten Darlehen dürfen nicht ungünstiger sein als die unter Mitwirkung des Ministers der Finanzen festgesetzten Darlehensbedingungen der Hessischen Landesbank.

Die verbilligten Baudarlehen sind bis zum 1. April 1930 zinslos und von da ab durch den Schuldner mit 2 vom Hundert zu verzinsen und mit 1 vom Hundert planmäßig zu tilgen. Darlehensbeträge, die bis zum 1. April 1930 nicht ausgezahlt werden konnten, sind vom Tage der Auszahlung ab zu verzinsen und zu tilgen.

Den Unterschied zwischen dem Zinssatz, zu dem sich der Darlehensgeber das Geld beschafft (einschließlich eines von dem Minister der Finanzen genehmigten Verwaltungskostenzuschlags) und dem vom Schuldner zu tragenden Zinssatz übernimmt bis auf weiteres der Staat.

Zins- und Tilgungsbeträge sind vom 1. April 1930 ab, erstmals am 1. Oktober 1930 und von da ab halbjährlich zum 1. April und 1. Oktober, zu entrichten. Bei Aenderung der wirtschaftlichen Lage und bei Steigerung der Mietpreise für die Altwohnungen bleibt dem Minister für Arbeit und Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen die Neufestsetzung der Zins- und Tilgungssätze für die Baudarlehen vorbehalten.

Das Baudarlehen kann bis zu 35 Prozent der gesamten Herstellungskosten einschließlich des Bodenwertes, jedoch nicht über 3000 RM. je Wohnung hinaus, gewährt werden, wobei zwischen ein- und mehrgeschossiger Bauweise abzustufen ist. Ausnahmsweise kann für Bauten in Gemeinden, die im engeren Umkreis von Städten liegen, der Höchstbetrag des Baudarlehens bis zu 3500 RM. je Wohnung festgesetzt werden.

7. Für Wohnungen, die durch Um- oder Einbauten in vorhandenen Gebäuden neu geschaffen werden; erfolgt die Festsetzung des Baudarlehens nach den tatsächlichen Herstellungskosten der baulichen Erweiterung. Das erststellige Hypothekdarlehen darf 40 Prozent und zusammen mit dem Baudarlehen 75 Prozent des Verkehrswertes des verbesserten Anwesens nicht übersteigen.

8. Für Ein- und Zweifamilienhäuser, die von Schwerkriegsbeschädigten, von Familien mit mindestens vier im Haushalt lebenden Kindern unter 20 Jahren, von Familien von Vertriebenen aus ehemals deutschen Gebieten oder von Lungenkranken errichtet werden, kann ein zusätzliches Baudarlehen bis zu 2000 RM. je Wohnung gewährt werden. Das Zusatzdarlehen gilt nur für die eigene Wohnung und darf zusammen mit den vorausgehenden Hypotheken 90 vom Hundert der Gesamtherstellungskosten nicht übersteigen. Bei einer Ueberschreitung von 75 vom Hundert der Gesamtherstellungskosten haben die Bestimmungen unter Ziffer 14 Absatz 2 Platz zu greifen.

9. Die Baudarlehen und Zusatzdarlehen werden in einer festen Summe bewilligt und dürfen nur zur Deckung der Baukosten der im Darlehensantrag bezeichneten Bauten verwendet werden.

10. Der Bauherr hat für sich und seine Rechtsnachfolger folgende Verpflichtungen bis zur vollständigen Tilgung des Baudarlehens zu übernehmen:

a) Das Anwesen darf erst nach Zustimmung des Ministers für Arbeit und Wirtschaft veräußert oder einem anderen zur Benutzung überlassen werden.

   Uebersteigt bei einer Veräußerung des Hauses der Veräußerungspreis die Herstellungskosten, so ist der Mehrerlös zur Tilgung des Baudarlehens zurückzuzahlen. Hat der Eigentümer nach Feststellung der Herstellungskosten Aufwendungen für Bauten, Umbauten oder sonstige dauernde Verbesserungen des Grundstücks gemacht, so ist ihr Betrag den Herstellungskosten zuzurechnen.

b) Das Anwesen ist in allen Teilen in gutem Zustande zu erhalten.

c) Es müssen in dem Neubau soviel Familien Aufnahme finden, als selbständige Wohnungen in dem Fragebogen und genehmigten Bauplan vorgesehen sind.

d) Die mit Baudarlehen erstellten Mietwohnungen dürfen zunächst nur an solche Mieter überlassen werden, die als Wohnungsuchende am Orte vorgemerkt sind. Zur Vermietung an nicht ortsansässige Wohnungsuchende ist die kreisamtliche Genehmigung erforderlich.

e) Die Mieten einschließlich der Nebenabgaben dürfen die aus der Gesamtkostenabrechnung und der Baufinanzierung sich ergebende Belastung an Zinsen, Betriebs- und Unterhaltungskosten nicht übersteigen. Die Tilgungsbeträge bleiben bei der Mietpreisfestsetzung außer Betracht.

f) Das verbilligte Baudarlehen ist durch Aufnahme eines privaten Hypothekendarlehens abzulösen, sobald dies nach Lage des allgemeinen Hypothekenmarktes möglich ist.

g) Der Bauherr hat den Bau nach der im Darlehensantrag festgesetzten Frist zu beginnen und planmäßig fertigzustellen.
h) Im Falle eines Verkaufes muß der Käufer sämtliche Verpflichtungen aus dem Baudarlehen übernehmen.
i) Den Beauftragten der Gemeinde, des Kreisamts, des Hochbauamts und des Ministers für Arbeit und Wirtschaft ist jederzeit Einsicht in die Mietverträge und Zutritt zu den Wohnungen zu gewähren.

Den Zeitpunkt der Ablösung des Baudarlehens gemäß Ziffer 10 f bestimmt der Minister für Arbeit und Wirtschaft im Benehmen mit dem Finanzminister.

11. Das Baudarlehen ist zur Rückzahlung fällig:
a) wenn eine der Verpflichtungen unter Ziffer 10 a bis i nicht eingehalten oder das Zwangsversteigerungs- oder Konkursverfahren gegen den Eigentümer des Grundstücks eingeleitet wird;
b) wenn das Darlehen nicht zum Wohnungsbau verwendet wird;
c) wenn der Schuldner mit den Zins- oder Tilgungsbeträgen länger als sechs Monate im Rückstand bleibt.

12. Streitigkeiten über die Verpflichtung zur Rückzahlung des Baudarlehens werden unter Ausschluß des ordentlichen Rechtsweges von einem Schiedsgericht entschieden. Hierzu ernennt jede Partei einen Vertreter, die zusammen einen Obmann wählen. Kommt eine Einigung über die Person des Obmanns nicht zustande, so wird der Obmann vom Präsidenten des zuständigen Landgerichts bestimmt. Das Schiedsgericht entscheidet durch Stimmenmehrheit.

13. Der Darlehensnehmer oder sein Rechtsnachfolger kann das Baudarlehen während der ersten fünf Jahre vom 1. April 1930 an nur mit Zustimmung des Gläubigers kündigen.

14. Zur Sicherung des verbilligten Baudarlehens und der Rückzahlungspflicht gemäß Ziffer 11 ist an dem Baugrundstück eine Hypothek im Sinne des Reichsgesetzes vom 23. Juli 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 407) zu bestellen. Die Eintragung hat in Goldmark, eine Goldmark gleich $^1/_{2790}$ Kilogramm Feingold, zu erfolgen (Verordnung vom 17. April 1924, Reichsgesetzbl. I S. 415).

Dieser Hypothek dürfen in der Regel Hypotheken nur bis zu 40 v. H. der Gesamtherstellungskosten vorgehen; wird diese Grenze überschritten, so ist für das verbilligte Baudarlehen Gemeindebürgschaft notwendig. In Fällen, bei denen das verbilligte Baudarlehen und die erste Hypothek die Beleihungsgrenze von 75 v. H. übersteigen, ist ebenfalls der Mehrbetrag durch Bürgschaftsübernahme oder Ausbietungsgarantie der Gemeinde sicherzustellen.

Die Hypothek für das von der Zentral-Bausparkasse gewährte verbilligte Bauspardarlehen (Ziffer 4 A, a) einschließlich der vorausgehenden Hypotheken kann bei Bürgschaft der Gemeinde bis zu 85 v. H. der Gesamtherstellungskosten gehen unter der Bedingung, daß die Zentral-Bausparkasse im Falle eines etwa eintretenden Verlustes vorweg ein Drittel des Verlustes übernimmt, den die Gemeinde erleidet. Die Regierung ist nach Artikel 2 des Gesetzes, die Uebernahme von Bürgschaften zur Förderung des Wohnungswesens betreffend, vom 21. Juni 1927 (Reg.-Bl. S. 136) ermächtigt, von dem verbleibenden Teil des Verlustes die Hälfte zu übernehmen.

Von einer Eintragung der dinglichen Sicherung kann abgesehen werden, wenn dem Grundstücke die Eigenschaft als „Reichsheimstätte" (Gesetz vom 10. Mai 1920, Reichsgesetzbl. S. 962, Ausführungsbestimmungen vom 26. Januar 1927, Reg.-Bl. S. 43) verliehen ist.

Die Eintragung einer Eigentümergrundschuld für die von dem Bauherrn aus eigenen Mitteln zur Errichtung des Neubaues aufgewendeten Beträge im Range vor der Baudarlehenshypothek ist nicht zulässig.

Der Darlehensnehmer ist verpflichtet, auf Verlangen des Gläubigers die Hypothek für das verbilligte Baudarlehen und die dieser Hypothek im Range vorgehenden oder gleichgestellten Hypotheken, soweit sie sich mit dem Eigentum in einer Person vereinigen, löschen und zur Sicherung dieses Anspruches auf Löschung eine Vormerkung in das Grundbuch eintragen zu lassen.

15. Soweit nicht eine Gemeinde oder ein Gemeindeverband Darlehensempfänger ist, ist der Gemeinde an dem Baugrundstück für die Zeit bis zur völligen Tilgung des Baudarlehens vertraglich ein Anspruch auf Uebertragung des Eigentums an dem gesamten Anwesen (Ankaufsrecht), außerdem ein dingliches Vorkaufsrecht einzuräumen.

Bei der Veräußerung von Bauten, die von einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband unter Inanspruchnahme von verbilligten Baudarlehen errichtet wurden, ist ein Wiederkaufsrecht zugunsten der Gemeinde zu bestellen.

Das Ankaufs- oder Wiederkaufsrecht kann ausgeübt werden:
a) wenn das Anwesen an andere als Ehegatten oder Verwandte in gerader Linie veräußert, vererbt oder sonst zur Benutzung überlassen wird;
b) wenn ein Grundstückseigentümer seine Zahlungen einstellt oder das Zwangsverfahren eingeleitet wird;
c) wenn das Haus länger als sechs Monate nicht bewohnt wird;
d) wenn die Verpflichtungen unter Ziffer 10 a bis i nicht erfüllt werden.

Das Ankaufsrecht erlischt nicht durch Nichtausübung, kann jedoch im einzelnen Falle nur ausgeübt werden innerhalb dreier Monate, nachdem die Gemeinde von einem Falle, der sie zu seiner Ausübung berechtigt, Kenntnis erhalten hat.

Die Ausübung des Ankaufsrechts erfolgt unter entsprechender Anwendung des § 505 des Bürger-

lichen Gesetzbuches. Der Ankaufspreis ist zu ermitteln aus dem Unterschied zwischen den Herstellungskosten einschließlich der Leistungen für dauernde Verbesserungen des Anwesens und den Beträgen für Abnutzung und allgemeine sowie besondere Wertminderungen.

Dasselbe gilt für das Wiederverkaufsrecht.

Auf das Vorkaufsrecht finden die §§ 1094 bis 1104 des Bürgerlichen Gesetzbuches Anwendung. Die Gemeinde kann das ihr zustehende An- und Vorkaufsrecht mit Genehmigung des Kreisamtes auf einen Dritten übertragen.

III. Verfahren.

16. Anträge auf Gewährung von verbilligten Baudarlehen sind mit den hierfür vorgeschriebenen Fragebogen in den Städten mit Städteordnung, in deren Bezirk der Wohnungsbau errichtet werden soll, bei dem Oberbürgermeister bzw. Bürgermeister, in allen übrigen Gemeinden durch Vermittlung der Bürgermeistereien bei dem zuständigen Kreisamt einzureichen.

Die Oberbürgermeister bzw. Bürgermeister haben über diese Anträge nach Maßgabe der vorstehenden Richtlinien selbständig zu entscheiden und am Ende jeden Kalendervierteljahres eine Uebersicht über die bewilligten Baudarlehen dem Minister für Arbeit und Wirtschaft vorzulegen.

Die Kreisämter haben die bei ihnen eingehenden Anträge nach dem Grade der Dringlichkeit und im Benehmen mit dem zuständigen Hochbauamte nach der wirtschaftlichen, technischen und finanziellen Seite zu prüfen. Die Prüfungen sind auf den vorgeschriebenen Fragebogen zu bescheinigen. Danach sind die Anträge unter Anschluß einer auch die benachbarten Baugrundstücke umfassenden Lageplanskizze im Maßstab 1 : 500, eines Bauentwurfs im Maßstab 1 : 100, einer überschlägigen Kostenberechnung nach dem Kubikmeter umbauten Raum in Reichsmark, einer Bescheinigung des Geldgebers über die Sicherstellung des ersten Hypothekendarlehens und des verbilligten Baudarlehens gemäß Ziffer 4 A b, und, wenn erforderlich, eines Erbbauvertrages dem Minister für Arbeit und Wirtschaft vorzulegen.

In dem Bauplan müssen die dem Darlehensantrag zugrunde gelegten neuen Wohnungen und bei einem Um- oder Einbau auch die bestehenden Altwohnungen genau bezeichnet sein.

Ein Baudarlehensbescheid wird nicht erteilt. Der Minister für Arbeit und Wirtschaft setzt alsdann im Einvernehmen mit der in II Ziffer 6 genannten Kreditanstalt die Höhe des Baudarlehens endgültig fest und veranlaßt die Auszahlung des Darlehens.

Die Auszahlung erfolgt nach Baubeginn, dem Baufortschritt entsprechend, in Teilbeträgen. Voraussetzung der Auszahlung ist, daß die Gemeinde die Bürgschaft der zu gewährenden Darlehen übernimmt oder daß eine Hypothek nach Maßgabe der Bestimmungen der Kreditanstalt bestellt wird. Nach Fertigstellung des Rohbaues erfolgen Teilzahlungen erst auf Grund einer Nachweisung, daß der Rohbau gegen Brandschaden versichert ist. Die letzte Rate wird erst ausgezahlt, wenn die Schauseiten der Neubauten durch Verputz, Bestich oder Ausfugen ordnungsmäßig hergestellt sind und die behördlich geprüfte Baukostenrechnung vorgelegt ist.

Nach Fertigstellung des Baues werden die gesamten Herstellungskosten behördlich festgestellt. Die Feststellung erfolgt im Bezirk der Städte mit Städteordnung durch die Oberbürgermeister beziehungsweise Bürgermeister, in allen übrigen Fällen durch die Kreisämter im Benehmen mit dem zuständigen Hochbauamte.

Die Gesamtherstellungskosten umfassen die Grunderwerbskosten, die eigentlichen Baukosten und die Nebenkosten (darunter Aufwand für Straßenherstellung, Licht- und Wasserzuführung, Kanalisation, Anliegerleistungen, Gerichtsgebühren, Vermessungskosten, Hypothekbeschaffenskosten). Bei Festlegung der gesamten Herstellungskosten kann nur der Bauaufwand anerkannt werden, der zur planmäßigen Herstellung des Baues erforderlich war. Die Feststellung der gesamten Herstellungskosten erfolgt durch einen schriftlichen Bescheid. Gegen diesen Bescheid ist binnen zwei Wochen nach Zustellung Beschwerde an den Minister für Arbeit und Wirtschaft zulässig.

IV. Darlehen für Instandsetzung unbrauchbar gewordener Altwohnungen.

17. Baudarlehen können auf Antrag auch gewährt werden zur Instandsetzung von Altwohnungen, die durch Einwirkung grober Bauschäden, insbesondere Dachschäden, unbenutzbar geworden sind, wenn durch diese Instandsetzung Wohnungen für den örtlichen Wohnungsmarkt gewonnen werden und der Hauseigentümer die Instandsetzungskosten aus eigenen Mitteln nachweislich nicht bestreiten kann.

Diese Baudarlehen werden dem Hauseigentümer bis zum Höchstbetrag von 2000 RM. gegeben und sind vom Tage der Auszahlung an mit den für die Baudarlehen jeweils festgesetzten Sätzen zu verzinsen und zu tilgen. Die Gemeinden haben die sachgemäße Verwendung der Darlehen und die rechtzeitige Fertigstellung der Altwohnungen zu überwachen.

Auf das Verfahren finden die Vorschriften unter Ziffer 7 und 16 sinngemäße Anwendung.

Darmstadt, den 20. März 1929.

Der Hessische Minister für Arbeit und Wirtschaft.

Korell.

Hessisches Regierungsblatt.

1929 **Darmstadt, den 16. April 1929.** **Nr. 8**

(Siebenter Tag nach Ablauf des Ausgabetags 23. April 1929.)

Inhalt: Teil I: Gesetz, die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Staates betreffend (Haushaltsordnung). S. 57 — Verordnung über die Mietzinsbildung in der Stadt Mainz. S. 63 — Bekanntmachung, die Vereinigung der Landgemeinde Büdesheim mit der Stadt Bingen betreffend. S. 63 — Bekanntmachung, Anschlußgleis für den Heidesheimer Darlehenskassenverein (Raiffeisen) e. G. m. u. H. zu Heidesheim betreffend. S. 63 — Berichtigung. S. 63 — Teil II: Aufgabe der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft. S. 63 — Ruhestandsversetzungen. S. 64 — Sterbefälle. S. 64.

Teil I

Gesetz, die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Staates betreffend (Haushaltsordnung).

Vom 21. März 1929.

Das Hessische Volk hat durch den Landtag das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1.

Für die Aufstellung und Ausführung des Staatsvoranschlags sowie für die Kassen- und Buchführung und die Rechnungslegung gelten die nachstehenden Vorschriften.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden auch auf die im Laufe eines Rechnungsjahres beschlossenen Aenderungen und Ergänzungen der Einnahme- und Ausgabebewilligungen Anwendung.

I. Aufstellung des Staatsvoranschlags.

Artikel 2.

Das Rechnungsjahr beginnt mit dem 1. April und schließt mit dem 31. März. Es wird benannt nach dem Kalenderjahr, in dem es anfängt.

Artikel 3.

Der Staatsvoranschlag zerfällt in den ordentlichen und außerordentlichen Haushalt.

In den ordentlichen Haushalt gehören die regelmäßigen Einnahmen der laufenden Verwaltung (ordentliche Einnahmen) und die aus ihnen zu bestreitenden Ausgaben (ordentliche Ausgaben); in den außerordentlichen Haushalt die Einnahmen aus Vermögensbeständen und Anleihen (außerordentliche Einnahmen) und die ihrem Wesen nach aus ihnen zu bestreitenden Ausgaben (außerordentliche Ausgaben).

Artikel 4.

In besonderen Abteilungen und Unterabteilungen des Staatsvoranschlags sind die Einnahmen nach ihrem Entstehungsgrund und die Ausgaben nach ihrer Zweckbestimmung aufzuführen.

Artikel 5.

In den Staatsvoranschlag dürfen nur solche Ausgaben aufgenommen werden, die für die Aufrechterhaltung der Staatsverwaltung oder zur Erfüllung der Aufgaben und der rechtlichen Verpflichtungen des Landes notwendig sind.

Artikel 6.

Für einen und denselben Zweck sollen Mittel nicht an verschiedenen Stellen des Staatsvoranschlags veranschlagt werden.

Artikel 7.

Vermerke, nach denen Ausgabebewilligungen als „gegenseitig deckungsfähig" bezeichnet werden, sollen nur in besonders begründeten Ausnahmefällen zulässig sein.

Artikel 8.

In den ordentlichen Haushalt sind zunächst alle regelmäßig in gleicher Art wiederkehrenden Staatseinnahmen und -ausgaben als fortdauernde Einnahmen und Ausgaben und hierauf die einmaligen Staatseinnahmen und -ausgaben aufzunehmen.

Artikel 9.

Die Einnahmen und Ausgaben sind — unbeschadet der Vorschrift in Artikel 16 — getrennt voneinander in voller Höhe im Staatsvoranschlag zu veranschlagen.

Es dürfen weder Ausgaben von den Einnahmen vorweg abgezogen noch Einnahmen auf Ausgaben vorweg angerechnet werden. Abweichungen sind nur ausnahmsweise zulässig; sie sind im Staatsvoranschlag besonders anzuführen und unter Angabe der geschätzten Einnahme und Ausgabe zu begründen.

Der Minister der Finanzen ist ermächtigt, allgemein für bestimmte Einnahmen und Ausgaben eine andere Form der Darstellung im Voranschlag anzuordnen.

Artikel 10.

Alle Einnahmen mit anderem Ansatz als im Vorjahr, alle fortdauernden Ausgaben, für die nicht im Vorjahr Mittel in mindestens gleicher Höhe bewilligt sind, und alle einmaligen und außerordentlichen Ausgaben sind im Staatsvoranschlag zu erläutern.

Ausgaben zur Erfüllung von Verträgen, durch die der Staat zur Leistung von Zahlungen über ein Rechnungsjahr hinaus verpflichtet wird, sind bei der erstmaligen Anforderung von Mitteln nach Inhalt

und Dauer des Vertrags zu erläutern. Die Verträge sind für die Verhandlungen im Landtag bereit zu halten.

Die Vorschrift des Absatz 2 gilt nicht für im Rahmen der laufenden Verwaltung abgeschlossene ihrer Natur nach regelmäßig wiederkehrende Verträge.

Artikel 11.

Regelmäßig wiederkehrende, aber ihrer Höhe nach wandelbare Einnahmen und Ausgaben sollen, wenn ihr Betrag nicht im voraus berechnet werden kann, entweder nach dem Durchschnitt der Einnahme und Ausgabe in gewissen der Aufstellung des Staatsvoranschlags unmittelbar vorangegangenen Zeitabschnitten oder nach anderen in der Erläuterung zum Staatsvoranschlag mitzuteilenden Grundsätzen veranschlagt werden.

Artikel 12.

Mittel für Besoldungen, für Hilfsleistungen durch Beamte und nicht beamtete Kräfte sind voneinander und von anderen Ausgaben getrennt zu veranschlagen.

Die Zahl der für die Verausgabung der Besoldungsmittel maßgebenden planmäßigen Stellen ist nach Besoldungsgruppen getrennt im Staatsvoranschlag anzugeben, ferner ist die Zahl der Hilfskräfte mit ihren Vergütungsgruppen nachzuweisen.

Ausnahmefälle sind im Staatsvoranschlag ausdrücklich zu bezeichnen. In eiligen Fällen können zu Lasten summarischer Kredite, auch wenn für sie im Staatsvoranschlag nichts anderes vorgesehen ist, Hilfskräfte bis zum Schlusse des jeweiligen Rechnungsjahres auf einstimmigen Beschluß des Gesamtministeriums eingestellt werden.

Artikel 13.

Bei den Mitteln für Besoldungs und für Hilfsleistungen durch Beamte sind die Einnahmen der Beamten aus Nebenämtern oder einer sonstigen mit einer fortlaufenden Vergütung aus öffentlichen Mitteln verbundenen Nebenbeschäftigung sowie aus anderen als Landesmitteln bewilligten Einnahmen, die Beamte aus Anlaß einer in ihren dienstlichen Aufgabenkreis fallenden oder mit ihm zusammenhängenden Tätigkeit erhalten, in den Erläuterungen mitzuteilen.

Das Gleiche gilt bei Zulagen, die nicht an derselben Stelle des Staatsvoranschlags unter den persönlichen Ausgaben aufgeführt sind.

Artikel 14.

Bei allen einmaligen und allen außerordentlichen Ausgaben für einheitliche auf mehrere Jahre sich erstreckende Aufgaben sind der gesamte voraussichtliche Kostenaufwand sowie etwaige Beiträge Dritter bei der erstmaligen Einstellung in den Staatsvoranschlag anzugeben.

Artikel 15.

Einmalige und außerordentliche Ausgaben für bauliche Unternehmungen sind erst dann in den Staatsvoranschlag einzustellen, wenn Pläne und Kostenberechnungen oder Kostenüberschläge vorliegen, aus denen die Art der Ausführung und die Kosten der baulichen Maßnahme ausreichend ersichtlich sind. Ausnahmen hiervon sind nur statthaft, wenn es nicht möglich ist, die Pläne und Berechnungen rechtzeitig herzustellen und dem Land aus der Hinausschiebung der Ausgabebewilligung ein Schaden erwachsen würde.

Die Pläne und Kostenberechnungen oder Ueberschläge sind für die Verhandlungen im Landtag bereit zu halten.

Artikel 16.

Betriebe des Landes, für die nach Art und Umfang kaufmännische Betriebsführung angemessen erscheint, dürfen an Stelle einer getrennten Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben mit ihrem voraussichtlichen Endergebnis in den Staatsvoranschlag aufgenommen werden.

Die Ansätze sind zu erläutern, und zwar in der Regel auf Grund der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung.

Soweit in diesen Betrieben planmäßige Beamte beschäftigt werden, sind die erforderlichen Stellen im Staatsvoranschlag aufzuführen.

Artikel 17.

Die Unterlagen zur Aufstellung des Staatsvoranschlags sind für die Abteilungen und Unterabteilungen der einzelnen Geschäftsbereiche festzustellen und dem Minister der Finanzen in Gestalt von Voranschlagsentwürfen zu dem von ihm zu bestimmenden Zeitpunkt einzusenden.

Artikel 18.

Der Minister der Finanzen prüft unter eigener Verantwortlichkeit die einzelnen Entwürfe und stellt den Entwurf des Staatsvoranschlags auf. Dabei kann er Ansätze, die er nicht für begründet erachtet, nach Benehmen mit den beteiligten Stellen ändern oder fortlassen.

In verspätet eingehenden Voranschlagsentwürfen kann der Minister der Finanzen neue Ausgaben oder Erhöhungen der seitherigen Ausgaben ohne weiteres absetzen.

Artikel 19.

Der Entwurf des Staatsvoranschlags wird durch das Gesamtministerium festgestellt.

Ausgaben und Vermerke, deren Aufnahme in den Staatsvoranschlag der Minister der Finanzen abgelehnt hat, unterliegen auf Antrag des zuständigen Ministers der Beschlußfassung des Gesamtministeriums, jedoch nur, wenn es sich um Angelegenheiten von grundsätzlicher oder sonst erheblicher Bedeutung handelt.

Beschließt das Gesamtministerium gegen die Stimme des Ministers der Finanzen eine Ausgabe oder einen Vermerk in den Entwurf des Staatsvoranschlags einzustellen, so steht dem Minister der

Finanzen ein Widerspruchsrecht zu. Die Ausgabe oder der Vermerk darf alsdann in den Staatsvoranschlag nur aufgenommen werden, wenn dies in einer erneut anberaumten Sitzung von der Mehrheit der Minister beschlossen wird.

Kommt über den Voranschlagsentwurf zu der Abteilung des Landtags eine Einigung zwischen dem Gesamtministerium und dem Landtagspräsidenten nicht zu Stande, so sind dem Landtag die Unterschiede der Entwürfe zur Kenntnis zu bringen.

Artikel 20.

Der Entwurf des Staatsvoranschlags soll dem Landtag spätestens am 5. Januar vor Beginn des Rechnungsjahres, für das er gelten soll, vorgelegt werden.

Artikel 21.

Wurde der Staatsvoranschlag nicht rechtzeitig verabschiedet und deshalb das Finanzgesetz des vorhergehenden Rechnungsjahres erstreckt, so stehen die von dem Landtag für das neue Rechnungsjahr bewilligten höheren und anderen sachlichen Ausgabebeträge der Regierung zur Verfügung, und zwar für die ganze Dauer des Rechnungsjahres. Enthält das erstreckte Finanzgesetz jedoch für einzelne Staatszwecke höhere oder andere Bewilligungen als das neue Finanzgesetz, so bleiben diese für die Zeit der Erstreckung des früheren Finanzgesetzes fortbestehen, wenn während dieser Zeit die Verhältnisse, auf welchen die früheren Bewilligungen beruhten, keine Aenderung erleiden.

II. Ausführung des Staatsvoranschlags.

Artikel 22.

Die Einnahmen und Ausgaben des Landes werden nach dem Staatsvoranschlag verwaltet.

Artikel 23.

Durch den Staatsvoranschlag werden Ansprüche Dritter oder Verbindlichkeiten Dritter weder begründet noch aufgehoben.

Artikel 24.

Im Rahmen der im Staatsvoranschlag bewilligten Beträge werden den zuständigen Stellen die Mittel von dem Minister der Finanzen überwiesen.

Der Minister der Finanzen ist berechtigt, bei der Verwendung summarisch vorgesehener Kredite, bei denen die Verwendungszwecke im einzelnen nicht erkennbar sind, sowie der außerordentlichen Kredite seine Mitwirkung sich vorzubehalten.

Artikel 25.

Die Haushaltsmittel sind wirtschaftlich und sparsam zu verwalten.

Artikel 26.

Als Vorschuß darf eine Ausgabe nur gebucht werden, wenn die Verpflichtung oder Berechtigung zur Leistung zwar feststeht, die Verrechnung aber noch nicht endgültig erfolgen kann. Sind für eine solche Ausgabe Mittel im Staatsvoranschlag nicht oder nicht in ausreichendem Maße vorhanden, so finden die Vorschriften des Artikels 31 Anwendung.

Artikel 27.

Leistungen vor Empfang der Gegenleistung dürfen nur vereinbart oder bewirkt werden, soweit dies im allgemeinen Verkehr üblich oder durch besondere Umstände gerechtfertigt ist. Der Minister der Finanzen kann einheitliche Grundsätze hierfür aufstellen.

Artikel 28.

Die bewilligten Beträge dürfen nur zu dem im Staatsvoranschlag bezeichneten Zweck, soweit und solange dieser fortdauert und nur innerhalb des Rechnungsjahres verwendet werden. Eine Verwendung nach Ablauf des Rechnungsjahres zu Lasten dieses Rechnungsjahres ist nur mit Zustimmung des Ministers der Finanzen zulässig, es sei denn, daß es sich um Ausgaben handelt, die auf gesetzlicher oder rechtlicher Verpflichtung beruhen oder als Folge von Maßnahmen entstehen, die bereits vor Ablauf des Rechnungsjahres angeordnet sind.

Dagegen können die für Neubauten und Umbauten und für einmalige Ausgaben bewilligten Beträge, sofern sie innerhalb des Rechnungsjahres, für welches die Bewilligung erfolgt ist, nicht oder nur teilweise zur Verwendung gelangen, in das Rechnungswesen der zwei darauffolgenden Rechnungsjahre übertragen werden.

Artikel 29.

Sind im Staatsvoranschlag mehrere Ausgabebewilligungen als gegenseitig deckungsfähig bezeichnet, so dürfen die bei einer Bewilligung ersparten Mittel, solange sie verfügbar sind, zur Begleichung von Mehrbedürfnissen bei einer anderen dieser Bewilligungen verwendet werden. Uebertragbare Ausgaben sind nach Schluß des Rechnungsjahres mit anderen Ausgaben nicht mehr deckungsfähig.

Artikel 30.

Die im Staatsvoranschlag zur Verfügung gestellten Mittel müssen so verwaltet werden, daß sie zur Deckung aller Ausgaben ausreichen, die unter die einzelne Zweckbestimmung fallen. Ordnet ein Beamter entgegen dieser Vorschrift eine Zahlung an oder trifft er eine Maßnahme, durch welche eine solche Zahlung notwendig wird, und erkennt er oder muß er erkennen, daß durch die Maßnahme oder Zahlung eine Ueberschreitung der zugewiesenen Mittel oder nachträgliche Bewilligung von Mitteln für die gleiche Zweckbestimmung später unvermeidlich wird, so haftet er für die von ihm veranlaßte Zahlung in gleicher Weise, wie wenn dies bereits eine Voranschlagsüberschreitung (Artikel 31) darstellte. Dies gilt nicht, wenn die Zahlung oder Maßnahme nach Lage der Sache unbedingt erforderlich war.

Artikel 31.

Voranschlagsüberschreitungen bei den Ausgaben und außerplanmäßige Ausgaben einschließlich der Mehrausgaben aus übertragbaren Mitteln (Artikel 28), desgleichen Maßnahmen, durch welche für das Land Verbindlichkeiten entstehen können, für die Mittel im Staatsvoranschlag nicht vorgesehen sind, bedürfen der vorherigen Zustimmung des Ministers der Finanzen. Das Gleiche gilt für Ausgaben, die endgültig erst in einem späteren Rechnungsjahr verrechnet werden sollen. Die Zustimmung darf nur ausnahmsweise und nur dann erteilt werden, wenn ein unabweisbares Bedürfnis oder ein wirtschaftliches Interesse des Staates vorliegt.

Beamte, die schuldhaft entgegen den Vorschriften des Absatzes 1 sowie des Artikels 30 eine Maßnahme anordnen oder eine Zahlung anweisen, zu der der Staat nicht rechtlich verpflichtet ist, sind zum Schadensersatz verpflichtet. Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Beamte zur Abwendung einer nicht vorhersehbaren, dem Lande drohenden dringenden Gefahr sofort handeln mußte und hierbei nach pflichtmäßigem Ermessen nicht über das durch die Notlage gebotene Maß hinausgegangen ist. Sie entfällt ferner, wenn dem Minister der Finanzen von der Maßnahme oder Anweisung unverzüglich Mitteilung gemacht wird, und er daraufhin der Ueberschreitung zustimmt.

Artikel 32.

Sind die der Zweckbestimmung oder in der Erläuterung eines Titels bestimmte Maßnahmen mit den auf sie entfallenden Beträgen einzeln aufgeführt, so dürfen Beträge, die durch Unterlassung oder planmäßige Einschränkung einer solchen Maßnahme erspart werden, nicht zu einer der anderen Maßnahmen verwendet werden. Die Vorschrift bezieht sich nicht auf die Fälle, in denen die Einzelangaben ausdrücklich nur als zur Schätzung des Gesamtaufwandes dienend bezeichnet werden.

Artikel 33.

Ueber Ausgabebewilligungen, die der Staatsvoranschlag als künftig wegfallend bezeichnet, darf von dem Zeitpunkte an, mit dem die Voraussetzung für ihren Wegfall erfüllt ist, nicht mehr verfügt werden.

Wenn im Staatsvoranschlag planmäßige Stellen ohne nähere Erläuterung als auf den Inhaber bewilligt oder als künftig wegfallend bezeichnet sind, dürfen freiwerdende Stellen dieser Art nicht wieder besetzt werden. Der Vermerk „auf den Inhaber bewilligt“ oder „künftig wegfallend“ ist so lange in den Staatsvoranschlag der folgenden Jahre zu übernehmen, bis die Stellen fortgefallen sind.

Artikel 34.

Besoldungen und andere Dienstbezüge dürfen nur nach Maßgabe der darüber bestimmenden Gesetze und nur, wenn der Staatsvoranschlag die Mittel zur Verfügung stellt, bewilligt werden.

Die Ersparnisse an den Besoldungsmitteln, die durch Freiwerden einer Stelle entstehen, dürfen zu eigentlichen Stellvertretungskosten verwendet werden.

Artikel 35.

Aus den Mitteln für Hilfsleistungen dürfen Beamten desselben Verwaltungszweigs, die eine planmäßige Stelle bekleiden oder ständig beschäftigt sind und ihre Bezüge aus anderen Ausgabebewilligungen erhalten, Vergütungen nicht gewährt werden.

Artikel 36.

Außerordentliche Vergütungen und Unterstützungen dürfen Beamten und Angestellten nur aus den Mitteln angewiesen werden, die in dem Staatsvoranschlag ausdrücklich dazu bestimmt sind.

Artikel 37.

Die auf das Sterbevierteljahr entfallenden Diensteinkünfte verstorbener Beamten sind in der Regel an derselben Stelle wie die Diensteinkünfte zu verausgaben.

Artikel 38.

Die Ueberlassung von Dienstwohnungen erfolgt nach Maßgabe des Staatsvoranschlags und des Besoldungsgesetzes.

Artikel 39.

Die Ueberlassung von nicht unter Artikel 38 fallenden Wohnungen sowie von anderen Sachbezügen und Nutzungen an Beamte und Angestellte darf nur gegen angemessenes Entgelt stattfinden, wenn nicht durch Gesetz oder im Staatsvoranschlag etwas anderes bestimmt ist.

Artikel 40.

Ausgaben, zu deren Bestreitung der Staatsvoranschlag in einer Zweckbestimmung Mittel bewilligt, dürfen weder außerplanmäßig, noch auf solche Mittel verrechnet werden, die im Staatsvoranschlag der Verwaltung ohne nähere Angabe des Verwendungszweckes zur Verfügung gestellt werden.

Ausgaben, für die im Staatsvoranschlag nicht durch eine Zweckbestimmung Mittel vorgesehen sind und die nicht voll in Ausgabebewilligungen der in Absatz 1 bezeichneten Art Deckung finden, sind in voller Höhe als außerplanmäßig zu behandeln.

Artikel 41.

Für einen und denselben Zweck dürfen Mittel nicht an verschiedenen Stellen des Staatsvoranschlags verausgabt werden, soweit sich nicht aus dem Staatsvoranschlag etwas anderes ergibt.

Artikel 42.

Der Ausführung von Bauten sind ausführliche Bauentwurfszeichnungen und Kostenberechnungen zugrunde zu legen, es sei denn, daß es sich um kleinere Bauvorhaben zu Lasten von laufenden Mitteln handelt. Von den in Artikel 15 bezeichneten Unter-

lagen darf mit Zustimmung des Ministers der Finanzen insoweit abgewichen werden, als die Aenderung und eine dadurch bewirkte Ueberschreitung der Bewilligung nicht erheblich sind.

Artikel 43.

Verträge der in Artikel 10 Absatz 2 genannten Art dürfen endgültig erst abgeschlossen werden, nachdem erstmals die Mittel zur Deckung der aus ihnen erwachsenden Ausgaben durch den Staatsvoranschlag bewilligt worden sind. Abweichungen bedürfen der Zustimmung des Ministers der Finanzen.

Die Vorschrift des Absatzes 1 gilt nicht für ihrer Natur nach regelmäßig wiederkehrende Verträge der laufenden Verwaltung.

Artikel 44.

Den Verträgen, die für Rechnung des Staates geschlossen werden, soll in der Regel eine öffentliche Ausschreibung vorhergehen. Wenn von dieser Regel abgewichen werden soll, so ist vorher die Genehmigung des Finanzministers notwendig.

Mit Beamten oder Angestellten des Staates dürfen keine Verträge abgeschlossen werden, die sich auf die Verwaltung beziehen, zu der sie gehören, sofern ihnen nicht von dem zuständigen Minister die Beteiligung bei dem Ankauf oder bei der Lieferung von Sachen oder bei der Pachtung von Gegenständen ihrer Verwaltung ausdrücklich gestattet worden ist.

Für öffentliche Sammlungen dürfen Gegenstände aus dem Besitz von Beamten der Verwaltung dieser Sammlungen nur erworben werden, wenn durch unparteiische Sachverständige der Wert dieser Gegenstände für die Sammlung und ihre Preiswürdigkeit erwiesen ist.

Artikel 45.

Sachen, welche zur Veräußerung für Rechnung des Staates bestimmt sind, müssen öffentlich an die Meistbietenden verkauft werden, sofern nicht der Minister der Finanzen der Veräußerung aus freier Hand zugestimmt hat.

Artikel 46.

Die von den Behörden rechtsgültig abgeschlossenen Verträge dürfen zum Nachteil des Staates nachträglich weder aufgehoben noch geändert werden.

Ausnahmen kann unter wesentlich veränderten Umständen der zuständige Minister im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen zulassen, insofern der abgeschlossene Vertrag nicht der Zustimmung des Landtags unterlegen hat.

Artikel 47.

Zahlungsverbindlichkeiten gegen den Staat dürfen, soweit eine Stundung bei Verträgen der in Frage kommenden Art nicht allgemein üblich ist, nur ausnahmsweise unter besonderen Umständen gestundet werden. In diesem Falle ist eine Stundung nur zulässig, soweit die Erfüllung der Verbindlichkeit durch sie nicht gefährdet wird.

Stundungen dieser Art über den Jahresabschluß hinaus dürfen nur ausnahmsweise mit Genehmigung des zuständigen Ministers bewilligt werden; sie bedürfen der Zustimmung des Ministers der Finanzen, wenn es sich um Beträge von mehr als 500 Reichsmark handelt.

Andere gesetzliche Vorschriften über die Stundung von Forderungen des Staates bleiben unberührt.

Artikel 48.

Ansprüche gegen Beamte oder Angestellte aus Kassen- oder Rechnungsfehlbeträgen, sowie Forderungen gegen Beamte, Angestellte oder Arbeiter auf Ersatz von Schäden infolge schuldhaften Verhaltens im Dienst dürfen nur auf Grund einer Entschließung des Gesamtministeriums erlassen oder niedergeschlagen werden.

Artikel 49.

Vertragsstrafen dürfen von dem zuständigen Minister aus Billigkeitsrücksichten erlassen oder erstattet werden. Ist durch die Nichterfüllung des Vertrags für die Staatskasse ein Nachteil entstanden, so kann der Erlaß oder die Erstattung nur im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen erfolgen.

Artikel 50.

Die Niederschlagung eines Anspruchs in einem anderen als den in Artikel 48 und 49 geregelten Fällen bedarf, soweit nicht durch Gesetz etwas anderes angeordnet ist, der Zustimmung des Gesamtministeriums.

III. Kassen- und Buchführung und Rechnungslegung.

Artikel 51.

Die Grundlage der Buchführung und Rechnungslegung bildet der Staatsvoranschlag.

Artikel 52.

Die Kassen dürfen Zahlung nur auf Anweisung des zuständigen Ministers oder der von ihm mit selbständiger Anweisungsbefugnis ausgestatteten Dienststellen leisten. Diese dürfen über die ihnen überwiesenen Mittel hinaus Zahlungen nur mit Genehmigung des zuständigen Ministers anordnen.

Artikel 53.

Der Minister der Finanzen kann für Einnahmen und Ausgaben Abrundungsvorschriften treffen.

Artikel 54.

Die Lieferung aller für den Staat angeschafften Gegenstände muß von der verwaltenden Behörde bescheinigt werden. Es ist entweder ihre vollständige Verwendung nachzuweisen, oder zu überwachen oder die Gegenstände sind in besonderen Sachrechnungen zu verrechnen. Für Grundstücke, Gebrauchsgegenstände oder Gerätschaften, sowie Gegenstände, die zu Sammlungen gehören, sind von der Verwaltungsbehörde Bestandsverzeichnisse zu führen.

Ueber die Bureaubedürfnisse an Schreibmaterialien und dergleichen werden von den Verwaltungsbehörden jährlich Rechnungen geführt. Sie sind von der Stelle, die die Anschaffung anweist, zu prüfen. Die erfolgte Prüfung ist zu der Rechnung zu bescheinigen.

Artikel 55.

Die Kassen- und Rechnungsbücher werden jährlich abgeschlossen. Den Zeitpunkt des Bücherschlusses bestimmt der Minister der Finanzen.

Nach dem Abschluß der Bücher dürfen Einnahmen und Ausgaben nicht mehr für das abgelaufene Rechnungsjahr gebucht werden.

Anweisungen, die nach dem 31. März auf Kredite des zu Ende gegangenen Rechnungsjahres erfolgen, bedürfen in allen den Fällen der Zustimmung des Ministers der Finanzen, in denen nach Artikel 28 Abs. 1 Satz 2 diese Zustimmung erforderlich ist.

Artikel 56.

Ergeben sich bei dem Bücherschluß Einnahmerückstände, so werden sie auf die Rechnung des folgenden Rechnungsjahres übernommen.

Ausgaberückstände sind für dasjenige Rechnungsjahr zu verrechnen, in welchem die Zahlung erfolgt.

Die Einnahmerückstände, wie die Ausgaberückstände müssen in der Rechnung gerechtfertigt werden.

Artikel 57.

Die Uneinbringlichkeit von Einnahmen, deren Erlaß oder deren Rückzahlung muß vorschriftsmäßig nachgewiesen werden.

Artikel 58.

Die Einnahmen und Ausgaben sind in den Rechnungen eines jeden Rechnungsjahres unter den Abteilungen und Unterabteilungen nachzuweisen, wie sie im Staatsvoranschlag vorgesehen sind. Ausnahmen hiervon können von dem Minister der Finanzen im Benehmen mit der Oberrechnungskammer zugelassen werden.

Der Minister der Finanzen ist ermächtigt, unter Abänderung der Vorschriften in Artikel 56 Absatz 1 und 3 und Artikel 57 für bestimmte Einnahmen und Ausgaben zuzulassen, daß sie in der Rechnung des Jahres nachgewiesen werden, in dem sie geleistet sind.

Die Rechnungsurkunden müssen vor der endgültigen Anweisung sachlich und rechnerisch geprüft und bescheinigt sein; von der rechnerischen Prüfung kann mit Zustimmung des Ministers der Finanzen abgesehen werden, wenn technische Hilfsmittel die rechnerische Prüfung ersetzen.

Mehreinnahmen und Mehrausgaben über die vorgesehenen Einnahmen und Ausgaben hinaus sind bei diesen zu verrechnen.

Einnahmen und Ausgaben, welche ihrer Art nach in dem Staatsvoranschlag nicht vorgesehen sind, müssen in den Rechnungen als außerplanmäßig nachgewiesen werden.

Artikel 59.

Sämtliche Rechnungsausgaben der Hauptstaatskasse, die Rechnungseinnahmen für die ihr unterstehenden Kassen bilden, und sämtliche Rechnungsausgaben dieser Kassen, die Rechnungseinnahmen für die Hauptstaatskasse bilden, müssen in demselben Rechnungsjahr verrechnet werden.

Artikel 60.

Unerledigte Vorschüsse, Verwahrgelder, Erhebungen und Zahlungen für andere Kassen sind in einem Anhang der Rechnung nach dem Stand des Bücherschlusses — soweit möglich nach den Abschnitten der Rechnung getrennt — nachzuweisen.

Die Vorschüsse und Verwahrgelder müssen bis zum Ablauf des zweiten auf ihre Entstehung folgenden Rechnungsjahres endgültig verrechnet werden. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung des Ministers der Finanzen.

Artikel 61.

Voranschlagsüberschreitungen bei Einnahmen und Ausgaben sind zu erläutern. Als Voranschlagsüberschreitung sind diejenigen sachlichen Mehrausgaben nicht zu betrachten, die durch Minderausgaben bei den betreffenden Abteilungen und Unterabteilungen des Staatsvoranschlags gedeckt werden, wenn und insoweit bei diesen Abteilungen und Unterabteilungen die Bewilligung ausdrücklich als Pauschsumme festgesetzt ist. Das Gleiche gilt, wenn die Deckungsfähigkeit anderer Teile des Staatsvoranschlags untereinander ausdrücklich bewilligt worden ist.

Artikel 62.

Im übrigen gelten für die Kassen- und Buchführung sowie für die Rechnungslegung und Rechnungsprüfung die in besonderen Gesetzen, Verordnungen und Dienstanweisungen enthaltenen Vorschriften und Grundsätze.

Artikel 63.

In Unternehmen der in Artikel 16 bezeichneten Art sollen die Buchungen, falls die Bücher nicht nach den Grundsätzen der Artikel 51 bis 62 geführt werden, nach den Regeln der kaufmännischen Buchführung erfolgen. Soweit es der Art des Unternehmens entspricht, ist neben der kaufmännischen Buchführung eine Betriebsbuchführung einzurichten. Abweichungen sind mit Zustimmung des Ministers der Finanzen im Benehmen mit der Oberrechnungskammer zulässig.

Das Geschäftsjahr soll mit dem Rechnungsjahr übereinstimmen. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung des Ministers der Finanzen.

Die für die Kassenführung und Abrechnung verantwortlichen Personen bestimmt der zuständige Minister.

Artikel 64.

Für Unternehmungen, in denen die Buchungen nach den Grundsätzen der kaufmännischen Buchführung erfolgen (Artikel 63) treten an die Stelle der

Rechnung die abgeschlossenen Geschäftsbücher, die Inventur, die Gewinn- und Verlustrechnungen und die Bilanz.

Im übrigen finden die Vorschriften der Artikel 51 bis 62 auf die in Absatz 1 genannten Unternehmen insoweit Anwendung, als nicht die Art des Geschäftsbetriebs Abweichungen erfordert.

Artikel 65.

Nach Ablauf jedes Rechnungsjahres, in der Regel innerhalb der beiden darauffolgenden Rechnungsjahre, hat die Regierung dem Landtag eine Uebersicht sämtlicher Rechnungseinnahmen und Ausgaben jenes Rechnungsjahres vorzulegen. Nach Prüfung der Staatsrechnung des Rechnungsjahres durch die Oberrechnungskammer erfolgt die endgültige Rechenschaftsablage nach Artikel 58 der hessischen Verfassung.

Artikel 66.

Dieses Gesetz findet erstmals für den Staatsvoranschlag und die Rechnung des Rechnungsjahres 1930 Anwendung mit der Maßgabe, daß die Vorschriften der Artikel 9 Absatz 3 und 58 Absatz 2 mit dem Tag der Verkündung in Kraft treten.

Mit der Anwendung dieses Gesetzes treten die Gesetze vom 14. Juni 1879 (Reg.-Bl. S. 471), 27. Juni 1900 (Reg.-Bl. S. 426), 28. Oktober 1926 (Reg.-Bl. S. 354) — mit Ausnahme des Artikels 2 Abs. 2 —, 23. Juni 1927 (Reg.-Bl. S. 135) außer Kraft.

Artikel 67.

Mit der Ausführung dieses Gesetzes wird der Minister der Finanzen beauftragt.

Darmstadt, den 21. März 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Verordnung über die Mietzinsbildung in der Stadt Mainz. Vom 8. April 1929.

Auf Grund der §§ 2 und 8 des Gesetzes über den Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juni 1926 — Reichsgesetzbl. I S. 251 — wird hiermit folgendes bestimmt:

Artikel 1.

Die gesetzliche Miete wird in der Stadt Mainz auf 122 v. H. der Friedensmiete festgesetzt.

Artikel 2.

Die Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 1929 in Kraft.

Darmstadt, den 8. April 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Bekanntmachung, die Vereinigung der Landgemeinde Büdesheim mit der Stadt Bingen betreffend.

Vom 8. April 1929.

Das Gesamtministerium hat auf Grund des Art. 62 der Hessischen Verfassung und der Art. 10 der Städte- und der Landgemeindeordnung die Vereinigung der Landgemeinde Büdesheim mit der Stadt Bingen genehmigt. Die Vereinigung ist mit Wirkung vom 1. April 1929 erfolgt.

Darmstadt, den 8. April 1929.

Der Hessische Minister des Innern.

Leuschner.

Bekanntmachung, Anschlußgleis für den Heidesheimer Darlehenskassenverein (Raiffeisen) e. G. m. u. H. zu Heidesheim betreffend. Vom 15. März 1929.

Ich habe dem Heidesheimer Darlehenskassenverein (Raiffeisen) e. G. m. u. H. zu Heidesheim unter Zurücknahme der ihm unterm 21. November 1928 (Reg.-Bl. Nr. 189) erteilten Genehmigung die widerrufliche Erlaubnis erteilt, am Bahnhof zu Heidesheim nach einem vervollständigten Plane ein Anschlußgleis zur gemeinsamen Benutzung mit dem Obst- und Gemüsebauverein Heidesheim anzulegen und mit Lokomotiven der Reichsbahn betreiben zu lassen.

Der Betrieb wird nach den erforderlichenfalls noch ergehenden besonderen Bestimmungen geführt werden.

Darmstadt, den 15. März 1929.

Der Hessische Finanzminister.

In Vertretung: Balser.

Berichtigung.

In der Bekanntmachung, die schulärztliche Ueberwachung der Schulkinder betreffend vom 28. Februar 1929 (Reg.-Bl. S. 26); hier: Besondere Anweisung zur Verhütung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten durch die Schulen muß es in § 18. Absatz 2, statt „Reichsminister für Wohlfahrt" richtig heißen „Preußischen Minister für Volkswohlfahrt".

Teil II

Aufgabe der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft.

März 1929

am 9. hat der Rechtsanwalt Heinrich Schneider zu Worms seine Zulassung zur Rechtsanwaltschaft bei dem Hessischen Landgericht der Provinz Rheinhessen zu Mainz, Kammer für Handelssachen in Worms und dem Hessischen Amtsgericht Worms aufgegeben.

Ruheſtandsverſetzungen.

Auf Grund des Geſetzes über die Altersgrenze der Staatsbeamten vom 2. Juli / 19. Dezember 1923 / 8. Oktober 1925 (Reg.-Bl. S. 509, 511 und 249) wurden in den Ruheſtand verſetzt:

Februar 1929

am 1. der Bürodirektor Heinrich Dilling in Gießen, der Oberjuſtizinſpektor bei dem Amtsgericht Ober-Ingelheim Johann Dix, der Strafanſtaltsoberwachtmeiſter bei der Zellenſtrafanſtalt Butzbach Heinrich Daupert,

März 1929

am 1. der Oberjuſtizinſpektor beim Amtsgericht Lich Anton Bopf.

Auf Grund des § 1 des Geſetzes über die Altersgrenze der Staatsbeamten vom 2. Juli bzw. 19. Dezember 1923 wurden in den Ruheſtand verſetzt:

Februar 1929

am 28. der Kreisarzt Obermedizinalrat Dr. Emil Schäffer in Mainz, der Werkſtättenleiter Konrad Michel bei der Landes-Heil- und Pflegeanſtalt „Philippshoſpital" bei Goddelau.

Auf Grund des Artikels 14 des Polizeibeamtengeſetzes vom 31. März 1928 wurden in den Ruheſtand verſetzt:

Februar 1929

am 1. der Gendarmeriekommiſſar Johannes Geiſel zu Heppenheim a. d. B., der Gendarmeriemeiſter Peter Buhr zu Londorf, der Gendarmeriekommiſſar Johann Georg Hauſt zu Lauterbach.

Auf Grund des § 1 des Geſetzes über die Altersgrenze der Staatsbeamten vom 2. Juli / 19. Dezember 1923 in Verbindung mit Artikel 2 des Geſetzes über die Einſtellung des Perſonalabbaus in Heſſen und zur Aenderung des heſſiſchen Perſonalabbaugeſetzes vom 8. Oktober 1925 wurde in den Ruheſtand verſetzt:

Januar 1929

am 1. Januar der Oberforſtmeiſter Heinrich Schäfer zu Mönchbruch.

Auf Grund des Geſetzes über die Altersgrenze der Staatsbeamten vom 2. Juli / 19. Dezember 1923 in der Faſſung des Geſetzes über die Einſtellung des Perſonalabbaus in Heſſen und zur Aenderung des heſſiſchen Perſonalabbaugeſetzes vom 8. Oktober 1925 wurde in den Ruheſtand verſetzt:

Januar 1929

am 1. der Strommeiſter Franz Ruthard zu Erfelden.

Auf Grund des Artikels 28 des Geſetzes, die Ruhegehalte der Staatsbeamten betreffend, vom 18. Dezember 1923 wurde in den Ruheſtand verſetzt:

Dezember 1928

am 21. der Obervermeſſungsſekretär Friedrich Zörb zu Darmſtadt, mit Wirkung vom 1. Februar 1929 an.

Sterbefälle.

Geſtorben ſind:

Oktober 1928

am 21. der Staatsrat i. R. Dr. Ernſt v. Weber zu Darmſtadt;

am 27. der Juſtizoberwachtmeiſter i. R. Johannes Seehaus zu Nieder-Ramſtadt;

November 1928

am 1. die Lehrerin i. R. Lina Rauheimer zu Mainz;

am 9. der Lehrer i. R. Eduard Würth zu Fehlheim,
der Rektor i. R. Albert Boßler zu Klein-Linden, Kreis Gießen;

am 13. der Lehrer i. R. Heinrich Schneider von Friſchborn, Kreis Lauterbach, zuletzt wohnhaft zu Gelnhauſen;

am 16. der Lehrer i. R. Friedrich Wolf zu Neu-Iſenburg;

am 18. der Rechtsanwalt Geh. Juſtizrat Dr. Adam Joſeph Schmitt in Mainz;

am 21. der Oberlehrer i. R. Prof. Dr. Julius Röll von Darmſtadt, zuletzt wohnhaft in Klöſterlein bei Aue (Erzgebirge);

am 24. der Lehrer i. R. Adam Siegler zu Worms a. Rh.;

am 25. der Oberamtsrichter i. R. Geh. Juſtizrat Heinrich Engel zu Nieder-Mörlen;

am 27. die Lehrerin Marie Untermayer in Darmſtadt;

am 28. der Kriminalſchutzmann i. R. Mathäus Reß zu Darmſtadt;

am 29. der Studienrat i. R. Dr. Georg Müller zu Darmſtadt;
der Rektor i. R. Heinrich Horneſ zu Bingen;

Dezember 1928

am 3. die Lehrerin i. R. Marie Hauſer zu Darmſtadt;

am 4. der Landgerichtsſekretär i. R. Dr. Hermann von Ackermann in Kochel;

am 6. die Handarbeitslehrerin i. R. Marie Reeg von Darmſtadt;

am 7. der Lehrer i. R. Georg Becker zu Dorn-Aſſenheim, Kreis Friedberg;

am 10. der Lehrer i. R. Friedrich Ulrich von Biebelnheim, zuletzt wohnhaft zu Gau-Odernheim, Kreis Alzey;

am 15. der Gerichtsvollzieher i. R. Friedrich Wagner in Friedberg;

am 18. die Handarbeitslehrerin i. R. Minna Rüdiger zu Darmſtadt.

Hessisches Regierungsblatt.

1929 **Darmstadt, den 6. Mai 1929.** Nr. 9

(Siebenter Tag nach Ablauf des Ausgabetags 13. Mai 1929.)

Inhalt: Teil I: Gesetz über die öffentlichen Unterrichtsanstalten für freie und angewandte Kunst und die öffentlichen technischen und gewerblichen Unterrichtsanstalten mit Staatsunterstützung vom 14. Dezember 1928. S. 65 — Stiftung, den „Georg-Büchner-Preis" betreffend. S. 66 — Gesetz zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens. (Zigeunergesetz). S. 66 — Bekanntmachung, die Ein- und Durchfuhr von Hunden betreffend. S. 67 — Bekanntmachung, die Aufwertung der Sparguthaben der Kreissparkasse Alzey betreffend. S. 68 — Bekanntmachung, Aenderung der Bezeichnung der Zentralstelle für die Landesstatistik betreffend. S. 68 — Bekanntmachung, die Ausgabe von Goldpfandbriefen durch die Hessische Landesbank (Staatsbank) betreffend. S. 68 — Bekanntmachung, Ausführung der Prüfungsordnung für Aerzte vom 5. Juli 1924 betreffend; hier: die zur Annahme von Medizinalpraktikanten ermächtigten hessischen Krankenhäuser und medizinal-wissenschaftlichen Institute. S. 68 — Bekanntmachung, das Ortsgericht und das Standesamt Büdesheim (Rheinhessen) betreffend. S. 69 — Verordnung, die Hegezeit fur Rehwild betreffend. S. 69 — Teil II: Zulassungen zur Rechtsanwaltschaft. S. 70 — Dienstnachrichten. S. 70 — Sterbefälle. S. 72.

Teil I

Gesetz über die öffentlichen Unterrichtsanstalten für freie und angewandte Kunst und die öffentlichen technischen und gewerblichen Unterrichtsanstalten mit Staatsunterstützung vom 14. Dezember 1928.

Vom 28. März 1929.

In Ausführung des Artikel 9 des Gesetzes über die öffentlichen Unterrichtsanstalten für freie und angewandte Kunst und die öffentlichen technischen und gewerblichen Unterrichtsanstalten mit Staatsunterstützung vom 14. Dezember 1928 wird folgende Satzung für den Landesausschuß erlassen:

§ 1.

Der Landesausschuß hat die Aufgabe, die mit der Ausführung des Gesetzes über die öffentlichen Unterrichtsanstalten für freie und angewandte Kunst und die öffentlichen technischen und gewerblichen Unterrichtsanstalten mit Staatsunterstützung befaßte Aufsichtsbehörde in allen Fragen des kunsthandwerklichen, gewerblichen und technischen Unterrichtswesens und der Gewerbeförderung, soweit sie von grundsätzlicher Bedeutung sind, durch Anregungen, Rat und Gutachten zu unterstützen.

§ 2.

Diesem Landesausschuß gehören an:

1. der Minister für Kultus und Bildungswesen oder ein mit seiner Stellvertretung betrauter Sachbearbeiter als Vorsitzender;
2. der Minister für Arbeit und Wirtschaft oder ein mit seiner Stellvertretung betrauter Sachbearbeiter;
3. der Minister der Finanzen oder ein mit seiner Stellvertretung betrauter Sachbearbeiter;
4. der Vorsitzende der Abteilung für Bauwesen im Finanzministerium oder ein mit seiner Stellvertretung betrauter Sachbearbeiter;
5. ein Vertreter der Technischen Hochschule in Darmstadt;
6. zwei Vertreter der Träger der Unterrichtsverwaltungen;
7. ein Vertreter der Industrie- und Handelskammern in Hessen;
8. ein Vertreter der Handwerkskammer für den Volksstaat Hessen;
9. ein Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes;
10. der Direktor des Gewerbemuseums in Darmstadt;
11. je ein Leiter der Schulgattungen (Kunstgewerbeschule, Bauschulen, Maschinenbauschulen und Gewerbeschulen);
12. drei Vertreter der Arbeitgeber, und zwar ein Fabrikant und zwei selbständige Handwerksmeister;
13. drei Vertreter der Arbeitnehmer, und zwar ein beamteter Techniker, ein im freien Beruf stehender Techniker und ein nicht selbständiger Handwerker;
14. ein im freien Beruf stehender bildender Künstler.

Die auf Grund ihrer amtlichen Eigenschaft zu berufenden Mitglieder werden von den zuständigen Ministern bestimmt. Die Benennung der Mitglieder unter Ziffer 5—9 erfolgt durch die Technische Hochschule und die Berufsvertretungen. Die übrigen Mitglieder werden durch den Minister für Kultus und Bildungswesen im Einvernehmen mit dem Minister für Arbeit und Wirtschaft ernannt.

Für die in Ziffer 5—9 und 11—14 genannten Mitglieder sind Stellvertreter zu bestimmen. Die Berufung dieser Mitglieder und ihrer Stellvertreter ist eine widerrufliche.

Der Landesausschuß hat das Recht, besondere Sachverständige mit beratender Stimme zu seinen Verhandlungen zuzuziehen. Ebenso kann er Unterausschüsse zur Behandlung von Sonderfragen einrichten.

§ 3.

Die Mitgliedschaft zum Landesausschuß ist eine ehrenamtliche.

Die unter Ziffer 12 bis 14 angeführten Mitglieder haben Anspruch auf Ersatz der Reisekosten und eines Tagegeldes nach den für die Beamtengruppe III geltenden staatlichen Sätzen. Auch kann Ersatz des entgangenen Arbeitslohnes gewährt werden. Die übrigen Mitglieder sind auf die ihnen als Beamten zustehenden oder von den sie delegierenden Berufsvertretungen bewilligten Vergütungen angewiesen.

§ 4.

Der Landesausschuß tritt in jedem Jahr mindestens einmal zusammen. Die Einladungen erfolgen unter Mitteilung einer Tagesordnung.

Der Landesausschuß ist zu berufen, wenn mindestens 7 Mitglieder unter Mitteilung des Gegenstandes, zu dem eine Beratung gewünscht wird, dies beantragen.

Ebenso ist ein Verhandlungsgegenstand in die Tagesordnung aufzunehmen, wenn mindestens 7 Mitglieder dies beantragen.

§ 5.

Ueber jede Verhandlung ist eine Niederschrift aufzunehmen, in die außer den Namen der erschienenen Mitglieder und der Tagesordnung die wesentlichen Einzelheiten der Verhandlungen und ihre Ergebnisse niederzulegen sind.

§ 6.

Auf Anordnung des Vorsitzenden sind die Mitglieder verpflichtet, über die Verhandlungen einzelner Punkte der Tagesordnung, insbesondere auch über behördliche Mitteilungen, Stillschweigen zu wahren. Diese Anordnung ist in der Niederschrift zu vermerken.

Darmstadt, den 28. März 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Stiftung, den „Georg-Büchner-Preis" betreffend.
Vom 28. März 1929.

Das Hessische Volk hat, eingedenk der hohen Pflicht, seine geistigen Güter in allen Zeiten zu pflegen und zu mehren, zu Ehren seines Landsmannes, des Dichters Georg Büchner, einen „Georg-Büchner-Preis" gestiftet. Ueber ihn wird folgende Satzung errichtet:

Erstes Stück.

Der „Georg-Büchner-Preis" wird alljährlich in zwei gleichen Teilen verliehen und den Preisträgern am Jahrestag der Deutschen Reichsverfassung von dem Staatspräsidenten mit einem würdigen Dokument feierlich überreicht.

Soweit die Umstände dies begründen, kann die Verleihung nur an einen Preisträger erfolgen oder in einem Jahr ganz ausgesetzt werden.

Zweites Stück.

Der „Georg-Büchner-Preis" wird verliehen an solche Schriftsteller, bildende Künstler, Architekten und Kunstgewerbler, Musiker sowie darstellende Künstler, die sich um das künstlerische und geistige Leben in Hessen verdient gemacht haben, sofern sie in Hessen wirken oder in Hessen geboren sind und die Beziehungen zu ihrem Heimatland lebendig erhalten haben.

Es soll hierbei keinen Unterschied machen, ob der Preis für das gesamte Schaffen oder eine bestimmte Leistung zuerkannt wird.

Drittes Stück.

Die Höhe des „Georg-Büchner-Preises" wird im Staatsvoranschlag festgesetzt.

Viertes Stück.

Die Preisträger werden von dem Minister für Kultus und Bildungswesen bestimmt.

Vor der Entscheidung ist ein aus fünf angesehenen, das öffentliche Vertrauen genießenden und sachkundigen Personen bestehender Beirat zu hören, der sich zu allen Vorschlägen zu äußern hat, auch selber Vorschläge machen kann.

Die Mitglieder des Beirates und ihre Stellvertreter werden von dem Minister für Kultus und Bildungswesen ernannt. Sie verwalten ihr Amt als Ehrenamt.

Darmstadt, den 28. März 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Gesetz zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens. (Zigeunergesetz.) Vom 3. April 1929.

Das Hessische Volk hat durch den Landtag folgendes Gesetz beschlossen:

Artikel 1.

Zigeuner und die nach Zigeunerart herumziehenden Personen — Landfahrer — dürfen im Gebiet des Volksstaates Hessen mit Wohnwagen und Wohnkarren nur umherziehen, wenn ihnen die schriftliche Erlaubnis dazu von der zuständigen Verwaltungsbehörde erteilt ist. Die Erlaubnis kann in der Weise beschränkt werden, daß eine bestimmt bezeichnete Reiserichtung vorgeschrieben wird.

Die Erlaubnis darf nur unter der Voraussetzung erteilt werden, daß der Nachsuchende

1. die deutsche Reichsangehörigkeit,
2. einen zur Ausübung des Gewerbes im Volksstaat Hessen berechtigenden Wandergewerbeschein sowie

3. eine amtliche Bescheinigung über seine erkennungsdienstliche Behandlung (Fingerabdrucknahme)

besitzt.

In besonderen Ausnahmefällen kann die Erlaubnis auch Staatenlosen erteilt werden.

Artikel 2.

Pferde, Hunde und zu gewerblichen Zwecken dienende sonstige Tiere dürfen von Zigeunern und Landfahrern im Umherziehen nur dann mitgeführt werden, wenn sie dazu die Erlaubnis der zuständigen Verwaltungsbehörde besitzen.

Artikel 3.

Das Lagern im Freien und Aufstellen von Wohnwagen und Wohnkarren ist Zigeunern und Landfahrern nur mit Erlaubnis der Ortspolizeibehörde und nur an dem von dieser angewiesenen Platz und während der von ihr bestimmten Zeitdauer gestattet.

Artikel 4.

An ihrem Uebernachtungsort haben sich Zigeuner und Landfahrer jeweils sofort nach ihrer Ankunft bei der Ortspolizeibehörde anzumelden und durch Vorlage eines Erlaubnisscheines den Nachweis der ihnen gemäß Artikel 1 und 2 dieses Gesetzes erteilten Erlaubnis zu erbringen.

Der Erlaubnisschein ist während der Dauer des Aufenthalts von der Ortspolizeibehörde einzubehalten. Die Rückgabe kann so lange verweigert werden, bis etwaigen polizeilichen Anordnungen, die aus Anlaß der Aufenthaltsnahme getroffen werden, Folge geleistet ist.

Artikel 5.

Das Reisen oder Rasten in Horden ist Zigeunern und Landfahrern verboten.

Als Horde gilt die Vereinigung mehrerer Familien oder mehrerer einzelstehender Personen oder einer oder mehrerer einzelstehender Personen mit einer Familie, der sie nicht angehören.

Artikel 6.

Die Erlaubnis nach Art. 1 und 2 ist jederzeit widerruflich. Sie erlischt, sofern sie nicht für eine kürzere Dauer erteilt ist, mit dem Zeitpunkt, in welchem der Wandergewerbeschein (Artikel 1 Abs. 2 Ziffer 2) ungültig wird.

Der Erlaubnisschein ist stets mitzuführen und den zuständigen Beamten auf Verlangen vorzuzeigen.

Artikel 7.

Zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne der Artikel 1 und 2 ist das Kreisamt, das den Wandergewerbeschein ausgestellt hat, im Falle des Uebertritts aus dem Gebiet eines anderen Landes das für den Aufenthaltsort zuständige Kreisamt.

Artikel 8.

Zigeuner und Landfahrer, die den Bestimmungen dieses Gesetzes zuwiderhandeln, werden mit Geldstrafe bis zu 150 RM. oder mit Haft bestraft. Bei Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des Artikels 2 können neben der Strafe die ohne Erlaubnis mitgeführten Tiere eingezogen werden.

Artikel 9.

Die zur Durchführung des Gesetzes erforderlichen Ausführungsvorschriften werden von dem Minister des Innern erlassen.

Artikel 10.

Das Gesetz tritt am 1. August 1929 in Kraft.

Darmstadt, den 3. April 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Bekanntmachung, die Ein- und Durchfuhr von Hunden betreffend. Vom 10. April 1929.

Auf Grund der §§ 7 und 78 des Reichsviehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (Reichsgesetzbl. S. 519) wird hiermit folgendes bestimmt:

§ 1.

Aus Polen, Litauen (mit Ausnahme des Memelgebiets), Estland, Lettland, Finnland, Rußland und der Tschechoslowakei sowie über diese Länder dürfen Hunde nur unter folgenden Bedingungen eingeführt werden:

1. Bei der Einfuhr der Hunde ist dem Zollamt ein frühestens 5 Tage vor dem Abtransport ausgestelltes Zeugnis des für den Herkunftsort zuständigen beamteten Tierarztes vorzulegen, welches ihre genauen Kennzeichen enthält. Soweit das Zeugnis nicht in deutscher Sprache ausgestellt ist, muß ihm eine behördlich beglaubigte Uebersetzung beigefügt sein. In dem Zeugnis muß bescheinigt sein, daß die Tiere frei von Erscheinungen einer übertragbaren Krankheit, insbesondere frei von Tollwut sind, und daß in dem Herkunftsort und in dessen Umkreis von 10 Kilometer weder Tollwut herrscht noch 3 Monate vorher geherrscht hat.
2. Wird das Zeugnis zu 1. nicht beigebracht, so gelten für die Einfuhr an Stelle der Vorschriften zu 1. folgende Bestimmungen:
   a) Die Hunde dürfen nach dem auf dem Frachtbrief verzeichneten oder vom Begleiter dem Zollamt anzugebenden Bestimmungsorte befördert werden; die Ortspolizeibehörde des Bestimmungsorts wird durch die Zollbehörde von dem bevorstehenden Eintreffen der Hunde in Kenntnis gesetzt.

b) Die Begleiter bzw. die Empfänger der Hunde haben das Eintreffen der Tiere am Bestimmungsorte der hierfür zuständigen Ortspolizeibehörde innerhalb 24 Stunden zu melden.

c) Am Bestimmungsorte unterliegen die Hunde einer dreimonatigen polizeilichen Beobachtung mit folgender Wirkung: Die Hunde sind alle 4 Wochen dem zuständigen beamteten Tierarzt zur Untersuchung vorzuführen. Etwaige Krankheitserscheinungen der Hunde oder ihr Verenden sind diesem unverzüglich anzuzeigen. Verendete Hunde dürfen nur mit Genehmigung des beamteten Tierarztes beseitigt werden. Ein Wechsel des Standortes der Hunde ist nur mit ortspolizeilicher Genehmigung zulässig.

§ 2.

Auf die unmittelbare Durchfuhr von Hunden finden die Vorschriften des § 1 keine Anwendung.

§ 3.

Die entstandenen Kosten fallen dem Einführenden zur Last.

§ 4.

Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Bekanntmachung unterliegen den Strafbestimmungen der §§ 74 ff. des Reichsviehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909.

§ 5.

Vorstehende Bestimmungen treten mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft. Zum selben Zeitpunkt treten entgegenstehende Vorschriften der Bekanntmachung vom 25. November 1926, die Verkehrsbeschränkungen hinsichtlich der Ein- und Durchfuhr von lebendem Vieh, tierischen Teilen und Erzeugnissen sowie von giftfangenden Gegenständen betreffend (Reg.-Bl. S. 376) außer Kraft.

Darmstadt, den 10. April 1929.

Der Hessische Minister des Innern.
Leuschner.

Bekanntmachung, die Aufwertung der Sparguthaben der Kreissparkasse Alzey betreffend.

Vom 11. April 1929.

In Ausführung des § 3 meiner Ersten Verordnung zur Durchführung der Aufwertung von Sparguthaben vom 27. Oktober 1926 (Reg.-Bl. S. 325 ff.) hat die Kreissparkasse Alzey die der Aufwertung unterliegenden Sparguthaben über den in § 1 meiner Verordnung vom 27. Oktober 1926 festgesetzten Aufwertungssatz von 12½ v. H. des Goldmarkbetrages der Sparguthaben hinaus zu einem Aufwertungssatz von mindestens 15 v. H. des Goldmarkbetrages der Sparguthaben aufzuwerten. Die endgültige Festsetzung der Höhe des Aufwertungssatzes behalte ich mir vor.

Von dieser höheren Aufwertung ausgeschlossen ist bei Sparguthaben, die von einer Sparkasse auf die andere überwiesen worden sind (§ 57 Abs. 1 Satz 2 des Aufwertungsgesetzes), der Teil eines aufwertungspflichtigen Sparguthabens, für den eine andere Sparkasse der Kreissparkasse Alzey Ersatz zu leisten hat.

Darmstadt, den 11. April 1929.

Der Hessische Minister des Innern.
In Vertretung: Dr. Reitz.

Bekanntmachung, Aenderung der Bezeichnung der Zentralstelle für die Landesstatistik betreffend.

Vom 12. April 1929.

Der Minister des Innern hat angeordnet, daß die Hessische Zentralstelle für die Landesstatistik in Zukunft die Amtsbezeichnung „Hessisches landesstatistisches Amt" führt.

Darmstadt, den 12. April 1929.

Der Hessische Minister des Innern.
Leuschner.

Bekanntmachung, die Ausgabe von Goldpfandbriefen durch die Hessische Landesbank (Staatsbank) betr.

Vom 12. April 1929.

Auf Grund der Bekanntmachung des Gesamtministeriums vom 9. März 1926 habe ich am 12. März 1929 der Hessischen Landesbank (Staatsbank) zu Darmstadt die Genehmigung zur Ausgabe von auf den Inhaber lautenden und zu 8 vom Hundert verzinslichen Goldpfandbriefen im Nennbetrage von 5 000 000 Goldmark, Reihe 11, nebst zugehörigen Zinsscheinen erteilt.

Darmstadt, den 12. April 1929.

Der Hessische Finanzminister.
Kirnberger.

Bekanntmachung, Ausführung der Prüfungsordnung für Aerzte vom 5. Juli 1924 betreffend; hier: die zur Annahme von Medizinalpraktikanten ermächtigten hessischen Krankenhäuser und medizinisch-wissenschaftlichen Institute. Vom 15. April 1929.

In Hessen sind die nachfolgend aufgeführten Krankenhäuser und medizinisch-wissenschaftlichen Institute zur Annahme von Medizinalpraktikanten ermächtigt. Das am 25. Mai 1927, Reg.-Bl. S. 128, veröffentlichte Verzeichnis wird hierdurch ersetzt.

Darmstadt, den 15. April 1929.

Der Hessische Minister des Innern.
In Vertretung: Dr. Wehner.

Verzeichnis

der zur Annahme von Praktikanten ermächtigten Krankenhäuser und medizinisch-wissenschaftlichen Institute.

* Kennzeichen für die Anstalten, an denen gemäß § 63 der Prüfungsordnung für Aerzte vom 5. Juli 1924 die der Behandlung innerer Krankheiten zu widmende Zeit des Praktischen Jahres abgeleistet werden kann.

○ Kennzeichen für die Anstalten, an denen den Medizinalpraktikanten Gelegenheit geboten ist, sich in der Geburtshilfe und Gynäkologie praktisch weiterzubilden.

Ort	Besondere Kennzeichnung	Name der Anstalt	Praktikantenzahl
Alzey	*	Kreiskrankenhaus	1-1
Alzey		Landes-Heil- und Pflegeanstalt	2
Bingen	*	Heilig Geist-Hospital	2
Darmstadt	* ○	a) Stadtkrankenhaus	5
		b) Pathologisch-anatomisches Institut dieses Krankenhauses	1
Darmstadt	*	Diakonissenhaus „Elisabethenstift"	2
Darmstadt		Privatklinik Dr. med. Rosenthal	1
Eberstadt bei Darmstadt		Provinzial-Pflegeanstalt der Provinz Starkenburg	1
Friedberg	*	Bürgerhospital	1
Gießen		Landes-Heil- und Pflegeanstalt	2
Gießen		Lupusheilstätte	2
Goddelau		Hessische Landes-Heil- und Pflegeanstalt „Philippshospital"	4
Heppenheim an der Bergstraße		Landes-Heil- und Pflegeanstalt	2
Mainz	* ○	St. Hildegardis-Krankenhaus	2
Mainz		Städtisches Krankenhaus:	
	*	a) Innere Abteilung	2
		b) Chirurgische Abteilung	2
		c) Abteilung für Haut- und Geschlechtskrankheiten	1
		d) Pathologisches Institut	1
Mainz	*	St. Vincenz- und Elisabeth-Hospital	1—2
Mainz	○	Hebammen-Lehranstalt	2
Bad-Nauheim	*	Städtisches Krankenhaus	1
Bad-Nauheim		Konitzky-Stift	1
Offenbach am Main	*	Stadtkrankenhaus	6
Reichelsheim im Odenwald		Lungenheilstätte von Frau Wwe. Göttmann und Sohn	1
Sandbach im Odenwald		Ernst-Ludwig-Heilstätte (für Lungenkranke)	1
Winterkasten		Eleonoren-Heilstätte	1
Worms	*	Städtisches Krankenhaus	4

Bekanntmachung, das Ortsgericht und das Standesamt Büdesheim (Rheinhessen) betreffend.

Vom 12. April 1929.

Auf Grund des Artikel 1 der Verordnung, die Ortsgerichte betreffend, vom 2. August 1899 und des § 2 des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung vom 6. Februar 1875 wird hiermit bestimmt, daß das Ortsgericht und das Standesamt der Gemeinde Büdesheim auch nach der mit Wirkung vom 1. April 1929 erfolgten Vereinigung dieser Gemeinde mit der Stadt Bingen bis auf weiteres in der seitherigen räumlichen Abgrenzung bestehen bleiben. Das Ortsgericht und das Standesamt Büdesheim haben nunmehr die amtliche Bezeichnung „Ortsgericht Bingen-Büdesheim" und „Standesamt Bingen-Büdesheim" zu führen.

Darmstadt, den 12. April 1929.

Der Hessische Justizminister.

In Vertretung: Dr. Schwarz.

Verordnung, die Hegezeit für Rehwild betreffend.

Vom 29. April 1929.

Auf Grund des § 29 des Jagdstrafgesetzes vom 19. Juli 1858/19. August 1893 bestimme ich hiermit in Abweichung von der Bestimmung in § 2 Ziffer 2 der Verordnung, die Ausführung des Jagdstrafgesetzes, insbesondere Anordnungen wegen der Hegezeit betreffend, vom 29. April 1914 in der Fassung der Verordnung vom 12. Dezember 1921 das Folgende: Die Hegezeit des Rehbockes wird für das laufende Jahr bis zum 31. Mai verlängert. Die Schußzeit für den Rehbock beginnt demnach am 1. Juni 1929.

Darmstadt, den 29. April 1929.

Der Hessische Minister des Innern.

Leuschner.

Teil II

Zulassungen zur Rechtsanwaltschaft.

Februar 1929

am 25. wurde der Regierungsassessor Dr. Willi Leonhardt in Neu-Isenburg zur Rechtsanwaltschaft bei dem Amtsgericht und der Kammer für Handelssachen in Offenbach sowie bei dem Landgericht der Provinz Starkenburg in Darmstadt zugelassen.

März 1929

am 21. wurde der Gerichtsassessor Theodor Peters in Bechtheim zur Rechtsanwaltschaft bei dem Amtsgericht Alzey zugelassen;

der Gerichtsassessor Georg Pfeiffer in Worms zur Rechtsanwaltschaft bei dem Amtsgericht und der Kammer für Handelssachen in Worms sowie bei dem Landgericht der Provinz Rheinhessen in Mainz zugelassen.

Dienstnachrichten.

Februar 1929

am 22. wurde der Pfarrer Johannes Beyrich aus Münzenberg zum Studienrat an der Oberrealschule am Friedrichsplatz in Offenbach, mit Wirkung vom 1. April an, —

am 26. die Schulamtsanwärterin Auguste Grünewald aus Auerbach, Kreis Bensheim, zur Lehrerin an der Volksschule zu Sprendlingen, Kreis Offenbach, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

März 1929

am 4. der Lehrer an der Volksschule zu Erbach Wilhelm Huber zum hauptamtlichen Fortbildungsschullehrer an der Fortbildungsschule zu Erbach und Michelstadt, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 5. der Schulamtsanwärter Jakob Heil aus Köln zum Lehrer an der Volksschule zu Allendorf a. d. Lda., Kreis Gießen, der Schulamtsanwärter Heinrich Schaaf aus Büßfeld, Kreis Alsfeld, zum Lehrer an der Volksschule zu Grüningen, Kreis Gießen, der Schulamtsanwärter Hugo Müller aus Obbornhofen, Kreis Gießen, zum Lehrer an der Volksschule zu Reiskirchen, Kreis Gießen, sämtlich mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 6. der Lehrer Heinrich Schmidt zu Gau-Algesheim, Kreis Bingen, zum Rektor an dieser Schule, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

der Landwirtschaftsassessor Dr. Fritz Sang zu Reichelsheim i. O. zum Landwirtschaftsrat an einem Landwirtschaftsamt, mit Wirkung vom 1. April an, —

am 7. die Schulamtsanwärterin Marie Göbel aus Mainz zur Lehrerin an der Volksschule zu Klein-Auheim, Kreis Offenbach, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 8. der Assistenzarzt Dr. Fritz Hofmann aus Heuchelheim bei Gießen zum Anstaltsarzt bei der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Heppenheim mit der Amtsbezeichnung „Medizinalrat", mit Wirkung vom 1. März an, —

der Polizeihauptwachtmeister Konrad Dahmer zu Gießen zum Kriminalhauptwachtmeister, mit Wirkung vom 1. April an, —

der Justizsekretär bei dem Amtsanwalt in Friedberg Wilhelm Karl Schäfer zum Justizsekretär bei dem Landgericht der Provinz Starkenburg, mit Wirkung vom 1. Mai an, —

am 11. der Gerichtsassessor Ernst Wilhelm Bausch in Worms zum Amtsgerichtsrat bei dem Amtsgericht in Offenbach, mit Wirkung vom 1. Mai an, —

der Oberstudiendirektor an der Oberrealschule in Grünberg Wilhelm Angelberger zum Oberstudiendirektor an dem Realgymnasium in Gießen, mit Wirkung vom 1. Mai an, —

der Studiendirektor an der Realschule in Laubach Dr. Karl Hainer zum Oberstudiendirektor an der Oberrealschule zu Alsfeld, mit Wirkung vom 14. April an, —

der Studienrat an der Oberrealschule in Alsfeld Paul Graeber zum Oberstudiendirektor an der Oberrealschule in Grünberg, mit Wirkung vom 1. Mai an, —

der Kanzleigehilfe Karl Decker in Bingen zum Kanzlisten bei dem Kreisamt Bingen, mit Wirkung vom 1. April an, —

der Staatsanwalt bei dem Landgericht der Provinz Starkenburg Dr. Ernst Mickel zum Amtsgerichtsrat bei dem Amtsgericht I in Darmstadt, der Amtsgerichtsrat bei dem Amtsgericht in Osthofen Dr. Friedrich August Wenck zum Amtsgerichtsrat bei dem Amtsgericht in Höchst i. O., beide mit Wirkung vom 1. April an, —

der Amtsgerichtsrat bei dem Amtsgericht I in Darmstadt Dr Otto Grünewald unter Belassung in der Stelle eines Amtsrichters bei dem genannten Gericht zum Landgerichtsrat bei dem Landgericht der Provinz Starkenburg, der Gerichtsassessor Dr. Walter Buch in Pfeddersheim zum Amtsgerichtsrat bei dem Amtsgericht in Osthofen, beide mit Wirkung vom 2. April an, —

der Gerichtsassessor Dr. Otto Ferdinand Klein in Darmstadt zum Staatsanwalt bei dem Landgericht der Provinz Starkenburg, mit Wirkung vom 1. April an, —

der Gerichtsassessor Erich Klein in Lorsch zum Amtsgerichtsrat bei dem Amtsgericht in Offenbach, mit Wirkung vom 3. April an, —

der Gerichtsassessor Karl Lang in Mainz zum Staatsanwalt bei dem Landgericht der Provinz Rheinhessen, mit Wirkung vom 6. April an, —

der Gerichtsassessor Paul Scriba in Offenbach

zum Oberamtsrichter bei dem Amtsgericht Hungen, mit Wirkung vom 5. April an, —
der Gerichtsassessor August Thomas in Darmstadt zum Amtsgerichtsrat bei dem Amtsgericht in Wald-Michelbach, mit Wirkung vom 4. April an, —

am 13. der Rechnungsrat bei der Abteilung II des Revisionsamts der Oberrechnungskammer Wilhelm Schlörb zum Oberrechnungsrat bei der Abteilung I des Revisionsamts der Oberrechnungskammer, mit Wirkung vom 1. März an, —
der Oberrechnungsrat bei der Abteilung I des Revisionsamts der Oberrechnungskammer Ernst Seeber zum Rechnungsdirektor bei dieser Abteilung, mit Wirkung vom 1. März an, —

am 14. der prov. Gewerbelehrer Johannes Neumann zum Gewerbelehrer an der gewerblichen Abteilung der Fortbildungsschule im Bezirk Gießen, der prov. Gewerbelehrer an der gewerblichen Abteilung der Fortbildungsschule zu Groß-Umstadt, Kreis Dieburg, Heinrich Voltz zum Gewerbelehrer an dieser Schule, beide mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 15. der Landmesser Heinrich Wagner aus Schotten zum Oberlandmesser, mit Wirkung vom 1. April an, —
der Kreisschulrat bei dem Kreisschulamt Gießen Martin Fischer zum Stadtschulrat bei dem Stadtschulamt Gießen, der Kreisschulrat bei dem Kreisschulamt Schotten Otto Kinkel zum Kreisschulrat bei dem Kreisschulamt Gießen, beide mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —
die Privatdozenten an der Landesuniversität Gießen Dr. Lothar Hock, Dr. Ernst Merker, Dr. Ernst Reuning zu außerplanmäßigen außerordentlichen Professoren, —
der Oberjustizinspektor bei dem Amtsgericht Michelstadt Wilhelm Herrmann zum Bürodirektor bei dem Amtsgericht Gießen, mit Wirkung vom 16. April an, —

am 16. der Polizeiverwaltungsassistent auf Probe Heinrich Rieger aus Wies-Oppenheim, Kreis Worms, zum Polizeiverwaltungsassistenten, mit Wirkung vom 1. April an, —

am 18. der Lehrer an der Volksschule zu Sickendorf, Kreis Lauterbach, Heinrich Baumann zum Lehrer an der Volksschule zu Griedel, Kreis Friedberg, der Schulamtsanwärter Karl Dauernheim aus Nieder-Florstadt, Kreis Friedberg, zum Lehrer an der Volksschule zu Ober-Kainsbach, Kreis Erbach, beide mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 20. der Kanzleigehilfe Konrad Meinhardt in Lauterbach zum Kanzlisten bei dem Kreisamt Lauterbach, mit Wirkung vom 1. April an, —

am 21. der Strafanstaltsoberwachtmeister bei dem Landeszuchthaus Marienschloß Heinrich Jakob Seibel zum Strafanstaltsoberwachtmeister bei dem Landgerichtsgefängnis in Darmstadt, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 22. der Lehrer an der Volksschule in Darmstadt Hubert Samper zum Musiklehrer an der Aufbauschule für Mädchen in Darmstadt, mit Wirkung vom 1. April an, —
der Verwaltungspraktikant Josef Volkheimer aus Zellhausen zum Verwaltungsobersekretär, mit Wirkung vom 22. März an, —
der Verwaltungspraktikant Jakob Edmund Lang aus Dieburg zum Verwaltungsobersekretär, mit Wirkung vom 1. März an, —

am 23. der überplanmäßige Kreisamtmann Regierungsrat Konrad Wolf in Gießen unter Belassung seiner Amtsbezeichnung „Regierungsrat" zum Vorstand des Polizeiamts Gießen, der überplanmäßige Kreisamtmann Regierungsrat Fritz Eibach in Erbach i. O. unter Belassung seiner Amtsbezeichnung „Regierungsrat" zum Kreisamtmann bei dem Kreisamt Erbach, beide mit Wirkung vom 1. März an, —
die Polizeihauptwachtmeister auf Probe Georg Kramer zu Darmstadt und Philipp Schick zu Neu-Isenburg zu Polizeihauptwachtmeistern, beide mit Wirkung vom 1. April an, —
der Registraturgehilfe Georg Schwab aus Greusenheim zum überplanmäßigen Ministerialrevisor bei der Registratur des Ministeriums für Kultus und Bildungswesen, der Finanzpraktikant Ernst Udluft aus Frankfurt a. M. zum überplanmäßigen Ministerialrevisor bei der Buchhaltung des Ministeriums für Kultus und Bildungswesen, beide mit Wirkung vom 1. April an, —

am 25. der Verwaltungspraktikant Karl Mann in Darmstadt zum Oberrechnungsrevisor bei dem Revisionsamt II. Abteilung der Oberrechnungskammer, mit Wirkung vom 15. April an, —
der Finanzpraktikant Wilhelm Formhals aus Londorf zum Oberrechnungsrevisor bei dem Revisionsamt II. Abteilung der Oberrechnungskammer, mit Wirkung vom 1. April an, —
auf Grund des § 6 der Satzungen des Römisch-Germanischen Zentralmuseums in Mainz der Direktorialassistent Dr. Sprockhoff in Mainz zum zweiten Direktor des Römisch-Germanischen Zentralmuseums in Mainz, mit Wirkung vom 1. März an, —
der Gendarmeriehauptwachtmeister auf Probe Gottlieb Hofmann zu Wendelsheim zum Gendarmeriehauptwachtmeister, mit Wirkung vom 1. März an, —
der Gendarmeriehauptwachtmeister auf Probe Albert Ebert zu Nieder-Olm zum Gendarmeriehauptwachtmeister, mit Wirkung vom 16. März an, —

am 26. der Musikoberlehrer an der Handelsrealschule in Mainz Jakob Müller zum Musikoberlehrer an der Oberrealschule in Mainz, mit Wirkung vom 1. April an, —

am 27. der Lehrer Ernst Roeschen zu Salz, Kreis Lauterbach, zum Lehrer an der Volksschule zu Vaitshain, Kreis Lauterbach, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

der Oberveterinärrat Dr. August Walther in Friedberg unter Belassung seiner Amtsbezeichnung „Oberveterinärrat" zum Kreisveterinärarzt des Kreisveterinäramts Darmstadt, die Kreisveterinärärzte Veterinärräte Dr. Karl Stein in Gießen zum Kreisveterinärarzt des Kreisveterinäramts Friedberg mit der Amtsbezeichnung „Oberveterinärrat" und Dr. Wilhelm Schmidt in Schotten unter Belassung seiner Amtsbezeichnung „Veterinärrat" zum Kreisveterinärarzt des Kreisveterinäramts Heppenheim und der Amtsveterinärarzt Veterinärrat Dr. Gustav Schneider in Reichelsheim i. O. unter Belassung seiner Amtsbezeichnung „Veterinärrat" zum Kreisveterinärarzt, —

der überplanmäßige Kreisamtmann Regierungsrat Dr. Otto Straub in Worms unter Belassung seiner Amtsbezeichnung „Regierungsrat" zum Kreisamtmann, mit Wirkung vom 1. März an, —

der Versorgungsanwärter Peter Körper zu Oppenheim zum Amtsgehilfen bei der Lehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau zu Oppenheim, mit Wirkung vom 1. März an, —

am 30. der Oberregierungsrat Fritz Reuling in Darmstadt zum Oberregierungsrat bei der Brandversicherungskammer, mit Wirkung vom 15. April an, —

der Oberrechnungsrat Philipp Jockel in Darmstadt zum Rechnungsdirektor, der Baupraktikant August Becker in Mainz zum Oberbausekretär und der Finanzpraktikant Ludwig Grahn in Darmstadt zum Revisor bei der Brandversicherungskammer, sämtlich mit Wirkung vom 1. April an — ernannt;

der Amtsvorstand des Forstamts Mörfelden, Forstrat Ferdinand Günther zu Mörfelden, in gleicher Diensteigenschaft in das Forstamt Bußbach, der Amtsvorstand des Forstamts Jägersburg, Forstrat Friedrich Kindhäuser zu Jägersburg, in gleicher Diensteigenschaft in das Forstamt Gernsheim, der Amtsvorstand des Forstamts Ober-Eschbach, Forstrat Karl Thum zu Ober-Eschbach, in gleicher Diensteigenschaft in das Forstamt Mainz, —

April 1929

am 2. der Amtsvorstand des Forstamts Mönchbruch, Forstmeister Karl Deuster, in gleicher Diensteigenschaft in das Forstamt Schotten — versetzt;

am 4. der praktische Tierarzt Dr. Karl Metz aus Gau-Odernheim zum Amtsveterinärarzt mit der Amtsbezeichnung „Veterinärrat", —

am 6. der außerplanmäßige außerordentliche Professor Dr. Julius Lewy in Gießen zum planmäßigen außerordentlichen Professor für semitische Philologie an der Landesuniversität Gießen, mit Wirkung vom 1. April an, —

der Kommunalforstwart Karl Heinrich Schäfer zu Groß-Karben auf Grund des Art. 3 des Gesetzes über die Ermächtigung der Staatsregierung zur Neuregelung der Dienstbezüge der Kommunalforstwarte sowie zur Neueinteilung der Försterein vom 30. Juli 1920 unter Vorbehalt der Regelung der Dienstaltersfolge in den Staatsdienst übernommen und zum Förster der Försterei Marienhof, mit Wirkung vom 1. April an — ernannt.

Sterbefälle.

Gestorben sind:

Dezember 1928

am 19. der Lehrer i. R. Franz Josef Bernd zu Darmstadt;

am 22. der Oberamtsrichter Adolf Jost zu Lorsch;

am 24. der Lehrer Heinrich Weisel zu Garbenteich, Kreis Gießen;

am 25. der Studienrat i. R. Professor Ernst Kleinen zu Darmstadt;
der Lehrer i. R. Johannes Buchinger zu Pfeddersheim, Kreis Worms;

am 26. der Studienrat i. R. Dr. Ernst Kornmesser in Michelstadt, wohnhaft zu Darmstadt;

am 28. der Justizinspektor Friedrich Dillemuth zu Darmstadt;
der Werkmeister i. R. Andreas Ellermann zu Dieburg;

am 31. der Gendarmeriewachtmeister i. R. Heinrich Aff zu Rockenberg, Kreis Friedberg;

Januar 1929

am 4. die Lehrerin i. R. Maria Gerecht zu Mainz;

am 7. der Oberlehrer i. R. Professor Johannes Vogt zu Mainz;

am 8. der Oberstudienrat i. R. Dr. Wilhelm Reeb zu Mainz;
der Gewerbelehrer Theodor Schäfer zu Mainz;

am 12. der Justizoberwachtmeister Heinrich Kremmelbein in Bingen;

am 14. der Gefangenaufseher i. R. Gottlieb Lüft in Mainz;
der Lehrer i. R. Philipp Speckhard von Mümling-Grumbach, zuletzt wohnhaft zu Wersau, Kreis Dieburg;

am 18. der Lehrer i. R. Jakob Müller von Dittelsheim, Kreis Worms;

am 20. der Oberstaatsanwalt i. R. Karl Emil Rudolph Wünzer;

am 20. der Studienrat i. R. Dr. Christoph Schmehl zu Darmstadt;

am 23. der Oberarzt, Medizinalrat Dr. August Dannenberger bei der Landes-Heil- und Pflegeanstalt „Philipps-Hospital" bei Goddelau;

am 26. der Gerichtsvollzieher i. R. Karl Koch in Schotten;

Februar 1928

am 6. der Leher i. R. Wilhelm Engeroff von Darmstadt.

Hessisches Regierungsblatt.

1929 **Darmstadt, den 4. Juni 1929.** Nr. 10

(Siebenter Tag nach Ablauf des Ausgabetags 11. Juni 1929.)

Inhalt: Teil I: Verordnung, das Pflücken und Aufkaufen von Kiefern- und Fichtenzapfen betreffend. S. 73 — Verordnung über die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft. S. 73 — Bekanntmachung, die Abgabe stark wirkender Arzneimittel, sowie die Beschaffenheit und Bezeichnung der Arzneigläser und Standgefäße in den Apotheken betreffend. S. 74 — Bekanntmachung, die Erhebung einer Gebühr für die Revision nichtstaatlicher Rechnungen durch die Oberrechnungskammer betreffend. S. 75 — Bekanntmachung, die Errichtung von staatlich anerkannten Krankenpflegeschulen betreffend. S. 75 — Bekanntmachung über die Abänderung der Rheinschiffahrtspolizeiordnung. S. 75 — Bekanntmachung, die Durchführung des Zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung betreffend; hier: Hebammengebühren. S. 76 — Bekanntmachung, betreffend Abänderung der Verordnung, den Verkehr mit Sprengstoffen betreffend, vom 21. September 1905, Reg.-Bl. S. 251 / 17. Januar 1927, Reg.-Bl. S. 53. S. 77 — Bekanntmachung, die Erhebung von Deckgeld für Bedecken der Stuten betreffend. S. 77 — Verordnung über ein Schiedsverfahren vor dem Mieteinigungsamt. S. 77 — Verordnung über die Bildung eines Schutzforstes aus dem zu dem Fürst zu Leiningenschen Familienfideikommiß gehörenden Wald. S. 78 — Berichtigung. S. 78 — Teil II: Namensänderungen. S. 78 — Zulassungen zur Rechtsanwaltschaft. S. 79 — Aufgabe und Neuzulassung zur Rechtsanwaltschaft. S. 79 — Dienstnachrichten. S. 79.

Teil I

Verordnung, das Pflücken und Aufkaufen von Kiefern- und Fichtenzapfen betreffend.

Vom 8. Mai 1929.

Auf Grund der Artikel 4, 5 und 6 des Gesetzes über die Forstverwaltung im Volksstaat Hessen vom 16. November 1923 und des Artikels 40 des Forststrafgesetzes vom 13. Juli 1904 wird verordnet:

I.

Für die jeweilige Erntezeit ist das Pflücken und Aufkaufen von Kiefernzapfen vor dem 15. Dezember und von Fichtenzapfen vor dem 1. Oktober verboten.

II.

Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 RM., in Worten: Einhundertundfünfzig Reichsmark, im Unvermögensfall mit Haft bis zu 6 Wochen bestraft. Auch kann neben der Geldstrafe oder der Haft auf Einziehung der gebrauchten Werkzeuge und Gerätschaften, sowie der verbotswidrig gesammelten Zapfen erkannt werden.

Darmstadt, den 8. Mai 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Verordnung über die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft. Vom 27. Mai 1929.

Auf Grund der §§ 1 und 10 des Reichswohnungsmangelgesetzes vom 26. Juli 1923 — Reichsgesetzbl. I S. 754 —, des § 52 des Reichsgesetzes über Mieterschutz und Mieteinigungsämter vom 1. Juni 1923 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Februar 1928 — Reichsgesetzbl. I S. 25 — und des § 22 Satz 3 des Reichsmietengesetzes vom 24. März 1922 in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Februar 1928 — Reichsgesetzbl. I S. 38 — wird nach Anhörung und, soweit erforderlich, mit Zustimmung des Herrn Reichsarbeitsministers folgendes bestimmt:

Artikel 1.

Von der bestehenden Wohnungszwangswirtschaft werden in stets widerruflicher Weise befreit:

A. Auf dem Gebiete des Wohnungsmangels:

I. Sogenannte teuere Wohnungen, d. h. solche mit einer Jahresfriedensmiete
von über 2000 RM. in der Stadt Mainz,
von über 1800 RM. in den übrigen Orten der Ortsklasse A der Reichsbesoldungsordnung,
von über 1200 RM. in den Orten der Ortsklasse B der Reichsbesoldungsordnung,
von über 800 RM. in den Orten der Ortsklasse C der Reichsbesoldungsordnung,
von über 500 RM. in den Orten der Ortsklasse D der Reichsbesoldungsordnung.

II. Untermietverhältnisse,
soweit es sich nicht ausschließlich um Wohnräume handelt, in denen der Untermieter eine eigene Wirtschaft oder Haushaltung führt.

III. Gewerbliche Räume jeglicher Art.

Auf die unter I—III bezeichneten Räume finden die Vorschriften des Reichswohnungsmangelgesetzes mit Ausnahme der §§ 2, 8 und 17 Nr. 1 sowie der hessischen Wohnungsmangelverordnung vom 1. Oktober 1924 mit Ausnahme der Artikel 2, 20 und 30 keine Anwendung; jedoch ist im Falle des § 8

des Reichswohnungsmangelgesetzes (Artikel 20 der hessischen Wohnungsmangelverordnung) die Genehmigung der Gemeindebehörden nicht erforderlich.

B. Auf dem Gebiete des Mieterschutzes.

I. Sogenannte teuere Wohnungen, d. h. solche mit einer Jahresfriedensmiete
von über 2000 RM. in der Stadt Mainz,
von über 1800 RM. in den übrigen Orten der Ortsklasse A der Reichsbesoldungsordnung,
von über 1200 RM. in der Orten der Ortsklasse B der Reichsbesoldungsordnung,
von über 800 RM. in den Orten der Ortsklasse C der Reichsbesoldungsordnung,
von über 500 RM. in den Orten der Ortsklasse D der Reichsbesoldungsordnung.

II. Untermietverhältnisse,
soweit es sich nicht ausschließlich um Wohnräume handelt, in denen der Untermieter eine eigene Wirtschaft oder Haushaltung führt.

III. Sogenannte teuere Geschäftsräume, d. h. solche mit einer Jahresfriedensmiete
von über 4800 RM. in Ortsklasse A der Reichsbesoldungsordnung,
von über 3600 RM. in Ortsklasse B der Reichsbesoldungsordnung,
von über 2400 RM. in Ortsklasse C der Reichsbesoldungsordnung,
von über 1800 RM. in Ortsklasse D der Reichsbesoldungsordnung,

Geschäftsräume, die Teile einer Wohnung bilden oder wegen ihres räumlichen oder wirtschaftlichen Zusammenhangs mit Wohnräumen zugleich vermietet sind, fallen nicht unter die Befreiung.

Auf die unter I—III bezeichneten Räume finden die Vorschriften der §§ 1—36 des Mieterschutzgesetzes keine Anwendung.

C. Auf dem Gebiete des Reichsmietengesetzes.

I. Sogenannte teuere Wohnungen, d. h. solche mit einer Jahresfriedensmiete
von über 2000 RM. in der Stadt Mainz,
von über 1800 RM. in den übrigen Orten der Ortsklasse A der Reichsbesoldungsordnung,
von über 1200 RM. in den Orten der Ortsklasse B der Reichsbesoldungsordnung,
von über 800 RM. in den Orten der Ortsklasse C der Reichsbesoldungsordnung,
von über 500 RM. in den Orten der Ortsklasse D der Reichsbesoldungsordnung,
soweit nicht bereits eine Befreiung auf Grund des § 1 Abs. 1 Satz 4 des Reichsmietengesetzes eingetreten ist.

II. Untermietverhältnisse,
soweit es sich nicht ausschließlich um Wohnräume handelt, in denen der Untermieter eine eigene Wirtschaft oder Haushaltung führt.

III. Geschäftsräume jeglicher Art,
soweit sie nicht Teile einer Wohnung bilden oder wegen ihres räumlichen oder wirtschaftlichen Zusammenhanges mit Wohnräumen zugleich mit diesen vermietet sind.

Artikel 2.

Die Vorschriften des Artikel 1 B Ziff. I und III, sowie C Ziff. I und III beziehen sich, soweit nicht durch § 1 Abs. 1 Satz 4 des Reichsmietengesetzes etwas anderes bestimmt ist, nur auf solche Räume, die nach dem 31. Mai 1929 frei geworden sind oder frei werden und über die ein Mietvertrag auf mehr als zwei Jahre neu abgeschlossen wird.

Räume werden im Sinne des Abs. 1 nur dann frei, wenn dies durch Tod des Inhabers, Aufgabe der Wohnung oder auf ähnliche Weise geschieht oder wenn das Mietverhältnis auf dem Wege der Bestimmungen des Mieterschutzgesetzes gelöst wird, nicht aber im Falle des Tausches, wenn die Mieter in die beiderseitigen Mietverträge eintreten.

Artikel 3.

Einer Klage, mit der die Herausgabe eines nach Artikel 1 B von den Vorschriften der §§ 1—36 des Mieterschutzgesetzes befreiten Raumes verlangt wird, hat ein Schiedsverfahren vor dem Mieteinigungsamt nach näherer Anordnung des Ministers für Arbeit und Wirtschaft vorauszugehen.

Artikel 4.

Die hessische Bekanntmachung vom 24. Dezember 1924 — Reg.-Bl. 1925 S. 3 —, die Freilassung von möblierten Zimmern vom Mieterschutz betreffend, wird aufgehoben.

Artikel 5.

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juni 1929 ab in Kraft.

Darmstadt, den 27. Mai 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Bekanntmachung, die Abgabe stark wirkender Arzneimittel, sowie die Beschaffenheit und Bezeichnung der Arzneigläser und Standgefäße in den Apotheken betreffend. Vom 29. April 1929.

1. Die Vorschriften, betreffend die Abgabe stark wirkender Arzneimittel, sowie die Beschaffenheit und Bezeichnung der Arzneigläser und Standgefäße in den Apotheken vom 5. Juni 1896 (Reg.-Bl. S. 67 und spätere Ergänzungen), werden hiermit ausgedehnt auf:

Acedicon (Acetyl-demethylo-dihydrothebain) und seine Salze, auf Banisterin und seine Salze, sowie auf Hermin und seine Salze. In dem Verzeichnis zu den Vorschriften ist einzufügen:

„Acedicon (Acetyl-demethylo-dihydrothebain) et ejus salia — Acedicon (Acetyl-demethylo-dihydrothebain) und dessen Salze",

„Banisterinum et ejus salia — Banisterin und dessen Salze",

„Harminum et ejus salia — Harmin und dessen Salze".

2. Die wiederholte Abgabe von Arzneien zum inneren Gebrauch, die Acedicon (Acetyl-demethylo-dihydrothebain) oder dessen Salze, Banisterin oder dessen Salze oder Harmin oder dessen Salze enthalten, darf nur auf jedesmal erneute, schriftliche, mit Datum und Unterschrift versehene Anweisung eines Arztes oder Zahnarztes erfolgen.

3. Jedoch ist die wiederholte Abgabe von Acedicon (Acetyl-demethylo-dihydrothebain) oder dessen Salzen zum inneren Gebrauch ohne erneute ärztliche Anweisung gestattet, wenn es nicht in einfacher Lösung oder einfacher Verreibung, sondern als Zusatz zu anderen arzneilichen Zubereitungen verschrieben wird und der Gesamtgehalt der Arznei an Acedicon (Acetyl-demethylo-dihydrothebain) oder dessen Salzen 0.02 g nicht übersteigt. Auf Arzneien, welche zu Einspritzungen unter die Haut bestimmt sind, findet dies keine Anwendung.

4. Die wiederholte Abgabe von Arzneien in den Fällen des vorstehenden Absatzes 3 ist nicht gestattet, wenn sie von dem Arzt oder Zahnarzt durch einen auf der Anweisung beigesetzten Vermerk untersagt worden ist.

5. Die vorstehenden Bestimmungen treten mit dem Tag ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Darmstadt, den 29. April 1929.

Der Hessische Minister des Innern.
Leuschner.

Bekanntmachung, die Erhebung einer Gebühr für die Revision nichtstaatlicher Rechnungen durch die Oberrechnungskammer betreffend. Vom 4. Mai 1929.

Zur Durchführung des Gesetzes vom 19. März 1910. die Erhebung einer Gebühr für die Revision nichtstaatlicher Rechnungen durch die Oberrechnungskammer betreffend, habe ich diese Gebühr im Einvernehmen mit der Oberrechnungskammer für alle Rechnungen, die nach dem 30. November 1928 zur Revision gelangen, auf 26.— RM. für den Arbeitstag festgesetzt. Beträgt die Tätigkeit der Oberrechnungskammer weniger als 4 Arbeitstage, so ermäßigt sich die Gebühr für Landgemeinden, Kirchen, Stiftungen und sonstige öffentlichen Zwecken dienende nichtstaatliche Körperschaften mit kleinerem Rechnungswesen auf 13,— RM.

Darmstadt, den 4. Mai 1929.

Der Hessische Minister des Innern.
Leuschner.

Bekanntmachung, die Errichtung von staatlich anerkannten Krankenpflegeschulen betreffend.

Vom 14. Mai 1929.

Auf Grund des § 2 Abs. 2 der Bekanntmachung vom 22. Februar 1908 (Reg.-Bl. S. 47) die Vorschriften über die staatliche Prüfung von Krankenpflegepersonen betreffend, wird hiermit die in der „Universitätsklinik für psychische und nervöse Krankheiten zu Gießen" errichtete Krankenpflegeschule als Krankenpflegeschule im Sinne des § 5 Ziffer 6 anerkannt.

Darmstadt, den 14. Mai 1929.

Der Hessische Minister des Innern.
In Vertretung: Dr. Reitz.

Bekanntmachung über die Abänderung der Rheinschiffahrtspolizeiordnung. Vom 7. Mai 1929.

Die nachstehende Abänderung der Rheinschiffahrtspolizeiordnung, die von den in der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt vertretenen Staaten vereinbart worden ist, wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Zuständige Behörde im Sinne der nachstehend in Artikel 1 Ziffer II angeführten Ergänzung zu § 21 Ziffer 8 der Rheinschiffahrtspolizeiordnung ist in Hessen das Ministerium der Finanzen, Abteilung für Bauwesen.

Darmstadt, den 7. Mai 1929.

Der Hessische Finanzminister.
Kirnberger.

Artikel 1.

Die Rheinschiffahrtspolizeiordnung wird wie folgt geändert:

I.

§ 11 Ziffer 6 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

Der Abstand zwischen dem Schlepper und dem ersten Anhangschiff darf nicht mehr als 120 m betragen. Bei einem mit einem einzigen Anhangschiff zu Berg fahrenden Schleppzug kann jedoch, wenn dieses Schiff über 1000 t (20 000 Zentner) Tragfähigkeit hat, der Abstand bis auf 200 m vergrößert werden. Der Abstand zwischen den einzelnen Anhangschiffen darf nicht mehr als 80 m betragen.

II.

§ 21 Ziffer 8 wird durch folgenden Absatz ergänzt:

Für Versuchsfahrten zu Berg können von den Behörden der Uferstaaten Ausnahmen von dem Verbot der Anwendung von Scheinwerfern zugelassen werden. Die Anwendung der Scheinwerfer muß jedoch unter allen Umständen auf die Bedürf-

nisse der Fahrt beschränkt bleiben; eine Belästigung der übrigen Schiffer und der Uferbewohner muß möglichst vermieden werden.

Artikel 2.

Diese Bestimmungen treten am 1. August 1929 in Kraft, die Bestimmung des Artikels 1 Abschnitt II vorläufig für zwei Jahre.

Bekanntmachung, die Durchführung des Zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung betreffend; hier: Hebammengebühren. Vom 30. April 1929.

Auf Grund des § 376 a der Reichsversicherungsordnung bestimme ich hiermit nach Anhörung der beteiligten Verbände in Abänderung der Bekanntmachung vom 4. April 1928 — Reg.-Bl. S. 82 — und mit verbindlicher Kraft für die Träger der Krankenversicherung und die Hebammen das Folgende:

Artikel 1.

Für die Verrichtungen und Aufwendungen der Hebammen bei der nach den §§ 195 a und 205 a der Reichsversicherungsordnung zu gewährenden Wochen- oder Familienhilfe sind von den Krankenkassen an die Hebammen nachstehende Gebühren ohne Rücksicht auf die Dauer des Beistandes und die Schwierigkeit der Entbindung zu entrichten:

a) für die Hilfeleistung bei einer gewöhnlichen Entbindung eine Pauschgebühr von 38 RM.,
b) für die Hilfeleistung bei einer Mehrlingsgeburt eine Pauschgebühr von 42 RM.,
c) für den Beistand bei einer Fehlgeburt, insoweit auf Grund der Satzung eine Verpflichtung der Krankenkasse zur Zahlung vorliegt, eine Pauschgebühr von 14 RM.,
d) für den Fall, daß die Hebamme die Entbindung nicht vollendet und die Kreisende zur Beendigung der Geburt in eine Anstalt überführt, in der sie ihr keinen weiteren Beistand leistet, die Hälfte der Pauschgebühr unter a). Diese Gebühr ist jedoch nur zu zahlen, wenn die Ueberführung notwendig gewesen ist. Die Kasse kann verlangen, daß die Notwendigkeit ärztlich bescheinigt wird; etwaige Kosten der Bescheinigung hat die Kasse zu tragen.

Neben der Pauschgebühr werden besondere Fahrtkosten, Wege- oder Tagegelder für die Ueberführung nicht vergütet.

Die in der Anstalt zur weiteren Hilfeleistung zugezogene Hebamme hat, sofern sie nicht fest angestellte Anstaltshebamme ist, für ihre Hilfeleistung Anspruch auf die volle Pauschgebühr.

Durch die Gebühren unter a)—d) sind Beratungen und Behandlungen, die bereits vor der Entbindung, insbesondere bei Schwangerschaftsbeschwerden, erforderlich werden, abgegolten.

Artikel 2.

An Stelle von Wegegeld und Fahrtkosten hat die Hebamme bei Entfernungen von über 3 km von ihrem Wohnort, die von Ortsmitte zu Ortsmitte zu berechnen sind, Anspruch auf ein weiteres Pauschale. Dieses beträgt

bei Entfernungen über 3 km 6 RM.,
bei Entfernungen über 4 km 8 RM.,
bei Entfernungen über 5 km 10 RM.

usw., für jedes weitere km = 2 RM. bis zum Höchstbetrage von 20 RM.

Bei Inanspruchnahme einer anderen als der nächstwohnenden Hebamme darf jedoch nur die Entfernung des Ortes der nächstwohnenden Hebamme von dem Ort der Wöchnerin zugrunde gelegt werden.

Artikel 3

Die Krankenkassen haben den Hebammen für die im Interesse der Wöchnerin aufgewendeten Desinfektionsmittel den Betrag von 1,50 RM. zu vergüten. Sie haben ferner eine sogenannte Wochenhilfepackung, die mindestens 400 gr gute Watte und 10 Nabelläppchen in sterilen Packungen enthalten muß, zu liefern.

Desinfektionsmittel und Verbandstoffe, die die Hebamme aus eigenem Besitz verwendet hat und die ihr nicht aus öffentlichen Mitteln erstattet werden, sind ihr vom Träger der Krankenversicherung durch Sachleistung oder Barzahlung zu ersetzen.

Artikel 4.

Die Auszahlung obiger Beträge hat nach Abschluß der Entbindung auf Vorlage der Rechnung durch die Krankenkassen innerhalb 8 Tagen zu erfolgen.

Artikel 5.

Die Hebamme ist nicht berechtigt, für die in obigen Artikeln berührte Tätigkeit irgendwelche Ansprüche an die Wöchnerin zu stellen.

Artikel 6.

Diese Anordnungen gelten für alle Entbindungsfälle, die auf hessischem Boden vorgenommen werden. Die Vergütung an hessische Hebammen, deren Dienste in außerhessischen Gebietsteilen in Anspruch genommen werden, richtet sich nach den dort geltenden Bestimmungen.

Artikel 7.

Ueber etwaige Zweifel in der Auslegung dieser Bekanntmachung entscheidet, falls sich die beteiligten Verbände vorher nicht einigen sollten, der Minister endgültig.

Artikel 8.

Diese Bekanntmachung tritt am 15. Mai 1929 in Kraft. Die Bekanntmachung vom 4. April 1928 — Reg.-Bl. S. 82 — wird aufgehoben.

Darmstadt, den 30. April 1929.

Der Hessische Minister für Arbeit und Wirtschaft.

Korell.

Bekanntmachung, betreffend Abänderung der Verordnung, den Verkehr mit Sprengstoffen betreffend, vom 21. September 1905, Reg.-Bl. S. 251 / 17. Januar 1927, Reg.-Bl. S. 53. Vom 1. Mai 1929.

Auf Grund des Artikels 2 des Gesetzes vom 2. Juni 1880, den Verkehr mit explosiven Stoffen betreffend (Reg.-Bl. S. 139) wird mit Ermächtigung des Gesamtministeriums verordnet:

In Abschnitt B Abs. a der Bedingungen für die Beförderung von Sprengstoffen auf Lastkraftwagen gemäß § 17a der Verordnung über den Verkehr mit Sprengstoffen (Anlage zu § 17 a der Verordnung über den Verkehr mit Sprengstoffen vom 21. September 1905) in der Fassung der Abänderung der Verordnung vom 17. Januar 1927 (Reg.-Bl. S. 53) sind in Satz 1 die Worte „nur auf dem Anhänger und niemals auf dem Kraftwagen mitgeführt werden dürfen" zu streichen und durch folgende Worte zu ersetzen: „ebenso wie die übrigen Sprengstoffe nur in Form von Patronen, die in Paketen bis zu 2½ kg Gewicht zu verpacken sind, unbeschadet der sonstigen Vorschriften des § 6 verladen werden dürfen".

Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Darmstadt, den 1. Mai 1929.

Der Hessische Minister für Arbeit und Wirtschaft.
In Vertretung: Karcher.

Bekanntmachung, die Erhebung von Deckgeld für Bedecken der Stuten betreffend.
Vom 16. Mai 1929.

Ich bringe hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß für die Deckzeit 1929 das Deckgeld für Bedecken von Stuten durch Hengste des Landgestüts endgültig auf 40 RM. festgesetzt worden ist.

Die in Hessen wohnenden Stutenbesitzer haben nach Schluß der Deckzeit zunächst nur einen Teilbetrag von 15 RM. zu entrichten. Der Restbetrag von 25 RM. wird ihnen gestundet bis zum Ablauf der Trächtigkeitsdauer. Wird nach dieser von dem Stutenbesitzer nachgewiesen, daß seine während der Deckzeit gedeckte Stute ein lebendes Fohlen nicht geboren hat, so wird der Rest des Deckgeldes erlassen. Ein Erlaß des Restbetrages (Fohlengeld) tritt auch dann ein, wenn das Fohlen ein Lebensalter von 28 Tagen nicht erreicht hat. Beim Verkauf einer gedeckten Stute an einen anderen in Hessen wohnenden Besitzer kommt ein Erlaß des Restbetrages des Deckgeldes nur in Frage, wenn von dem seitherigen Besitzer durch Vorlage einer amtlichen Bescheinigung nachgewiesen wird, daß die Stute bei dem neuen Besitzer ein Fohlen nicht zur Welt gebracht oder das Fohlen ein Lebensalter von 28 Tagen nicht erreicht hat. Für nach außerhalb Hessens verkaufte Stuten wird der Restbetrag des Deckgeldes auch dann nicht erlassen, wenn die Stute ein lebendes Fohlen nicht geboren hat.

Nicht in Hessen wohnende Stutenbesitzer, die in Hessen Stuten decken lassen, haben das volle Deckgeld (1. und 2. Teilbetrag zusammen) alsbald zu entrichten. Auch nichthessischen Stutenbesitzern kann der 2. Teilbetrag des Deckgeldes (Fohlengeld) erlassen bezw. zurückerstattet werden, wenn sie bis spätestens Ende Juli des auf das Decken folgenden Jahres durch eine amtliche Bescheinigung des zuständigen Bürgermeisteramts oder der Ortspolizeibehörde den Nachweis erbringen, daß ihre während der vorigen Deckzeit gedeckte Stute ein Fohlen nicht geworfen oder das Fohlen eine Lebensdauer von 28 Tagen nicht erreicht hat.

Deckscheine für Stuten, die aus irgend einem Grunde nicht bedeckt wurden, sind der ausstellenden Behörde bis spätestens Ende Juli des Jahres, in dem sie ausgestellt wurden, zurückzugeben. Unterbleibt die rechtzeitige Rückgabe, so wird angenommen, daß das Bedecken der Stuten stattgefunden hat. Das Deckgeld wird alsdann von dem Stutenbesitzer beigetrieben. Spätere Einreden hiergegen können nicht berücksichtigt werden.

Anträge auf Erlaß des Restbetrages des Deckgeldes für Stuten, die lebende Fohlen nicht geboren haben oder deren Fohlen innerhalb 28 Tagen nach der Geburt verenden, haben die Stutenbesitzer nach Ablauf der Trächtigkeitsdauer, spätestens bis Ende Juli des auf das Decken folgenden Jahres, bei den Ortsbehörden zu stellen, worüber von diesen spätestens bis zu dem genannten Zeitpunkte besondere Niederschriften (Protokolle) zu errichten sind. Auf die rechtzeitige Stellung der Anträge und die rechtzeitige Errichtung der Niederschriften wird mit dem Anfügen hingewiesen, daß auch hier die Stutenbesitzer die Folgen einer etwaigen Versäumnis zu tragen haben.

Darmstadt, den 16. Mai 1929.

Der Hessische Minister für Arbeit und Wirtschaft.
Korell.

Verordnung über ein Schiedsverfahren vor dem Mieteinigungsamt. Vom 28. Mai 1929.

Auf Grund des § 52a des Gesetzes über Mieterschutz und Mieteinigungsämter in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Februar 1928 — Reichsgesetzbl. I S. 25 — und des Artikels 3 der hessischen Verordnung über die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft vom 27. Mai 1929 wird hiermit folgendes bestimmt:

Artikel 1.

Ein Termin zur mündlichen Verhandlung über die Räumungsklage darf erst bestimmt werden, wenn der Vermieter eine Bescheinigung des Mieteinigungsamtes darüber beibringt, daß in einem Termin, in dem der Vermieter oder ein von ihm zum Vergleichsabschluß ermächtigter Vertreter er-

schienen war, ein gütlicher Ausgleich zwischen den Parteien erfolglos versucht worden oder daß der Mieter in dem Termin ausgeblieben ist.

Ein bei dem Prozeßgericht eingebrachter Güteantrag ist an das Mieteinigungsamt zu verweisen.

Artikel 2.

Ein Schiedsverfahren kann auch von dem Mieter beantragt werden, der eine Räumungsklage befürchtet.

Artikel 3.

Das Schiedsverfahren ist gebührenfrei. Die Erstattung von Auslagen kann nicht gefordert werden.

Artikel 4.

Auf das Schiedsverfahren finden im übrigen die Vorschriften für das Verfahren vor dem Mieteinigungsamt sinngemäße Anwendung.

Artikel 5.

Diese Verordnung tritt am 1. Juni d. J. in Kraft.

Darmstadt, den 27. Mai 1929.

Der Hessische Minister für Arbeit und Wirtschaft.

Korell.

Verordnung über die Bildung eines Schutzforstes aus dem zu dem Fürst zu Leiningenschen Familienfideikommiß gehörenden Wald. Vom 21. Mai 1929.

Aus dem zu dem Fürst zu Leiningenschen Familienfideikommiß gehörenden Wald wird auf Grund des Art. 14 Abs. 1 Ziffer 2 und des Art. 31 des Gesetzes über die Auflösung der Familienfideikommisse vom 19. November 1923 (Reg.-Bl. 1923, S. 481 und Reg.-Bl. 1924, S. 88) ein Schutzforst im Sinne des Gesetzes über die Forstverwaltung im Volksstaat Hessen vom 16. November 1923 (Reg.-Bl. 1923, S. 491) gebildet, und zwar aus den Grundstücken:

1. In der Gemarkung Eduardstal:
   Fl. I Nr. 1, 2 1/10, 5 5/10, 3, 4, 5, 6, 7, Fl. II Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, Fl. III Nr. 1, 3, 4, 5, 6, Fl. IV Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10.
2. In der Gemarkung Hesselbach:
   Fl. I Nr. 229, Fl. II Nr. 1, 4, 6, 7, 9, 10, 21, 84, 85, 91, 94, 97, Fl. III Nr. 7, 63, Fl. IV Nr. 3, Fl. VII Nr. 1, 1 5/10.
3. In der Gemarkung Kailbach:
   Fl. I Nr. 36, 37, 38, 39, 40, 41 7/10, 60, 61, 62, 63, 64 7/10, 65, 66, 67, 68 3/10, 69, 70, Fl. II Nr. 1, 6, 28, 31, Fl. III Nr. 2, Fl. IV Nr. 1.

Der Schutzforst führt den Namen „Schutzforst Leiningen". Sind an dem Schutzforst mehrere Eigentümer beteiligt, so bilden sie einen Waldverband, der in Darmstadt seinen Sitz hat. Im übrigen bestimmen sich die Rechtsverhältnisse des Schutzforstes nach den Vorschriften der Verordnung vom 8. Februar 1924 zur Ausführung des Gesetzes über die Auflösung der Familienfideikommisse vom 19. November 1923 (GVF.) und der Artikel 16, 17, 18, 28 bis 30, 36 und 38 des Gesetzes über die Forstverwaltung vom 16. November 1923 (GFV.) (Reg.-Bl. 1924, S. 107) in der durch die Verordnung vom 25. Juli 1927 (Reg.-Bl. S. 153) geänderten Fassung.

Darmstadt, den 21. Mai 1929.

Der Hessische Justizminister.

In Vertretung: Dr. Schwarz.

Der Hessische Finanzminister.

Kirnberger.

Berichtigung.

Die Verordnung über die Bildung von Schutzforsten aus dem zu dem Graf Solms-Laubachschen Hausvermögen gehörenden Wald vom 14. Januar 1928, Reg.-Bl. S. 34, wird dahin berichtigt, daß statt der unter a) I eingesetzten Bezeichnungen für Grundstücke der Gemarkung Arnsburg folgende Grundstücksbezeichnungen eingefügt werden:

Fl. I Nr. 35, 36, 44, 50, 51, 53, 54, 58, 59, 60, Fl. II Nr. 8, Fl. III Nr. 1, 2, 7, 8, 9, 10, Fl. IV Nr. 3, 4, Fl. V Nr. 1, 2, 3, 4.

Teil II

Namensänderungen.

März 1929

am 9. wurde dem Karl Wilhelm Schlapp, geb. am 1. März 1907, in Nieder-Ramstadt wohnhaft, gestattet, an Stelle seines seitherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Föhl",

am 16. wurde der Marie Müller, geb. am 18. November 1889, und ihrer Tochter Liselotte Müller, geb. am 11. Mai 1919, beide in Echzell wohnhaft, gestattet, an Stelle ihres seitherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Ging", —

dem Heinrich Alexander Becher in Hofheim, geb. am 13. Juni 1904, gestattet, an Stelle seines seitherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Mauer", —

am 22. wurde der Paula Irmgard Dörschug, geb. am 30. Juli 1922, in Bergedorf wohnhaft, gestattet, an Stelle ihres seitherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Bach",

am 30. wurde dem Hellmut Lenz in Beerfelden, geb. am 16. Dezember 1928, gestattet, neben seinem seitherigen Vornamen in Zukunft die weiteren Vornamen „Ernst Wilhelm", —

April 1929

am 2. wurde dem Josef Bär in Mainz-Kostheim, geb. am 28. Juni 1928, gestattet, neben seinem

seitherigen Vornamen in Zukunft den weiteren Vornamen „Christian", —

am 9. wurde dem Günther Otto Bohn, geb. am 14. Januar 1924 in Darmstadt, gestattet, an Stelle seiner seitherigen Vornamen und seines Familiennamens in Zukunft die Vornamen „Karl Heinz" und den Familiennamen „Müller", —

am 19. wurde dem Fabrikdirektor Dr. phil. Salomon Oppenheimer in Oranienburg gestattet, an Stelle seines seitherigen Vornamens in Zukunft den Vornamen „Hermann", —

am 23. wurde dem Schreiner Heinrich Aff in Lich, geb. am 4. Mai 1884, seiner Ehefrau Katharina, geb. Viehl, geb. am 4. August 1889, und dem Helmut, Georg, Heinrich, Willi Aff, geb. am 15. September 1918, gestattet, an Stelle ihres seitherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Alfen" — zu führen.

Zulassungen zur Rechtsanwaltschaft.

April 1929

am 11. wurde dem Rechtsanwalt Justizrat Dr. Billhardt in Mainz die gleichzeitige Zulassung zur Rechtsanwaltschaft bei der Kammer für Handelssachen in Worms erteilt;

am 26. wurde der Gerichtsassessor Hans Kling aus Bad-Nauheim zur Rechtsanwaltschaft bei dem Landgericht der Provinz Starkenburg in Darmstadt zugelassen;

am 29. wurde der Gerichtsassessor Richard Vetter in Darmstadt zur Rechtsanwaltschaft bei dem Amtsgericht Fürth i. O. zugelassen;

Mai 1929

am 16. wurde der Notar Friedrich Wilhelm Dörr in Fürth i. O. zur Rechtsanwaltschaft bei dem Amtsgericht Fürth i. O. zugelassen.

Aufgabe und Neuzulassung zur Rechtsanwaltschaft.

April 1929

am 30. wurde dem Rechtsanwalt Bergmann in Fürth i. O., nachdem er die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft bei dem Amtsgericht in Fürth i. O. mit Wirkung vom 1. Mai 1929 aufgegeben hat, mit Wirkung vom gleichen Tage die nachgesuchte Zulassung zur Rechtsanwaltschaft bei dem Amtsgericht Groß-Gerau erteilt.

Dienstnachrichten.

März 1929

am 21. wurde der Kanzleigehilfe Albert Zirbus zum Kanzlisten beim Sekretariat der Landesuniversität Gießen, mit Wirkung vom 1. Mai an, —

am 27. der Schulamtsanwärter Wilhelm Rodenbach aus Kreuznach zum Lehrer an der Volksschule zu Partenheim, Kreis Oppenheim, die prov. Handarbeitslehrerin an der Volksschule zu Bodenheim, Kreis Oppenheim, Elisabeth von Hoff zur Handarbeitslehrerin an dieser Schule, der Lehrer Johannes Fischer zu Ilbeshausen, Kreis Lauterbach, und der Schulamtsanwärter Willy Gandenberger aus Pfungstadt zu Lehrern an der Volksschule zu Schwabsburg, Kreis Oppenheim, sämtlich mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

April 1929

am 1. der Rechtsanwalt Dr. Josef Horneff in Worms zum Amtsgerichtsrat bei dem Amtsgericht in Lorsch, mit Wirkung vom 15. April an, —

am 2. die Schulamtsanwärterin Barbara Arnold aus Heppenheim zur Lehrerin an der Volksschule zu Lorsch, Kreis Bensheim, die Schulamtsanwärterin Elisabeth Schmitt aus Darmstadt zur Lehrerin an der Volksschule zu Lorsch, Kreis Bensheim, beide mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 6. der Landwirtschaftsassessor Dr. Philipp Krämer zu Worms zum Landwirtschaftsrat an einem Landwirtschaftsamt, mit Wirkung vom 1. April an, —

am 8. der forsttechnische Beamte bei dem Forstwirtschaftsamt Oberförster Dr. Hermann Künanz zu Darmstadt, vorbehältlich der Regelung des Dienstalters, zum Forstmeister des Forstamts Konradsdorf, mit Wirkung vom 1. Mai an, — der Studienrat an der Oberrealschule in Worms Heinrich Lauckhard zum Studienrat an dem Gymnasium in Mainz, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

der Lehrer Wilhelm Ackermann zu Hainhausen, Kreis Offenbach, zum Lehrer an der Volksschule zu Unter-Hambach, Kreis Heppenheim, der Lehrer Wilhelm Jung zu Ober-Erlenbach, Kreis Friedberg, zum Lehrer an der Volksschule zu Löhrbach, Kreis Heppenheim, beide mit Wirkung vom 15. April an, —

der Krankenkassengehilfe Ernst Schmidt aus Lollar zum Kanzlisten, mit Wirkung vom 1. April an, —

die Lehrerin an der Volksschule zu Mainz Maria Schmitt zur hauptamtlichen Fortbildungsschullehrerin an der Mädchenfortbildungsschule zu Mainz, der Lehrer Heinrich Boos zu Unter-Flockenbach, Kreis Heppenheim, zum Lehrer an der Volksschule zu Hesselbach, Kreis Erbach, der Lehrer Georg Wilhelm zu Nieder-Gemünden, Kreis Alsfeld, zum Lehrer an der Volksschule zu Schwarz, Kreis Alsfeld, die Lehrer Fritz Böttcher zu Stockhausen, Kreis Lauterbach, zum Lehrer an der Volksschule zu Utphe, Kreis Gießen, Hans Berdes zu Uffhofen, Kreis Alzey, zum Lehrer an der Volksschule zu Langen, Kreis Offenbach, Johann Christ zu Eich, Kreis Darmstadt, zum Lehrer an der Volksschule zu Pfungstadt, Kreis Darmstadt, Adolf Frister zu Schannenbach, Kreis Bensheim, zum Lehrer an

der Volksschule zu Ober-Schmitten, Kreis Schotten, Heinrich Gimbel zu Rixfeld, Kreis Lauterbach, zum Lehrer an der Volksschule zu Nieder-Ingelheim, Kreis Bingen, Ernst Müller zu Nieder-Ingelheim, Kreis Bingen, zum Lehrer an der Volksschule zu Ober-Ingelheim, Kreis Bingen, Peter Rausch zu Schadges, Kreis Lauterbach, zum Lehrer an der Volksschule zu Stockhausen, Kreis Lauterbach, die Lehrerinnen Luise Draiß zu Klein-Steinheim, Kreis Offenbach, zur Lehrerin an der Volksschule zu Büdesheim, Kreis Bingen, Christine Pauly zu Nieder-Ingelheim, Kreis Bingen, zur Lehrerin an der katholischen Volksschule zu Bingen, Emma Rauck zu Aschbach, Kreis Heppenheim, zur Lehrerin an der Volksschule zu Hainhausen, Kreis Offenbach, sämtlich mit Wirkung vom 15. April an, —

die Studienräte Jakob Bert an der Oberrealschule zu Michelstadt, Kreis Erbach, zum Studienrat an der Oberreal- und höheren Landwirtschaftsschule in Groß-Umstadt, Dr. Heinrich Haun an der Augustinerschule (Gymnasium und Oberrealschule) Friedberg zum Studienrat an der Oberrealschule in Mainz, Dr. Hans Hescher an dem Realgymnasium in Darmstadt zum Studienrat an dem Ludwig-Georgs-Gymnasium in Darmstadt, Heinrich Hilsdorf an der Oberreal- und höheren Landwirtschaftsschule in Groß-Umstadt zum Studienrat an dem Realgymnasium in Darmstadt, Wilhelm Röderer an der Weidig-Oberrealschule in Butzbach zum Studienrat an der Oberrealschule in Alsfeld, Dr. Georg Schorn an der Oberrealschule in Mainz zum Studienrat an dem Gymnasium in Mainz, Eugen Eckes an der Augustinerschule (Gymnasium und Oberrealschule) in Friedberg zum Studienrat an der Oberrealschule in Mainz, sämtlich vom Tage des Dienstantritts an, —

am 9. die Studienräte Wilhelm Knöpp an der Aufbauschule in Alzey zum Studienrat an dem Realgymnasium in Darmstadt, Konrad von der Schmitt an der Oberrealschule in Alsfeld zum Studienrat an der Goetheschule (Realschule) in Neu-Isenburg, Erich Schwörer an der Realschule in Wimpfen zum Studienrat an der Oberrealschule in Grünberg, sämtlich mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

der Schulamtsanwärter Walther Guthier aus Kirschhausen, Kreis Heppenheim, zum Lehrer an der Volksschule zu Biebelnheim, Kreis Oppenheim, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 10. der Kanzleigehilfe bei dem Amtsgericht Groß-Gerau Johann Heinrich Görlich zum Kanzlisten, mit Wirkung vom 1. April an, —

die Lehrerin an der Volksschule zu Weisenau, Kreis Mainz, Maria Hennemann zur hauptamtlichen Fortbildungsschullehrerin an der Mädchenfortbildungsschule zu Weisenau, Kreis Mainz, mit Wirkung vom 15. April an, —

der Kanzleigehilfe bei dem Forstamt Seligenstadt Jakob Velten aus Oberndorf zum Kanzlisten, mit Wirkung vom 1. April an, —

der hauptamtliche Fortbildungsschullehrer Johann Georg Schäfer an der Fortbildungsschule zu Pfungstadt, Kreis Darmstadt, zum Rektor an dieser Schule, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 11. der Rektor an der Volksschule zu Wieseck, Kreis Gießen, Dr. Georg Rein zum Stadtschulrat bei dem Stadtschulamt Mainz, der Rektor an der Volksschule zu Gießen Wilhelm Loos zum Kreisschulrat bei dem Kreisschulamt Groß-Gerau, der Lehrer an der Volksschule zu Mainz Friedrich Hasenzahl zum Kreisschulrat bei dem Kreisschulamt Schotten, sämtlich mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

der Gendarmeriehauptwachtmeister auf Probe Adolf Hermann Best in Nieder-Olm zum Gendarmeriehauptwachtmeister, mit Wirkung vom 1. April an, —

am 12. die Schulamtsanwärterin Klara Fuchs aus Bingen zur Lehrerin an der katholischen Volksschule zu Bingen, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

der Bankdirektor Ludwig Grießbauer in Gießen zum Handelsrichter, der Fabrikant Georg Schuchard in Gießen zum Ergänzungsrichter bei der Kammer für Handelssachen des Landgerichts der Provinz Oberhessen in Gießen für die Zeit bis zum 31. Dezember 1930, —

am 15. der Studienrat an der höheren Bürgerschule in Hungen, Dr. Otto Stotz zum Studienrat an der Oberrealschule in Grünberg, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 17. der Studienrat an der Oberrealschule in Grünberg, Dr. Hermann Buß zum Studienrat an dem Realgymnasium in Gießen, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

der Privatdozent Professor D. Dr. Friedrich Karl Schumann zu Tübingen zum ordentlichen Professor für systematische Theologie an der Landesuniversität Gießen, mit Wirkung vom 1. April an, —

der Polizeihauptwachtmeister des Bereitschaftsdienstes Amand Zimmer zu Darmstadt zum Polizeihauptwachtmeister, der Gendarmeriehauptwachtmeister Johannes Meister zu Darmstadt zum Polizeimeister, beide mit Wirkung vom 1. Mai an, —

am 18. der provisorische Diplomlehrer an der gewerblichen Abteilung der Fortbildungsschule zu Mainz, Walter Scheuer zum Diplomlehrer an dieser Schule, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an — ernannt.

Die Ernennung des Lehrers Wilhelm Jung zu Ober-Erlenbach, Kreis Friedberg, zum Lehrer an der Volksschule zu Löhrbach, Kreis Heppenheim, wird zurückgenommen.

Hessisches Regierungsblatt.

1929 **Darmstadt, den 13. Juni 1929.** **Nr. 11**

(Siebenter Tag nach Ablauf des Ausgabetags 20. Juni 1929.)

Inhalt: Teil II: Bekanntmachung, die Ausführung des Art. 48 Abs. 3 des Gemeindeumlagengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. August 1920 betreffend. S. 81.

Teil II

Bekanntmachung, die Ausführung des Art. 48 Abs. 3 des Gemeindeumlagengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. August 1920 betreffend.

Vom 26. März 1929.

Nachdem durch mein Amtsblatt Nr. 7 vom 16. April 1928 die vorläufigen Steuern der Provinzen, Kreise und Gemeinden für die Rechnungsjahre 1925—1927 in endgültige Steuern umgewandelt worden sind, wird die nachstehende Uebersicht gemäß Art. 48 Abs. 3 des Gemeindeumlagengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. August 1920 (Reg.-Bl. S. 245) veröffentlicht.

Darmstadt, den 26. März 1929.

Der Hessische Minister des Innern.
Leuschner.

Uebersicht

über die von den Provinzen, Kreisen und Gemeinden in den Rechnungsjahren 1925—1927 erhobenen Grund-, Gewerbe- und Sondergebäudesteuern.

Vorbemerkung.

Im Rechnungsjahre 1925 wurde die Steuer vom Gewerbeertrag als Zuschlag zu den Einkommen- und Körperschaftssteuervorauszahlungen erhoben. Der für das Rechnungsjahr 1925 genehmigte Ausschlagsatz (Sp. 11) gibt jeweils den Zuschlag in Reichspfennig an, der auf 1 RM. dieser Vorauszahlungen erhoben worden ist. In den Rechnungsjahren 1926 und 1927 ist die Steuer vom Gewerbeertrag auf das für das Kalenderjahr 1925 festgestellte staatliche Gewerbeertragssteuersoll ausgeschlagen worden. Die entsprechenden Zahlen für die Rechnungsjahre 1926 und 1927 geben die Ausschlagssätze in Reichspfennig an, die auf 1 RM. dieses Solls erhoben worden sind.

Im Rechnungsjahre 1927 ist die Erhebung einer Gewerbesteuer vom land- und forstwirtschaftlichen Anlage- und Betriebskapital (Sp. 7) gemäß Artikel 6 Abs. 1 Satz 2 des Steuervorauszahlungsgesetzes vom 29. März 1927 (Reg.-Bl. S. 69) unterblieben.

Die Sondergebäudesteuer wurde in den Rechnungsjahren 1925 und 1926 auf die Steuerwerte des bebauten Grundbesitzes, im Rechnungsjahre 1927 auf das für das Rechnungsjahr 1927 festgestellte staatliche Sondergebäudesteuersoll ausgeschlagen. Der für das Rechnungsjahr 1927 genehmigte Steuersatz (Sp. 13) gibt jeweils den Ausschlag in Reichspfennig an, der auf 1 RM. des staatlichen Sondergebäudesteuersolls erhoben worden ist.

Provinzen / Kreise	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer: von Gebäuden und Bauplätzen, Steuerwert 100 M.	Grundsteuer: von Gebäuden und Bauplätzen, Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer: vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz, Steuerwert 100 M.	Grundsteuer: vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz, Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital, Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital, Steuerwert des gewerblichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital, Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag, Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Gewerbesteuer vom Ertrag, Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Sondergebäudesteuer, Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Starkenburg .	353 000	12 000 000	1	5 450 000	2	5 200 000	2 609 680	1,5	—	4	—	—	
		30 428	3,5	125 133	7,5 [1]						28 760	12,5	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
				150 000	8,33 [2]								
	344 500	12 429 241	1	5 244 643	2	5 186 140	2 543 910	1,5	2 145 455	2,2			
		24 449	3,5	71 650	7,5 [1]						23 136	11,45	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
				150 000	8,33 [2]								
	1 256 000	12 429 241	3,8	5 244 643	7,6		2 543 910	5,7	2 145 455	8,2			
		24 449	5,25	71 650	11,25 [1]						16 194	11,8	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
				150 000	12,5 [2]								
Oberhessen . .	345 000	4 901 387	1,5	6 431 061	2,5	1 418 282		2,5	—	4			
		27 509	3,5	163 550	7,5 [1]						27 323	12,5	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
				311 697	8,33 [2]								
	440 000	4 903 275	1,5	6 353 525	2,5	1 382 563		6	645 804	3,33			
		28 856	3,5	160 450	7,5 [1]						27 901	11,45	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
				312 117	8,33 [2]								
	1 018 000	4 880 241	3,75	6 427 653	8,25		683 301	12	633 673	16,7			
		27 813	5,25	193 178	11,25 [1]						18 433	11,8	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
				311 510	12,5 [2]								
Rheinhessen .	500 000	9 000 000	1,25	5 600 000	2,5	523 795	2 196 029	5	—	5,5			
	430 000	8 588 930	1,2	5 420 840	2,3	517 350	2 224 970	6	1 400 000	4			
	816 000	8 588 930	2,5	5 420 840	5	—	2 224 970	12	1 451 839	12			
Darmstadt . .	176 358	4 441 420	1	505 756	1	41 673	752 503	0,5	—	5	3 545 745	2	Ausschlag im Gesamtkreis
	248 642	715 326	5	527 687	10	38 772	127 240	12	—	15	708 270	18	Ausschlag in den Landgemeinden
	85 000	4 407 168	0,5	729 598	1	41 270	712 308	2	574 035	2	4 132 700	0,7	Ausschlag im Gesamtkreis
	247 500	709 573	5	526 397	10	38 591	121 421	12	92 407	15	703 202	18	Ausschlag in den Landgemeinden
	85 000	4 407 168	0,5	729 598	1	—	712 308	2	574 035	2	5 336 115	0,57	Ausschlag im Gesamtkreis
	215 000	709 573	5	526 397	10	—	121 421	12	92 407	15	805 117	12,30	Ausschlag in den Landgemeinden
Bensheim . .	498 000	960 434	7	773 712	13	60 693	120 928	13	—	15	960 434	23	
		644	17,5	30 134	37,5 [1]	648	102	45			644	70,5	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
				1 437	41,6 [2]								
	39 150	954 661	7	741 094	13	62 239	112 180	13	110 691	15	925 295	18,7	
		644	17,5	31 612	37,5 [1]	828	102	45			644	57,25	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
				1 437	41,6 [2]								
	269 300	954 661	6	741 094	11,5	—	112 180	12	110 691	12	912 349	9,2	
		644	15,75	31 612	33,75 [1]		102	70			912	35,4	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
				1 437	37,5 [2]								
Dieburg . . .	371 000	593 986	7	1 149 381	13,2	125 632	130 681	14,5	—	10	593 986	20	
		213	17,5	1 774	37,5 [1]								Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
				8 788	41,67 [2]								
	381 500	611 453	7,2	1 120 119	14,3	118 509	133 452	18,6	74 800	15	607 414	18,7	
		213	17,5	1 772	37,5 [1]	65	15	60			213	57,25	
				8 788	41,67 [2]								
	312 900	611 779	6,4	1 118 909	14,5	—	132 822	18,3	78 590	15	604 278	12,8	
		213	15,75	1 772	33,75 [1]		15	60			171	35,4	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
				8 788	37,5 [2]								

[1]) Ausschlagsatz auf die Steuerwerte des landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzten Grundbesitzes.

[2]) Ausschlagsatz auf die Steuerwerte des Waldbesitzes.

Kreise	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	Steuerwert des gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Erbach	206 453	489 107	5	630 631	10	113 103	104 575	6	—	10	489 107	15	
		3 010	17,5	5 550	37,5 [1]	472	294	30			3 010	62,5	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
				54 941	41,6 [2]								
	205 712	493 623	6,25	649 606	12,5	117 878	102 498	9,5	63 421	20	493 623	8,7	
		3 281	17,5	6 670	37,5 [1]	472	294	30			3 281	57,25	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
				56 469	41,67 [2]								
	207 327	493 623	6,25	649 606	14,22	—	102 498	9,5	63 421	20	454 000	7,365	
		3 281	15,75	6 670	33,75 [1]						2 916	35,4	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
				56 469	37,5 [2]								
Groß-Gerau .	400 000	1 073 883	5	843 098	8	97 051	338 124	14	—	10	1 040 000	12	
		8 912	14	52 467	28 [1]	2 042	3 412	14			7 000	50	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
				40 000	42 [2]								
	400 000	1 074 263	5	836 599	8	99 228	324 672	18	401 975	9	1 009 302	13	
		7 857	15	46 867	30 [1]	2 200	3 401	18			8 060	55	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
				40 000	42 [2]								
	320 000	1 086 786	3	838 375	5,5	—	324 672	15	401 975	9	1 055 861	12	
		8 280	12	54 143	26 [1]		3 401	15			3 250	35	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
				40 000	36 [2]								
Heppenheim .	293 000	572 736	8	602 707	15	nicht besteuert	102 380	15	—	20	532 246	22	
		59	17,5	1 203	37,5						59	62,5	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
	249 300	587 015	8	611 754	15	nicht besteuert	94 255	25	57 563	22	533 428	14	
		59	17,5	1 203	37,5 [1]						59	57,25	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
					41,6 [2]								
	235 000	588 857	7	601 917	13		93 505	21	57 084	20	620 833	10	
		59	15,75	1 203	33,75 [1]						75	35,4	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
					41,6 [2]								
Offenbach . .	352 750	4 246 497	1,2	546 036	2	nicht besteuert	1 062 374	2	—	4	4 246 497	5	Ausschlag im Gesamtkreis
	347 250	1 312 252	3	508 862	6	nicht besteuert	181 170	8	—	10	1 312 252	15	Ausschlag in den Landgemeinden
		12 617	14	5 454	30 [1]						12 617	50	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
				5 285	50 [2]								
	335 343	4 270 868	1,2	535 994	2	nicht besteuert	1 049 565	4	844 217	5	3 796 953	5	Ausschlag im Gesamtkreis
	329 657	1 346 918	3	498 905	6	nicht besteuert	193 058	12	200 602	12	1 257 866	13,7	Ausschlag in den Landgemeinden
		17 527	17,5	10 076	37,5 [1]		2 052	90	634	16	15 020	57,25	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
				53 000	41,67 [2]								
	103 200	4 283 628	0,4	531 975	0,6		1 014 452	2	1 042 973	1,6	4 690 281	1	Ausschlag im Gesamtkreis
	350 800	1 345 517	3,6	496 254	6,6		186 430	12	311 877	12	1 501 655	11,87	Ausschlag in den Landgemeinden
		17 846	15,75	9 318	33,75 [1]		2 057	90	659	90	8 870	35,4	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
				50 000	37,5 [2]								
Gießen	187 900	1 768 638	1,2	1 467 359	2,4	132 886	276 131	1,5	—	3	1 768 638	7,5	Ausschlag im Gesamtkreis
	209 100	682 766	3,68	1 300 682	6,8	132 098	96 795	6	—	15	682 766	7,5	Ausschlag in den Landgemeinden
		6 173	17,5	70 026	37,5 [1]	2 710	102	7,5	—	18	6 173	62,5	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
				18 751	41,66 [2]								

[1]) Ausschlagsatz auf die Steuerwerte des landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzten Grundbesitzes.

[2]) Ausschlagsatz auf die Steuerwerte des Waldbesitzes.

Kreise	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	des gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Gießen	193 200	1 785 411	0,75	1 477 355	1,5	135 711	267 696	1	312 723	3,9	1 785 411	4	Ausschlag im Gesamtkreis
	203 800	677 710	3,6	1 296 531	6,3	134 400	97 365	5,4	91 751	16,1	677 710	6	Ausschlag in den Landgemeinden
		6 204	17,5	59 504 30 070	37,5 [1] 41,66 [2]	3 020	110	6,4	121	20	6 204	57,25	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
	116 900	1 785 411	0,3	1 477 411	0,7	—	267 696	0,5	312 723	1,4	2 021 467	4	Ausschlag im Gesamtkreis
	153 200	677 710	3	1 296 531	5,6	—	97 365	5,2	91 751	11	602 719	4	Ausschlag in den Landgemeinden
		6 204	15,75	59 504 30 070	33,75 [1] 37,5 [2]		110	5,7	121	9,4	5 900	35,4	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
Alsfeld	152 000	404 256	3	778 568	6	112 797	63 491	1,5	—	6	404 256	15	
		235	17,5	5 257 80 668	37,5 [1] 41,6 [2]	1 798	152	30			235	62,5	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
	130 000	405 493	2,5	784 005	5	118 320	55 449	3	37 889	8	380 812	12	
		1 204	17,5	3 772 84 121	37,5 [1] 41,6 [2]	1 798	152	30			1 264	57,25	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
	110 000	403 793	2	788 345	4,5	—	51 552	3	37 791	6	360 035	12	
		1 246	15,75	3 993 83 779	33,75 [1] 37,5 [2]	—	152	30			1 134	35,4	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
Büdingen . .	270 100	451 797	4,8	1 086 999	8,8	115 652	59 676	5,4	—	12	451 797	15	
		7 255	17,5	42 774 76 726	37,5 [1] 41,65 [2]	8 393	230	30			7 255	62,5	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
	270 900	452 663	4,86	1 009 605	8,88	96 943	70 538	11	52 839	20	452 663	17,1	
		7 289	17,5	44 303 67 451	37,5 [1] 41,67 [2]	5 326	—	30			7 289	57,25	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
	210 000	461 666	4	1 009 605	8,5	—	56 638	8	52 697	15	396 481	12,87	
		7 289	15,75	44 303 67 751	33,75 [1] 37,5 [2]	—	567	30			998	35,4	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
Friedberg . .	661 000	1 651 603	4	2 080 986	8,3	149 154	233 189	10	—	8	1 651 603	12	
		2 871	17,5	24 900 11 944	37,5 [1] 41,67 [2]	2 490	—	30			2 871	62,5	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
	665 550	1 640 403	5	1 986 191	10	148 133	213 040	14	174 500	18	1 535 000	12,7	
		2 871	17,5	24 162 12 278	37,5 [1] 41,67 [2]	2 492	—	40			2 871	57,25	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
	530 000	1 640 188	3,8	1 997 030	7,6	—	239 493	11	193 300	13	1 741 600	10,5	
		2 660	15,75	22 655 12 280	33,75 [1] 37,5 [2]		—				2 137	35,4	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
Lauterbach . .	146 600	338 841	2,8	528 482	6	109 833	54 072	6	—	4	338 841	12	
		8 794	17,5	15 749 85 200	37,5 [1] 41,6 [2]	2 448	—	12	—		8 794	42	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
	142 500	347 270	2,4	534 813	6	103 593	46 875	7,5	75 600	15	347 270	12	
		4 164	17,5	7 704 85 200	37,5 [1] 41,66 [2]	555	—	30			4 164	57,25	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
	71 000	350 038	2	545 647	4	—	46 875	7,5	75 600	5	—	—	
		8 947	15,75	16 455 84 724	33,75 [1] 37,5 [2]		—				—	—	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen

[1]) Ausschlagsatz auf die Steuerwerte des landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzten Grundbesitzes.

[2]) Ausschlagsatz auf die Steuerwerte des Waldbesitzes.

Kreise	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer: von Gebäuden und Bauplätzen – Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer: vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz – Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital – Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	Steuerwert des gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag – Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Schotten . . .	110 000	243 246	3	549 168	7	63 762	44 479	3	—	12	243 246	15	
		685	14	9 809	30 [1]	701	656	3		25	685	50	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
				29 462	42 [2]								
	110 000	243 940	3	554 596	7	64 425	37 085	5,6	26 164	17	243 940	15	
		2 135	14	12 037	30 [1]	934	671	6			2 035	57,25	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
				28 222	41,67 [2]								
	90 000	243 935	2,5	556 110	6,2	—	37 511	5,5	26 112	15	216 724	12,87	
		1 700	15,75	12 004	33,75 [1]		785	30			285	35	Ausschlag in den selbständ. Gemarkungen
				28 146	37,5 [2]								
Mainz	123 000	4 717 603	0,5	866 268	0,5	53 199	1 089 923	1	—	1,5	4 510 720	2	Ausschlag im Gesamtkreis
	159 000	601 153	3,5	605 416	6,5	50 365	100 130	5	—	8	582 261	18	Ausschlag in den Landgemeinden
	176 000	4 571 208	1,5	830 122	0,5	51 941	1 139 148	2	802 471	3	4 300 309	2	Ausschlag im Gesamtkreis
	162 000	619 804	4,5	599 612	7	49 107	104 030	6	73 676	12	585 935	16,7	Ausschlag in den Landgemeinden
	75 000	4 568 633	1	824 434	0,5	—	1 141 939	1,5	800 702	2	—	—	Ausschlag im Gesamtkreis
	166 000	617 149	6	602 128	9,5	—	100 052	6,5	73 550	13	664 733	10	Ausschlag in den Landgemeinden
Alzey	200 000	484 525	3,5	1 155 463	8	253 564	83 742	10	—	15	484 525	14	
	200 000	478 274	3,5	1 116 011	8	252 218	85 663	14	73 944	11	478 274	14	
	215 000	478 274	5,5	1 116 011	11	—	85 663	17	73 944	20	441 401	10	
Bingen	210 000	823 724	3,5	723 471	7	83 929	238 286	5,5	—	6	823 724	15	
	210 000	838 648	3,5	717 856	7	94 879	191 488	11,5	148 430	5,5	838 648	13,7	
	290 000	838 648	5,5	717 856	12,5	—	245 085	10	149 530	15	889 805	12,2	
Oppenheim .	220 000	590 129	3	1 346 303	7	155 019	132 610	4	—	10	593 475	18	
	220 000	588 134	3	1 339 760	7	151 885	124 402	5	73 529	20	574 352	14	
	194 000	588 134	2,7	1 339 802	6,5	—	208 040	5	73 529	14,6	560 296	12,8	
Worms	80 000	2 103 600	0,6	1 425 400	1,2	104 600	648 000	0,8	—	2	1 800 000	1,5	Ausschlag im Gesamtkreis
	120 000	560 000	1,4	1 212 000	2,8	98 900	123 100	3,2	—	7	500 000	12	Ausschlag in den Landgemeinden
	80 000	2 113 645	0,6	1 409 050	1,2	105 680	627 554	2,4	357 250	2,1	1 945 925	1,5	Ausschlag im Gesamtkreis
	120 000	602 758	1,4	1 262 303	2,8	103 152	110 650	6	66 573	8,4	587 387	12	Ausschlag in den Landgemeinden
	60 000	2 113 645	0,48	1 409 050	0,96	—	627 554	2,1	357 250	1,8	2 173 328	0,9	Ausschlag im Gesamtkreis
	140 000	602 758	2,16	1 262 303	4,32	—	110 650	8,4	66 573	7,2	501 283	11,97	Ausschlag in den Landgemeinden

[1] Ausschlagsatz auf die Steuerwerte des landwirtschaftlich und gärtnerisch genutzten Grundbesitzes.

[2] Ausschlagsatz auf die Steuerwerte des Waldbesitzes.

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	Steuerwert des gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Kreis Darmstadt													
Arheilgen . .	135 900	111 413	20	77 196	48	3 324	18 057	48	—	40	102 198	60	
	120 000	103 433	20	76 957	44	3 324	18 062	40	13 656	40	103 014	50	
	151 000	103 433	24	76 955	66	—	18 062	60	13 656	100	99 566	34,33	
Braunshardt.	10 000	6 899	17	11 354	36	997	414	30	—	50	6 898	60	
	8 500	7 182	12	11 947	30	997	407	27	182	60	7 182	50	
	8 530	7 182	16	11 947	40	—	407	40	182	70	6 841	34,33	
Darmstadt . .	4 647 000	3 721 066	20	205 355	36	3 607	611 069	72	—	40	3 425 354	60*)	*) ab 1. 9. 1925 = 75 Pfg. Fehlbeträge (Darmstadt): 1925 = 960 000 RM. 1926 = 625 000 RM. 1927 = 1 280 000 RM.
	3 884 000	3 730 000	20	180 000	36	2 679	625 000	90	480 000	74	3 450 000	68	
	4 235 000	3 689 459	20	193 741	36	—	548 983	90	410 170	74	4 559 540	46,63	
Eberstadt . . .	117 500	129 927	10	29 785	23	1 232	18 996	25	—	40	127 996	60	
	105 543	130 174	10	32 866	23	1 242	18 596	25	20 485	78	128 077	50	
	115 744	130 174	17	32 866	36	—	18 596	48	20 485	76	170 022	34,33	
Eich	2 050	760	30	1 587	80	271	57	40	—	—	760	60	
	1 800	760	30	1 587	72	271	53	30	76	70	760	40	
	1 805	760	36	1 587	77	—	53	80	76	100	562	34,33	
Erzhausen . .	21 700	16 206	30	12 734	52	1 332	503	35	—	50	15 785	60	
	24 319	17 286	34	12 723	67	1 332	681	50	676	75	16 844	50	
	22 023	17 338	34	12 660	72	—	713	60	705	85	17 508	34,33	
Eschollbrücken	12 000	5 626	25	8 574	40	1 185	1 312	60	—	40	5 626	60	
	15 500	5 630	35	8 571	70	1 179	722	100	863	100	5 626	50	
	13 000	5 630	38,7	8 571	77,4	—	722	106,3	863	106,8	6 655	34,33	
Gräfenhausen	32 000	15 155	30	22 841	60	2 386	993	55	—	50	15 155	60	
	32 000	15 579	33	22 765	66	2 391	1 499	75	1 278	80	15 565	50	
	32 000	15 758	38,7	22 758	80,4	—	1 521	100,3	1 266	100,8	14 510	34,33	
Griesheim . .	116 000	81 384	20	60 140	45	4 581	21 628	45	—	50	81 120	60	
	115 400	82 008	25	62 103	50	4 557	21 598	60	8 104	90	81 736	50	
	130 000	82 008	36	62 103	74	—	21 598	80	8 104	95	86 339	34,33	
Hahn	16 000	8 318	25	13 835	50	1 883	413	50	—	50	8 318	60	
	18 500	8 519	35	13 202	60	1 829	424	60	504	80	8 519	50	
	16 140	8 519	35	13 202	70	—	424	100	504	100	8 996	34,33	
Malchen . . .	3 000	1 989	25	1 528	50	171	93	50	—	50	1 989	60	
	3 000	2 069	30	1 527	60	171	89	80	288	80	2 069	50	
	3 000	2 069	34	1 527	70	—	89	90	288	100	2 515	34,33	
Messel	16 000	9 689	16	20 666	30	2 171	858	40	—	50	9 666	60	
	16 660	10 544	25	21 533	30	2 171	861	60	794	60	10 521	50	
	20 000	10 544	32,7	21 533	53,4	—	861	100,3	794	100,8	9 959	34,33	
Nieder-Beerbach	10 000	7 522	10	12 820	30	1 135	550	30	—	50	7 508	60	
	10 000	7 429	16	12 817	32	1 139	538	40	436	60	7 415	50	
	10 000	7 429	19	12 817	40	—	538	60	436	80	8 275	34,33	
Nieder-Ramstadt	61 000	49 691	16	20 589	45	1 300	7 657	60	—	50	49 404	60	
	58 000	50 187	20	20 637	50	1 295	7 649	80	5 219	107	49 914	50	
	50 000	50 187	20	20 637	50	—	7 649	80	5 219	100	53 447	34,33	
Ob.-Ramstadt	85 967	61 944	12	53 928	36	3 679	14 438	40	—	40	61 340	60	
	76 000	62 656	15	53 826	40	3 667	14 220	45	12 667	50	62 538	50	
	70 000	62 656	17,7	53 826	41,4	—	14 220	40,3	12 667	46,8	73 325	34,33	
Pfungstadt . .	140 112	107 170	16	73 198	40	4 988	31 945	28	—	50	105 628	60	
	129 202	107 230	20	74 736	42	4 953	26 742	30	18 685	75	105 688	50	
	119 000	107 230	19	74 736	41	—	26 742	29	18 685	56	144 948	34,33	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	des gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Roßdorf . . .	54 000	37 288	19	38 069	38	2 751	5 858	40	—	50	36 884	60	
	46 700	37 569	19	38 773	38	2 723	5 642	50	5 202	40	37 123	50	
	48 000	37 569	25	38 773	51	—	5 642	60	5 202	70	35 061	34,33	
Schneppenhausen . . .	8 000	4 029	30	6 245	60	770	201	55	—	40	4 029	60	
	8 000	4 157	32	6 233	63	754	258	60	206	50	4 154	50	
	8 000	4 409	36	6 224	72	—	257	80	220	100	4 719	34,33	
Traisa	12 000	16 620	6	7 107	15	765	380	30	—	40	16 516	55	
	10 000	16 713	6	7 081	12	765	362	30	961	30	16 643	46	
	10 000	16 713	7	7 081	15	—	362	30	961	50	20 895	34,33	
Waschenbach .	2 000	1 833	10	4 216	24	441	91	30	—	—	1 833	38	
	2 000	1 778	10	4 271	25	439	93	30	37	—	1 778	35	
	2 000	1 778	11,7	4 271	26,4	—	93	30,3	37	—	1 985	34,13	
Weiterstadt .	33 300	19 753	25	26 391	50	2 094	1 808	50	—	50	19 745	60	
	32 300	21 168	30	27 681	54	2 076	1 777	54	1 149	60	21 168	40	
	31 940	21 168	30	27 681	60	—	1 777	60	1 149	60	21 141	34,33	
Wixhausen . .	28 789	16 259	25	14 681	70	1 316	900	70	—	50	16 259	60	
	26 400	17 502	34	14 563	68	1 316	1 148	60	931	70	16 868	50	
	26 045	18 436	45	14 505	75	—	1 141	60	920	70	17 865	34,33	
Kreis Bensheim													
Alsbach . . .	25 700	23 551	16	16 704	32	949	839	70	—	50	21 694	60	
	21 000	23 285	16	16 402	32	921	814	65	1 057	90	20 602	50	
	18 190	21 481	16	16 508	32	—	754	65	1 050	90	20 748	38	
Auerbach . . .	73 000	91 575	10	34 350	19	1 271	7 401	30	—	20	89 414	60	
	53 000	91 121	5	32 711	10	1 208	7 563	20	6 712	20	85 413	50	
	61 000	92 414	11	31 957	21	—	7 718	41	6 056	60	98 715	38	
Balkhausen .	4 530	1 733	25	5 844	37	818	35	100	—	50	1 729	60	
	4 500	1 735	25	5 839	41	815	23	100	58	100	1 670	50	
	4 100	1 735	25	5 839	50	—	22	100	54	100	1 785	38	
Beedenkirchen	4 926	3 427	12	9 665	17	1 177	166	60	—	10	3 182	60	
	4 600	3 250	12	9 926	17	1 199	210	60	338	30	3 146	50	
	3 630	3 306	10	9 896	20	—	206	60	338	30	2 734	38	
Bensheim . .	238 750	236 353	10	62 250	17	2 291*)	40 181	53	—	40	229 691	60**)	*) 1925 nicht besteuert. **) ab 1. 9. 25 erh. auf 75 Rpf. ungedeckter Fehlbetrag: 1925 = 12 000 RM. 1926 = 41 000 RM. 1927 = 58 900 RM.
	227 339	235 758	13	61 609	25	2 480	41 272	96	32 936	73	226 084	50	
	226 574	237 629	16	60 784	32	—	37 315	110	31 622	78	274 294	38	
Biblis	56 000	28 859	25	48 897	46	4 198	6 905	75	—	—	28 964	60*)	*) ab 1. 10. 1925 erhöht auf 80 Rpf.
	35 360	28 593	12	51 292	24	4 198	3 947	50	4 428	30	28 366	50	
	33 000	28 340	14	50 592	28	—	3 515	75	3 987	30	25 247	38	
Bickenbach . .	25 000	18 521	25	16 534	44	620	2 225	70	—	55	17 560	60	
	21 700	18 855	20	16 603	40	866	1 952	70	2 483	20	17 306	50	
	21 200	19 126	22	16 558	44	—	1 926	70	2 480	30	19 880	38	
Bodstadt . . .	10 540	4 982	25	9 727	50	901	202	70	—	70	4 991	60*)	*) ab 1 10. 1925 erhöht auf 75 Rpf.
	9 780	5 057	25	9 559	50	895	223	95	113	100	4 626	50	
	13 240	5 258	40	9 969	90	—	223	120	199	150	5 590	38	
Bürstadt . . .	43 728	48 332	10	55 198	20	4 377	6 640	30	—	—	44 158	60	
	61 000	47 131	20	56 338	40	4 434	6 356	30	4 310	80	44 441	50	
	67 440	48 338	25	53 262	50	—	6 114	80	4 723	130	47 057	38	
Elms- und Wilmshausen	11 300	8 358	18	8 580	36	860	1 818	30	—	30	8 338	60	
	10 000	8 334	18	8 584	36	842	2 180	30	1 908	30	8 070	50	
	9 500	8 378	18	8 618	36	—	2 163	30	1 851	30	9 342	38	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	Steuerwert des gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Fehlheim . . .	6 685	3 859	25	7 866	42	497	119	40	—	—	3 818	60	
	5 900	3 830	20	7 663	40	498	101	40	163	—	3 609	50	
	5 200	3 948	20	7 603	35	—	98	40	157	—	4 445	38	
Gadernheim .	10 200	7 394	22	9 330	34	911	924	70	—	20	7 354	60	
	10 000	7 364	19	9 308	35	904	958	70	807	50	7 344	50	
	8 000	7 411	20	9 276	35	—	926	70	753	50	5 957	38	
Glattbach . . .	2 600	1 443	17	4 198	34	474	127	25	—	—	1 293	60	
	2 450	1 443	17	4 145	34	473	123	25	10	—	1 242	50	
	2 370	1 482	22	4 132	41	—	42	33	10	—	973	38	
Gronau . . .	7 400	3 859	20	7 390	40	1034	340	100	—	50	3 541	60	
	5 100	3 627	10	7 474	35	996	341	80	231	—	3 409	50	
	3 870	3 639	15	7 471	30	—	366	80	232	—	2 092	38	
Groß-Hausen	10 580	5 550	12	26 091	25	1418	303	20	—	—	5 533	60	
	13 300	5 655	18	26 024	36	1418	300	25	204	—	5 163	50	
	13 000	5 556	18	25 985	40	—	361	25	206	—	4 255	38	
Gr.-Rohrheim	25 700	17 103	11	41 948	23	4419	1 069	60	—	40	16 922	60*)	*) ab 1. 9. 1925 erhöht auf 80 Rpf.
	29 700	16 551	17	41 315	35	4363	796	70	1 226	50	16 556	50	
	24 400	16 485	18	39 891	36	—	795	70	1 677	50	14 316	38	
Hähnlein . . .	19 400	9 248	25	17 762	45	2731	322	30	—	55	9 216	60*)	*) ab 1. 10. 1925 erhöht auf 80 Rpf.
	16 990	9 438	25	17 723	50	2769	336	30	596	75	8 680	50	
	17 140	9 514	28	17 671	60	—	313	50	580	100	8 020	38	
Hochstädten .	3 050	1 984	15	4 878	22	571	132	70	—	—	1 993	60	
	3 800	2 098	20	4 897	37	656	109	75	30	—	2 040	50	
	3 340	2 051	20	4 898	42	—	109	75	29	—	2 081	38	
Hofheim . . .	38 000	18 417	25	37 829	42	3569	1 177	100	—	60	18 372	60	
	36 000	18 557	24	37 865	48	2764	829	100	1 518	55	18 499	50	
	36 449	22 484	29	33 913	59	—	584	100	1 115	65	17 224	38	
Jugenheim . .	35 000	50 993	22	7 483	42	339	2 204	45	—	30	50 432	60	
	38 300	50 643	18	7 046	36	476	1 511	40	1 953	30	49 114	50	
	34 650	50 196	18	6 967	40	—	1 410	40	1 819	30	52 274	38	
Klein-Hausen	21 000	12 524	18	16 344	36	1503	4 708	30	—	30	12 436	60*)	*) ab 1. 10. 1925 erhöht auf 80 Rpf.
	17 200	12 495	20	16 350	36	1503	3 741	30	974	100	12 203	50	
	15 800	12 487	22	16 307	42	—	4 751	100	885	100	11 814	38	
Knoden mit Breitenwiesen	2 050	1 330	8	3 240	33	467	27	30	—	—	1 259	60	
	1 900	1 330	8	3 240	30	467	27	30	8	—	1 259	50	
	1 900	1 330	20	3 234	40	—	27	30	7	—	838	38	
Kolmbach . .	3 590	2 326	20	4 535	40	565*)	62	38	—	—	1 995	60	*) 1925 nicht besteuert
	3 150	2 326	17	4 534	34	550	226	28	32	—	1 977	50	
	3 000	2 340	19	4 457	39	—	66	28	32	—	2 116	38	
Lampertheim	170 000	119 531	25	77 061	40	4783	14 118	100	—	70	112 761	60	
	172 000	117 467	26	76 416	50	7500	8 572	120	17 315	90	110 853	50	
	170 000	114 493	30	76 700	60	—	16 787	120	15 614	120	132 573	38	
Langwaden .	2 440	634	25	3 789	45	446	10	50	—	—	632	60	
	2 400	634	25	3 582	48	399	10	50	8	—	632	50	
	3 057	636	35	3 773	70	—	10	50	8	—	484	38	
Laudenau . .	3 000	1 933	12	6 992	20	854	236	34	—	—	1 684	60	
	4 380	1 933	20	6 993	39	854	283	42	11	—	1 684	50	
	4 400	1 969	24	6 992	48	—	277	50	15	—	1 174	38	
Lautern . . .	6 200	6 266	10	3 159	20	431*)	2 387	25	—	40	6 263	60	*) 1925 nicht besteuert
	5 700	6 332	10	3 145	20	442	2 589	25	1 583	40	6 268	50	
	4 500	6 332	10	3 145	23	—	2 569	25	1 583	40	4 911	38	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Steuerwert 100 M.	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Steuerwert 100 M.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des gewerblichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Sondergebäudesteuer: Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Lindenfels . .	26 160	34 964	10	8 055	17	885	4 275	25	—	20	30 794	60	
	21 500	34 251	11	7 563	17	800	4 117	15	3 928	10	30 982	50	
	17 000	34 940	11	7 495	17	—	4 214	15	3 944	10	30 553	38	
Lorsch	83 770	56 779	23	46 844	42	2162	13 023	60	—	20	56 309	60	
	72 340	56 041	20	46 792	40	2128	13 163	50	9 698	70	54 013	50	
	63 778	55 296	20	46 176	40	—	14 201	50	15 342	65	65 696	38	
Nordheim . .	13 300	6 001	18	18 773	40	2014	198	50	—	—	6 025	60	
	13 600	6 041	20	20 764	40	2006	152	50	315	—	6 018	50	
	12 100	6 041	20	20 741	45	—	151	50	264	—	4 385	38	
Ob.-Beerbach	10 400	4 863	22	12 752	40	1731	141	50	—	60	4 863	60	
	9 200	4 847	19	12 740	38	1698	139	50	165	20	4 775	50	
	8 600	4 929	23	12 353	45	—	136	50	161	20	4 282	38	
Raidelbach . .	1 380	629	12	3 155	23	377	32	50	—	—	629	60	
	1 000	629	9	3 149	16	377	59	30	5	—	629	50	
	800	629	9	3 149	17	—	58	30	5	—	561	38	
Reichenbach .	21 740	16 118	20	12 462	40	1015	2 848	40	—	40	16 110	60	
	19 350	16 385	20	12 469	40	997	3 336	40	2 270	72	15 420	50	
	18 000	16 565	20	12 298	43	—	3 333	40	2 250	72	16 742	38	
Rodau	4 350	1 594	22	6 597	41	643	36	50	—	—	1 589	60	
	4 650	1 599	23	6 589	46	639	33	60	31	—	1 589	50	
	3 860	1 661	22	6 560	44	—	33	50	31	—	1 548	38	
Schannenbach	920	978	8	1 441	15	272	25	50	—	—	789	60	
	1 020	978	10	1 439	25	272	25	50	19	—	789	50	
	705	978	12	1 439	28	—	32	50	7	—	452	38	
Schlierbach . .	4 465	3 156	21	4 170	31	468	369	100	—	—	2 804	60	
	4 000	3 117	16	4 188	33	469	374	90	107	—	2 804	50	
	3 600	3 133	20	4 171	45	—	218	90	105	—	2 308	38	
Schönberg . .	8 800	10 371	13	3 059	26	392*)	350	70	—	25	10 371	60	*) 1925 nicht besteuert
	7 615	10 280	13	3 083	26	392	515	40	546	25	10 030	50	
	6 280	10 275	14	3 083	28	—	515	40	542	25	9 679	38	
Schwanheim .	7 390	2 984	20	10 890	36	1290	135	50	—	50	2 974	60	
	6 550	2 934	20	10 711	36	1200	137	50	194	—	2 873	50	
	6 500	3 016	25	10 646	42	—	124	150	179	—	2 988	38	
Seeheim . . .	44 060	38 855	25	17 409	50	720	1 233	50	—	30	37 995	60	
	35 000	38 699	20	17 294	40	730	1 439	50	1 813	30	37 929	50	
	36 000	38 796	20	17 208	50	—	1 347	60	1 780	50	41 475	38	
Seidenbach .	1 900	1 039	18	2 628	31	336	121	70	—	—	966	60	
	1 600	1 039	14	2 628	28	336	121	60	2	—	966	50	
	1 420	1 039	18	2 545	37	—	31	80	2	—	716	38	
Seidenbuch .	941	989	25	176	50	97*)	94	50	—	—	935	60	*) 1925 nicht besteuert
	870	991	25	151	50	97	94	50	47	—	918	50	
	790	1 031	25	149	50	—	98	50	47	—	997	38	
Staffel	836	462	13	1 837	17	278	3	70	—	—	461	60	
	790	462	13	1 815	17	276	3	70	—	—	461	50	
	692	462	13	1 815	26	—	3	70	—	—	424	38	
Wattenheim .	5 150	1 595	25	6 134	50	663	130	70	—	—	1 595	60*)	*) ab 1. 10. 1925 erhöht auf 80 Rpf.
	5 000	1 595	25	6 150	50	663	61	100	104	—	1 572	50	
	4 440	1 595	30	6 150	60	—	61	100	92	—	615	38	
Winkel	3 725	1 115	30	4 225	56	457	74	73	—	—	1 042	60	
	3 100	1 114	23	4 225	48	457	74	60	19	—	1 042	50	
	3 010	1 114	27	4 222	54	—	74	70	19	—	992	38	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Steuerwert 100 M.	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Steuerwert 100 M.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des gewerblichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Sondergebäudesteuer: Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Winterkasten.	10 400	10 552	11	13 513	22	1620	581	17	—	—	9 635	60	
	11 000	10 553	15	13 528	30	1675	578	25	194	—	4 788	50	
	11 000	10 682	20	13 493	40	—	560	28	188	—	4 030	38	
Zell	5 400	3 817	16	5 801	27,5	839	424	50	—	70	3 791	60	
	5 400	3 861	18	5 779	31	837	435	50	302	130	3 827	50	
	5 400	3 861	24	5 776	49	—	439	50	282	140	2 753	38	
Zwingenberg	37 000	32 942	25	13 470	50	899	2 026	50	—	20	31 857	60	
	32 700	34 060	25	12 064	50	887	1 900	50	3123	48	31 199	50	
	29 700	35 016	25	12 068	50	—	2 020	50	3100	50	32 896	38	
Kreis Dieburg													
Allertshofen .	1 712	1 040	10	2 941	30	352	157	20	—	—	1 040	60	
	1 119	1 040	6	2 953	24	352	154	18	3	30	1 040	24	
	1 098	1 040	15	2 953	30	—	154	30	3	30	889	—	
Altheim . . .	16 058	7 161	12	21 438	45	2703	1 444	30	—	20	7 161	60	
	11 849	6 727	18	18 838	36	2460	581	24	1065	6	6 390	48	
	12 584	6 727	24	18 838	48	—	581	30	1056	30	4 790	34,4	
Asbach	2 190	2 046	12	5 490	24	732	390	50	—	—	2 046	—	
	2 100	2 036	12	5 503	24	732	385	50	136	—	2 036	—	
	1 931	2 036	12	5 503	24	—	732	50	136	—	2 086	—	
Babenhausen	29 550	35 620	5	46 765	10	2718	8 492	40	—	15	35 620	50	
	23 900	37 464	5	46 117	10	2425	8 544	30	1200	—	35 620	40	
	27 800	37 460	8	46 117	16	—	8 544	40	5576	20	37 972	34,4	
Billings . . .	2 340	1 201	20	3 242	40	389	174	100	—	—	1 201	20	
	1 427	1 201	12	3 242	24	388	174	24	20	50	1 201	30	
	1 210	1 201	15	3 242	30	—	174	30	20	30	863	—	
Brandau . . .	5 965	4 896	10	14 331	24	1663	575	20	—	20	4 896	30	
	4 394	5 072	6	14 322	18	1645	564	12	151	30	5 072	24	
	4 188	5 072	12	14 322	24	—	564	20	151	20	3 718	—	
Brensbach . .	7 912	9 335	10	20 815	20	1701	2 031	20	—	20	9 335	20	
	8 119	9 335	14	20 621	28	1676	2 033	28	1515	—	9 335	—	
	7 631	9 296	14	20 667	28	—	1 957	20	1515	10	7 484	—	
Dieburg . . .	141 536	71 777	35	40 021	70	2642	9 159	70	—	60	71 777	80	
	119 943	72 013	42,5	39 967	85	2590	12 629	85	8029	80	72 013	50	
	128 876	72 013	50	39 967	100	—	12 629	100	8029	160	79 729	34,4	
Dorndiel . . .	1 000	2 102	5	4 824	15	702	137	10	—	—	2 102	15	
	1 200	2 102	8	4 702	16	560	139	10	17	—	2 102	10	
	1 200	2 102	10	4 702	21	—	61	10	17	—	1 474	—	
Eppertshausen . . .	13 568	10 235	15	15 420	30	1229	829	40	—	20	10 235	60	
	20 626	10 499	30	15 399	60	1135	1 181	80	1125	100	10 499	50	
	18 821	10 499	30	15 399	60	—	1 181	100	1135	100	12 887	34,4	
Ernsthofen . .	4 143	4 069	12	7 347	24	968	290	12	—	—	4 069	42	
	3 193	4 092	12	7 403	24	1151	262	12	333	6	4 092	18	
	4 584	4 092	20	7 403	34	—	436	24	83	30	3 311	34,4	
Fr.-Crumbach	23 785	14 449	10	45 280	25	3557	3 077	50	—	30	14 449	45	
	25 790	14 783	14	45 418	28	3512	3 032	50	1885	65	14 783	50	
	28 337	14 783	20	45 418	40	—	3 032	50	1702	65	13 850	34,4	
Frankenhausen . . .	4 200	1 858	19	5 988	38	1083	175	37	—	—	1 858	60	
	3 485	1 889	14	6 812	28	1083	76	35	77	21	1 858	48	
	3 500	1 889	18	6 812	37	—	76	50	77	50	1 664	34,4	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	des gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Ertrag Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Frau-Nauses	973	559	7	2 857	17	555	14	40	—	—	559	40	
	975	559	10	2 858	23	555	14	27	8	—	331	40	
	970	559	15	2 858	28	—	14	50	8	50	229	34,4	
Georgenhausen . . .	32 474	13 279	10	6 597	35	1635	27 178	50	—	40	12 965	60	
	22 719	13 415	15	6 789	30	1569	15 096	60	5579	40	13 415	48	
	22 678	13 415	18	6 789	48	—	15 096	60	5580	72	11 423	34,4	
Gr.-Bieberau	23 024	21 074	10	41 104	14	4306	3 390	14	—	20	20 975	60	
	29 700	21 359	15	41 032	30	4351	3 348	35	2988	35	21 359	50	
	24 500	21 359	16	41 032	32	—	3 348	40	2948	20	18 464	34,4	
Gr.-Umstadt .	111 061	62 195	20	80 142	50	7675	25 037	41	—	40	62 195	60	
	107 761	61 797	25	79 780	55	7244	19 359	45	9275	60	61 797	50	
	79 695	61 797	20	79 780	40	—	19 359	45	9275	60	61 477	34,4	
Gr.-Zimmern	81 020	35 061	30	43 722	55	3659	7 931	70	—	50	42 527	60	
	84 715	44 697	30	37 934	55	3408	8 767	125	6446	200	44 697	50	
	88 500	44 697	40	43 410	72	—	8 767	105	6425	180	54 148	34,4	
Gundernhausen . . .	14 680	9 279	12	17 457	36	1798	1 044	20	—	70	9 249	60	
	14 075	9 641	12	17 495	36	1716	719	40	2200	50	9 092	50	
	13 000	9 807	16	17 523	42,9	—	787	60	808	60	8 676	34,4	
Habitzheim . .	18 645	6 296	10	35 454	35	4192	509	35	—	20	6 296	60	
	12 403	6 557	12	35 269	24	4158	500	24	956	10	6 515	30	
	16 395	6 557	18	35 269	36	—	500	30	952	30	6 053	34,4	
Harpertshausen . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Erhebt keine Umlagen
Harreshausen	4 362	3 562	8	13 304	18	1956	641	24	—	—	3 562	30	
	2 724	3 562	5	13 355	10	1760	724	18	174	30	3 562	20	
	2 000	3 562	5	13 355	10	—	397	12	169	15	2 755	15	
Herchenrode .	1 909	655	20	2 677	40	627	2	50	—	—	655	60	
	1 431	635	18	2 644	36	582	2	30	1	—	635	30	
	1 434	635	21	2 644	41	—	2	40	1	40	629	34,4	
Hergershausen . . .	10 818	6 449	15	18 112	22	2161	893	75	—	—	6 364	60	
	12 173	6 490	15	17 852	28	1751	1 103	90	1352	40	6 364	50	
	10 682	6 490	17	17 852	36	—	1 103	90	1352	40	4 950	34,4	
Hering	6 800	1 959	40	6 697	64	497	350	70	—	—	1 959	60	
	5 500	1 986	27	6 706	54	485	352	48	210	20	1 986	50	
	6 137	1 986	35	6 706	70	—	352	70	210	20	1 467	34,4	
Heubach . . .	13 077	7 202	16	18 659	32	3563	301	19	—	—	7 298	60*)	*) ab 1. 8. 1925 erhöht auf 80 Rpf.
	14 372	7 250	23	18 675	46	325	300	16	434	—	7 090	50	
	23 782	7 250	47	18 675	94	—	300	40	434	150	5 952	34,4	
Hoßhohl . . .	2 081	1 006	10	3 076	40	307	181	30	—	—	1 006	60	
	1 300	976	12	3 079	24	307	181	30	8	30	976	30	
	1 415	976	16	3 079	32	—	181	30	8	30	724	34,4	
Kleestadt . . .	4 913	4 671	10	15 758	20	2403	256	10	—	40	4 671	20	
	4 900	4 671	10	15 758	20	2403	256	10	102	—	4 671	20	
	4 900	4 704	13	16 369	26	—	288	10	102	—	3 870	—	
Kl.-Bieberau	2 216	1 897	10	6 592	24	1004	269	20	—	—	1 897	10	
	3 005	1 877	15	6 592	30	1004	244	30	9	50	1 877	20	
	4 391	1 877	24	6 592	48	—	244	40	9	40	1 964	34,4	
Kl.-Umstadt .	9 002	3 654	6	23 393	16	3366	809	28	—	—	7 308	50	
	6 018	7 393	6	23 392	12	3084	851	17	341	30	7 393	30	
	13 468	7 393	18	23 392	36	—	851	40	159	50	6 294	34,4	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	des gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Ertrag Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Kl.-Zimmern	11 555	7 723	20	9 371	40	811	2463	20	—	40	7 723	60	
	9 293	8 791	15	9 279	30	886	1733	30	5926	15	8 791	40	
	11 262	8 791	15	9 279	30	—	1485	57,5	6033	57,5	8 278	34,4	
Langstadt . .	4 591	5 797	7	18 453	13,2	1878	382	14,5	—	40	5 797	20	
	3 520	5 911	6	15 193	12	1617	436	12	250	—	5 484	20	
	4 396	5 791	14,3	12 189	28,6	—	436	20	250	—	5 168	—	
Lengfeld . . .	33 633	14 358	15	54 095	33	6344	1259	70	—	—	13 677	60	
	28 836	14 347	20	37 456	41	6250	1249	50	1976	20	13 673	50	
	18 285	14 347	15	37 456	30	—	1249	40	1669	20	13 543	30	
Lichtenberg .	4 234	3 958	16,6	1 718	32,6	246	491	40	—	40	3 958	60	
	3 781	4 164	16,6	1 692	32,6	246	515	40	380	40	4 164	50	
	4 050	4 164	26	1 692	52	—	515	60	380	60	4 736	34,4	
Lützelbach . .	987	1 646	5,5	4 739	11	494	217	9	—	—	1 646	20	
	1 077	1 646	6	4 740	12	417	221	10	165	10	1 646	20	
	1 672	1 646	10	4 740	20	—	221	20	221	10	1 380	34,4	
Meßbach . . .	1 277	693	10	4 332	20	417	14	15	—	—	693	40	
	612	693	6	4 330	12	417	12	12	—	—	693	—	
	563	693	6	4 330	12	—	12	12	—	—	870	—	
Messenhausen	1 339	382	40	993	80	298	26	50	—	—	382	60	
	1 283	440	40	995	80	298	26	30	23	—	440	50	
	1 259	440	40	995	80	—	26	30	23	50	779	34,4	
Mosbach . . .	3 480	3 347	5	11 318	20	1557	342	20	—	—	3 347	20	
	3 095	3 348	10	11 306	20	1349	319	10	48	—	3 348	10	
	3 483	3 348	12	11 303	24	—	342	10	48	—	2 989	11,2	
Münster . . .	28 107	16 785	24	21 918	48	4359	in Spalte 7 enthalten	80	—	—	16 785	60	
	37 469	16 909	36	21 809	72	2104	1561	100	1780	200	16 909	50	
	49 000	16 909	60	21 809	130	—	1561	130	1780	190	20 016	34,4	
Neunkirchen .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	1 400	1 274	13	3 332	26	344	182	20	32	—	1 274	22	
	1 328	1 274	12	3 332	25	—	182	20	32	—	976	34,4	
Neutsch	2 373	1 430	12	6 935	18	1447	81	10	—	—	1 430	60	
	1 000	1 430	5	7 081	10	1447	5	1	27	—	1 430	20	
	2 273	1 430	12	6 935	24	—	81	24	27	24	1 470	28	
Nied.-Klingen	11 251	4 552	20	13 946	40	2237	302	80	—	—	4 552	60	
	8 745	4 552	16	13 946	32	2237	302	50	189	50	4 552	48	
	10 318	4 557	27	13 771	54	—	301	60	212	60	3 911	34,4	
Nied.-Modau	10 000	5 230	25,3	9 303	51	1275	611	50	—	—	5 010	60	
	7 900	5 418	18	9 301	36	1275	612	50	239	52	5 363	47	
	7 900	5 624	23,5	9 376	47	—	609	60	239	62	4 818	34,4	
Niedernhausen . . .	2 900	2 948	10	9 545	20	840	580	10	—	—	2 948	20	
	2 712	2 993	9	9 539	18	1418	—	9	305	—	2 993	20	
	3 208	2 993	14	9 533	28	—	578	10	305	20	2 572	—	
Nieder-Roden	10 074	12 654	12	13 248	24	904	326	28	—	—	12 654	40	
	21 200	10 712	50	13 266	80	899	349	50	687	50	10 494	50	
	24 580	11 215	55	12 644	110	—	303	70	627	70	11 400	34,4	
Nonrod . . .	1 573	921	20	2 095	30	273	211	55	—	40	921	60	
	1 093	921	12	2 095	24	273	211	36	70	50	921	30	
	1 521	921	22	2 095	44	—	211	40	70	40	961	34,4	
Ober-Klingen	6 387	5 378	12	18 099	24	2049	315	8	—	—	5 378	30	
	6 900	5 378	12	18 530	24	2148	301	8	305	—	5 378	30	
	7 000	5 378	13	18 530	25	—	301	9	305	—	4 835	34,4	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Ober-Modau	3 236	2 525	12	8 873	23	991	303	15	—	—	2 525	30	
	1 064	2 120	5	8 916	8	983	284	1	202	10	2 120	10	
	1 058	2 120	5	8 916	8	—	284	1	202	10	2 697	8	
Ober-Rausses	1 450	551	25	1 895	52	—	—	—	—	—	551	60	
	990	561	18,5	1 895	32	—	—	—	54	—	561	50	
	1 060	561	20	1 895	43	—	10	50	54	50	303	34,4	
Ober-Roden	30 372	21 094	20	23 538	40	2524	2968	20	—	50	21 094	60	
	41 020	21 423	35	23 368	70	2179	2504	80	1964	100	21 423	50	
	33 900	21 423	30	23 368	66,5	—	2504	68	1958	87	24 937	34,4	
Radheim	2 054	2 460	2	9 172	15	1394	248	15	—	—	2 460	20	
	2 966	2 468	11	9 055	22	1269	235	22	16	—	2 468	20	
	2 954	2 422	12	8 958	24	—	123	24	16	20	3 088	16	
Raibach	3 492	2 461	12	4 975	30	923	273	20	—	—	2 461	60	
	8 748	2 661	55	4 980	110	604	358	50	69	—	2 661	50	
	4 315	2 672	29	4 919	58	—	236	28	69	—	1 814	34,4	
Reinheim	44 250	29 932	10	45 373	35	4109	4166	20	—	40	29 932	60	
	36 341	29 977	10	45 364	32	3661	4338	20	4440	50	29 977	50	
	49 179	29 977	30	45 364	60	—	4338	50	3559	50	30 003	34,4	
Richen	4 950	3 479	10	18 096	20	1989	953	10	—	—	3 479	20	
	5 007	3 973	10	18 378	20	1683	769	10	172	—	3 446	20	
	5 222	3 973	11	18 747	22	—	769	11	172	22	4 615	13	
Rodau	7 139	1835*) 1785**)	10*) 5**)	8451*) 7931**)	35*) 20**)	1909	343	50	—	20	1 835	40	*) mit Hottenbacher Hof **) ohne Hottenbacher Hof
	5 679	1858*) 1808**)	12*) 6**)	8447*) 7927**)	36*) 12**)	1058	357	30	149	30	1 858	48	
	5 505	1858*) 1808**)	20*) 6**)	8447*) 7924**)	40*) 12**)	—	357	30	118	30	1 844	34,4	
Rohrbach	5 740	2 914	17	8 629	35	1253	291	33	—	—	2 914	60	
	5 000	2 914	15	8 623	30	1248	286	33	108	20	2 914	50	
	5 000	2 914	21	8 623	41	—	286	50	108	50	1 933	34,4	
Schaafheim	14 000	16 303	6	58 362	12	5103	1894	10	—	15	16 303	30	
	11 400	16 849	4,5	59 647	9	4776	2254	10	1062	10	16 849	30	
	12 270	16 849	7	59 647	14	—	2254	20	1062	20	13 201	15	
Schlierbach	3 057	3 404	10	8 674	20	1165	341	20	—	—	3 404	20	
	1 640	3 133	6	8 674	12	1035	436	10	73	—	3 133	10	
	1 395	3 110	6	8 644	12	—	436	10	73	—	2 604	5	
Schloß-Rausses	605	180	12	2 051	24	—	—	—	—	—	180	50	
	888	180	20	2 051	36	66	—	36	3	—	180	50	
	900	180	20	2 051	41,5	—	2	50	3	50	40	34,4	
Semd	19 986	7 186	20	36 223	36	3958	745	25	—	—	7 186	60	
	21 746	7 440	25	37 519	40	3741	754	30	409	—	7 440	50	
	28 963	7 440	30	37 519	65	—	754	45	409	—	6 211	34,4	
Sickenhofen	5 995	3 928	15	11 049	22	1654	280	30	—	—	3 861	60	
	5 000	4 080	10	11 372	20	1048	497	25	354	—	3 861	50	
	10 000	4 080	30	11 372	60	—	311	75	354	100	3 947	34,4	
Spachbrücken	6 700	6 954	8	20 461	20	2425	1058	20	—	25	6 954	10	
	12 842	7 191	18	20 433	36	2355	1051	36	466	20	7 191	40	
	12 096	7 191	18	20 433	39	—	1051	36	466	20	6 900	34,4	
Steinau	2 749	1 430	20	3 489	40	385	34	50	—	—	1 430	60	
	1 490	1 430	12	3 488	24	393	34	30	20	50	1 430	24	
	1 292	1 430	15	3 488	30	—	34	40	45	40	1 339	—	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	des gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Ueberau . . .	20 800	7 128	30	20 886	60	3094	206	50	—	50	7 128	60	
	19 798	7 464	30	20 874	60	2560	216	48	323	40	7 464	48	
	24 229	7 464	44	20 874	88	—	216	60	304	60	6 581	34,4	
Urberach . . .	53 237	22 487	20	15 403	40	1605	9 619	70	—	40	22 188	60	
	52 331	23 174	20	15 411	40	1566	13 272	70	13 974	182	22 856	25	
	56 871	23 561	20	15 419	50	—	12 807	70	14 043	182	28 851	34,4	
Webern . . .	1 982	262	40	1 847	90	106	11	50	—	—	262	60	
	1 954	262	40	1 848	90	100	11	50	—	—	262	50	
	1 866	262	45	1 848	90	—	11	50	—	—	232	34,4	
Wembach . .	5 202	2 851	12	8 691	32	1211	324	24	—	—	2 851	60	
	5 100	3 007	12	8 793	32	1199	315	24	165	20	3 007	50	
	4 800	3 007	15	8 793	40	—	315	24	165	20	2 474	34,4	
Wersau	6 100	5 556	10	17 711	20	1722	353	20	—	—	5 556	30	
	4 500	5 545	10	17 715	20	1722	354	20	384	—	5 545	—	
	4 200	5 545	10	17 715	20	—	354	20	384	10	5 082	—	
Wiebelsbach .	5 500	6 673	9	10 063	19	2318	972	31	—	—	6 673	30	
	5 200	4 130	12	10 061	24	2288	978	33	456	—	4 130	30	
	6 850	7 209	18	10 061	37	—	935	48	456	40	3 505	34,4	
Zeilhard . . .	10 990	4 571	30	10 934	60	1381	291	30	—	30	3 932	60	
	8 649	4 517	24	10 909	48	1378	296	24	168	24	3 932	48	
	10 369	4 517	33	10 909	66	—	296	40	168	40	4 341	34,4	
Kreis Erbach													
Affhöllerbach	3 914	1 331	25	4 548	50	720	134	62	—	—	1 331	60	
	3 595	1 331	23,5	4 522	47	720	127	58,3	18	—	1 331	50	
	4 980	1 331	38	4 530	89	—	127	93	18	—	941	39,845	
Airlenbach . .	2 000	2 230	6	10 798	11,3	1297	42	50	—	—	2 230	—	
	2 000	2 184	5,7	10 798	11,4	1298	243	44	65	—	2 184	—	
	2 000	2 184	8	10 798	16	—	243	44	65	—	1 988	—	
Annelsbach .	1 525	376	14	3 392	27	698	6	50	—	—	376	60	
	1 300	376	12	3 392	23	698	6	42,5	5	—	376	50	
	1 300	376	14	3 392	35	—	6	47	5	—	200	39,845	
Asselbrunn . .	1 862	370	26,4	2 718	52,8	103	—	108	—	—	370	60	
	1 882	370	26,4	2 728	53,8	103	—	108	5	—	370	60	
	1 882	370	33	2 728	70	—	—	—	5	—	308	39,845	
Beerfelden . .	34 000	22 730	25	19 785	40	1561	4 561	50	—	30	22 730	60	
	35 600	23 197	25,2	19 767	42,6	1511	4 911	52	4 931	85	23 197	60	
	35 250	23 197	30,5	19 767	52	—	4 911	63	4 931	103	24 588	39,845	
Birkert	1 902	824	12	3 028	23	1078	9	60	—	—	824	60	
	2 382	824	20	3 030	40	1078	9	60	29	—	824	50	
	2 280	824	22	3 030	66	—	9	66	29	—	220	39,845	
Bockenrod . .	1 534	1 020	10	4 188	14	471	348	30	—	—	1 020	60	
	644	1 020	7	4 188	11	471	348	20	56	—	1 020	—	
	644	1 020	7	4 188	13	—	348	20	56	—	1 007	—	
Böllstein . . .	2 982	1 271	27	2 407	54	915	15	65	—	—	1 271	60	
	3 311	1 369	32	2 407	64	915	15	78	33	—	1 369	50	
	3 200	1 369	36	2 407	99	—	15	86	33	—	810	39,845	
Breitenbrunn	4 600	2 765	10	8 683	24	2459	88	30	—	—	2 765	60	
	4 600	2 748	10	8 583	24	2439	88	28	37	—	2 748	60	
	7 800	2 748	34	8 583	72	—	88	67	37	—	1 615	39,845	
Bullau	4 630	1 440	28	5 364	55	534	17	84	—	—	1 440	60	
	6 160	1 503	38	5 364	76	541	16	110	86	—	1 503	60	
	7 866	1 503	53,2	5 364	124	—	16	154	86	—	1 100	39,845	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926. 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Steuerwert 100 M.	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Steuerwert 100 M.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des gewerblichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Sondergebäudesteuer: Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Dorf Erbach .	1 300	1 865	5	3 738	9	487	92	45	—	—	1 865	40	
	2 700	1 865	15,2	3 631	30,4	469	84	70	109	—	1 865	50	
	1 300	1 865	12	3 631	30	—	84	56	109	—	1 998	—	
Dusenbach . .	1 385	325	16	3 623	21	951	—	40	—	—	325	60	
	1 395	325	16	3 620	21	951	—	40	—	—	325	60	
	1 855	325	24	3 620	48	—	—	—	—	—	175	39,845	
Eberbach . . .	500	462	5,7	3 684	11,4	537	2	12	—	—	462	—	
	—	462	—	3 664	—	546	2	—	—	—	462	—	Erhebt für 1926 Rj. keine Umlagen
	350	462	5	3 664	9	—	2	—	—	—	567	—	
Ebersberg . .	2 230	1 717	10	3 989	20	593	240	28	—	—	1 717	60	
	1 600	1 717	7	3 989	14	593	241	20	51	—	1 717	45	
	1 400	1 717	6	3 989	13	—	241	16	51	—	1 922	39	
Elsbach . . .	1 503	555	13	3 446	25	545	4	50	—	—	555	60	
	900	555	10	3 446	20	549	—	37,5	9	—	555	—	
	1 650	555	16	3 446	38	—	—	—	9	50	687	39,845	
Erbach	79 000	60 514	25	18 490	50	731	14 521	70	—	25	60 514	60	
	79 900	60 316	30	18 809	60	696	13 740	85	12 525	50	60 316	60	
	78 300	60 316	35	18 809	65	—	13 740	90	12 525	55	64 635	39,845	
Erbuch	600	530	12	2 289	23	289	70	7	—	—	530	—	
	600	530	12	2 289	23	289	70	7	1	—	530	—	
	700	530	14,5	2 289	29	—	70	8	1	—	349	—	
Erlenbach . .	2 300	1 366	12	4 532	23	400	36	70	—	—	1 366	60	
	2 200	1 373	11	4 354	22	452	40	70	50	—	1 373	60	
	2 000	1 373	12	4 354	29	—	40	70	50	—	1 409	39	
Ernsbach . . .	1 660	648	25	1 876	50	203	69	50	—	—	648	60	
	1 210	672	25	1 894	50	244	68	50	6	—	672		
	1 800	672	32,5	1 894	71	—	68	65	6	—	502	39,845	
Erzbach. . . .	1 792	1 267	12	3 540	22	586	91	20	—	—	1 267	60	
	1 328	1 267	8,4	3 540	15,4	586	91	14	14	—	1 267	50	
	1 150	1 267	14	3 540	28	—	91	14	14	—	1 230	—	
Etzean	2 000	848	14	4 074	26	463	81	60	—	—	848	60	
	1 500	848	14,4	4 156	27,4	338	86	61,7	27	—	848	—	
	2 000	848	16	4 156	35	—	86	68	27	—	970	39,845	
Etzen-Gesäß .	2 084	1 636	12	3 071	24	935	433	40	—	11	1 636	30	
	1 378	1 696	7,8	3 071	15,6	920	438	26	243	42	1 696	20	
	1 431	1 696	10	3 071	20	—	438	32	243	50	1 120	20	
Falken-Gesäß	4 872	3 432	12	8 080	23	1383	565	31	—	—	3 432	60	
	3 600	3 639	8	8 092	15	1285	642	20	416	—	3 639	50	
	4 600	3 639	13,3	8 092	30,8	—	642	33,4	416	—	3 789	39,845	
Forstel	1 797	495	12	3 534	32	1321	—	24	—	—	495	60	
	1 300	495	8,4	3 534	22,4	1321	—	16,8	—	—	495	50	
	1 300	495	10	3 534	32	—	—	—	—	—	386	39,845	
Frohnhofen .	300	310	3,6	2 456	7,2	361	10	31	—	—	310	—	
	—	310	—	2 456	—	361	61	—	—	—	310	—	Erhebt für 1926 Rj. keine Umlagen
	250	310	4	2 456	9,5	—	61	20	—	—	450	—	
Fürstengrund	3 943	2 195	15	6 182	22	2444	53	40	—	—	2 195	60	
	5 800	2 195	24	7 080	35,2	2443	54	64	44	—	2 195	60	
	5 682	2 195	29	7 080	68	—	54	77	44	—	904	39,845	
Gammelsbach	9 350	3 694	30	8 103	60	972	506	70	—	40	3 694	60	
	7 200	3 833	21	8 088	42	1111	345	49	193	40	3 833	60	
	7 200	3 833	24	8 088	55	—	345	55	193	44	4 175	39,845	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Gersprenz . .	1 603	873	12	4 336	21	645	193	10	—	—	873	60	
	903	873	9	4 329	18	645	186	9	7	—	873	—	
	1 200	873	12	4 329	25	—	186	12	7	—	786	—	
Gr.-Gumpen	3 600	2 682	9	9 125	18	1196	191	8	—	—	2 682	60	
	3 000	2 682	9	9 066	18	1128	168	8	26	—	2 682	40	
	3 500	2 682	13	9 066	27	—	168	12	26	—	1 804	39	
Günterfürst .	7 450	2 255	42,2	4 963	84,4	677	198	111	—	—	2 255	60	
	6 400	2 255	37,2	4 949	74,4	667	85	98	113	—	2 255	51	
	7 220	2 255	46	4 949	106	—	85	120	113	—	2 124	39,845	
Güttersbach .	5 500	1 823	29	5 470	57	930	76	80	—	—	1 823	60	
	5 000	1 820	25	5 461	50	930	185	72,8	120	—	1 820	60	
	5 000	1 820	28	5 461	69	—	185	80	120	—	1 635	39,845	
Gumpersberg	1 864	442	29	2 108	58	867	6	31	—	—	442	60	
	1 900	442	30	2 108	60	867	7	31	5	—	442	60	
	1 900	442	35	2 108	79	—	7	35	5	—	204	39,845	
Haingrund . .	4 650	1 666	30	3 887	60	1109	22	60	—	—	1 666	60	
	3 950	1 671	27,3	3 806	54,6	1139	21	54,6	50	—	1 671	50	
	3 200	1 671	25	3 806	60	—	21	50	50	—	1 329	39,845	
Hainstadt . . .	7 194	5 045	12	9 926	20	2575	1014	60	—	—	5 045	50	
	5 330	5 122	10	9 701	17	2408	1019	48	438	—	5 122	30	
	5 300	5 122	15	9 701	30	—	1019	58	438	—	3 531	30	
Haisterbach . .	4 400	3 282	11,4	5 593	22,8	978	465	60	—	—	3 282	60	
	5 400	3 266	14	6 546	29	978	408	81,6	500	—	3 266	60	
	5 600	3 266	19	6 546	52	—	408	107	500	—	2 983	39,845	
Hassenroth . .	4 000	1 607	25	4 273	46	1370	30	50	—	—	1 607	60	
	4 000	1 675	25	4 267	46	1370	29	50	67	—	1 675	60	
	4 000	1 675	28	4 267	68	—	29	56	67	—	1 587	39,845	
Hebstahl . . .	3 542	1 421	26	4 056	51	497	28	60	—	—	1 421	60	
	3 542	1 322	26	4 147	52	500	138	60	10	—	1 322	50	
	3 542	1 322	29	4 147	58	—	138	60	10	—	1 654	39,845	
Hembach . . .	2 173	790	26	1 879	52	755	2	70	—	—	790	60	
	1 572	787	18	1 878	36	751	2	47	1	—	787	50	
	2 512	787	50	1 878	100	—	2	90	1	—	664	39,845	
Hesselbach . .	3 643	989	30	3 645	60	468	5	120	—	—	989	60	
	3 630	989	22	5 379	44	468	5	120	7	—	989	60	
	4 265	989	30	5 379	68	—	5	140	7	—	891	39,845	
Hetschbach . .	5 320	1 869	31	5 044	62	759	22	70	—	—	1 869	60	
	5 250	1 895	30	5 043	60	754	22	70	89	—	1 895	60	
	6 200	1 895	45	5 043	92	—	22	63	89	—	1 745	39,845	
Hetzbach . . .	4 000	5 612	10	14 314	18	1534	348	49	—	—	5 612	—	
	3 000	6 044	7,5	14 289	13,5	1543	843	29	392	—	6 044	—	
	12 000	6 044	25	14 289	52	—	843	94	392	—	5 911	39,845	
Höchst	46 754	27 920	24	21 934	54	4263	5015	82	—	22	27 920	60	
	36 620	28 487	19	21 871	40	3801	4928	85	4402	25	28 487	50	
	39 100	28 487	23	21 871	66	—	4928	106	4402	30	30 022	39,845	
Höllerbach . .	3 200	1 537	28	3 360	35	1207	26	60	—	—	1 537	60	
	2 979	1 542	26	3 360	33	1157	33	55	60	—	1 542	53	
	4 506	1 542	48	3 360	97	—	33	102	60	—	1 230	39,845	
Hüttenthal . .	5 700	2 080	25	7 410	43	662	303	80	—	—	2 080	60	
	5 700	2 151	25	7 413	44	855	332	80	150	—	2 151	50	
	4 950	2 151	22	7 413	47	—	332	70	150	—	1 972	39,845	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Ertrag Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Hummetroth .	4 130	1 688	30	3 601	60	1027	65	50	—	—	1 688	60	
	5 240	1 735	39,6	3 601	79,2	1027	72	66	204	15	1 735	60	
	4 250	1 735	36	3 601	88	—	72	60	204	14	1 057	39,845	
Kailbach jens.	1 900	672	30	2 035	60	100	62	70	—	—	672	60	
	2 444	721	40	2 035	80	100	63	94	17	—	721	60	
	2 500	721	45	2 035	90	—	63	60	17	—	795	39,845	
Kimbach . . .	3 300	1 728	16	5 040	32	875	160	37	—	—	1 728	60	
	3 000	1 803	14	5 041	28	875	160	33,6	59	—	1 803	60	
	3 900	1 803	25	5 041	58	—	160	60	59	—	1 278	39,845	
Kirch-Beerfurth	2 039	1 604	10	3 536	17	416	378	40	—	—	1 604	60	
	1 339	1 604	12	3 518	22	416	374	48	124	—	1 604	—	
	1 344	1 604	12	3 518	28	—	374	48	124	—	1 750	—	
Kirch-Brombach	13 500	7 178	22	13 464	42,3	3526	857	35	—	10	7 178	60	
	13 350	7 194	22	13 470	44	3456	873	38	1 248	35	7 194	53	
	13 350	7 194	30	13 470	59	—	873	50	1 248	50	5 680	39,845	
Kl.-Gumpen .	3 570	2 204	13	7 603	25	717	396	6	—	—	2 284	60	
	2 400	2 284	9	7 603	17	718	364	4,2	20	—	2 284	40	
	2 000	2 284	8,1	7 603	15	—	364	4	20	—	1 725	39	
König	44 995	32 397	22	20 953	41	3929	3 772	70	—	25	32 397	60	
	46 172	32 512	24	20 948	43,2	3701	3 689	74	4 410	100	32 512	60	
	46 523	32 512	31,2	20 948	72,5	—	3 689	96	4 410	130	29 972	39,845	
Lang.-Brombach B. S. .	8 400	5 260	25	7 206	47	1497	437	30	—	—	5 260	60	
	8 000	5 435	23	7 220	42	1481	437	26,4	281	—	5 435	60	
	8 000	5 435	32,2	7 220	64	—	437	37	281	—	3 861	39,845	
Lang.-Brombach F. S. .	2 500	880	25	3 179	48	601	84	40	—	—	880	60	
	2 200	880	22	3 196	42	601	84	35	29	—	880	50	
	2 000	880	22	3 196	48	—	84	35	29	—	695	39,845	
Lauerbach . .	1 650	3 116	3	3 759	6	578	1 306	12	—	—	3 116	37	
	600	3 061	3,6	3 765	7,2	578	1 046	14,4	370	—	3 061	—	
	—	3 061	—	3 765	—	—	1 046	—	370	—	3 363	—	Erhebt für 1927 Rj. keine Umlagen
Lützel-Wiebelsbach	11 100	6 010	30	8 492	45	3416	118	54	—	—	6 010	60	
	10 800	5 935	30	8 484	45	3354	131	54	119	—	5 935	60	
	15 000	5 935	57	8 484	121	—	131	101	119	—	3 317	39,845	
Michelstadt. .	114 383	73 972	20	26 219	40	840	28 737	70	—	40*)	73 972	60	*) Zuschlagsatz wurde nachträglich auf 65 Rpf. erhöht Ungedeckter Fehlbetrag 23 986,64 Mk.
	107 490	75 137	20	27 179	40	921	31 297	70	19 966	115	75 137	60	
	121 265	75 137	20	27 179	40	—	31 297	70	19 966	115	76 187	39,845	Ungedeckter Fehlbetrag 24 905,60 Mk.
Mittel-Kinzig	2 142	432	26	2 891	51	851	3	39	—	—	432	60	
	2 180	432	26	2 891	52	851	3	39	—	—	432	60	
	1 900	432	25	2 891	60	—	3	39	—	—	176	39,845	
Momart . . .	4 700	2 488	22	5 033	42	809	129	60	—	—	2 488	60	
	4 700	2 488	22	5 060	42	809	129	60	72	—	2 488	60	
	4 700	2 488	28	5 060	64	—	129	75	72	—	1 824	39,845	
Mühlhausen .	423	256	25	374	50	188	70	8	—	—	256	60	
	365	256	22,5	374	45	188	72	7,2	2	—	256	50	
	306	256	23	374	54	—	72	8	2	—	127	39,845	
Mümling-Grumbach .	9 760	6 270	15	9 207	28	1600	2 346	50	—	25	6 270	60	
	7 500	6 347	12,2	9 186	24,4	1500	2 346	28,4	4 782	20	6 347	40	
	9 500	6 347	18	9 186	42	—	2 346	42	4 782	29	5 396	39,845	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Neustadt . . .	15 500	9 797	26,4	7 617	52,8	5020	1195	50	—	—	9 797	60	
	14 000	9 739	25	7 309	50	4020	1184	56	1017	—	9 739	51	
	14 700	9 739	44	7 309	88	—	1184	72	1017	—	7 869	39,845	
N.-Kainsbach	6 497	2 667	21	10 132	37	806	457	70	—	—	2 667	60	
	5 325	2 724	16,2	10 130	28,5	806	463	54	253	—	2 724	50	
	6 925	2 724	26	10 130	52	—	463	86	253	—	1 601	39,845	
Nieder-Kinzig	3 839	1 702	22	4 718	34	1358	28	60	—	—	1 702	60	
	3 000	1 678	17	4 898	26	1318	28	45	47	—	1 678	50	
	4 000	1 678	29	4 898	64	—	28	76	47	—	982	39,845	
Ober-Finkenbach	2 631	1 885	10	4 443	20	416	499	50	—	—	1 885	60	
	2 000	2 322	10	4 436	20	421	442	50	83	—	2 322	20	
	2 000	2 322	11	4 436	25	—	442	50	83	—	2 248	20	
Ober-Hilterskingen . . .	3 700	1 163	61	1 575	121	429	33	84	—	—	1 163	60	
	3 000	1 125	49	1 560	97	422	43	67,2	28	—	1 125	60	
	3 000	1 125	53	1 560	130	—	43	73	28	—	893	39,845	
O.-Kainsbach	5 878	3 491	25	6 842	50	1174	180	5	—	—	3 491	60	
	5 266	3 546	20	6 819	40	1173	174	4	154	—	3 546	51	
	6 000	3 546	27,6	6 819	57	—	174	8	155	—	3 002	39,845	
Ober-Kinzig .	4 400	1 699	18	6 309	35	2316	90	38	—	—	1 699	60	
	4 650	1 691	19	6 307	38	2316	90	38	119	—	1 691	60	
	4 650	1 691	23	6 307	62	—	90	46	119	—	842	39,845	
Ober-Klein-Gumpen . .	1 500	699	12	3 842	19	409	5	70	—	—	699	60	
	1 500	699	13	3 842	20	409	5	71	2	—	699	50	
	1 760	699	18,2	3 842	38	—	5	99	2	—	509	39,845	
Ober-Mossau	5 390	3 370	15	9 556	24	1340	672	30	—	—	3 378	60	
	5 900	3 448	17	9 570	27	1340	672	36	393	—	3 448	60	
	6 880	3 448	23	9 570	45	—	672	80	393	—	3 229	39,845	
Ober-Ostern .	4 824	3 048	14	6 545	28	1225	364	47	—	—	3 048	60	
	1 401	2 612	6,5	6 997	13	1225	364	23	73	—	3 612	—	
	2 520	2 612	14	6 997	29	—	364	45	73	—	3 057	—	
Ob.-Sensbach	1 100	1 363	4	8 103	7	685	32	20	—	—	1 363	30	
	2 400	1 542	11,2	9 110	19,6	685	146	56	32	—	1 542	—	
	3 900	1 542	16	9 110	33	—	146	79	32	—	1 515	39,845	
Olsen	1 600	977	10	4 152	18	340	33	60	—	—	977	60	
	1 670	1 031	10	4 131	18	347	155	60	40	—	1 031	60	
	2 550	1 031	20	4 131	44	—	155	120	40	—	970	39,845	
Pfaffen-Beerfurth	4 233	5 352	12	5 473	24	750	1938	25	—	—	5 352	30	
	4 141	5 354	12	5 449	24	750	1073	25	291	—	5 354	33	
	1 600	5 354	8	5 449	20	—	1073	16	291	—	5 921	—	
Pfirschbach . .	2 080	970	22	3 025	36	939	19	40	—	—	970	60	
	2 130	970	22	3 006	36	939	23	40	41	—	970	50	
	2 100	970	26,4	3 006	53	—	23	48	41	—	646	39,845	
Rai-Breitenbach	6 125	2 376	22	8 179	45	2059	33	26	—	—	2 376	60	
	6 188	2 376	23,6	8 179	48,2	1659	37	27,9	92	—	2 376	53	
	6 214	2 376	28	8 179	63	—	37	33	92	—	1 055	39,845	
Raubach . . .	1 000	359	35	905	70	77	2	60	—	—	359	60	
	1 000	359	35	905	70	83	2	60	7	—	359	60	
	800	359	30	905	62	—	2	50	7	—	345	39,845	
Rehbach . . .	4 921	2 078	16	9 448	33	1043	90	20	—	—	2 078	60	
	4 965	2 123	21,6	9 442	44,5	1043	85	27	58	—	2 123	—	
	4 805	2 123	19	9 442	39	—	85	24	58	—	1 812	39,845	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Steuerwert 100 M.	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Steuerwert 100 M.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des gewerblichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Sondergebäudesteuer: Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Reichelsheim.	3 200	24 830	15,4	16 775	30,8	1464	4094	80	—	38	24 830	60	
	3 600	25 163	21	16 701	43	1459	4197	100	3262	100	25 163	60	
	3 600	25 163	26,5	16 701	62	—	4197	126	3262	126	24 300	39,845	
	3 200	—	7,7	—	15,4	—	—	7,7	—	—	—	—	evg. Kirchspielskosten: Auf die evg. Parochianen
Rimhorn . . .	2 552	3 895	8	7 300	15	2584	75	20	—	30	3 895	15	
	4 052	3 895	11	7 300	22	2584	74	34	155	100	3 895	25	
	6 250	3 895	25	7 300	56	—	74	80	155	100	2 582	39,845	
Rohrbach . .	1 831	1 596	12	4 218	20	852	38	32	—	—	1 596	40	
	1 880	1 601	12	4 218	20	867	38	32	36	—	1 601	40	
	2 100	1 601	13	4 218	28	—	38	33	36	—	1 896	39	
Rothenberg mit Ober-Heinbrunn	7 994	6 361	13	13 544	18	1903	182	50	—	—	5 324	60	
	8 900	5 900	17,8	13 560	25	1882	558	64	246	—	5 900	50	
	8 900	5 900	20	13 560	38	—	558	70,4	246	—	5 873	39,845	
Sandbach . .	9 300	11 880	8	7 622	10	1579	8660	30	—	17	11 880	20	
	13 000	11 922	13,5	7 541	18	1579	8683	57	5234	80	11 922	—	
	16 000	11 922	14	7 541	30	—	8683	58	5234	80	7 284	39	
Schöllenbach.	7 200	4 234	20	8 587	38	554	293	70	—	—	4 234	60	
	5 400	4 206	14,2	8 685	27	555	305	50	446	—	4 206	50	
	6 000	4 206	20	8 685	42	—	305	70	446	—	3 403	39,845	
Schönnen . .	2 720	1 689	8,6	6 722	17,2	628	702	40	—	—	1 689	60	
	6 800	1 746	30	6 701	60	628	594	100	185	—	1 746	60	
	7 000	1 746	39	6 701	78	—	594	100	185	—	1 422	39,845	
Seckmauern .	8 300	4 673	26	5 983	53	2521	102	44	—	—	4 673	60	
	6 300	4 661	19	5 972	38	2301	115	35	275	—	4 661	50	
	9 600	4 661	45	5 972	100	—	115	71	275	—	3 755	39,845	
Steinbach . .	29 336	23 498	17	8 306	40	1053	7875	40	—	40	23 498	60	
	39 600	22 380	30	8 490	75	1028	7301	86	6050	100	22 380	60	
	31 500	22 380	28	8 490	78	—	7301	80	6050	93	18 549	39,845	
Steinbuch . .	5 065	2 992	25	4 248	50	1042	252	40	—	—	2 992	60	
	4 400	2 972	22	4 277	44	1033	102	36	233	—	2 972	50	
	3 700	2 972	21	4 277	47	—	102	34	233	—	2 634	39,845	
Stockheim . .	3 800	3 756	25	2 191	28	468	482	40	—	—	3 756	60	
	6 441	4 151	40	2 073	73	467	607	77	228	—	4 151	60	
	5 607	4 151	42	2 073	91	—	607	74	228	—	3 832	39,845	
Unter-Finkenbach	1 700	674	30	1 613	59	200	5	80	—	—	674	60	
	1 200	674	18,6	1 613	36,6	188	17	49,6	24	—	674	60	
	1 700	674	32	1 613	73	—	17	85	24	—	769	39,845	
Unter-Hilterskingen . . .	4 398	926	35,3	4 472	70,6	430	29	80	—	—	926	60	
	3 500	935	29	4 468	56,5	430	31	64	21	—	935	50	
	3 500	935	35	4 468	64	—	31	65	21	—	921	39,845	
Unter-Mossau	7 900	3 710	23	10 385	38	1612	509	42	—	—	3 710	60	
	6 700	3 720	19	10 369	31	1562	484	34	314	—	3 720	60	
	5 900	3 720	20	10 369	38	—	484	35	314	—	2 761	39,845	
Unter-Ostern .	2 525	2 664	4	5 521	20	1019	316	30	—	—	2 664	40	
	2 450	2 664	7,7	5 484	15,4	1019	315	22,5	131	—	2 664	41	
	2 500	2 664	10	5 484	23	—	315	27	131	—	2 343	39	
Unter-Sensbach	5 600	1 866	25	9 237	39	778	76	60	—	—	1 866	60	
	8 200	1 956	39	9 239	61	780	80	93	85	—	1 956	60	
	10 000	1 956	50	9 236	88	—	80	120	85	—	2 264	39,845	
Vielbrunn . .	8 100	6 695	10	11 750	16	1731	670	50	—	35	6 695	60	
	13 000	6 904	23	11 769	37	1633	535	110	557	100	6 904	60	
	11 400	6 904	25	11 769	54	—	535	110	557	100	5 664	39,845	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	Steuerwert des gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Wald-Amorbach	500	1 604	4	5 024	7	1494	43	5,8	—	—	1 604	—	
	1 000	1 741	8,5	5 024	14	1494	46	11,6	43	—	1 741	—	
	1 200	1 741	10	5 024	21	—	46	14	43	—	968	—	
Wallbach	3 150	1 307	22	4 146	30	1193	13	70	—	—	1 307	60	
	3 000	1 325	22	4 140	30	1103	11	62	46	—	1 325	60	
	3 000	1 325	27	4 140	56	—	11	75	46	—	851	39,845	
Welten-Gefäß	6 000	2 980	25	7 781	38	864	195	60	—	—	2 980	60	
	6 000	3 020	26	7 479	39	848	183	60	138	—	3 020	60	
	6 000	3 020	31,4	7 479	56	—	183	72,6	138	—	2 029	39,845	
Würzberg	4 460	4 377	7	8 142	14	1445	283	24	—	—	4 377	60	
	7 173	4 437	19	8 144	38	1495	272	65	213	—	4 437	50	
	6 000	4 437	20	8 144	45	—	272	61	213	—	3 301	39,845	
Würzberg mit Eulbach	1 600	5 384	5,9	9 396	11,8	1455	572	9	—	—	—	—	
	2 049	5 444	7,4	9 398	15	1505	561	11,2	—	—	—	—	
	2 337	5 444	9	9 398	19	—	561	14	—	—	—	—	
Zell	10 000	6 538	21	6 444	42	623	1700	88	—	—	6 538	60	
	11 600	6 533	25	6 593	50	623	1688	80	2240	40	6 533	60	
	12 000	6 533	32,5	6 593	75	—	1688	104	2240	52	5 241	39,845	
Kreis Gr.-Gerau													
Astheim	17 900	7 751	30	13 749	60	1880	719	70	—	50	7 751	60	
	17 600	7 781	31	13 605	62	1903	754	80	692	80	7 772	55,7	
	20 500	7 612	44	13 453	94	—	754	140	692	140	7 338	35,2	
Bauschheim	18 000	7 477	25	15 306	56	2644	199	100	—	50	7 477	60	
	22 000	7 531	30	15 300	80	2663	234	115	288	100	7 459	55,7	
	24 000	8 478	50	15 202	110	—	234	200	276	200	7 359	35,2	
Berkach	6 891	3 243	15	9 020	36	1523	366	40	—	50	3 237	60	
	7 000	3 280	20	9 088	36	1640	207	50	308	120	3 280	55	
	7 000	3 207	24	9 661	48	—	364	80	307	140	3 008	35,2	
Biebesheim	56 200	23 900	27	56 937	54	5858	3462	43	—	10	23 345	60	
	61 000	23 906	29	56 421	59	5829	2411	60	4694	65	23 850	55	
	61 000	23 896	38	56 632	68	—	2411	100	4540	100	21 092	35,2	
Bischofsheim	94 500	88 683	28	34 130	60	2343	5011	60	—	75	59 720	60	
	94 000	87 892	35	33 789	69	2381	4559	75	2613	100	58 304	55,7	
	110 000	88 541	47	34 016	98	—	4745	122	2701	120	74 527	35,2	
Büttelborn	33 000	16 910	21	33 957	46	4698	1640	70	—	25	16 910	60	
	36 500	17 882	23	34 102	50	4724	1633	85	1142	80	17 224	54	
	37 000	17 715	33	33 888	68	—	1633	110	746	120	17 179	35,2	
Crumstadt	25 963	14 943	12	48 046	24	5235	1774	40	—	30	14 943	60	
	32 944	14 696	17	48 720	35	5213	1820	55	1363	100	14 514	55,7	
	30 300	14 961	20	48 151	41	—	1820	100	1462	110	13 542	35,2	
Dornberg	9 500	3 516	45	4 787	90	864	123	90	—	—	3 516	80	
	8 150	3 335	42	4 829	85	873	128	90	71	70	3 335	55,7	
	8 600	3 335	58	4 829	116	—	128	200	54	180	2 053	35,2	
Dornheim	25 000	13 336	14	38 113	32	5383	1493	40	—	30	13 336	60	
	29 000	13 537	16	38 050	38	5551	1515	60	1289	80	13 371	55,7	
	29 000	13 527	26	37 534	52	—	1515	80	1260	90	11 200	35,2	
Erfelden	27 000	8 458	24	34 488	48	3039	1368	50	—	40	8 458	60	
	27 000	8 606	24	34 688	49	3056	1392	55	1437	80	8 585	55	
	29 500	8 616	32	34 734	60	—	1392	110	1390	120	9 502	35,2	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Geinsheim . .	19 000	9 048	20	18 943	48	4273	1 035	50	—	40	9 048	60	
	18 580	9 022	20	18 878	48	4652	571	50	609	40	8 961	55	
	19 000	9 124	35	18 754	63	—	1 046	110	566	120	7 826	35,2	
Kornsand . . .	3 159	2 724	10	6 988	20	96	3 046	30	—	40	2 724	20	
	3 491	2 664	20	6 955	33	126	350	40	10	40	2 644	18	
	2 070	2 644	14	6 955	20	—	350	55	9	120	507	35,2	
Gernsheim . .	98 000	68 779	15	66 789	38	5189	21 884	45	—	30	68 779	60	
	93 000	68 663	15	66 620	38	4952	22 266	45	11 193	60	68 496	55,7	
	88 000	68 485	21	66 168	44	—	21 541	50	10 862	70	80 530	35,2	
Ginsheim mit Gustavsburg	134 043	117 569	12	20 677	24	1665	45 303	48	—	30	105 715	60	
	135 696	120 094	19	20 677	38	1889	42 731	110	23 741	50	95 941	55,7	
	145 000	120 094	22	20 677	50	—	44 624	120	23 741	75	105 605	35,2	
Goddelau . .	28 000	20 928	14	28 072	28	2352	3 962	50	—	40	20 928	60	
	28 030	21 034	15	28 637	29	2230	4 021	60	2 710	70	20 565	55	
	30 000	21 069	24	28 575	46	—	4 021	90	2 704	80	17 181	35,2	
Groß-Gerau .	182 228	144 033	18	47 583	40	4372	67 484	35	—	25	142 397	60	
	218 633	146 161	20	48 557	60	4340	67 406	70	46 376	80	140 279	52	
	216 740	147 478	25	48 352	80	—	35 762	120	31 794	130	161 772	35,2	
Haßloch . . .	7 500	2 635	25	7 402	60	379	133	90	—	50	2 635	60	
	5 000	2 977	18	7 304	35	366	138	70	169	90	2 977	55,7	
	7 800	2 977	35	7 155	72	—	138	140	169	150	3 482	35,2	
Kelsterbach . .	80 000	74 443	12	16 984	30	957	24 062	52,5	—	15	74 443	60	
	87 000	75 581	18	16 924	38	1734	25 163	76,5	14 919	51,8	73 275	53	
	87 000	75 455	15	16 775	46	—	24 865	90	14 775	70	102 135	35,2	
Klein-Gerau .	15 500	7 946	25	14 483	50	2261	651	50	—	40	7 829	60	
	15 500	8 189	26	14 427	50	2264	662	55	468	70	7 796	55,7	
	15 500	8 201	36	14 415	66	—	662	90	458	100	6 405	35,2	
Kl.-Rohrheim	6 296	1 486	20	9 812	42	1673	79	60	—	—	1 486	60	
	6 296	1 552	20	9 745	42	1673	79	60	36	100	1 548	55	
	6 296	1 466	27	9 736	56	—	79	100	51	100	906	35,2	
Königstädten .	26 000	12 130	25	19 863	60	3308	1 008	60	—	50	12 069	60	
	26 000	11 554	30	23 858	50	3286	2 057	50	1 284	120	11 554	55,7	
	26 000	11 565	38	21 659	68	—	2 056	120	1 267	140	10 516	35,2	
Leeheim . . .	23 000	7 635	20	28 871	45	5675	931	50	—	40	7 635	60	
	28 500	7 939	26	28 879	52	5886	951	90	1 044	100	7 840	55	
	28 500	7 991	40	28 913	71	—	951	110	935	120	8 686	35,2	
Mörfelden . .	40 000	42 578	13	25 940	29	1249	2 656	45	—	—	41 990	60	
	60 381	44 622	34	21 675	64	1310	2 457	100	3 923	80	43 866	55,7	
	65 000	43 797	44	25 872	88	—	2 457	140	4 043	120	42 632	35,2	
Nauheim . . .	25 500	21 809	17	22 229	30	2785	1 123	50	—	30	21 288	60	
	47 700	23 162	35	22 092	65	2753	1 220	100	1 327	100	23 144	55,7	
	40 000	23 102	42	22 060	86	—	1 220	170	1 289	170	20 902	35,2	
Raunheim . .	28 000	39 558	5	15 584	18	720	12 548	25	—	15	35 785	52	
	34 000	40 144	14	15 134	40	1293	11 581	40,5	5 179	48,8	35 149	41	
	32 000	40 144	13,2	15 134	36,9	—	12 613	41,3	5 179	48,8	40 037	35,2	
Rüsselsheim .	273 000	216 926	10	52 743	35	3793	123 054	45	—	15	206 727	60	
	273 000	217 715	10	51 308	40	3729	117 377	50	266 747	21	207 147	55	
	278 000	217 715	15	51 308	45	—	117 377	60	266 747	27	231 625	35,2	
Stockstadt . .	27 500	14 979	18	29 126	40	3176	1 586	70	—	50	14 387	60	
	35 500	15 234	27	29 058	58	3147	1 673	110	1 323	100	15 159	55	
	39 000	15 175	40	29 058	80	—	1 673	160	1 287	150	14 064	35,2	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	des gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Ertrag Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Trebur	52 500	18 757	35	37 219	75	6209	852	80	—	40	18 757	60	
	53 200	18 671	38	37 281	79	6178	925	80,5	874	18,8	18 606	55,7	
	52 800	19 316	50	37 154	95	—	925	100	882	100	18 908	35,2	
Walldorf . . .	21 300	33 275	12	7 781	20	1069*)	1974	20	—	6	32 825	45	*) 1925 nicht besteuert
	29 872	33 898	15	7 752	40	1072	2060	40	3106	50	33 898	55,7	
	36 000	34 469	33	7 740	66	—	2060	100	3082	100	39 053	35,2	
Gundhof . . .	250	120	5,64	2 283	9,4	7*)	1	9,4	—	—	120	21,15	*) 1925 nicht besteuert
	386	220	5,4	2 280	14,4	7	1	14,4	5	18	220	20,05	
	477	220	9,57	2 280	19,14	—	1	29	5	29	177	10,21	
Gund- und Schlichterwald .	505	—	—	7 438	6,8	—	—	—	—	—	—	—	
	743	—	—	7 438	10	—	—	—	—	—	—	—	
	932	—	—	7 438	12,54	—	—	—	—	—	—	—	
Wallerstädten	28 000	10 335	25	25 908	54	4811	856	80	—	50	10 335	60	
	30 900	10 603	28	25 615	62	4817	859	100	672	100	10 288	55,7	
	30 000	10 583	38	25 577	82	—	859	130	664	120	9 116	35,2	
Wolfskehlen .	22 000	10 253	12	34 821	35	4118	976	40	—	35	10 253	60	
	23 500	10 390	15	34 932	40	4089	504	45	1044	75	9 740	55,7	
	23 500	10 461	26	34 777	47	—	1074	60	1032	100	9 636	35,2	
Worfelden . .	16 000	10 564	13	23 735	27	4319	938	35	—	40	10 564	60	
	18 000	9 858	19	20 512	38	4363	1006	44	779	75	10 359	55,7	
	18 000	10 266	25	23 627	50	—	1006	55	780	90	8 838	35,2	
Kreis Heppenheim													
Affolterbach .	7 677	5 310	20	8 174	40	785	586	50	—	—	4 441	60	
	8 400	5 382	23	8 149	50	806	563	55	210	—	4 337	54	
	10 650	5 430	40	8 018	79	—	563	75	210	—	4 705	37,2	
Albersbach . .	1 854	1 055	20	1 942	40	463	23	54	—	—	1 008	60	
	1 318	1 055	13	1 942	25	463	23	37	6	—	945	54	
	2 150	1 055	37	1 942	75	—	23	65	6	—	804	37,2	
Aschbach . . .	5 190	3 632	16	2 295	40	264	3281	25	—	40	3 364	60	
	5 000	4 651	22	2 299	45	255	3279	25	698	65	2 977	54	
	5 000	4 699	21	2 296	44	—	3279	25	698	60	4 771	37,2	
Birkenau . . .	24 262	27 879	12	17 759	24	1377	3334	30	—	40	23 398	60	
	31 000	28 341	25	17 666	48	1342	2836	65	1346	84	21 969	54	
	35 000	28 646	34	17 803	70	—	2836	75	1343	90	25 628	37,2	
Bonsweiher .	4 489	3 185	17	4 955	34	976	565	30	—	—	3 000	60	
	4 060	3 197	16	4 956	32	972	308	34	76	—	2 886	54	
	7 300	3 190	46	4 951	91	—	308	70	76	—	3 070	37,2	
Brombach . .	1 024	507	17	1 887	30	210	1	44	—	—	466	60	
	1 100	507	20	1 887	33	216	2	60	1	—	466	54	
	1 100	527	26	1 887	43	—	2	60	1	—	408	37,2	
Darsberg . . .	1 800	1 252	17	1 998	34	464	20	35	—	—	1 252	60	
	1 800	1 252	19	2 006	38	474	25	25	45	—	1 252	54	
	2 235	1 252	31	2 006	64	—	25	40	45	—	1 507	37,2	
Dürr-Ellenbach	980	129	25	1 902	50	16	1	50	—	—	129	—	
	1 330	129	30	1 902	64	16	1	37	—	—	129	54	
	1 370	138	31	2 131	63	—	1	—	—	—	—	—	
Ellenbach . .	5 400	3 460	13	7 951	27	1190	603	50	—	—	3 191	60	
	6 350	3 466	18	7 943	36	1192	602	70	96	—	3 081	54	
	6 350	3 460	24	7 941	52	—	602	75	96	—	2 579	37,2	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Steuerwert 100 M.	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Steuerwert 100 M.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des gewerblichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Sondergebäudesteuer: Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Erbach	2 000	1 769	11	3 096	22	577	117	35	—	—	1 769	50	
	1 500	1 780	11	3 090	21	577	122	33	86	—	1 701	28	
	1 550	1 780	16	3 090	28	—	122	45	86	—	2 161	16	
Erlenbach . .	2 050	2 053	10	1 774	25	439	176	40	—	—	1 932	60	
	1 500	2 053	12	1 774	20	439	174	36	252	20	1 872	35	
	2 200	2 035	27	1 774	55	—	173	55	252	55	1 246	37,2	
Eulsbach . . .	1 100	522	21	1 401	43	194	103	40	—	—	471	60	
	1 300	479	24	1 401	56	194	102	58	9	—	423	54	
	1 500	479	39	1 401	79	—	102	65	9	—	399	37,2	
Fahrenbach .	4 400	2 548	15	7 378	30	895	71	45	—	—	2 294	60	
	4 400	2 580	17	7 328	32	895	167	34	75	—	2 323	54	
	4 400	2 642	21	7 317	43	—	167	55	75	—	1 753	37,2	
Fürth	18 000	19 156	10	24 405	20	1512	2 095	43	—	—	16 392	60	
	18 000	21 301	11	22 448	21	1505	2 054	42	1 523	33	16 608	54	
	18 000	21 429	15	22 380	30	—	2 140	52	1 533	45	17 115	37,2	
Gadern	2 200	1 554	15	3 549	30	717	81	25	—	—	1 262	60	
	1 950	1 563	13	3 549	25	717	83	28	21	—	1 262	54	
	2 740	1 604	26	3 547	52	—	83	45	21	—	1 196	37,2	
Gorxheim . .	5 705	3 459	40	2 439	81	255	85	82	—	—	3 459	60	
	5 430	3 446	40	2 469	81	246	239	82	201	—	3 064	54	
	5 100	3 615	43	2 288	86	—	239	85	201	—	3 756	37,2	
Gras-Ellenbach	4 800	2 955	20	5 142	37	847	687	40	—	—	2 896	60	
	4 800	2 946	20	5 086	40	847	687	40	163	—	2 876	54	
	4 800	2 953	25	5 075	53	—	687	55	163	—	2 736	37,2	
Grein	1 288	431	25	1 609	50	311	11	50	—	—	372	60	
	1 600	372	36	1 596	67	311	13	62	1	—	372	54	
	1 850	372	50	1 596	94	—	12	80	1	—	448	37,2	
Hambach . . .	5 616	12 049	8	9 835	15	1499	893	12	—	—	12 049	25	
	5 500	12 595	8	8 757	16	1479	896	14	485	—	11 338	25	
	4 500	12 595	8	8 757	15	—	896	20	485	—	13 559	15	
Hammelbach .	8 000	6 477	20	7 363	35	1001	1 170	40	—	—	5 670	60	
	8 300	6 509	20	7 379	40	929	1 049	47	358	—	5 778	54	
	8 200	6 661	23	7 437	46	—	1 103	52	358	—	6 261	37,2	
Hartenrod . .	1 860	920	21	2 249	40	562	140	40	—	—	811	60	
	1 860	922	21	2 249	42	562	141	44	25	—	803	54	
	2 330	979	33	2 372	66	—	141	65	25	—	923	37,2	
Heppenheim*)	155 000	112 703	18	65 087	46	2650	21 205	52	—	40	112 703	60	*) Für das Rj. 1927 verblieb ein ungedeckter Fehlbetrag von 47 000 RM.
	148 000	122 941	20	70 554	46	3159	19 307	80	18 204	55	115 909	54,7	
	138 500	119 984	22	69 567	47	—	19 268	85	18 149	65	137 732	37,2	
Hirschhorn . .	31 000	25 297	15	15 822	30	373	7 813	50	—	37	25 297	60	
	35 400	25 415	20	14 953	41	357	6 825	92	3 882	103	25 415	54	
	39 700	24 508	35	15 756	72	—	6 414	100	3 647	110	25 420	37,2	
Hornbach . . .	4 300	2 003	28	3 519	55	656	48	90	—	—	2 003	60	
	4 300	2 033	30	3 507	61	576	51	100	35	—	1 728	54	
	4 300	2 114	43	3 515	82	—	51	135	35	—	1 228	37,2	
Igelsbach . .	977	358	18	1 505	37	222	17	60	—	—	358	60	
	1 000	342	23	1 505	40	222	17	67	—	—	299	54	
	1 000	299	35	1 505	52	—	17	80	—	—	281	37,2	
Kallstadt . . .	260	642	6	1 360	13	249	—	20	—	—	611	—	
	210	611	6	1 360	10	249	3*)	16	1	—	611	—	*) Wegen der Geringfügigkeit des Steuerwerts nicht besteuert
	300	611	10	1 351	18	—	3*)	—	1	—	—	—	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	des gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Kirschhausen .	5 500	5 815	12	7 324	23	1055	610	50	—	—	5 815	40	
	4 000	5 860	8	7 357	15	1055	377	38	539	—	5 596	35	
	4 500	5 860	13	7 357	22	—	377	55	539	—	6 454	30	
Kocherbach . .	3 500	1 436	33	2 806	67	502	58	70	—	—	1 282	60	
	3 000	1 436	30	2 806	59	502	59	42	21	—	1 282	54	
	2 530	1 436	29	2 740	58	—	59	50	21	—	1 346	37,2	
Kreidach . . .	4 000	2 298	23	3 916	48	613	75	63	—	—	1 924	60	
	4 060	2 260	25	3 796	51	593	72	84	33	—	1 855	54	
	4 800	2 331	41	3 898	79	—	72	95	33	—	1 925	37,2	
Kröckelbach . .	1 217	822	13	2 129	27	252	12	40	—	—	720	60	
	1 000	828	11	2 117	20	252	12	38	1	—	720	54	
	1 000	820	19	2 121	29	—	12	40	1	—	661	37,2	
Krumbach . .	4 000	3 689	10	7 784	20	672	147	20	—	—	3 200	60	
	4 000	3 666	12	7 800	24	673	151	18	79	—	2 884	54	
	3 400	3 715	12	7 783	25	—	151	25	79	—	2 644	37,2	
Langenthal .	2 750	1 829	15	3 320	30	416	368	50	—	—	1 829	60	
	2 000	1 829	9	3 320	19	416	430	29	498	—	1 829	54	
	2 700	1 829	20	3 324	38	—	354	40	498	30	2 141	37,2	
Lauten-Weschnitz .	2 800	1 745	20	2 729	40	610	160	55	—	—	1 601	60	
	3 100	1 809	24	2 733	48	610	156	63	9	—	1 617	54	
	3 300	1 856	37	2 753	75	—	156	75	9	—	1 194	37,2	
Linnenbach .	1 750	1 149	14	3 342	25	582	13	26	—	—	990	60	
	1 300	1 149	9	3 348	17	582	19	20	—	—	947	54	
	1 600	1 149	18	3 348	36	—	19	40	—	—	498	37,2	
Litzelbach . . .	1 731	797	25	1 863	50	224	79	55	—	—	724	60	
	2 470	797	40	1 863	80	225	113	88	9	—	724	54	
	2 200	797	39	1 863	80	—	113	88	9	—	826	37,2	
Löhrbach	5 510	3 280	20	5 594	40	1049	235	65	—	—	3 008	60	
	5 100	3 280	19	5 600	37	1044	177	64	53	—	3 011	54	
	5 000	3 278	26	5 508	52	—	177	75	53	—	3 197	37,2	
Lörzenbach . .	4 000	3 167	13	7 880	27	588	294	27	—	—	2 072	60	
	4 100	3 338	15	7 878	30	1051	288	15	61	—	1 949	54	
	4 000	3 379	16	7 871	32	—	288	20	61	—	2 394	37,2	
Mackenheim .	2 050	1 047	22	2 577	43	392	8	55	—	—	871	60	
	2 300	907	28	2 637	52	355	48	52	—	—	871	54	
	2 170	907	34	2 637	59	—	48	65	—	—	752	37,2	
Mitlechtern . .	3 032	2 118	15	3 330	35	450	149	35	—	—	2 118	60	
	3 400	2 233	25	3 317	50	431	151	48	23	—	1 754	54	
	3 100	2 221	27	3 306	56	—	151	65	23	—	1 514	37,2	
Mittershausen . . .	2 700	2 283	10	4 307	20	857	198	44	—	—	1 981	60	
	2 700	2 283	11	4 304	22	815	171	48	19	—	1 970	54	
	3 500	2 405	26	4 300	51	—	171	65	19	—	1 560	37,2	
Mörlenbach .	12 800	15 584	12	31 125	23	1933	2157	23	—	—	11 851	25	
	13 800	14 963	14	26 538	26	1911	1822	48	692	—	12 056	25	
	18 600	15 184	18	26 536	36	—	1822	52	692	—	14 732	37,2	
Neckarhausen	2 570	2 080	22	1 672	46	176	161	40	—	—	2 030	60	
	2 580	1 599	33	1 629	60	176	159	65	70	—	1 599	54	
	2 800	1 599	41	1 629	80	—	156	80	70	—	1 966	37,2	
Neckarsteinach	28 827	28 075	10	9 086	20	148	10 365	35	—	36	28 075	60	
	28 700	25 129	14	8 600	26	179	10 565	60	4518	70	25 129	54	
	30 700	24 916	18	8 858	39	—	10 362	75	4342	80	30 939	37,2	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Steuerwert 100 M.	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Steuerwert 100 M.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des — gewerblichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Sondergebäudesteuer: Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Nieder-Liebersbach	9 080	5 310	24	7 649	48	987	383	70	—	—	5 310	60	
	8 500	5 812	25	7 628	50	976	301	60	198	—	4 586	54	
	8 400	6 070	29	7 656	59	—	301	75	198	—	5 228	37,2	
Ober-Abtsteinach . .	3 084	3 256	10	3 482	20	665	161	25	—	—	3 012	60	
	2 800	3 257	9	3 483	19	649	212	35	147	—	2 882	54	
	3 560	3 515	22	3 504	42	—	212	45	147	—	3 369	37,2	
Ober-Laudenbach	3 330	2 349	22	2 447	42	852	49	43	—	—	2 349	60	
	3 330	2 350	25	2 447	48	852	48	33	63	—	2 350	54	
	3 330	2 350	32	2 447	61	—	48	55	63	—	2 887	37,2	
Ober-Liebersbach	2 742	916	37	2 339	68	374	42	81	—	—	830	60	
	3 000	916	40	2 218	80	374	42	100	—	—	830	54	
	2 870	822	47	2 323	94	—	42	125	—	—	960	37,2	
O.-Mumbach	6 738	2 598	47	3 328	90	749	129	110	—	—	2 598	60	
	5 700	2 743	41	3 316	80	723	98	88	22	—	2 220	54	
	4 900	2 699	42	3 292	85	—	96	88	22	—	2 419	37,2	
O.-Scharbach	3 300	1 532	49	1 794	84	332	100	65	—	—	1 458	60	
	3 300	1 530	45	1 760	90	331	101	68	100	—	1 350	54	
	3 100	1 586	46	1 766	95	—	101	83	100	—	1 670	37,2	
Ober-Schönmattenwag	4 800	2 461	20	6 300	40	469	260	60	—	—	2 250	60	
	5 700	2 461	26	6 292	51	468	260	92	65	—	2 219	54	
	6 650	2 460	35	6 300	73	—	260	100	65	—	2 604	37,2	
Reisen	6 050	5 154	12	6 535	24	1166	887	38	—	—	5 154	60	
	6 000	5 322	15	6 528	28	1159	854	52	279	—	4 313	54	
	6 000	5 341	22	6 541	43	—	854	65	279	—	4 075	37,2	
Rimbach . . .	28 700	22 382	17	24 685	35	2519	3476	30	—	20	19 979	60	
	30 000	23 129	21	24 401	42	2411	2964	50	2710	77	19 122	54	
	32 500	24 057	30	22 091	60	—	3047	60	2748	85	21 389	37,2	
Rohrbach . . .	450	275	18	723	35	136	10	47	—	—	135	60	
	480	275	20	723	38	136	10	57	5	—	135	54	
	600	275	33	723	54	—	10	65	5	—	310	37,2	
Siedelsbrunn	5 250	3 334	30	3 540	58	662	127	58	—	—	2 934	60	
	8 140	3 336	56	3 579	110	653	125	100	79	—	2 912	54	
	7 740	3 378	60	3 569	122	—	125	110	79	—	3 377	37,2	
Sonderbach .	2 100	2 655	10	3 587	20	532	525	20	—	—	2 655	35	
	1 500	2 584	6	3 496	12	532	519	17	767	—	2 584	30	
	2 500	2 584	15	3 496	28	—	519	35	767	—	2 784	35	
Steinbach . .	1 650	772	23	1 848	46	293	81	50	—	—	729	60	
	1 250	771	18	1 870	36	293	86	28	8	—	628	54	
	1 230	823	20	1 862	42	—	95	35	8	—	707	37,2	
Tröfel	5 480	4 320	18	4 813	36	960	403	45	—	—	3 938	60	
	5 740	4 513	22	4 748	42	961	153	62	66	—	3 820	54	
	8 900	4 503	51	4 755	102	—	153	75	66	—	4 452	37,2	
Unter-Abtsteinach . .	5 225	2 812	21	5 463	41	949	204	70	—	—	2 650	60	
	5 800	2 848	25	5 464	48	949	214	88	51	—	2 630	54	
	6 000	2 891	34	5 464	71	—	214	88	51	—	2 691	37,2	
Unter-Flockenbach	7 500	4 661	37	3 539	75	375	125	76	—	—	4 661	60	
	7 300	4 780	40	3 553	77	378	115	73	171	—	4 302	54	
	7 230	4 773	44	3 526	87	—	115	85	171	—	5 346	37,2	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
U.-Scharbach	3 530	1 444	38	2 383	75	503	171	60	—	—	1 325	60	
	3 330	1 444	40	2 386	82	503	169	62	22	—	1 306	30	
	3 300	1 447	42	2 386	91	—	169	65	22	—	1 115	37,2	
Unter-Schönmattenwag	12 400	6 606	22	14 412	45	1 014	1 037	26	—	50	5 714	60	
	12 400	6 610	23	14 358	46	1 002	967	48	460	43	5 911	54	
	19 000	6 711	41	14 415	89	—	967	68	460	65	6 654	37,2	
Biernheim . .	135 000	93 242	22	97 199	43	4 309	18 080	50	—	40	93 242	60	
	131 500	90 850	24	91 364	45	4 299	15 873	60	9 319	82	90 850	54	
	140 000	90 850	28	91 364	56	—	15 873	65	9 319	95	122 327	37,2	
Böckelsbach .	3 100	953	42	1 984	84	369	15	150	—	—	875	60	
	3 900	961	55	1 985	108	371	15	194	17	—	902	54	
	3 600	961	70	1 976	136	—	15	194	17	—	609	37,2	
Wahlen . . .	2 850	2 340	16	3 245	32	428	457	30	—	—	2 013	60	
	2 890	2 327	18	3 277	36	428	316	33	111	—	1 939	54	
	3 250	2 420	26	3 252	54	—	316	45	111	—	1 956	37,2	
Wald-Erlenbach	2 000	989	20	2 846	40	310	120	30	—	—	989	60	
	1 500	1 139	17	2 705	33	310	123	15	52	—	1 013	35	
	1 750	1 139	20	2 705	37	—	123	45	52	—	1 270	37,2	
Wald-Michelbach	33 000	22 369	25	19 177	50	2 215	4 701	33	—	45	18 785	60	
	45 300	22 317	54	19 172	94	2 089	4 956	50	1 726	100	18 785	54	
	49 200	23 897	57	19 100	112	—	4 956	80	1 847	125	21 502	37,2	
Weiher	3 400	4 144	11	7 360	23	766	486	30	—	—	3 670	25	
	2 500	4 229	8	7 528	15	766	460	18	144	—	3 665	25	
	3 000	4 299	10	8 544	19	—	460	25	144	—	4 181	20	
Weschnitz . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Erhebt keine Umlagen . .
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Wimpfen . . .	25 000	48 357	7	45 236	14	10 630	3 325	17	3 800	37	48 357	21	
	36 400	50 093	15	53 806	20	3 229	10 375	23	6 225	40	50 093	25	
	41 000	50 058	15	55 844	30	—	10 347	28	6 074	50	52 584	21	
Zotzenbach . .	7 600	7 681	12	15 264	24	1 792	1 123	33	—	—	6 893	30	
	8 000	8 059	13	15 348	26	1 702	517	39	210	—	7 267	30	
	6 300	8 074	12	15 355	24	—	517	30	210	—	7 225	22	
Kreis Offenbach													
Bieber	65 000	67 755	16	16 723	32	828	4 654	60	—	40	65 000	60	Ungedeckter Fehlbetrag 20 000 RM.
	96 000	70 316	30	16 672	60	809	4 602	70	10 700	90	64 069	50	
	71 600	70 316	30	16 672	60,2	—	4 602	70,3	10 700	89,2	80 676	34,33	
Buchschlag . .	10 450	43 829	12	2 726	24	—	144	30	—	60	41 357	10	
	11 440	44 137	12	2 722	24	—	246	100	278	90	41 675	12	
	11 900	44 706	13,2	2 717	21,2	—	212	100,3	313	98,2	60 315	8,13	
Dietesheim . .	36 600	33 656	24	16 789	48	386*)	2 348	60	—	30	28 500	60	*) 1925 nicht besteuert
	42 000	34 688	30	16 022	60	386	2 333	70	4 392	30	32 775	50	
	41 000	34 688	33	16 022	66	—	2 339	90	4 392	90	38 470	34,33	
Dietzenbach .	38 000	26 722	15	29 749	45	2 994*)	11 971	25	—	—	26 305	60	*) 1925 nicht besteuert
	36 500	28 459	20	29 617	45	2 989*)	1 826	90	1 834	100	27 996	50	*) 1926 nicht besteuert
	37 760	28 963	25,2	29 542	55,2	—	1 841	100	1 791	100	30 997	34,33	
Dreieichenhain	17 088	19 671	12	9 152	20	920*)	625	70	—	30	19 103	60	*) 1925 nicht besteuert
	16 712	20 338	14	9 118	24	920*)	1 151	69,5	1 445	70,8	19 774	50	*) 1926 nicht besteuert
	20 000	22 390	25,8	9 085	51,2	—	1 191	82,3	1 446	80,2	22 665	34,33	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital. Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Dudenhofen .	15 000	14 275	12	30 664	24	1 535	472	10	—	20	14 256	40	
	32 500	14 984	30	30 644	60	1 532	419	80	995	90	14 630	50	
	30 300	14 275	33	30 664	66	—	472	80	674	90	13 323	34,33	
Egelsbach . .	35 200	33 673	16	23 929	36	2 000	1 553	30	—	40	33 032	60	Ungedeckter Fehlbetrag 18 000 RM.
	46 800	34 914	30	23 382	60	2 000	2 590	70	2 433	90	34 273	50	
	46 600	34 887	34,2	23 339	70,4	—	2 474	80,5	2 411	100	40 377	34,33	
Froschhausen	13 000	8 976	25	6 803	50	369	1 190	60	—	40	8 926	60	
	13 320	10 248	30	6 802	50	358	1 169	58,5	1 664	52,8	10 202	50	
	13 000	8 976	33	6 803	66,2	—	1 190	79,3	1 674	80,2	9 819	34,33	
Götzenhain . .	18 000	10 431	24	17 208	48	1 817*)	336	60	—	40	10 201	60	*) 1925 nicht besteuert
	16 600	10 988	24	17 013	48	1 817*)	526	90	604	70	10 758	50	*) 1926 nicht besteuert
	15 967	11 368	25,2	16 809	51,2	—	461	90,1	477	100	10 615	34,33	
Groß-Steinheim	34 000	47 088	12	8 789	24	436*)	9 134	30	—	40	41 261	30	*) 1925 nicht besteuert
	37 620	48 779	12,8	8 567	26	430	12 276	58,5	9 633	76,8	44 537	32,3	
	50 655	47 707	28,2	8 447	56	—	8 555	80,5	8 362	80,2	54 291	34,33	
Hainhausen .	7 550	5 158	25	5 918	50	435	99	60	—	10	5 095	60	
	7 500	5 676	25	5 910	55	435	95	60	207	30	5 600	50	
	7 670	5 158	33	5 918	65,6	—	99	79,3	191	80,2	5 327	34,33	
Hainstadt . . .	33 000	28 502	20	11 304	50	420*)	3 125	60	—	40	28 282	60	*) 1925 nicht besteuert
	33 220	26 008	30,8	12 018	59	404	3 025	102,5	2 134	88,8	25 546	50	
	29 770	28 502	31,2	11 304	60,8	—	3 125	102,7	2 165	91	25 758	34,33	
Haufen	21 600	18 732	25	5 243	50	493	1 545	60	—	60	18 732	60	
	21 600	20 691	25	5 092	50	483	1 450	70	3 235	70	18 690	50	
	20 600	20 691	33	5 092	63,2	—	1 450	79,3	3 235	80,2	20 174	34,33	
Heusenstamm	39 000	38 048	25	9 214	50	501	2 950	60	—	40	33 750	60	
	39 590	40 256	30	6 765	50	501	2 754	90,5	5 751	46,8	37 571	50	
	37 200	40 256	30	6 765	60,2	—	2 754	91,3	5 751	80,2	41 565	34,33	
Jügesheim . .	23 000	19 341	20	17 451	40	832*)	491	60	—	20	19 337	60	*) 1925 nicht besteuert
	24 993	20 242	30	18 460	50	829	572	50	2 041	50	19 979	40	
	24 680	21 519	30	14 359	60	—	551	80	1 952	100	21 022	34,33	
Klein-Auheim	45 000	36 567	18	18 145	36	688*)	8 272	20	—	40	36 469	60	*) 1925 nicht besteuert
	57 000	37 348	25	17 982	50	684	8 341	75	15 462	90	36 692	50	
	53 091	36 567	27	18 145	51,2	—	8 272	90,1	14 682	90,4	41 530	34,33	
Klein-Krotzenburg	20 000	20 518	12	14 405	24	508	5 137	30	—	50	20 488	50	
	25 072	21 948	18,8	14 297	35	480	5 164	52,5	4 300	64,8	21 826	47,3	
	25 691	21 807	25	11 388	50	—	5 154	70	4 220	80	22 032	34,33	
Kl.-Steinheim	30 500	45 858	10	7 526	20	273	4 203	60	—	40	41 700	50	
	48 400	47 731	30	7 476	60	273	3 978	70	5 397	90	44 069	50	Ungedeckter Fehlbetrag 32 400 RM.
	47 300	46 111	33	7 552	66	—	3 437	90	5 397	90	55 831	34,33	Ungedeckter Fehlbetrag 24 500 RM.
Kl.-Welzheim	11 000	6 033	25	9 652	50	427	442	60	—	40	6 033	60	
	11 140	6 441	25	9 635	55	419	437	90	455	80	6 308	50	
	10 580	6 033	30	9 652	60	—	442	90	465	90	6 607	34,33	
Langen	100 000	138 118	14	43 926	28	2 068*)	13 192	50	—	30	131 869	60	*) 1925 nicht besteuert
	131 040	140 970	20	44 079	40	2 158*)	17 839	60	12 097	60	134 748	50	*) 1926 nicht besteuert
	118 500	141 894	20,4	44 214	40,4	—	12 707	60,1	12 478	60,4	167 128	34,33	
Lämmerspiel .	14 000	11 556	24	2 280	48	229*)	5 034	40	—	40	11 341	60	*) 1925 nicht besteuert
	16 500	12 516	30	3 424	50	226*)	5 041	60	2 763	70	12 276	50	*) 1926 nicht besteuert
	16 450	12 516	32,1	3 424	63,2	—	5 041	90,1	2 763	80,8	10 502	34,33	
Mainflingen .	6 000	6 448	12	7 770	24	270	547	30	—	50	6 448	54	
	6 700	6 914	14	7 736	28	260	324	30	400	5	6 901	50	
	6 700	6 448	19,2	7 770	39,2	—	547	29,5	460	5,8	7 029	34,33	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	Steuerwert des gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Mühlheim . .	145 000	112 366	24	19 345	48	456*)	52 579	60	—	30	90 000	60	*) 1925 nicht besteuert
	135 500	113 598	24	16 563	48	444*)	51 884	60	29 505	100	99 746	40	*) 1926 nicht besteuert
	108 300	113 598	18	16 560	48	—	25 246	60	24 000	100	118 800	34,33	
Neu-Isenburg	259 109	249 381	12	36 931	24	289	32 593	70	—	40	230 759	60	
	236 600	255 206	12	34 147	24	283	32 754	70	44 714	130	231 659	50	
	221 000	255 206	12	34 147	24	—	32 754	70	43 500	130	298 478	34,33	
Obertshausen	13 000	27 507	10	5 486	20	5210	3 158	30	—	20	25 000	30	
	32 000	30 749	25	5 198	50	519	3 612	60	7 428	75	27 335	50	
	34 100	30 749	33	5 198	66,2	—	3 612	79,3	7 428	90,4	31 467	34,33	
Offenbach . .	4 140 000	2 966 791	20	36 779	50	619*)	864 072	70	—	40	2 500 000	60**)	*) 1925 und 1926 steuerfrei **) ab 1. September 1925 erhöht auf 80 Rpf.
	3 970 000	2 960 000	20	40 000	50	619*)	900 000	84	645 605	120	2 500 000	63,7	Ungedeckter Fehlbetrag 1 600 000 RM.
	4 065 000	2 960 000	23,8	40 000	60	—	900 000	84	645 605	120	3 332 620	46,2	Ungedeckter Fehlbetrag 4 552 000 RM.
Offenthal . . .	12 000	6 938	20	13 599	45	1820	436	20	—	20	6 800	60	
	13 200	7 066	28	13 548	53	1799	653	50	603	50	6 928	50	
	12 200	7 033	29,4	13 492	54,2	—	599	50,2	556	50,2	6 632	34,33	
Rembrücken .	1 000	2 253	12	1 788	24	294*)	10*)	—	—	—	2 232	15	*) 1925 nicht besteuert
	2 580	2 377	21,8	1 804	40,4	268	14	40,5	139	40,8	2 370	50	
	2 500	2 253	28,2	1 788	57,2	—	10	40,3	139	38,2	2 477	34,33	
Rumpenheim	37 000	38 303	20	13 634	35	736*)	3 061	60	—	40	30 305	60	*) 1925 nicht besteuert
	39 700	37 862	30	13 700	50	734	3 207	70	4 027	90	29 011	50	Ungedeckter Fehlbetrag 6300 RM.
	38 424	38 861	33	13 041	66	—	1 962	80	4 027	90	34 373	34,33	
Seligenstadt .	71 500	70 666	15	36 278	29	1344	7 296	60	—	60	70 279	60	
	57 800	71 859	13	36 134	21	1327*)	7 389	50	10 649	30	68 151	50	*) 1926 nicht besteuert
	50 000	70 666	13	36 278	21	—	7 296	50	10 520	30	77 962	34,33	
Sprendlingen	89 300	86 978	20	31 087	30	1983*)	13 225	70	—	30	8 590 000	60	*) 1925 nicht besteuert
	93,306	87 226	20	30 463	30	1963	16 018	60	12 883	100	86 106	50	
	88 000	87 992	20	29 395	30	—	17 824	60	13 044	100	109 713	34,33	Ungedeckter Fehlbetrag 3000 RM.
Steinbach a. T.	8 000	13 973	10	13 518	20	479	382	20	—	—	12 795	30	
	22 000	14 136	30	13 257	60	435	425	70	336	90	13 192	50	Ungedeckter Fehlbetrag 2600 RM.
	18 200	11 121	40,2	13 436	67,4	—	412	79,9	292	89,8	12 015	34,33	
Weiskirchen .	17 500	12 064	25	10 773	50	639	679	60	—	40	12 057	60	
	17 000	13 116	30	11 181	60	626*)	656	80	1 301	75	12 736	40	*) 1926 nicht besteuert
	15 630	12 064	31,2	10 773	60,2	—	679	79,3	1 166	74,2	12 025	34,33	
Zellhausen . .	13 500	9 294	25	9 522	50	580	287	60	—	40	9 294	60	Ungedeckter Fehlbetrag 3300 RM.
	12 330	9 401	24,8	9 477	50	568	288	58,5	331	58,8	9 137	50	
	13 000	9 294	33	9 522	66	—	287	80	301	90	9 288	34,33	
Philippseich .	800	1 574	20	1 535	40	—	—	—	—	—	—	—	
(selbständige	938	1 222	24	1 535	42	—	—	—	—	—	—	—	
Gemarkung)	257	1 222	6	1 535	12	—	—	—	—	—	—	—	
Kreis Gießen													
Albach	3 750	2 923	12	11 642	20	1265	126	30	—	—	2 923	30	
	3 750	2 923	10	11 650	19,2	1272	125	21	84	—	2 923	30	
	3 750	2 923	10	11 650	22	—	125	24	84	—	2 235	39,2	
Allendorf a. d. Lahn	11 100	7 394	14	16 044	30	968	443	72	—	—	7 394	60	
	11 000	7 366	15	16 092	30	940	441	66	336	72	7 366	53,7	
	11 000	7 366	18	16 092	41	—	441	80	336	90	6 050	39,2	
Allendorf a. d. Lumda . .	8 800	10 955	8	28 905	20	3836	1 623	20	—	30	10 955	—	
	6 000	10 803	3	28 901	6	3794	1 385	6,9	998	36	10 803	30	
	6 000	10 803	6	28 901	15	—	1 385	40	998	55	8 226	—	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Allertshausen	3 080	1 419	22	3 466	44	543	52	60	—	—	1 419	60	
	2 500	1 546	15	3 924	30	541	37	45	19	—	1 546	53,7	
	2 500	1 546	20	3 924	48	—	37	60	19	—	714	39,2	
Alten-Buseck	16 400	12 320	15	20 555	28	1026	528	48	—	40	12 320	60	
	14 000	12 229	12	21 368	22,5	1957	415	39	566	54	12 229	53,7	
	14 000	12 229	16	21 368	38	—	415	53	566	70	10 080	39,2	
Annerod	7 000	5 806	10	11 209	22	1373	319	30	—	—	5 806	60	
	7 000	5 827	12	11 075	22	1352	293	36	390	50	5 827	53,7	
	6 000	5 827	13	11 075	28	—	293	36	390	51	4 768	39,2	
Bellersheim	9 500	6 571	12	29 801	23	2620	488	50	—	40	6 571	—	
	9 500	6 404	12	29 805	23	2406	492	51	253	72	6 404	—	
	11 100	6 404	15	29 805	30	—	492	70	253	120	4 284	—	
Bettershain	6 020	2 631	18	7 820	40	1388	73	54	—	—	2 631	60	
	5 500	2 401	18	7 836	33	1390	69	50	41	—	2 401	53,7	
	5 200	2 401	22	7 836	51	—	69	58	41	—	1 645	39,2	
Bersrod	4 700	2 769	14	7 502	27,5	1735	138	18	—	40	2 769	60	
	3 000	2 861	8,4	7 544	12,2	1288	121	42	50	120	2 861	42	
	3 000	2 861	15	7 544	30	—	121	62	50	120	1 920	—	
Bettenhausen	3 900	2 934	10	17 117	18	1455	64	34	—	—	2 934	—	
	3 800	2 928	9	16 991	18	1448	53	30	30	—	2 926	—	
	3 800	2 928	9	16 991	21	—	53	30	30	—	2 098	—	
Beuern	—	8 130	+	23 474	—	2209	1127	—	—	—	23 474	—	
	—	8 973	+	23 298	—	2148	793	—	288	—	8 973	—	
	—	8 973	+	23 298	—	—	793	—	288	—	8 973	—	
Birklar	10 300	3 724	18	17 218	36	1127	85	74	—	50	3 724	60	
	9 000	3 724	15	17 030	33	1387	118	60	31	72	3 724	53,7	
	7 500	3 724	14	17 030	35	—	118	55	116	60	2 196	39,2	
Burkhardsfelden	7 850	4 542	17	11 592	34	1320	131	14	—	40	4 542	60	
	6 800	3 929	18	12 051	30	1265	307	12	140	120	3 929	53,7	
	6 800	3 929	21	12 051	42	—	307	15	221	75	1 912	39,2	
Climbach	2 080	1 422	13	3 131	26	538	105	30	—	—	1 422	60	
	1 800	1 430	11	3 094	23	530	86	27	18	—	1 430	53,7	
	1 800	1 430	15	3 094	39	—	86	40	18	—	894	39,2	
Daubringen	3 400	6 973	12	8 207	24	722	411	26	—	28	6 973	—	
	5 000	7 176	18	7 963	39	683	420	27	949	33	7 176	—	
	5 000	7 176	12	7 963	27	—	420	25	949	30	8 181	20	
Dorf-Güll	7 900	3 016	16	13 787	34	1374	124	47	—	50	3 016	60	
	8 000	2 966	18	13 765	36	1407	124	60	58	90	2 966	53,7	
	8 000	2 966	20	13 765	47	—	124	60	208	70	1 755	39,2	
Eberstadt	13 000	5 131	6	32 539	28	2174	182	26	—	—	5 131	60	
	11 200	5 004	12	32 520	22,8	4644	183	9	140	—	5 004	53,7	
	11 200	5 004	14	32 520	29	—	183	10	260	—	2 656	39,2	
Ettingshausen	—	3 586	—	15 549	—	1697	461	—	—	—	3 586	—	
	—	3 926	—	14 001	—	1723	526	—	187	—	3 926	—	
	—	3 926	—	14 001	—	—	526	—	187	—	2 700	—	
Garbenteich	7 300	8 030	10	13 838	22	1398	491	32	—	40	8 030	25	
	9 150	8 247	14	13 462	30,8	1320	469	20	400	120	8 247	36	
	10 500	8 247	17	13 462	40	—	469	25	545	110	7 697	39,2	
Geilshausen	2 000	3 934	8	6 748	15	1877	459	12	—	35	3 934	—	
	2 000	3 666	7,8	6 660	15	1928	277	22	201	120	3 666	—	
	2 000	3 666	8	6 660	21	—	279	22	201	120	2 700	—	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer: von Gebäuden und Bauplätzen Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer: vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	des gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Gießen	1 110 000	1 085 872	20	166 677	20	788**)	179 336	70	—	30	1 085 872	60*)	*) ab 1. 11. 1925 erhöht auf 80 Rpf.
	1 150 000	1 107 701	20	180 824	20	1271	170 331	70	220 973	60	1 107 701	64,7	**) nicht besteuert
	1 329 500	1 107 701	22	180 824	32	—	170 331	80	189 419	80	1 418 748	43,2	
Göbelnrod	4 550	2 425	20	4 268	48	1094	29	36	—	50	2 425	60	
	2 800	2 120	15	4 249	26	1110	30	21	24	50	2 120	53,7	
	3 167	2 120	24	4 249	54	—	30	40	24	100	858	39,2	
Groß.-Buseck	15 000	25 870	10,5	41 430	20,5	5019	2 003	22	—	40	25 870	—	
	16 000	25 159	7	40 868	14	4829	1 709	27	1 272	65	25 159	24	
	16 000	25 159	7	40 868	17	—	1 709	27	1 290	65	21 840	28	
Groß.-Linden	26 000	23 797	8	37 148	16	1821	8 069	42	—	50	23 797	25	
	22 000	23 464	12	36 938	24	1841	9 221	55	4 709	90	23 464	—	
	33 500	23 464	15	36 938	30	—	9 221	90	4 891	110	30 789	18	
Grünberg	44 800	39 114	10	32 344	24	2731	7 396	40	—	30	39 114	60	
	64 500	38 163	20	33 494	48	2509	5 820	120	5 200	130	38 163	58,7	
	63 200	38 163	24	33 494	69	—	5 820	144	5 163	165	36 100	39,2	
Grüningen	13 500	5 743	20	20 922	38	2341	439	30	—	40	5 743	60	
	13 130	5 793	20	21 168	37	2196	416	32	311	90	5 793	53,7	
	11 650	5 793	16	21 168	40	—	416	32	301	90	4 474	39,2	
Harbach	4 040	2 728	12	6 546	22	1847	34	32	—	—	2 728	60	
	3 000	2 541	9	6 790	15	1791	168	21	14	—	2 541	53,7	
	3 800	2 541	16	6 790	38,6	—	168	36	13	—	1 838	39,2	
Hattenrod	5 570	3 284	10	13 607	20	2321	175	23	—	—	3 284	60	
	3 000	3 293	9	13 437	16,8	2323	171	18	50	—	3 293	—	
	2 000	3 293	7	13 437	13	—	171	14	50	—	2 520	—	
Hausen	7 400	4 656	20	6 507	40	785	313	56	—	50	4 656	60	
	7 400	4 622	21	6 147	45	769	319	84	203	120	4 622	53,7	
	7 400	4 622	26	6 147	70	—	319	94	280	107	3 333	39,2	
Heuchelheim	48 600	37 719	12	30 294	36	2323	13 507	27	—	50	37 719	60	
	35 800	37 326	8	30 230	28	2106	13 447	24	10 533	40	37 326	44	
	42 000	37 326	15	30 230	30	—	13 447	30	10 642	50	43 782	39,2	
Holzheim	18 400	8 691	12	41 480	25	2894	461	26	—	40	8 691	60	
	15 800	8 633	11	41 502	21,6	2884	472	22	549	120	8 633	53,7	
	19 395	8 633	16,5	41 502	35,4	—	472	11,3	517	120	5 456	39,2	
Hungen	21 000	33 868	7	36 807	14	2985	3 187	7	—	20	33 868	30	
	32 000	34 083	9	34 464	18	2918	3 355	17	3 327	96	34 083	53,7	
	35 000	34 083	15	34 464	31	—	3 355	60	3 266	120	33 962	39,2	
Inheiden	8 700	4 722	10	18 401	16,5	905	2 332	60	—	30	4 722	—	
	11 000	5 004	13	17 718	26	880*)	2 336	80	3 203	120	5 004	—	*) 1926 nicht besteuert
	11 000	5 004	13	17 718	26	—	2 336	80	3 203	120	2 576	—	
Kesselbach	3 000	3 261	12	7 652	24	909	363	32	—	40	3 261	—	
	1 500	3 178	6	7 661	13,5	843	364	18	431	24	3 178	—	
	2 500	3 178	10	7 661	25	—	364	28	431	40	2 400	—	
Klein-Linden	35 000	22 507	32	14 653	60	1170	708	100	—	70	22 507	60*)	*) ab 1. 9. 1925 erhöht auf 80 Rpf.
	30 000	22 474	30	14 309	54	1087	706	70	1 303	70	22 474	58,7	
	22 000	22 474	32	14 309	46	—	706	53	1 126	63	23 470	39,2	
Langd	9 750	4 586	14	19 281	26	2096	118	36	—	50	4 586	60	
	9 750	4 646	14	19 205	27	2084	116	70	141	—	4 646	53,7	
	9 750	4 646	18	19 205	40	—	116	70	145	—	2 822	39,2	
Lang-Göns	15 630	19 521	10,5	49 386	20,5	3622	1 667	8	—	40	19 521	—	
	10 000	18 590	7	49 206	13	3607	1 593	18	2 131	60	18 590	—	
	15 400	18 590	16	49 206	22	—	1 593	30	2 129	94	19 963	—	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Langsdorf . .	13 000	8 934	12	31 846	24	3400	1 345	38	—	40	8 934	18	
	19 000	9 080	15,6	31 549	30	3409	1 316	53	510	60	9 080	53,7	
	19 000	9 080	18	31 549	41	—	1 316	70	512	120	7 412	39,2	
Lauter	6 320	3 607	14	7 546	28	1812	683	20	—	44	3 607	60	
	6 300	3 740	14	7 549	30	1728	667	33,6	598	120	3 740	53,7	
	5 000	3 740	12	7 549	32	—	667	30	598	100	3 458	39,2	
Leihgestern .	10 000	18 157	6	32 751	12	3024	932	50	—	30	18 157	—	
	8 000	17 783	6	32 044	12	2976	816	54	1 168	90	17 783	—	
	9 500	17 783	7	32 044	20	—	816	60	1 412	100	17 688	—	
Lich	35 000	46 666	10	52 212	20	3078	11 272	20	—	34	46 666	30	
	45 000	46 540	9,9	51 521	19,8	3348	11 417	21	19 257	36	46 540	45	
	48 920	46 540	13,5	51 521	27	—	11 417	27	19 257	48	50 833	31,3	
Lindenstruth .	4 850	2 247	20	6 858	38	899	120	28	—	40	2 247	60	
	3 200	2 126	20	6 965	36	919	157	18	117	50	2 126	—	
	3 200	2 126	15	6 965	30	—	157	16	116	50	1 740	39,2	
Lollar	44 000	43 692	12	15 960	24	1083	8 064	33	—	50	43 692	60	
	43 710	43 972	13,8	15 971	28	1080	7 973	36	11 014	57,6	43 972	53,7	
	43 710	43 972	17,5	15 971	38,7	—	7 973	45,8	11 333	71	46 202	39,2	
Londorf . . .	8 000	11 330	4	15 762	20	2488	1 011	30	—	12	11 330	45	
	8 200	10 781	6	16 019	18	2261	956	30	1 050	48	10 781	30	
	11 000	10 781	15	16 019	30	—	956	46	955	80	8 877	37,4	
Lumda	7 100	3 196	16	10 115	33	1250	191	90	—	—	3 196	60	
	7 000	3 194	16,8	10 300	33	1250	149	96	75	—	3 194	53,7	
	7 000	3 194	20	10 300	52	—	149	120	68	—	2 106	39,2	
Mainzlar . .	—	9 775	—	12 925	—	1369	9 252	—	—	—	9 775	—	
	—	9 802	—	12 933	—	1374	9 284	—	5 228	—	9 802	—	
	—	9 802	—	12 933	—	—	9 284	—	6 324	—	10 939	—	
Münster . . .	5 000	2 342	30	4 447	56	680	81	56	—	—	2 342	60	
	3 600	2 340	18	4 445	36	660	337	30	4	—	2 340	53,7	
	3 300	2 340	22	4 445	50	—	337	37	4	—	1 227	39,2	
Muschenheim	10 800	4 828	16	17 141	34	1888	239	28	—	50	4 828	60	
	10 000	4 865	15	17 104	31	1844	254	42	212	120	4 865	53,7	
	8 000	4 865	15	17 104	30	—	254	37	217	120	3 135	—	
N.-Bessingen	2 550	2 378	11	9 290	21	848	57	40	—	—	2 378	—	
	2 500	2 457	10	9 281	21	878	50	36	3	—	2 457	—	
	3 600	2 457	15	9 281	30	—	50	54	6	—	1 554	30	
Nonnenroth .	3 770	2 281	10	7 705	20	1170	358	14	—	50	2 281	60	
	3 300	2 347	9	7 693	19,5	1217	348	24	156	—	2 347	53,7	
	3 300	2 347	12	7 693	34	—	348	29	46	—	819	39,2	
Obbornhofen	11 100	4 844	10	31 569	22	2078	68	32	—	40	4 844	60	
	8 370	4 884	7,2	31 121	15	2012	67	24	97	—	4 884	53,7	
	11 500	4 884	14	31 121	31,5	—	67	45	97	—	2 592	39,2	
Ob.-Bessingen	3 800	2 454	12	10 610	24	1042	91	50	—	50	2 454	—	
	3 800	2 485	12	10 620	24	1018	91	53	14	120	2 485	—	
	2 500	2 485	8	10 620	19	—	91	40	18	80	990	—	
Ober-Hörgern	7 000	3 082	10	25 649	20	1593	629	72	—	—	3 082	—	
	6 000	3 085	7,8	25 637	18	1591	604	51,5	173	—	3 085	—	
	6 000	3 085	7,8	25 637	21,2	—	604	54	176	—	2 292	—	
Odenhausen .	1 500	2 285	7	8 476	14	1142	131	14	—	—	2 285	—	
	1 500	2 052	6	8 513	14	1419	67	12	39	—	2 052	—	
	1 500	2 052	6	8 513	16	—	67	12	39	—	1 794	—	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Oppenrod . .	4 900	1 989	26	4 827	53	954	24	50	—	50	1 989	60	
	4 550	1 440	26	5 528	51	916	24	60	29	—	1 440	53,7	
	4 500	1 440	30	5 528	71	—	24	60	29	—	252	39,2	
Queckborn . .	6 000	5 928	10	19 291	22	2590	551	30	—	50	5 928	—	
	6 000	6 028	10	20 172	21	2582	754	27	217	100	6 028	—	
	6 000	6 028	10	20 172	25	—	754	30	217	100	2 160	—	
Raberts-hausen . . .	3 310	1 570	16	5 607	32	996	30	32	—	—	1 570	60	
	2 925	1 570	15	5 601	28	904	30	31	31	—	1 570	53,7	
	2 700	1 570	15	5 601	33	—	30	33	13	—	1 613	39,2	
Reinhards-hain	6 800	2 100	30	7 083	59	1351	51	55	—	—	2 100	60	
	6 800	2 308	27	7 085	59	1339	55	56	18	—	2 308	53,7	
	6 800	2 308	30	7 085	78	—	55	73	19	—	1 341	39,2	
Reiskirchen . .	7 000	10 039	12	18 025	24	2372	606	24	—	40	10 039	—	
	7 000	9 387	13,4	18 043	25	2291	538	24	526	120	9 387	—	
	8 000	9 387	15	18 043	30	—	538	40	529	120	5 400	—	
Rodheim . . .	7 050	2 267	20	11 074	40	1041	260	54	—	50	2 267	60	
	5 000	2 365	18	11 070	36	1033	278	54	70	—	2 365	—	
	5 000	2 365	15	11 070	36	—	278	46	70	—	1 449	39,2	
Rödgen . . .	9 660	6 088	18	11 371	37	1270	210	38	—	40	6 088	60	
	9 300	5 996	18	10 801	39	1243	225	42	187	72	5 996	53,7	
	9 300	5 996	21	10 801	52	—	225	40	205	70	5 612	39,2	
Röthges . . .	2 890	1 433	12	5 639	28	658	36	40	—	—	1 433	60	
	2 800	1 444	30	5 625	40	653	38	28	6	—	1 444	—	
	2 900	1 444	28	5 625	39	—	38	28	6	—	808	39,2	
Rüddings-hausen . . .	6 900	4 336	10	9 809	30	2297	834	30	—	—	4 336	60	
	6 000	4 326	13	9 856	24	2244	223	31	130	—	4 324	53,7	
	6 000	4 324	17	9 856	41	—	223	36	130	—	2 880	39,2	
Ruttershausen	5 500	3 985	12	8 764	22	859	104	60	—	50	3 985	60	
	2 500	3 985	9	8 818	18	762	106	60	168	24	3 985	—	
	2 500	3 985	9	8 818	23	—	106	60	168	24	2 919	—	
Saasen	8 000	4 142	24	10 319	46	2183	181	15	—	50	4 142	60	
	8 000	3 721	24	10 335	45	2193	184	18	76	60	3 721	53,7	
	10 000	3 721	36	10 335	73	—	184	22	69	87	2 617	39,2	
Stangenrod .	3 500	1 930	18	6 155	32	1123	97	32	—	—	1 930	60	
	3 000	1 874	12	6 017	24	1170	95	21	77	—	1 874	53,7	
	4 400	1 874	25	6 017	58	—	95	42	76	—	1 017	39,2	
Staufenberg .	16 280	5 472	30	14 235	60	733	493	74	—	54	5 472	60*)	*) ab 1. 9. 1925 erhöht auf 80 Rpf.
	7 000	5 146	11	14 268	20	731	468	42	491	60	5 146	53,7	
	5 000	5 146	15	14 268	25	—	468	56	490	72	4 398	—	
Steinbach . .	7 300	8 606	12	20 073	24	2213	559	20	—	50	8 606	—	
	7 000	8 623	12	20 254	24	2348	581	20	503	120	8 623	—	
	6 000	8 623	10	20 254	22,5	—	581	17	539	103	8 175	—	
Steinheim . .	6 950	3 383	14	13 697	28	1126	155	50	—	—	3 383	60	
	6 800	3 441	15	13 695	27	1137	155	48	140	51	3 441	53,7	
	6 100	3 441	16	13 695	34	—	155	50	145	86	1 804	39,2	
Stockhausen .	2 800	1 421	10	3 183	18	611	1828	40	—	60	1 421	60	
	2 800	1 304	12	2 197	18	606	1831	55	15	—	1 304	53,7	
	5 700	1 304	32	3 197	76	—	1831	147	16	—	370	39,2	
Trais-Horloff	11 260	6 270	13	9 900	26	637	3341	35	—	50	6 270	60	
	10 000	6 270	12	8 242	27	640	3341	90	106	70	6 270	53,7	
	9 000	6 270	12,5	8 242	36,4	—	3341	94	107	70	5 227	39,2	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Treis a.d.Lda.	13 480	8 634	15	17 978	30	2160	742	20	—	36	8 634	60	
	10 000	8 876	9	17 876	19,2	2226	692	12	868	80	8 876	53,7	
	9 500	8 876	13	17 876	29	—	692	17	868	114	5 171	39,2	
Trohe	3 800	1 733	55	1 575	89	181	84	76	—	50	1 733	60	
	3 500	1 628	55	1 557	86	177	81	76	58	120	1 628	58,7	
	2 800	1 628	47	1 557	76	—	81	62	51	100	1 934	39,2	
Utphe	7 960	3 974	12	20 746	24	2386	194	50	—	—	3 974	30	
	7 960	3 989	12	20 407	24,6	2289	193	50	103	—	3 989	30	
	7 960	3 989	13	20 407	31,5	—	193	50	105	—	2 455	39,2	
Willingen	5 000	7 585	6	22 533	15	1823	645	30	—	27	7 585	—	
	5 000	8 110	7	22 541	15	1908	642	28	253	50	8 110	—	
	6 000	8 110	8	22 541	21	—	642	30	255	57	5 699	—	
Watzenborn	26 700	21 209	15	22 912	30	2572	1 105	70	—	60	21 209	60	
	21 300	20 876	12	23 302	21	2421	1 092	54	1 154	78	20 876	53,7	
	16 700	20 876	15	23 302	30	—	1 092	60	1 160	78	17 056	30	
Weickartshain	4 000	3 280	11	4 247	22	1127	1 359	18	—	50	3 280	42	
	4 400	2 893	13,2	4 329	24	1126	1 357	25,8	678	120	2 893	53,7	
	5 000	2 893	17	4 329	41	—	1 357	54	673	120	3 024	39,2	
Weitershain	9 400	3 538	20	13 130	39	2469	150	56	—	—	3 538	60	
	5 400	3 588	10	13 130	18,6	2404	163	27	70	—	3 588	53,7	
	5 400	3 588	13	13 130	32	—	163	37	76	—	1 680	39,2	
Wieseck	53 200	42 027	16	32 698	40	1978	2 554	60	—	64	42 027	60	
	39 410	42 350	18	32 800	40	1877	2 689	60	3 140	100	42 350	30	
	55 600	42 350	25,2	32 800	61	—	2 689	83,3	3 652	140	44 745	39,2	
Winnerod	1 200	1 127	12	4 082	24	36	—	50	—	—	1 127	—	
	—	1 127	—	4 082	—	736	—	—	—	—	1 127	—	
	—	1 127	—	4 082	—	—	—	—	—	—	1 231	—	
Feldgemarkg. Bergheim	2 000	—	—	7 914	25	—	—	—	—	—	—	—	
	2 163	—	—	7 849	27,6	—	—	—	—	—	—	—	
	950	—	—	7 849	12	—	—	—	—	—	—	—	
Feldgemarkg. Feldheim	1 000	15	6	9 045	11	—	—	—	—	—	—	—	
	1 900	15	10	9 045	21,6	—	—	—	—	—	—	—	
	800	15	5	9 045	9	—	—	—	—	—	—	—	
Gemarkung O.-Steinberg	2 580	40	32,5	3 986	64	60	—	43	—	—	—	—	
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	2 360	40	30	3 198	75	—	—	—	—	—	51	39,2	
Kreis Alsfeld													
Alsfeld	83 000	129 802	12	43 592	22	3042	23 547	36	—	30	129 802	30*)	*) ab 1. 10. 1925 erhöht auf 40 Rpf.
	83 000	130 215	14	46 686	28	2972	22 399	60	20 000	60	117 808	40	
	123 000	129 130	21	46 590	42	—	21 370	90	20 000	90	132 784	35,2	
Altenburg	3 000	9 388	12	7 011	22	2665	1 095	12	—	—	9 388	—	
	7 000	9 398	15	7 488	30	2665	627	25	896	20	9 061	30	
	2 000	7 398	7	7 484	17	—	627	10	746	10	10 254	—	
Angenrod	3 500	4 223	12	6 280	23	1889	448	20	—	—	4 223	26	
	2 000	4 299	10	6 285	21	1889	448	15	281	—	4 209	—	
	4 900	4 288	17	6 285	37	—	448	32	281	—	5 084	35,2	
Appenrod	3 100	2 350	12	8 213	22	1079	60	30	—	—	2 350	30	
	2 700	2 364	14	8 213	26	1079	66	32	76	—	2 350	—	
	3 000	2 364	12	8 213	30	—	66	35	76	—	1 877	15	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen		Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz		Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital			Gewerbesteuer vom Ertrag		Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.		Bemerkungen
		Steuerwert	Ausschlagsatz	Steuerwert	Ausschlagsatz	Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen	Steuerwert des gewerblichen	Ausschlagsatz	Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz		Ausschlagsatz	
		100 M.	Rpf.	100 M.	Rpf.	100 RM.	100 RM.	Rpf.		Rpf.		Rpf.	
Arnshain . .	2000	3306	6	16 502	10	2372	367	6	—	—	3306	—	
	3000	3306	9	16 504	16	2372	367	8	112	—	3256	—	
	6800	3286	14	16 514	31	—	367	20	112	—	3588	35,2	
Atzenhain . .	1300	3993	5	11 601	8	2172	202	10	—	—	3993	—	
	1600	4052	5	12 209	10	2173	277	10	54	—	4052	—	
	2585	4147	8	12 179	19	—	276	15	54	—	2310	—	
Bernsburg . .	3500	1750	12	8 117	24	1031	135	30	—	—	1750	60	
	4200	1830	18	8 109	36	1031	135	40	23	—	1750	40	
	4400	1867	18	8 109	41	—	135	40	23	—	2065	35,2	
Bernsfeld . .	3600	2102	12	9 062	23	1583	46	20	—	—	2102	48	
	3000	2102	11	9 060	22	1583	522	15	40	—	2086	30	
	5000	2102	22	9 060	46	—	522	30	40	—	924	35,2	
Bieben	1900	1314	12	6 739	22	870	82	30	—	—	1314	—	
	1950	1354	12	6 739	23	870	82	30	37	—	1354	—	
	1800	1339	12	6 739	25	—	82	30	37	—	1396	—	
Billertshausen . . .	1800	1925	11	7 505	19	1211	143	15	—	—	1925	—	
	2300	1925	12	7 512	24	1211	143	20	38	—	1925	—	
	4300	1925	19	7 512	43	—	143	35	38	—	2183	35,2	
Bleidenrod . .	2900	1497	12	7 982	23	1271	33	25	—	—	1497	40	
	4000	1518	15	7 981	30	1271	33	40	56	—	1497	56	
	3000	1518	15	7 981	30	—	1291	30	56	—	681	—	
Brauerschwend . .	2000	4575	7	11 621	12	2312	850	10	—	—	4575	—	
	2000	4566	6	11 810	12	2312	675	10	169	30	4566	—	
	2500	4526	7	11 810	18	—	275	10	169	30	5695	—	
Büßfeld . . .	2100	1570	12	8 529	22	1116	32	10	—	—	1570	—	
	2100	1621	10	8 529	22	1109	33	8	42	—	1610	—	
	2000	1621	10	8 529	22	—	33	10	42	—	1043	—	
Burg-Gemünden	3920	4543	12	12 898	23	1893	456	20	—	—	4543	—	
	3000	4661	9	12 943	18	1656	551	15	196	—	4439	—	
	4000	4661	12	12 943	26	—	551	20	196	—	3200	—	
Dannenrod .	1200	2015	12	4 164	22	844	13	15	—	—	2015	—	
	1000	2024	10	4 164	20	844	13	10	12	—	1997	—	
	1200	2024	10	4 164	25	—	13	10	12	—	2002	—	
Deckenbach . .	2500	2723	12	7 550	23	1242	142	15	—	—	2723	10	
	2000	2730	12	7 550	22	1242	142	12	106	—	2730	—	
	3500	2730	15	7 550	33	—	142	20	106	—	1891	35,2	
Ehringshausen . . .	3500	4444	8	19 201	15	1924	433	15	—	—	4444	—	
	4000	4579	9	19 181	18	1889	373	18	317	—	4039	—	
	4200	4579	9	19 181	20	—	373	18	317	—	2927	—	
Elsa	2000	5257	6	13 709	11	2154	859	7	—	—	5257	—	
	3700	5147	10	14 317	20	2360	261	15	190	—	4862	—	
	4600	5147	12	14 317	28	—	261	20	190	—	5278	—	
Elbenrod . . .	1000	2671	7	5 354	12	994	1272	11	—	—	2671	—	
	1800	2711	11	5 488	22	1857	261	15	30	—	1927	—	
	2500	2841	12	5 488	29	—	198	25	30	—	1846	30	
Elpenrod . . .	4000	2211	12	11 076	23	1374	140	25	—	—	2211	40	
	3500	2230	10	11 075	21	1374	141	24	179	—	2219	35	
	4700	2230	16	11 075	35	—	141	32	179	—	1277	35,2	
Erbenhausen	3400	1684	16	6 458	29	1372	93	20	—	—	1684	60	
	3800	1839	20	6 451	40	1372	98	25	36	—	1775	35	
	4900	1839	28	6 451	63	—	98	35	36	—	871	35,2	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Steuerwert 100 M.	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Steuerwert 100 M.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des gewerblichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Sondergebäudesteuer: Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Ermenrod . .	1 200	2 749	9	5 146	16	1290	235	10	—	—	2 749	—	
	1 200	2 749	6	5 154	13	1290	235	10	22	—	2 749	10	
	1 800	2 749	9	5 154	22	—	203	15	22	—	2 592	15	
Eudorf	2 400	3 489	9	10 829	17	2502	60	10	—	—	3 489	—	
	3 300	3 509	13	10 829	23	2502	60	15	43	—	3 329	—	
	3 900	3 509	12	10 828	29	—	60	18	43	—	4 257	10	
Eulersdorf . .	1 200	955	12	2 786	24	573	155	15	—	—	955	35	
	1 800	1 026	18	2 893	36	573	35	23	5	—	866	53	
	1 800	1 026	23	2 893	46	—	35	30	5	—	669	35,2	
Fischbach . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	Erhebt keine Umlagen
Flensungen .	3 000	5 449	12	4 815	23	658	2385	20	—	—	5 449	12	
	3 000	4 388	14	5 056	28	664	2213	25	231	—	4 388	10	
	1 500	4 388	9	5 050	20	—	687	14	231	—	1 200	—	
Gleimenhain .	2 000	1 810	12	5 215	23	905	19	15	—	—	1 810	30	
	2 400	1 810	16	5 245	32	905	24	20	23	—	1 810	20	
	2 800	1 810	17	5 245	38	—	24	22	23	—	1 496	35,2	
Gontershausen . . .	1 000	1 335	9	4 740	17	674	182	10	—	—	1 335	—	
	2 500	1 394	17	4 738	34	674	187	35	114	—	1 387	30	
	2 400	1 394	18	4 738	41	—	187	25	114	—	518	35,2	
Grebenau . .	3 600	6 993	11	11 078	20	2093	1285	15	—	20	6 993	—	
	4 000	6 963	11	11 679	22	2093	699	24	708	20	6 031	—	
	4 000	7 071	12	11 679	25	—	652	24	707	20	6 588	—	
Groß-Felda .	7 000	10 188	12	19 900	22	2867	1424	25	—	25	10 182	—	
	7 000	10 182	9	19 908	18	2867	1451	25	960	15	10 182	25	
	7 000	10 102	7	19 908	18	—	1441	25	916	15	9 195	25	
Haarhausen .	1 700	1 340	12	5 408	23	681	37	20	—	—	1 340	15	
	1 600	1 350	12	5 409	25	681	37	20	55	—	1 340	—	
	1 500	1 350	12	5 409	25	—	37	20	55	—	1 044	—	
Hainbach . . .	1 700	1 703	12	6 525	22	878	36	15	—	—	1 703	—	
	3 400	1 705	18	6 385	36	878	54	25	46	—	1 705	40	
	4 000	1 705	22	6 385	52	—	54	30	46	—	844	35,2	
Heidelbach . .	1 000	2 430	6	7 952	9	1354	259	10	—	—	2 430	—	
	1 600	2 430	7	7 954	15	1354	259	15	79	—	2 430	—	
	1 700	2 430	8	7 954	19	—	259	16	79	—	2 642	—	
Heimershausen . . .	1 000	2 882	4	9 771	8	1620	133	10	—	—	2 882	—	
	1 500	2 882	6	9 841	11	1620	64	15	35	—	2 882	—	
	2 400	2 927	10	9 841	22	—	64	30	35	—	3 204	—	
Hergersdorf .	800	1 537	8	4 455	14	864	278	10	—	—	1 537	—	
	2 400	1 537	16	4 690	32	864	43	30	11	—	1 470	30	
	2 500	1 607	16	4 690	36	—	32	30	11	—	1 679	35,2	
Höingen . . .	700	638	12	1 704	23	352	29	15	—	—	638	40	
	1 000	645	18	1 704	36	352	29	30	5	—	638	30	
	1 000	645	20	1 704	45	—	29	30	5	—	355	35,2	
Homberg . . .	17 000	16 848	12	16 190	23	1937	4574	25	—	15	16 848	50	
	16 000	17 027	13	16 204	26	1597	4487	40	4222	15	16 070	50	
	22 000	17 027	25	16 204	56	—	4487	68	4222	32	12 581	35,2	
Hopfgarten .	1 400	2 433	8	7 373	15	1230	445	10	—	—	2 433	—	
	1 400	2 453	8	7 582	15	1230	272	10	66	—	2 363	—	
	2 680	2 453	15	7 582	30	—	262	20	66	—	2 869	—	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Ilsdorf	2 200	1 242	17	2 644	32	419	1 110	30	—	—	1242	60*)	*) ab 1. 10. 1925 erhöht auf 80 Rpf.
	2 300	1 157	22	2 644	45	429	1 110	30	4	—	1157	40	
	3 300	1 157	45	2 572	93	—	740	40	4	—	468	35,2	
Kestrich	2 300	2 464	12	8 024	23	977	200	20	—	—	2464	—	
	2 000	2 464	8	8 024	17	977	200	15	127	—	2464	15	
	2 000	2 464	8	8 024	19	—	200	15	127	—	1954	15	
Kirschgarten	700	397	21	822	40	313	92	20	—	—	397	60	
	800	397	25	822	50	313	48	25	—	—	397	56	
	700	397	30	822	64	—	48	25	—	—	162	35,2	
Kirtorf	4 000	7 573	10	15 375	18	2 446	890	10	—	10	7573	—	
	4 000	8 041	10	15 377	18	2 446	1 193	12	749	15	7994	—	
	3 000	8 041	7	15 377	16	—	1 193	10	749	12	6088	—	
Lehnheim	4 300	2 741	15	6 466	28	1 403	53	30	—	—	2741	60	
	4 300	2 445	20	6 504	43	1 413	54	30	26	—	2445	30	
	3 500	2 427	18	6 509	40	—	58	30	26	—	1379	35,2	
Lehrbach	2 800	2 847	9	13 356	17	1 710	196	15	—	—	2847	—	
	4 400	2 837	12	13 356	24	1 510	172	20	45	—	2837	22	
	6 350	2 837	16	13 356	37	—	172	30	45	—	2923	35,2	
Leusel	7 000	5 349	12	15 118	24	1 958	572	25	—	—	5349	40	
	10 000	5 238	20	15 416	42	1 958	271	40	137	—	4966	40	
	9 000	5 353	19	15 416	43	—	271	40	137	—	5264	35,2	
Liederbach	2 100	2 085	12	7 853	21	1 197	71	20	—	—	2085	—	
	2 100	2 165	12	7 877	21	1 197	71	20	95	—	2065	—	
	2 100	2 145	11	7 877	24	—	71	20	95	—	1939	—	
Maulbach	1 500	2 539	6	10 744	11	1 708	80	10	—	—	2539	—	
	2 600	2 585	8	10 727	17	1 695	79	16	67	—	2576	15	
	2 850	2 585	9	10 727	17	—	79	20	67	—	1764	20	
Merlau	6 400	7 000	12	7 333	23	916	1 338	40	—	—	7000	43	
	4 500	6 268	11	7 383	24	916	1 333	25	745	—	6268	25	
	5 000	6 200	12	7 380	30	—	1 330	30	745	20	5100	30	
Münch-Leusel	1 100	589	12	3 602	24	582	10	30	—	—	589	—	
	800	589	7	3 602	15	582	10	20	2	—	589	20	
	1 853	589	20	3 602	43	—	10	40	2	—	618	35,2	
Nieder-Breidenbach	1 450	1 239	12	5 132	23	812	42	20	—	—	1239	—	
	1 314	1 239	11	5 131	21	812	42	20	—	—	1239	—	
	1 314	1 224	11	5 131	23	—	42	20	—	—	1284	—	
Nieder-Gemünden	1 000	5 231	4	10 447	7	1 633	482	5	—	—	5231	—	
	1 500	5 935	6	10 541	10	1 613	453	8	364	—	5170	—	
	5 000	5 935	14	10 541	30	—	453	25	364	—	3847	28	
Nd.-Ofleiden	2 000	3 672	7	12 408	12	1 519	1 948	12	—	—	3672	—	
	2 000	4 278	6	12 397	11	1 514	2 158	12	805	—	4068	—	
	1 200	4 278	3	12 397	7	—	2 158	10	805	—	3712	—	
Nied.-Ohmen	6 000	13 004	10	14 570	18	3 246	5 368	15	2272	8	13 004	—	
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1926 wurde eine Umlage nicht erhoben
	2 000	12 060	4	14 860	10	—	2 700	5	2272	—	8400	—	
Ober-Breidenbach	1 000	3 928	4	11 532	7	2 198	178	5	—	—	3928	—	
	3 000	3 940	10	11 526	20	2 198	178	15	40	—	3940	—	
	4 200	3 940	10	11 486	30	—	178	20	40	—	4331	10	
Ober-Gleen	6 500	4 659	12	15 373	24	2 243	324	25	—	—	4659	38	
	10 500	4 696	20	15 377	41	2 243	331	36	196	50	4468	56	
	6 850	4 696	15	15 377	34	—	331	24	196	35	2294	35,2	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer: von Gebäuden und Bauplätzen, Steuerwert 100 M.	Grundsteuer: von Gebäuden und Bauplätzen, Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer: vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz, Steuerwert 100 M.	Grundsteuer: vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz, Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des gewerblichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Sondergebäudesteuer: Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Ober-Ofleiden	2400	2518	12	8 840	21	914	434	20	—	—	2518	—	
	2400	2585	12	8 895	21	934	428	20	229	—	2582	—	
	3400	2585	12	8 895	30	—	428	30	229	—	2840	12	
Ober-Ohmen	8000	5566	12	18 151	23	1831	362	40	—	—	5566	42	
	6000	5453	10	18 122	22	1822	364	30	104	—	5453	20	
	6000	5450	12	18 100	30	—	364	30	104	—	2700	—	
Ober-Sorg	1700	1125	12	5 743	24	801	203	20	—	—	1125	—	
	1300	1125	9	5 743	19	801	166	15	11	—	1125	—	
	2300	1125	12	5 743	30	—	166	25	11	—	1274	35,2	
Ohmes	4500	2323	21	5 807	41	901	47	30	—	—	2323	60	
	4500	2260	22	5 806	47	901	47	35	62	—	2154	56	
	6000	2302	37	5 806	77	—	47	50	62	—	1972	35,2	
Otterbach	1000	540	12	2 867	24	604	14	15	—	—	540	30	
	2300	580	30	2 871	60	604	19	50	10	—	580	40	
	2400	580	36	2 871	76	—	19	50	10		89	35,2	
Rainrod	2800	3152	11	11 672	20	1619	406	10	—	—	3152	—	
	4690	3152	13	11 945	30	1619	147	13	45	—	2912	22	
	4877	3152	12	11 945	29	—	147	15	45	—	3121	35,2	
Reibertenrod	2200	1984	12	4 522	24	1179	26	16	—	—	1984	35	
	1500	1984	8	4 522	15	1179	11	25	1	—	1984	25	
	1200	1984	7	4 523	17	—	11	22	1	—	2251	15	
Reimenrod	1000	1372	12	3 105	22	534	364	20	—	—	1372	—	
	2100	1372	15	3 105	31	534	369	25	378	20	1302	56	
	1400	1372	14	3 105	30	—	369	25	378	20	1667	10	
Renzendorf	600	1288	10	2 341	18	518	300	10	—	—	1288	—	
	700	1238	10	2 542	20	518	95	12	51	—	1105	—	
	1200	1354	12	2 575	30	—	95	20	51	—	1323	25	
Romrod	3000	7964	7	16 003	13	3291	546	12	—	—	7964	—	
	3000	8014	7	15 989	13	3291	546	12	292	20	5705	—	
	7000	8012	12	15 989	29	—	498	30	292	40	8333	15	
Rülfenrod	1200	877	10	5 484	19	519	82	20	—	—	877	—	
	3500	877	25	5 489	50	519	84	40	44	—	877	40	
	3400	877	25	5 489	53	—	84	40	44	—	811	35,2	
Ruhlkirchen	7400	2912	33	6 487	64	1016	207	50	—	—	2912	60	
	5500	2892	27	6 512	54	1016	207	40	72	—	2214	40	
	5500	2880	28	6 512	61	—	187	40	72	—	2041	35,2	
Ruppertenrod	8500	5270	13	15 723	25	2060	517	30	—	—	5270	60	
	2800	5315	7	15 660	14	2038	485	15	120	—	5315	—	
	5200	5320	13	15 680	29	—	520	28	120	—	2820	—	
Schadenbach	1000	1371	9	5 145	16	961	37	10	—	—	1371	—	
	1200	1481	10	5 147	19	961	37	12	7	—	1471	—	
	1500	1481	11	5 147	26	—	37	15	7	—	1125	—	
Schwabenrod	1400	2531	8	7 079	15	1214	122	12	—	—	2531	—	
	2400	2441	10	7 079	21	1214	122	15	25	—	2441	25	
	3100	2441	14	7 079	30	—	122	20	25	—	2285	30	
Schwarz	3200	4621	8	17 026	15	1904	1380	12	—	—	4621	—	
	2000	4761	6	16 992	10	1938	290	8	131	—	3830	—	
	4000	4797	10	16 988	22	—	290	16	131	—	4402	—	
Seibelsdorf	2800	1498	15	4 860	29	1226	132	20	—	—	1498	60	
	3900	1498	25	4 783	50	1226	132	35	13	—	1459	56	
	3800	1498	27	4 783	61	—	132	35	13	—	1373	35,2	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	des gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Storndorf . .	3700	6 889	12	11 484	22	1958	1051	15	—	—	6 889	—	
	3400	7 104	10	11 571	19	2661	837	12	648	15	7 049	—	
	3400	7 004	10	11 571	22	—	785	12	648	—	8 220	—	
Strebendorf .	1800	2 147	10	7 622	19	1408	174	12	—	—	2 147	—	
	2600	2 127	12	7 621	24	1408	174	16	59	—	2 127	15	
	2840	2 127	12	7 609	30	—	164	16	59	—	1 725	20	
Udenhausen .	3600	1 121	15	8 877	28	893	156	35	—	—	1 121	60	
	1800	1 151	9	8 875	18	893	159	20	26	—	1 106	—	
	2400	1 151	12	8 875	26	—	159	25	26	—	1 152	—	
Unter-Sorg .	1000	685	12	2 405	24	531	15	20	—	—	685	30	
	1010	725	15	2 404	30	531	15	25	—	—	685	20	
	1000	725	12	2 404	30	—	15	25	—	—	643	32	
Vadenrod . .	2000	2 925	8	10 879	15	1791	210	10	—	—	2 925	—	
	3500	2 895	11	10 879	22	1791	210	14	34	—	2 835	20	
	4000	2 917	12	10 879	30	—	210	16	34	—	2 976	15	
Vockenrode . .	2500	1 473	13	5 008	24	1108	76	20	—	—	1 473	60	
	3800	1 468	24	5 008	48	1108	76	35	25	—	1 418	56	
	2500	1 543	15	5 008	36	—	76	23	25	—	1 377	35,2	
Wahlen . . .	3400	3 222	10	13 309	21	1363	63	20	—	—	3 222	—	
	6500	3 232	16	13 290	34	1363	545	30	26	—	3 222	36	
	6000	3 232	17	13 290	37	—	545	30	26	—	1 498	35,2	
Wallersdorf .	1550	1 600	12	5 357	23	910	242	15	—	—	1 600	—	
	1500	1 640	12	5 485	23	910	124	15	26	—	1 600	—	
	1500	1 640	11	5 485	25	—	124	15	26	—	2 007	—	
Wettsaasen . .	2300	1 147	12	5 900	24	769	98	25	—	—	1 147	50	
	2300	1 147	14	5 902	28	759	63	30	8	—	1 147	30	
	2100	1 147	14	5 925	31	—	63	30	8	—	372	35,2	
Windhausen .	3300	3 847	9	15 345	17	2232	146	15	—	—	3 847	—	
	2100	3 797	6	15 345	11	2202	146	10	61	—	3 797	—	
	3000	3 797	8	15 345	18	—	146	15	61	—	3 708	—	
Zeilbach . . .	1200	1 609	12	4 712	20	871	63	15	—	—	1 609	—	
	1800	1 609	10	4 689	28	871	69	18	47	—	1 609	15	
	1800	1 609	15	4 688	30	—	69	20	47	—	1 398	10	
Zell	5000	7 307	8	25 701	15	3110	1964	12	—	—	7 307	—	
	6000	7 307	9	27 285	18	3110	374	15	123	—	6 480	—	
	6000	7 307	9	27 285	20	—	374	15	123	—	6 927	—	
Kreis Büdingen													
Altenstadt . .	4900	13 880	5,4	27 157	10,4	3472	984	14,8	—	11	13 880	—	
	4500	13 675	5,1	26 637	10,2	2097	1609	14,1	2000	28	13 645	—	
	6840	13 675	8,2	26 637	17	—	1609	22	2000	42	14 390	—	
Alt-Wiedermus	1460	2 265	5,8	7 177	10,4	1623	215	7	—	13	2 265	15	
	1460	2 245	5,4	7 214	10,4	998	214	7,2	329	72	2 244	12	
	2314	2 145	11	7 114	24	—	214	21	329	90	1 900	—	
Aulen-Diebach	2500	2 297	9,2	10 554	18	1845	134	20	—	—	2 297	—	
	2500	2 596	9	10 595	18	1612	135	15	228	43,5	2 596	—	
	3000	2 596	12,3	10 595	25,1	—	135	20	228	—	1 716	—	
Bad-Salzhausen . . .	2629	14 226	5,8	12 431	11	56	658	31	—	13	14 226	—	
	2600	13 854	6	12 349	11,4	56*)	658	31,2	238	66	13 854	—	*) 1926 nicht besteuert
	4500	13 854	10,6	12 349	21,2	—	395	60	238	90	7 567	—	
Bellmuth . .	1550	903	13,2	2 797	25,6	393	39	32	—	—	903	60	
	1550	858	15	2 935	30	463	39	33	67	—	858	45	
	1980	858	22	2 935	51	—	39	39	67	—	864	34,33	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	Steuerwert des gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Bergheim . .	4 240	2 225	18,2	5 674	37	959	69	39,5	—	—	2 225	60	
	2 300	2 244	10,2	5 658	20,4	774	73	28,8	74	—	2 244	30	
	4 400	2 244	27	5 658	57	—	73	70	74	—	1 512	34,33	
Berstadt . . .	8 685	9 552	7,6	53 555	13,5	3628	263	19	—	—	9 552	—	1925 wurden Umlagen nicht erhoben
	8 000	9 552	6,6	53 471	12,6	3452	263	17,4	524	—	9 552	—	
	10 800	9 552	8,7	53 471	18,5	—	263	20	524	—	7 587	—	
Bindsachsen .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	1 100	2 998	5,4	12 186	10,8	2610	354	9	315	18	2 298	—	
	3 000	2 928	9,9	12 186	21	—	354	18	315	30	2 487	—	
Bingenheim .	3 317	6 620	7,8	16 333	15,4	1701	364	15,4	—	—	6 620	—	
	3 100	6 665	7,2	16 646	14,1	1481	362	15	107	—	6 665	—	
	3 710	6 665	9	16 646	18,3	—	284	18	107	30	5 150	—	
Bisses	2 654	2 338	10,8	5 349	20,4	524	105	42	—	—	2 338	45	
	2 210	2 391	10,2	5 335	20,4	501	105	39	115	—	2 391	27	
	2 560	2 391	14,4	5 335	30	—	105	45	115	60	2 243	22,5	
Bleichenbach .	2 700	5 447	6,12	16 417	11,88	3092	260	8,32	—	17	5 447	—	
	2 700	5 960	6,42	16 320	12,84	581	414	9	608	24	5 960	—	
	6 000	5 960	13,5	16 320	29,4	—	414	21	608	60	4 612	—	
Blofeld . . .	7 195	1 939	22	11 664	43,6	720	83	66	—	—	1 939	60	
	6 661	1 886	21	11 711	42	817	83	54	16	—	1 886	46	
	9 400	1 886	33	11 711	68,3	—	83	76	16	—	2 161	34,33	
Bobenhausen I. .	2 778	1 720	17,48	3 425	33,96	479	43	55,6	—	—	1 720	60	
	1 570	1 730	12	3 421	24	454	43	36	62	—	1 730	21	
	1 800	1 730	13,8	3 421	32,4	—	43	48	62	—	1 274	34,33	
Bös-Gesäß .	2 750	465	60	1 503	118	466	79	72	—	—	465	60*)	*) ab 1. 10. 1925 auf 80 Rpf. erhöht
	2 000	465	42	1 502	84	462	78	50	43	100	462	51	
	1 800	465	43	1 502	91	—	78	50	43	100	450	34,33	
Borsdorf . .	3 300	3 620	8	14 471	15	1337	505	16,6	—	—	3 620	15	
	3 300	3 568	9,3	14 485	18	1496	505	18	51	—	3 568	—	
	5 500	3 563	14	14 485	30	—	124	33	51	—	1 979	30	
Büches	1 205	1 745	5,4	9 471	10	3751	15	4,6	—	—	1 745	—	
	1 205	1 851	5,22	9 279	10,44	1557	74	8,7	119	—	1 851	—	
	2 000	1 851	9	9 279	19,8	—	74	15	119	—	1 193	—	
Büdingen . .	54 000	75 932	11,68	38 501	21,74	3255	5 843	34,6	—	22	75 932	36	
	82 000	75 980	20	38 482	46	2710	10 210	30	9106	100	75 980	48	
	97 000	75 980	30	38 482	66	—	10 210	40	9106	187	80 676	34,33	
Burg-Bracht	3 000	870	25,4	4 055	50,4	1008	16	21	—	—	870	60	
	2 800	858	24,3	4 073	48,6	906	13	20,4	36	—	855	49,8	
	2 000	858	15	4 073	39	—	13	20	36	—	885	34,33	
Calbach . . .	1 780	2 082	10	6 960	19,2	1966	85	12	—	—	2 082	—	
	860	2 134	4,5	7 038	9	928	85	6	283	25,5	2 134	—	
	770	2 134	4	7 038	9	—	85	6	283	24	2 569	—	
Dauernheim .	4 500	6 472	7	24 674	13,8	2396	404	15,6	—	28	6 472	—	
	3 500	6 878	6,6	24 072	10,8	2265	483	13	314	30	6 878	—	
	4 000	6 878	6	24 072	14,4	—	484	15	314	36	6 744	—	
Diebach a. H.	3 635	1 872	12	10 803	23,4	2585	39	10,2	—	—	1 872	33	
	3 200	1 883	10,5	10 762	21	1462	39	12	111	—	1 883	30	
	2 720	1 883	9,5	10 762	20	—	39	12	111	—	1 409	27,6	
Dudenrod . .	800	532	13	1 478	25	220	8	25	—	—	532	60	
	900	542	15	1 430	30	403	28	30	2	—	542	51	
	1 800	542	45	1 430	97	—	28	95	2	—	417	34,33	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Steuerwert 100 M.	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Steuerwert 100 M.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des gewerblichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Sondergebäudesteuer: Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Düdelsheim	5 500	10 792	5,8	37 780	10,6	5575	1103	6,6	—	15	10 792	—	
	4 500	11 421	4,5	38 129	9	3262	1162	6	1722	16	11 421	—	
	4 500	11 421	4,5	38 129	9,5	—	1162	6	1722	18	11 850	—	
Echzell	13 000	18 404	6	70 964	11,4	3632	3180	8	—	15	18 404	15	
	11 700	18 317	5,1	71 267	10,2	3804	3152	7	1103	40	18 317	13,8	
	27 300	18 397	12	71 267	25,5	—	1483	18	1103	60	17 904	34,33	
Eckartsborn	6 444	2 879	22	7 580	42	928	288	75	—	—	2 879	60	
	4 460	3 016	15	6 905	30	1000	338	50,2	45	—	3 016	42	
	5 600	3 016	24	6 905	57	—	128	90	45	100	2 269	34,33	
Eckartshausen	1 832	3 572	5,6	12 523	10,8	2489	260	5,6	—	10	3 572	—	
	2 658	3 980	7,5	13 178	15	1669	294	7,8	478	48	3 980	—	
	4 300	3 980	12	13 178	26,4	—	294	12	478	60	3 134	—	
Effolderbach	4 206	2 749	11,6	10 643	22,8	752	461	32	—	—	2 749	39	
	4 000	2 912	10,5	10 643	21	725	386	30	149	42	2 912	36	
	4 500	2 912	14,4	10 643	31,5	—	216	42	45	80	1 768	34,33	
Fauerbach	3 144	2 965	9,6	8 507	18,6	1529	168	23,6	—	—	2 965	30	
	5 500	2 988	16,5	8 519	33	1446	171	36	197	48	2 988	51	
	8 656	2 988	35	8 519	77	—	168	75	197	100	2 117	34,33	
Geiß-Nidda	7 800	6 071	11	18 899	20,2	1724	1101	14,6	—	27	6 071	45	
	7 000	6 241	9,5	18 863	19,2	1424	1094	13,5	135	66	6 241	37,8	
	7 100	6 241	12	18 863	25	—	272	18	135	90	4 298	32	
Gelnhaar	3 349	2 915	11	6 899	21,2	1010	83	24,4	—	—	2 915	45	
	3 349	3 036	10,2	6 896	20,4	1273	79	23,4	218	21	3 036	42	
	4 458	3 036	18	6 896	42	—	79	45	218	39	2 787	34,33	
Gettenau	2 800	4 777	4,4	30 974	7,68	1907	514	6	—	19	4 777	—	
	3 805	4 853	5,1	31 196	10,2	1808	515	12	162	67,2	4 853	—	
	5 900	4 803	8,3	31 096	17,3	—	212	20	162	75	3 589	—	
Glauberg	2 500	4 582	5	20 641	9,4	1334	215	11	—	21	4 582	—	
	5 112	4 460	11,5	20 728	21	1037	210	18	261	18	4 460	—	
	10 000	4 460	15	20 728	37,2	—	215	30	261	30	4 311	34,33	
Grund-Schwalheim	1 500	1 772	7,6	6 961	14,2	597	1044	11,6	—	17,5	1 772	—	
	1 000	1 772	4,8	6 964	9,6	572	1044	7,8	304	42	1 772	—	
	2 500	1 772	12	6 964	26,4	—	852	21	304	100	2 842	—	
Hainchen	3 000	3 506	8	12 544	12	969	91	19	—	—	3 506	30	
	4 000	3 556	10,2	10 068	20,4	796	79	27	681	42	3 556	30	
	6 200	3 556	18	10 068	39	—	79	48	681	58,3	3 496	34,33	
Hain-Gründau	4 600	4 351	11,6	11 816	21,6	1680	246	47,2	—	—	4 351	15	
	4 121	4 854	9	11 655	18	1591	251	42	456	42	4 854	13	
	6 000	4 854	13,5	11 655	31	—	251	63	456	63	3 841	34,33	
Heegheim	2 920	1 782	10	12 988	19,2	2057	15	12,6	—	—	1 782	—	
	2 900	1 791	9,9	12 986	19,5	1208	190	14,4	64	—	1 791	—	
	4 000	1 791	12	12 986	29	—	195	20	64	—	1 180	—	
Heuchelheim	1 540	1 536	6,8	10 257	12,4	773	43	20,4	—	—	1 536	—	
	2 800	1 569	11,1	10 249	22,2	890	43	37,5	14	—	1 569	—	
	2 426	1 569	10,2	10 249	22	—	43	30	14	—	1 174	—	
Himbach	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1925, 1926 und 1927 wurden Umlagen nicht erhoben
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Hirzenhain	14 947	22 779	11,8	5 063	23,6	284	7370	24,6	—	12	22 779	24	
	13 200	19 883	12	5 434	24	265	7603	25,2	5822	63,6	19 883	19,5	
	16 309	19 883	15	5 434	30	—	7067	32	5822	75	30 810	18,4	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Steuerwert 100 M.	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Steuerwert 100 M.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des gewerblichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Sondergebäudesteuer: Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Hitzkirchen . .	5 822	1 839	30	5 871	58	1269	55	58	—	—	1 839	60	
	5 000	1 887	27	5 771	54	1942	52	30	157	—	1 887	41,1	
	6 622	1 887	42	5 771	90	—	52	50	157	75	1 456	34,33	
Höchst a. N. .	5 731	4 952	11,4	9 340	22	581	434	20,8	—	23	4 952	50	
	6 000	4 603	13,2	9 371	26,4	608	337	24	564	63	4 603	51	
	6 700	4 602	18,6	9 371	38,4	—	337	45	564	96	4 530	34,33	
Illnhausen . .	1 500	936	14	2 486	26,2	625	20	24,4	—	—	936	60	
	1 500	726	15	2 485	30	738	122	33	16	—	726	51,6	
	2 100	726	30	2 485	66,6	—	122	66	16	—	696	34,33	
Kefenrod . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1925, 1926 und 1927 wurden Umlagen nicht erhoben
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Kohden	4 465	3 167	15	6 338	28,4	722	264	30	—	—	3 167	60	
	6 650	3 204	28,26	6 355	56,52	627	264	56,52	30	—	3 204	51,3	
	5 800	3 204	28,8	6 355	63	—	53	60	30	—	2 450	34,33	
Langen-Bergheim . . .	7 119	3 216	12	19 089	24	2493	58	24,4	—	—	3 216	47,5	
	7 000	3 226	12,6	19 095	24	1612	61	24	359	30	3 226	46,8	
	7 000	3 226	15	19 095	30	—	61	30	359	39	3 094	21	
Leidhecken . .	5 548	2 187	14	13 323	27	1118	132	29	—	—	2 187	60	
	5 200	2 178	14,1	12 460	27,6	1119	130	28,8	77	—	2 178	51	
	5 300	2 178	16,5	12 460	34	—	130	40	77	—	1 939	34,33	
Lindheim . . .	6 600	4 774	9,6	27 659	18,6	2818	725	11,4	—	10	4 474	—	
	6 300	5 501	9,6	27 669	18,6	1191	902	18	1 320	27	5 501	—	
	10 000	5 501	14,5	27 669	30	—	902	30	1 320	48	4 815	—	
Lißberg . . .	3 538	4 108	8,6	5 153	17	532	877	17	—	12	4 108	45	
	1 698	4 167	4,5	5 189	9	490	817	9	545	24	4 167	19,2	
	3 650	4 167	13,5	5 184	30	—	627	27	545	72	3 765	27	
Lorbach . . .	2 100	2 563	9	9 975	17	2242	14	8,6	—	—	2 563	—	
	2 000	2 561	8,4	10 012	16,5	1766	18	8,1	74	—	2 561	—	
	6 000	2 561	22	10 012	46	—	18	50	74	70	2 229	34,33	
Merkenfritz . .	1 602	3 026	9,6	5 708	18	428	467	16,2	—	42	3 026	—	
	2 450	3 027	12	5 677	24	448	467	21	173	33	3 027	15	
	2 780	3 027	15	5 767	30	—	159	30	173	39	3 418	14,1	
Michelau . . .	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1925 wurden Umlagen nicht erhoben
	600	1 536	7,5	2 573	15	827	173	9,9	42	—	1 536	—	
	2 300	1 536	24	2 573	54	—	173	42	42	30	1 372	34,33	
Michelnau . .	2 900	1 950	12	5 023	23,6	736	51	38	—	—	1 950	60	
	2 800	1 963	12,6	5 038	25,2	631	51	41,4	14	—	1 963	51	
	3 150	1 963	22,2	5 038	48	—	51	60	14	—	1 537	34,33	
Mittel-Gründau .	10 500	4 267	16	19 755	31,8	4693	160	10,2	—	35	4 267	60	
	12 100	4 604	20,4	19 815	40,8	2540	160	18	554	69,6	4 604	48	
	13 000	4 604	25	19 815	51	—	160	30	554	90	3 622	34,33	
Nidda	63 288	48 316	16,5	28 437	33	1319	15 109	34,5	—	43	48 316	60	
	56 000	48 055	15	28 766	30	1299	16 333	30	10 458	100	48 505	50	
	50 700	48 505	16	28 766	33	—	13 126	40	10 458	120	45 573	34,33	
Nieder-Mockstadt .	4 014	5 494	4,8	24 129	9,2	1539	493	8,4	—	17	5 494	20	
	4 560	5 626	5,4	24 064	10,8	1483	487	9,6	394	31,8	5 624	23,7	
	8 130	5 626	13	24 064	27	—	493	36	394	90	4 155	10,5	
Oberau	2 290	2 231	11	5 902	21,2	675	24	20	—	—	2 231	30	
	2 290	2 160	12	5 645	22,5	433	24	21	66	—	2 160	30	
	4 290	2 160	24	5 645	52	—	24	42	66	—	2 400	34,33	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Steuerwert 100 M.	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Steuerwert 100 M.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des gewerblichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Sondergebäudesteuer: Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Ob.-Mockstadt	5 601	5 476	10	16 424	19,6	1102	685	20,4	—	11	5 476	20	
	2 927	5 525	6,3	16 416	12,6	1131	685	14,4	585	43,2	5 525	—	
	6 270	5 525	13,5	16 416	29,4	—	685	36	585	90	5 603	—	
Ober-Widdersheim	11 030	5 992	16,6	13 778	32,8	888	2041	22	—	80	5 992	60	
	7 000	5 717	10,2	13 728	20,4	796	1660	18	946	45,66	5 717	48	
	10 000	5 717	21	13 728	44	—	702	50	946	100	4 265	34,33	
Orleshausen	1 122	2 323	8	5 687	15	1041	30	8,2	—	—	2 323	—	
	2 000	1 499	12	6 577	24	726	30	15	102	—	1 499	9	
	4 000	1 499	22,5	6 577	49,5	—	30	30	102	—	1 269	34,33	
Ortenberg	12 000	18 141	8	8 999	24	442	2800	30	—	28	18 141	35	
	10 000	17 860	8,1	8 993	16,2	815	2790	27	2387	32,1	17 860	30	
	9 510	17 860	15	8 993	30	—	2434	40	2387	50	19 162	10	
Ranstadt	3 281	6 040	5,2	23 141	9,8	1693	1450	11,2	—	30	6 040	—	
	3 400	6 203	5,1	23 039	10,2	1713	1446	12,3	554	63	6 203	—	
	4 700	6 203	7,2	23 039	15,9	—	563	17,2	554	90	4 132	—	
Rinderbügen	7 076	2 705	24	8 726	47	1682	223	42	—	—	2 705	60	
	7 000	2 760	24	8 740	48	1674	220	42	188	—	2 760	49,2	
	6 000	2 760	22	8 740	54	—	220	40	188	—	1 686	34,33	
Rodenbach	3 320	1 739	12	9 585	22,6	1109	36	14,6	—	—	1 739	45	
	2 000	1 750	8,1	9 666	15,9	629	135	8,4	112	—	1 750	15	
	2 000	1 750	9	9 666	19	—	135	12	112	—	1 774	—	
Rohrbach	1 800	2 781	4,8	15 820	8.4	2612	314	6	—	16	2 781	—	
	5 760	3 057	12	15 876	27	1549	314	15	628	48	3 057	18	
	7 400	3 057	17	15 876	36	—	314	27	628	75	1 833	34,33	
Rommelhausen	1 430	1 809	11	3 507	20,2	219	14	38	—	—	1 809	24	
	1 500	1 803	10,8	3 506	21,6	273	13	39	115	—	1 803	22	
	1 500	1 803	14,5	3 506	30	—	13	45	115	72	1 866	6	
Schwickartshausen	2 500	2 104	12	5 525	23,8	923	35	34,4	—	—	2 104	30	
	2 300	2 096	11,4	5 549	22,8	1036	35	33	27	—	2 096	21,3	
	2 000	2 096	11,4	5 549	27	—	35	30	27	—	1 289	20	
Selters	3 300	3 530	11	8 964	21,6	718	742	15,6	—	29	3 530	15	
	4 500	4 250	15	8 566	30	750	742	24	309	60	4 250	18	
	6 500	4 250	22	8 566	48	—	381	39	309	90	3 119	34,33	
Stockheim	14 111	12 502	5	13 565	33	1053	3442	20	—	16	12 502	60	
	13 000	13 113	15	13 478	27	972	3442	18	2172	66	13 113	40	
	15 900	13 113	23	13 478	47	—	1164	45	2172	100	11 028	34,33	
U.-Schmitten	5 200	6 409	10	7 256	18,6	808	3395	15,4	—	50	6 409	30	
	5 200	6 399	11,4	7 211	22,8	840	3395	18	234	63	6 399	30	
	5 200	6 599	14,2	7 211	30	—	3128	27	234	72	5 777	20	
Unter-Widdersheim	3 600	1 973	11,6	10 285	21,8	819	46	29	—	—	1 973	45	
	4 459	1 959	14,4	10 437	28,8	821	44	33,9	50	—	1 959	45	
	7 306	1 959	29	10 437	59	—	46	66	50	60	1 539	34,33	
Usenborn	1 200	3 478	3,6	15 922	6	2182	27	5,2	—	—	3 478	—	
	1 800	3 228	6,6	10 116	13,2	1971	25	10,4	178	25,5	3 228	—	
	1 800	3 228	7,2	10 116	15	—	25	10	178	30	2 454	—	
Vonhausen	3 000	2 815	8,8	10 483	17,2	2351	130	15,4	—	—	2 815	20	
	5 000	2 768	15	10 372	30	1857	130	27	147	—	2 768	34,2	
	7 000	2 768	24	10 372	51,6	—	130	48	147	—	2 722	34,33	
Wallernhausen	2 749	4 887	6,2	16 290	12	2587	526	12,8	—	15	4 887	—	
	2 050	4 876	4,5	16 265	9	2183	526	10,2	217	45	4 876	—	
	4 612	4 876	12	16 265	24	—	274	15	217	60	4 464	—	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Ertrag Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Wenings . . .	4 000	6 715	6,6	16 209	12,8	2943	317	11	—	20	6 715	—	1926 und 1927 wurden den Umlagen nicht erhoben
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Wippenbach .	904	754	8	2 200	15,6	346	4	15	—	—	754	60	
	2 600	754	36	2 400	72	372	4	60	—	—	754	50,1	
	1 800	754	27	2 400	60	—	4	75	—	—	588	34,33	
Wolf	4 075	2 010	11,6	10 759	22	1354	200	12,6	—	16	2 010	60	
	4 079	2 246	11,4	10 588	22,8	1015	197	12,6	333	30	2 246	51,6	
	4 000	2 246	15	10 588	30	—	197	18	333	45	2 007	15	
Kreis Friedberg													
Assenheim . .	23 500	15 799	18	23 903	30	1766	1 525	60	—	40	15 799	60	
	15 800	16 877	13,9	21 994	22,9	2336	1 567	40	3 963	35,67	16 877	32,3	
	21 000	16 766	17,65	21 674	34,55	—	1 473	55	3 992	42,3	22 343	36,6	
Bad-Nauheim	480 000	576 747	12	78 854	24	1021	77 605	70	—	60	576 747	60	
	435 000	604 854	12	77 589	24	1037	62 137	70	48 553	150	557 229	56	
	426 900	674 270	12	77 412	24	—	73 587	70	48 553	135	633 386	36,7	
Bauernheim .	6 800	1 394	20	10 801	48	978	21	50	—	—	1 394	60	
	5 000	1 398	18,1	11 708	36,1	1025	38	28	65	—	1 398	20,3	
	5 000	1 430	17	11 690	36,6	—	38	30	65	—	1 489	36,7	
Beienheim . .	7 000	3 982	12	17 729	24	1840	90	25	—	—	3 982	45	
	5 820	3 694	12	17 747	21	1813	101	25	84	—	3 694	32	
	5 973	3 630	13	17 711	25	—	112	30	84	—	2 949	36,7	
Bodenrod . .	1 600	556	18	3 028	33	599	11	30	—	—	556	60	
	1 600	555	25	1 882	50	599	12	40	8	—	555	56	
	1 600	555	30	1 878	70	—	12	50	8	—	177	36,7	
Bönstadt . . .	8 500	5 700	12	26 818	24	2286	149	34	—	—	5 700	10	
	8 000	5 700	12,1	26 542	24,1	2498	157	35,2	239	—	5 700	—	
	9 000	5 635	15	26 203	30	—	162	50	239	—	6 983	—	
Bruchenbrücken . .	15 000	8 468	14	27 364	25	2499	1 537	22	—	40	8 468	60	
	14 000	8 450	14	26 924	25	2479	1 286	22	1 421	70	8 450	52	
	14 684	8 366	16	27 272	31	—	1 286	28	1 421	85	9 246	36,7	
Büdesheim .	22 600	15 956	12	35 862	25	3556	984	30	—	40	15 956	60	
	22 700	15 685	18,1	34 937	36,1	3482	1 020	40	1 442	62,67	15 685	29,3	
	25 000	15 523	19,45	34 385	43,85	—	987	43	1 415	66,3	15 107	36,7	
Burg-Gräfenrode	5 200	3 937	10	18 804	18	2176	196	30	—	—	3 937	20	
	4 800	3 685	12	17 354	22	2028	253	24	266	—	3 685	—	
	5 000	3 635	13	16 173	27,6	—	190	40	266	—	4 270	—	
Butzbach . . .	166 413	135 500	15	32 771	24	1378	50 493	80	—	50	135 500	45	
	159 007	128 555	12	32 942	24	526	49 921	80	20 876	100	128 555	45	Ungedeckter Fehlbetrag im Rj. 1926: 17 000 RM.
	149 000	129 062	12	30 450	24	—	49 921	80	41 410	100	127 000	36,7	
Dorheim . . .	19 000	12 740	16	27 208	29	2387	367	28	—	40	12 740	60	
	19 000	13 226	15,7	27 612	28,9	2220	414	28	871	74,67	13 226	55,7	
	17 800	12 812	18,97	27 339	36,89	—	502	28	753	96,3	12 131	36	
Dorn-Assenheim	3 400	5 338	6	24 619	11	2232	381	14	—	—	5 338	—	
	6 230	5 290	12	22 147	22	2194	417	30	311	—	5 290	—	
	8 769	5 290	15	21 724	30	—	417	40	311	30	3 582	34	
Dortelweil . .	13 900	10 621	13	22 807	23	2563	133	36	—	—	10 621	60	
	13 600	10 506	15	22 216	30	2377	171	50	760	80	10 506	32	
	13 200	10 461	15	22 521	30	—	171	70	603	80	11 718	36,7	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	des gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Ertrag Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Fauerbach v. d. H.	7 250	5 365	9	30 243	17	2288	327	20	—	—	5 365	20	
	7 200	5 339	10	31 174	20	2278	341	20	148	—	5 339	—	
	7 500	5 339	11	29 793	23	—	341	25	148	—	4 282	—	
Friedberg	291 000	279 165	12	81 245	24	2501	45 382	62	—	60	279 165	60	
	317 000	282 540	12	81 162	24	2346	49 970	56	46 664	90	282 540	56	Ungedeckter Fehlbetrag im Rj. 1926: 34 000 RM.
	287 765	286 104	15	79 557	30	—	49 969	113	46 924	85	329 701	36,7	
Gambach	20 000	10 461	11	45 883	24	3062	1 302	18	—	40	10 461	60	
	20 000	10 495	12	45 840	24	3051	1 667	18	1 653	60	10 495	56	
	20 500	10 495	14,6	45 526	32	—	1 667	25	1 653	76	7 443	36,7	
Griedel	11 500	9 241	6	37 970	12	2463	1 842	10	—	40	9 241	60	
	12 000	9 154	7	37 653	13	2365	1 828	20	952	60	9 154	56	
	17 250	9 154	15	37 653	30,7	—	1 570	60	952	110	6 417	36,7	
Groß-Karben	22 300	21 621	12	31 052	23	1164	1 861	60	—	40	21 621	40	
	14 460	19 191	11,5	31 039	23,5	1813	1 898	40	3 111	60,67	19 191	8,3	
	14 460	19 191	12,01	31 039	25,85	—	1 898	40	3 111	60,3	26 509	6	
Harheim	10 200	13 456	8	26 211	17	1635	146	40	—	—	13 456	30	
	10 200	13 520	9	26 840	21	1659	186	40	480	—	13 520	20	
	13 000	13 519	11,4	26 789	29	—	202	50	480	—	15 863	23	
Hausen	700	246	18	1 187	38	177	2	34	—	—	246	60	
	517	239	18	1 173	38	177	3	25	1	—	239	—	
	701	239	20	1 173	49	—	3	—	1	—	235	36,7	
Heldenbergen	11 700	18 494	8	36 378	16	2859	645	25	—	40	18 494	15	
	16 300	20 773	14	30 318	25,3	2726	682	50	1 531	100	20 773	11,9	
	18 000	18 175	14,95	36 810	27,35	—	982	49	1 506	120,3	18 764	15,9	
Hoch-Weisel	4 490	5 423	8	17 856	15	2195	368	18	—	—	5 423	20	
	8 560	5 442	14	18 231	30	2190	372	30	319	—	5 442	30	
	10 000	5 402	18	18 230	42	—	370	38	319	—	3 362	36,7	
Holzhausen	11 500	8 918	14	13 690	30	1644	401	24	—	40	8 918	60	
	10 500	8 997	14	14 037	30	1590	655	24	752	50	8 997	45	
	10 900	9 228	16,5	13 717	40	—	492	40	620	75	8 743	36,7	
Ilbenstadt	29 000	9 804	24	33 587	50	3562	1 224	40	—	40	9 804	60	
	22 550	9 695	21	33 376	44	3634	1 249	42	864	100	9 695	30	
	36 200	9 695	35	32 917	84	—	1 277	70	632	150	9 223	36,7	
Kaichen	10 590	5 151	12	28 949	21	3001	227	23	—	—	5 151	60	
	7 500	5 165	12,1	28 599	21,1	2999	245	28	317	—	5 151	—	
	7 600	5 165	12,25	28 599	24,35	—	245	28	317	—	6 088	—	
Kirch-Göns	7 000	7 976	12	22 745	23	1899	363	36	—	—	7 976	—	
	7 000	7 971	12,1	22 624	23,5	1883	288	36	378	—	7 971	—	
	10 000	7 921	14	22 560	30	—	258	45	378	—	7 479	27	
Klein-Karben	11 950	12 126	12	23 400	24	1456	359	50	—	40	12 126	20	
	9 860	12 102	12,1	22 962	24,1	1456	1 449	52	650	98,67	12 102	5,9	
	8 200	12 102	11,05	22 962	24,35	—	1 315	52	483	120	13 569	—	
Kloppenheim	5 000	6 082	9	15 533	14	1761	585	5	—	40	6 082	30	
	6 000	6 073	10	15 115	20	1375	594	20	390	40	6 073	30	
	6 000	5 482	11	15 119	22	—	613	24	379	45	5 321	34	
Langenhain-Ziegenberg	3 000	3 408	12	9 913	23	1375	306	20	—	—	3 408	—	
	4 500	3 408	18	9 907	34	1352	306	30	158	—	3 408	—	
	4 500	3 457	14	9 838	30,6	—	306	30	158	—	2 484	36,7	
Maibach	1 060	841	11	2 972	22	695	26	15	—	—	841	25	
	1 160	837	12	2 960	24	705	37	15	30	—	837	25	
	1 060	841	13	2 957	29	—	37	25	30	—	276	36,7	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	des gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Ertrag Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Massenheim .	7 300	4 503	16	13 443	26	968	303	30	—	—	4 503	60	. . . .
	6 200	4 456	12	13 262	26	909	321	25	569	—	4 456	42	
	6 500	4 392	13	13 156	30	—	326	25	569	20	5 232	36,7	
Melbach . . .	16 000	7 013	10	47 088	21	3672	160	15	—	40	7 013	60	. . . . .
	16 700	6 327	12,1	47 410	24,1	595	1095	16	237	98,67	6 158	55,7	
	16 500	6 327	13,51	47 410	28,19	—	1095	17,2	237	102,3	5 029	36,7	
Münster . . .	2 520	1 633	12	5 176	23	780	53	22	—	—	1 633	60	. . .
	600	1 465	5	5 108	10	795	58	10	35	—	1 465	—	
	1 500	1 487	11	5 083	26	—	58	30	35	—	975	—	
Münzenberg .	19 000	7 158	20	28 622	39	2237	586	35	—	40	7 158	60	. .
	20 000	6 522	23	29 007	45	2242	585	40	542	100	6 522	56	
	17 500	6 503	23	28 814	23	—	576	40	508	100	3 792	36,7	
N.-Erlenbach	18 000	13 239	12	40 936	24	3442	297	48	—	40	13 239	30	. .
	19 000	11 615	13,9	39 102	28,9	3014	267	58	743	98,67	11 615	29,3	
	22 000	11 914	14,35	40 677	33,65	—	286	89	632	102 3	15 520	36,7	
N.-Eschbach .	19 000	15 248	12	41 667	24	2486	1156	28	—	40	15 248	35	. .
	18 338	15 648	15,1	40 672	30,1	2446	1097	34	911	98,67	15 648	10,1	
	13 700	15 588	12,55	39 898	26,75	—	2416	16	716	96,3	15 330	—	
N.-Florstadt .	18 300	14 496	12	35 862	24	2593	1239	30	—	40	14 496	40	
	26 700	14 342	19,7	36 517	39,7	2564	1312	40	1152	98,67	14 342	47,3	
	27 000	14 320	22,75	35 843	49,85	—	1893	49	1025	99,3	10 818	36,7	
N.-Mörlen . .	14 500	8 292	20	17 277	39	2097	606	24	—	40	8 292	60	
	18 500	8 752	30	17 385	50	2088	1376	80	763	100	8 752	42	
	9 600	8 752	15	17 385	30	—	1376	38	763	50	7 488	30	
N.-Rosbach .	8 400	5 384	10	21 350	21	2151	245	25	—	40	5 284	45	
	6 000	5 665	9,1	20 418	18,1	2110	220	22	501	60	5 665	17,3	
	10 000	6 214	13,45	20 556	32,45	—	324	19	494	96,3	5 446	36,7	
Nieder-Weisel	12 000	14 984	8	53 062	17	4306	1483	14	—	40	14 984	—	. . .
	12 000	14 827	9	52 664	17	4283	1324	15	1790	50	14 827	—	
	12 000	13 672	10	52 783	18,2	—	1386	15	1301	70	16 350	—	
N.-Wöllstadt .	24 000	18 983	12	35 637	24	3854	828	50	—	40	18 983	45	
	24 000	19 232	13	36 356	26	3387	865	50	1308	100	19 232	45	
	24 000	18 731	15	36 232	34,8	—	850	50	1209	100	19 245	36,7	
Ob.-Erlenbach .	8 500	11 462	9	28 572	23	2753	196	34	—	40	11 462	—	. . .
	13 500	12 723	17,5	28 493	35,5	1917	223	34	529	80,67	12 723	—	
	23 800	11 576	28,45	27 815	57,35	—	300	43	511	102,3	10 528	36,7	
Ob.-Eschbach .	15 000	13 897	9	41 587	17	1993	661	22	—	40	13 897	40	. . .
	12 000	14 330	8,5	47 914	16,9	1913	668	25	752	80,67	14 330	10,1	
	19 095	14 380	10,4	39 929	26,2	—	1408	20	657	100	16 911	36,7	
Ob.-Florstadt	6 800	2 443	20	9 916	46	511	50	60	—	—	2 443	60	
	8 000	2 453	28	9 660	58	460	56	60	39	—	2 453	56	
	8 000	2 468	30	9 889	65	—	69	65	39	—	2 109	36,7	
Ober-Mörlen	24 900	15 367	15	37 283	30	3215	1317	25	—	40	15 367	60	. . . .
	25 920	15 404	17	36 781	34	3173	1317	30	801	100	15 404	56	
	27 648	15 777	25	33 677	54	—	1323	50	1146	100	10 192	36,7	
Ober-Rosbach	13 000	12 115	9	36 447	17	2241	592	36	—	40	12 115	30	. .
	13 000	12 023	13	36 051	26	2516	716	36	875	100	12 115	—	
	15 050	12 023	15	36 050	30	—	715	40	875	100	12 614	—	
Ob.-Wöllstadt	11 300	8 028	12	22 868	24	2345	96	32	—	—	8 028	50	
	16 500	8 160	27,1	22 713	54,7	2335	108	70	287	68,67	8 160	—	
	13 000	8 160	17,65	22 713	40,85	—	108	73	287	—	5 488	36,7	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	des gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Ockstadt	23 500	13 200	11	54 763	22	3955	276	36	—	40	13 200	60	
	22 000	13 204	10,3	54 593	21,1	3820	297	34	1175	50,67	13 204	53,3	
	22 000	13 190	13,45	54 411	28,85	—	446	31	966	78,3	9 931	36,6	
Oes	245	10	20	422	56	10	—	50	—	—	10	60	
	252	10	30	424	60	10	—	50	—	—	10	—	
	230	10	30	424	55	—	—	—	—	—	12	36,7	
Okarben . . .	17 000	11 228	13	29 363	24	2256	958	30	—	40	11 228	60	
	16 650	11 165	16,3	29 313	32,5	2722	962	40	1322	80,67	11 165	24,5	
	19 850	11 064	18,85	29 239	40,85	—	962	43	1322	90,3	11 678	36,7	
Oppershofen .	9 700	4 415	12	23 247	25	2034	466	25	—	—	4 415	60	
	9 700	4 372	12	23 374	26	1967	448	30	276	—	4 372	56	
	13 200	4 357	22	23 265	48	—	427	60	276	—	4 229	36,7	
Ossenheim . .	12 000	5 603	16	18 402	36	1724	878	20	—	40	5 603	60	
	14 500	5 700	24	17 328	50	1644	910	45	852	70	5 700	45	
	15 000	5 773	29	17 434	60	—	918	50	822	80	4 540	36,7	
Ostheim . . .	7 800	6 794	9	29 514	20	1526	948	28	—	—	6 794	10	
	7 800	6 805	9	29 525	20	1527	972	25	466	—	6 805	10	
	14 000	6 805	15	29 525	34,2	—	972	44	466	—	7 002	36,7	
Petterweil . .	10 000	5 913	11	32 721	22	2300	180	42	—	—	5 913	20	
	10 200	5 882	12,1	31 222	24,1	2653	201	30	441	—	5 882	19,1	
	10 300	5 855	12,25	31 272	26,63	—	224	31	441	18,3	6 014	19,5	
Pohl-Göns .	8 200	6 206	10	18 781	18	1600	816	21	—	—	6 206	60	
	8 200	6 228	12	18 647	24	1600	502	21	68	—	6 228	40	
	6 900	6 271	15	18 693	30	—	393	35	68	—	4 395	—	
Reichelsheim .	22 200	13 013	12	45 963	23	2950	948	32	—	40	13 013	60	
	14 600	12 697	8,5	45 192	18,1	2935	1023	22	941	62,67	12 697	31,1	
	24 000	12 692	16	46 191	34,9	—	987	50	904	100	12 174	36,7	
Rendel	10 780	8 963	7	49 008	13	2744	178	34	—	—	8 963	30	
	11 200	8 905	7,9	48 824	14,2	2680	186	34	807	—	8 905	29,9	
	11 000	8 775	7,99	48 765	15,95	—	202	34	807	—	10 044	25,5	
Rockenberg .	11 400	7 285	12	29 579	23	1851	841	22	—	40	7 285	35	
	12 000	7 216	15	29 612	28	1853	843	30	523	100	7 216	20	
	12 000	7 162	15	29 346	30	—	802	30	476	90	6 388	22	
Rodheim v. d. H. . . .	21 300	21 074	9	63 937	17	5158	846	20	—	40	21 074	30	
	21 200	21 074	15,1	63 968	22,9	5616	702	34	1500	90	21 074	—	
	13 100	20 952	10	63 405	16	—	926	18	1351	60	21 602	—	
Rödgen . . .	5 470	2 898	24	5 681	48	271	69	70	—	—	2 898	60	
	4 800	2 903	22	5 674	45	250	137	40	287	—	2 903	40	
	6 500	2 903	35	5 658	75	—	137	60	287	—	3 266	36,7	
Schwalheim .	8 300	9 950	6	19 265	14	1287	199	66	—	—	9 950	40	
	10 850	9 222	10	19 296	24	1306	1219	48	888	48	9 222	40	
	13 000	9 652	12,6	19 400	36	—	1258	64	744	75	9 545	36,7	
Södel	12 600	7 551	13	24 331	27	1510	169	30	—	—	7 551	60	
	5 100	7 285	9	23 850	18	1451	206	15	238	—	7 285	—	
	11 000	7 285	15,5	23 850	33	—	206	25	238	—	5 566	36,7	
Staden	6 000	3 991	12	13 329	24	1413	273	50	—	40	3 991	30	
	8 000	3 762	15,1	13 054	32,5	1379	280	52	232	100	3 762	54,5	
	13 200	3 714	35	13 162	78	—	273	90	177	100	3 149	36,7	
Stammheim .	7 100	4 374	12	23 977	20	1802	279	22	—	—	4 374	30	
	3 853	4 292	7,9	22 733	14,5	1823	291	10	195	—	4 374	—	
	5 459	4 292	11,65	23 266	21,35	—	291	16	195	—	3 603	—	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Steuerwert 100 M.	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Steuerwert 100 M.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des gewerblichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Gewerbesteuer vom Ertrag Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Sondergebäudesteuer Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Steinfurth . .	16 700	11 158	10	33 238	23	2979	818	22	—	20	11 158	60	
	17 000	11 133	11	33 189	24	2984	779	30	1074	50	11 133	56	
	18 400	11 081	14	33 189	34,5	—	740	41	1074	70	12 042	36,7	
Straßheim . .	2 170	450	14	7 529	23	364	—	28	—	—	450	60	
	2 500	450	15,1	7 515	27,7	364	—	34	—	—	450	56	
	2 500	450	15	7 511	29,75	—	—	—	—	—	1 040	28	
Trais-Münzenberg . .	5 550	1 838	12	14 937	26	1023	250	30	—	—	1 838	60	
	6 260	1 846	15	14 992	30	1023	260	36	35	—	1 846	56	
	6 300	1 816	16,6	14 925	35,8	—	211	50	35	—	1 579	36,7	
Wilbel	113 643	86 931	15	56 668	45	1904	8 009	45	—	50	86 931	60	
	114 449	84 614	22	52 138	52	1789	8 839	100	9189	100	84 614	56	
	107 351	83 989	23,3	51 638	57	—	8 839	100	8860	100	110 523	36,7	
Weckesheim .	6 900	3 294	12	25 087	19	1196	4 048	8	—	40	3 294	30	
	7 900	3 258	12	24 559	20	940	4 312	28	113	100	3 258	30	
	7 900	3 240	12	24 523	21,4	—	3 935	51	110	100	3 417	29	
Wisselsheim .	6 310	2 206	20	9 911	40	1038	192	48	—	—	2 206	60	
	8 000	2 294	25	9 863	54	1038	197	60	226	—	2 294	56	
	6 200	2 294	21	9 881	50	—	197	50	226	—	1 917	36,7	
Wölfersheim	15 685	14 072	10	40 370	20	3119	12 542	9	—	40	14 072	25	
	16 528	14 071	9,7	39 897	19,9	3020	12 541	10	3216	100	14 071	17,3	
	17 000	14 071	10,45	39 897	21,95	—	12 541	11,2	3216	100	11 159	20,1	
Wohnbach . .	6 000	4 713	7	29 935	13	2474	270	18	—	—	4 713	28	
	3 500	4 668	5	29 933	10	2533	279	10	349	—	4 668	—	
	3 500	4 668	5	29 933	11	—	279	10	349	—	4 753	—	
Kreis Lauterbach													
Allmenrod . .	2 704	2 128	12	8 578	24	1527	113	24	—	—	2 128	—	
	2 700	2 128	12	8 578	24	1527	113	24	48	—	2 128	—	
	2 925	2 128	15	8 578	30	—	113	30	48	—	2 238	—	
Altenschlirf . .	1 780	3 607	6	10 289	12	1907	218	16	—	—	3 607	—	
	2 685	3 662	9	10 289	18	1907	196	24	126	—	3 662	—	
	2 450	3 662	10	10 289	20	—	196	20	126	—	4 034	—	
Angersbach .	14 400	14 520	12	14 998	24	4201	2 099	70	—	10	14 520	30	
	14 000	15 482	24	15 794	30	4189	2 061	72	982	92	15 482	—	
	14 600	15 482	15	15 794	30	—	2 061	30	982	92	13 726	44	
Bannerod . .	2 700	937	24	3 066	48	893	35	48	—	—	937	60	
	2 700	958	36	3 067	60	893	32	60	13	—	958	—	
	2 565	958	30	3 067	60	—	32	60	13	—	884	47,2	
Bermuthshain	4 315	4 337	12	11 397	24	2259	440	20	—	—	4 337	12	
	4 400	4 329	14	11 381	28	2217	426	24	194	—	4 329	—	
	4 200	4 329	15	11 381	30	—	426	30	194	—	4 269	—	
Bernshausen	2 170	1 799	12	5 854	24	1317	413	32	—	—	1 769	—	
	2 985	1 799	12	5 856	24	1248	413	36	65	—	1 769	42	
	3 520	1 799	18	5 856	36	—	433	36	65	—	1 991	47,2	
Blitzenrod . .	506	5 026	4	1 274	8	327	4 760	4	—	—	5 026	—	
	352	5 877	4	1 279	8	327	4 772	4	7601	—	5 877	—	
	339	5 877	4	1 279	8	—	4 772	4	7601	—	6 182	—	
Crainfeld . . .	4 593	4 441	12	11 683	24	1990	481	24	—	—	4 441	15	
	3 900	4 423	12	11 681	24	1978	481	24	587	—	4 423	—	
	3 450	4 423	12	11 681	24	—	504	24	587	—	4 730	—	
Dirlammen .	2 747	2 860	12	6 625	24	1967	70	40	—	—	2 860	—	
	2 746	2 960	12	6 620	24	1931	74	40	47	—	2 960	—	
	2 459	2 960	15	6 620	30	—	74	40	47	—	3 250	—	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	Steuerwert des gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Ertrag: Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Eichelhain . .	1106	1 412	8	6 215	14	1155	136	12	—	—	1 412	—	
	970	1 418	6	6 214	12	1155	136	12	53	—	1 418	—	
	836	1 418	6	6 214	12	—	136	12	53	—	973	—	
Eichenrod . .	2040	1 555	12	3 332	24	1385	162	40	—	—	1 555	28	
	1950	1 595	18	3 432	30	1385	125	42	12	—	1 595	—	
	2150	1 595	15	3 432	30	—	125	30	12	—	1 870	45	
Engelrod . . .	2760	2 622	12	9 823	24	2025	165	4	—	—	2 622	—	
	2750	2 841	12	9 692	24	2007	168	4	69	—	2 841	—	
	2700	2 841	12	9 692	24	—	168	24	69	—	2 375	—	
Fleschenbach .	1300	910	12	3 534	24	808	37	40	—	—	910	—	
	1292	933	12	3 514	24	808	37	40	12	—	933	—	
	2200	933	15	3 514	30	—	37	30	12	—	1 155	—	
Frau-Rombach	1759	1 299	12	3 512	16	1129	194	20	—	—	1 299	60	
	1685	1 379	12	3 512	24	1129	190	20	35	—	1 379	30	
	2926	1 379	27	3 512	54	—	190	54	35	—	1 511	47,2	
Freien-Steinau	5670	5 640	12	17 508	24	3068	367	24	—	—	5 640	—	
	4060	5 625	9	17 516	18	3074	367	12	200	—	5 625	—	
	5739	5 458	12	18 310	24	—	367	12	200	—	6 105	—	
Frischborn . .	6090	6 414	12	12 591	24	2319	1119	40	—	40	6 414	—	
	6000	6 414	12	12 612	24	2320	1119	50	851	60	6 414	—	
	5600	6 414	15	12 612	30	—	1120	30	851	60	7 119	—	
Grebenhain .	6358	7 369	12	18 308	20	2402	794	32	—	—	7 369	10	
	6088	7 309	15	18 317	21	2392	794	36	912	—	7 309	—	
	5263	7 321	15	18 275	21	—	911	36	912	—	7 942	—	
Gunzenau . .	3882	1 430	20	6 113	40	1434	26	20	—	—	1 430	60	
	5450	1 460	36	6 113	72	1434	26	36	14	—	1 460	—	
	5520	1 460	35	6 113	70	—	26	70	14	—	1 515	47,2	
Hartershausen	3500	1 958	12	6 451	24	1685	200	30	—	—	1 958	60	
	3845	2 038	24	6 454	42	1595	200	36	69	—	2 038	—	
	3830	2 038	18	6 454	36	—	200	36	69	—	2 317	47,2	
Heblos	1770	1 711	12	5 784	24	1466	120	12	—	—	1 711	—	
	970	1 717	6	5 786	12	1449	120	12	77	—	1 717	—	
	1350	1 710	10	5 786	20	—	123	20	77	—	2 055	—	
Helfters . . .	2000	955	8	3 166	32	794	16	42	—	—	955	60	
	1200	995	18	3 166	30	794	13	18	32	—	995	—	
	1300	995	15	3 166	30	—	13	30	32	—	982	30	
Hemmen . . .	2437	1 178	12	5 364	24	1273	249	20	—	—	1 178	60	
	2913	1 178	24	5 364	30	1273	249	30	83	—	1 178	48	
	2920	1 178	20	5 364	40	—	249	30	83	—	1 114	47,2	
Herbstein . . .	8400	16 337	12	21 609	20	3937	1298	40	—	—	16 337	—	
	8200	16 085	12	21 306	20	3763	1284	40	1846	—	16 085	—	
	8600	16 085	14	21 306	28	—	1284	30	1846	—	15 473	—	
Hörgenau . .	1991	1 613	12	4 700	24	1287	53	50	—	—	1 613	—	
	1997	1 663	12	4 699	24	1288	53	50	66	—	1 663	—	
	1686	1 663	15	4 699	30	—	54	50	66	—	1 345	—	
Holzmühl . .	840	950	12	3 623	20	575	22	10	—	—	950	—	
	750	916	12	3 646	18	555	22	12	12	—	916	—	
	825	916	10	3 646	20	—	22	20	12	—	951	—	
Hopfmannsfeld	3186	2 206	12	8 763	24	1637	71	48	—	—	2 206	—	
	3186	2 206	12	8 759	24	1635	71	48	19	—	2 206	—	
	2991	2 206	15	8 759	30	—	69	48	19	—	2 271	—	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	Steuerwert des gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Hutzdorf . . .	2 071	2 356	12	4 679	24	1090	194	8	—	—	2 356	24	
	2 190	2 456	12	4 679	24	1080	194	9	228	50	2 456	24	
	1 900	2 456	15	4 679	30	—	194	12	228	50	2 469	—	
Ilbeshausen .	4 874	6 318	12	11 269	16	2640	684	24	—	—	6 318	24	
	4 700	6 423	30	11 302	18	2516	684	24	603	—	6 423	—	
	4 000	6 314	15	10 711	27	—	594	30	603	—	5 339	—	
Landenhausen	6 512	5 877	12	14 966	24	1995	294	20	—	—	5 877	30	
	6 970	5 817	18	14 955	36	1995	307	24	159	—	5 817	—	
	5 500	5 817	15	14 955	30	—	307	50	159	—	4 604	—	
Lanzenhain .	3 153	3 253	12	10 271	24	2292	196	12	—	—	3 253	—	
	5 000	3 318	16	10 287	36	2287	196	36	69	—	3 318	—	
	5 500	3 318	17	10 287	34	—	196	34	69	—	3 720	47,2	
Lauterbach . .	75 000	109 479	10	33 600	20	8791	26 241	20	—	30	109 479	45	
	54 000	109 850	10	33 689	20	2259	24 104	40	24 323	50	68 000	25	
	64 000	109 850	12	33 689	24	—	24 104	40	24 323	50	114 736	17	
Maar	9 580	9 201	12	31 272	24	4533	320	20	—	—	9 201	—	
	9 767	9 309	12	31 268	24	4457	320	24	364	—	9 309	—	
	10 866	9 309	15	31 268	30	—	300	30	364	—	10 428	—	
Metzlos . . .	3 924	1 303	24	4 627	48	904	52	64	—	—	1 303	60	
	3 100	1 311	24	4 627	48	904	37	60	10	—	1 311	—	
	3 607	1 311	28	4 627	56	—	37	60	10	—	1 329	47,2	
Metzlos-Gehaag . .	3 490	1 096	18	4 745	48	805	63	40	—	—	1 096	60	
	1 575	1 146	12	4 745	24	805	56	36	74	—	1 146	—	
	1 610	1 146	15	4 745	30	—	56	30	74	—	1 215	—	
Nieder-Moos	3 750	1 996	12	5 332	36	1248	139	40	—	—	1 996	60	
	3 390	1 996	24	5 333	42	1258	139	48	85	—	1 996	—	
	4 105	1 996	24	5 333	48	—	149	54	85	—	2 117	47,2	
Nieder-Stoll .	1 180	1 468	8	3 907	16	869	14	8	—	—	1 468	30	
	2 517	1 447	24	3 900	48	866	14	36	12	—	1 447	—	
	1 962	1 447	15	3 900	30	—	11	24	12	—	1 590	36	
Nösberts . . .	700	824	12	2 315	24	499	27	16	—	—	824	—	
	736	1 003	12	2 317	24	498	27	18	27	—	1 003	—	
	850	1 003	15	2 317	30	—	26	30	27	—	767	—	
Ober-Moos .	2 692	1 628	12	9 678	24	1387	65	12	—	—	1 628	—	
	2 688	1 628	12	9 665	24	1387	65	12	18	—	1 628	—	
	2 863	1 628	15	9 665	27	—	65	15	18	—	1 624	—	
Ob.-Wegfurth	700	656	8	2 118	20	490	71	40	—	—	656	—	
	687	706	9	2 118	20	490	11	40	2	—	706	—	
	720	706	12	2 118	30	—	11	—	2	—	575	—	
Pfordt	5 705	2 274	18	7 321	40	2248	263	40	—	—	2 274	60	
	6 157	2 383	30	7 316	60	2248	263	42	63	—	2 383	—	
	7 910	2 383	30	7 316	80	—	263	80	63	—	2 433	47,2	
Queck	4 820	4 459	12	9 950	24	2591	218	20	—	—	4 459	30	
	4 600	4 399	18	9 913	30	2591	215	30	177	—	4 399	—	
	4 300	4 399	15	9 913	30	—	215	36	177	—	4 844	15	
Rad-Mühl . .	1 048	1 288	12	2 840	24	938	129	20	—	—	1 288	—	
	899	1 288	9	2 840	21	916	129	18	—	—	1 288	—	
	903	1 288	9	2 840	21	—	107	18	—	—	1 588	—	
Reichlos . . .	3 049	1 211	12	5 458	35	779	32	33	—	—	1 211	60	
	3 002	1 271	24	5 459	43	783	32	43	41	—	1 271	—	
	2 912	1 271	18	5 459	36	—	36	35	41	—	1 489	47,2	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Steuerwert 100 M.	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Steuerwert 100 M.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des gewerblichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Gewerbesteuer vom Ertrag Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Sondergebäudesteuer Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Reuters . . .	1 523	1 969	12	4 284	24	1257	37	20	—	—	1 969	—	
	1 509	2 069	12	4 284	24	1257	41	18	38	—	2 069	—	
	2 290	2 069	15	4 284	30	—	41	30	38	—	2 275	30	
Rimbach . . .	3 527	2 528	12	7 515	24	1340	167	44	—	—	2 528	30	
	2 000	2 533	8	7 570	20	1017	167	25	38	—	2 533	—	
	2 000	2 533	11	7 570	22	—	167	22	38	—	2 735	—	
Rimlos . . .	1 017	1 180	12	1 998	24	479	—	24	—	—	1 180	24	
	730	1 103	12	1 973	24	547	—	24	3	—	1 103	—	
	508	1 103	10	1 973	20	—	38	20	3	—	1 414	—	
Rixfeld	3 861	3 420	12	7 735	24	1663	117	32	—	—	3 420	30	
	3 800	3 492	16	7 723	32	1663	117	44	104	—	3 492	—	
	4 400	3 492	15	7 723	30	—	117	30	104	—	3 836	40	
Rudlos	2 615	899	20	4 194	40	1647	3	25	—	—	746	60	
	2 470	949	20	4 194	40	1647	3	25	12	—	746	30	
	2 421	949	25	4 194	45	—	3	—	12	—	629	47,2	
Salz	3 010	1 430	12	4 444	36	916	96	40	—	—	1 430	60	
	2 527	1 430	20	4 446	40	1063	96	40	35	—	1 430	—	
	3 345	1 430	25	4 446	50	—	92	50	35	—	1 523	47,2	
Sandlofs . . .	1 700	1 526	12	3 659	24	959	23	20	—	—	1 526	30	
	1 020	1 626	12	3 661	18	962	23	20	46	—	1 526	—	
	1 340	1 626	15	3 661	30	—	26	30	46	—	1 641	—	
Schadges . . .	2 652	658	12	5 072	40	351	23	40	—	—	658	60	
	2 574	733	16	5 080	40	351	23	48	10	—	658	56	
	3 010	733	25	5 080	50	—	23	48	10	—	589	47,2	
Schlechtenwegen . . .	5 176	1 766	20	6 800	48	1508	45	36	—	—	1 766	60	
	4 169	1 781	20	6 800	48	1481	45	36	2	—	1 781	—	
	4 070	1 780	23	6 800	44	—	18	36	2	—	1 300	47,2	
Schlitz	41 500	44 031	12	24 200	24	3803	8906	12	—	33⅓	44 031	40	
	44 100	44 468	12	24 034	24	3722	8906	24	13 506	100	43 690	40	
	44 500	44 298	12	24 034	24	—	8701	24	13 442	100	51 050	42	
Sickendorf . .	500	870	12	1 525	24	267	6	16	—	—	870	—	
	500	970	12	1 525	24	267	6	18	6	—	870	—	
	600	970	15	1 525	30	—	6	30	6	—	987	—	
Steinfurt . . .	1 961	1 879	12	4 095	24	1098	1023	12	—	40	1 879	—	
	2 070	1 938	12	4 095	24	1108	887	30	1 053	80	1 879	—	
	3 700	1 938	20	4 095	50	—	887	50	1 053	50	1 173	47,2	
Stockhausen .	7 118	8 230	12	17 312	24	3873	317	8	—	—	8 230	20	
	7 175	8 240	18	17 302	30	3864	317	12	212	—	8 240	—	
	10 139	8 240	15	17 287	32	—	318	12	212	—	7 064	47,2	
Uellershausen	1 570	1 692	12	4 926	24	1462	71	12	—	—	1 692	—	
	1 560	1 576	12	5 142	24	1464	71	9	74	—	1 576	—	
	1 792	1 576	15	5 142	30	—	73	15	74	—	1 679	—	
Ueßhausen . .	3 147	1 612	16	4 300	32	1110	48	48	—	—	1 612	60	
	2 900	1 592	24	4 308	42	1080	50	63	29	—	1 592	—	
	2 792	1 592	20	4 308	40	—	50	40	29	—	1 549	47,2	
Unt.-Schwarz	1 255	1 203	12	4 396	24	675	34	8	—	—	1 203	—	
	640	1 203	6	4 396	12	676	34	6	4	—	1 203	—	
	760	1 203	8	4 396	15	—	35	15	4	—	1 055	—	
Unter-Wegfurth	1 268	755	12	3 580	24	660	2	48	—	—	755	—	
	1 800	738	18	3 579	36	660	2	58	3	—	738	—	
	1 200	738	15	3 579	30	—	2	—	3	—	793	—	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Steuerwert 100 M.	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Steuerwert 100 M.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des gewerblichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Sondergebäudesteuer: Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Battshain . .	2300	921	24	3 525	40	636	11	20	—	—	921	60	
	1360	1011	18	2 489	42	624	11	24	6	—	921	—	
	1804	1011	20	2 489	45	—	9	45	6	—	1022	47,2	
Wallenrod . .	9700	6023	12	14 226	36	2710	303	28	—	30	6023	60	
	8100	6021	18	14 245	36	2703	303	24	646	70	6021	24	
	9300	6021	18	14 245	36	—	303	35	646	70	5383	47,2	
Weid-Moos .	1000	605	12	2 313	24	507	—	72	—	—	605	—	
	890	605	12	2 313	24	507	—	54	—	—	605	—	
	780	605	15	2 313	30	—	—	—	—	—	667	—	
Wernges . . .	2944	1804	12	7 917	24	1351	28	60	—	—	1804	—	
	2950	1804	12	7 957	24	1351	25	60	14	—	1804	—	
	2672	1804	15	7 957	30	—	25	60	14	—	1973	—	
Willofs	2900	2377	12	5 613	24	1538	54	80	—	—	2377	—	
	5000	2462	30	5 610	54	1471	54	80	109	—	2462	—	
	5000	2462	28	5 610	56	—	54	56	109	—	2478	47,2	
Wünschen-Moos . . .	1000	380	12	1 578	40	237	6	40	—	—	380	60	
	800	380	24	1 578	42	237	6	40	—	—	380	—	
	1000	380	25	1 578	50	—	6	30	—	—	436	47,2	
Zahmen . . .	3015	1182	8	4 767	40	930	92	30	—	—	1182	60	
	2500	1317	24	4 767	42	950	95	24	34	—	1182	—	
	2900	1317	23	4 767	46	—	92	30	34	—	1418	47,2	
Kreis Schotten													
Altenhain . .	2300	1585	16	4 175	32	885	50	15	—	—	1585	60	
	2300	1585	16	4 176	32	860	50	15	15	—	1555	50	
	2300	1585	22	4 174	42	—	37	15	15	—	690	34,33	
Betzenrod . .	3500	1187	12	10 981	24	952	53	30	—	—	1187	60	
	3000	1172	12	10 977	24	952	60	30	38	—	1172	—	
	3000	1172	12	10 977	26	—	65	30	38	—	653	—	
Bobenhausen II .	4500	3123	12	10 356	25	1555	531	10	—	15	3123	60	
	4500	3123	12	10 354	24	1549	487	10	299	60	3123	50	
	4500	3157	15	10 351	30	—	434	20	301	60	2181	34,33	
Breungeshain	4000	2418	12	13 532	24	1017	119	40	—	—	2418	—	
	4000	2418	10	13 551	24	1017	121	10	52	—	2388	20	
	4000	2418	12	13 508	28	—	117	10	52	—	1846	—	
Burkhards . .	5600	2896	15	11 546	30	1775	388	20	—	15	2896	60	
	5600	2861	15	11 526	30	1742	388	20	174	50	2861	53	
	7500	2878	30	11 536	52	—	349	30	174	50	1497	34,33	
Busenborn . .	3600	1284	25	5 839	40	866	86	50	—	—	1284	60	
	3600	1284	25	5 837	40	866	83	50	7	—	1284	50	
	4000	1284	30	5 836	58	—	81	50	7	—	523	34,33	
Eichelsachsen .	6000	3171	12	17 706	24	1910	267	10	—	—	3171	60	
	6000	3171	12	17 731	22	1915	261	10	75	—	3081	50	
	6000	3131	15	17 711	28	—	251	10	75	—	1903	30	
Eichelsdorf . .	9000	7817	16	16 951	25	1788	1701	20	—	15	7817	60	
	9000	8104	12	16 984	24	1682	1652	20	851	18	8104	42	
	11500	8277	22	16 985	42	—	1659	20	851	20	6311	34,33	
Einartshausen	3500	1765	15	7 050	30	835	119	50	—	—	1765	60	
	3500	1709	15	6 893	30	843	94	50	81	—	1709	50	
	3500	1709	20	6 878	42	—	73	50	81	—	800	34,33	
Eschenrod . .	6000	4095	15	12 771	25	1760	203	40	—	—	4095	60	
	6000	4095	15	12 759	25	1763	206	40	45	—	4021	40	
	6000	4055	18	12 721	35	—	218	40	45	—	2356	34,33	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Ertrag Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Feldkrücken . .	3 000	1 131	15	8 182	28	973	99	20	—	—	1 131	60	
	3 000	1 162	14	8 165	27	973	104	20	23	—	1 124	40	
	2 000	1 124	12	8 197	23	—	72	20	23	—	886	—	
Freien-Seen .	3 000	4 053	12	11 470	15	1430	149	40	—	20	4 053	—	
	3 000	4 012	10	11 478	15	1467	1120	30	366	30	3 818	—	
	3 000	3 927	12	11 614	18	—	405	30	370	30	2 312	—	
Gedern	21 000	22 096	12	29 128	21	2791	4597	50	—	25	22 096	60	
	21 000	22 827	10	29 089	20	2771	3038	50	2589	42	22 827	45	
	29 000	23 835	23	29 115	45	—	3328	65	2589	55	21 412	34,33	
Glashütten . .	4 800	2 821	20	7 524	40	899	207	20	—	—	2 821	60	
	4 800	2 821	20	7 476	40	990	246	20	76	—	2 821	45	
	4 800	3 139	24	7 447	42	—	227	20	76	—	2 663	34,33	
Götzen	3 000	1 248	20	6 222	35	654	93	20	—	—	1 248	60	
	3 000	1 335	20	6 221	35	654	91	20	19	—	1 163	40	
	3 000	1 335	20	6 207	40	—	90	20	19	—	664	34,33	
Gonterskirchen . . .	3 200	3 571	10	12 811	16	1361	84	10	—	—	3 200	30	
	3 200	3 780	12	12 731	20	1431	69	20	50	—	3 725	—	
	3 200	3 665	12	12 646	22	—	71	20	50	—	2 995	—	
Groß-Eichen .	4 600	4 332	12	13 343	20	1735	1429	35	—	45	4 332	—	
	4 200	4 438	10	13 346	18	1725	1433	35	475	55	4 356	—	
	4 600	4 458	13	13 349	26	—	747	40	473	55	2 690	—	
Hartmannshain	2 000	1 471	15	4 250	30	543	41	20	—	—	1 471	60	
	2 000	1 471	15	4 247	30	543	50	20	49	—	1 471	40	
	2 000	1 471	20	4 230	36	—	90	20	49	—	618	34,33	
Helpershain .	3 200	2 596	12	8 827	20	1020	101	40	—	—	2 596	50	
	2 700	2 596	12	8 828	24	1020	93	30	53	—	2 596	—	
	2 700	2 596	15	8 830	26	—	110	30	53	—	1 620	—	
Herchenhain .	2 000	1 431	10	8 144	20	738	108	10	—	—	1 431	30	
	2 000	1 439	12	8 169	22	734	102	10	152	—	1 439	—	
	2 500	1 435	15	8 163	28	—	88	10	152	—	898	—	
Höckersdorf .	2 800	1 027	20	5 095	40	678	179	25	—	—	1 027	60	
	2 400	995	15	5 066	35	672	177	20	31	—	995	40	
	2 400	995	25	5 064	40	—	156	20	31	—	462	34,33	
Ilsdorf (Solms-) .	1 000	498	15	1 739	30	309	779	25	—	—	498	60	
	800	504	12	1 747	20	309	1433	25	2	—	492	—	
	1 000	508	20	1 751	42	—	287	25	2	—	188	34,33	
Kaulstoß . . .	3 600	918	25	5 964	50	720	52	10	—	—	918	60	
	3 600	918	25	5 936	50	720	42	10	25	—	918	50	
	3 400	918	22	5 932	52	—	46	20	25	—	257	34,33	
Klein-Eichen .	1 200	1 241	12	3 979	24	880	33	10	—	—	1 241	—	
	1 200	1 241	12	3 971	24	881	33	10	25	—	1 241	—	
	1 200	1 241	15	4 068	25	—	33	10	25	—	769	—	
Köddingen . .	3 000	2 513	12	11 007	24	1072	139	10	—	—	2 513	—	
	3 000	2 513	12	11 014	24	1076	138	10	131	—	2 463	—	
	3 000	2 509	12	11 011	25	—	108	10	131	—	1 523	—	
Kölzenhain . .	2 400	1 008	25	3 720	45	525	57	20	—	—	1 008	60	
	1 900	1 008	25	3 720	45	525	56	10	49	—	1 008	—	
	1 500	1 008	15	3 720	30	—	44	10	49	—	1 013	25	
Lardenbach .	1 800	3 540	10	6 731	15	1183	397	10	—	—	3 540	—	
	1 800	3 580	10	6 707	15	1212	2245	10	434	23	3 557	—	
	1 800	3 419	10	6 437	16	—	1220	20	395	25	2 043	—	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Ertrag Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Laubach . . .	10 000	30 126	8	26 897	12	2 264	2 459	30	—	12	30 144	10	
	10 000	30 720	6	25 863	12	2 413	2 455	30	4 346	15	29 891	10	
	10 000	30 579	6	25 745	14	—	2 467	30	4 320	15	34 839	10	
Meiches . . .	4 500	2 768	15	10 870	28	2 176	41	10	—	—	2 768	60	
	4 000	2 745	12	10 834	24	2 164	46	10	56	—	2 688	35	
	4 000	2 745	15	10 834	30	—	65	20	56	—	1 627	20	
Michelbach . .	1 800	1 950	12	7 854	20	911	45	20	—	—	1 950	—	
	1 800	1 950	10	7 940	20	911	43	10	36	—	1 950	—	
	1 800	1 950	12	7 943	20	—	30	10	36	—	1 393	—	
Mittel-Seemen . .	2 000	1 304	12	7 652	24	633	78	10	—	—	1 304	—	
	2 000	1 304	10	7 771	24	822	78	10	34	—	1 304	—	
	2 500	1 501	15	7 758	30	—	92	10	34	—	984	—	
Nied.-Seemen	1 500	1 562	12	2 772	24	888	51	10	—	—	1 562	60	
	2 000	1 562	15	3 040	30	1 079	51	10	29	—	1 562	50	
	2 800	1 573	32	3 030	60	—	41	20	29	—	1 372	34,33	
Ober-Lais . .	6 000	3 438	25	9 597	40	1 344	258	35	—	—	3 438	60	
	6 000	3 466	25	8 617	40	1 474	254	35	170	—	3 397	40	
	6 000	3 412	25	8 595	47	—	225	35	170	—	3 005	34,33	
Ob.-Schmitten	2 500	8 392	6	6 955	10	683*)	10 831	5	—	10	8 392	—	*) 1925 nicht besteuert
	2 500	8 392	5	6 031	10	675*)	11 074	3	2 413	50	8 289	—	*) 1926 nicht besteuert
	2 500	8 451	5	6 014	10	—	10 827	3	2 414	50	9 654	—	
Ober-Seemen	8 000	6 591	12	15 943	20	1 923	643	35	—	30	6 591	60	
	8 000	6 429	10	15 967	20	2 242	635	35	697	50	6 163	45	
	13 000	6 768	25	16 021	53	—	551	70	683	65	6 558	34,33	
Ober-Seibertenrod . . .	3 700	2 309	25	4 956	45	929	34	10	—	—	2 309	60	
	3 700	2 309	24	4 957	42	929	35	10	22	—	2 279	45	
	4 700	2 309	35	4 930	66	—	28	20	22	—	1 779	34,33	
Rainrod . . .	6 900	5 262	12	15 782	23	1 290	435	40	—	20	5 262	60	
	6 900	5 262	12	15 793	22	1 302	448	40	157	—	5 168	45	
	6 900	5 262	14	15 772	27	—	460	40	157	—	5 068	34,33	
Rebgeshain .	1 600	1 556	12	3 982	20	832	126	30	—	—	1 556	45	
	1 600	1 556	10	3 982	18	832	124	30	30	—	1 556	35	
	1 600	1 556	15	3 969	30	—	122	30	30	—	880	15	
Rudingshain	5 000	3 112	10	17 684	20	1 414	249	30	—	—	3 112	35	
	5 000	3 112	10	17 692	20	1 423	250	30	104	—	3 109	25	
	5 000	3 109	15	17 703	25	—	192	40	104	—	2 172	—	
Ruppertsburg	5 000	6 771	7	19 218	11	2 084	5 375	15	—	25	6 771	30	
	5 000	6 961	7	18 327	11	2 191	5 063	15	755	50	6 947	20	
	5 000	6 912	8	18 353	15	—	4 908	15	751	20	3 936	20	
Schmitten . .	304	40	35	347	70	28	4	50	—	—	40	60	
	300	40	35	347	70	26	3	50	1	—	40	50	
	300	40	50	347	80	—	4	55	1	—	18	34,33	
Schotten . . .	30 000	46 342	12	21 194	20	1 231	6 905	35	—	22	46 342	35	
	27 000	46 228	12	21 331	24	2 491	4 855	40	9 032	40	45 419	25	
	31 000	46 111	15	20 351	28	—	5 961	40	8 802	40	51 914	28	
Sellnrod . . .	3 000	2 682	12	8 012	24	1 091	286	10	—	—	2 682	50	
	3 000	2 682	10	8 013	22	1 091	286	10	93	—	2 632	35	
	3 000	2 682	15	7 981	28	—	287	10	93	—	1 351	30	
Sichenhausen	2 700	824	20	6 066	35	657	69	20	—	—	824	60	
	2 700	824	18	6 066	34	653	69	20	38	—	824	45	
	2 700	824	20	6 075	36	—	56	20	38	—	983	34,33	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	des gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Ertrag Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Steinberg . .	3 500	2 598	20	4 419	30	692	129	60	—	35	2 598	60	
	3 500	2 598	20	4 424	30	696	129	50	72	60	2 598	50	
	3 500	2 605	22	4 417	45	—	128	50	73	60	2 448	34,33	
Stornfels . .	4 000	1 333	12	9 435	22	546	36	40	—	—	1 333	60	
	3 000	1 360	12	9 534	22	555	39	40	10	—	1 360	45	
	3 000	1 333	15	9 441	28	—	50	40	10	—	666	30	
Stumpertenrod	6 400	3 819	20	10 748	38	1400	98	15	—	—	3 819	60	
	6 400	3 819	18	10 758	36	1400	97	15	39	—	3 734	45	
	6 400	3 784	25	10 741	43	—	94	15	39	—	2 379	34,33	
Ulfa	11 000	7 637	10	32 201	22	2323	482	10	—	20	7 637	60	
	11 000	7 637	10	32 287	22	2329	480	10	619	45	7 587	40	
	11 000	7 641	15	32 279	30	—	436	10	619	50	4 711	—	
Ulrichstein . .	9 000	9 039	10	12 706	24	1410	800	20	—	20	9 039	60	
	4 400	9 069	10	12 695	20	1406	827	20	784	60	9 069	—	
	7 200	9 126	15	12 687	30	—	819	20	867	50	9 059	17	
Unter-Seibertenrod . . .	3 000	2 137	12	7 760	24	1149	73	10	—	—	2 137	60	
	3 000	2 137	12	7 760	24	1149	72	10	101	—	2 137	40	
	3 500	2 137	15	7 756	35	—	110	10	101	—	1 431	34,33	
Volkartshain	1 500	545	15	4 294	30	496	37	10	—	—	545	60	
	1 500	545	15	4 296	30	506	42	10	16	—	545	30	
	1 500	595	15	4 350	30	—	41	10	16	—	525	15	
Wetterfeld . .	2 500	3 426	10	10 056	16	1433	141	25	—	30	3 426	—	
	2 500	3 453	12	10 048	16	1500	144	25	135	60	3 453	—	
	2 500	3 486	12	10 049	20	—	141	25	131	60	3 036	—	
Wingershausen	3 000	1 474	15	6 454	35	851	146	10	—	—	1 474	60	
	3 000	1 454	15	6 452	32	851	110	10	46	—	1 454	50	
	4 700	1 479	30	6 451	63	—	125	20	46	—	666	34,33	
Wohnfeld . .	3 000	1 373	20	6 271	35	929	123	10	—	—	1 373	60	
	3 000	1 364	18	6 263	34	936	128	10	65	—	1 364	50	
	3 000	1 368	20	6 255	42	—	137	10	65	—	286	34,33	
Kreis Mainz													
Bretzenheim .	80 540	62 710	20	62 784	40	3856*)	5 132	30	—	25	61 562	60	*) In 1925 und 1926 nicht besteuert Ungedeckter Fehlbetrag: 1927: 21 458 RM.
	73 500	64 319	20	62 103	40	3866*)	4 949	60	5616	30	62 824	50	
	84 500	65 514	25	61 976	50	—	5 015	80	5593	50	80 550	37,2	
Budenheim .	51 000	58 243	10	35 887	20	817	11 892	20	—	20	55 086	60	
	48 500	60 254	11	35 824	22	821	11 562	25	5112	50	57 083	50	
	47 000	60 375	15	35 788	30	—	11 545	30	4910	60	56 400	37	
Drais	9 800	6 105	14	15 944	30	1956	273	12	—	50	6 060	60	
	9 800	6 151	16	16 022	32	1877	399	20	244	80	6 109	50	
	10 600	6 194	20	16 030	40	—	275	40	230	80	7 404	37,2	
Ebersheim . .	21 400	8 918	20	34 851	35	4027	1 138	20	—	50	8 848	60	
	15 000	8 938	14	34 846	27	3820	763	18	765	50	8 926	36	
	21 850	8 892	23	34 839	46	—	867	40	712	70	7 950	37,2	
Essenheim . .	12 000	12 556	8	41 030	12	5051	1 838	10	—	45	12 526	30	
	15 000	12 696	10	40 557	15	4790	1 540	25	1498	75	12 585	40	
	15 000	12 604	15	40 642	20	—	1 240	30	1434	75	10 452	37	
Finthen . . .	54 000	40 665	18	49 529	35	2722	7 794	20	—	30	40 168	60	
	54 000	41 942	20	49 290	40	2696	8 196	30	4116	50	41 446	50	
	56 620	40 763	25	49 334	50	—	8 040	40	3717	60	43 926	37,2	
Gau-Bischofsheim	9 600	6 109	20	13 915	30	1889	546	20	—	50	5 452	60	
	8 000	6 058	20	13 916	30	1890	397	20	241	50	5 401	40	
	11 000	6 058	30	13 951	50	—	399	40	242	80	5 208	37,2	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Steuerwert 100 M.	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Steuerwert 100 M.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des gewerblichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Sondergebäudesteuer: Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Gonsenheim	144 000	135 020	20	53 094	35	1653	14 528	35	—	25	131 489	60	
	127 195	142 703	20	52 843	35	1316	14 851	35	15 215	50	133 790	50	
	120 200	144 184	20	49 739	35	—	13 882	35	13 897	50	167 550	37,2	
Harxheim	7 000	6 019	12	15 493	20	1566	1 968	20	—	46	5 562	20	
	7 000	6 053	12	15 336	20	1532	1 991	30	921	60	5 590	30	
	8 400	6 032	14	15 408	28	—	2 016	35	898	70	5 490	37,2	
Hechtsheim	49 500	32 271	20	48 287	40	3990	3 728	30	—	40	31 924	60	
	45 300	32 243	20	47 783	40	3839	4 794	30	2 969	40	32 236	50	
	50 900	31 796	25	48 277	50	—	4 991	40	2 950	50	41 298	37,2	
Klein-Winternheim	13 000	8 103	16	20 406	30	2717	1 060	24	—	50	7 056	60	
	13 000	8 079	18	20 467	33	2594	822	30	319	90	7 029	50	
	13 000	8 080	22	20 385	41	—	876	40	319	90	6 090	37,2	
Laubenheim	30 300	33 341	10	30 535	16	1475	3 029	30	—	20	31 960	60	
	23 170	35 460	9	27 852	16	1370	3 044	30	2 378	30	33 819	40	
	23 700	32 010	9	29 902	16	—	3 011	30	2 363	30	39 444	37,2	
Mainz	4 969 842	4 116 450	19,25	260 852	25,2	992 827		84	—	43	3 919 832	69*)	*) ab 1. 9. 1925 auf 89 Rpf. erhöht
	4 398 300	3 951 404	20,1	230 510	25,4	1 037 952		84,4	727 152	43,4	3 714 374	66,7	Ungedeckter Fehlbetrag: 1925: 1 851 913 RM. 1926: 2 523 676 RM. 1927: 3 558 526 RM.
	4 934 834	4 177 464	19,9	220 093	25,4	—	1 005 315	84,4	679 050	43,2	4 025 628	47,4	
Marienborn	13 000	8 507	20	13 090	40	1531	471	30	—	45	7 654	60	
	11 200	7 849	20	13 437	40	1506	457	30	430	50	6 996	50	
	12 000	7 848	25	13 415	50	—	478	40	397	60	7 992	37,2	
Nieder-Olm	36 800	28 339	20	39 776	22	3400	6 497	30	—	30	27 046	60	
	36 800	30 438	20	39 284	27	3373	5 866	40	3 879	60	28 987	50	
	31 000	30 329	20	39 042	27	—	5 845	40	3 608	60	27 234	37,2	
Ober-Olm	22 000	15 617	10	56 116	20	4627	2 461	20	—	45	15,171	40	
	24 500	15 832	10	55 971	23	4509	1 855	20	1 862	75	15 363	50	
	25 650	15 866	15	56 277	30	—	1 835	30	1 779	75	12 708	37	
Sörgenloch	9 600	4 486	24	8 957	48	2052	397	20	—	50	4 436	60*)	*) ab 1. 9. 1925 auf 80 Rpf. erhöht
	8 530	4 497	24	8 912	48	2030	390	30	253	100	4 447	50	
	8 650	4 477	32	8 926	64	—	343	50	195	100	3 144	37,2	
Stadecken	13 700	9 773	12	28 220	20	3775	1 714	12	—	40	9 340	60	
	19 600	9 727	20	28 082	38	3765	1 174	40	366	50	8 835	50	
	19 000	9 629	25	28 007	50	—	1 134	50	321	70	5 274	37,2	
Weisenau	126 300	117 374	20	18 567	40	981	34 843	35	—	20	113 955	60	Ungedeckter Fehlbetrag: 1926: 17 956 RM. 1927: 8 000 RM.
	112 000	119 373	20	18 078	40	897	40 124	35	27 139	50	105 991	50	
	126 000	118 707	25	17 745	50	—	35 672	80	26 662	50	122 667	37,2	
Zornheim	11 300	6 838	20	18 934	25	2646	821	16	—	40	6 808	60	
	11 770	7 219	20	18 894	30	2616	797	30	296	30	7 177	50	
	13 620	6 938	25	18 938	50	—	835	50	293	50	5 160	37,2	
Kreis Alzey													
Albig	10 000	10 754	9	38 888	17	3784	2 055	12	—	20	10 754	20	
	10 000	10 317	9	38 090	18	3784	1 834	10	1 735	12	10 317	20	
	14 000	10 386	14	37 682	28	—	1 834	15	1 735	—	14 240	12	
Alzey mit Schafhausen	215 000	163 979	16	81 139	33	4879	43 795	67	—	50	163 979	60	Ungedeckter Fehlbetrag: 1927: 14 500 RM.
	215 000	159 427	19	80 921	38	4879	43 736	82	32 955	77	157 824	54,7	
	231 000	157 205	20	78 687	50	—	43 736	90	32 955	130	153 102	37,2	
Badenheim	4 000	4 597	8	18 067	14	2764	322	10	—	—	4 597	25	
	3 000	4 597	6	18 017	12	2778	601	10	318	—	4 597	18	
	4 900	4 577	10,5	18 020	21	—	601	15	282	—	3 726	20	
Bechenheim	2 500	1 704	12	6 164	24	904	127	20	—	—	1 704	50	
	2 500	1 680	12	6 246	24	904	125	20	162	—	1 680	50	
	3 000	1 680	17,5	6 300	35	—	125	30	172	—	1 165	37,2	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Steuerwert 100 M.	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Steuerwert 100 M.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des gewerblichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Sondergebäudesteuer: Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Bermersheim	2 500	1 972	9	11 376	16	879	26	15	—	—	1 972	30	
	2 000	1 967	7	11 353	14	879	26	12	86	—	1 967	23	
	2 000	1 942	8	11 322	16	—	26	12	86	—	1 602	20	
Biebelsheim	4 000	3 267	11	10 663	20	2902	329	20	—	—	3 267	36	
	4 000	3 267	10	10 572	20	2899	411	20	350	—	3 267	36	
	4 500	3 267	15	10 468	30	—	411	30	357	—	3 000	30	
Bornheim	4 000	4 210	8	18 839	15	1286	448	15	—	—	4 210	25	
	4 000	4 066	8	18 339	16	1286	302	15	471	—	4 066	25	
	5 500	4 047	11,5	18 350	25	—	302	30	469	—	2 530	25	
Bosenheim	11 000	6 746	14	20 228	28	3453	383	10	—	20	6 746	60	
	7 500	6 554	10	20 005	20	3394	533	10	544	—	6 554	42	
	9 000	6 481	15	19 913	30	—	533	15	557	—	5 598	37,2	
Dautenheim	4 000	3 352	9	14 587	15	1773	163	15	—	—	3 352	32	
	4 000	3 294	9	14 622	18	1773	161	15	189	—	3 294	30	
	5 000	3 368	14	14 322	28	—	161	20	224	—	2 855	20	
Dintesheim	4 000	1 249	18	9 285	36	611	69	20	—	—	1 249	60	
	4 000	1 268	18	9 232	36	611	65	20	128	—	1 268	54	
	4 500	1 187	21	9 245	42	—	65	25	124	—	924	37,2	
Eckelsheim	—	3 776	—	20 127	—	3381	255	—	—	—	3 776	—	
	2 000	3 621	4	20 412	8	3381	400	5	418	—	3 621	10	
	6 700	3 621	13	20 278	26	—	400	15	401	—	2 950	33	
Erbes-Büdesheim	10 000	7 281	9	36 295	18	3526	502	8	—	20	7 281	40	
	10 000	7 471	9	36 038	18	3526	482	8	400	—	7 471	40	
	17 000	7 449	19	35 369	38	—	482	16	415	25	4 488	37,2	
Esselborn	4 600	2 317	10	17 253	20	1359	112	20	—	—	2 317	35	
	4 600	2 297	10	17 175	20	1359	116	20	200	—	2 297	35	
	4 000	2 297	10	17 252	20	—	116	20	207	—	1 860	25	
Flomborn	5 000	6 405	4	38 111	8	3052	283	15	—	20	6 405	22	
	5 000	6 437	4	37 470	8	3052	279	15	760	15	6 437	22	
	5 000	6 399	6	37 418	12	—	279	20	2080	—	5 205	15	
Flonheim	25 000	18 676	12	42 069	24	3482	2360	30	—	30*)	18 676	45	*) ab 1. 1. 1926 auf 90 Rpf. erhöht
	23 000	18 136	12	41 863	24	3379	2353	40	3466	30	18 136	45	
	23 000	18 439	15,5	41 581	31	—	2353	50	3394	40	12 232	37,2	
Framersheim	15 000	12 275	10	38 144	20	3721	1151	25	—	30*)	12 275	40	*) ab 1. 1. 1926 auf 60 Rpf. erhöht
	15 000	11 166	11	37 649	22	3721	1041	25	1520	25	11 166	40	
	20 000	11 356	20	37 425	40	—	1041	40	1518	30	6 974	37,2	
Frei-Laubersheim	5 000	6 804	8	24 652	15	3679	531	10	—	—	6 804	10	
	7 000	6 799	10	24 535	20	3688	800	20	542	15	6 799	10	
	7 000	6 759	12	24 473	24	—	800	20	423	—	4 836	10	
Freimersheim	6 000	4 283	9	27 477	16	2229	171	15	—	—	4 283	32	
	6 000	4 154	9	25 336	18	2229	181	15	384	—	4 154	30	
	6 000	4 420	10	25 201	20	—	181	15	384	—	3 330	23	
Fürfeld	10 000	11 025	10	28 368	18	4412	1584	12	—	18	11 025	25	
	10 000	10 807	10	28 172	20	4113	1890	12	2322	25	10 807	25	
	12 000	10 807	15	28 071	30	—	1890	20	2219	25	9 200	20	
Gau-Heppenheim	3 000	3 623	5	25 280	10	2486	170	8	—	—	3 623	12	
	3 000	3 783	5	25 700	10	2486	172	8	208	—	3 783	10	
	5 000	3 928	9	25 381	18	—	172	10	167	—	2 601	10	
Gau-Köngernheim	1 700	1 720	7	11 173	12	764	57	12	—	—	1 720	20	
	1 700	1 745	6	11 140	12	764	57	12	87	—	1 745	20	
	3 000	1 678	12	11 054	24	—	57	25	81	—	840	30	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Ertrag Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Gau-Odernheim	26 000	19 386	12	52 744	24	4641	5 153	25	—	30*)	19 386	33	*) ab 1. 1. 1926 auf 60 Rpf. erhöht
	26 000	18 670	13	53 193	26	4641	5 147	30	3670	60	18 670	35	
	32 700	18 497	20	52 757	40	—	5 147	35	2850	70	12 624	37,2	
Gumbsheim	1 900	1 935	6	10 424	11	2334	35	10	—	—	1 935	30	
	1 900	1 785	6	10 367	12	2204	161	10	108	—	1 785	30	
	3 500	1 785	15	10 345	30	—	161	25	108	—	1 527	30	
Hackenheim	4 500	6 848	7	19 880	14	3266	2 240	10	—	10	6 848	20	
	4 500	6 502	7	19 672	14	3098	402	10	484	—	6 502	20	
	9 000	6 562	17	19 637	34	—	402	30	473	—	4 080	37,2	
Heimersheim	3 000	5 850	6	25 088	10	2838	374	10	—	—	5 850	7	
	3 000	5 759	5	24 711	10	2838	374	10	510	—	5 759	7	
	4 400	5 736	7	24 680	15	—	374	15	588	—	4 649	12	
Ippesheim	4 000	1 714	25	4 410	48	741	642	40	—	—	1 714	60	
	4 000	1 694	25,5	4 482	51	741	334	40	40	—	1 694	54,7	
	4 400	1 694	35	4 482	70	—	334	50	40	—	1 730	37,2	
Kettenheim	3 000	4 324	6	15 262	12	1662	158	15	—	—	4 324	25	
	3 000	4 357	6	15 252	12	1662	158	15	346	—	4 357	25	
	3 000	4 327	17	15 588	34	—	158	20	331	—	2 839	20	
Lonsheim	5 000	5 382	7	21 325	16	1835	114	15	—	—	5 382	20	
	4 500	3 706	7	22 713	14	1835	114	15	261	—	3 706	25	
	5 000	3 680	10	22 512	20	—	114	20	259	—	2 803	15	
Nack	4 000	2 959	12	13 262	22	1308	114	20	—	—	2 959	35	
	4 000	2 950	12	13 324	24	1308	114	20	364	—	2 950	25	
	4 000	2 949	13	13 263	26	—	114	20	362	—	1 638	20	
Neu-Bamberg	3 000	3 523	7	13 563	12	2031	1 443	10	—	20	3 523	20	
	3 000	3 512	6	13 574	12	2029	1 662	10	1024	20	3 512	20	
	8 000	3 478	20	13 517	40	—	1 662	35	955	—	3 402	37,2	
Nied.-Wiesen	4 000	3 377	12	8 723	24	1032	215	20	—	—	3 377	50	
	7 000	3 372	22,5	8 549	45	1032	215	35	440	—	3 372	54,7	
	8 000	3 308	34	8 478	69	—	215	45	384,5	—	1 923	37,2	
Offenheim	5 000	3 675	9	19 027	18	1960	217	15	—	—	3 675	36	
	5 000	3 702	9	18 978	18	1960	217	15	519	—	3 702	36	
	6 000	3 612	12	18 996	24	—	217	20	428	—	3 392	30	
Pfaff.-Schwabenheim	3 000	8 306	5	19 332	8,5	3561	836	8	—	15	8 306	10	
	3 000	8 081	5	19 579	9	3514	989	8	621	—	8 081	10	
	12 000	8 081	20	19 551	40	—	989	30	598	—	7 920	37,2	
Planig	4 000	9 609	5	20 867	11	2576	804	10	—	10	9 609	16	
	6 000	9 591	8	20 513	16	2500	985	15	949	—	9 591	20	
	12 000	9 647	17	20 361	34	—	985	34	892	—	9 314	37,2	
Pleitersheim	2 000	1 797	9	10 224	16	1104	65	12	—	—	1 797	25	
	2 000	1 817	8	10 214	16	1104	184	12	113	—	1 817	25	
	3 000	1 791	12	10 212	24	—	184	18	101	—	1 482	25	
St. Johann	4 500	4 883	10	18 703	14	4155	732	8	—	20	4 883	20	
	4 000	4 970	7	18 541	14	4120	668	8	632	30	4 970	20	
	5 000	4 988	10	18 500	20	—	668	12	613	30	4 446	18	
Siefersheim	2 000	7 597	3	21 983	6	3840	356	6	—	—	7 597	7	
	6 000	7 537	9	21 664	18	3807	554	15	787	—	7 537	20	
	9 000	7 496	15	21 642	30	—	554	20	734	20	5 262	20	
Sprendlingen	47 000	36 073	16	52 532	30	4921	10 343	40	—	13	36 073	60	
	40 000	35 331	13	51 030	26	4882	9 843	35	5989	20	35 331	54	
	42 000	35 213	19,5	50 716	39	—	9 843	40	5838	20	32 000	37,2	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	des gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Stein-Bockenheim	4 500	4 256	9	16 040	18	2291	268	15	—	—	4 256	30	
	7 000	4 223	15	15 989	30	2221	408	20	316	—	4 223	30	
	7 500	4 186	18,5	15 652	37	—	408	30	314	—	2 508	37,2	
Tiefenthal	2 000	935	20	2 606	45	427	49	45	—	—	935	60	
	2 000	785	20	2 552	40	419	167	40	30	—	785	30	
	2 000	689	30	2 552	60	—	167	60	30	—	420	37,2	
Uffhofen	4 000	3 582	7	21 041	14	1510	348	15	—	—	3 582	25	
	4 000	3 602	7	20 676	14	1510	348	15	269	—	3 603	25	
	6 000	3 510	14	20 509	28	—	348	25	278	—	2 163	—	
Volxheim	4 000	7 626	5	28 440	9	3930	309	10	—	—	7 626	12	
	4 000	7 410	5	27 053	10	3916	494	10	466	—	7 410	12	
	14 000	7 410	18	27 043	36	—	494	30	465	—	7 020	37,2	
Wahlheim	4 800	3 122	12	14 233	20	1379	228	20	—	—	3 122	50	
	4 800	3 476	10	14 457	20	1379	228	20	355	—	3 476	47	
	4 800	3 455	13	14 510	26	—	228	20	335	—	2 238	35	
Weinheim	9 000	7 644	9	29 732	18	2181	433	15	—	—	7 644	40	
	9 000	7 547	9	29 320	18	2181	433	15	820	—	7 547	40	
	12 000	7 616	15	29 080	30	—	433	20	821	—	5 012	37,2	
Welgesheim	4 000	3 270	12	8 691	24	1964	67	15	—	10	3 270	45	
	5 000	3 362	14	8 616	28	1940	204	25	194	—	3 362	54	
	6 000	3 365	25	8 575	50	—	204	35	197	—	2 463	37,2	
Wendelsheim	8 000	8 156	12	30 783	15	2300	971	20	—	—	8 156	27	
	8 000	8 276	8	29 339	16	2300	969	20	1602	—	8 276	24	
	12 000	8 301	15	28 936	30	—	969	15	1491	40	5 701	20	
Wöllstein	14 500	28 791	9	41 981	18	4336	4 118	10	—	10	28 791	9	
	14 000	28 811	9	41 827	18	4262	5 118	10	3519	20	28 811	9	
	18 000	28 705	12,5	41 566	25	—	5 118	15	3473	25	29 700	8	
Wonsheim	7 000	6 237	8	32 928	14	3213	298	10	—	20	6 237	28	
	7 000	6 230	7	32 811	17	3213	474	10	563	20	6 230	28	
	7 000	6 230	9	32 788	18	—	474	12	836	—	5 016	20	
Zotzenheim	4 000	3 653	10	13 454	18	2185	75	18	—	—	3 653	32	
	4 000	3 533	9	13 040	18	2069	216	18	235	—	3 533	30	
	6 500	3 533	19	13 136	38	—	216	20	219	—	3 170	37,2	
Kreis Bingen													
Appenheim	10 000	7 090	10	22 816	20	3249	768	24	—	—	7 090	60	
	11 000	7 119	11,3	22 812	22,7	3238	761	25,5	560	20,5	7 119	55	
	13 000	7 119	18	22 812	41,5	—	761	32	560	23	5 474	35	
Aspisheim	11 000	5 682	14	19 828	28	3313	966	22	—	—	5 682	60	
	11 500	5 691	16,3	19 569	32,7	3208	967	22,5	426	25,5	5 691	55	
	12 500	5 691	22	19 569	47,5	—	967	30	427	28	3 860	35	
Bingen	411 498	394 000	12	49 450	24	6980	120 000	48	—	22	394 000	60	
	379 977	411 418	12	48 542	24	6333	120 214	74	73 217	24	407 759	51	
	350 000	411 418	12	48 542	24	—	120 214	74	73 217	35	505 910	35	
Bubenheim	11 800	4 066	23	16 464	47	3313	269	37	—	—	4 066	60	
	11 800	4 066	22,3	16 625	46,7	3212	272	31,5	466	43,5	4 066	45,3	
	11 800	4 066	25	16 625	56	—	272	50	467	40	3 384	35	
Büdesheim	40 000	44 035	12	44 807	23	3154	19 108	20	—	11	44 035	40	
	43 300	43 345	11,3	44 265	22,7	3156	19 634	29,5	13 960	31,5	43 345	40	
	40 000	43 345	11	44 265	24,5	—	19 634	27	13 961	36	44 170	32,8	
Dietersheim	7 000	5 365	18	9 721	33	660	474	31	—	—	5 365	60	
	9 200	5 061	23,3	9 730	48,7	660	472	36,5	293	34,5	5 061	55	
	11 000	5 061	36	9 730	78,5	—	472	55	293	55	3 155	35	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Steuerwert 100 M.	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Steuerwert 100 M.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des gewerblichen 100 RM.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Sondergebäudesteuer: Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Dromersheim	9 500	9 518	10	22 083	21	3551	703	22	—	—	9 518	40	
	10 200	9 416	10,3	21 681	20,7	3521	711	18,5	905	13,5	9 416	41,3	
	11 900	9 416	16	21 681	35,5	—	711	29	905	21	6 726	35	
Elsheim	10 000	6 997	11	23 658	21	3139	662	24	—	—	6 997	60	
	10 200	6 997	10,3	23 455	20,7	3146	893	15,5	845	19,5	6 997	55	
	15 000	6 997	21	23 455	45,5	—	893	46	845	25	6 423	35	
Engelstadt	7 500	3 512	10	23 796	21	2398	137	23	—	—	3 512	60	
	7 500	3 517	9,3	23 754	19,7	2366	390	18,5	400	19,5	3 517	55	
	10 500	3 517	16	23 754	37,5	—	390	26	400	21	2 328	35	
Frei-Weinheim	13 200	13 040	16	9 714	32	1234	3 277	18	—	20	13 040	60	
	18 000	13 005	23	9 724	47	1329	3 311	42,5	2 734	49,5	13 005	55	
	18 000	13 005	29	9 724	70,5	—	3 311	63	2 734	51	11 051	35	
Gau-Algesheim	62 000	43 716	20	45 804	45	3957	10 309	27	—	45	43 716	60	
	58 000	44 796	17,3	47 507	39,7	3935	10 417	37,5	5 078	27,5	44 796	55	
	58 000	43 241	24	47 196	56,5	—	6 678	53	6 022	33	43 925	35	
Gaulsheim	8 500	12 929	7	15 856	11	1377	6 873	14	—	18	12 928	30	
	8 000	12 664	6,3	15 679	10,7	1392	6 873	15,5	5 774	20,5	12 664	24,3	
	15 000	12 664	14	15 679	28,5	—	6 873	38	5 775	40	13 041	29,8	
Gensingen	15 400	11 913	10	29 222	20	3158	3 817	10	—	17	11 913	60	
	19 000	11 790	14,3	28 817	30,7	3143	3 930	16,5	2 514	33,5	11 790	55	
	19 000	11 790	18	28 817	41,5	—	3 930	26	2 514	32	8 704	35	
Grolsheim	3 800	2 462	10	10 456	19	1498	418	16	—	—	2 462	60	
	4 800	2 462	13	10 408	27	1498	417	17	90	23	2 462	55	
	5 600	2 462	18	10 408	43,5	—	417	24	90	35	1 459	35	
Groß-Winternheim	15 800	6 925	20	22 785	40	3928	375	40	—	—	6 925	60	
	12 000	6 761	15,3	22 668	30,7	3912	656	17,5	471	25,5	6 761	46,3	
	12 000	6 761	17	22 668	38,5	—	656	27	471	17	5 437	35	
Heidesheim	48 000	38 455	16	50 634	31	4030	4 480	20	—	30	38 455	60	
	46 000	39 288	15,3	49 578	30,7	4052	6 061	22,5	3 101	30,5	39 288	55	
	43 650	39 545	19	51 537	44	—	3 764	30	2 845	35	32 229	35	
Horrweiler	5 000	6 149	6	21 165	12	3531	380	11	—	—	6 149	35	
	8 500	6 126	10,3	21 215	20,7	3524	378	6,5	460	11,5	6 126	52,3	
	8 500	6 126	13	21 215	28,5	—	378	22	461	9	4 431	35	
Jugenheim	12 000	7 925	15	20 984	28	3081	770	30	—	—	7 925	60	
	12 000	8 047	14	20 242	28	3026	742	15	799	20	8 047	55	
	16 000	8 047	29	20 242	57	—	742	38	799	27	4 715	35	
Kempten	12 000	12 444	9	20 101	20	1164	2 046	16	—	33	12 444	60	
	13 500	12 980	9,3	19 573	20,7	1162	1 971	28,5	556	39,5	12 980	55	
	16 500	12 980	20	19 573	44,5	—	1 971	39	556	61	11 777	35	
Nieder-Hilbersheim	4 300	3 725	8	17 813	15	2001	80	15	—	—	3 725	30	
	4 000	3 749	7,3	17 651	14,7	1994	231	12,5	133	24,5	3 749	22,3	
	5 000	3 749	9	17 651	22	—	231	24	133	20	2 736	25,8	
N.-Ingelheim	87 000	79 916	16	86 234	33	5464	81 840	15	—	10	79 916	60	
	71 000	80 068	15,3	85 644	32,7	5324	41 699	22,5	22 477	30,5	80 068	16,7	
	98 000	80 068	16	85 644	40	—	32 170	45	22 477	50	72 824	35	
O.-Ingelheim	60 000	62 606	11	57 246	23	6613	16 757	22	—	19	62 606	60	
	65 000	61 912	14	55 966	27,7	6622	18 937	30	9 458	25	61 912	50	
	76 000	61 912	24	55 966	49,5	—	18 937	45	9 459	50	58 108	35	
Ockenheim	9 800	12 796	8	24 589	18	3431	1 028	9	—	14	12 796	35	
	11 800	12 620	10,3	24 489	20,7	3427	1 196	12,5	1 492	20,5	12 620	36,3	
	17 000	12 620	20	24 489	44,5	—	1 196	35	1 492	24	8 090	35	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	Steuerwert des gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Schwabenheim	11 000	15 997	6	29 999	13	5693	1679	18	—	—	15 997	40	
	12 000	15 927	6,3	29 943	12,7	5528	1929	10,5	1382	23,5	15 927	38,3	
	12 000	15 927	8	29 943	19,5	—	1929	18	1382	18	13 316	35	
Sponsheim	6 620	2 349	24	7 527	48	972	937	55	—	—	2 349	60	
	6 710	2 444	24,3	7 631	48,7	948	1014	46,5	336	52,5	2 444	55	
	6 500	2 444	27	7 631	60,5	—	1014	47	337	60	1 604	35	
Wackernheim	9 700	7 456	11	20 719	22	3040	1001	15	—	30	7 456	60	
	8 700	7 379	10,3	20 688	20,7	2908	1009	10,5	495	12,5	7 379	43,3	
	8 700	7 379	12	20 688	24,5	—	1009	12	495	13	7 532	35	
Kreis Oppenheim													
Armsheim	11 550	12 753	10	25 841	24	2691	2348	20	—	15	12 911	13	
	13 500	12 531	15	25 762	30	2597	2318	25	1172	78	11 357	18	
	18 000	12 531	18	25 762	39,2	—	2318	38	1172	75,1	11 420	34,4	
Bechtolsheim	14 000	9 373	12	36 142	24	3363	1145	18	—	20	9 502	22	
	14 000	9 348	12	35 839	24	3374	1164	35	944	110	9 184	20	
	16 000	9 848	13	35 839	28,7	—	1164	43	944	106	10 180	30	
Biebelnheim	3 600	4 710	7	21 579	14	2377	496	5	—	10	4 710	—	
	5 400	4 710	12	21 570	20	2347	534	5	430	91	4 789	—	
	8 200	4 710	15	21 570	30	—	534	60	430	74	5 315	7,6	
Bodenheim	21 500	43 917	6	65 439	10,8	8653	5791	15	—	15	43 917	15	
	21 500	43 530	7	65 296	12	8712	5704	15	5060	45	41 156	15	
	31 400	43 530	12	65 296	23,8	—	5704	44	5060	58	52 370	10	
Dalheim	4 800	6 811	6	26 200	13,5	3140	729	12	—	10	6 811	—	
	4 500	6 774	6	26 128	13	3134	705	10	458	73	6 774	—	
	6 000	6 774	8	26 128	19,0	—	705	33	458	66	5 335	—	
Dexheim	8 000	7 567	12	21 986	20	3076	750	34	—	10	7 567	15	
	8 000	7 368	12	22 221	20	3104	667	30	597	65	7 003	17	
	13 000	7 368	19	22 221	38,5	—	667	45,5	597	110	6 086	34,4	
Dienheim	26 000	11 556	12	56 286	25,8	3307	585	40	—	20	11 556	60	
	25 000	11 493	14	56 203	27	3302	826	60	884	110	11 298	43	
	48 000	11 493	32	56 203	70	—	826	140	884	120	8 042	34,4	
Dolgesheim	6 000	6 078	10	24 599	17	2414	653	22	—	15	6 078	—	
	6 000	6 034	10	24 564	16	2369	670	35	858	50	6 034	—	
	7 000	6 034	12	25 564	21,8	—	670	37 5	858	59	5 046	—	
Eichloch	4 000	2 424	10	11 533	22,5	1226	225	15	—	20	2 482	29	
	4 000	2 424	11	10 315	27	1233	237	20	228	90	2 359	20	
	6 000	2 424	16,2	10 315	45,2	—	237	51	228	110	1 725	34,4	
Eimsheim	6 900	4 955	10	22 581	20	2739	705	41	—	15	4 939	—	
	6 900	4 912	12	22 449	19	2716	288	60	270	100	4 912	—	
	8 500	4 912	13,1	22 449	29,8	—	288	70	277	110	3 954	17	
Ensheim	7 000	3 416	13	13 616	28,3	1587	462	19	—	15	3 459	60	
	7 000	3 412	16	13 313	30	1589	290	38	198	35	3 461	46	
	7 000	3 412	18,3	13 313	39,4	—	290	35	198	50	2 770	34,4	
Friesenheim	6 500	4 791	12	14 310	24	2157	259	10	—	15	4 791	40	
	6 500	4 735	15	14 284	26	2152	335	20	168	100	4 335	34	
	11 075	4 735	29	14 284	57	—	335	70	168	120	3 323	34,4	
Gabsheim	6 000	3 345	10	25 253	18,6	2480	282	18	—	15	3 345	—	
	7 500	3 345	12	25 247	23	2558	296	36	278	110	3 373	—	
	7 500	3 345	12	25 247	26,6	—	296	67	278	72	3 627	—	
G.-Bickelheim	10 000	10 681	10	37 308	18,3	3632	1448	16 5	—	15	10 681	—	
	13 000	10 671	12	37 242	24	3611	1286	20	1045	90	10 435	10	
	22 100	10 671	18,3	37 242	40 3	—	1286	60	1045	100	9 833	34,4	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	Steuerwert des gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Gau-Weinheim	3 800	3 401	12	12 929	23	1 276	298	22	—	20	3 401	—	
	3 800	3 017	12	13 456	22	1 354	290	25	89	62	3 050	—	
	8 400	3 017	24	13 456	47	—	290	55	89	115	3 324	34,4	
Guntersblum	25 000	36 751	10	88 538	16,5	10 899	4 073	18	—	15	36 751	—	
	27 000	37 510	10	88 511	16	9 817	5 074	40	4 440	78	37 510	—	
	35 000	37 510	13	88 511	26,5	—	5 074	66,5	4 440	83,5	33 444	—	
Hahnheim	8 500	7 870	12	27 311	22	1 941	1 240	30	—	15	7 870	—	
	8 500	7 762	12	27 988	23	1 907	1 151	20	1 232	57	7 762	—	
	13 552	7 762	15	27 298	30	—	1 151	50	1 232	46,8	8 927	34,4	
Hillesheim	5 000	7 548	10	20 687	16	1 881	824	10	—	15	7 548	—	
	4 690	7 395	10	20 472	16	1 869	1 010	10	800	52	7 395	—	
	5 220	7 395	11	20 472	18,8	—	819	24,5	800	46,3	6 298	—	
Köngernheim	5 000	4 777	12	14 672	22,5	1 904	1 171	15	—	15	4 777		
	8 300	4 814	18	14 760	38	1 907	1 163	30	495	96	4 788	10	
	5 600	4 814	14	14 760	30	—	1 163	23,5	495	55	4 296	—	
Lörzweiler	5 800	6 072	10	20 029	20	3 639	497	15	—	15	6 072	—	
	5 000	6 097	10	20 011	17	3 587	488	13	594	85	6 070	—	
	7 915	6 097	15	20 011	28,6	—	488	62	594	90	4 531	10	
Ludwigshöhe	3 200	2 557	12	10 868	21,3	1 325	273	30	—	20	2 557	—	
	3 000	2 570	12	10 848	20	1 300	280	31	85	110	2 494	—	
	3 000	2 570	11	10 848	23,6	—	280	32,2	85	95	2 053	—	
Mommenheim	12 000	9 038	12	26 286	24	4 239	724	21	—	15	9 038	40	
	12 000	8 959	10	26 362	17	4 224	734	50	588	110	8 680	40	
	24 500	8 959	30	26 362	66	—	734	68	588	141	7 305	34,4	
Nackenheim	18 000	22 441	12	37 988	22,5	2 500	4 050	21,5	—	20	22 441	25	
	18 000	23 054	12	37 261	23	1 745	4 490	20	3 022	54	22 824	17	
	27 000	23 054	18	3 261	35	—	4 490	41	3 022	61	18 044	34,4	
N.-Saulheim	23 480	16 724	12	51 604	24	5 515	3 196	25	—	15	17 267	30	
	31 930	16 568	18	51 478	38	5 456	2 808	58	2 715	110	16 260	10	
	31 930	16 568	18	51 478	38	—	2 808	81	2 715	65	15 865	34,4	
Nierstein	89 900	93 818	7	125 934	14,3	14 588	35 537	13,5	—	30	93 818	52	
	86 900	91 400	8	125 320	16	15 516	33 652	15	16 073	55	91 400	48	
	90 635	91 700	12	125 320	26	—	33 652	25,5	16 073	54	90 635	33,4	
Ober-Hilbersheim	9 000	6 781	12	23 254	24	3 120	331	12	—	20	6 924	26	
	12 800	6 780	17	23 170	35	3 066	305	30	305	83	6 923	34	
	13 053	6 780	18	23 170	41	—	305	52,5	305	65,8	5 747	34,4	
Ob.-Saulheim	6 500	4 335	12	20 325	20	2 142	314	20	—	15	4 406	27	
	6 500	4 288	12	19 948	21	2 163	278	23	207	115	4 156	25	
	6 500	4 288	12,2	19 948	25,3	—	278	30	207	112	4 223	15	
Oppenheim	70 000	102 445	12	44 705	24	10 159	46 742	13,4	—	15	102 445	31	
	77 000	101 931	12	44 668	24	8 773	40 834	14	15 798	35	98 895	43	
	131 500	101 931	36	44 668	72	—	40 834	39	15 789	70	104 250	34,4	
Partenheim	9 000	6 130	10	26 672	21,2	2 510	727	35	—	15	6 297	20	
	9 000	6 028	10	26 248	22	2 400	708	30	646	74	6 195	20	
	10 700	6 028	12	26 248	29,6	—	708	58	646	63	4 703	30	
Schimsheim	4 000	2 587	10	9 286	23	980	267	20	—	15	2 666	44	
	5 000	2 587	20	9 286	40	947	269	20	62	75	2 514	20	
	6 500	2 587	23	9 286	49,2	—	269	22,3	65	90	3 700	34,4	
Schornsheim	13 000	8 315	11	36 857	22,1	3 788	1 221	18	—	10	8 497	21	
	16 500	8 233	12	36 884	24	3 731	1 163	25	1 238	100	8 349	51	
	27 050	8 233	24	36 884	53,6	—	1 163	137	1 238	115	6 798	34,4	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	des gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Ertrag Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Schwabsburg	16 150	9 245	14,6	26 486	26,6	3192	298	42	—	20	9 245	60	
	10 000	9 140	12	26 489	24	3152	312	32	382	100	9 140	14	
	17 200	9 140	22	26 489	51	—	312	126	382	120	2 489	34,4	
Selzen	10 000	9 151	12	31 534	22	4293	1003	24	—	15	9 151	—	
	10 000	9 009	12	31 882	22	4270	974	24	941	72	8 964	—	
	10 000	9 009	12	31 882	25,2	—	974	42	941	54	7 867	—	
Spiesheim . .	7 000	6 216	10	25 590	20,5	2753	407	23	—	10	6 216	—	
	4 000	6 156	7	25 140	12	2908	414	10	381	70	6 342	—	
	10 000	6 150	15	25 140	28	—	414	68	381	75	5 202	30	
Sulzheim . .	7 400	3 978	12	15 945	24	1724	425	17	—	20	4 012	60	
	7 000	3 968	14	15 816	28	1714	438	22	211	100	3 710	38	
	13 000	3 968	30	15 816	64	—	438	59	211	122	3 399	34,4	
Udenheim . .	7 000	5 320	10	28 219	19,7	2363	641	10	—	10	5 543	—	
	7 000	5 320	10	28 168	19	2364	657	25	416	89	5 379	—	
	14 000	5 320	17	28 160	36,4	—	657	60	416	120	5 761	34,4	
Undenheim .	13 000	15 038	10	42 368	20	4652	1998	17	—	20	15 038	—	
	15 350	15 055	12	42 185	24	4652	1951	22	2337	85	14 972	—	
	25 000	15 055	15,5	42 185	31,5	—	1951	64	2237	56	20 441	34,4	
Vendersheim	5 800	3 054	13	13 236	26,5	1586	346	20,8	—	15	3 073	60	
	6 500	3 030	18	13 175	35	1585	385	30	277	73	3 049	20	
	6 500	3 030	16	13 175	36,7	—	385	42	277	60	2 556	34,4	
Wald-Uelversheim	13 000	9 850	12	39 776	21,5	5094	1240	36	—	10	9 850	—	
	13 000	9 595	12	39 655	24	5074	1198	36	977	115	9 560	—	
	15 150	9 595	15	39 655	30	—	1198	51	977	125	8 129	—	
Wallertheim .	20 950	16 207	12	29 472	24	3066	3628	50	—	30	16 584	42	
	16 000	16 029	12	29 387	24	3078	3574	26	3061	67	16 093	20	
	21 500	16 029	14,7	29 387	32,8	—	3574	52	3061	60	17 149	34,4	
Weinolsheim	7 600	5 615	12	24 588	22	2975	761	26,8	—	15	5 615	—	
	7 600	5 605	12	23 445	23	2951	672	27	615	94	5 561	—	
	10 700	5 605	15	23 445	32,8	—	672	61	615	65	4 079	34,4	
Wintersheim .	5 300	3 787	10	16 011	21	1985	227	25	—	10	3 787	35	
	4 300	3 825	10	15 985	20	1944	224	32	94	50	3 791	—	
	7 000	3 825	13,5	15 985	32,3	—	224	37	94	74	3 481	34,4	
Wörrstadt . .	20 000	24 734	12	37 671	20	3969	3132	59	—	15	24 920	18	
	26 000	24 499	15	37 377	29	3934	3278	62	3196	55	23 879	22	
	52 000	24 499	31	37 377	73,8	—	3278	120	3196	122	26 362	34,4	
Wolfsheim . .	8 000	3 967	14	14 789	28,3	1669	435	20	—	20	4 055	60	
	9 000	3 964	20	14 678	40	1664	308	35	153	66	4 054	39	
	13 000	3 964	32	14 678	70,6	—	308	53,3	153	105	3 121	34,4	
Kreis Worms													
Abenheim . .	25 000	16 279	13,2	39 672	26,4	2634	1136	48	—	40	16 279	60	
	25 000	16 259	13	43 519	26,1	2671	501	63,6	1114	69,5	16 259	53,4	
	25 000	16 259	19,8	43 519	39,6	—	501	90	1114	90	9 658	34,33	
Alsheim . . .	18 000	23 552	8	78 621	16	5634	2345	28	—	30	23 591	—	
	16 000	23 454	7	77 408	14,1	5544	1961	26,4	1907	75,5	22 900	—	
	18 500	23 454	9	77 408	18	—	1961	33	1907	90	20 586	—	
Bechtheim . .	14 000	20 071	7,6	63 966	15,2	5722	4196	10	—	30	20 071	—	
	14 000	19 207	7,9	61 960	15,9	5657	4988	12,6	2285	57,5	18 352	—	
	14 000	19 207	8,7	61 960	17,4	—	4988	12	2285	54	15 897	—	
Bermersheim	3 000	2 847	11,2	10 129	22,4	1420	384	24	—	—	2 846	—	
	3 000	2 846	11,8	10 120	23,7	1404	33	19,8	97	—	2 820	—	
	3 000	2 846	13,2	10 120	26,4	—	33	24	97	—	2 699	—	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen: Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz: Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital: Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	Steuerwert des gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Ertrag: Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Blödesheim .	5 000	4 396	10	18 179	20	2443	550	36	—	—	4 396	—	
	5 000	4 395	10	18 338	20,1	2373	550	33	324	—	4 511	—	
	6 500	4 395	15	18 338	30	—	550	48	324	30	3 482	—	
Dalsheim . .	7 500	14 334	6,4	32 303	12,8	3759	3627	8	—	40	13 470	—	
	5 800	14 423	4,6	32 424	9,3	3698	2859	19,8	1805	51,2	13 710	—	
	7 700	14 423	7,5	32 424	15	—	2859	24	1805	60	14 393	—	
Dittelsheim .	3 400	8 294	3,6	36 130	7,2	3853	712	12	—	—	7 984	—	
	3 400	8 293	3,4	35 338	6,9	3892	107	13,8	547	—	7 532	—	
	8 173	8 293	9,6	35 338	19,2	—	107	30	547	48	5 585	—	
Dorn-Dürkheim	9 600	8 063	12	25 065	24	3334	790	44	—	40	8 063	—	
	8 700	8 022	11,2	24 981	22,5	3331	785	39,6	824	66,5	8 039	—	
	9 700	8 022	15	24 981	30	—	785	54	824	72	6 737	—	
Eich	22 000	17 886	12	59 819	24	1969	2320	60	—	40	17 886	—	
	26 000	17 751	15,4	59 433	30,9	2530	1557	75,6	1980	99,5	18 154	—	
	22 500	17 751	15	59 433	30	—	1557	60	1980	54	12 565	—	
Eppelsheim .	8 550	8 579	10,8	29 248	21,6	2311	1442	16	—	30	8 695	—	
	9 606	8 739	11,2	29 832	22 5	2294	1320	33,6	1081	75,5	8 580	—	
	11 600	8 739	15	29 832	30	—	1320	36	1081	84	6 705	—	
Frettenheim .	3 866	1 874	12	10 320	24	788	196	40	—	—	1 874	40	
	3 676	1 808	14,2	10 567	28,5	788	196	42,6	47	—	1 749	—	
	3 500	1 808	15	10 567	30	—	196	42	47	—	990	—	
Gimbsheim .	24 300	23 900	12	52 304	24	3995	1642	28	—	30	23 900	24	
	24 300	23 523	16	51 891	32,1	3923	1799	39,6	2607	57,5	23 617	—	
	21 300	23 523	15	51 891	30	—	1799	39	2607	54	14 044	—	
Gundersheim	10 000	14 961	10	32 891	20	3617	1341	20	—	40	14 961	—	
	10 000	16 500	10	32 859	20,1	3709	765	21,6	916	81,5	14 824	—	
	13 000	16 500	14,4	32 859	28,8	—	765	54	916	84	14 486	—	
Gundheim . .	12 000	8 733	12	20 559	24	1899	983	22	—	50	8 733	54	
	9 800	8 755	12,1	20 569	24,3	1898	435	27,6	597	81,5	8 755	30,3	
	10 000	8 755	14,4	20 569	28,8	—	435	60	597	72	6 545	34,2	
Hamm	12 200	9 863	12	17 056	24	1489	1409	20	—	20	9 863	60	
	12 200	11 298	13	15 270	26,7	1440	1673	30,6	1240	36,5	9 497	54,9	
	9 800	11 298	17,4	15 270	34,8	—	1673	33	1240	42	4 433	34,33	
Hangen-Weisheim .	5 800	3 650	10	24 104	20	1643	397	24	—	40	3 664	—	
	5 800	3 663	10	24 096	20,1	1643	393	21,6	350	33,5	3 651	—	
	5 798	3 663	10,8	24 096	21,6	—	393	21	350	33	3 756	—	
Heppenheim .	14 000	20 998	11	38 498	22	2535	1310	60	—	30	20 722	—	
	14 000	20 873	10,9	38 478	21,9	2502	506	81,6	1269	63,5	20 692	—	
	14 000	20 873	13,2	38 478	26,4	—	506	78	1269	60	21 702	—	
Herrnsheim .	20 300	35 709	12	56 842	24	3211	3252	20	—	40	34 734	—	
	20 300	36 361	12,1	56 039	24,3	3135	2417	21,6	2386	45,5	35 387	—	
	20 300	36 361	12,6	56 039	25,2	—	2417	21	2386	45	34 461	—	
Heßloch . . .	3 400	9 154	3,6	28 628	7,2	2984	1340	12	—	20	9 154	—	
	3 400	8 949	3,7	28 117	7,5	2982	1340	15,6	916	33,5	8 520	—	
	10 094	8 949	13,2	28 117	26,4	—	1340	54	916	84	5 244	—	
Hohen-Sülzen	8 000	4 713	12	15 273	24	1120	514	80	—	—	4 713	54	
	8 000	5 253	11,8	15 281	23,7	1127	514	85,8	288	—	4 482	53	
	8 000	5 253	18	15 281	36	—	514	84	288	48	3 973	34,33	
Horchheim . .	16 000	35 619	12	21 518	24	1340	8781	10	—	40	35 619	12	
	16 000	36 027	12,1	21 301	24,3	1229	8161	13,2	5576	15,5	36 027	12	
	14 000	36 027	15	21 301	30	—	8161	15	5576	18	34 541	—	
Ibersheim . .	6 700	4 026	10,8	26 888	21,6	1058	189	40	—	—	3 649	—	
	6 700	4 026	11,2	26 775	22,5	1000	189	25,8	111	—	3 440	—	
	6 700	4 026	11,4	26 775	23,4	—	189	30	111	—	3 064	—	

Gemeinden	Umlagenbedarf in den Rechnungsjahren 1925 1926 1927	Grundsteuer von Gebäuden und Bauplätzen Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Grundsteuer vom land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitz Steuerwert 100 M.	Ausschlagsatz Rpf.	Gewerbesteuer vom Anlage- und Betriebskapital Steuerwert des land- und forstwirtschaftlichen 100 RM.	des gewerblichen 100 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Ertrag Staatl. Gewerbeertragsteuersoll für das Kalenderjahr 1925 RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Sondergebäudesteuer 1925, 1926: Steuerwert in 100 M. 1927: Staatl. Steuersoll in RM.	Ausschlagsatz Rpf.	Bemerkungen
Kriegsheim .	3 300	6 342	6	13 855	12	1538	530	30	—	40	5 823	—	
	3 300	6 354	5,8	14 006	11,7	1978	622	33,6	1 150	39,5	5 871	—	
	6 000	6 354	12	14 006	24	—	622	60	1 150	42	5 104	21	
Leiselheim . .	7 400	12 590	12	6 404	24	1334	897	24	—	40	12 590	24	
	10 000	12 535	16,3	6 196	32,7	1337	472	67,8	722	51,5	12 535	35,1	
	11 000	12 535	27	6 196	54	—	472	90	722	72	10 088	34,33	
Mettenheim .	6 000	9 424	6,6	33 332	13,2	3728	2 033	10	—	20	9 424	—	
	6 000	9 297	6,7	32 958	13,5	3628	2 236	9,6	660	57,5	8 922	—	
	9 000	9 297	10,8	32 958	21,6	—	2 236	16,2	660	75	6 238	—	
Mölsheim . .	6 300	6 558	12	18 545	24	2465	359	40	—	—	6 498	—	
	6 300	6 498	11,8	18 564	23,7	2463	390	42	642	—	6 458	—	
	6 300	6 498	14,1	18 564	28,2	—	390	42	642	24	5 363	—	
Mörstadt . . .	7 000	7 179	9	28 692	18	2825	430	18	—	40	7 136	—	
	7 000	7 136	8,8	29 084	17,7	2818	276	37,8	357	—	7 110	—	
	11 500	7 136	15	29 084	30	—	276	48	357	24	7 723	21	
Monsheim . .	12 700	22 314	12	24 444	24	2014	1 514	60	—	40	15 361	—	
	12 700	22 187	13,3	24 425	26,7	2010	613	69,6	961	99,5	15 376	—	
	17 600	22 187	16,2	24 425	32,4	—	613	78	961	99	14 092	34,33	
Monzernheim	5 000	5 390	8	18 842	16	3131	652	24	—	30	5 390	—	
	5 000	5 390	8,2	18 713	16,5	3086	609	42	446	—	5 639	—	
	11 300	5 390	21	18 713	42	—	609	78	446	—	5 582	34,33	
N.-Flörsheim	9 450	12 934	6	37 297	12	2874	1 479	24	—	20	12 934	20	
	13 700	12 844	14	37 304	27	2873	1 095	33,6	902	69,5	11 495	—	
	14 266	12 844	15	37 304	30	—	1 095	39	902	78	11 223	—	
O.-Flörsheim	11 000	9 963	10	41 594	20	4105	1 009	24	—	40	10 168	—	
	9 000	9 921	8,2	40 739	17,1	4003	671	21	993	27,5	9 747	—	
	9 200	9 921	9,6	40 739	19,2	—	671	24	993	30	8 154	—	
Offstein	16 500	14 232	12	24 307	24	1752	1 842	12	—	50	14 232	54	
	16 500	14 281	12,1	24 279	24,3	1752	1 656	15,6	549	99,5	14 281	54,3	
	15 800	14 281	18	24 279	36	—	1 656	24	549	99	10 366	34,33	
Osthofen . . .	55 000	78 219	11,2	95 690	24	6243	33 654	20	—	40	82 461	—	
	48 000	80 966	10,3	95 115	20,7	6246	28 965	27,6	13 191	78,5	65 723	—	
	56 000	80 966	13,2	95 115	26,4	—	28 965	33	13 191	84	64 219	—	
Pfeddersheim	43 000	48 910	12	51 023	24	2176	19 046	20	—	40	48 910	30	
	44 000	48 796	12,1	51 081	24,3	1982	17 707	24	6 253	90,5	47 642	32,1	
	43 000	48 796	13,2	51 081	26,4	—	17 707	26,4	6 253	96	43 180	28,8	
Rhein-Dürkheim	10 000	14 265	8	20 628	16	1718	15 731	12	—	40	14 391	—	
	10 000	14 216	8,2	20 571	16,5	1708	15 718	15,6	5 553	51,5	21 920	—	
	10 000	14 216	8,4	20 571	16,8	—	15 718	15,6	5 553	54	19 322	—	
Wachenheim .	4 000	6 369	10	10 221	20	1319	1 327	24	—	20	6 399	—	
	5 000	7 492	12,4	10 294	24,9	2317	1 170	28,2	1 303	39,5	6 340	—	
	5 200	7 492	15	10 294	30	—	1 170	36	1 303	48	5 521	—	
Weinsheim .	14 500	11 391	14	13 975	28	348	2 827	28	—	50	11 391	60	
	12 000	11 828	12,4	13 936	24,9	300	2 490	27,6	1 178	69,5	11 828	46,5	
	9 000	11 828	15	13 936	30	—	2 490	33	1 178	84	9 308	12	
Westhofen . .	18 000	23 964	8	80 839	16	5259	3 809	16	—	30	23 964	—	
	18 000	24 062	8,2	78 453	16,5	5252	3 992	16,2	3 310	45,5	23 851	—	
	25 028	24 062	12,3	78 453	24,6	—	3 992	24	3 310	60	24 390	—	
Wies-Oppenheim	4 600	8 528	12	11 889	24	631	364	80	—	—	8 445	—	
	6 000	8 490	16	11 989	32,1	636	161	81,6	338	39,5	8 460	—	
	5 100	8 490	15	11 989	30	—	161	78	338	36	5 854	—	
Worms . . .	1 719 376	1 505 531	15,5	155 574	24	2513	521 606	54,9	—	30	1 378 012	65	Ungedeckter Fehlbetrag: 1927: 921 823 RM.
	1 925 700	1 510 866	18,84	146 672	25,6	2528	515 247	100,2	283 793	61,4	1 353 769	67	
	2 044 300	1 522 478	22,22	142 789	35,44	—	487 534	115,5	263 470	113,4	281 377	46,3	

Hessisches Regierungsblatt.

1929 **Darmstadt, den 4. Juli 1929.** Nr. 12

(Siebenter Tag nach Ablauf des Ausgabetags 11. Juli 1929.)

Inhalt: Teil I: Bekanntmachung, Enteignung von Gelände für die Niddaregulierung in den Gemeinden Ilbenstadt, Nieder-Wöllstadt, Burg-Gräfenrode, Klein-Karben, Okarben, Groß-Karben, Rendel, Kloppenheim und Dortelweil betreffend. S. 145 — Gesetz über den Verfassungstag. S. 145 — Bekanntmachung, die Dienstbezirke der Vermessungsämter betreffend. S. 145 — Bekanntmachung über die Polizeiordnung für die Schiffahrt und Flößerei auf dem Neckar. S. 145 — Bekanntmachung, die Eintragung von Wasserzeichen für Normalpapiere betreffend. S. 146 — Bekanntmachung, die Bildung eines gemeinsamen Betriebsrats für die für das Land Hessen tätigen Arbeiter der Wasserbauämter Worms und Mainz betreffend. S. 147 — Bekanntmachung, Anschlußgleis für die Firma Bezirkskonsumverein Worms (e. G. m. b. H.) am Gütergleis der Reichsbahn auf dem Bahnhof zu Worms betreffend. S. 147. — Verordnung, die Durchführung der Unfallversicherung in den Gemeinden betreffend. S. 147 u. 148 — Teil II: Bekanntmachung, die Erhebung einer Umlage zur Aufbringung der Kosten der Handwerkskammer im Rechnungsjahr 1929 betreffend. S. 148 — Namensänderungen. S. 149 — Zulassung zur Rechtsanwaltschaft. S. 149 — Aufgabe der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft. S. 149 — Dienstnachrichten. S. 149 — Dienstentlassungen. S. 152.

Teil I

Bekanntmachung, Enteignung von Gelände für die Nidda-Regulierung in den Gemeinden Ilbenstadt, Nieder-Wöllstadt, Burg-Gräfenrode, Klein-Karben, Okarben, Groß-Karben, Rendel, Kloppenheim und Dortelweil betreffend.

Vom 18. Juni 1929.

Zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit wird hierdurch angeordnet, daß das für die Niddaregulierung in den Gemarkungen Ilbenstadt, Nieder-Wöllstadt, Burg-Gräfenrode, Klein-Karben, Okarben, Groß-Karben, Rendel, Kloppenheim und Dortelweil benötigte Gelände nach Maßgabe der hessischen Verordnung über ein vereinfachtes Enteignungsverfahren zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit vom 6. November 1923 (Reg.-Blatt Seite 401) enteignet werden kann.

Darmstadt, den 18. Juni 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Gesetz über den Verfassungstag.

Vom 20. Juni 1929.

Das Hessische Volk hat durch den Landtag das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1.

Der Verfassungstag (11. August) ist staatlich anerkannter Feiertag und Festtag im Sinne des Artikels 139 der Reichsverfassung, sowie der sonstigen reichs- und landesrechtlichen Vorschriften.

Artikel 2.

Am Verfassungstag sind alle öffentlichen Gebäude in den Reichsfarben zu beflaggen. In allen Schulen sind für Lehrer und Schüler verbindliche, der Bedeutung des Tages entsprechende Feiern zu veranstalten; fällt der Verfassungstag in die Schulferien, so finden diese Gedenkfeiern frühestens 8 Tage vor Schluß oder spätestens 14 Tage nach Wiederbeginn des Unterrichts statt.

Artikel 3.

Das Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Darmstadt, den 20. Juni 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Bekanntmachung, die Dienstbezirke der Vermessungsämter betreffend.

Vom 24. Mai 1929.

Das Vermessungsamt Wöllstein wird mit Wirkung vom 1. Juni 1929 aufgehoben; sein Bezirk wird mit demjenigen des Vermessungsamts Bingen vereinigt.

Darmstadt, den 24. Mai 1929.

Der Hessische Finanzminister.

Kirnberger.

Bekanntmachung über die Polizeiordnung für die Schiffahrt und Flößerei auf dem Neckar.

Vom 25. Mai 1929.

Zum Vollzug der von dem Reichsverkehrsminister erlassenen Strom- und Schiffahrtspolizeiverordnung über Abänderung der Polizeiordnung für die Schiffahrt und Flößerei auf dem Neckar vom 3. August 1928 (Reichsgesetzbl. II. Teil S. 597)

wird im Benehmen mit dem Reichsverkehrsminister auf Grund des Art. 2 Abs. 4. der genannten Verordnung folgendes bestimmt:

§ 1.

Für die Untersuchung der Neckarschiffe, die Ausstellung des Schiffsattestes, die Bestimmung der größten zulässigen Zahl von Fahrgästen für Schiffe, die zur gewerbsmäßigen Beförderung von Personen benutzt werden, und die Bezeichnung der zulässigen Einsenkungstiefe (§§ 2, 2a und 3 der Polizeiordnung) finden die für den Rhein geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung; zuständig ist die Schiffsuntersuchungskommission in Mainz.

Die Untersuchung eines Schiffes aus Gründen des öffentlichen Interesses (§ 2 Absatz 1 letzter Satz der Polizeiordnung) ordnet auf Antrag des Wasserbauamts Worms oder eines Neckarbauamts das zuständige Kreisamt an.

§ 2.

Ueber das Gesuch um Erteilung eines Schifferpatentes (§ 5 der Polizeiordnung) und über die Zulassung von Erleichterungen im Falle des Artikel 2 Abs. 3 der Verordnung des Reichsverkehrsministers entscheidet in erster Instanz das Wasserbauamt Mainz, im Falle des Einspruches das Ministerium der Finanzen, Abteilung für Bauwesen.

§ 3.

Soweit im übrigen nach der Strom- und Schiffahrtspolizeiordnung in besonderen Fällen Anordnungen und Bekanntmachungen zu erlassen, Genehmigungen zu erteilen oder von Amts wegen Schiffahrts- und Warnungszeichen und dergleichen anzubringen sind, wird die Befugnis hierzu bis auf weiteres für die Strecken von den unteren Landesgrenzen bis 5 Kilometer oberhalb des oberen Endes der jeweiligen Kanalisierungsbaustelle den Neckarbauämtern hiermit übertragen; für die übrigen Strecken bleibt das Wasserbauamt Worms zuständig.

In diesem Sinne ist für die an erster Stelle genannten Strecken anzusehen:

1. als zuständige Behörde im Sinne der §§ 30, II, Ziff. 2 und 30a der Polizeiordnung das zuständige Neckarbauamt;
2. als Flußbaubehörde im Sinne der §§ 32 Ziff. 2 und 33 Ziff. 2 der Polizeiordnung sowie als zuständige Behörde im Sinne des § 33 Ziff. 4 der Polizeiordnung das zuständige Neckarbauamt;
3. als zuständige Behörde im Sinne des § 36a der Polizeiordnung sowie als Behörde der Wasserstraßenverwaltung im Sinne des § 36b der Polizeiordnung das zuständige Neckarbauamt;
4. als zuständige Behörde im Sinne des § 41a der Polizeiordnung das zuständige Neckarbauamt.

Die oben genannten Bauämter und das ihnen beigegebene technische Personal werden in den ihnen überwiesenen Strecken auch die Aufsicht darüber führen, daß die Führer von Fahrzeugen die ihnen nach der Schiffahrts- und Strompolizeiordnung obliegenden Verpflichtungen erfüllen (§ 41 der Polizeiordnung), gegebenenfalls durch Anzeige die strafrechtliche Verfolgung von Zuwiderhandelnden herbeiführen.

Ueber Beschwerden gegen die Maßnahmen und Entschließungen der Bauämter entscheidet, soweit sie von dem Wasserbauamt Worms ausgehen, das hessische Ministerium der Finanzen, Abteilung für Bauwesen, soweit sie von den Neckarbauämtern ausgehen, die Neckarbaudirektion.

§ 4.

Die vorstehenden Vollzugsbestimmungen treten am Tag ihrer Veröffentlichung im Regierungsblatt in Kraft.

Gleichzeitig treten die Bestimmungen des Abschnittes I der Instruktion vom 18. August 1869 zur Ausführung der revidierten Rheinschiffahrtsakte vom 17. Oktober 1868 (Hess. Reg.-Bl. 1869 Nr. 43, Seite 771) sowie die Bestimmungen der Bekanntmachung vom 22. Juli 1892, die Abänderung der Instruktion zur Ausführung der revidierten Rheinschiffahrtsakte vom 17. Oktober 1868 betreffend (Hess. Reg.-Bl. 1892 Nr. 22, Seite 159), soweit sie gemäß Ziff. 7 der erstgenannten Instruktion die Erteilung der Schifferpatente auf dem Neckar betreffen, außer Kraft.

Darmstadt, den 25. Mai 1929.

Der Hessische Finanzminister.
In Vertretung: Dr. Kratz.

Bekanntmachung, die Eintragung von Wasserzeichen für Normalpapiere betreffend. Vom 31. Mai 1929.

Auf Grund des § 4 der Bestimmungen über Verwendung von Papier bei den Hessischen Staatsbehörden sowie dessen Lieferung und Prüfung vom 7. April 1927 (Reg.-Bl. S. 85) hat die nachfolgende Firma bei der Hessischen Prüfungsstelle für Papiere in Darmstadt, Technische Hochschule, ihr Wasserzeichen angemeldet:

Nr.	Firma	Wortlaut des Wasserzeichens
53	Robert Weber, Aktiengesellschaft in Drentwede, Bezirk Bremen	Papierfabrik Wertheim Normal . . . . .

(Frühere Anmeldungen siehe Beilagen Nr. 8, 14, 21 und 30 von 1907, Nr. 5, 33 und 35 von 1908, Nr. 7 von 1910, Reg.-Bl. Nr. 19 von 1927 und Nr. 13 von 1928.)

Darmstadt, den 31. Mai 1929.

Der Hessische Finanzminister.
Kirnberger.

Bekanntmachung, die Bildung eines gemeinsamen Betriebsrats für die für das Land Hessen tätigen Arbeiter der Wasserbauämter Worms und Mainz betreffend. Vom 15. Juni 1929.

Auf Grund des § 61 des Betriebsrätegesetzes vom 4. Februar 1920 und des Artikels II der Hess. Verordnung zur Ausführung dieses Gesetzes vom 28. April 1920 (Reg.-Bl. S. 92) wird nach Verhandlung mit den beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer bestimmt, daß für die für das Land Hessen tätigen Arbeiter der Wasserbauämter Worms und Mainz ein gemeinsamer Betriebsrat gebildet wird.

Darmstadt, den 15. Juni 1929.

Der Hessische Finanzminister.
Kirnberger.

Bekanntmachung, Anschlußgleis für die Firma Bezirkskonsumverein Worms (e. G. m. b. H.) am Gütergleis der Reichsbahn auf dem Bahnhof zu Worms betreffend. Vom 18. Juni 1929.

Ich habe der Firma Bezirkskonsumverein Worms e. G. m. b. H. zu Worms die widerrufliche Erlaubnis erteilt, vom Bahnhof zu Worms aus ein Anschlußgleis nach dem heute genehmigten Plan anzulegen und mit Lokomotiven der Reichsbahn betreiben zu lassen.

Der Betrieb wird nach den noch ergehenden besonderen Bestimmungen geführt werden.

Darmstadt, den 18. Juni 1929.

Der Hessische Finanzminister.
Kirnberger.

Verordnung, die Durchführung der Unfallversicherung in den Gemeinden betreffend.

Vom 21. Juni 1929.

Artikel 1.

Die Städte Alzey, Bad-Nauheim, Butzbach, Bensheim, Bingen, Darmstadt, Friedberg, Gießen, Heppenheim, Mainz, Offenbach am Main, Oppenheim am Rhein und Worms werden hiermit auf Grund der §§ 627a Abs. 1, 628 Abs. 1 und 2 in Verbindung mit § 627 Abs. 3 der Reichsversicherungsordnung zur gemeinsamen Durchführung der Unfallversicherung zu einem Versicherungsverband vereinigt. Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Die Zuteilung anderer Gemeinden oder sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts auf Grund des § 628b RVO. bleibt vorbehalten.

Artikel 2.

Der Verband ist Träger der reichsgesetzlichen Unfallversicherung für die nachstehenden Betriebe und Tätigkeiten seiner Mitglieder:

a) für Krankenhäuser, Heil- und Pflegeanstalten, Entbindungsheime und sonstige Anstalten, die Personen zur Kur oder Pflege aufnehmen, ferner für Einrichtungen und Tätigkeiten in der Wohlfahrtspflege und im Gesundheitsdienst;
b) für Laboratorien für naturwissenschaftliche, medizinische oder technische Untersuchungen und Versuche;
c) für Schauspielunternehmungen, Schaustellungen, Vorführungen, Musikaufführungen, Gesangs- und deklamatorische Vorträge, sämtlich ohne Rücksicht auf den Kunstwert der Leistungen, für Lichtspielbetriebe (Herstellung, Vertrieb und Vorführung von Lichtspielstreifen) und Rundfunksendebetriebe;
d) für Bauarbeiten und Tätigkeiten bei nicht gewerbsmäßigem Halten von Reittieren oder Fahrzeugen in anderen als Eisenbahnbetrieben;
e) für Betriebe, die Röntgeneinrichtungen verwenden.

Artikel 3.

Gemäß § 892 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung wird der Vorstand des Verbandes als Ausführungsbehörde bestimmt.

Artikel 4.

Die Ausführungsbestimmungen (§ 895 RVO.) sind in der Satzung des Verbandes enthalten. Diese sowohl als auch etwaige Abänderungen unterliegen meiner Genehmigung.

Artikel 5.

Der Verband ist meiner Aufsicht unterstellt.

Artikel 6.

Der Verband übernimmt die Unfallversicherung

a) für diejenigen Betriebe und Tätigkeiten, die durch das Dritte Gesetz über Aenderungen in der Unfallversicherung vom 20. Dezember 1928 — Reichsgesetzbl. S. 405 — dieser neu unterstellt worden sind, mit Wirkung vom 1. Juli 1928 ab;
b) für diejenigen Betriebe und Tätigkeiten, für die bereits eine eigene Unfallversicherung einzelner Verbandsmitglieder bestanden hat, mit Wirkung vom 1. Juli 1929 ab;
c) für die übrigen in seine Zuständigkeit fallenden Betriebe und Tätigkeiten zum 1. Januar 1930, soweit nicht ein früherer Zeitpunkt unter den Beteiligten vereinbart wird.

Artikel 7.

Die Bekanntmachungen

a) die Unfallversicherung in der Stadt Mainz betreffend, vom 10. Dezember 1912 (Reg.-Bl. S. 533), 22. Dezember 1917 (Reg.-Bl. S. 297) und vom 22. April 1925 (Reg.-Bl. S. 54),
b) die Unfallversicherung in der Stadt Offenbach betreffend, vom 9. Dezember 1912 (Reg.-Bl.

S. 532) und vom 22. August 1925 (Reg.-Bl. S. 147),

c) die Unfallversicherung städtischer Betriebe in der Stadt Darmstadt betreffend, vom 23. April 1925 (Reg.-Bl. S. 55)

werden aufgehoben.

Darmstadt, den 21. Juni 1929.

Der Hessische Minister für Arbeit und Wirtschaft.
Korell.

Verordnung, die Durchführung der Unfallversicherung in den Gemeindeverbänden betreffend.

Vom 26. Juni 1929.

Artikel 1.

Die hessischen Kreise und Provinzen werden hiermit auf Grund der §§ 628a, 628, 627a der Reichsversicherungsordnung zur gemeinsamen Durchführung der Unfallversicherung zu einem Versicherungsverband unter dem Namen „Unfallversicherungsverband der hessischen Kreise und Provinzen" vereinigt.

Artikel 2.

Der Verband ist Träger der reichsgesetzlichen Unfallversicherung für die nachstehenden Betriebe und Tätigkeiten seiner Mitglieder:

a) Krankenhäuser, Heil- und Pflegeanstalten, Entbindungsheime und sonstige Anstalten, die Personen zur Kur oder Pflege aufnehmen, ferner Einrichtungen und Tätigkeiten in der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege und im Gesundheitsdienste,

b) Laboratorien für naturwissenschaftliche, medizinische oder technische Untersuchungen und Versuche,

c) Schauspielunternehmungen, Schaustellungen, Vorführungen, Musikaufführungen, Gesangs- und deklamatorische Vorträge, sämtlich ohne Rücksicht auf den Kunstwert der Leistungen, Lichtspielbetriebe (Herstellung, Vertrieb und Vorführung von Lichtspielstreifen) und Rundfunksendebetriebe,

d) Bauarbeiten und Tätigkeiten bei nicht gewerbsmäßigem Halten von Reittieren und Fahrzeugen, die die Mitglieder als Unternehmer in anderen als Eisenbahnbetrieben ausführen,

e) Betriebe, die Röntgeneinrichtungen verwenden.

Artikel 3.

Gemäß § 892 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung wird die Provinzialdirektion Starkenburg als Ausführungsbehörde bestimmt.

Artikel 4.

Die Ausführungsbestimmungen (§ 895 der Reichsversicherungsordnung) sind in der Satzung des Verbandes enthalten. Diese sowohl als auch etwaige Abänderungen unterliegen meiner Genehmigung.

Artikel 5.

Der Verband ist meiner Aufsicht unterstellt.

Artikel 6.

Der Verband übernimmt die Unfallversicherung

a) für diejenigen Betriebe und Tätigkeiten, die durch das Dritte Gesetz über Aenderungen in der Unfallversicherung vom 20. Dezember 1928 — Reichsgesetzbl. S. 405 — dieser neu unterstellt worden sind, mit Wirkung vom 1. Juli 1928 ab,

b) für diejenigen Betriebe und Tätigkeiten, für die bereits die Eigenunfallversicherung bestanden hat, mit Wirkung vom 1. Juli 1929 ab,

c) für die übrigen etwa in seine Zuständigkeit fallenden Betriebe und Tätigkeiten zum 1. Januar 1930, soweit nicht ein früherer Zeitpunkt unter den Beteiligten vereinbart wird.

Artikel 7.

Die Bekanntmachungen vom 6. Dezember 1912 — Reg.-Bl. S. 528 —, 7. Dezember 1912 — Reg.-Bl. S. 529 — und vom 2. August 1927 — Reg.-Bl. S. 165 — werden hiermit aufgehoben.

Darmstadt, den 26. Juni 1929.

Der Hessische Minister für Arbeit und Wirtschaft.
In Vertretung: Karcher.

Teil II

Bekanntmachung, die Erhebung einer Umlage zur Aufbringung der Kosten der Handwerkskammer im Rechnungsjahr 1929 betreffend.

Auf Grund des § 103 1 der Reichsgewerbeordnung in Verbindung mit dem neuen § 44 des Statuts der Handwerkskammer habe ich dieser für das Rechnungsjahr 1929 die Erhebung einer Umlage von 365 000 RM. genehmigt. Als Stammbeitrag ist ein Satz von 6 RM. jährlich anzusehen. Weiterhin sind als Umlagebetrag 0,24 RM. für je 100 RM. Steuerwert des gewerblichen Anlage- und Betriebskapitals festgesetzt worden.

Die Handwerkskammer ist beauftragt, den einzelnen Gemeinden die auf sie entfallende Gesamtumlage mitzuteilen.

Darmstadt, den 20. Juni 1929.

Der Hessische Minister für Arbeit und Wirtschaft.
In Vertretung: Hechler.

Namensänderungen.

Mai 1929

am 11. wurde der Luise Christiane Bickert in Bad Homburg v. d. H., geb. am 19. April 1905, gestattet, an Stelle ihres seitherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Wall",

am 28. wurde dem Kaufmann Walter Feldhofen in Wiesbaden, geb. am 26. Mai 1889 in Gießen, gestattet, an Stelle seines seitherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Hill", —

am 31. wurde dem Gustav Adolf Hengst in Dillheim, geb. am 19. Februar 1906, und seinem Sohne Otto Walter Hengst, geb. am 28. Januar 1928, gestattet, an Stelle ihres seitherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Grün", —

Juni 1929

am 7. wurde der Katharine Ayer in Wörrstadt, geb. am 1. Mai 1927, gestattet, vor ihrem seitherigen Vornamen in Zukunft den weiteren Vornamen „Ingeborg" — zu führen.

Zulassung zur Rechtsanwaltschaft.

Juni 1929

am 7. wurde der Gerichtsassessor Dr. Johann Philipp Gießler zur Rechtsanwaltschaft bei dem Amtsgericht Friedberg zugelassen.

Aufgabe der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft.

Am 9. bezw. 13. April 1929 hat der Rechtsanwalt Dr. Hornef in Worms seine Zulassung zur Rechtsanwaltschaft bei dem Amtsgericht und der Kammer für Handelssachen in Worms sowie bei dem Landgericht Mainz aufgegeben.

Dienstnachrichten.

April 1929

am 19. der Hilfsamtsgehilfe Friedrich Huthmann zum Ministerialamtsgehilfen bei dem Ministerium für Kultus und Bildungswesen, mit Wirkung vom 1. April an, —
der Notar Dr. Fritz Arens mit dem Amtssitz in Wörrstadt zum Notar mit dem Amtssitz in Nieder-Olm, als Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Notars Justizrat Wilhelm Salzer, der Notar Wilhelm Bergmann mit dem Amtssitz in Fürth i. O. zum Notar mit dem Amtssitz in Groß-Gerau, als Nachfolger des verstorbenen Notars Hermann Schollmayer, beide mit Wirkung vom 1. Mai an, —

am 20. der Gendarmeriehauptwachtmeister auf Probe Philipp Zorn in Wöllstein zum Gendarmeriehauptwachtmeister, mit Wirkung vom 1. April an, —
die Schulamtsanwärterin Emilie Volk aus Reichelsheim, Kreis Erbach, zur Lehrerin an der Volksschule zu Rothenberg, Kreis Erbach, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —
der Lehrer Georg Gröninger an der Volksschule zu Worms zum Rektor an dieser Schule, mit Wirkung vom 1. Mai an, —

am 22. der Justizsekretär bei dem Amtsgericht Zwingenberg Peter Jakob Göttmann zum Justizsekretär bei dem Amtsgericht Darmstadt II, mit Wirkung vom 10. Mai an, —
die Schulamtsanwärterin Elisabeth Malzi aus Darmstadt zur hauptamtlichen Fortbildungsschullehrerin an der Mädchenfortbildungsschule zu Lorsch, Kreis Bensheim, die Lehrer an der Volksschule zu Darmstadt Friedrich Blumöhr, Adam Link, Heinrich Wick zu Rektoren an dieser Schule, der hauptamtliche Fortbildungsschullehrer Philipp Germann an der Fortbildungsschule zu Darmstadt zum Rektor an dieser Schule, sämtlich mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 23. der Lehrer Heinrich Michel zu Bernsburg, Kreis Alsfeld, zum Lehrer an der Volksschule zu Wisselsheim, Kreis Friedberg, der Lehrer Heinrich Lichtenstein zu Grebenau, Kreis Alsfeld, zum Lehrer an der Volksschule zu Offenbach, der Lehrer Wilhelm Roddewig zu Münster, Kreis Friedberg, zum Lehrer an der Volksschule zu Butzbach, Kreis Friedberg, der Schulamtsanwärter Oskar Bauer aus Auerbach, Kreis Bensheim zum Lehrer an der Volksschule zu Büttelborn, Kreis Groß-Gerau, der Schulamtsanwärter Fritz Hessinger aus Eckelsheim, Kreis Alzey, zum Lehrer an der Volksschule zu Trais-Horloff, Kreis Gießen, die Schulamtsanwärterin Rovena Lämmerhirt aus Straßburg zur Lehrerin an der Volksschule zu Spachbrücken, Kreis Dieburg, sämtlich mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —
der ordentliche Honorarprofessor Geh. Justizrat Erich Aron in Darmstadt zum persönlichen Ordinarius an der Technischen Hochschule Darmstadt, —

am 24. der hauptamtliche Fortbildungsschullehrer Eugen Schreiber an der Fortbildungsschule zu Lampertheim, Kreis Bensheim, zum Rektor an der Knabenfortbildungsschule, der prov. Diplomlehrer Dr. Josef Hirschmann an der kaufmännischen Abteilung der Fortbildungsschule zu Mainz zum Diplomlehrer an dieser Schule, der prov. Gewerbelehrer Hans Uihlein an der gewerblichen Abteilung der Fortbildungsschule zu Gießen zum Gewerbelehrer an dieser Schule, der Schulamtsanwärter Georg Emig aus Bensheim zum hauptamtlichen Fortbildungsschullehrer an der Fortbildungsschule zu Urberach und Umgegend, Kreis Dieburg, sämtlich mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —
der Kanzleigehilfe Julius Schmitz in Gießen zum Kanzlisten beim Tierzucht-Institut der Landesuniversität, mit Wirkung vom 1. April an, —
die Polizeihauptwachtmeister Karl Dittmar

und Friedrich Münch zu Bad-Nauheim, Wilhelm Michel zu Darmstadt und Christel Rühmann zu Friedberg zu Kriminalhauptwachtmeistern, sämtlich mit Wirkung vom 1. April an, —

die Schulamtsanwärterinnen: Katharina Bauer aus Bensheim zur Lehrerin an der katholischen Volksschule daselbst, Magdalene Krepp aus Abenheim, Kreis Worms, zur Lehrerin an der Volksschule zu Harheim, Kreis Friedberg, beide mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 25. die prov. technische Lehrerin an der Mädchenfortbildungsschule zu Mainz, Helene Reiter zur technischen Lehrerin an dieser Schule, die prov. technische Lehrerin an der Mädchenfortbildungsschule zu Mainz, Aloysia Lokotsch zur technischen Lehrerin an dieser Schule, beide mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 27. der Justizinspektor bei dem Amtsgericht Darmstadt I Leonhard Paul Kröh zum Oekonomen bei dem Landgerichtsgefängnis in Darmstadt, mit Wirkung vom 1. April an, —

am 29. die prov. technische Lehrerin Sophie Hartnagel zu Mainz zur technischen Lehrerin an der Mädchenfortbildungsschule daselbst, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 30. der Pfleger Leonhard Vogel in Gießen zum Kanzleiassistenten bei dem Kreisamt Büdingen, mit Wirkung vom 1. Mai an, —

Mai 1929

am 1. der Rechtsanwalt Dr. Ludwig Baum in Alzey zum Notar mit dem Amtssitz in Wörrstadt als Nachfolger des nach Nieder-Olm versetzten Notars Dr. Fritz Arens, und der Gerichtsassessor Friedrich Wilhelm Dörr in Darmstadt zum Notar mit dem Amtssitz in Fürth i. O. als Nachfolger des nach Groß-Gerau versetzten Notars Wilhelm Bergmann, —

am 3. der Gerichtsvollzieher bei dem Amtsgericht Butzbach Karl Herrnbrodt zum Gerichtsvollzieher bei dem Amtsgericht Laubach, mit Wirkung vom 1. Juni an, —

die provisorische technische Lehrerin Rosine Neser zu Mainz zur technischen Lehrerin an der Mädchenfortbildungsschule daselbst, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 4. der Oberförster Ludwig Grünewald zu Bingenheim zum Forstmeister des Forstamts Ober-Eschbach und der Oberförster Heinrich Zimmermann zu Babenhausen zum Forstmeister des Forstamts Mörfelden, —

am 6. die Handarbeitslehrerin Katharina Keil zu Münster, Kreis Dieburg, zur Handarbeitslehrerin an der Volksschule zu Dieburg und Umgegend, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

der Hilfsarbeiter bei dem Ministerium der Justiz Landgerichtsrat Adolf Thüre zum Vortragenden Rat bei dem Ministerium der Justiz mit der Amtsbezeichnung „Oberjustizrat", mit Wirkung vom 1. Juni an, —

der prov. Gewerbelehrer an der gewerblichen Abteilung der Fortbildungsschule zu Mainz Wilhelm Koch zum Gewerbelehrer dieser Schule, der prov. Diplomlehrer an der gewerblichen Abteilung der Fortbildungsschule zu Lauterbach und Umgegend Richard Latsch zum Diplomlehrer an dieser Schule, beide mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 7. der Forstmeister Karl Chantre zum forsttechnischen Beamten bei dem Forstwirtschaftsamt unter Belassung der Amtsbezeichnung „Forstmeister", —

der Kriminalinspektor bei der Staatsanwaltschaft in Mainz Friedrich Lehr zum Kriminaloberinspektor bei der Staatsanwaltschaft in Gießen, mit Wirkung vom 1. Mai an, —

der prov. Gewerbelehrer an der gewerblichen Abteilung der Fortbildungsschule zu Nidda und Umgegend, Kreis Büdingen, Leonhard Helm zum Gewerbelehrer dieser Schule, der Schulamtsanwärter Georg Hintenlang aus Ober-Abtsteinach, Kreis Heppenheim zum Lehrer an der kath. Volksschule zu Wald-Michelbach, Kreis Heppenheim, beide mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

die Gendarmeriehauptwachtmeister a. Pr. Ludwig Schlitt zu Erbach i. O. und Joseph Wohlfarth zu Sprendlingen (Rheinh.), beide mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 8. die Oberförster Rudolf Arnoldi zu Darmstadt zum Forstmeister des Forstamts Mönchbruch, Eduard Sellheim zu Seligenstadt zum Forstmeister des Forstamts Jägersburg, —

am 10. der prov. Diplomlehrer Dr. Jakob Lutz zu Großen-Linden zum Diplomlehrer an der Fortbildungsschule zu Großen-Linden und Umgegend, Kreis Gießen, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 13. der Landgerichtsrat Dr. Hanfult in Gießen für die Dauer seines derzeitigen Richteramts zum Stellvertreter des richterlichen Mitglieds des ärztlichen Ehrengerichts der Provinz Oberhessen sowie zum richterlichen Mitglied des tierärztlichen Ehrengerichts zu Gießen, der Landgerichtsrat Trümpert in Gießen für die Dauer seines derzeitigen Richteramts zum Stellvertreter des richterlichen Mitglieds des tierärztlichen Ehrengerichts in Gießen, —

der Gendarmeriehauptwachtmeister a. Pr. Erich Wollgast zu Vilbel zum Gendarmeriehauptwachtmeister, mit Wirkung vom 1. Mai an, —

der Kanzleigehilfe bei dem Amtsgericht Pfedderssheim Franz Keller zum Kanzlisten, mit Wirkung vom 1. Mai an, —

der Kanzleigehilfe bei dem Amtsanwalt in Bensheim Franz Wendel zum Kanzlisten, mit Wirkung vom 1. Juni an, —

der Amtsgerichtsrat bei dem Amtsgericht in Gießen Wilhelm Volk unter Belassung in der Stelle eines Amtsrichters des Amtsgerichts in Gießen

zum Landgerichtsrat bei dem Landgericht der Provinz Oberhessen, —

am 14. der Gendarmeriehauptwachtmeister a. Pr. Johannes Eichenauer zu Gernsheim zum Gendarmeriehauptwachtmeister, mit Wirkung vom 16. Mai an, —

Dr. rer. pol. Erwin Lind aus Offenbach zum Direktor des Hessischen landesstatistischen Amtes, mit Wirkung vom 1. Juni an, —

die Studienassessoren Paul Glaser aus Alzey, Dr. Else Schlicht aus Frankfurt a. M., zu überplanmäßigen Studienräten, mit Wirkung vom 1. Mai an, —

am 16. der Bureaudirektor bei der Staatsanwaltschaft Mainz Wilhelm Kirn zum Bureaudirektor bei dem Landgericht in Mainz, der Bureaudirektor bei dem Amtsgericht in Mainz Johann Krohmann zum Bureaudirektor bei der Staatsanwaltschaft in Mainz, der Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Gießen Richard Buff zum Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Mainz, sämtlich mit Wirkung vom 1. Juni an, —

am 17. der Studienrat an dem Realgymnasium in Darmstadt Johannes Hüthwohl zum Oberstudiendirektor an der Oberrealschule in Grünberg mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

der Versorgungsanwärter und Hilfsgefangenenaufseher bei dem Amtsgericht Gernsheim Jakob Schmitt zum Amtsgehilfen bei dem Amtsgericht Lampertheim, mit Wirkung vom 1. Juli an,

am 21. die Handarbeitslehrerin an der Volksschule zu Bingen, Maria Erdmann zur technischen Lehrerin an der Mädchenfortbildungsschule zu Bingen und Umgegend, mit Wirkung vom 1. Juni an — ernannt;

dem Kunstmaler Dr. Joseph Plenk zu München wurde die außerordentliche Professur für Zeichnen und Malen an der Technischen Hochschule zu Darmstadt, mit Wirkung vom 1. April an — verliehen;

die Schulamtsanwärter Joseph Roos aus Biernheim, Kreis Heppenheim, zum Lehrer an der Volksschule daselbst, Dr. Urban Seyfried aus Weisenau, Kreis Mainz, zum Lehrer an der Volksschule zu Biernheim, Kreis Heppenheim, beide mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 22. Jakob Baußmann aus Neu-Bamberg, Kreis Alzey, zum Lehrer an der Volksschule zu Fauerbach, Kreis Büdingen, Wilhelm Horn aus Friedberg-Fauerbach zum Lehrer an der Volksschule zu Eckartsborn, Kreis Büdingen, die Lehrer Franz Peter Hartmann zu Marienborn, und Georg Müller zu Heppenheim zu Lehrern an der Volksschule zu Weisenau, Kreis Mainz, sämtlich mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, der Kanzleigehilfe Heinrich Hofmann in Gießen zum Kanzlisten bei dem Kreisamt Gießen, mit Wirkung vom 1. Juni an, —

der Kanzleigehilfe Otto Mann in Alzey zum Kanzlisten bei dem Kreisamt Alzey, mit Wirkung vom 19. Mai an, —

am 23. der Forstrat Otto Zimmer zu Grebenau unter Belassung seiner bisherigen Amtsbezeichnung zum ständigen Hilfsarbeiter bei der Abteilung für Forst- und Kameralverwaltung, mit Wirkung vom 1. Juni an, —

Friedrich Georg Schäfer aus Crumstadt zum Pfleger bei der Landes-Heil- und Pflegeanstalt „Philippshospital" bei Goddelau, mit Wirkung vom 19. Mai an, —

die Schulamtsanwärterin Elisabeth Bach aus Mainz zur Lehrerin an der Volksschule zu Rimbach, Kreis Heppenheim, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 24. der Landgerichtsrat bei dem Landgericht der Provinz Rheinhessen Dr. Wilhelm Hetzel unter Belassung in der schon bisher von ihm bekleideten Stelle eines Amtsrichters bei dem Amtsgericht in Mainz zum Landgerichtsdirektor bei dem Landgericht der Provinz Rheinhessen, mit Wirkung vom 1. Juni an, —

der prov. Diplomlehrer Georg Winter an der kaufmännischen Abteilung der Fortbildungsschule zu Mainz zum Diplomlehrer an dieser Schule, die Schulamtsanwärterin Anna Rieth aus Bieber, Kreis Offenbach, zur Lehrerin an der Volksschule zu Fürth, Kreis Heppenheim, beide mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

der Amtsgerichtsrat bei dem Amtsgericht in Mainz Otto Walther unter Belassung in der Stelle eines Amtsrichters des Amtsgerichts Mainz zum Landgerichtsrat bei dem Landgericht der Provinz Rheinhessen, mit Wirkung vom 1. Juni an, —

am 28. der Schulamtsanwärter Wilhelm Weber aus Rhein-Dürkheim, Kreis Worms, zum Lehrer an der Volksschule zu Bornheim, Kreis Alzey, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

der Oberjustizinspektor bei dem Amtsgericht Groß-Gerau (wohnhaft in Mainz) Otto Binding zum Oberjustizinspektor bei dem Amtsgericht Mainz, mit Wirkung vom 16. Juni an, —

am 30. der Gendarmeriehauptwachtmeister Jakob Friedrich zu Offenbach zum Polizeimeister, mit Wirkung vom 1. Mai an, —

am 31. der Meß- und Kanzleigehilfe bei dem Vermessungsamt Bingen Friedrich Döß aus Bubenheim, der Meß- und Kanzleigehilfe bei dem Vermessungsamt Nidda, August Mogk aus Ober-Schmitten zu Kanzlisten, mit Wirkung vom 1. Juni an, —

der Fortbildungsschullehrer Heinrich Kilian an der Fortbildungsschule zu Bischofsheim, Kreis Groß-Gerau, zum Rektor an dieser Schule, der Lehrer Adolf Schroth an der Volksschule zu Bischofsheim, Kreis Groß-Gerau, zum Rektor an dieser Schule, beide mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

Juni 1929

am 3. der Lehrer Friedrich Aßmuß zu Unter-Mossau, Kreis Erbach, zum Lehrer an der Volksschule zu Stockheim, Kreis Erbach, der Lehrer Gustav Paul zu Geilshausen, Kreis Gießen, zum Lehrer an der Volksschule zu Trohe, Kreis Gießen, der Schulamtsanwärter Otto Hehn aus Alzey zum Lehrer an der Volksschule zu Bechtolsheim, Kreis Oppenheim, sämtlich mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 4. der Direktor des Hessischen Staatsarchivs Dr. Julius Reinhard Dieterich in Darmstadt zum ordentlichen Honorarprofessor an der Landesuniversität Gießen, —

der Strafanstaltsoberwachtmeister bei dem Amtsgerichtsgefängnis zu Offenbach Franz Heinrich Stöck zum Strafanstaltshauptwachtmeister bei dieser Anstalt, mit Wirkung vom 1. Juni an, — Peter Jochum aus Hammelbach zum Pfleger bei der Landes-Heil- und Pflegeanstalt bei Gießen, Jakob Daniel in Alzey zum Pfleger bei der Landes-Heil- und Pflegeanstalt bei Alzey, beide mit Wirkung vom 1. Juni an, —

am 6. der Landesbibliotheksdirektor Dr. Hans Wilhelm Eppelsheimer zum Mitglied der Historischen Kommission für den Volksstaat Hessen, der Landesbibliotheksdirektor i. R. Dr. Adolf Schmidt zum Ehrenmitglied der Historischen Kommission für den Volksstaat Hessen, — der Oberförster Hans Bruchhäuser zu Lorsch zum Forstmeister des Forstamts Eichelsdorf, —

am 8. die Forstassessoren Karl König aus Friedberg und Otto Kratz aus Heppenheim a. d. B. zu Oberförstern, mit Wirkung vom 1. Juni an, —

am 10. der Regierungsbaumeister a. D. Hermann Goecke aus Winterburg zum Regierungsbaurat bei der Brandversicherungskammer, mit Wirkung vom 16. Juni an, —

der Regierungsbaurat Georg Heinrich Ludwig Sehrt in Darmstadt zum Oberbaurat bei der Brandversicherungskammer, mit Wirkung vom 1. April an, —

am 12. die ehemaligen Hofbeamten Otto Becker zu Darmstadt zum Sekretär, und Heinrich Pieper zu Darmstadt zum Oberassistenten, mit Wirkung vom 1. Juni an, —

am 14. der Lehrer Adolf Frister zu Ober-Schmitten, Kreis Schotten, zum Lehrer an der Volksschule zu Eichelsachsen, Kreis Schotten, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 19. der auf Zeit bestellte Rektor Franz Beller an der Volksschule zu Biernheim, Kreis Heppenheim, endgültig zum Rektor dieser Schule, —

am 20. der Kanzleigehilfe Hermann Lückel aus Alzey zum Kanzlisten bei dem Kreisamt Alzey, mit Wirkung vom 23. Juni an, —

der Regierungsassessor Dr. Willy Wißmann zu Darmstadt zum Regierungsrat beim Oberversicherungsamt zu Darmstadt, mit Wirkung vom 15. Juni an, —

der Regierungsassessor Dr. Fritz Acker aus Trebur, Kreis Groß-Gerau, und der Gerichtsassessor Dr. Paul Kantzenbach aus Darmstadt zu ständigen juristischen Hilfsarbeitern bei der Hessischen Landesbank mit der Amtsbezeichnung Finanzrat, mit Wirkung vom 1. Juni an — ernannt.

Zum Rektor der Technischen Hochschule ist für die Zeit vom 1. September 1929 bis 31. August 1930 der ordentliche Professor Dipl.-Ing. Christoph Eberle gewählt und vom Gesamtministerium bestätigt worden.

Dienstentlassungen.

Februar 1929

am 14. wurde die Lehrerin Wilhelmine Bisch, verehelichte Gräfin von Hagenburg, an der Volksschule zu Eppelsheim, Kreis Worms, auf Grund des Art. 1 des hessischen Personalabbaugesetzes vom 19. Dezember 1923 in Verbindung mit Art. 14 der Reichspersonalabbauverordnung vom 27. Oktober 1923, mit Wirkung vom 1. März an aus dem hessischen Schuldienst entlassen;

März 1929

am 19. wurde der Diplomlehrer an den gewerblichen Abteilungen der Fortbildungsschulen zu Wimpfen und Umgegend, Kreis Heppenheim, Heinrich Mücke auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. April an aus dem hessischen Schuldienst entlassen;

April 1928

am 8. wurde der Studienrat an der Oberrealschule in Gießen Otto Erdmann, mit Wirkung vom 1. April an aus dem Staatsdienst entlassen;

am 9. wurde der Lehrer an der Volksschule zu Darmstadt Dr. Adolf Müller auf sein Nachsuchen, —

am 15. wurde der Lehrer Leopold Grünebaum an der Volksschule zu Mainz auf sein Nachsuchen, beide mit Wirkung vom 1. April an aus dem hessischen Schuldienst entlassen;

am 17. wurde der ordentliche Professor für systematische Theologie an der Landesuniversität Gießen D. Dr. Heinrich Frick in Gießen, mit Wirkung vom 1. April an aus dem hessischen Staatsdienst entlassen;

am 22. wurde die Kanzlistin Käthe Kühl, geb. Bieler, zu Darmstadt, auf ihr Nachsuchen mit Wirkung vom 16. Juni an aus dem hessischen Staatsdienst entlassen.

Mai 1929

am 4. wurde der Hauptstaatskasse-Oberbuchhalter Max Handke zu Darmstadt auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 16. Mai an aus dem hessischen Staatsdienst entlassen.

Hessisches Regierungsblatt.

1929 **Darmstadt, den 22. Juli 1929.** Nr. 13

(Siebenter Tag nach Ablauf des Ausgabetags 29. Juli 1929.)

Inhalt: Teil I: Gesetz zur Aenderung des Gesetzes, das Verfahren in Forst- und Feldrügesachen betreffend. S. 153 — Verordnung über Kraftfahrzeugverkehr. S. 153 — Bekanntmachung, Antrag der Ludwig und Heinrich Arzt in Michelstadt auf Genehmigung einer rechtsfähigen Stiftung betreffend. S. 154 — Verordnung, die Hegezeit für Enten betreffend. S. 154 — Bekanntmachung, die örtliche Einteilung der Kassenstellen betreffend. S. 155 — Bekanntmachung, Anschlußgleis für die Obst- und Gemüseverwertungsgenossenschaft Ingelheim und Umgebung auf dem Bahnhof zu Ingelheim betreffend. S. 155 — Bekanntmachung über Erteilung von Rheinschifferpatenten. S. 155 — Teil II: Bekanntmachung, die Genehmigung von Schenkungen betreffend. S. 158 — Dienstentlassungen. S. 158 — Ruhestandsversetzungen. S. 158 — Sterbefälle. S. 160.

Teil I

Gesetz zur Aenderung des Gesetzes, das Verfahren in Forst- und Feldrügesachen betreffend.

Vom 20. Juni 1929.

Das Hessische Volk hat durch den Landtag das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1.

Das Gesetz, das Verfahren in Forst- und Feldrügesachen betreffend, in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. Oktober 1904, des Gesetzes vom 11. Oktober 1921 und der Verordnung vom 22. März 1924 (Reg.-Bl. 1904, S. 355, 1921, S. 223, 1924, S. 164) wird wie folgt geändert:

1. Im Artikel 10 wird der vierte Absatz gestrichen.
2. Im Artikel 11 wird der zweite Absatz gestrichen.
3. Im Artikel 20 wird in der Klammer das Komma und die Ziffer 4 gestrichen.

Artikel 2.

Dieses Gesetz tritt am 1. September 1929 in Kraft.

Der Justizminister wird ermächtigt, den Text des Gesetzes, das Verfahren in Forst- und Feldrügesachen betreffend, unter der Ueberschrift „Gesetz über das Verfahren in Forst- und Feldrügesachen" in der von Inkrafttreten dieses Gesetzes an geltenden Fassung bekanntzumachen. Hierbei sind die im Gesetz vorkommenden Verweisungen auf das Gerichtsverfassungsgesetz und die Strafprozeßordnung richtig zu stellen; in Artikel 1 Absatz 1 ist der Jahreszahl 1904 in Klammer der Hinweis „Reg.-Bl. S. 267" und in Artikel 1 Absatz 2 der Jahreszahl 1904 in Klammer der Hinweis „Reg.-Bl. S. 282" beizufügen; das im Gesetz vorkommende Wort „Oberförsterei" ist durch das Wort „Forstamt" zu ersetzen, das dem Text durch entsprechende Aenderung sprachlich einzugliedern ist.

Darmstadt, den 20. Juni 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Verordnung über Kraftfahrzeugverkehr.

Vom 22. Juni 1929.

Auf Grund des Gesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Mai 1909 (Reichsgesetzbl. S. 437) in der Fassung des Gesetzes vom 21. Juli 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 743) und der Verordnungen vom 5., 6. Februar und 12. Dezember 1924 (Reichsgesetzbl. I S. 42, 43 und 775) sowie auf Grund des § 45 Abs. 1 der Verordnung über Kraftfahrzeugverkehr vom 16. März 1928 (Reichsgesetzbl. I S. 91) in der Fassung der Verordnung vom 13. Juli 1928 (Reichsgesetzbl. I S. 204) wird folgendes verordnet:

I. Zur Verordnung über Kraftfahrzeugverkehr vom 16. März 1928 (Reichsgesetzbl. I S. 91).

§ 1.

Oberste Landesbehörde und höhere Verwaltungsbehörde im Sinne der

§ 5 Abs. 2 (Anerkennung der Sachverständigen für die Prüfung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeugführern),
§ 5 Abs. 3 (Erteilung von Typenbescheinigungen),
§ 48 Nr. 2 Abs. 2 (Anerkennung der Sachverständigen für die Prüfung von Kleinkrafträdern,
Ermächtigung zur Ausstellung von Gutachten über Kleinkrafträder),

sowie zuständige Behörde im Sinne von

§ 31 Abs. 2 (Genehmigung von Zuverlässigkeitsfahrten)

ist der Minister des Innern.

Die Anerkennung von Sachverständigen (§ 5 Abs. 2 und § 48 Nr. 2 Abs. 2) erfolgt im Einvernehmen mit dem Minister für Arbeit und Wirtschaft.

§ 2.

Höhere Verwaltungsbehörde im Sinne von

§ 5 Abs. 1 und § 6 (Zulassung des Kraftfahrzeugs zum Verkehr),
§ 8 Abs. 1 (Zuteilung des Kennzeichens),

§ 14 (Erteilung der Erlaubnis zum Führen eines Kraftfahrzeugs),
§ 32 Abs. 3 und 4 (Befreiung von der Einhaltung der Bestimmungen über Anhängewagen und Zulassung von Anhängeachsen zur Personenbeförderung),
§ 35 Abs. 2 (Ausschließung von Kraftfahrzeugen von dem Befahren der öffentlichen Wege),
§ 36 (Entziehung der Fahrerlaubnis),
§ 41 (Zulassung von Probefahrten),
§ 48 Nr. 3 (Zuteilung des polizeilichen Kennzeichens für Kleinkrafträder),
§ 48 Nr. 4 (Entziehung der Fahrerlaubnis für Kleinkrafträder)
ist das Kreisamt.

Gegen die Versagung der Fahrerlaubnis (§ 14) sowie gegen die Entziehung der Fahrerlaubnis (§ 36 und § 48 Nr. 4), wenn sie aus anderen Gründen als wegen ungenügenden Ergebnisses der Befähigungsprüfung erfolgt (§ 5 des Gesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Mai 1909, in der Fassung des Gesetzes vom 21. Juli 1923 und der Verordnungen vom 5. Februar, 6. Februar und 12. Dezember 1924), steht dem Betroffenen die Klage im Verwaltungsstreitverfahren innerhalb einer Notfrist von einer Woche von der Zustellung oder Eröffnung zu Protokoll an zu.

§ 3.

Polizeibehörde im Sinne der
§ 6 Abs. 2 (Aushändigung der Zulassungsbescheinigung),
§ 9 (Abstempeln der Kennzeichen und Prüfung, ob das Fahrzeug den Vorschriften entspricht),
§ 32 Abs. 4 (Mitführen von Anhängeachsen zur Lastenbeförderung und von mehr als einem Anhängewagen),
§ 41 (Abstempeln der Probefahrtkennzeichen, Abliefern derselben und der Zulassungsbescheinigung),
§ 48 Nr. 3 Abs. 1 (Aushändigung der Bescheinigung über Zuteilung eines Kennzeichens für ein Kleinkraftrad)
ist das Kreisamt.

Polizeibehörde im Sinne des
§ 35 Abs. 1 (Untersuchung von Kraftfahrzeugen auf Kosten des Eigentümers)
ist in den Städten Darmstadt, Gießen und Offenbach: das Polizeiamt,
in den Städten Mainz und Worms: der Oberbürgermeister,
im übrigen: das Kreisamt.

§ 4.

Für die Ausstellung der Beglaubigung im Falle des
§ 5 Abs. 3 (Amtliche Beglaubigung der Abschrift einer Typenbescheinigung),
§ 48 Nr. 2 Abs. 2 Satz 4 (Polizeiliche Beglaubigung des Abdrucks einer Ermächtigung zur Ausstellung eines Gutachtens)
ist die Ortspolizeibehörde zuständig.

II. Zur Anlage 1 und 5 der Bekanntmachung des Reichsverkehrsministers über Kraftfahrzeugverkehr vom 16. März 1928 (Reichsministerialblatt S. 121).

§ 5.

Oberste Landesbehörde im Sinne von:
Anlage 1 Ziffer I Abs. 3,
Anlage 5, A Ziffer II, III b und D,
sowie höhere Verwaltungsbehörde im Sinne von
Anlage 1 Ziffer I Abs. 3
ist der Minister des Innern.

§ 6.

Die Verordnung über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 24. März 1910 (Reg.-Bl. S. 56) und die Verordnung, die Aenderung der Verordnung vom 24. März 1910 über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen betreffend, vom 26. März 1921 (Reg.-Bl. S. 67) werden aufgehoben.

Darmstadt, den 22. Juni 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Bekanntmachung, Antrag der Ludwig und Heinrich Arzt in Michelstadt auf Genehmigung einer rechtsfähigen Stiftung betreffend. Vom 9. Juli 1929.

Das Gesamtministerium hat am 2. Juli 1929 auf Grund der vorgelegten Stiftungsurkunde vom 28. August 1928 die Stiftung der Inhaber der Firma Th. Ludwig Arzt, G. m. b. H. in Michelstadt, Herrn Ludwig und Heinrich Arzt in Michelstadt, als rechtsfähige Stiftung gemäß § 80 BGB. und Art. 7 des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch genehmigt.

Darmstadt, den 9. Juli 1929.

Der Hessische Minister des Innern.

In Vertretung: Dr. Reitz.

Verordnung, die Hegezeit für Enten betreffend.

Vom 10. Juli 1929.

Auf Grund des Artikel 29 des Jagdstrafgesetzes vom 19. Juli 1858 wird hiermit der Beginn der Schußzeit für Enten für das laufende Jagdjahr auf den 15. Juli 1929 festgesetzt.

Darmstadt, den 10. Juli 1929.

Der Hessische Minister des Innern.

In Vertretung: Dr. Reitz.

Bekanntmachung, die örtliche Einteilung der Kassenstellen betreffend. Vom 24. Juni 1929.

Durch Entschließung des Herrn Präsidenten des Landesfinanzamts Darmstadt und im Einverständnis mit dem Herrn Reichsminister der Finanzen wird die Finanzkasse Worms-Land in Lampertheim vom 1. Juli 1929 ab mit der Finanzkasse Worms-Stadt vereinigt. Die Gemeinde und Gemarkung Lampertheim mit Hüttenfeld, Neuschloß, Rosengarten, Wildbahn, Biedensand und Seehof wird dem eigenen Hebebezirk der Finanzkasse Worms-Stadt zugeschlagen. Die Untererhebstellen Hofheim und Nordheim bleiben unverändert bestehen, werden jedoch gleichfalls der Finanzkasse Worms-Stadt zugeteilt.

Darmstadt, den 24. Juni 1929.

Der Hessische Finanzminister.
Kirnberger.

Bekanntmachung, Anschlußgleis für die Obst- und Gemüseverwertungsgenossenschaft Ingelheim und Umgebung auf dem Bahnhof zu Ingelheim betreffend. Vom 6. Juli 1929.

Ich habe der Obst- und Gemüseverwertungsgenossenschaft Ingelheim und Umgebung die widerrufliche Erlaubnis erteilt, vom Bahnhof zu Ingelheim aus ein Anschlußgleis anzulegen und mit Lokomotiven der Reichsbahn bedienen zu lassen.

Darmstadt, den 6. Juli 1929.

Der Hessische Finanzminister.
Kirnberger.

Bekanntmachung über Erteilung von Rheinschifferpatenten. Vom 4. Juli 1929.

Im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsverkehrsminister und den Regierungen der deutschen Rheinuferstaaten wird bestimmt:

§ 1.

Zuständig zur Erteilung der Rheinschifferpatente sind

in Baden:	das Rheinbauamt in Mannheim,
in Bayern:	die Regierung, Kammer des Innern, in Speyer,
in Hessen:	das Wasserbauamt in Mainz,
in Preußen:	die Regierungspräsidenten in Wiesbaden, Koblenz, Köln und Düsseldorf.

§ 2.

In dem Gesuch um Erteilung eines Rheinschifferpatentes muß die Stromstrecke angegeben sein, für die es beantragt wird.

Dem Gesuch sind beizufügen:

1. der Geburtsschein,
2. ein polizeiliches Führungszeugnis, aus welchem insbesondere hervorgeht, daß der Bewerber nicht wegen wiederholten Zollbetruges oder schwerer Eigentumsvergehen bestraft ist,
3. ein amtsärztliches Zeugnis über das Vorhandensein ausreichenden Seh-, Hör- und Farbenunterscheidungsvermögens,
4. zwei unaufgezogene Lichtbilder des Bewerbers, die aus neuerer Zeit stammen und die Gleichheit der dargestellten Person mit dem Bewerber zweifellos erkennen lassen,
5. eine Personalbeschreibung, in der angegeben sind:
   Farbe der Augen,
   Gesichtsform,
   Größe,
   Farbe der Haare,
   Besondere Kennzeichen,
6. das Dienstbuch oder die nach § 3 zugelassenen Zeugnisse,
7. gegebenenfalls das Zeugnis über die nautische Befähigung und die Eignung zum Vorgesetzten oder ein anderes von der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt als gleichwertig anerkanntes Zeugnis (§ 4).

§ 3.

Die zur Erteilung des Rheinschifferpatentes erforderlichen Reisen sind durch Vorlage des Dienstbuches nachzuweisen. Soweit dies nicht möglich ist, ist der Nachweis durch besondere Zeugnisse von patentierten Schiffern, bei denen der Bewerber gelernt oder im Dienst gestanden hat, zu erbringen. Können auch solche Zeugnisse nicht beigebracht werden, so können Zeugnisse anderer patentierter Schiffer vorgelegt werden, denen zuverlässig bekannt ist, daß der Bewerber die vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt hat. Auch diese Zeugnisse sollen mit tunlichster Genauigkeit die erforderlichen Angaben, insbesondere auch hinsichtlich der befahrenen Strecken und der Fahrzeit, enthalten.

Die Zeugnisse müssen die Unterschrift des Schiffers tragen und erkennen lassen, von welcher Behörde, für welche Stromstrecke und an welchem Tage dieser seine Patente erhalten hat. Sie müssen öffentlich beglaubigt sein.

§ 4.

Ein Zeugnis über die nautische Befähigung und die Eignung zum Vorgesetzten als Kahnführer erhält, wer vier Jahre einer Decksmannschaft angehört und die Abgangsprüfung einer Schifferschule bestanden hat. Ein Zeugnis über die nautische Be-

fähigung und die Eignung zum Vorgesetzten als Führer eines Fahrzeuges mit eigener Triebkraft erhält, wer fünf Jahre einer Decksmannschaft, davon mindestens ein Jahr auf einem Fahrzeug mit eigener Triebkraft, angehört und die Abgangsprüfung einer Schifferschule bestanden hat.

Das Zeugnis über die nautische Befähigung und die Eignung zum Vorgesetzten wird von den zur Erteilung der Rheinschifferpatente zuständigen Behörden (§ 1) nach anliegendem Muster ausgestellt. Dem Gesuch um Erteilung des Zeugnisses sind das Abgangszeugnis der Schifferschule sowie die in § 2 Ziffer 3—5 bezeichneten Anlagen beizufügen.

Ueber die Erteilung der Zeugnisse ist ein Verzeichnis zu führen.

Gesuche um Erteilung eines Zeugnisses über die nautische Befähigung und die Eignung zum Vorgesetzten können mit Gesuchen um Erteilung des Rheinschifferpatents verbunden werden.

Als Zeugnisse über die nautische Befähigung und die Eignung zum Vorgesetzten gelten außerdem die auf anderen deutschen Wasserstraßen erworbenen Schifferpatente und Schifferzeugnisse.

§ 5.

Als genügende Anzahl von Fahrten auf dem ganzen Rhein oder einzelnen Abschnitten, für die das Patent nachgesucht wird (Artikel 1 Absatz 2 der Verordnung über die Erteilung von Rheinschifferpatenten (Reichsgesetzbl. 1925 Teil II S. 152 —), sind mindestens acht Berg- und acht Talfahrten anzusehen.

§ 6.

Bei der Prüfung der Gesuche ist darauf zu achten, ob nicht nach Maßgabe des Artikels 4 Absatz 2 und des Artikels 5 der Vereinbarung über die Ordnung, betreffend die Rheinschifferpatente vom 14. Dezember 1922 (Reichsgesetzbl. 1925 Teil II S. 148/149) eine zeitweise oder gänzliche Versagung der Patenterteilung geboten oder angezeigt erscheint.

§ 7.

Sind die vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt, so wird das Patent nach dem der Verordnung über die Erteilung von Rheinschifferpatenten (Reichsgesetzbl. 1925 Teil II S. 154) beigefügten Muster erteilt und dem Bewerber nach Beifügung seiner Vor-, Familiennamen und etwaiger Beizeichen enthaltenden Unterschrift ausgehändigt.

Die Erteilung und Versagung von Rheinschifferpatenten ist in einem Rheinschifferverzeichnis einzutragen. Die Versagung von Rheinschifferpatenten ist unter kurzer Angabe der Gründe den übrigen für die Erteilung von Rheinschifferpatenten zuständigen deutschen Behörden mitzuteilen.

§ 8.

Verlegt ein Patentinhaber seinen Wohnsitz, so hat er dies der Behörde, die das Patent erteilt hat, anzuzeigen. Das Patent ist einem Stromaufsichtsbeamten zur Bescheinigung der Wohnungsänderung auf dem Patent vorzulegen.

§ 9.

Anträge auf Aenderung oder Erneuerung der Beschreibung oder des Lichtbildes des Inhabers sind an die ausstellende Behörde zu richten, welche die Aenderungen oder Erneuerungen auf dem Patent vermerkt.

§ 10.

Geht ein Patent verloren, oder wird es unbrauchbar, so kann von der Behörde, die es ausgestellt hat, ein neues Patent ausgefertigt werden. Die zweite Ausfertigung ist ausdrücklich als solche zu bezeichnen und der Grund für deren Ausstellung anzugeben.

§ 11.

Die Entziehung des Patents (Artikel 4 Absatz 1 und Artikel 5 der Vereinbarung über die Ordnung, betreffend die Rheinschifferpatente vom 14. Dezember 1922, Reichsgesetzbl. 1925 Teil II S. 148/149) erfolgt durch die Behörde, die es ausgestellt hat. Sie ist ins Rheinschifferverzeichnis einzutragen und den übrigen für die Erteilung von Rheinschifferpatenten zuständigen deutschen Behörden mitzuteilen.

§ 12.

Im Falle der Entziehung oder des Erlöschens eines Rheinschifferpatentes hat die Polizeibehörde an dem Wohnsitz oder Aufenthaltsort des Patentinhabers das Patent einzuziehen und es der Behörde, die es erteilt hat, zu übersenden.

§ 13.

Diese Bekanntmachung tritt am 1. August 1929 in Kraft.

Gleichzeitig treten die Bestimmungen des Abschnittes I der Instruktion vom 18. August 1869 zur Ausführung der revidierten Rheinschiffahrtsakte vom 17. Oktober 1868 (Hess. Reg.-Bl. 1869 Nr. 43, S. 771) sowie die Bestimmungen der Bekanntmachung vom 22. Juli 1892, die Abänderung der Instruktion zur Ausführung der revidierten Rheinschiffahrtsakte vom 17. Oktober 1868 betreffend (Hess. Reg.-Bl. 1892 Nr. 22, S. 159), außer Kraft.

Darmstadt, den 4. Juli 1929.

Der Hessische Finanzminister.
Kirnberger.

Nr. 13.

Muster eines Zeugnisses über die nautische Befähigung und die Eignung zum Vorgesetzten.

Deutsches Reich.

Zeugnis

über die nautische Befähigung und die Eignung zum Vorgesetzten — als Kahnführer — als Führer eines Fahrzeugs mit eigener Kraft.*)

Dem Schiffer ..... wohnhaft in .....

wird gemäß Artikel 1 der Verordnung über die Erteilung von Rheinschifferpatenten (Anlage zum Reichsgesetz wegen der Vereinbarung über die Erteilung von Rheinschifferpatenten vom 16. April 1925 — Reichsgesetzbl. Nr. 18/1925 Teil II Seite 152) bescheinigt,

daß er die zur Erlangung des Rheinschifferpatentes erforderliche nautische Befähigung und Eignung zum Vorgesetzten als — Kahnführer — Führer eines Fahrzeugs mit eigener Triebkraft —*) besitzt.

....., den 192

Beschreibung:

Geburtsort und -Tag: ..... Gesichtsform: .....

Farbe der Augen: ..... Größe: .....

Besondere Kennzeichen: ..... Farbe der Haare: .....

..... (Unterschrift des Schiffers.)

(Lichtbild.)

Unterzeichneter erklärt, daß das Zeugnis in seiner Gegenwart von dem Schiffer unterzeichnet worden ist.

.....

*) Nichtzutreffendes ist zu streichen.

Nr. 13.

Teil II

Bekanntmachung, die Genehmigung von Schenkungen betreffend.

Im Laufe des I. Halbjahres 1929 sind nachstehende Schenkungen genehmigt worden:

Lfd. Nr.	Schenker	Empfänger	Gegenstand und Wert der Schenkungen	Bemerkungen
1	Evangelische Kirchengemeinde, Ginsheim	Bürgerliche Gemeinde, Ginsheim	6391,50 RM	Schenkung als freiwilligen Bauzuschuß zur Wiederherstellung der Kirche.
2	Gewerberat a. D. Dr. Spruck, Wandsbeck	Stadt Gießen	Etwa 21270 RM an Mobilien und Immobilien	Letztwillige Zuwendung.
3	Karl Baum, Kaufmann, Mainz	Israelitische Religionsgemeinde, Alzey	Haus und Grabgarten, Wert v. etwa 16000 RM	Letztwillige Zuwendung.

Darmstadt, den 1. Juli 1929.

Der Hessische Minister des Innern.
In Vertretung: Dr. Reitz.

Dienstentlassungen.

Mai 1929

am 15. wurde der Studienrat am Ludwig-Georgs-Gymnasium in Darmstadt Ludwig Emrich auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. April an, aus dem hessischen Staatsdienst entlassen;

am 16. wurde die Kanzlistin Margarete Müller, verehelichte Nagel, in Mainz auf ihr Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Mai an aus dem Staatsdienst entlassen;

am 21. wurde der Lehrer Dr. Ernst Kauß auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. April an, —

am 25. wurde der Lehrer Friedrich Cramer an der Volksschule zu Mühlheim, Kreis Offenbach, mit Wirkung vom 1. Juni an, —

Juni 1929

am 19. wurde die Reallehrerin am Lyzeum in Bensheim Minna Abels, geb. Ritter, auf ihr Nachsuchen, mit Wirkung vom 15. August an aus dem hessischen Schuldienst entlassen.

Auf Grund des Art. 1 des hessischen Personalabbaugesetzes vom 19. Dezember 1923 in Verbindung mit Artikel 14 der Reichspersonalabbauverordnung vom 27. Oktober 1923 wurden mit Wirkung vom 24. März ab aus dem hessischen Schuldienst entlassen:

die Lehrerin Hedwig Sames, geb. Tillmanns, verw. Rippert, an der Volksschule zu Darmstadt, die Lehrerin Maria Noll, verehelichte Kiehl, an der Volksschule zu Astheim, Kreis Groß-Gerau, die Lehrerin Gertrud Kuhring, verehelichte Jung, zu Nieder-Ohmen, Kreis Alsfeld, die Lehrerin Anna Gutmann, verehelichte Werner, an der Volksschule zu Mainz, die Reallehrerin an der Studienanstalt in Gießen Elisabeth Eppelsheimer, verehelichte Mauck, die Diplomhandelslehrerin an der kaufmännischen Abteilung der Fortbildungsschule zu Worms- Martha Held, verehelichte Kammer, die Lehrerin Margarete Bertaloth, verehelichte Marquardt, an der Volksschule zu Bullau, Kreis Erbach, die Lehrerin an der Volksschule zu Bockenrod, Kreis Erbach, Margarete Weinmann, verehelichte Hercher, die Handarbeitslehrerin an der Eleonorenschule (Lyzeum und Frauenschule) in Darmstadt Lilly Darmstädter, verehelichte Schaffnit.

Ruhestandsversetzungen.

Februar 1929

am 23. wurden die Oberstudienräte Philipp Bitsch an dem Gymnasium zu Mainz, Dr. Konrad Neßling an dem Ludwig-Georgs-Gymnasium in Darmstadt, Dr. Karl Schmidt an der Augustinerschule zu Friedberg, sämtlich auf ihr Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. April an, —

März 1929

am 1. wurde der Lehrer an der Volksschule zu Mainzlar, Kreis Gießen, Heinrich Kurz auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. April an, —

am 4. der Oberstudiendirektor an der Oberrealschule zu Alsfeld Ernst Hensing auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. April an, —

am 6. der Lehrer an der Volksschule zu Seligenstadt, Kreis Offenbach, Heinrich Rehling auf sein Nachsuchen, der Lehrer an der Volksschule zu Ober-Kinzig, zurzeit kommissarisch an der Volksschule zu Beerfelden, Kreis Erbach, Adam Eckel auf sein Nachsuchen, der Lehrer an der Volksschule zu Rüsselsheim, Kreis Groß-Gerau, Wilhelm Seipp auf sein Nachsuchen, der Lehrer

an der Volksschule zu Eberstadt, Kreis Darmstadt, Wilhelm Wolf auf sein Nachsuchen, sämtlich mit Wirkung vom 1. April an, —

am 7. der Lehrer an der Volksschule zu Offenbach Leonhard Hotz auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. April an, —

am 8. die Lehrerin an der Volksschule zu Mainz Anna Reckert auf ihr Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. April an, —

am 9. der Betriebsführer Wilhelm Tilly zu Wölfersheim, mit Wirkung vom 1. April an, —

am 14. die Handarbeitslehrerin an der Volksschule zu Michelstadt, Kreis Erbach, Luise Seip auf ihr Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Mai an, —

am 15. der Strafanstaltsoberwachtmeister bei der Zellenstrafanstalt in Butzbach Heinrich Engelhardt auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Juli an, —

am 20. der Glockenist Georg Ludwig Anton zu Darmstadt, mit Wirkung vom 1. April an, —

am 25. der Justizoberinspektor bei dem Amtsgericht Alsfeld Nikolaus Degen auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Mai an, —

April 1929

am 6. der Oberwerkmeister am Kraftwerk der Technischen Hochschule zu Darmstadt Wilhelm Wagner auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Mai an, —

am 17. der Gerichtsvollzieher bei dem Amtsgericht Laubach Richard Robert Albert Loth auf Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. August an, —
der Lehrer an der Volksschule zu Berstadt, Kreis Büdingen, Peter Huth auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Mai an, —

am 18. der Werkmeister am Wasserbaulaboratorium der Technischen Hochschule zu Darmstadt Konrad Müller auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Mai an, —

am 19. der Lehrer an der Volksschule zu Ortenberg, Kreis Büdingen, Philipp Köhler auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Mai an, —

am 22. der Lehrer an der Volksschule zu Flomborn, Kreis Alzey, Fritz Ebling auf sein Nachsuchen, der Lehrer an der Volksschule zu Offenbach August Heß auf sein Nachsuchen, beide mit Wirkung vom 1. Mai an, —

am 24. der Amtsgerichtsrat bei dem Amtsgericht Groß-Umstadt Karl Schnittspahn auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Oktober an, —
der Förster Karl Fuchs zu Ehringshausen auf sein Nachsuchen bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit, mit Wirkung vom 1. Juni an, —

am 29. die Handarbeitslehrerin an der Volksschule zu Mainz Anna Wallenstein auf ihr Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Mai an, —

Mai 1929

am 6. der Kanzleiassistent Wilhelm Berntheusel bei der Hauptfürsorgestelle der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge zu Darmstadt auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. September an, —

am 7. der Polizeikommissar Fortunatus Sperling zu Darmstadt auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. August an, —

am 13. der außerplanmäßige Obersekretär Wilhelm Schäfer zu Darmstadt auf sein Nachsuchen bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit, mit Wirkung vom 1. Juli an, —

Juni 1929

am 6. der Gendarmeriemeister Adolf Stöckler zu Kirtorf auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. August an, —

am 19. der Oberstudienrat an der Oberrealschule am Friedrichsplatz zu Offenbach Friedrich Götz auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Juli an, —

Juli 1929

am 1. der Kanzleiassistent bei dem Landesvermessungsamt Karl Gunder zu Darmstadt — in den Ruhestand versetzt.

Auf Grund des § 1 des Gesetzes über die Altersgrenze der Staatsbeamten vom 2. Juli 1923 bzw. 19. Dezember 1923 in der Fassung des Gesetzes vom 8. Oktober 1925 (Reg.-Bl. S. 249) wurden in den Ruhestand versetzt:

April 1929

am 1. der Lehrer an der Volksschule zu Dautenheim, Kreis Alzey, Jakob Blaß, der Lehrer an der Volksschule zu Auerbach, Kreis Bensheim, Gustav Eller, der Lehrer an der Volksschule zu Oppenheim August Lawall, der Lehrer an der Volksschule zu Darmstadt Martin Seibert, der Lehrer an der Volksschule zu Klein-Krotzenburg, Kreis Offenbach, Peter Burk, der Lehrer an der Volksschule zu Langen, Kreis Offenbach, Georg Wittmann, der Direktor der Staatl. Fachschule für Elfenbeinschnitzerei und verwandte Gewerbe Fritz Schultz,

Mai 1929

am 1. der Zeichenoberlehrer an der Oberrealschule in Heppenheim Max Hecker, der Oberstudiendirektor am Realgymnasium in Gießen Fritz Henk, der Rektor an der Volksschule zu Worms, Georg Kuhn, der Rektor an der Volksschule zu Osthofen, Kreis Worms, Martin Peth, der Rektor an der Volksschule zu Rodheim v. d. H., Kreis Friedberg, Karl Wörner, der Lehrer an der Volksschule zu Ginsheim, Kreis Groß-Gerau, Friedrich Eitel, der Lehrer an der Volksschule zu Neu-Isenburg, Kreis Offenbach, Heinrich Lampert, der Lehrer an der Volksschule zu Staufenberg, Kreis Gießen, Johannes Schlapp, der Lehrer an der Volksschule zu Sulzheim, Kreis Oppenheim, Adam Schmidt;

Juni 1929

am 1. die Lehrer Wilhelm Müller an der evangelischen Volksschule zu Gernsheim, Kreis Groß-Gerau, und Michael Ludwig Popp an der Volksschule zu Hahnheim, Kreis Oppenheim.

Juli 1929

am 1. der Lehrer Andreas Peter Brunner an der Volksschule zu Eberstadt, Kreis Darmstadt, der Lehrer Valentin Ludwig an der Volksschule zu Offenbach, der Rektor an der Volksschule zu Mainz Adam Schrod, der Lehrer Friedrich Ehrlicher an der Volksschule zu Mainz, der Lehrer Ludwig Schmidt an der Volksschule zu Langen, Kreis Offenbach.

Auf Grund des § 1 des Gesetzes über die Altersgrenze der Staatsbeamten vom 2. Juli 1923 / 19. Dezember 1923 in der Fassung des Gesetzes vom 8. Oktober 1925 (Reg.-Bl. S. 249) wurde in den dauernden Ruhestand versetzt:

April 1929

am 1. der Lehrer im einstweiligen Ruhestand Peter Ackermann zu Eberstadt, Kreis Darmstadt.

Auf Grund des Gesetzes über die Altersgrenze der Staatsbeamten vom 2. Juli/19. Dezember 1923/ 8. Oktober 1925 (Reg.-Bl. S. 509, 511 und 249) wurden in den Ruhestand versetzt:

April 1929

am 1. der Gerichtsvollzieher Jakob Hauburger beim Amtsgericht Ober-Ingelheim, der Gefängnisvorsteher Muth beim Landgerichtsgefängnis zu Darmstadt,

Mai 1929

am 1. der Justizsekretär bei den Untersuchungsrichtern des Landgerichts der Provinz Starkenburg zu Darmstadt Christian Bernius, der Justizoberwachtmeister beim Landgericht der Provinz Rheinhessen zu Mainz Heinrich Julius Caesar, der Kriminaloberinspektor bei der Staatsanwaltschaft zu Gießen Philipp Heinrich Müller, der Justizsekretär beim Amtsgericht Darmstadt II Philipp Stork,

Juni 1929

am 1. der Bureaudirektor bei dem Landgericht der Provinz Rheinhessen in Mainz Adam Weimar, der Justizsekretär bei dem Amtsgericht Zwingenberg Johann Heinrich Becker, der Vortragende Rat im Ministerium der Justiz Ministerialrat Johannes Schmitt in Darmstadt, der Landgerichtsdirektor beim Landgericht der Provinz Rheinhessen zu Mainz Martin Hessel, der Oberamtsrichter bei dem Amtsgericht Alzey Adam König, der Strafanstaltshauptwachtmeister am Amtsgerichtsgefängnis zu Offenbach Christoph Graulich;

Juli 1929

am 1. der Kanzleisekretär beim Landgericht der Provinz Rheinhessen zu Mainz Rudolf Klein, der Strafanstaltsoberwachtmeister bei der Zellenstrafanstalt Butzbach Johann Heinrich Köberer, der Gefängniswachtmeister bei dem Amtsgerichtsgefängnis zu Hirschhorn Karl Anton Meßler.

Auf Grund des § 1 des Gesetzes über die Altersgrenze der Staatsbeamten vom 2. Juli/19. Dezember 1923 in Verbindung mit Artikel 2 des Gesetzes über die Einstellung des Personalabbaues in Hessen und zur Aenderung des hessischen Personalabbaugesetzes vom 8. Oktober 1925 wurden in den Ruhestand versetzt:

Mai 1929

am 1. der Förster Bonaventur Ruhl zu Herbstein, der Oberforstmeister Eduard Beyer zu Butzbach, der Oberforstmeister Friedrich Kleinkopf zu Mainz und der Oberforstmeister Georg Petith zu Gernsheim.

Juni 1929

am 1. der Ministerialrat im Hessischen Ministerium der Finanzen, Abteilung für Forst- und Kameralverwaltung, Cornelius Guntrum zu Darmstadt, der Förster Lorenz Müller zu Mücke;

Juli 1929

am 1. der Direktor bei der Oberrechnungskammer Adolf Schläger, der Förster Georg Jakob zu Langenthal.

Auf Grund des § 1 des Gesetzes über die Altersgrenze der Staatsbeamten vom 2. Juli und 19. Dezember 1923 wurden in den Ruhestand versetzt:

März 1929

am 31. der Kreisdirektor Hans Wolff in Worms, der Oberveterinärrat Johann Nuß in Darmstadt.

Mai 1929

am 31. wurde der Oberrechnungsprobator im einstweiligen Ruhestand Georg Stauß in Darmstadt in den dauernden Ruhestand versetzt.

Auf Grund des Artikels 14 des Polizeibeamtengesetzes vom 31. März 1928 wurden in den Ruhestand versetzt:

Mai 1929

am 1. die Gendarmerieinspektoren Wilhelm Port in Bingen und Adam Zimmermann in Mainz.

Juni 1929

am 1. der Polizeiinspektor Franz Schäfer zu Darmstadt;

am 11. der Gendarmeriemeister Christian Dietz zu Framersheim, mit Wirkung vom 1. August an.

Sterbefälle.

Gestorben sind:

Januar 1929

am 6. der Lehrer i. R. Albert Wolf von Ruttershausen, wohnhaft in Büdingen;

am 7. der Lehrer Heinrich Hallein von Bockenrod, Kreis Erbach;

am 22. der Rektor i. R. Valentin Nicolai zu Offenbach.

Hessisches Regierungsblatt.

1929 **Darmstadt, den 9. August 1929.** **Nr. 14**

(Siebenter Tag nach Ablauf des Ausgabetags 16. August 1929.)

Inhalt: Teil I: Verordnung über die Mietzinsbildung in der Stadt Offenbach. S. 161 — Bekanntmachung, die Enteignung für Zwecke der Reichswasserstraßenverwaltung betreffend. S. 161 — Bekanntmachung über Veränderung von Gemarkungsgrenzen, die zugleich Kreisgrenzen sind. S. 162 — Bekanntmachung, Gebührenordnung für die Arbeiten der Katastervermessung betreffend. S. 162 — Bekanntmachung, Anschlußgleis der Firma Schamottewerke und Tonwarenfabrik Otto Dewet Blascheck zu Eppertshausen betreffend. S. 163 — Bekanntmachung, die Ausführung des Gesetzes, die Industrie- und Handelskammern betreffend. S. 163 — Teil II: Errichtung von Kirchengemeinden und Pfarreien sowie Aenderung der Bezirke derselben. S. 164 — Namensänderungen. S. 164 — Dienstnachrichten. S. 164 — Dienstentlassungen. S. 166 — Ruhestandsversetzungen. S. 166 — Sterbefälle. S. 167.

Teil I

Verordnung über die Mietzinsbildung in der Stadt Offenbach. Vom 18. Juli 1929.

Auf Grund der §§ 2 und 8 des Gesetzes über den Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juni 1926 — Reichsgesetzbl. I. S. 251 — wird hiermit folgendes bestimmt:

Artikel 1.

Die gesetzliche Miete wird in der Stadt Offenbach auf 122 v. H. der Friedensmiete festgesetzt.

Artikel 2.

Die Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 1929 an in Kraft.

Darmstadt, den 18. Juli 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Bekanntmachung, die Enteignung für Zwecke der Reichswasserstraßenverwaltung betreffend.

Vom 15. Juli 1929.

Nachstehend wird eine Verordnung des Herrn Reichspräsidenten und ein Erlaß des Herrn Reichsverkehrsministers über Enteignung für Zwecke der Reichswasserstraßenverwaltung veröffentlicht.

Darmstadt, den 15. Juli 1929.

Der Hessische Minister des Innern.

In Vertretung: Dr. Reitz.

Verordnung zur Enteignung für Zwecke der Reichswasserstraßenverwaltung.

Auf Grund von Artikel 97 Absatz 5 der Reichsverfassung und des § 19 des Gesetzes über die Feststellung des Reichshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1928 vom 31. März 1928 (Reichsgesetzbl. II S. 209) wird für die Umkanalisierung des Untermains von der Kostheimer Straßenbrücke (Main-km 1,4) bis zur oberen Frankfurter Eisenbahnbrücke (Main-km 32,8) die Enteignung für zulässig erklärt.

Berlin, den 18. Mai 1929.

Der Reichspräsident

gez. von Hindenburg.

Der Reichsverkehrsminister

(L. S.) gez. Dr. Stegerwald.

Auf Grund des Artikels 97 Absatz 5 der Reichsverfassung und des § 19 des Gesetzes über die Feststellung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1928 vom 31. März 1928 (Reichsgesetzbl. II S. 209) ist für die Umkanalisierung des Untermains von der Kostheimer Straßenbrücke (Main-km 1,4) bis zur oberen Frankfurter Eisenbahnbrücke (Main-km 32,8) die Zulässigkeit der Enteignung durch die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 18. Mai 1929 festgestellt worden.

Gemäß Artikel 2 Absatz 2 des hessischen Gesetzes, die Enteignung von Grundeigentum betreffend, in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. September 1899 (Reg.-Bl. S. 735) wird als Endpunkt der Frist, innerhalb der der Antrag auf Einleitung des Enteignungsverfahrens für das vorerwähnte Unternehmen zu stellen ist, der 31. Dezember 1929 vorgesehen.

Berlin, den 11. Juni 1929.

Der Reichsverkehrsminister

(L. S.) gez. Dr. Stegerwald.

Bekanntmachung über Veränderung von Gemarkungsgrenzen, die zugleich Kreisgrenzen sind.

Vom 26. Juli 1929.

Auf Grund von Artikel 3 des Gesetzes, die innere Verwaltung und die Vertretung der Kreise und der Provinzen betreffend, in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Juli 1911 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Grenzen zwischen den Gemarkungen Fauerbach einerseits und den Gemarkungen Eichelsdorf und Glashütten andererseits verlegt worden sind. Dadurch sind auch die Grenzen zwischen den Kreisen Büdingen und Schotten entsprechend verändert worden.

Darmstadt, am 26. Juli 1929.

Der Hessische Minister des Innern.

In Vertretung: Dr. Reitz.

Bekanntmachung, Gebührenordnung für die Arbeiten der Katastervermessung betreffend.

Vom 24. Juli 1929.

Auf Grund des Gesetzes über das Liegenschaftskataster (Katastergesetzes) vom 9. Januar 1926 (Reg.-Bl. 1926, S. 25 f.), insbesondere des Artikels 8, wird bestimmt:

§ 1.

Als Gebühren für die Arbeiten der Katastervermessung werden in der nach § 8 abgestuften Höhe erhoben:

1. für jedes Hektar der Gemarkungsfläche:
   a) wenn die Gemarkungsgrenze neu aufgenommen wird: achtzehn Reichsmark;
   b) wenn die Gemarkungsgrenze nicht neu aufgenommen wird: sechzehn Reichsmark;
2. für jedes Grundstück (vgl. auch § 4): eine Reichsmark dreißig Reichspfennig;
3. für jede Hofreite (vgl. § 5): zwanzig bis dreißig Reichsmark.

Durch die besonderen Schwierigkeiten bei den Arbeiten im Weinbergsgelände bedingt, sind für diese Arbeiten die unter Ziffer 1 und 2 aufgeführten Beträge um 60 bis 110 vom Hundert zu erhöhen.

Für die Ausführung der Geschoßarbeiten (Stand B der Katasterarbeiten) wird für jedes Grundstück eine weitere Gebühr von fünfzig Reichspfennigen erhoben.

Ein angebrochenes Hektar wird einem vollen Hektar gleichgeachtet.

§ 2.

Für denjenigen Teil der Gemarkungsfläche, welcher auf Grundstücke von mehr als fünfundzwanzig Hektar Größe entfällt, ermäßigen sich die Gebühren nach § 1 Ziffer 1

im Falle a) . . auf zehn Reichsmark;
im Falle b) . . auf neun Reichsmark.

Bei besonders einfachen Gelände- und Gemarkungsverhältnissen können die vorstehenden Gebührensätze um 10 bis 30 vom Hundert ermäßigt und bei besonders schwierigen Gelände- und Gemarkungsverhältnissen um 10 bis 30 vom Hundert erhöht werden.

§ 3.

Entfallen — außerhalb des im § 2 bezeichneten Teils der Gemarkungsfläche — im Durchschnitt auf ein Hektar

elf oder mehr Grundstücke: so erhöhen sich die Gebühren nach § 1 Ziffer 1
im Falle a) auf zweiundzwanzig Reichsmark;
im Falle b) . . auf zwanzig Reichsmark;

drei oder weniger Grundstücke: so ermäßigen sich die Gebühren nach § 1 Ziffer 1
im Falle a) . . auf sechzehn Reichsmark;
im Falle b) . . auf fünfzehn Reichsmark.

Durch die besonderen Schwierigkeiten bei den Arbeiten im Weinbergsgelände bedingt, sind für diese Arbeiten die im § 3 aufgeführten Beträge um 60 bis 110 vom Hundert zu erhöhen.

§ 4.

Müssen Teile eines Grundstücks, namentlich wegen der besonderen Art ihrer Benutzung oder wegen einer Belastung, besonders dargestellt werden, so gilt jedes dieser Teilstücke im Sinne dieser Gebührenordnung als ein besonderes Grundstück.

Die Vorschrift des Absatzes 1 gilt nicht für den § 1 Absatz 3 und den § 2.

§ 5.

Unterbleibt zufolge der Bestimmung in Absatz 1 Satz 2 des Artikels 1 des Gesetzes über die Abmarkungen vom 9. Januar 1926 die Abmarkung der Grundstücksgrenzpunkte oder eines Teils derselben, dann kann der aus der Gebührenordnung errechnete Gebührenbetrag um 5 bis 10 vom Hundert ermäßigt werden.

§ 6.

Bei der Anwendung der polaren Aufnahmemethode unter Verwendung optischer Entfernungsmesser kann der aus der Gebührenordnung errechnete Gebührenbetrag um 5 bis 30 vom Hundert ermäßigt werden.

§ 7.

Welche Gebühr für eine Hofreite (§ 1 Ziffer 3) oder in den besonderen Fällen im Schlußsatz des § 2 und beim Weinbergsgelände (§ 1, 2. Satz und § 3, 2. Satz) und in den Fällen der §§ 5 und 6 zu erheben ist, wird vom Landesvermessungsamt bei Aufstellung der Gebührenberechnung (§ 11) für die Gemarkung einheitlich bestimmt.

Jedes im Feuerversicherungsbuch unter einer Nummer eingetragene Anwesen gilt als Hofreite im vorstehenden Sinne.

§ 8.

Je nach der Höhe des Steuerwert-Richtsatzes für den landwirtschaftlichen Grundbesitz einer Gemarkung werden die nach den §§ 1 bis 5 berechneten

Gebühren erhöht oder ermäßigt. Hiernach werden erhoben:

bei einem Steuerwert-Richtsatze für das Hektar:
von 800 Reichsmark bis 1200 Reichsmark einschließlich: acht Zehntel der Gebühren;
von mehr als 1200 Reichsmark bis 2600 Reichsmark einschließlich: zehn Zehntel der Gebühren;
von mehr als 2600 Reichsmark: zwölf Zehntel der Gebühren.

Die Vorschrift des Absatzes 1 gilt nicht für die Gebühren nach § 1 Absatz 3.

§ 9.

Finden bei Durchführung rückständiger Katastervermessungen die Ergebnisse früherer Fortschreibungsvermessungen Verwendung, dann ist der aus der Gebührenordnung für den Gemarkungsinhaber errechnete Gebührenbetrag um den Betrag zu ermäßigen, der sich anteilmäßig durch Uebernahme der Arbeiten aus der Fortschreibung ergibt. Inwieweit und in welchem Umfange solche Arbeiten übernommen werden können, wird vom Landesvermessungsamt bestimmt.

§ 10.

Werden in flurvermessenen Gemarkungen Teilarbeiten ausgeführt, die bei der späteren Neuaufstellung des Liegenschaftskatasters Verwendung finden, dann sind die betreffenden Gemarkungsinhaber nur mit dem ihnen nach Artikel 8 des Gesetzes über das Liegenschaftskataster für diese Teilarbeiten zufallenden Gebührenbetrag zu belasten.

Im Verhältnis zum Gesamtgebührenbetrag entfallen auf:

1. Entwurf der Handrisse: zwei Hundertteile;
2. Feststellung und Aussteinung der Grenzen: fünfzehn Hundertteile;
3. geometrische Aufnahme: fünfundzwanzig Hundertteile;
4. polygonometrische Aufnahme: acht Hundertteile;
5. Auszeichnung der Handrisse: sechs Hundertteile;
6. Berechnung der Koordinaten: sieben Hundertteile;
7. Zeichnung der Grundstückspläne: elf Hundertteile;
8. Berechnung der großen und kleinen Massen: drei Hundertteile;
9. Berechnung der Grundstücksinhalte: acht Hundertteile
10. Aufstellung und Fortführung des topographischen Güterverzeichnisses: vier Hundertteile;
11. Fertigung der Flurkarten: zwei Hundertteile;
12. Aufstellung des alphabetischen Namensverzeichnisses: ein Hundertteil;
13. Aufstellung der Gütergeschosse: zwei Hundertteile;
14. Aufstellung der Grundstücksverzeichnisse: ein Hundertteil;
15. sonstige allgemeine Arbeiten: fünf Hundertteile.

§ 11.

Vor Beginn einer Katastervermessung stellt das Landesvermessungsamt auf Grund dieser Gebührenordnung eine Kostenberechnung auf und teilt sie dem Gemarkungsinhaber mit.

§ 12.

Solange eine Katastervermessung nicht beendet ist und demgemäß Veränderungen der im § 1 der Verordnung über die Fortführung des Liegenschaftskatasters vom 12. Januar 1926 (Reg.-Bl. 1926, S. 31) bezeichneten Art in den Akten der neuen Katastervermessung gewahrt werden müssen, sind hierfür die Zeitgebühren zu entrichten, die für die Arbeiten der Vermessungsämter jeweils festgesetzt sind. Dies gilt nicht für diejenigen Wahrungen, welche auf Grund der Liste über Eigentums- und Bestandsveränderungen, — (vergleiche § 163 der Anordnungen des Ministeriums der Justiz, die Ausführung der Grundbuchordnung betreffend, vom 14. Januar 1900, neugefaßt durch das Grundbuchausschreiben Nr. 108 des Ministeriums der Justiz vom 15. Januar 1923 zu Nr. J. M. 35 594) — vorzunehmen sind.

Darmstadt, den 24. Juli 1929.

Der Hessische Finanzminister.
In Vertretung: Schäfer.

Bekanntmachung, Anschlußgleis der Firma Schamottewerke und Tonwarenfabrik Otto Dewet Blascheck zu Eppertshausen betreffend. Vom 26. Juli 1929.

Ich habe der Firma Schamottewerke und Tonwarenfabrik Otto Dewet Blascheck zu Eppertshausen die widerrufliche Erlaubnis erteilt, vom Bahnhof zu Eppertshausen aus ein Anschlußgleis anzulegen und mit Lokomotiven der Reichsbahn bedienen zu lassen.

Darmstadt, den 26. Juli 1929.

Der Hessische Finanzminister.
Kirnberger.

Bekanntmachung, die Ausführung des Gesetzes, die Industrie- und Handelskammern betreffend.
Vom 31. Juli 1929.

Auf Grund des Artikel 2 des Gesetzes, die Industrie- und Handelskammern betreffend, vom 6. August 1902, in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1925 — Reg.-Bl. S. 86 — wird hiermit bestimmt:

Die Vorschriften unter „III" der Bekanntmachung, die Ausführung des Gesetzes über die Handelskammern betreffend, vom 1. November 1902 — Reg.-Bl. S. 537 — in der Fassung späterer Bekanntmachungen werden hiermit in folgender Weise geändert:

Absatz 1:

Die Zahl der Mitglieder der Industrie- und Handelskammer Gießen wird auf 20 festgesetzt.

Absatz 2 Ziff. 1:

1) Wahlbezirk Gießen-Stadt mit 10 Mitgliedern.

Absatz 2 Ziff. 6:

6) Wahlbezirk Lauterbach (Kreis Lauterbach ohne Amtsgerichtsbezirk Schlitz) mit 2 Mitgliedern.

Absatz 2 neue Ziff. 7:

7) Wahlbezirk Schlitz (Amtsgerichtsbezirk Schlitz) mit einem Mitglied.

Darmstadt, den 31. Juli 1929.

Der Hessische Minister für Arbeit und Wirtschaft.
Korell.

Teil II

Errichtung von Kirchengemeinden und Pfarreien sowie Aenderung der Bezirke derselben.

Das Gesamtministerium hat am 20. Juni 1929 der Errichtung einer selbständigen katholischen Kirchengemeinde Goddelau zugestimmt.

Namensänderungen.

Juni 1929

am 11. wurde dem Walter Karl Friedrich Wilhelm Heinemann, geb. am 17. Dezember 1928 in Darmstadt, gestattet, nach seinem seitherigen Vornamen in Zukunft den weiteren Vornamen „Rudi", —

am 14. wurde dem Karl Reh in Marburg, geb. am 19. Januar 1914, gestattet, an Stelle seines seitherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Rieb", —

am 21. wurde der Ottilie Elisabeth Luise Kaltenhäuser in Darmstadt, geb. am 12. September 1903, gestattet, an Stelle ihres seitherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Echinger", —

am 25. wurde dem Fabrikanten Balthasar Kaul, geboren am 14. September 1893, seiner Ehefrau Anna Liberta, geb. Schmidt und seinen minderjährigen Kindern Friedrich, Rudolf und Bertha, alle in Neckargerach wohnhaft, gestattet, an Stelle ihres seitherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Eckert", —

Juli 1929

am 13. wurde dem Peter Bardonner in Reichelsheim i. O., geboren am 6. März 1908 daselbst, durch Entschließung des Herrn Justizministers gestattet, an Stelle seines seitherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Falter", —

am 23. wurde der am 27. Mai 1928 in Walzenhausen im Kanton Appenzell A.-Rh. (Schweiz) geborenen Liselotte Poth gestattet, an Stelle ihres seitherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Held", —

am 29. wurde dem am 26. Januar 1890 zu Bingen a. Rh. geborenen Georg Zimmer in Mainz, Mozartstraße 19, I., gestattet, an Stelle seines seitherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Zimmer-Emden" — zu führen.

Dienstnachrichten.

Mai 1929

am 16. wurde der Pfarrer Kurt Dames aus Stettin zum Studienrat an der Oberrealschule und dem Progymnasium in Alzey, mit Wirkung vom 1. Mai an, —

Juni 1929

am 1. der prov. Diplomlehrer Albrecht Böttcher zu Nieder-Ingelheim zum Diplomlehrer an der Fortbildungsschule im Bezirk Nieder-Ingelheim, Kreis Bingen, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 4. der Staatsanwalt bei dem Amtsgericht in Gießen Adolf Schudt zum Amtsgerichtsrat bei dem Amtsgericht in Gießen, —

am 11. der Kanzlist bei dem Amtsgericht Homberg Heinrich Köhler zum Gerichtsvollzieher mit dem Amtssitz in Lampertheim, mit Wirkung vom 1. Juli an, —

der Kanzleiassistent bei dem Amtsgericht Mainz Johann Gabel zum Gerichtsvollzieher bei diesem Gericht, mit Wirkung vom 2. Juli an, —

der Kanzleiassistent bei dem Amtsgericht Zwingenberg Wilhelm Kraft zum Gerichtsvollzieher mit dem Amtssitz in Nidda, mit Wirkung vom 3. Juli an, —

der Kanzlist bei der Staatsanwaltschaft Darmstadt Ludwig Klingler zum Gerichtsvollzieher mit dem Amtssitz in Reinheim, mit Wirkung vom 4. Juli an, —

am 13. der Schulamtsanwärter Georg Bücker aus Friedberg zum Lehrer an der Volksschule zu Ober-Schönmattenwag, Kreis Heppenheim, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 15. der Schulamtsanwärter Ludwig Fuhr aus Beuern, Kreis Gießen, zum Lehrer an der Volksschule zu Rudingshain, Kreis Schotten, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

der Kanzleigehilfe bei dem Amtsgericht Mainz Karl Christian Schilling zum Kanzlisten, mit Wirkung vom 1. Juni an, —

am 18. der Kassengehilfe bei der Hessischen Hauptstaatskasse Rudolf Immelt aus Freienseen zum Kanzlisten, mit Wirkung vom 1. Juli an, —

am 19. der Versorgungsanwärter Karl Gebhard aus Eckelsheim zum Kanzleiassistenten bei dem Kreisamt Groß-Gerau, mit Wirkung vom 1. Juli an, —

der Justizinspektor bei dem Amtsgericht Darmstadt I Otto Walter zum geschäftsleitenden Justizinspektor bei dem Amtsgericht Michelstadt, mit Wirkung vom 15. Juli an, —
der Kanzlist bei dem Amtsgericht Worms Friedrich Baltz zum Kanzleiassistenten, der Kanzlist bei der Zellenstrafanstalt Butzbach Friedrich Stork zum Kanzleiassistenten, der Kanzlist bei dem Amtsgericht Offenbach Emil Wilhelm Weber zum Kanzleiassistenten, der Kanzleigehilfe bei dem Amtsgericht Langen Wilhelm Valentin Daum zum Kanzleiassistenten, sämtlich mit Wirkung vom 1. Juni an, —

am 21. der Oberförster Dr. Hans Barth zu Lich zum Forstmeister des Forstamts Grebenau, —
Adam Gehron aus Linnenbach zum Pfleger bei der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Heppenheim, mit Wirkung vom 16. Juni an, —
Adam Engelter aus Falken-Gesäß zum Pfleger bei der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Heppenheim, mit Wirkung vom 12. Juni an, —

am 25. der Forstassessor Fritz Zimmer aus Gießen zum Oberförster, —
der Kriminalinspektor Friedrich Günter zu Darmstadt zum Kriminaloberinspektor, mit Wirkung vom 1. Juni an, —
die Kriminalhauptwachtmeister Christian Schüßler, Christian Arend, Karl Stumpf, Peter Ganser, Friedrich Feik, Peter Jungmann zu Darmstadt, Ludwig Möbus zu Gießen und Gustav Holzigl zu Gießen zu Kriminalsekretären, mit Wirkung vom 1. April an, —
der Kriminalhauptwachtmeister Friedrich Franz zu Darmstadt zum Kriminalpolizeimeister, mit Wirkung vom 1. April an, —
die Kriminalsekretäre Georg Lang zu Offenbach, Karl Hofmann zu Gießen und Adolf Bräutigam zu Bad-Nauheim zu Kriminalpolizeimeistern, mit Wirkung vom 1. April an, —
der Kriminalhauptwachtmeister Karl Treß zu Offenbach zum Kriminalsekretär und der Kriminalsekretär Karl Stumpf zu Darmstadt zum Kriminalpolizeimeister, beide mit Wirkung vom 1. Juni an. —

am 26. der Polizeihauptwachtmeister Emil Bönsel zu Offenbach zum Polizeimeister und der Polizeihauptwachtmeister des Bereitschaftsdienstes Ferdinand Meyer zu Darmstadt zum Polizeihauptwachtmeister des Polizeieinzeldienstes, beide mit Wirkung vom 1. Juni an, —

am 27. der Kriminalhauptwachtmeister Otto Steinbrink zu Darmstadt, die Polizeihauptwachtmeister Peter Steinmann, Adam Matthes zu Darmstadt, Kilian Elsesser, Hermann Hanauer, Konrad Keller, Karl Marr, Karl Schmidt II, Heinrich Trier zu Offenbach zu Polizeimeistern, sämtlich mit Wirkung vom 1. Juni an. —

am 29. Adam Beeres aus Crumstadt zum Pfleger bei der Landes-Heil- und Pflegeanstalt „Philippshospital" bei Goddelau, —

Juli 1929

am 1. der Gendarmeriehauptwachtmeister auf Probe Daniel Dörr zu Sprendlingen, Kreis Offenbach, zum Gendarmeriehauptwachtmeister, mit Wirkung vom 1. Juli an, —
die Schulamtsanwärterinnen Alice Kärcher aus Bechtheim, Kreis Worms, und Anna Rieß aus Nieder-Ingelheim, Kreis Bingen, zu Lehrerinnen an der Volksschule zu Biernheim, Kreis Heppenheim, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an,
die prov. Handarbeits- und Zeichenlehrerin Dina Roth an der Studienanstalt in Mainz zur Zeichenlehrerin an dieser Schule, mit Wirkung vom 1. Juli an — ernannt;

am 2. wurde der Landwirtschaftsrat Hellmuth Nau beim Landwirtschaftsamt zu Nidda in gleicher Diensteigenschaft an das Landwirtschaftsamt zu Reichelsheim i. O., mit Wirkung vom 1. August an — versetzt;
die Jugendleiterin Emmy Frenzel aus Guntersblum, Kreis Worms, zur technischen Lehrerin an der Eleonorenschule (Lyzeum und Frauenschule) in Darmstadt, die Kindergärtnerin Adelheid Schäfer aus Birkenfeld a. d. Nahe zur technischen Lehrerin an der Eleonorenschule (Lyzeum und Frauenschule) in Darmstadt, beide mit Wirkung vom 1. Juli an, —

am 4. der Schulamtsanwärter Wilhelm Schmitt aus Aachen zum Lehrer an der katholischen Volksschule zu Gernsheim, Kreis Groß-Gerau, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 5. wurde der Gendarmeriehauptwachtmeister auf Probe Wilhelm Becker zu Laubach zum Gendarmeriehauptwachtmeister, mit Wirkung vom 1. Juli an, —

am 8. der außerordentliche Professor an der Universität Marburg Dr. Kurt Glaser aus Marburg zum ordentlichen Professor für romanische Philologie an der Landesuniversität Gießen, mit Wirkung vom 1. Oktober an, —
die Gendarmeriehauptwachtmeister auf Probe Karl Lang zu Darmstadt und Hugo Heinrich zu Gedern zu Gendarmeriehauptwachtmeistern, beide mit Wirkung vom 1. Juli an, —

am 9. der Lehrer Friedrich Jung zu Neu-Isenburg, Kreis Offenbach, zum Rektor an der Volksschule zu Neu-Isenburg, Kreis Offenbach, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —
der Amtsarzt Medizinalrat Dr. Rudolf Schlapp in Darmstadt, unter Belassung seiner Amtsbezeichnung als Medizinalrat, zum Kreisarzt, mit Wirkung vom 1. August an, —
die Schulamtsanwärterin Lina Lehr aus Darmstadt zur Reallehrerin an der Höheren Bürgerschule in Groß-Umstadt, mit Wirkung vom 1. Juli an, — ernannt;

am 10. wurde der Förster Konrad Oestreich zu Feldkrücken in gleicher Diensteigenschaft in die Försterei Ehringshausen, Forstamt Romrod — versetzt;

am 11. wurde Georg Pfeiff aus Kesselbach zum Pfleger an der Landes-Heil- und Pflegeanstalt bei Gießen, mit Wirkung vom 1. Juli an, —
die prov. technische Lehrerin Edith Walter aus Klingenberg zur technischen Lehrerin an der Eleonorenschule (Studienanstalt und Frauenschule) in Worms; mit Wirkung vom 1. Juli an, —

am 12. der Forstassessor Friedrich Köbler aus Forsthaus Haberich i. O. zum Oberförster, —
der Gendarmeriehauptwachtmeister auf Probe Peter Herrschaft zu Guntersblum zum Gendarmeriehauptwachtmeister, mit Wirkung vom 1. Juli an, —

am 16. die Lehrer Heinrich Dietz zu Nieder-Mörlen, Kreis Friedberg, Rudolf Eichberger zu Flonheim, Kreis Alzey, Heinrich Hanitsch zu Kleinhausen, Kreis Bensheim, zu Lehrern an der Volksschule zu Gonsenheim, Kreis Mainz, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 17. der Kanzleigehilfe bei der Hessischen Weinbaudomänendirektion Mainz Josef Sinsel aus Klein-Steinheim zum Kanzlisten, mit Wirkung vom 1. Juli an, —
der Lehrer Georg Walldorf zu Bauschheim, Kreis Groß-Gerau zum Lehrer an der Volksschule zu Groß-Gerau, der Lehrer Heinrich Frieß zu Burkhards, Kreis Schotten, zum Lehrer an der Volksschule zu Sickendorf, Kreis Lauterbach, beide mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 18. der Steuerinspektor bei dem Landesfinanzamt zu Darmstadt Ernst Kötting zu Darmstadt zum Steuerkontrollbeamten bei dem Hessischen Ministerium der Finanzen, mit der Amtsbezeichnung Rechnungsrat, mit Wirkung vom 1. August an, —

am 19. der Fachlehrer an der Fortbildungsschule zu Offenbach Karl Eckhardt zum Gewerbelehrer an dieser Schule, der Lehrer Karl Heberer an der Volksschule zu Mainz zum Rektor an dieser Schule, beide mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 23. der Baupraktikant Wilhelm Röhrig aus Darmstadt zum Oberbausekretär bei der Brandversicherungskammer, mit Wirkung vom 1. August an, —

am 24. der Gendarmeriehauptwachtmeister auf Probe Adam Hunnenmörder zum Gendarmeriehauptwachtmeister, mit Wirkung vom 1. Juli an, —

am 29. der Privatdozent Dr. Friedrich Maurer aus Gießen zum außerplanmäßigen außerordentlichen Professor an der Landesuniversität Gießen, mit Wirkung vom 1. August an, —

am 30. die Kanzleigehilfen Johannes Keil zu Bad-Nauheim und Georg Schöck zu Gießen zu Polizeiverwaltungsassistenten, mit Wirkung vom 1. Juli an, — ernannt.

Dem planmäßigen außerordentlichen Professor für experimentelle Physik an der Landesuniversität Gießen, Dr. Paul Cermak in Gießen, wurde die Amtsbezeichnung „persönlicher Ordinarius" verliehen.

Dem Professor Dr. Arthur Heber in Darmstadt wurde mit Wirkung vom 1. April 1929 an die außerordentliche Professur für allgemeine und spezielle Betriebswirtschaftslehre an der Technischen Hochschule Darmstadt unter der Amtsbezeichnung „persönlicher Ordinarius" verliehen.

Dienstentlassungen.

Juni 1929

am 15. wurde der Lehrer an der Volksschule zu Erbes-Büdesheim, Kreis Alzey, Franz Vetter auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Juli an — aus dem Schuldienst entlassen;

Juli 1929

am 10. wurde der ordentliche Professor für mittlere und neuere Geschichte an der Landesuniversität Gießen Dr. Hermann Aubin in Gießen, mit Wirkung vom 1. Oktober an, —

am 18. der Verwaltungsinspektor Wilhelm Schäfer in Gießen auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. August an — aus dem Staatsdienst entlassen.

Ruhestandsversetzungen.

a) in den dauernden Ruhestand:

April 1929

am 20. die Lehrerinnen im einstweiligen Ruhestand Berta Lotheißen zu Darmstadt, Marie Hoffmann zu Gießen, die Lehrerin i. e. R. Emma Reichert zu Dudenhofen, Kreis Offenbach, sämtlich auf ihr Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Mai an, —

Juni 1929

am 28. die Lehrerin im einstweiligen Ruhestand Clara Schäfer zu Mainz auf ihr Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. August an, —

Juli 1929

am 3. der Lehrer im einstweiligen Ruhestand Kaspar Spreitzer auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. August an;

b) in den Ruhestand:

Juni 1929

am 25. der Lehrer an der Volksschule zu Worms-Matthäus Lautenschläger auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. August an, —

Juli 1929

am 3. der Lehrer an der Volksschule zu Gaulsheim, Kreis Bingen, Peter Mauer auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Oktober an, —

am 5. der Lehrer an der Volksschule zu Ober-Seemen, Kreis Schotten, Johannes Keller auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. August an, —

am 8. der Lehrer an der Volksschule zu Steinheim, Kreis Gießen, Philipp Bersch auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. August an, —

am 12. der Rektor an der Volksschule zu Klein-Linden, Kreis Gießen, Friedrich Mönnig auf sein Nachsuchen, der Lehrer an der Volksschule zu Weisenau, Kreis Mainz, August Greb auf sein Nachsuchen, beide mit Wirkung vom 1. August an, —

am 13. der Steiger bei der Bergwerksdirektion Wölfersheim Jakob Velten zu Wölfersheim, mit Wirkung vom 1. August an, —

am 15. der Rektor an der Volksschule zu Dreieichenhain, Kreis Offenbach, Hermann Bott auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. August an, —

am 16. der Förster Philipp Laudenberger zu Vielbrunn auf sein Nachsuchen bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit, mit Wirkung vom 1. September an, —

am 18. die Lehrerin an der Volksschule zu Laubenheim, Kreis Mainz, Anna Steigmaier auf ihr Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. August an, —

am 29. der ordentliche Professor in der philosophischen Fakultät der Landesuniversität Gießen Geh. Hofrat Professor Dr. Dietrich Behrens zu Gießen auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Oktober an,

---

Auf Grund des § 1 des Gesetzes über die Altersgrenze der Staatsbeamten vom 2. Juli 1923/19. Dezember 1923 in der Fassung des Gesetzes vom 8. Oktober 1925 (Reg.-Bl. S. 249) wurden in den Ruhestand versetzt:

August 1929

am 1. der Lehrer Philipp Rupp an der Volksschule zu Esselborn, Kreis Alzey, der Lehrer Franz Ellert an der Volksschule zu Nack, Kreis Alzey, der Lehrer Adam Geiß an der Volksschule zu Offenbach, der Lehrer Karl Reuning an der Volksschule zu Friedberg, der Oberstudienrat Dr. Heinrich Schrohe am Gymnasium in Mainz.

Auf Grund des Gesetzes über die Altersgrenze der Staatsbeamten vom 2. Juli bzw. 19. Dezember 1923 (Reg.-Bl. S. 509 und 511) in der Fassung des Gesetzes vom 8. Oktober 1925 (Reg.-Bl. S. 249) wurde in den Ruhestand versetzt:

August 1929

der Registrator beim Oberlandesgericht zu Darmstadt Kanzleirat Erich Kalkhof.

Auf Grund des § 1 des Gesetzes über die Altersgrenze der Staatsbeamten vom 2. Juli bzw. 19. Dezember 1923 in Verbindung mit Artikel 2 des Gesetzes über die Einstellung des Personalabbaues in Hessen und zur Aenderung des hessischen Personalabbaugesetzes vom 8. Oktober 1925 wurde in den Ruhestand versetzt:

August 1929

am 1. der Förster Peter Arft zu Forsthaus Hochwart bei Gießen.

Auf Grund des Artikels 14 des Polizeibeamtengesetzes vom 31. März 1928 wurde in den Ruhestand versetzt:

August 1929

am 1. der Polizeimeister Theodor Koch zu Darmstadt.

In sinngemäßer Anwendung des § 1 des Gesetzes über die Altersgrenze der Staatsbeamten vom 2. Juli/19. Dezember 1923 wurden in den Ruhestand versetzt:

März 1929

am 31. der Präsident der Brandversicherungskammer Geheimer Regierungsrat Friedrich von Hahn in Darmstadt, der Rechnungsdirektor Karl Petry bei der Brandversicherungskammer, der Oberbaurat bei der Brandversicherungskammer Friedrich Reh in Darmstadt, der Bauoberinspektor bei der Brandversicherungskammer Georg Grünig in Darmstadt, der Bauoberinspektor bei der Brandversicherungskammer Heinrich Nicolaus in Gießen,

April 1929

am 15. der Oberregierungsrat bei der Brandversicherungskammer Georg Müller in Darmstadt.

Sterbefälle.

Gestorben sind:

September 1928

am 30. der Studienrat i. R. Jakob Ackermann zu Darmstadt;

Januar 1929

am 23. der Oberarzt an der Landes-Heil- und Pflegeanstalt „Philippshospital" bei Goddelau, Medizinalrat Dr. Dannenberger daselbst; der Rektor i. R. Peter Herpel zu Auerbach, Kreis Bensheim,
der Gendarmeriemeister Heinrich Menges zu Arheilgen;

am 31. der Gendarmeriemeister Johann Ludwig Schneider zu Goddelau;

Februar 1929

am 4. der Studienrat i. R. Dr. Joseph Levy von Oppenheim, zuletzt wohnhaft zu Mainz;

am 5. der Aktuar i. R. Wilhelm Schell in Darmstadt;

am 9. der Amtsgerichtsdiener i. R. Philipp Schneider in Zwingenberg a. d. B.;

am 14. der Lehrer i. R. Michael Gruber von Birkenau, Kreis Heppenheim;

am 16. der Kreisarzt des Kreisgesundheitsamtes Mainz, Obermedizinalrat Dr. Emil Schäffer;
am 19. der Seminardiener i. R. Joh. Hrch. Hofmann zu Friedberg;
am 20. der Amtsgerichtsrat i. R. Hermann Allwohn in Ortenberg,
der Lehrer Wilhelm Kröll zu Bönstadt, Kreis Friedberg,
der Kreisoberwachtmeister i. R. Wilhelm Ploch zu Gießen;
am 21. der Studienrat Adam Joseph Ofenloch zu Bingen;
am 22. der Gefängniswachtmeister i. R. Johannes Brunnengräber zu Lorsch;
am 23. der Justizsekretär Wilhelm Kranz bei dem Amtsgericht Mainz;
am 24. der Rechnungsdirektor i. R. Jung in Darmstadt;
am 27. der Bureauassistent i. R. Karl Schulz in Darmstadt;
am 28. der Justizsekretär Johannes Pfeil zu Worms;

März 1929

am 4. der Anatomiediener i. R. Heinrich Balser zu Gießen,
der Oberstudienrat i. R. Ernst Seeger in Darmstadt,
der Lehrer i. R. Wilhelm Heilmann von Kirch-Beerfurth, zuletzt wohnhaft zu Reichelsheim i. O.;
am 5. der Lehrer i. R. Friedrich Becker von Mainz, zuletzt wohnhaft zu Bad Kreuznach;
am 7. der Kreisrat i. R. Geh. Regierungsrat Karl Bichmann zu Darmstadt;
am 8. die Handarbeitslehrerin i. R. Auguste Römer aus Gießen, zuletzt wohnhaft in Darmstadt;
am 12. die Oberreallehrerin Auguste von Kreß an der Studienanstalt zu Gießen,
der Aktuar i. R. Heinrich Maus in Darmstadt;
am 13. der ordentliche Professor i. R. Geheimrat Dr. Erasmus Kittler zu Darmstadt;
am 19. der Justizsekretär i. R. Joseph Schwally in Offenbach,
die Handarbeitslehrerin i. R. Marie Claus zu Darmstadt;
am 21. der Oberreallehrer i. R. Adam Storck zu Alzey,
der Betriebsinspektor i. R. Karl Kohl zu Darmstadt;
am 28. der Abteilungspfleger Franz Bonderschmitt an der Landes-Heil- und Pflegeanstalt „Philippshospital" in Goddelau;
am 29. der Oberlehrer i. R. Professor Dr. Wilhelm Matthäi zu Darmstadt;
am 30. der Gefängnisoberwachtmeister i. R. Gustav Lückel in Gießen;

April 1929

am 3. der Lehrer i. R. Ludwig Weck zu Friedberg;
am 5. die Handarbeitslehrerin i. R. Wilhelmine Martin zu Büttelborn;
am 9. der Direktor der Ministerialregistratur i. R. Georg Rotté zu Darmstadt;
am 13. der Lehrer Heinrich Funk zu Darmstadt;
am 14. der Oberstudiendirektor i. R. Dr. Eduard Otto zu Darmstadt;
am 22. der Oberreallehrer i. R. Friedrich Messinger zu Offenbach;
am 24. der Studienrat Paul Graeber zu Alsfeld;
am 26. der Polizeioberinspektor i. R. Wilhelm Kaiser zu Darmstadt;
am 27. der Kreisdirektor i. e. R. Theodor Muhl zu Frankfurt a. M.;
am 28. der Landgerichtsrat Ernst August Hirsch von Gießen;
die Lehrerin Maria Eichmann zu Mainz;
am 29. der Landgerichtsrat i. R. Geh. J. R. Dr. Vogel in Mainz;

Mai 1929

am 2. der Lehrer i. R. Jakob Schmitt zu Darmstadt,
der Oberlehrer i. R. August Büchler zu Nieder-Olm;
am 5. der Lehrer August Schnellbacher zu Nieder-Rosbach, Kreis Friedberg;
am 7. der Lehrer Wilhelm Werner von Offenbach;
am 9. der Lehrer i. R. Adam Krämer zu Traisa bei Darmstadt;
am 12. der Lehrer i. R. Augustin Otto zu Oberts-hausen, Kreis Offenbach;
am 17. der Lehrer i. R. Heinrich Reul in Alsfeld;
am 22. Geh. Reg.-Rat i. R. Adolf de Beauclair zu Darmstadt;
am 23. der Oberstudienrat Dr. Georg Krausmüller in Gießen;
am 25. der Studiendirektor Franz Stein in Lauterbach i. Oberhessen;
am 27. der Rechtsanwalt Dr. Max Oppenheimer in Mainz;
am 29. die Handarbeitslehrerin i. R. Gertrud Mayr in Mainz;
am 30. der Kanzleiassistent Philipp Friederich in Oppenheim;
am 31. der Oberstudiendirektor Dr. Jakob Hellwig in Offenbach;

Juni 1929

am 3. der Lehrer i. R. Heinrich Faller zu Mühlheim, Kreis Offenbach;
am 9. der Studienrat Fritz Lennert zu Bingen;
am 13. der Lehrer i. R. Heinrich Loch zu Auerbach, Kreis Bensheim;
der Kreisarzt Medizinalrat Dr. Ludwig Willmann zu Lauterbach, Hessen;
am 25. der planmäßige außerordentliche Professor Dr. Julius Goldstein an der Technischen Hochschule zu Darmstadt;
am 30. der Oberlandesgerichtssekretär i. R. Justizrat Otto Hamburger in Gießen.

Hessisches Regierungsblatt.

1929 **Darmstadt, den 30. August 1929.** Nr. 15

(Siebenter Tag nach Ablauf des Ausgabetags 6. September 1929.)

Inhalt: Teil I: Ausführungsverordnung zur Wahlordnung für die Wahlen der Mitglieder der Handwerkskammer vom 16. Mai 1929 (Reichsgesetzbl. I S. 102). S. 169 — Bekanntmachung, die zur Staatskasse fließenden Gebühren für Dienstgeschäfte der Kreisärzte und Amtsärzte betreffend. S. 169 — Bekanntmachung, das Verbot der Einfuhr von Knochenmehl und Knochen betreffend. S. 170 — Bekanntmachung, die Einfuhr von Einhufern aus dem Freistaat Danzig betreffend. S. 171 — Verordnung, die Hegezeit des Wildes betreffend. S. 171 — Zweite Verordnung zur Aenderung über die Dienstkleidung der Strafanstaltsbeamten. S. 171 — Bekanntmachung des Textes des Gesetzes, das Verfahren in Forst- und Feldrügesachen betreffend. S. 172 — Teil II: Dienstnachrichten. S. 175.

Teil I

Ausführungsverordnung zur Wahlordnung für die Wahlen der Mitglieder der Handwerkskammer vom 16. Mai 1929 (Reichsgesetzbl. I S. 102).

Vom 2. August 1929.

Im Sinne der Wahlordnung für die Wahlen der Mitglieder der Handwerkskammer vom 16. Mai 1929 (Reichsgesetzbl. I S. 102) sind:

oberste Landesbehörde:
der Minister für Arbeit und Wirtschaft;

höhere Verwaltungsbehörde:
das Ministerium für Arbeit und Wirtschaft, Abteilung für Handel und Gewerbe;

Aufsichtsbehörde:
das Ministerium für Arbeit und Wirtschaft, Abteilung für Handel und Gewerbe.

Darmstadt, den 2. August 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Bekanntmachung, die zur Staatskasse fließenden Gebühren für Dienstgeschäfte der Kreisärzte und Amtsärzte betreffend.

Vom 17. Juli 1929.

Für nachfolgende dienstliche Verrichtungen, die auf Antrag oder im Interesse von Privaten vorgenommen werden, werden die Gebühren wie folgt festgesetzt:

1. Beiwohnung bei einer auf Wunsch von Privaten vorgenommenen Ausgrabung oder Verlegung einer Leiche . . . . 6—10 RM.
2. Ausstellung einer Bescheinigung zum Zwecke einer Leichenüberführung oder Leichenverlegung . . . . . 2—5 RM.
3. Untersuchung einer Leiche und Ausstellung des erforderlichen Zeugnisses zum Zwecke der Feuerbestattung . . . . . 6—10 RM.
4. Leichenöffnung und Gutachten zum gleichen Zwecke . . . . . 12—25 RM.
5. Untersuchung und Begutachtung von Privatbauten, von gewerblichen und Fabrikanlagen . . . . . 4—40 RM.

   Falls die Begutachtung eine vorausgehende Ortsbesichtigung oder wissenschaftliche Ausführungen nicht erfordert . . . . . 4 RM.
6. Untersuchung und Begutachtung eines Geisteskranken behufs Aufnahme in eine Irrenanstalt . . . . . 3—25 RM.
7. Untersuchung und Begutachtung eines Taubstummen, Blinden, Blödsinnigen oder Epileptischen behufs Aufnahme in eine entsprechende Anstalt . . . . . 3—25 RM.
8. Untersuchung einer angeblich kranken oder gebrechlichen Person zur Befreiung vom öffentlichen Dienst einschließlich der Ausstellung des Zeugnisses . . . . . 3—9 RM.

   Im Falle mehrere Personen aus einer Familie zu untersuchen sind, nicht über 9 RM.
9. Untersuchung von Schülern zur Feststellung der zeitlichen oder dauernden Befreiung vom Schulbesuche oder einzelnen Unterrichtsfächern oder zwecks vorzeitigen Uebertritts aus der Grundschule in eine höhere Schule einschließlich der Ausstellung des Zeugnisses . . . 1—6 RM.
10. Untersuchung und Begutachtung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst behufs Feststellung ihres Gesundheitszustandes . . 3—10 RM.
11. Untersuchung und Begutachtung von Personen, die für die Ausübung einer gewerblichen Tätigkeit oder für private Zwecke nach Gesetz oder Verordnung ein kreisärztliches Zeugnis über ihren Gesundheitszustand notwendig haben . . . . . 3—30 RM.
12. Prüfung von Apothekenpraktikanten oder Prüfung einer Person zwecks Uebernahme der Verwaltung einer Krankenhausapotheke einschl. der Ausstellung des Zeugnisses . 3—10 RM.
13. Beglaubigung der Dienstzeugnisse für Apothekenpraktikanten u. Apothekenassistenten 1 RM.

14. Untersuchung und Begutachtung von Privat-Hebammenschülerinnen, Wochenbettpflegerinnen, Krankenpflegepersonen, Säuglings- und Kinderkrankenpflegerinnen einschließlich Zeugnis und Wiederimpfung . . . . 1—5 RM.

Im übrigen gelten die Bestimmungen der Bekanntmachung vom 17. September 1921 (Reg.-Bl. Nr. 22 S. 201/2).

Diese Aenderungen treten am 15. August lfd. Js. in Wirksamkeit; die Bekanntmachung vom 26. November 1923 (Reg.-Bl. S. 412 von 1923) gilt von da ab als aufgehoben.

Darmstadt, den 17. Juli 1929.

Der Hessische Minister des Innern.
In Vertretung: Dr. Reitz.

Bekanntmachung, das Verbot der Einfuhr von Knochenmehl und Knochen betreffend.

Vom 5. August 1929.

Auf Grund des § 7 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (Reichsgesetzbl. S. 519) wird hiermit folgendes bestimmt:

§ 1.

Die Einfuhr von Knochenmehl, Knochengrieß, Knochenschrot, Fleischmehl mit einem Gehalt von mehr als 12 v. H. phosphorsaurem Kalk (Fleischknochenmehl), von Fischmehl mit einem höheren Gehalt als 30 v. H. phosphorsaurem Kalk, ferner von Knochen oder Knochenstücken in rohem oder gekochtem Zustande, auch entfettet, zu anderen als Schnitzzwecken in das Zollinland ist verboten.

§ 2.

Die Einfuhr von Fleischmehl und Fischmehl, soweit sie nicht nach § 1 verboten ist, ferner von Knochen zu Schnitzzwecken, auch in der Querrichtung in einzelne Teile zerschnitten, auch mit abgeschnittenen Gelenkenden, ist nur über die Grenzzollstellen gestattet, an deren Sitz sich eine Auslandsfleischbeschaustelle befindet (§ 13 des Fleischbeschaugesetzes). Als Knochen zu Schnitzzwecken sind folgende von Weichteilen völlig befreite und lufttrockene Knochen anzusehen, die in deutscher (wissenschaftlicher und handelsüblicher) sowie in englischer und spanischer Bezeichnung aufgeführt sind.

1. Oberschenkelknochen	runde Oberschenkelknochen	buttocks	alleda rodontas
2. Unterschenkelknochen	Dreikantoberschenkelknochen	thigs	tibias
3. Oberarmknochen	Kugelknochen	clods	homeros
4. Unterarmknochen	Speichenknochen	shins	radios
5. Hintermittelfußknochen	runde Fußknochen	round shanks	canillas rodontas
6. Vordermittelfußknochen	flache Fußknochen	flat shanks	canillas chatas
7. Schulterblattknochen	Schulterblätter	schoulderblade	—
8. Unterkieferknochen	Kinnbacken	jaw	—
9. Rippenknochen	Rippen	ribs	—

§ 3.

Ueber die Einfuhrfähigkeit der in § 2 genannten Waren entscheidet die Auslandsfleischbeschaustelle.

§ 4.

Von dem Verbot des § 1 können auf Antrag von mir Ausnahmen zugelassen werden. Sie werden grundsätzlich nur für völlig lufttrockene Waren und in der Regel den nachstehend bezeichneten Betrieben bewilligt werden:

1. Betrieben (Leimfabriken, Fettextraktionsfabriken), in denen das Knochenmaterial einer mindestens 10stündigen Behandlung mit Benzingasen bei 90 bis 110 ° C und einem darauffolgenden Ablasen dieser Gase durch Wasserdampf von 140 bis 150 ° C während einer Stunde unterzogen wird; in denen ferner Knochenabfälle, soweit sie vor diesem Fabrikationsverfahren anfallen, wie z. B. beim Zerkleinern der Knochen usw., durch Sterilisation mittels Wasserdampfes von 140 bis 150 ° C während einer Stunde behandelt werden.

2. Betrieben (Gelatinefabriken), in denen, ohne daß die unter 1. beschriebene Behandlung des Knochenmaterials stattgefunden hat, eine Mazeration des Knochenmaterials mit einer 3,5 prozentigen Salzsäurelösung erfolgt und nach beendeter Mazeration das Ossein noch weitere 24 Stunden einer Behandlung mit Salzsäure gleicher Konzentration ausgesetzt wird; in denen ferner die Manzerationsbrühen gekocht werden und die bei der Reinigung des unbehandelten Knochenmaterials gewonnenen Scheuer- und Trommelmehle und sonstige, dem Mazerationsverfahren nicht unterworfenen Knochenmaterialabfälle ebenfalls durch Dampfsterilisation wie unter 1. behandelt werden.

3. Betrieben, in denen eine Verarbeitung auf Beinschwarz stattfindet und die nötigen Vorkehrungen durch Sterilisation der anfallenden Knochenmaterialabfälle wie unter 1. getroffen worden sind. Falls eine derartige Sterilisation nicht stattfindet, müssen sich die Betriebe schriftlich verpflichten, die anfallenden nicht sterilisierten Knochenabfälle nur an Leim- oder Gelatinefabriken zu verkaufen.

§ 5.

Die nach § 4 auf Grund besonderer Genehmigung zur Einfuhr zugelassenen Waren unterliegen im Zollinlande einer polizeilichen Verwendungkontrolle.

§ 6.

Die unmittelbare Durchfuhr der in § 1 genannten Waren ist erlaubt, hinsichtlich der Knochen und

Knochenstücke jedoch nur insoweit, als sie von Weichteilen völlig befreit und lufttrocken sind.

§ 7.

Die entstehenden Kosten fallen dem Einführenden zur Last.

§ 8.

Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafvorschriften der §§ 74 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (Reichsgesetzbl. S. 1519).

§ 9.

Vorstehende Bestimmungen treten am 1. Januar 1930 in Kraft.

Darmstadt, den 5. August 1929.

Der Hessische Minister des Innern.

Leuschner.

Bekanntmachung, die Einfuhr von Einhufern aus dem Freistaat Danzig betreffend. Vom 8. August 1929.

Die Bestimmungen der Bekanntmachung vom 22. März 1928, die Einfuhr von Einhufern aus dem Freistaat Danzig betreffend, werden hiermit aufgehoben. Es treten somit für aus dem Freistaat Danzig stammende Einhufer die Vorschriften unter A. 14 der Bekanntmachung vom 25. November 1926 (Reg.-Bl. S. 380) wieder in Kraft, wonach vor Aufhebung der polizeilichen Beobachtung eine zweite Blutuntersuchung nicht erforderlich ist.

Darmstadt, den 8. August 1929.

Der Hessische Minister des Innern.

In Vertretung: Dr. Reitz.

Verordnung, die Hegezeit des Wildes betreffend.

Vom 22. August 1929.

Auf Grund des Artikels 29 des Jagdstrafgesetzes vom 19. Juli 1858 bestimme ich hiermit in Abweichung von den Vorschriften in § 2 Ziffer 4, 5 und 6 der Verordnung, die Ausführung des Jagdstrafgesetzes, insbesondere Anordnungen wegen der Hegezeit betreffend, vom 29. April 1914 (Reg.-Bl. S. 218) in der Fassung der Verordnung vom 12. Dezember 1921 (Reg.-Bl. S. 324) wegen der Schonzeiten der nachgenannten Wildarten für das laufende Jahr das Folgende:

1. Die Hegezeit für Hasen wird bis zum 15. Oktober lfd. Js. einschließlich verlängert.
2. Die Hegezeit für Fasanenhähne und -hennen wird bis zum 15. Oktober lfd. Js. einschließlich verlängert.
3. Die Hegezeit für Auer- und Birkhähne wird bis zum 15. Oktober lfd. Js. einschließlich verlängert.
4. Jeder Abschuß von Haselhähnen und -hennen, von Auer- und Birkhennen bleibt bis auf weiteres verboten.
5. Für Rebhühner verbleibt es bei der in § 2 Ziffer 10 der obengenannten Verordnung vom 29. April 1914 bestimmten Schonzeit. Die Schußzeit für Rebhühner beginnt also in diesem Jahre am 1. September und endigt am 30. November lfd. Js.

Darmstadt, den 22. August 1929.

Der Hessische Minister des Innern.

Leuschner.

Zweite Verordnung zur Aenderung der Verordnung über die Dienstkleidung der Strafanstaltsbeamten.

Vom 15. August 1929.

Auf Grund des Artikel 4 der Verordnung, die Dienstkleidung der Strafanstaltsbeamten betreffend, vom 12. Mai 1922 (Reg.-Bl. S. 109) in der Fassung der Aenderungsverordnung vom 14. Oktober 1924 (Reg.-Bl. S. 364) wird — bezüglich des § 2 im Einvernehmen mit dem Finanzminister — folgendes bestimmt:

§ 1.

Dem Artikel 2 der genannten Verordnung wird folgender zweiter Absatz angefügt:

„Das Tragen eines Umhangs ist gestattet."

§ 2.

Artikel 3 der genannten Verordnung wird durch folgende Vorschrift ersetzt:

„Artikel 3.

Den in Art. 1 unter Ziffer 1 bis 5 genannten Strafanstaltsbeamten werden die in Art. 2 bezeichneten Dienstkleidungsstücke vom Staate geliefert. Mit Ausnahme der Mütze und der Rangabzeichen werden sie in Ausführung des Art. 17 Abs. 1 des Besoldungsgesetzes vom 30. März 1928 (Reg.-Bl. S. 49) auf das Diensteinkommen angerechnet, und zwar mit zwei Fünfteln und demnächst mit demjenigen Bruchteil der dem Staate erwachsenen Selbstkosten, der jeweils im Staatsvoranschlag festgesetzt wird."

§ 3.

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 1928 in Kraft.

Darmstadt, den 15. August 1929.

Der Hessische Justizminister.

In Vertretung: Dr. Schwarz.

Bekanntmachung des Textes des Gesetzes, das Verfahren in Forst- und Feldrügesachen betreffend.

Vom 8. August 1929.

Auf Grund des Artikel 2 des Gesetzes zur Aenderung des Gesetzes, das Verfahren in Forst- und Feldrügesachen betreffend, vom 20. Juni 1929 (Reg.-Bl. S. 153) wird der Text des Gesetzes, das Verfahren in Forst- und Feldrügesachen betreffend, in der vom 1. September 1929 ab geltenden Fassung nachstehend bekanntgemacht.

Darmstadt, den 8. August 1929.

Der Hessische Justizminister.
In Vertretung: Dr. Schwarz.

Gesetz über das Verfahren in Forst- und Feldrügesachen.

I. Titel.

Allgemeine Bestimmungen.

Artikel 1.

Forstrügesachen im Sinne dieses Gesetzes sind diejenigen Strafsachen, welche Handlungen zum Gegenstande haben, die nach dem Forststrafgesetze vom 13. Juli 1904 (Reg.-Bl. S. 267) und den dasselbe ergänzenden oder abändernden Bestimmungen forststrafrechtlichen Inhalts strafbar sind.

Feldrügesachen im Sinne dieses Gesetzes sind diejenigen Strafsachen, welche Handlungen zum Gegenstande haben, die nach dem Feldstrafgesetze vom 13. Juli 1904 (Reg.-Bl. S. 282) und den dasselbe ergänzenden oder abändernden Bestimmungen feldstrafrechtlichen Inhalts strafbar sind.

Auch diejenigen Strafsachen, welche Handlungen zum Gegenstande haben, die nach dem § 366 Nr. 5, 7, 9, 10, dem § 367 Nr. 12, dem § 368 Nr. 1, 2, 6, 9, dem § 370 Nr. 1, 2 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich strafbar sind, werden als Forst- oder Feldrügesachen behandelt, wenn die Handlungen in Waldungen oder Feldern oder in Beziehung auf solche begangen werden.

Artikel 2.

Forst- und Feldrügesachen werden durch den Amtsrichter ohne Zuziehung von Schöffen verhandelt und entschieden.

Auf das Verfahren finden, soweit nicht in diesem Gesetz ein anderes bestimmt ist, die Vorschriften der Strafprozeßordnung über das Verfahren vor dem Amtsrichter Anwendung.

Artikel 3.

In Forst- und Feldrügesachen werden die Amtsverrichtungen der Staatsanwaltschaft bei den Amtsgerichten von dem Amtsanwalt wahrgenommen.

In Forstrügesachen können die Amtsverrichtungen der Staatsanwaltschaft bei den Amtsgerichten von dem Ministerium der Justiz im Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen für einzelne Bezirke oder Sachen einem Beamten der Forstverwaltung übertragen werden; ebenso kann in einzelnen Sachen dem Amtsanwalt ein Beamter der Forstverwaltung beigegeben werden.

Artikel 4.

Der Gerichtsstand ist in Forst- und Feldrügesachen nur bei demjenigen Amtsgerichte begründet, in dessen Bezirke die strafbare Handlung begangen ist.

Läßt sich der Ort der begangenen Zuwiderhandlung nicht ermitteln, oder ist die Zuwiderhandlung außerhalb des hessischen Staatsgebiets begangen, so bestimmt sich der Gerichtsstand nach den Vorschriften der Strafprozeßordnung.

Das Ministerium der Justiz kann mehrere Amtsgerichtsbezirke zu einem Forstgerichtsbezirke vereinigen und dasjenige Amtsgericht bezeichnen, welches für die vereinigten Bezirke die Forstgerichtsbarkeit ausübt.

Artikel 5.

Die Anzeigen in Forstrügesachen sind bei dem Amtsanwalt oder dem mit der Vertretung der Staatsanwaltschaft beauftragten Forstbeamten durch Vermittelung des zuständigen Forstamts, diejenigen in Feldrügesachen sind bei dem Amtsanwalt durch Vermittelung der Ortspolizeibehörde schriftlich einzureichen.

Die Zeit der Einreichung und die Einrichtung der Anzeigen werden durch das Ministerium der Justiz bestimmt.

Strafanträge bedürfen nicht der im § 158 Abs. 2 der Strafprozeßordnung vorgesehenen Form. Sie können insbesondere bei den mit dem Feld- und Polizeischutz betrauten Personen auch mündlich angebracht werden.

Artikel 6.

Von jeder Forst- oder Feldentwendung, von jeder Forst- oder Feldbeschädigung sowie von jedem Weidefrevel soll möglichst bald nach der Entdeckung des Frevels dem Beschädigten unter Angabe der Höhe des entstandenen Schadens sowie dem Beschuldigten und dem Haftbaren Mitteilung gemacht werden. In den Fällen, in denen eine Pfändung stattgefunden hat, soll sich die Mitteilung auch hierauf erstrecken.

Die Beamten, welchen die Mitteilung obliegt, sowie die Formen der Mitteilung und die Formen des Nachweises derselben werden durch Verordnung bestimmt.

Eine Verurteilung zum Schadensersatz im Forst- und Feldrügeverfahren (Art. 9 des Forststrafgesetzes, Art. 9 des Feldstrafgesetzes) tritt nicht ein, wenn der Beschädigte Antrag auf Verweisung des Schadensersatzanspruchs auf den Zivilweg stellt. Die den Antrag enthaltende Erklärung kann bei der Mitteilung an den Beamten, welcher die Mitteilung macht, oder spätestens bis zur Erhebung der öffentlichen Klage (Art. 8, 9) an den Vertreter der Staatsanwaltschaft

(Art. 3) erfolgen. Das im Artikel 5 Abs. 1 bezeichnete Forstamt oder die dort bezeichnete Ortspolizeibehörde ist verpflichtet, bis zur Einreichung der Anzeige bei dem Vertreter der Staatsanwaltschaft einen Antrag auf Verweisung des Schadensersatzanspruchs auf den Zivilweg entgegenzunehmen.

Die Anträge der Beschädigten sind, soweit sie nicht unmittelbar an den Vertreter der Staatsanwaltschaft gerichtet werden, gleichzeitig mit den Anzeigen (Art. 5 Abs. 1) bei diesem einzureichen.

Artikel 7.

Die Zustellungen sind in Forst- und Feldrügesachen durch den Amtsrichter unmittelbar zu veranlassen.

Dieselben können durch den Gerichtswachtmeister oder einen anderen hierzu ermächtigten und verpflichteten Beamten erfolgen. (Art. 2 des Gesetzes, die Ausführung der Strafprozeßordnung betreffend, vom 9. Juni 1879.)

Die Formen des Nachweises der Zustellung werden durch Verordnung geregelt.

II. Titel.

Verfahren in erster Instanz.

Artikel 8.

Die Forst- und Feldrügesachen werden, soweit nicht die Bestimmung des folgenden Artikels Platz greift, periodisch erledigt.

Die öffentliche Klage wird von dem Vertreter der Staatsanwaltschaft durch schriftlichen Strafantrag erhoben.

Derselbe reicht in regelmäßigen Zeitabschnitten Rügeregister bei dem Amtsgericht ein, welche die Anzeigen der betreffenden Periode in fortlaufenden Nummern enthalten, und stellt zu jeder Nummer Strafantrag. Dieser Strafantrag gilt als Antrag auf Erlaß eines richterlichen Strafbefehls. Trägt der Amtsrichter Bedenken, einen Strafbefehl zu erlassen, oder will er eine andere als die beantragte Strafe festsetzen, während die Staatsanwaltschaft bei ihrem Antrage beharrt, so ist die Sache zur Hauptverhandlung zu bringen. Der Strafantrag gilt als Anklageschrift.

Artikel 9.

Forst- oder Feldrügesachen, welche wegen ihrer Dringlichkeit oder wegen ihrer Wichtigkeit oder sonstigen Beschaffenheit sich zu besonderer Verhandlung eignen, sind auf besonders einzureichenden Strafantrag in schleunigem Verfahren einzeln zu verhandeln und zu entscheiden.

Der besonders eingereichte Strafantrag gilt, wenn kein Strafbefehl darin beantragt und darauf erlassen wurde, als Anklageschrift, beziehungsweise als Antrag auf Eröffnung des Hauptverfahrens.

Artikel 10.

Jeder Strafantrag oder jede Anzeige, auf die sich ein Strafantrag bezieht (Art. 9 Abs. 1, 2, Art. 8 Abs. 3), muß die strafbare Handlung, das zur Anwendung zu bringende Strafgesetz und die Beweismittel bezeichnen. Wenn Strafbefehl beantragt wird, ist außerdem die Strafe, die beantragt wird, und der Betrag der Gerichtskosten anzugeben.

Ist im Forst- und Feldrügeverfahren auf Schadensersatz zu erkennen (Art. 6 Abs. 3), so ist auch der Betrag des Schadens im Rügeregister oder in dem besonderen Strafantrag anzugeben. Diese Angabe gilt als Antrag auf Verurteilung zum Schadensersatze. Die Verurteilung zum Schadensersatze kann auch im Wege des Strafbefehls erfolgen.

In dem Rügeregister ist der Betrag des Schadens einzustellen, welcher in der Mitteilung (Art. 6 Abs. 1) angegeben ist, es sei denn, daß der Beschädigte glaubhaft macht, daß ihm ein höherer Schaden erwachsen ist. Auf die Glaubhaftmachung finden die Bestimmungen des Artikel 6 Abs. 3 Satz 2, 3, Abs. 4 entsprechende Anwendung.

Das Nähere über Form und Inhalt der Rügeregister und der besonderen Strafanträge sowie über die Zeitabschnitte, in welchen die Register einzureichen sind, und über die Perioden, in welchen die Aburteilung zu geschehen hat, wird durch Verordnung bestimmt.

Artikel 11.

Nach Einlangung und Prüfung der Rügeregister erläßt der Amtsrichter, soweit Bedenken nicht entgegenstehen, die beantragten Strafbefehle, indem er neben die Strafen und Nebenansätze (Art. 10 Abs. 1, 2) in einer dazu bestimmten Spalte sein Namenszeichen einträgt und jedem Beschuldigten und jedem Haftverbindlichen, gegen welchen Strafbefehl erlassen wird, unter Mitteilung eines Registerauszugs eröffnet, daß der Strafbefehl vollstreckbar werde, wenn der Beschuldigte, beziehungsweise Haftverbindliche nicht binnen einer Woche nach der Zustellung bei dem Amtsgerichte schriftlich oder zu Protokoll der Geschäftsstelle Einspruch erhebe.

Artikel 12.

Bei rechtzeitigem Einspruch wird zur Hauptverhandlung geschritten, sofern nicht bis zum Beginne der Hauptverhandlung die Staatsanwaltschaft die Klage fallen läßt oder der Einspruch zurückgenommen wird. Als Beginn der Hauptverhandlung ist der Zeitpunkt des Aufrufs der Zeugen und Sachverständigen für den einzelnen Posten zu betrachten.

Für alle Einsprüche, welche gegen die auf Grund des Rügeregisters desselben Zeitabschnitts erlassenen Strafbefehle erhoben werden, ist in der Regel eine gemeinsame Hauptverhandlung anzuordnen.

In diesem Termin ist auch über alle nach § 408 Abs. 2 der Strafprozeßordnung zur Hauptverhand-

lung zu bringenden Strafanträge zu verhandeln und zu entscheiden.

Artikel 13.

Der gesetzliche Vertreter eines Beschuldigten, desgleichen der Ehemann einer beschuldigten Frau, können binnen der für den Beschuldigten laufenden Frist selbständig Einspruch erheben.

Auf einen solchen Einspruch und das Verfahren finden die über den Einspruch des Beschuldigten geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung.

In der Hauptverhandlung kann sich der Beschuldigte durch die im Abs. 1 genannten Personen oder durch einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Verteidiger vertreten lassen.

Die Bestimmungen dieses Artikels finden auf den Haftverbindlichen entsprechende Anwendung.

Artikel 14.

Einer ausdrücklichen Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens bedarf es in Forst- und Feldrügesachen nur in dem Falle, wenn der Amtsrichter beschließt, das Hauptverfahren nicht zu eröffnen. Im andern Falle gilt die Anberaumung der Hauptverhandlung als Beschluß über die Eröffnung des Hauptverfahrens.

Artikel 15.

Die Ladung der als Zeugen oder Sachverständige zu vernehmenden Diener des Forst- und Feldschutzes erfolgt durch Ersuchen des denselben vorgesetzten Beamten.

Artikel 16.

Das Protokoll über die Hauptverhandlung (Art. 12) zerfällt in ein allgemeines Protokoll und in besondere Protokolle.

Das allgemeine Protokoll enthält:

1. den Ort und den Tag der Verhandlung sowie die Periode, auf welche sich dieselbe erstreckt;
2. die Namen des Richters, der Vertreter der Staatsanwaltschaft und des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle;
3. die Angabe, daß so, wie die einzelnen Register ergeben, öffentlich verhandelt worden sei.

Die besonderen Protokolle werden in den einzelnen Registern geführt, und sind darin bei jeder Nummer oder, wenn der Raum nicht hinreicht, in einer Anlage, auf welche bei der betreffenden Nummer zu verweisen ist, die wesentlichen Ergebnisse der Verhandlung, insbesondere der stattgehabten Vernehmungen, das Urteil in seinem vollen Inhalt und die Verkündung des Urteils einzutragen.

Genauere Vorschriften über die Einrichtung der Protokolle werden im Verordnungsweg erlassen.

Artikel 17.

Die Diener des Forst- und Feldschutzes können für sämtliche in einer Gerichtssitzung zu verhandelnden Forst- und Feldrügesachen, in welchen sie als Zeugen oder Sachverständige vernommen werden sollen, in dieser Sitzung durch einmalige Leistung des Zeugen- oder Sachverständigen-Eides im voraus beeidigt, auch in dieser Sitzung für alle darin von ihnen zu leistenden Eide auf die Bedeutung des Eides im voraus hingewiesen werden.

Artikel 18.

Ergeben sich bei Erhebung der Beweise Schwierigkeiten, oder erachtet das Gericht die Erhebung weiterer Beweise außer den in der Hauptverhandlung vorhandenen für geboten, oder ist aus anderen Gründen eine Aussetzung der Hauptverhandlung veranlaßt, so hat das Gericht dieselbe zu verordnen und die betreffende Sache entweder zur nächsten periodischen Hauptverhandlung oder zur besonderen Verhandlung zu verweisen.

Muß aus besonderen Gründen die Verkündung des Urteils ausgesetzt werden, so hat dieselbe spätestens mit Ablauf einer Woche nach dem Schlusse der Verhandlung zu erfolgen.

Artikel 19.

Die tatsächlichen Gründe des Urteils können in den Fällen, in welchen über den Einspruch gegen einen Strafbefehl entschieden wird, durch Bezugnahme auf die Anzeige entsprechend abgekürzt werden.

Rechtsgründe sind in diesem Falle nur dann anzugeben, wenn das Urteil auf Grund anderer, als der im Strafantrage bezeichneten Gesetzesbestimmungen erlassen wird.

Artikel 20.

Ist Antrag auf Verurteilung zum Schadensersatze gestellt (Art. 10 Abs. 2), so hat der Beschädigte die Befugnisse eines Nebenklägers nach Maßgabe der §§ 395 bis 402 der Strafprozeßordnung. Der § 404 Abs. 2, 3 und der § 405 Abs. 2 der Strafprozeßordnung finden entsprechende Anwendung. Der Beschädigte kann als Nebenkläger einen höheren Schadensersatzanspruch als den in der öffentlichen Klage angegebenen nicht geltend machen.

Artikel 21.

Im Falle des Artikel 20 kann das Gericht den Beschädigten mit seinem Schadensersatzanspruch auf den Zivilweg verweisen, wenn sich durch die Verhandlung und Entscheidung über den Anspruch das Strafverfahren erheblich verzögern würde.

Der Beschluß, durch den die Verweisung auf den Zivilweg ausgesprochen wird, kann nicht angefochten werden.

III. Titel.

Rechtsmittel.

Artikel 22.

In Forst- und Feldrügesachen finden gegen die im Laufe der Hauptverhandlung ergehenden Entscheidungen und Urteile des Amtsrichters die glei-

chen Rechtsmittel statt wie gegen die Entscheidungen und Urteile des Amtsrichters im Verfahren der Strafprozeßordnung.

Ueber das Rechtsmittel der Berufung entscheidet die kleine Strafkammer.

Artikel 23.

Betrifft die Beschwerde oder Berufung eine im Rügeregister eingetragene Sache, so hat der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle zum Zwecke der Bildung besonderer Akten beglaubigten Auszug aus den Akten erster Instanz für die höhere Instanz zu fertigen.

Artikel 24.

Das Amt der Staatsanwaltschaft wird in den höheren Instanzen nach Maßgabe des § 142 des Gerichtsverfassungsgesetzes ausgeübt.

Dem Vertreter der Staatsanwaltschaft kann jedoch in Forstrügesachen ein Beamter der Forstverwaltung beigegeben werden.

IV. Titel.

Strafvollstreckung und Kosten.

Artikel 25.

Die Vollstreckung der Freiheitsstrafen erfolgt durch den Amtsrichter.

Eine Erzwingung der Verbüßung der Strafe durch Arbeit findet nicht mehr statt.

Die Erhebung und die Beitreibung der Geldstrafen und der Nebenansätze erfolgt durch die zuständigen Finanzbehörden auf Grund von Erhebungslisten, welche der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle aus den Rügeregistern oder aus den Akten über die einzelnen erledigten Sachen zu fertigen hat. Auf die Beitreibung finden die Bestimmungen des Gesetzes, das Verfahren der Zwangsvollstreckung im Verwaltungswege betreffend, vom 30. September 1893 und die dazu erlassenen Ausführungsvorschriften Anwendung.

Die von den Finanzbehörden eingezogenen Schadenersatzgelder sind nach Abzug der Kosten der Einziehung an die Beschädigten auszuzahlen. Die Kosten der Einziehung sind von dem Ministerium der Finanzen im Einvernehmen mit dem Ministerium der Justiz festzusetzen.

Artikel 26.

Die Kosten des Verfahrens werden durch Verordnung geregelt.

Teil II

Dienstnachrichten.

Juli 1929

am 17. wurde der Schulamtsanwärter Georg Darmstadt aus Udenheim, Kreis Oppenheim, zum Lehrer an der Volksschule zu Bechtheim, Kreis Worms, die provisorische Handarbeitslehrerin Amanda Küster zu Darmstadt zur Handarbeitslehrerin an der Volksschule daselbst, beide mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 18. der Schulamtsanwärter Leonhard Müller aus Brensbach, Kreis Dieburg, zum Lehrer an der Volksschule zu Fränkisch-Crumbach, Kreis Dieburg, der Schulamtsanwärter Heinrich Rauber aus Stockhausen, Kreis Lauterbach, zum Lehrer an der Volksschule zu Pfordt, Kreis Lauterbach, der Schulamtsanwärter Willy Ehrhard aus Kirch-Brombach, Kreis Erbach, zum Lehrer an der Volksschule zu Langwaden, Kreis Bensheim, sämtlich mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 20. der Schulamtsanwärter Otto Ostheimer aus Dorndiel, Kreis Dieburg, zum Lehrer an der Volksschule zu Kirschhausen, Kreis Heppenheim, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 22. der Schulamtsanwärter Heinrich Gorr aus Nieder-Florstadt, Kreis Friedberg, zum Lehrer an der Volksschule zu Ober-Ofleiden, Kreis Alsfeld, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 26. der Polizeiwachtmeister Heinrich Wendel aus Darmstadt zum Kraftwagenführer beim Hessischen Finanzministerium, mit Wirkung vom 1. August an, —

am 27. die Jugendleiterin Pauline Neutz aus Steinbockenheim zur technischen Lehrerin an der Schillerschule (Lyzeum und Frauenschule) in Friedberg, mit Wirkung vom 1. Juli an, —

am 30. die prov. Handarbeitslehrerin an der Volksschule zu Schotten Anna Döß zur Handarbeitslehrerin an dieser Schule, der Lehrer Karl Nicolai zu Gonterskirchen, Kreis Schotten zum Lehrer an der Volksschule zu Mainzlar, Kreis Gießen, der Lehrer an der Volksschule zu Wieseck, Kreis Gießen, Ludwig Petri zum Rektor dieser Schule, die Lehrer Karl Heller zu Nieder-Florstadt, Kreis Friedberg, und Valentin Stumpf zu Burkhardsfelden, Kreis Gießen, zu Lehrern an der Volksschule zu Wieseck, Kreis Gießen, sämtlich mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, — der Justizinspektor bei dem Amtsgericht Darmstadt I Wilhelm Scheuermann zum geschäftsleitenden Justizinspektor bei dem Amtsgericht Groß-Gerau, mit Wirkung vom 15. August an, —

am 31. der Schulamtsanwärter Albert Maurer aus Maibach, Kreis Friedberg, zum Lehrer an der Volksschule zu Schotten, der Lehrer Heinrich Steinhauer zu Eichelsachsen, Kreis Schotten, zum Lehrer an der Volksschule zu Schotten, beide mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

August 1929

am 1. die Polizeiverwaltungsoberassistenten Hermann Breckheimer zu Friedberg, Wilhelm Happel zu Offenbach und Wilhelm Trommershäuser zu Friedberg, die Polizeiverwal-

tungsassistenten Georg Ahl zu Darmstadt, Georg Bormuth zu Bad-Nauheim, Robert Brückner zu Friedberg, Kurt Etzold zu Darmstadt, Jakob Frankenberger zu Darmstadt, Eberhard Hertkorn zu Friedberg, Friedrich Hock zu Darmstadt, Johannes Keil zu Bad-Nauheim, Anton Keller zu Darmstadt, Johannes Lutz zu Darmstadt, Heinrich Neubert zu Darmstadt, Emil Old zu Offenbach, Karl Schädel zu Friedberg, Georg Schöck zu Gießen, Peter Schwinn zu Darmstadt, Heinrich Walther zu Darmstadt, Philipp Weihert zu Darmstadt und Christian Wink zu Darmstadt zu Polizeiverwaltungssekretären, der Kriminalhauptwachtmeister Friedrich Eichenauer zu Darmstadt, die Polizeihauptwachtmeister Emil Bargon zu Offenbach, August Brenner zu Offenbach, Karl Dußmann zu Offenbach und Wilhelm Schloos zu Offenbach zu Polizeimeistern, der Polizeiverwaltungssekretär Karl Holler zu Friedberg zum Polizeiverwaltungsobersekretär, sämtlich mit Wirkung vom 1. August an, —

am 5. der Polizeihauptwachtmeister auf Probe Wilhelm Reinheimer zu Bad-Nauheim zum Polizeihauptwachtmeister, mit Wirkung vom 1. August an, —

am 7. der Kriminalinspektor Johann Stürmer zu Darmstadt zum Polizeirat, mit Wirkung vom 1. August an, —

am 8. der Regierungsbaurat Hermann Gombel zu Dieburg zum Vorstand des Hessischen Hochbauamts Friedberg mit der Amtsbezeichnung Oberbaurat, mit Wirkung vom 1. Oktober an, — der Lehrer Johann Heinrich Eichenauer zu Hergersdorf, Kreis Alsfeld, zum Lehrer an der Volksschule zu Alsfeld, der Lehrer Philipp Sturm zu Urberach, Kreis Dieburg, zum Lehrer an der katholischen Volksschule zu Dieburg, der Lehrer an der katholischen Volksschule zu Dieburg Joseph Wiedekind zum Rektor an dieser Schule, sämtlich mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 9. Georg Heyl aus Crumstadt zum Pfleger bei der Landes-Heil- und Pflegeanstalt „Philippshospital" bei Goddelau, mit Wirkung vom 11. August an, —

am 10. Philipp Wiegand aus Lorsch zum Pfleger bei der Landes-Heil- und Pflegeanstalt „Philippshospital" bei Goddelau, mit Wirkung vom 4. August an, —

am 11. die Gendarmeriehauptwachtmeister Karl Hirth zu Londorf, Ludwig Krug zu Gau-Odernheim und Albert Schmieder zu Goddelau zu Gendarmeriemeistern, mit Wirkung vom 1. August an, —

der Gendarmeriehauptwachtmeister Heinrich Mohr zu Arheilgen zum Gendarmeriemeister, mit Wirkung vom 1. September an, —

der Justizinspektor bei dem Amtsgericht Dieburg Johannes Breitwieser zum geschäftsleitenden Justizinspektor bei diesem Gericht, mit Wirkung vom 16. August an, —

der Justizinspektor bei dem Amtsgericht Butzbach Otto Schröder zum Justizinspektor bei dem Amtsgericht Darmstadt I, der Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Alzey Wilhelm Harot zum Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Butzbach, der Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Offenbach Johannes Georg Lorenz zum Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Michelstadt, der Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Lampertheim Fritz Schäfer zum Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Worms, der Oekonom bei dem Landeszuchthaus Marienschloß Max Walz zum Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Osthofen, sämtlich mit Wirkung vom 16. September an, —

der Justizpraktikant Heinrich Adam Hellwig zum Oberjustizsekretär bei einem noch zu bestimmenden Amtsgericht, der Justizpraktikant Karl Stoppelkamm zum Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Butzbach, der Justizpraktikant Karl Minor zum Oberjustizsekretär bei einem noch zu bestimmenden Gericht, der Justizpraktikant Johannes Wenzel zum Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Groß-Umstadt, der Justizpraktikant Paul Milek zum Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Offenbach, der Justizpraktikant Heinrich Kasper zum Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Hungen, der Justizpraktikant Heinrich Müller zum Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Alzey, der Justizpraktikant Karl Fröhlich zum Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Gernsheim, der Justizpraktikant Georg Geidel zum Oberjustizsekretar bei dem Amtsgericht Alsfeld, der Justizpraktikant Johannes Stumpf zum Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Lampertheim, der Justizpraktikant Philipp Weckler zum Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Worms, der Justizpraktikant Friedrich Rudolf Lahl zum Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Alsfeld, der Justizpraktikant August Markwort zum Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Vilbel, der Justizpraktikant Philipp Glenz zum Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Büdingen, der Justizpraktikant Fritz Fey zum Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Dieburg, der Justizpraktikant Ludwig Sebastian Hattemer zum Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Groß-Gerau, der Justizpraktikant Jakob Gruber zum Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Seligenstadt, der Justizpraktikant Adam Franz Kolb zum Oberjustizsekretär bei dem Amtsgericht Ortenberg, der Kanzleigehilfe bei dem Amtsgericht Homberg, Versorgungsanwärter Fritz Hammel zum Kanzleiassistenten, der Kanzlist bei dem Amtsgericht Darmstadt I Wilhelm Renkel zum Kanzleiassistenten, sämtlich mit Wirkung vom 1. August an, —

der Kanzleigehilfe bei dem Amtsgericht Altenstadt Wilhelm Theiß zum Kanzlisten, mit Wirkung vom 1. September an, ernannt.

Hessisches Regierungsblatt.

1929 **Darmstadt, den 18. Oktober 1929.** Nr. 16

(Siebenter Tag nach Ablauf des Ausgabetags 25. Oktober 1929.)

Inhalt: Teil I: Verordnung über den Bezug von Gerichtskostenmarken. S. 177 — Verordnung zur Aenderung der Verordnung über die Dienstverhältnisse der Gerichtsvollzieher. S. 177 — Bekanntmachung, Enteignung für Reichsbahnzwecke betreffend. S. 177 — Bekanntmachung, die Satzung des Gemeindeverbandes für den Kraftwagenbetrieb Wetterau betreffend. S. 178 — Bekanntmachung, die Enteignung für Zwecke der Reichswasserstraßenverwaltung betreffend. S. 178 — Verordnung, die Hegezeit für Rehwild betreffend. S. 178 — Bekanntmachung, den Wasserversorgungsverband Niddertal betreffend. S. 179 — Bekanntmachung, die Satzung der Historischen Kommission für den Volksstaat Hessen betreffend. S. 179 — Berichtigungen. S. 180 — Teil II: Namensänderungen. S. 180 — Zulassungen zur Rechtsanwaltschaft. S. 181 — Dienstnachrichten. S. 181 — Dienstentlassungen. S. 183 — Ruhestandsversetzungen. S. 183 — Sterbefälle. S. 184.

Teil I

Verordnung über den Bezug von Gerichtskostenmarken. Vom 26. August 1929.

§ 1.

Auf den Bezug von Gerichtskostenmarken findet die Verordnung, den Bezug von Stempelmarken betreffend, vom 14. Februar 1923 (Reg.-Bl. S. 33) entsprechende Anwendung.

§ 2.

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. April 1929 in Kraft.

Darmstadt, den 26. August 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Verordnung zur Aenderung der Verordnung über die Dienstverhältnisse der Gerichtsvollzieher.

Vom 13. September 1929.

Auf Grund der Artikel 28 und 29 des Ausführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz vom 3. Dezember 1878 (Reg.-Bl. S. 101), des Artikel 1 Abs. 2 des Ruhegehaltsgesetzes vom 18. Dezember 1923 (Reg.-Bl. 1924 S. 10) und des § 27 Abs. 1 Ziffer 2 der Reichsgebührenordnung für Gerichtsvollzieher vom 14. Dezember 1922 (Reichsgesetzbl. I S. 917) wird verordnet:

§ 1.

Die Verordnung über die Dienstverhältnisse der Gerichtsvollzieher vom 13. Juli 1928 (Reg.-Bl. S. 142) wird wie folgt geändert und ergänzt:

I. Im Art. 3 werden die Worte „die Hälfte des Mehreinkommens" ersetzt durch „das Mehreinkommen".

II. Im Art. 4 wird das Wort „Zuschüsse" ersetzt durch „Ablieferungen".

III. Im Art. 5 wird am Ende des zweiten Satzes nach einem Komma angefügt: „für die anderen Gerichtsvollzieher der Betrag von 500,— RM."

IV. Im Art. 7 wird folgende Ziffer 3 eingestellt: „3.) den Gerichtsvollziehern an Stelle der Reisekosten, die ihnen nach der Reichsgebührenordnung für Gerichtsvollzieher zustehen, im Einvernehmen mit dem Finanzminister eine anderweite Vergütung zu gewähren."

§ 2.

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1929 in Kraft.

Darmstadt, den 13. September 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Bekanntmachung, Enteignung für Reichsbahnzwecke betreffend. Vom 3. September 1929.

Nachstehend wird die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 8. August 1929, mit der zum Erwerb des für die Verlegung des Stellwerks I auf Bahnhof Gau-Algesheim erforderlichen Geländes die Enteignung für zulässig erklärt worden ist und die in gleicher Angelegenheit ergangene Entscheidung des Herrn Reichsverkehrsministers vom 28. August 1929 veröffentlicht.

Darmstadt, den 3. September 1929.

Der Hessische Minister des Innern.

In Vertretung: Dr. Wehner.

Verordnung über Enteignung für Reichsbahnzwecke.

Auf Grund des Art. 90 der Reichsverfassung und des § 38 (2) des Gesetzes über die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft vom 30. August 1924 (Reichsgesetzbl. II S. 272 ff.) in Verbindung mit den Artikeln 1 und 2 des Hessischen Enteignungsgesetzes vom 26. Juli 1884, in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. September 1899 (Reg.-Bl. S. 735), wird auf Antrag der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft zum Erwerbe des für die Verlegung des Stellwerks I auf dem Bahnhof Gau-Algesheim von der Nordseite auf die Südseite des Bahnkörpers erforderlichen Geländes die Enteignung einer Fläche von etwa 120 m² aus dem Grundstücke Flur I Nr. 855 für zulässig erklärt.

Berlin, den 8. August 1929.

Der Reichspräsident

(L. S.) gez.: von Hindenburg.

Der Reichsverkehrsminister

gez.: Dr. Stegerwald.

Entscheidung in einer Enteignungsangelegenheit.

Nachdem durch die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 8. August 1929 zum Erwerbe des für die Verlegung des Stellwerks I auf dem Bahnhof Gau-Algesheim von der Nordseite auf die Südseite des Bahnkörpers erforderlichen Geländes die Enteignung für zulässig erklärt worden ist, wird auf Grund des § 38 (2) des Reichsbahngesetzes vom 30. August 1924 (Reichsgesetzbl. II. S. 272 ff.) in Verbindung mit Artikel 2 des hessischen Gesetzes, die Enteignung von Grundeigentum betreffend, vom 26. Juli 1884 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. September 1899 (Reg.-Bl. S. 677) die Frist zur Stellung des Antrags auf Einleitung des Enteignungsverfahrens auf sechs Monate festgesetzt.

Berlin, den 28. August 1929.

Der Reichsverkehrsminister

(L. S.) gez.: Dr. Stegerwald.

Bekanntmachung, die Satzung des Gemeindeverbandes für den Kraftwagenbetrieb Wetterau betreffend.

Vom 12. September 1929.

Auf Grund des Art. 197 des Gesetzes, die Landgemeindeordnung betreffend, vom 8. Juli 1911 ist die neue Satzung des nunmehr aus den Gemeinden Nieder-Florstadt, Ober-Florstadt, Ossenheim, Friedberg und Bad-Nauheim bestehenden Gemeindeverbandes für den Kraftwagenbetrieb Wetterau bestätigt worden.

Darmstadt, den 12. September 1929.

Der Hessische Minister des Innern.

In Vertretung: Dr. Wehner.

Bekanntmachung, die Enteignung für Zwecke der Reichswasserstraßenverwaltung betreffend.

Vom 16. September 1929.

Der nachstehende Erlaß des Herrn Reichsverkehrsministers vom 12. August 1929 wird hiermit im Nachgang zu meiner Bekanntmachung vom 15. Juli 1929 (Reg.-Bl. Nr. 14 S. 161) veröffentlicht.

Darmstadt, den 16. September 1929.

Der Hessische Minister des Innern.

In Vertretung: Dr. Wehner.

Auf Grund von Artikel 2 Absatz 2 des hessischen Gesetzes die Enteignung von Grundeigentum betreffend, in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. September 1899 (Reg.-Bl. S. 735) wird in Abänderung meiner Bekanntmachung vom 11. Juni 1929 — W. II. I. 1683 — die Frist, innerhalb der der Antrag auf Einleitung der Enteignung für die Umkanalisierung des Untermains von der Kostheimer Straßenbrücke (Main — km 1,4) bis zur oberen Frankfurter Eisenbahnbrücke (Main — km 32,8) zu stellen ist, bis zum 31. Dezember 1931 verlängert.

Die Zulässigkeit der Enteignung ist durch die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 18. Mai 1929 festgestellt.

Berlin, den 12. August 1929.

Der Reichsverkehrsminister

(Siegel) gez.: Dr. Stegerwald.

Verordnung, die Hegezeit für Rehwild betreffend.

Vom 9. Oktober 1929.

Auf Grund des Art. 29 des Jagdstrafgesetzes vom 19. Juli 1858 bestimme ich hiermit in Abweichung von den Vorschriften in § 2 Ziffer 1 und 2 der Verordnung, die Ausführung des Jagdstrafgesetzes, insbesondere Anordnungen wegen der Hegezeit betreffend, vom 29. April 1914 (Reg.-Bl. S. 218) in der Fassung der Verordnung vom 12. Dezember 1921 (Reg.-Bl. S. 324) das Folgende:

1. Die Schußzeit für weibliches Rehwild wird für dieses Jahr auf die Zeit vom 16. Oktober — 30. November festgesetzt;
2. die Hegezeit für männliches Rehwild beginnt in diesem Jahr bereits mit dem 1. Dezember.

Darmstadt, den 9. Oktober 1929.

Der Hessische Minister des Innern.
In Vertretung: Dr. Reitz.

Bekanntmachung, den Wasserversorgungsverband Niddertal betreffend. Vom 11. Oktober 1929.

Auf Grund der Artikel 196 und 197 des Gesetzes, die Landgemeindeordnung betreffend, vom 11. Juli 1911 ist der Satzung des Wasserversorgungsverbands Niddertal die Bestätigung erteilt worden. Der Verband ist aus den Gemeinden Eckartsborn, Effolderbach, Lißberg, Ortenberg, Selters und Wippenbach und der selbständigen Gemarkung Konradsdorf gebildet und hat seinen Sitz in Ortenberg.

Darmstadt, den 11. Oktober 1929.

Der Hessische Minister des Innern.
Leuschner.

Bekanntmachung, die Satzung der Historischen Kommission für den Volksstaat Hessen betreffend.
Vom 9. Oktober 1929.

Nachstehend bringe ich die Satzung der Historischen Kommission für den Volksstaat Hessen zur öffentlichen Kenntnis.

Darmstadt, den 9. Oktober 1929.

Der Hessische Minister für Kultus und Bildungswesen.
In Vertretung: Urstadt.

Satzung der Historischen Kommission für den Volksstaat Hessen.

§ 1.

Die Historische Kommission für den Volksstaat Hessen hat die Aufgabe, die Kenntnis der heimischen Geschichte durch Veröffentlichung von Quellen und darstellenden Arbeiten zu fördern.

§ 2.

Die Kommission besteht aus:

1. dem Minister für Kultus und Bildungswesen, oder einem von ihm ernannten Stellvertreter als Vorsitzenden,
2. zehn vom Minister für Kultus und Bildungswesen auf Vorschlag der Kommission ernannten Mitgliedern und
3. fünf Mitgliedern, die vom Verband der Geschichts- und Altertumsvereine des Volksstaats Hessen vorgeschlagen und nach Anhören der Kommission vom Minister für Kultus und Bildungswesen ernannt werden.

§ 3.

Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod, Verzicht oder Wegzug aus Hessen. Einem Mitglied, das auf seine Mitgliedschaft verzichtet, kann die Ehrenmitgliedschaft mit sämtlichen Rechten eines Mitglieds außer dem Stimmrecht verliehen werden.

§ 4.

Außer den in § 2 genannten Mitgliedern haben in der Kommission Sitz und Stimme ständige Vertreter von Körperschaften, die einen Jahresbeitrag von mindestens 1000 RM. bezahlen. Sie werden von den Körperschaften im Einvernehmen mit der Kommission bestellt.

Die Körperschaften sind außerdem berechtigt, zu der Hauptversammlung Vertreter mit beratender Stimme zu entsenden.

§ 5.

Körperschaften und Einzelpersonen, die einen einmaligen Beitrag von wenigstens 1000 RM. bezahlen, werden als Stifter, Körperschaften, die sich zu einem Jahresbeitrag von mindestens 150 RM. und Einzelpersonen, die sich zu einem solchen von mindestens 50 RM. verpflichten, werden als Förderer geführt.

§ 6.

Ein Verzeichnis der Mitglieder und Ehrenmitglieder, der ständigen Vertreter von Körperschaften, der Stifter und Förderer wird jeder Veröffentlichung der Kommission vorausgeschickt.

§ 7.

Die Mitglieder, die Ehrenmitglieder und die ständigen Vertreter von Körperschaften erhalten die Veröffentlichungen der Kommission unentgeltlich, die Stifter und Förderer zu einem von Fall zu Fall festzusetzenden Vorzugspreis.

§ 8.

Die Kommission faßt Beschluß über die vorzunehmenden Arbeiten. Sie wählt für jedes Unternehmen aus ihrer Mitte einen Ausschuß von mindestens drei Personen, bestellt eine von diesen als Leiter des Unternehmens und bestimmt auf Vorschlag des Ausschusses den Bearbeiter.

§ 9.

Die Arbeitsausschüsse bereiten die Veröffentlichungen vor, bestellen die erforderlichen Hilfskräfte, prüfen die

fertig gestellte Arbeit und berichten der Hauptversammlung über den Stand der noch nicht abgeschlossenen Unternehmen.

Die Bearbeiter und die Mitglieder eines Ausschusses haben das Recht, bei Meinungsverschiedenheiten die Entscheidung der Kommission anzurufen.

§ 10.

Die Kommission beschließt mit Stimmenmehrheit; stimmberechtigt sind nur die anwesenden Mitglieder und ständigen Vertreter von Körperschaften. In eiligen Fällen kann schriftlich abgestimmt werden. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.

Satzungsänderungen erfordern eine Zweidrittelmehrheit.

§ 11.

Die Kommission wählt aus ihrer Mitte einen ständigen Sekretär, der die Ausführung der Beschlüsse überwacht und die laufenden Geschäfte erledigt.

§ 12.

Die Geldmittel der Kommission werden durch einen vom Vorsitzenden ernannten Rechner verwaltet. Alljährlich ist der Kommission Rechnung zu legen.

Das Rechnungsjahr läuft von April zu April.

§ 13.

Im Frühjahr eines jeden Jahres hält die Kommission ihre Hauptversammlung ab, in der sie die Berichte der Ausschüsse entgegennimmt, die Jahresrechnung prüft und genehmigt, sowie den Voranschlag für das nächste Rechnungsjahr feststellt.

§ 14.

Zur Hauptversammlung werden die Stifter und Förderer eingeladen; auch können solche Bearbeiter und Hilfsarbeiter zugezogen werden, die nicht Mitglieder der Kommission sind.

§ 15.

Für die Teilnahme an den Sitzungen der Kommission und der Arbeitsausschüsse sowie für die im Dienste der Kommission unternommenen Reisen erhalten die Mitglieder, die Ehrenmitglieder und die ständigen Vertreter von Körperschaften Ersatz der Reisekosten und Tagegelder nach Stufe IV des Ausschreibens vom 10. Dezember 1924. Die Tagegelder der Bearbeiter und Hilfsarbeiter unterliegen besonderer Vereinbarung.

Darmstadt, den 9. Oktober 1929.

Der Hessische Minister für Kultus und Bildungswesen.

In Vertretung: Urstadt.

Berichtigungen.

In der Verordnung über die Bildung eines Schutzforstes aus dem zu dem Fürst zu Leiningenschen Familienfideikommiß gehörenden Wald vom 21. Mai 1929, Reg.-Bl. S. 78, wird die Grundstücksbezeichnung Fl. I Nr. $5^{5}/_{10}$ unter Ziff. 1 (Gemarkung Eduardstal) in Fl. I Nr. $2^{5}/_{10}$ berichtigt.

In der Bekanntmachung über Erteilung von Rheinschifferpatenten vom 4. Juli 1929 (Reg.-Bl. S. 155) muß es in dem auf Seite 157 abgedruckten Muster eines Zeugnisses über die nautische Befähigung und die Eignung zum Vorgesetzten in der Ueberschrift anstelle des Wortes „Kraft" „Triebkraft" heißen. Die Ueberschrift hat daher wie folgt zu lauten:

Zeugnis
über die nautische Befähigung und die Eignung zum Vorgesetzten — als Kahnführer — als Führer eines Fahrzeugs mit eigener Triebkraft.

Teil II

Namensänderungen.

Juli 1929

am 1. wurde dem am 16. Dezember 1904 zu Lindenfels i. O. geborenen Georg Bitsch gestattet, hinter dem seitherigen Vornamen in Zukunft den weiteren Vornamen „Michael", —

am 27. wurde dem am 6. September 1924 zu Darmstadt geborenen Otto Meyer gestattet, an Stelle seines seitherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Zimmer", —

August 1929

am 6. wurde dem am 17. April 1929 zu Darmstadt geborenen Erhard Michael Wirth, Sohn des praktischen Arztes Dr. med. Carl Friedrich Wirth in Babenhausen, gestattet, an Stelle seiner seitherigen Vornamen in Zukunft die Vornamen „Hans Jürgen", —

am 9. wurde dem am 20. November 1907 zu Mainz geborenen Schmul Hirsch Blatt, jetzt in Darmstadt, Arheilger Straße 5, wohnhaft, gestattet, an Stelle seiner seitherigen Vornamen in Zukunft den Vornamen „Hermann", —

am 24. wurde dem Erich Klausfelder in Mainz-Kostheim, geb. am 28. Dezember 1928, gestattet, neben seinem seitherigen Vornamen in Zukunft den weiteren Vornamen „Philipp", —

am 30. wurde dem Michael Horn in Flörsheim a. M., geboren am 14. Mai 1907, gestattet, vor seinem seitherigen Vornamen in Zukunft den weiteren Vornamen „Adolf", —

September 1929

am 9. wurde der Luise Büttner in Darmstadt, geboren am 19. Juni 1929, gestattet, vor ihrem seitherigen Vornamen in Zukunft den weiteren Vornamen „Eva", —

am 19. wurde dem Hans Michel in Darmstadt, geboren am 31. August 1920, gestattet, nach seinem seitherigen Vornamen in Zukunft den weiteren Vornamen „Werner" — zu führen.

Zulassungen zur Rechtsanwaltschaft.

Juli 1929

am 19. wurde der Rechtsanwalt Georg Michael Nathan in Worms gleichzeitig zur Rechtsanwaltschaft bei dem Landgericht der Provinz Rheinhessen zugelassen;

August 1929

am 5. wurde der Gerichtsassessor Karl Kanka in Offenbach zur Rechtsanwaltschaft bei dem Amtsgericht und der Kammer für Handelssachen in Offenbach sowie bei dem Landgericht in Darmstadt zugelassen;

am 29. wurde der Gerichtsassessor Ludwig Köbler in Mainz zur Rechtsanwaltschaft bei dem Landgericht der Provinz Rheinhessen in Mainz zugelassen;

September 1929

am 3. wurde der Gerichtsassessor Ebo Rothschild in Darmstadt zur Rechtsanwaltschaft bei dem Landgericht der Provinz Starkenburg in Darmstadt und bei der Kammer für Handelssachen in Offenbach zugelassen;

der Regierungsassessor Dr. Alfred Stumpff in Darmstadt zur Rechtsanwaltschaft bei dem Amtsgericht Alzey zugelassen.

Dienstnachrichten.

August 1929

am 2. wurde der Schulamtsanwärter Heinrich Müller aus Stockstadt a. M. (Unterfranken) zum Lehrer an der Volksschule zu Erzbach, Kreis Erbach, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 5. die Schulamtsanwärterin Elli Schuchardt aus Wiblingen zur Lehrerin an der Volksschule zu Eich, Kreis Worms, der Schulamtsanwärter Anton Hübner aus Klein-Hausen, Kreis Bensheim, zum Lehrer an der katholischen Volksschule zu Seckmauern, Kreis Erbach, beide mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 7. der Kanzleigehilfe bei der Zellenstrafanstalt Butzbach Peter Schubert zum Kanzlisten, mit Wirkung vom 1. August an, —

am 12. der Polizeihauptwachtmeister Georg König zu Offenbach zum Kriminalhauptwachtmeister, mit Wirkung vom 1. August an, —

am 14. bei der Hessischen Landesbank der Oberrechnungsrat Georg Knierim zu Darmstadt zum Rechnungsdirektor, der Rechnungsrat Adam Krichbaum daselbst zum Oberrechnungsrat, der Bankbuchhalter Georg Nieder daselbst zum Rechnungsrat bei dieser Bank, sämtlich mit Wirkung vom 1. August an, —

der Kanzleigehilfe beim Amtsgericht Alzey Karl Corell zum Kanzlisten, der Kanzleigehilfe bei dem Landeszuchthaus Marienschloß Heinrich Rühl zum Kanzlisten, beide mit Wirkung vom 1. September an, —

am 16. der Gendarmeriehauptwachtmeister auf Probe Philipp Schaffner zu Eichelsdorf zum Gendarmeriehauptwachtmeister, mit Wirkung vom 1. August an, —

der Rechnungsrat im Hessischen Ministerium der Finanzen Rudolf Vogler zu Darmstadt unter Belassung der derzeitigen Amtsbezeichnung zum Steuerkontrollbeamten, —

die Lehrer Philipp Beilstein zu Nieder-Kainsbach, Kreis Erbach, Ludwig Rinn zu Bickenbach, Kreis Bensheim, Hermann Roth zu Wettsaasen, Kreis Alsfeld, zu Lehrern und die Lehrerin Elise Limberger zu Lampertheim, Kreis Bensheim, zur Lehrerin an der Volksschule zu Offenbach, sämtlich mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

die Schulamtsanwärter Heinrich Bullmann aus Ober-Rosbach, Kreis Friedberg, Wilhelm Diel aus Dorn-Assenheim, Kreis Friedberg, Ernst Franz aus Offenbach, Otto Gießen aus Offenbach, Wilhelm Sauer aus Offenbach, Dr. Ernst Ludwig Wendel aus Offenbach, zu Lehrern an der Volksschule zu Offenbach, die Schulamtsanwärterinnen Marie Heim, geb. Goes, aus Ortenberg, Kreis Büdingen, Henriette Kriegbaum aus Metz, Hedwig Otterpohl aus Birstein, zu Lehrerinnen an der Volksschule zu Offenbach, sämtlich mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

der Justizinspektor bei dem Amtsgericht Osthofen Philipp Spaar zum Justizinspektor bei dem Amtsgericht Gießen, mit Wirkung vom 16. September an — ernannt;

am 17. der Obereichmeister Paul Förster beim Eichamt zu Mainz auf Antrag des Landes-Eichungsamtes als Obereichmeister an das Eichamt Bingen, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an — versetzt;

am 20. der Kanzleigehilfe bei dem Amtsgericht Offenbach Josef Löw zum Kanzlisten, mit Wirkung vom 1. September an, —

der Kanzleigehilfe Heinrich Roth aus Erfelden zum Kanzlisten bei der Landes-Heil- und Pflegeanstalt „Philippshospital" bei Goddelau, mit Wirkung vom 25. August an, —

am 21. der Schulamtsanwärter Hans Schwedes in Frankfurt a. M. zum Lehrer an der Volksschule zu Steinbach, Kreis Erbach, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 22. der Kanzleigehilfe bei dem Amtsgericht Bingen Leonhard Peil zum Kanzlisten, mit Wirkung vom 1. August an, —

am 23. Johannes Delp aus Unter-Ostern zum Pfleger bei der Landes-Heil- und Pflegeanstalt „Philippshospital" bei Goddelau, mit Wirkung vom 23. August an, —

der Ministerialoberrevisor Karl Heldmann zu Darmstadt zum Rechnungsrat beim Hessischen Ministerium der Finanzen, mit Wirkung vom 16. August an, —

Der Steuerinspektor beim Finanzamt Lauterbach Franz Metzger zu Lauterbach zum Ministerialoberrevisor beim Hessischen Ministerium der Finanzen, mit Wirkung vom 1. September an, —

am 29. die Lehrer Johannes Immel zu Homberg, Kreis Alsfeld, Ernst Ploch zu Lollar, Kreis Gießen, und Richard Schönheit zu Ulfa, Kreis Schotten, zu Lehrern an der Volksschule zu Gießen, sämtlich mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

die Kanzleigehilfen Otto Gerber in Oppenheim zum Kanzlisten bei dem Kreisamt Oppenheim und Wilhelm Stern in Dieburg zum Kanzlisten bei dem Kreisamt Dieburg, beide mit Wirkung vom 20. August an, —

die Schulamtsanwärter Georg Heß aus Hetzbach, Kreis Erbach, Dr. Adam Scheurer aus Mainz, zu Lehrern an der Volksschule zu Gießen, die Zeichenlehramtsanwärterin Katharina Grode aus Bad-Nauheim, Kreis Friedberg, zur Zeichenlehrerin an der Volksschule zu Gießen, sämtlich mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 30. der Kriminalhauptwachtmeister Karl Konrad zu Offenbach zum Kriminalsekretär, der Kriminalsekretär Christian Arend zu Darmstadt zum Kriminalpolizeimeister, beide mit Wirkung vom 1. August an, —

September 1929

am 3. der Lehrer Karl Dietrich zu Offenheim, Kreis Alzey, zum Lehrer an der Volksschule zu Alzey, der Lehrer Georg Ertel an der Volksschule zu Bretzenheim, Kreis Mainz, zum Rektor an dieser Schule, der Schulamtsanwärter Friedrich Jährling aus Wöllstein, Kreis Alzey, zum Lehrer an der Volksschule zu Alzey, sämtlich mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 5. der Kanzleigehilfe bei dem Amtsgericht Offenbach Emil Nees zum Kanzlisten, mit Wirkung vom 1. September an, —

am 6. der Vermessungsoberinspektor Karl Engel beim Feldbereinigungsamt zu Friedberg, Abteilung Müller, zum Bureaudirektor, der Vermessungsinspektor Karl Philipp Weith beim Feldbereinigungsamt zu Gießen, Abteilung Mayer, zum Vermessungsoberinspektor, der überplanmäßige Obervermessungssekretär des Feldbereinigungsamts zu Lauterbach, Abteilung Tag, Karl Schäfer zu Schlitz zum planmäßigen Obervermessungssekretär, sämtlich mit Wirkung vom 1. September an, —

am 7. der Lehrer an der Volksschule zu Offenbach Friedrich Walter zum Diplomlehrer an der kaufmännischen Abteilung der Fortbildungsschule zu Darmstadt, der Justizinspektor bei dem Amtsgericht Gießen Friedrich Schmalz zum geschäftsleitenden Justizinspektor bei dem Amtsgericht Homberg, beide mit Wirkung vom 1. Oktober an, —

am 9. der Kommunalforstwart Christian Weiß zu Gronau auf Grund des Artikel 3 des Gesetzes über die Ermächtigung der Staatsregierung zur Neuregelung der Dienstbezüge der Kommunalforstwarte sowie zur Neueinteilung der Försterein vom 30. Juli 1920 unter Vorbehalt der Regelung der Dienstaltersfolge vom 1. August 1929 ab in den Staatsdienst übernommen und zum Förster der Försterei Hohenstein, —

am 10. der Lehrer Georg Nußbickel zu Trösel, Kreis Heppenheim, zum Lehrer an der Volksschule zu Rhein-Dürkheim, Kreis Worms, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 11. der Lehrer Georg Falter zu Lauerbach, Kreis Erbach, zum Lehrer an der Volksschule zu Erbach i. O., mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 13. der Rechnungsrat bei dem Hessischen Ministerium der Finanzen Heinrich Koch zu Darmstadt zum Hauptstaatskassier, der Rechnungsrat bei der Hessischen Hauptstaatskasse Max Häußler zu Darmstadt zum Rechnungsrat bei dem Ministerium der Finanzen, beide mit Wirkung vom 1. September an, —

am 14. der Lehrer Fritz Geiger zu Ober-Florstadt, Kreis Friedberg, zum Lehrer an der Volksschule zu Nidda, Kreis Büdingen, der Lehrer Ludwig Runk zu Okarben, Kreis Friedberg, zum Lehrer an der Volksschule zu Nidda, Kreis Büdingen, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 19. der Landgerichtsdirektor Dr. Hetzel in Mainz bis auf weiteres zum stellvertretenden richterlichen Mitglied des ärztlichen Ehrengerichts für die Provinz Rheinhessen in Mainz, —

der Lehrer Heinrich Roth zu Trais-Horloff, Kreis Gießen, zum Lehrer an der Volksschule zu Klein-Linden, Kreis Gießen, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 20. die Lehrer Georg Kling und Gustav Kaufmann an der Volksschule in Gießen zu Rektoren an dieser Schule, mit Wirkung vom 1. Oktober an,

am 21. der Privatdozent an der Universität München Dr. ing. Clemens Schöpf zum ordentlichen Professor für organische Chemie an der Technischen Hochschule zu Darmstadt, mit Wirkung vom 1. Oktober an — ernannt.

Dienstentlassungen.

September 1929

am 7. wurde der Leiter der kaufmännischen Abteilung der Fortbildungsschule zu Darmstadt, Direktor Dr. Philipp Zeiger, auf sein Nachsuchen, der Lehrer an der Volksschule zu Darmstadt Wilhelm Kayser auf sein Nachsuchen, beide mit Wirkung vom 1. Oktober an aus dem hessischen Schuldienst entlassen;

am 10. der ordentliche Professor für alttestamentliche Wissenschaft in der Theologischen Fakultät der Landesuniversität Gießen D. Dr. Baumgartner in Gießen, mit Wirkung vom 1. Oktober an aus dem hessischen Staatsdienst entlassen.

Ruhestandsversetzungen.

August 1929

am 1. wurde der Notar mit dem Amtssitz in Wöllstein Justizrat Richard Münch auf Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Oktober an, —

am 6. der Förster Oskar Dittmar zu Forsthaus Kühkopf auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. September an, —

am 12. der Kommunalforstwart Jakob Bardonner zu Reichelsheim auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. September an, —

am 14. der hauptamtliche Fortbildungsschullehrer an der Fortbildungsschule zu Darmstadt Heinrich Sinn auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Oktober an, —

am 16. die Lehrerin an der Volksschule zu Mainz Barbara Bausemer auf ihr Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. September an, —

am 24. der Lehrer an der Volksschule zu Weiterstadt im Kreise Darmstadt, Jakob Seeger auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. September an, —

September 1929

am 4. der Lehrer Johann Hoch an der Volksschule zu Egelsbach im Kreise Offenbach, die Lehrerin Magdalene Zehnpfennig an der Volksschule zu Viernheim im Kreise Heppenheim, mit Wirkung vom 1. Oktober an, —

am 7. der Fachlehrer für Obst- und Gemüsebau Karl Heyden bei der Lehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau zu Oppenheim auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Oktober an, —

am 9. der ordentliche Professor in der philosophischen Fakultät der Landesuniversität Geh. Hofrat Professor Dr. Karl Elbs auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Oktober an, —

am 10. der ordentliche Professor für organische Chemie an der Technischen Hochschule Darmstadt Professor Dr. Hermann Finger auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Oktober an, —

am 16. der Oberstudienrat an dem Realgymnasium zu Mainz Siegfried Upken auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Oktober an, —

am 18. der Lehrer an der Volksschule zu Bermersheim, Kreis Alzey, Adam Knab auf sein Nachsuchen mit Wirkung vom 1. Oktober an, —

am 20. der Oberforstmeister Hugo Kirchner zu Dieburg auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Dezember an, —

am 23. der Lehrer an der Volksschule zu Friedberg, Heinrich Henkel auf sein Nachsuchen, die Oberreallehrerin an dem Lyzeum zu Alzey Hedwig Leydhecker auf ihr Nachsuchen, beide mit Wirkung vom 1. Oktober an — in den Ruhestand versetzt.

Auf Grund des § 1 des Gesetzes über die Altersgrenze der Staatsbeamten vom 2. Juli 1923 bzw. 19. Dezember 1923 in der Fassung des Gesetzes vom 8. Oktober 1925 (Reg.-Bl. S. 249) wurde

a) in den dauernden Ruhestand versetzt:

August 1929:

am 1. der Seminarlehrer im einstweiligen Ruhestand Karl Emil Müller zu Friedberg;

b) in den Ruhestand:

September 1929

am 1. die Handarbeitslehrerin Margarete Keller Witwe an der Volksschule zu Eberstadt, Kreis Darmstadt, der Oberstudienrat Dr. Jakob Dingeldey am Realgymnasium in Darmstadt, der Oberlehrer Leonhard Thierolf an der Oberrealschule am Friedrichsplatz in Offenbach, die Lehrer Jakob Baußmann an der Volksschule zu Albig, Kreis Alzey, Johannes Helmreich an der Volksschule zu Darmstadt, Georg Höchst an der Volksschule zu Odenhausen, Kreis Gießen, Johannes Jakob an der Volksschule zu Weschnitz, Kreis Heppenheim, Philipp Weber an der Volksschule zu Gonsenheim, Kreis Mainz;

Oktober 1929

am 1. der Oberstudienrat an der Oberrealschule in Gießen Dr. Richard Trapp, die Lehrer Philipp Dirigo an der Volksschule zu Mainz, Johann Engel an der Volksschule zu Eichloch, Kreis Oppenheim, Max Weiß an der Volksschule zu Klein-Zimmern, Kreis Dieburg, der Oberstudienrat Ludwig Dietrich an der Liebigs-Oberrealschule in Darmstadt.

Auf Grund des Gesetzes über die Altersgrenze der Staatsbeamten vom 2. Juli bzw. 19. Dezember 1923 (Reg.-Bl. S. 509 und 511) in der Fassung des Gesetzes vom 8. Oktober 1925 (Reg.-Bl. S. 249) wurde in den Ruhestand versetzt:

Oktober 1929

am 1. der Justizinspektor beim Amtsgericht Mainz Johann Heinrich Schönell.

Auf Grund des § 1 des Gesetzes über die Altersgrenze der Staatsbeamten vom 2. Juli bezw. 19 Dezember 1923 in Verbindung mit Artikel 2 des Gesetzes über die Einstellung des Personalabbaues in Hessen und zur Aenderung des hessischen Personalabbaugesetzes vom 8. Oktober 1925 wurde in den Ruhestand versetzt:

September 1929

am 1. der Förster Heinrich Schaaf zu Eisa.

Auf Grund des Gesetzes über die Altersgrenze der Staatsbeamten vom 2. Juli bezw. 19. Dezember 1923 und des Gesetzes über Einstellung des Personalabbaues in Hessen und zur Aenderung des hessischen Personalabbaugesetzes vom 8. Oktober 1925 wurde in den endgültigen Ruhestand versetzt:

Oktober 1929

am 1. der im einstweiligen Ruhestand befindliche Bauinspektor Ludwig Göth zu Dieburg.

Auf Grund des Gesetzes über die Altersgrenze der Staatsbeamten vom 2. Juli bzw. 19. Dezember 1923 in der Fassung des Gesetzes über die Einstellung des Personalabbaues in Hessen und zur Aenderung des Hessischen Personalabbaugesetzes vom 8. Oktober 1925 tritt der Schloßbeschließer Joseph Geiger zu Darmstadt am 1. Januar 1930 in den Ruhestand.

Auf Grund des Artikel 14 des Polizeibeamtengesetzes vom 31. März 1928 wurden in den Ruhestand versetzt:

der Gendarmeriekommissar Ludwig Werner in Schotten, mit Wirkung vom 1. September an,

der Kriminalsekretär Wilhelm Rau zu Lampertheim, mit Wirkung vom 1. Dezember an.

Sterbefälle.

Gestorben sind:

März 1929

am 1. der Pedell i. R. Philipp Fuchs zu Worms;

Mai 1929

am 16. der Lehrer i. R. Karl Otto in Allendorf (Lda.);

am 28. der Rektor i. R. Georg Frieß zu Rimbach i. O.;

Juni 1929

am 21. der Lehrer i. R. Philipp Rodenbach zu Wöllstein, Kreis Alzey;

am 26. der Lehrer August Schneider zu Ober-Gleen, Kreis Alsfeld;

Juli 1929

am 3. der Rektor i. R. Wilhelm Reeg zu Darmstadt;

am 4. der Lehrer Josef Deubler zu Offenbach;

am 15. der Hauptlehrer i. R. Phil. Ludwig Rettig zu Mainz,

der ordentliche Professor Dr. Georg Wilhelm Koehler zu Darmstadt,

der Oberjustizinspektor Konrad Seim in Homberg;

am 21. die Lehrerin Johanna Diehl zu Offenbach;

der Kanzleiassistent i. R. Otto Bauer in Offstein bei Worms;

am 23. der Lehrer i. R. Joseph Staat zu Weisenau, Kreis Mainz;

am 24. der Pfleger Simon Emig bei der Landes-Heil- und Pflegeanstalt bei Heppenheim;

am 27. der Oberjustizinspektor i. R. Johann Georg Gölz in Schlitz;

am 30. der Oberreallehrer i. R. Karl Georg Spielmann zu Worms;

August 1929

am 12. der Fachlehrer Peter Dörr zu Offenbach;

am 14. der Gefangenaufseher i. R. Julius Reinelt in Mainz;

am 16. der Lehrer i. R. Gallus Grün in Wiesbaden;

am 17. der Lehrer i. R. Friedrich Herbst zu Darmstadt;

der Lehrer i. R. Ludwig Seip von Geiß-Nidda, zuletzt wohnhaft zu Gießen;

am 23. der Oberlehrer i. R. Prof. Dr. Hermann Reutzel zu Darmstadt;

am 24. der Justizsekretär Franz Roeder in Worms;

September 1929

am 2. der Lehrer i. R. Heinrich Hofferberth zu Darmstadt.

Hessisches Regierungsblatt.

1929 **Darmstadt, den 6. Dezember 1929.** Nr. 17

(Siebenter Tag nach Ablauf des Ausgabetags 13. Dezember 1929.)

Inhalt: Teil I: Bekanntmachung, die Ausführung des Gesetzes vom 27. April 1881 über die Ausübung und den Schutz der Fischerei betreffend. S. 185 — Bekanntmachung über Einfuhr von Tieren für Zoologische Gärten und Tierparke. S. 185 — Bekanntmachung, Ortsklassenverzeichnis betreffend. S. 187 — Bekanntmachung, Konzessionierung der erweiterten Straßenbahnlinie 3 zu Darmstadt vom Hauptbahnhof nach der Waldkolonie bis zum Rodensteinweg betreffend. S. 187 — Zweite Verordnung, die Durchführung der Unfallversicherung in den Gemeinden betreffend. S. 187 — Verordnung, die Abänderung der Verordnung vom 8. November 1909 über die Dampfkessel betreffend (Reg.-Bl. S. 297). S. 188 — Teil II: Bekanntmachung, die Bestellung der Prüfungskommission für die staatlich anerkannte Krankenpflegeschule im Städtischen Krankenhaus in Mainz betreffend. S. 188 — Namensänderungen. S. 188 — Zulassungen zur Rechtsanwaltschaft. S. 189 — Dienstnachrichten. S. 189 — Dienstentlassungen. S. 191 — Ruhestandsversetzungen. S. 191 — Berichtigung. S. 192 — Sterbefälle. S. 192.

Teil I

Bekanntmachung, die Ausführung des Gesetzes vom 27. April 1881 über die Ausübung und den Schutz der Fischerei betreffend.

Vom 25. November 1929.

Auf Grund des § 10 Abs. 2 der Verordnung vom 14. Dezember 1887 wird in Abweichung von der Bekanntmachung vom 14. März 1898 das Verbot des Fangs von Lachsen in der Nahe für dieses Jahr bis zum 26. Dezember einschließlich verlängert.

Darmstadt, den 25. November 1929.

Der Hessische Minister des Innern.
Leuschner.

Bekanntmachung über Einfuhr von Tieren für Zoologische Gärten und Tierparke.

Vom 26. November 1929.

Auf Grund der §§ 7, 78 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (Reichsgesetzbl. S. 519) wird über die Ein- und Durchfuhr von Einhufern, Wiederkäuern (ausgenommen Rinder, auch Zeburinder), Schweinen und Hausgeflügel (Federvieh), die zu wissenschaftlichen oder Ausstellungszwecken bestimmt sind und für die in der Anlage I bezeichneten Zoologischen Gärten und Tierparke eingeführt werden, folgendes bestimmt:

I. Einfuhr.

§ 1.

Soweit die für Einhufer vorgeschriebene Entnahme von Blutproben zur Untersuchung auf Rotz und Beschälseuche ohne besondere Schwierigkeiten nicht durchführbar ist, kann sie nach dem Eintreffen der Einhufer in den Bestimmungsanstalten erfolgen. Bei den in Käfigen oder Kisten beförderten Tieren ist sie der Regel nach in den Bestimmungsanstalten vorzunehmen.

Im übrigen bleiben die für die Einfuhr von Einhufern getroffenen Anordnungen unberührt.

§ 2.

Auf die eingangs bezeichneten Wiederkäuer (ausgenommen Rinder, auch Zeburinder), Schweine und Hausgeflügel (Federvieh) finden die erlassenen veterinärpolizeilichen Einfuhrverbote keine Anwendung. Die Einfuhr dieser Tiere ist ohne besondere Genehmigung nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen zulässig:

1. Die Einfuhr darf nur über die von den Landespolizeibehörden hierfür zugelassenen Grenzeingangsstellen erfolgen.

2. Die Tiere unterliegen bei der Grenzabfertigung der amtstierärztlichen Untersuchung. Sofern sie nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden kann, ist sie nach dem Eintreffen der Tiere in den Bestimmungsanstalten zu wiederholen. Das Eintreffen der Tiere an der Grenze ist dem für die Untersuchung zuständigen Grenzveterinärbeamten von dem Einführenden spätestens 12 Stunden vorher anzumelden.

Die Einfuhr seuchenkranker, seuchenverdächtiger und ansteckungsverdächtiger Tiere ist verboten (§ 6 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909, Reichsgesetzbl. S. 519).

3. Die Tiere müssen von der Grenzeintrittsstelle unmittelbar einem der in der Anlage I aufgeführten Zoologischen Gärten oder Tierparke zugeführt werden; dieser ist dem Grenzveterinärbeamten von dem Einführenden genau anzugeben.

Die Grenzveterinärbeamten haben die Abbeförderung der Tiere unter Angabe der Bestimmungsanstalten, sowie der Art und Stückzahl der Tiere den für die Bestimmungsorte zuständigen Ortspolizeibehörden auf Kosten der Einführenden drahtlich oder fernmündlich — in letzterem Falle unter schriftlicher Bestätigung — mitzuteilen.

Hat eine ordnungsmäßige Untersuchung der Tiere an der Grenzabfertigungsstelle nicht stattgefunden, so ist dies besonders zu vermerken.

4. Auf dem Transport ist jede Berührung der eingeführten Tiere mit einheimischen zu verhindern. Insbesondere dürfen die eingeführten Tiere in Eisenbahnwagen nicht gemeinsam mit einheimischen Tieren verladen werden.

Soweit der Eisenbahnweg nicht benutzt wird, hat die Beförderung nicht durch Fußmarsch, sondern durch Fuhrwerk, Kraftwagen usw. zu erfolgen.

5. Die Inhaber der Bestimmungsanstalten haben die Ankunft der Tiere unverzüglich den zuständigen Ortspolizeibehörden anzuzeigen.

6. In den Bestimmungsanstalten unterliegen die Tiere einer 14tägigen polizeilichen Beobachtung. Während dieser Zeit sind sie von anderen Tieren vollkommen getrennt zu halten, besonders zu füttern und zu warten.

Nach Ablauf der 14tägigen Frist sind die Tiere amtstierärztlich zu untersuchen. Erst wenn sie sich auch dabei als unverdächtig erweisen, ist die polizeiliche Beobachtung aufzuheben.

In besonders gelagerten Ausnahmefällen behalte ich mir vor, die vierzehntägige polizeiliche Beobachtung für Hirsche und Rehe auf besonderen Antrag zu kürzen.

7. Bei Kamelen hat die polizeiliche Beobachtung sechs Wochen zu dauern mit der Maßgabe, daß die Tiere während dieser Zeit mit mindestens drei gesunden, ein- bis zweijährigen einheimischen Rindern, bei größeren Transporten mit je einem Rind auf fünf Kamele in den Beobachtungsraum zusammengestellt, gefüttert und gepflegt werden.

8. Die Tiere dürfen von den Bestimmungsanstalten nur an die anderen, in der Anlage I aufgeführten Zoologischen Gärten und Tierparke, ferner an die in der Anlage II aufgeführten Zirkusunternehmen und an das Ausland zu wissenschaftlichen oder Ausstellungszwecken abgegeben werden.

Im übrigen bedarf die Abgabe meiner besonderen Genehmigung, die von Fall zu Fall zu beantragen ist.

II. Durchfuhr.

§ 3.

Die Durchfuhr der in dieser Verordnung genannten Tiere ist nur mit Genehmigung der Zentralbehörde des Grenzeintrittslandes auf Antrag von Fall zu Fall zulässig.

Soweit nach Sonderbestimmungen einzelner Länder die Durchfuhr von Einhufern einer besonderen Genehmigung nicht bedarf oder die Grenzzollämter ermächtigt sind, die Durchfuhr im Ausnahmewege selbständig zuzulassen, hat es hierbei sein Bewenden.

§ 4.

Die entstehenden Kosten fallen dem Einführenden oder den Bestimmungsanstalten zur Last.

§ 5.

Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung unterliegen den Strafvorschriften der §§ 74 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909.

§ 6.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Darmstadt, den 26. November 1929.

Der Hessische Minister des Innern.
In Vertretung: Dr. Reitz.

Anlage I.

Verzeichnis

der Zoologischen Gärten und Tierparke, denen bei der Einfuhr fremdländischer Tiere, die zu wissenschaftlichen oder Ausstellungszwecken bestimmt sind, Erleichterungen gewährt werden.

I. Preußen.

Zoologische Gärten in Berlin, Breslau, Köln, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Halle a. d. S., Hannover, Königsberg i. Pr., Münster i. W. und Elberfeld.
Tierparkbesitzer Hagenbeck in Stellingen bei Hamburg und L. Ruhe in Alfeld (Leine).

II. Bayern.

Tierpark Hellabrunn (München) in München.
Zoologischer Garten in Nürnberg.

III. Sachsen.

Zoologische Gärten in Dresden und Leipzig.

IV. Württemberg.

Tierpark von Julius Mohr jun. im Donautal bei Ulm.

V. Baden.

Tiergarten in Karlsruhe.

VI. Thüringen.

Tierpark Bismarckhütte in Eisenach, Besitzer H. Cyriaci.

VII. Hamburg.

Zoologischer Garten in Hamburg.

Anlage II.

Verzeichnis

der Zirkus-Unternehmen, an welche die in der Anlage I bezeichneten Zoologischen Gärten und Tierparks die auf Grund der Erleichterungen eingeführten ausländischen Tiere abgeben dürfen.

Zirkus Carl Hagenbeck,
Zirkus Bolich, Direktor P. Bolich,
Zirkus Antoni Wolf,
Zirkus Paulanty, Direktor Paulanty,
Zirkus Karl Krone,
Zirkus Kapitän Alfred Schneider,
Zirkus Fr. Voigt,
Zirkus Alberty,

Zirkus A. Fischer & C. Holzmüller,
Zirkus Straßburger,
Zirkus Show G. m. b. H.,
Zirkus Hudson,
Zirkus Buhmann sen., Tierschau,
Zirkus Busch,
Zirkus Wander-Zoo, Inhaber Paul Engert,
Zirkus Ribbernigg,
Zirkus Sarrasani, Direktor H. Stosch-Sarrasani,
Zirkus Gebrüder Schumann,
Zirkus Coßmy, Direktor Carl Coßmeyer Coßmy,
Zirkus Brumbach,
Zirkus Amarant,
Zirkus Gleich,
Zirkus Lorch,
Zirkus Jacob Busch,
Zirkus Barum, Arthur Kreiser.

Bekanntmachung, Ortsklassenverzeichnis betreffend.

Vom 16. Oktober 1929.

Nachdem vom Gesamtministerium auf Grund von Artikel 62 der Hessischen Verfassung und von Artikel 10 der Städte- und der Landgemeindeordnung die Vereinigung der Landgemeinde Büdesheim mit der Stadt Bingen vom 1. April 1929 ab genehmigt worden ist, hat auf Grund der Vorschrift in Nr. 6 der Ausführungsanweisung zur Verordnung über die Ortsklasseneinteilung bei Eingemeindungen vom 21. Januar 1927 (Reichsbesoldungsblatt 1927, Seite 10), die nach Artikel 12 des Besoldungsgesetzes vom 30. März 1928 auch für Hessen Anwendung zu finden hat, vom Tage der Eingemeindung ab (1. April 1929) die Zahlung des höheren Wohnungsgeldzuschusses an die Beamten in dem Stadtteil Büdesheim nach dem Satze des Wohnungsgeldzuschusses für den Hauptort Bingen (Ortsklasse A) zu erfolgen.

In Abänderung und Ergänzung der Bekanntmachung über das Ortsklassenverzeichnis vom 28. Oktober 1924 (Reg.-Bl. S. 362) wird die Aenderung hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Darmstadt, den 16. Oktober 1929.

Der Hessische Finanzminister.
Kirnberger.

Bekanntmachung, Konzessionierung der erweiterten Straßenbahnlinie 3 zu Darmstadt vom Hauptbahnhof nach der Waldkolonie bis zum Rodensteinweg betreffend. Vom 9. November 1929.

Ich habe unterm Heutigen der Hessischen Eisenbahn-Aktiengesellschaft in Darmstadt auf Grund der am 1. Oktober d. J. landespolizeilich genehmigten Baupläne die Konzession zum Bau und Betrieb der erweiterten elektrischen Straßenbahn in Darmstadt vom Hauptbahnhof nach der Waldkolonie bis zum Rodensteinweg durch den Stirnweg und den Dornheimer Weg — als Verlängerung der Straßenbahnlinie 3 — verliehen und bringe dies mit Bezug auf den nachstehenden Abdruck der Konzessionsurkunde hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

Darmstadt, den 9. November 1929.

Der Hessische Finanzminister.
In Vertretung: Balser.

Konzessionsurkunde,

betreffend die Erweiterung der elektrischen Straßenbahn in Darmstadt (Linie 3) vom Hauptbahnhof nach der Waldkolonie (Endhaltestelle: Rodensteinweg).

Ich verleihe hiermit der Hessischen Eisenbahn-Aktiengesellschaft in Darmstadt auf Grund der am 1. Oktober d. J. landespolizeilich genehmigten Baupläne auf ihren Antrag die Konzession zum Bau und Betrieb der erweiterten elektrischen Straßenbahn in Darmstadt vom Hauptbahnhof nach der Waldkolonie bis zum Rodensteinweg durch den Stirnweg und den Dornheimer Weg in Verlängerung der Linie 3.

Für die Bahnstrecke gelten die Vorschriften der Konzession zum Bau und Betrieb einer elektrischen Straßenbahn innerhalb der Stadt Darmstadt und ihrer Gemarkung vom 31. März 1897 (Reg.-Bl. S. 73 ff.) ergänzt durch die Bekanntmachung vom 13. Mai 1912 (Reg.-Bl. S. 393) betr. den Uebergang der Bahnkonzessionen auf die Hessische Eisenbahn-Aktiengesellschaft und der Sonderbestimmungen der Konzessionsurkunde vom 12. Mai 1927 betr. Erweiterung der Linie 5 bis zur Heinheimer Straße (Reg.-Bl. S. 102) mit der Maßgabe, daß hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Deutscher Reichspost und der Hessischen Eisenbahn-Aktiengesellschaft in bezug auf die elektrischen Straßen- und Vorortbahnen allgemein die bestehenden Reichsgesetze und Reichsverordnungen maßgebend sind.

Diese Bahnkonzession erlischt mit dem 31. März 1947.

Darmstadt, den 9. November 1929.

Der Hessische Finanzminister.
(L. S.) In Vertretung: gez.: Balser.

Zweite Verordnung, die Durchführung der Unfallversicherung in den Gemeinden betreffend.

Vom 29. Oktober 1929.

Auf Grund der §§ 627 a Abs. 1, 628 Abs. 1 und 2 in Verbindung mit § 627 Abs. 3 der Reichsversicherungsordnung wird hiermit folgendes bestimmt:

Artikel 1.

Gemäß Artikel 1 Abs. 2 der Verordnung, die Durchführung der Unfallversicherung in den Gemeinden betreffend, vom 21. Juni 1929 — Reg.-Bl. S. 147 — werden die hessischen Landgemeinden mit

dem bereits bestehenden Unfallversicherungsverband der hessischen Städte zur gemeinsamen Durchführung der Unfallversicherung zu einem Versicherungsverband vereinigt. Der Verband führt den Namen „Hessischer Unfallversicherungsverband für Städte und Gemeinden (Oeffentlich-rechtliche Körperschaft)".

Der Sitz des Verbandes ist Darmstadt.

Artikel 2.

Auf den Verband finden die Vorschriften der Artikel 1—5 der oben genannten Verordnung vom 21. Juni 1929 Anwendung.

Der Verband übernimmt die Unfallversicherung für die Betriebe und Tätigkeiten der Landgemeinden mit Wirkung vom 1. Januar 1930, soweit nicht ein früherer Zeitpunkt unter den Beteiligten vereinbart wird.

Darmstadt, den 29. Oktober 1929.

Der Hessische Minister für Arbeit und Wirtschaft.

Korell.

Verordnung, die Abänderung der Verordnung vom 8. November 1909 über die Dampfkessel betreffend (Reg.-Bl. S. 297). Vom 19. November 1929.

Auf Grund des Art. 3 Abs. 2 des Gesetzes, die Dampfkessel und Dampfgefäße betreffend, vom 26. März 1902 (Reg.-Bl. S. 93) wird folgendes verordnet:

Abschnitt E des § 91 in der Fassung der Verordnung vom 22. August 1925, die Abänderung der Verordnung vom 8. November 1909 betreffend (Reg.-Bl. S. 154), wird wie folgt geändert:

E. Untersuchung von Niederdruckkesseln, § 3 Ziffer 1 (§ 86), sowie Dampfgefäßen, feuerlosen Lokomotiven, Rauchgasvorwärmern und Wärmespeichern.

1. für jeden Niederdruckkessel mit einer Heizfläche	
a) von weniger als 10 qm	15 RM.
b) von 10 qm und mehr	20 RM.
2. für jedes Dampfgefäß, jede feuerlose Lokomotive, jeden Rauchgasvorwärmer und jeden Wärmespeicher von einem Inhalt	
a) unter 500 Liter	12 RM.
b) von 500 Liter bis unter 2000 Liter	16 RM.
c) von 2000 Liter bis unter 4000 Liter	20 RM.
d) von 4000 Liter bis unter 8000 Liter	25 RM.
e) von 8000 Liter bis unter 20000 Liter	30 RM.
f) von 20000 und mehr Liter	40 RM.

Darmstadt, den 19. November 1929.

Der Hessische Minister für Arbeit und Wirtschaft.

In Vertretung: Karcher.

Teil II

Bekanntmachung, die Bestellung der Prüfungskommission für die staatlich anerkannte Krankenpflegeschule im Städtischen Krankenhaus in Mainz betr.

Auf Grund des § 2 Abs. 2 der Bekanntmachung vom 22. Februar 1908 (Reg.-Bl. S. 47), die Vorschriften über die staatliche Prüfung von Krankenpflegepersonen betreffend, sind zu Mitgliedern der Prüfungskommission und zu deren Stellvertretern bis auf weiteres bestellt worden:

a) zu Mitgliedern:
1. als Vorsitzender der Prüfungskommission Kreisarzt Obermedizinalrat Dr. Wagner in Mainz,
2. der Direktor des Städtischen Krankenhauses, Professor Dr. Hürter,
3. Stadt-Obermedizinalrat Professor Dr. Jehn;

b) zu Stellvertretern:
1. der Amtsarzt als Stellvertreter des Vorsitzenden,
2. Stadt-Obermedizinalrat Dr. Heinrich Müller, Prosektor am Städtischen Krankenhaus,
3. Stadt-Obermedizinalrat Dr. Hugo Müller, Leiter der Hautabteilung des Städtischen Krankenhauses,

sämtlich in Mainz.

Darmstadt, den 13. November 1929.

Der Hessische Minister des Innern.

In Vertretung: Dr. Wehner.

Namensänderungen.

Juli 1929

am 4. wurde dem am 18. Juli 1919 in Worms geborenen Christian Scherer gestattet, vor dem seitherigen Vornamen in Zukunft den weiteren Vornamen „Johann", —

August 1929

am 20. wurde dem August Karl Krämer in Geislingen, geb. am 1. Mai 1913, gestattet, an Stelle seines seitherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Barth", —

Oktober 1929

am 3. wurde dem Karl Heinz Schmid in Wiesbaden, geb. am 13. September 1921, gestattet, an Stelle seines seitherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Mingenbach", —

am 4. wurde der Luise Emilie Weißbäcker in Gießen, geb. am 29. Juni 1924, gestattet, an Stelle ihres seitherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Schneider", —

November 1929

am 5. wurde der Ella Lina Franziska Auguste Eckhard in Lorsch, geb. am 20. Mai 1905 zu Wald-Michelbach, gestattet, vor ihren seitherigen Vornamen in Zukunft den weiteren Vornamen „Marie" — zu führen.

Zulassungen zur Rechtsanwaltschaft.

Juni 1929

am 22. wurde die gleichzeitige Zulassung zur Rechtsanwaltschaft dem Rechtsanwalt Rudolf Altendorf in Pfeddersheim bei dem Landgericht der Provinz Rheinhessen in Mainz und bei der Kammer für Handelssachen in Worms, dem Rechtsanwalt Adolf Hubert in Oppenheim bei dem Landgericht der Provinz Rheinhessen in Mainz, dem Rechtsanwalt Karl Obenauer in Pfeddersheim bei dem Landgericht der Provinz Rheinhessen in Mainz und bei der Kammer für Handelssachen in Worms, dem Rechtsanwalt Waldemar Vogel in Dieburg bei dem Landgericht der Provinz Starkenburg in Darmstadt, dem Rechtsanwalt Karl Brun in Lampertheim bei dem Landgericht der Provinz Starkenburg in Darmstadt, dem Rechtsanwalt Friedrich Karl Fischer in Reichelsheim bei dem Landgericht der Provinz Starkenburg in Darmstadt — erteilt;

September 1929

am 19. wurde der Rechtsanwalt Dr. Robert Wenzel in Langen gleichzeitig zur Rechtsanwaltschaft bei dem Landgericht der Provinz Starkenburg in Darmstadt zugelassen;
der Rechtsanwalt Karl Beck in Alzey gleichzeitig zur Rechtsanwaltschaft bei dem Landgericht der Provinz Rheinhessen in Mainz und bei der Kammer für Handelssachen in Worms zugelassen;

am 24. wurde der Gerichtsassessor Dr. Anton Faler in Darmstadt zur Rechtsanwaltschaft bei dem Landgericht der Provinz Rheinhessen in Mainz zugelassen.

Dienstnachrichten.

September 1929

am 6. wurde die prov. Handarbeitslehrerin an der Volksschule zu Mainz Anna Kaltenbach zur Handarbeitslehrerin an dieser Schule, —

am 7. die Diplomhandelslehrerin an der städtischen Handelsschule zu Darmstadt Dr. Paula Wepler zur Diplomlehrerin an der kaufmännischen Abteilung der Fortbildungsschule zu Darmstadt, mit Wirkung vom 1. Oktober an, —

am 11. der Schulamtsanwärter Hans Töppel aus Darmstadt zum Lehrer an der Volksschule zu Unter-Mossau, Kreis Erbach i. O., die Schulamtsanwärterin Auguste Schättler aus Rüddingshausen, Kreis Gießen, zur Lehrerin an der Volksschule zu Erbach i. O., —

am 12. der Schulamtsanwärter Ludwig Haas aus Annerod, Kreis Gießen, zum Lehrer an der Volksschule zu Kirch-Brombach, Kreis Erbach, —

am 13. der Schulamtsanwärter Wilhelm Hunecke aus Darmstadt zum Lehrer an der katholischen Volksschule zu Groß-Zimmern, Kreis Dieburg, —

am 19. der Notar Rudolf Wendecker in Sprendlingen (Rheinhessen) zum Notar mit dem Amtssitz in Wöllstein als Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Notars Justizrat Richard Münch, mit Wirkung vom 10. Oktober an, —

am 23. der Lehrer an der Volksschule in Mainz Heinrich Herrmann zum Zeichenlehrer an der Oberrealschule in Heppenheim, mit Wirkung vom 1. Oktober an, —

am 24. der Bergrat Dr.-Ing. Sauer bei der Bergwerksdirektion Wölfersheim, unter Belassung seiner seitherigen Amtsbezeichnung, zum Vorstand der Bergwerksdirektion Wölfersheim, mit Wirkung vom 1. Oktober an, —

am 25. an Stelle des zufolge seiner Ernennung zum Reichsgerichtsrat ausgeschiedenen Herrn Dr. Güngerich der Oberlandesgerichtsrat Küchler in Darmstadt zum stellvertretenden richterlichen Mitglied des Disziplinarhofs für Apotheker in Darmstadt gemäß Art. 31 des Gesetzes über die Standesverhältnisse der Apotheker in Hessen vom 9. November 1923, Reg.-Bl. 1924 S. 41 ff., —
der Versorgungsanwärter Georg Schütrumpf zu Darmstadt zum Ministerialkanzleiassistenten beim Ministerium für Arbeit und Wirtschaft, mit Wirkung vom 1. September an, —

am 26. der Schulamtsanwärter Karl Hilbert aus Gedern, Kreis Schotten, zum Lehrer an der Volksschule zu Mittel-Seemen, Kreis Schotten — ernannt;

am 29. wurde der Graf zu Solms-Rödelheimsche Förster Karl Ludwig Hübner zu Einartshausen auf Grund des Artikel 4 des Gesetzes über die Ermächtigung der Staatsregierung zur Neuregelung der Dienstbezüge sowie zur Neueinteilung der Försterein vom 30. Juli 1920 unter Vorbehalt der Regelung der Dienstaltersfolge unter der Amtsbezeichnung „Förster", mit Wirkung vom 1. Oktober an in den Staatsdienst übernommen;

am 30. der Georg Grießer zum Pfleger bei der Landes-Heil- und Pflegeanstalt „Philippshospital" bei Goddelau, mit Wirkung vom 13. September an, —

Oktober 1929

am 2. der Polizeihauptwachtmeister Karl Hämmerling zu Offenbach zum Polizeiverwaltungsassistenten, mit Wirkung vom 1. Oktober an, —
der Kriminalhauptwachtmeister Georg Tüscher zu Bad-Nauheim zum Polizeiverwaltungsassistenten, mit Wirkung vom 1. November an, —
der Lehrer Georg Treusch zu Nieder-Erlenbach, Kreis Friedberg, zum Lehrer an der Volksschule zu Bad-Nauheim, Kreis Friedberg, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 3. die prov. technische Lehrerin Wilhelmine Simon zu Mühlheim, Kreis Offenbach, zur technischen Lehrerin an der Mädchenfortbildungsschule zu Mühlheim und Umgegend, Kreis Offenbach, mit Wirkung vom 1. November an, —

am 4. der Staatsanwalt bei dem Landgericht der Provinz Rheinhessen Karl Schröder zum Notar mit dem Amtssitz in Sprendlingen in Rheinhessen als Nachfolger des nach Wöllstein versetz-

ten Notars Rudolf Wendecker, mit Wirkung vom 10. Oktober an, —

am 7. der Lehrer an der Volksschule in Darmstadt Albert Volz zum Musiklehrer an dem Realgymnasium in Darmstadt, mit Wirkung vom 14. Oktober an, —

am 8. der Stadtarzt Dr. Ernst Jakob Görisch aus Wembach i. O. zum Amtsarzt des Kreisgesundheitsamts Offenbach mit der Amtsbezeichnung „Medizinalrat", mit Wirkung vom 16. Oktober an, —

der Versorgungsanwärter Heinrich Ries aus Rinderbügen zum Kanzleiassistenten bei dem Kreisamt Friedberg, der Rektor Hermann Lehr an der Volksschule zu Ober-Ramstadt, Kreis Darmstadt, zum Rektor an der Fortbildungsschule zu Ober-Ramstadt, Kreis Darmstadt, die technische Lehrerin Elise Meyer aus Roßdorf, Kreis Darmstadt, zur technischen Lehrerin an der Fortbildungsschule zu Ober-Ramstadt und Umgegend, Kreis Darmstadt, sämtlich mit Wirkung vom 1. Oktober an, —

der Amtsgerichtsrat bei dem Amtsgericht in Offenbach Erich Klein zum Amtsgerichtsrat bei dem Amtsgericht in Alzey, der Oberassistent im Ruhestand Otto Elfes zum Justizsekretär bei dem Amtsgericht Mainz, beide mit Wirkung vom 1. November an, —

am 9. der prov. Diplomlehrer Heinrich Winter zu Heppenheim zum Diplomlehrer an den gewerblichen Abteilungen der Fortbildungsschulen zu Heppenheim und Umgegend, der prov. Gewerbelehrer Daniel Bender zu Bischofsheim zum Gewerbelehrer an den gewerblichen Abteilungen der Fortbildungsschulen zu Bischofsheim und Umgegend, Kreis Groß-Gerau, beide mit Wirkung vom 1. November an, —

der Kanzleigehilfe bei dem Landeszuchthaus Marienschloß Otto Dengler zum Kanzlisten, mit Wirkung vom 1. Oktober an, —

am 10. der Oberamtsrichter Dr. Münch in Michelstadt im Einvernehmen mit dem Herrn Minister für Arbeit und Wirtschaft zum stellvertretenden Vorsitzenden des Arbeitsgerichts in Michelstadt, zunächst für die Zeit bis 31. Dezember 1930, —

der Regierungsbaumeister Regierungsbaurat Dr.-Ing. Friedrich Schnell aus Sprendlingen in Rheinhessen zum Hilfsarbeiter im Ministerium der Finanzen und Mitglied seiner Abteilung für Bauwesen mit der Amtsbezeichnung „Regierungsbaurat", mit Wirkung vom 1. Oktober an, —

der Oberstudiendirektor an der Oberrealschule in Michelstadt Dr. Karl Weiner zum Oberstudiendirektor an der Studienanstalt in Offenbach, der Studienrat an der Ludwigs-Oberrealschule in Darmstadt Dr. Georg Borchardt zum Studienrat an der Liebigs-Oberrealschule zu Darmstadt, der Studienrat an der Oberrealschule in Gießen Eduard Schoen zum Studiendirektor an der Realschule in Lauterbach, der Studienrat an der Realschule zu Lauterbach Georg Bentz zum Studienrat an der Oberrealschule zu Gießen, der Studienrat an der Oberrealschule am Friedrichsplatz in Offenbach Dr. Gustav Göttelmann zum Studienrat an der Realschule in Langen, der Studienrat an der Studienanstalt und Frauenschule in Mainz Johannes Hoops zum Studienrat an dem Gymnasium in Mainz, der Studienrat an der Realschule in Langen Wilhelm Kolb zum Studienrat an dem Realgymnasium in Darmstadt, der Studienrat an dem Gymnasium in Mainz Dr. Ludwig Lambinet zum Studienrat an der Oberrealschule in Mainz, der Studienrat an der Realschule in Groß-Gerau Dr. Albert Mannheimer zum Studienrat an der Ludwigs-Oberrealschule in Darmstadt, sämtlich mit Wirkung vom 14. Oktober an, —

am 15. der Versorgungsanwärter Konrad genannt Karl Wingert aus Offenbach zum Kanzleiassistenten bei dem Kreisamt Offenbach, mit Wirkung vom 16. Oktober an, —

der Kreisarzt Medizinalrat Dr. Ludwig Heid aus Heppenheim zum Kreisarzt des Kreisgesundheitsamts Darmstadt mit der Amtsbezeichnung „Obermedizinalrat", der Amtsarzt Medizinalrat Dr. Friedrich Kullmann aus Offenbach zum Kreisarzt des Kreisgesundheitsamts Lauterbach unter Belassung der Amtsbezeichnung „Medizinalrat", der Gendarmeriehauptwachtmeister a. Pr. Christian Brück zu Ernsthofen zum Gendarmeriehauptwachtmeister, sämtlich mit Wirkung vom 1. November an, —

der Gendarmeriehauptwachtmeister a. Pr. Jakob Ripper zu Darmstadt zum Gendarmeriehauptwachtmeister, der Gendarmeriehauptwachtmeister a. Pr. Heinrich Hartmann zu Beerfelden zum Gendarmeriehauptwachtmeister, der Gendarmeriehauptwachtmeister a. Pr. Konrad Müller zu Oppenheim zum Gendarmeriehauptwachtmeister, sämtlich mit Wirkung vom 1. Oktober an, —

der Versorgungsanwärter Friedrich Hartmann zum Amtsgehilfen bei dem Amtsgericht Wörrstadt, der Schulamtsanwärter Richard Nolde aus Bensheim zum Lehrer an der Volksschule zu Nieder-Wöllstadt, Kreis Friedberg, beide mit Wirkung vom 1. November an, —

am 18. der Lehrer Philipp Klinger zu Harreshausen, Kreis Dieburg, zum Lehrer an der Volksschule zu Grube Messel, Kreis Dieburg, der Lehrer Friedrich Langner zu Rainrod, Kreis Schotten, zum Lehrer an der Volksschule zu Rodheim v. d. H., Kreis Friedberg, beide mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

der Schulamtsanwärter Leonhard Giegerich aus Nieder-Kainsbach, Kreis Erbach, zum Lehrer an der Volksschule zu Bockenrod, Kreis Erbach, die Schulamtsanwärterin Johanna Becker aus Dortmund zur Lehrerin an der Volksschule zu Etzean, Kreis Erbach, beide mit Wirkung vom 1. November an, —

am 19. der Meß- und Kanzleigehilfe bei dem Vermessungsamt Bensheim, Ludwig Ritzert zu

Bensheim zum Kanzlisten, mit Wirkung vom 1. November an, —

am 22. der Kanzleigehilfe Albert Janeke in Darmstadt zum Kanzlisten bei dem Kreisamt Darmstadt, mit Wirkung vom 1. Oktober an, — die Lehrer Friedrich Becker zu Hahn, Kreis Darmstadt, Peter Funk zu Lengfeld, Kreis Dieburg, Leonhard Daum zu Billings, Kreis Dieburg, Philipp Göttmann zu Lindenfels, Kreis Bensheim, Leonhard Grünewald zu Fauerbach, v. d. H., Kreis Friedberg, Otto Jakobi zu Friedberg, Karl Klee zu Deckenbach, Kreis Alsfeld, Wilhelm Pilger zu Rendel, Kreis Friedberg, Heinrich Sang zu Heuchelheim, Kreis Gießen, Wilhelm Schuchmann zu Gräfenhausen, Kreis Darmstadt, Friedrich Ströβinger zu Ober-Lais, Kreis Schotten, zu Lehrern an der Volksschule zu Darmstadt, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

die Schulamtsanwärter Heinrich Blitz aus Klein-Umstadt, Kreis Dieburg, Franz Hardt aus Weißkirchen i. T., Heinrich Mattheß aus Darmstadt, Hans Schütz aus Darmstadt, Heinrich Uhrig aus Nieder-Klingen, Kreis Dieburg, Otto Wettlaufer aus Darmstadt, zu Lehrern an der Volksschule zu Darmstadt, mit Wirkung vom 1. November an, —

die Schulamtsanwärterinnen Elisabeth Follenius aus Hamburg, Anna Langner aus Darmstadt, Käthe Leeder aus Königsberg, Bertha Mangold aus Worms, Gertrud Matthäi aus Darmstadt, Käthe Sprenger aus Verden, zu Lehrerinnen an der Volksschule zu Darmstadt, mit Wirkung vom 1. November an, —

am 28. der Lehrer Georg Wilhelm zu Nieder-Gemünden, Kreis Alsfeld, unter Zurücknahme der Urkunde für Schwarz, Kreis Alsfeld, zum Lehrer an der Volksschule zu Aulen-Diebach, Kreis Büdingen, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 30. der Finanzpraktikant Friedrich Wagner aus Roßdorf zum Oberrechnungsrevisor bei der I. Abteilung des Revisionsamts der Oberrechnungskammer, mit Wirkung vom 1. Oktober an, —

der Staatsrat bei dem Ministerium der Justiz Ludwig Neuroth zum Ministerialdirektor bei dem Ministerium der Justiz und der Ministerialrat bei dem Ministerium der Justiz Dr. Friedrich Josef von Eiff zum Staatsrat bei dem Ministerium der Justiz, beide mit Wirkung vom 1. November an, —

am 31. der Lehrer Ernst Lotz zu Höingen, Kreis Alsfeld, zum Lehrer an der Volksschule zu Nieder-Gemünden, Kreis Alsfeld, der Lehrer Otto Rötter zu Bobenhausen II, Kreis Schotten, zum Lehrer an der Volksschule zu Watzenborn-Steinberg, Kreis Gießen, der Lehrer Eugen Zimmer zu Watzenborn-Steinberg, Kreis Gießen, zum Lehrer an der Volksschule zu Bobenhausen II, Kreis Schotten, sämtlich vom Tage des Dienstantritts an — ernannt.

Zum Rektor der Technischen Hochschule ist der ordentliche Professor Dipl.-Ing. Karl Roth für den Rest des Studienjahres 1929/30 (bis 31. August 1930) gewählt und vom Gesamtministerium bestätigt worden.

Dienstentlassungen.

September 1929

am 23. wurde die Handarbeitslehrerin Luise Hoch an der Volksschule zu Egelsbach, Kreis Offenbach, auf ihr Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Oktober an, aus dem hessischen Staatsdienst entlassen;

Oktober 1929

am 15. wurde der Fortbildungsschullehrer an der Fortbildungsschule zu Wieseck, Kreis Gießen, Karl Reichelt auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Oktober an, aus dem Fortbildungsschuldienst entlassen;

am 18. wurde die Lehrerin Maria Mai an der Volksschule in Mainz auf ihr Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. November an, aus dem hessischen Schuldienst entlassen.

Ruhestandsversetzungen.

September 1929

am 21. wurde der Gendarmeriemeister Wilhelm Geest zu Romrod auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Januar 1930 an, —

am 26. der Lehrer an der Volksschule zu Offenheim im Kreis Friedberg Ernst-Friedrich Schutt auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Januar 1930 an, —

Oktober 1929

am 1. die Lehrerin Barbara Kirn an der Volksschule zu Mainz auf ihr Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. November an, —

am 3. der Gerichtsvollzieher bei dem Amtsgericht Laubach Karl Herrnbrodt auf Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Februar 1930 an, —
der Kriminalsekretär Heinrich Mogk zu Offenbach auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Dezember an, —

am 4. der Lehrer an der Volksschule zu Aulen-Diebach, Kreis Büdingen, Hermann Lentz auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. November an,

am 5. der Polizeimeister Franz Weiler zu Bensheim auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. November an, —

am 9. der Oberstudienrat an der Studienanstalt und Frauenschule zu Mainz Dr. Christian Waas auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. November an, —

am 14. der Oberstudienrat an der Augustinerschule (Gymnasium und Oberrealschule) zu Friedberg

Dr. Fritz Loos auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Dezember an, —

am 15. der Lehrer an der Volksschule zu Rüsselsheim, Kreis Groß-Gerau, Nikolaus Trautmann auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Dezember an, —

am 21. der Gendarmeriemeister Ludwig Heinrich Biebrich zu Butzbach auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Oktober an, —

am 23. der Lehrer an der Volksschule zu Gustavsburg, Kreis Groß-Gerau, Eugen Grim auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. November an, —

am 24. der Strafanstaltshauptwachtmeister bei dem Landgerichtsgefängnis Darmstadt Georg Gebhardt auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Februar 1930 an, —

November 1929

am 6. der Lehrer an der Volksschule zu Horchheim, Kreis Worms, Eduard Volkheimer auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Dezember an — in den Ruhestand versetzt.

Auf Grund des § 1 des Gesetzes über die Altersgrenze der Staatsbeamten vom 2. Juli 1923 bzw. 19. Dezember 1923 in der Fassung des Gesetzes vom 8. Oktober 1925 (Reg.-Bl. S. 249) wurden in den Ruhestand versetzt:

November 1929

am 1. der Rektor Jakob Wilhelm Ehrhardt an der Volksschule zu Groß-Bieberau, Kreis Dieburg, der Rektor Georg Adelberger an der Volksschule zu Reinheim, Kreis Dieburg;

Dezember 1929

am 1. der Lehrer Heinrich Berg an der Volksschule zu Heppenheim a. d. W., Kreis Worms, der Rektor Karl Heyder an der katholischen Volksschule zu Bensheim, der Rektor Richard Karner an der Volksschule zu Heidesheim, Kreis Bingen.

Auf Grund des Gesetzes über die Altersgrenze der Staatsbeamten vom 2. Juli bzw. 19. Dezember 1923 bzw. 8. Oktober 1925 (Reg.-Bl. S. 509, 511 und 249) wurden in den Ruhestand versetzt:

November 1929

am 1. der Ministerialdirektor im Ministerium der Justiz Dr. Otto Schwarz zu Darmstadt;

Dezember 1929

am 1. der Amtsgerichtsrat bei dem Amtsgericht Gießen Karl Steinberger und der Bureaudirektor bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts der Provinz Starkenburg Heinrich Kaiser.

Auf Grund des § 1 des Gesetzes über die Altersgrenze der Staatsbeamten vom 2. Juli bzw. 19. Dezember 1923 wurden in den Ruhestand versetzt:

Oktober 1929

am 31. der Kreisarzt des Kreisgesundheitsamtes Darmstadt Obermedizinalrat Dr. Georg Langermann;

November 1929

am 1. der Provinzialdirektor der Provinz Rheinhessen und Kreisdirektor des Kreises Mainz Geheimerat Dr. Karl Usinger, mit Wirkung vom 1. Dezember an, der Oberrechnungsrat August Bormet bei der Oberrechnungskammer Revisionsamt II. Abteilung, mit Wirkung vom 1. Dezember an;

am 30. der Pflegemeister Peter Bräuer bei der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Heppenheim.

Berichtigung.

Im Reg.-Bl. Nr. 13 von 1929 muß es auf Seite 159 bei den Ruhestandsversetzungen nicht Justizoberinspektor, sondern Justizinspektor bei dem Amtsgericht Alsfeld Nikolaus Degen heißen.

Sterbefälle.

Gestorben sind:

Juli 1929

am 16. der Oberjustizinspektor i. R. Karl Melior in Alzey;

am 23. der überplanmäßige Studienrat Dr. Ferdinand Schwemmler zu Mainz;

am 26. die Lehrerin i. R. Elisabeth Magdalena Berdolt zu Mainz;

August 1929

am 12. der Lehrer i. R. Heinrich Buß zu Leihgestern, Kreis Gießen;

der Lehrer i. R. Peter Vogel zu Wöllstein, Kreis Alzey;

am 31. der Gendarmeriekreiskommissar i. R. Friedrich Lehrhard zu Oppenheim;

September 1929

am 2. der Realgymnasialdirektor i. R. Geh. Schulrat Dr. Friedrich Schön zu Gießen;

am 9. der Lehrer i. R. Peter Henrich, früher an der Volksschule in Borsdorf, zuletzt wohnhaft in Nidda;

am 30. Sept. der ordentliche Professor Christoph Eberle zu Darmstadt;

Oktober 1929

am 3. der Rechtsanwalt und Notar Arthur Stahl in Bad-Nauheim;

am 4. der Lehrer i. R. Wilhelm Schuchmann zu Dolgesheim;

am 5. der Gendarmerie-Oberwachtmeister i. R. Heinrich Köppel zu Babenhausen.

Hessisches Regierungsblatt.

1929 **Darmstadt, den 12. Dezember 1929.** Nr. 18

(Siebenter Tag nach Ablauf des Ausgabetags 19. Dezember 1929.)

Inhalt: Teil I: Bekanntmachung, Enteignung von Gelände für den Bau einer zweiten Zuleitung von dem Wasserwerk der Stadt Worms bei Bürstadt nach der Stadt Worms gemäß Art. 4 des Gesetzes über die Anlage von elektrischen Hochspannungsleitungen und von Gas- und Wasserfernleitungen vom 30. März 1928 betreffend. S. 193 — Gesetz, betreffend die Veränderung der für die Provinzen Starkenburg und Rheinhessen sowie die Kreise Groß-Gerau und Mainz bestehenden Grenzen und betreffend die Vereinigung der Landgemeinden Bischofsheim, Ginsheim—Gustavsburg, Bretzenheim und Weisenau mit der Stadt Mainz. S. 193 — Bekanntmachung, betreffend die Abänderung der Bekanntmachung vom 5. August 1926, Grundsätze für die technische Durchführung der Verordnung über den Verkehr mit Mineralölen und Mineralölmischungen betreffend. (Reg.-Bl. S. 285.) S. 195 — Teil II: Bekanntmachung, die Erhebung eines Brandversicherungsbeitrags für das Jahr 1929 betreffend S. 195 — Namensänderungen. S. 195 — Zulassungen zur Rechtsanwaltschaft. S. 195 — Dienstnachrichten. S. 195 — Ruhestandsversetzungen. S. 196.

Teil I

Bekanntmachung, Enteignung von Gelände für den Bau einer zweiten Zuleitung von dem Wasserwerk der Stadt Worms bei Bürstadt nach der Stadt Worms gemäß Art. 4 des Gesetzes über die Anlage von elektrischen Hochspannungsleitungen und von Gas- und Wasserfernleitungen vom 30. März 1928 betreffend.

Vom 30. November 1929.

Auf Grund des Art. 4 des Gesetzes über die Anlage von elektrischen Hochspannungsleitungen und von Gas- und Wasserfernleitungen vom 30. März 1928 wird hiermit angeordnet, daß hinsichtlich des Grundstücks Flur XXXVII Nr. $22^1/_{10}$ in der Gemarkung Lampertheim, soweit dieses für den von dem Minister des Innern mit Verfügung vom 7. Januar 1929 zu Nr. M. d. J. 48 490 genehmigten Bau einer zweiten Zuleitung von dem Wasserwerk der Stadt Worms bei Bürstadt nach der Stadt Worms benötigt wird, das vereinfachte Enteignungsverfahren stattzufinden hat.

Darmstadt, den 30. November 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Gesetz, betreffend die Veränderung der für die Provinzen Starkenburg und Rheinhessen sowie die Kreise Groß-Gerau und Mainz bestehenden Grenzen und betreffend die Vereinigung der Landgemeinden Bischofsheim, Ginsheim-Gustavsburg, Bretzenheim und Weisenau mit der Stadt Mainz.

Vom 10. Dezember 1929.

Nachdem durch die beteiligten Gemeindevertretungen die Vereinigung der Landgemeinden Bischofsheim, Ginsheim-Gustavsburg, Bretzenheim und Weisenau mit der Stadt Mainz mit Wirkung vom 1. Januar 1930 in übereinstimmender Weise beschlossen und diese Beschlüsse nach Anhörung der Kreistage der Kreise Mainz und Groß-Gerau vom Gesamtministerium genehmigt worden sind, und nachdem ferner die genannten Kreisvertretungen und die Provinzialvertretungen der Provinzen Starkenburg und Rheinhessen über die durch diese Vereinigung veranlaßten Grenzveränderungen gehört worden sind, hat das Hessische Volk durch den Landtag folgendes Gesetz beschlossen:

Artikel 1.

Mit dem 1. Januar 1930 werden die Landgemeinden Bischofsheim und Ginsheim-Gustavsburg mit ihren Gemeindegemarkungen und die selbständige Gemarkung Ginsheimer Rheinauen von dem Kreise Groß-Gerau und von der Provinz Starkenburg getrennt und dem Kreise Mainz und der Provinz Rheinhessen zugeteilt.

Artikel 2.

Der Provinzialausschuß der Provinz Oberhessen ist der zuständige Provinzialausschuß im Sinne der Art. 3 und 4 des Gesetzes, betreffend die innere Verwaltung und die Vertretung der Kreise und Provinzen, vom 12. Juni 1874 in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Juli 1911.

Artikel 3.

Der Kreistag des Kreises Groß-Gerau besteht bis zum Ablauf der am 1. Januar 1930 beginnenden Wahlperiode aus 30 Kreistagsmitgliedern.

Artikel 4.

Ein für die am 1. Januar 1930 beginnende Wahlperiode zum Kreistag des Kreises Groß-Gerau oder zum Provinzialtag der Provinz Starkenburg Gewählter scheidet aus diesem Amte aus, wenn er durch die Grenzänderung nach Art. 1 den Wohnsitz innerhalb des Kreises Groß-Gerau verliert. Seine Nachfolge regelt sich nach Art. 57 des Gesetzes, die Wahlen für die Gemeinden und Gemeindeverbände

(Kreise und Provinzen) betreffend, vom 7. Oktober 1925; Satz 1 gilt sinngemäß.

Artikel 5.

I. Der Stadtrat der Stadt Mainz besteht nach dem 1. Januar 1930 bis zum Ablauf der am 1. Januar 1930 beginnenden Wahlperiode aus den für diesen Zeitraum gewählten Stadtratsmitgliedern und aus elf, alsbald nach dem 1. Januar 1930 nach den für die Stadtratswahlen geltenden Vorschriften des Gesetzes vom 7. Oktober 1925 über die Wahlen für Gemeinden und Gemeindeverbände (Kreise und Provinzen) zu wählenden Mitgliedern. Stimmberechtigt bei dieser Wahl sind diejenigen Einwohner des Gebiets der Landgemeinden Bischofsheim, Ginsheim-Gustavsburg, Bretzenheim und Weisenau, die zur Zeit der Wahl nach den Vorschriften des genannten Gesetzes vom 7. Oktober 1925 bei den Wahlen zum Gemeinderat stimmberechtigt wären, wenn zur Zeit der Wahl die genannten Gemeinden noch als selbständige Gemeinden bestünden. Das Gebiet der genannten Landgemeinden bildet zum Zwecke dieser Wahl einen Wahlbezirk. Der Minister des Innern wird ermächtigt, für die Ausführung dieser Vorschriften die einzelnen Bestimmungen zu treffen und hierbei auch von einzelnen Vorschriften der Verwaltungsgesetze abzuweichen.

II. Für die später vorzunehmenden Stadtratswahlen bildet die Stadt Mainz mit dem Gebiet der Landgemeinden Bischofsheim, Ginsheim-Gustavsburg, Bretzenheim und Weisenau einen Wahlbezirk; die Zahl der Stadtratsmitglieder bemißt sich nach den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen.

Artikel 6.

Die für die Landgemeinden Bischofsheim, Ginsheim-Gustavsburg, Bretzenheim und Weisenau geltenden örtlichen Polizeiverordnungen, Ortssatzungen und örtlichen Gebührenordnungen bleiben solange in Kraft, bis sie aufgehoben oder ersetzt sind. Ebenso erlangen die für die Stadt Mainz geltenden örtlichen Polizeiverordnungen, Ortssatzungen und örtlichen Gebührenordnungen erst dann Geltung für den Bezirk der genannten Gemeinden, wenn sie auf diesen Bezirk ausgedehnt werden.

Artikel 7.

Die Ortsbürger und die Ortsbürgerwitwen der bisherigen Landgemeinden Bischofsheim und Ginsheim-Gustavsburg, die am 31. Dezember 1929 Ortsbürgernutzungen aus dem Gemeindevermögen beziehen, verbleiben im Genuß dieser Nutzungen. Stirbt ein bezugsberechtigter Ortsbürger, so tritt seine Witwe, was den Anteil an den Gemeindenutzungen betrifft, für die Dauer ihres Witwenstandes in das Recht ihres Ehemannes ein; im übrigen werden neue Ansprüche auf Gemeindenutzungen nicht mehr begründet. Die durch das Ausscheiden Nutzungsberechtigter freigewordenen Anteile an den Gemeindenutzungen werden uneingeschränktes Gemeindevermögen der Stadt Mainz.

Artikel 8.

I. Für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1930 ist in dem Gebiet der bisherigen Landgemeinden Bischofsheim, Ginsheim-Gustavsburg, Bretzenheim und Weisenau sowie in der selbständigen Gemarkung Ginsheimer Rheinauen die vorläufige Grund-, Gewerbe- und Sondergebäudesteuer 1929 für Gemeinden, Kreise und Provinzen in der Höhe weiterzuentrichten, wie sie durch die Voranschläge und Beschlüsse der Gemeinden Bischofsheim, Ginsheim-Gustavsburg, Bretzenheim und Weisenau, der Kreise Groß-Gerau und Mainz und der Provinzen Starkenburg und Rheinhessen für das Rechnungsjahr 1929 festgesetzt ist. Die Erhebung erfolgt durch die Stadt Mainz.

Die Umwandlung der vorläufigen Grund-, Gewerbe- und Sondergebäudesteuer 1929 für die Gemeinden in endgültige Steuern hat auf den Grundlagen zu erfolgen, die der Umwandlung zu Grunde zu legen wären, wenn die Gemeinden als selbständige Gemeinden noch bestünden.

Bei der Umwandlung der vorläufigen Grund-, Gewerbe- und Sondergebäudesteuer 1929 für die Kreise und Provinzen ist so zu verfahren, als wenn die Vereinigung der Gemeinden mit der Stadt Mainz und die Veränderung der Kreis- und Provinzgrenzen gemäß Art. 1 dieses Gesetzes nicht erfolgt wären.

II. Die nach Abs. I in den Gebieten der Gemeinden Bischofsheim und Ginsheim-Gustavsburg sowie in der selbständigen Gemarkung Ginsheimer Rheinauen zu entrichtenden Kreis- und Provinzialsteuern sind an den Kreis Groß-Gerau und an die Provinz Starkenburg, die in den Gebieten der Gemeinden Bretzenheim und Weisenau zu entrichtenden Kreis- und Provinzialsteuern an den Kreis Mainz und an die Provinz Rheinhessen abzuführen.

III. Eine Aenderung der gesetzlichen Verteilungsschlüssel für die Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer aus Anlaß der Vereinigung der Landgemeinden mit der Stadt Mainz und der Veränderung der Kreis- und Provinzgrenzen gemäß Art. 1 dieses Gesetzes tritt bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1929 nicht ein. Bis zu diesem Zeitpunkt werden die Kreise Groß-Gerau und Mainz und die Provinzen Starkenburg und Rheinhessen mit diesen Steuern weiterbeliefert, als wenn die Vereinigung der Gemeinden Bischofsheim und Ginsheim-Gustavsburg mit der Stadt Mainz und die Veränderung der Kreis- und Provinzgrenzen gemäß Art. 1 dieses Gesetzes nicht erfolgt wären.

IV. Wegen des Uebergangs der Fürsorgelasten trifft der Minister des Innern für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1930 eine nähere Regelung über eine angemessene Auseinandersetzung zwischen den Bezirksfürsorgeverbänden Groß-Gerau, Mainz-Land und Mainz-Stadt.

V. Der Minister des Innern wird ermächtigt, für die Ausführung der Vorschriften dieses Artikels die einzelnen Bestimmungen zu treffen und hierbei auch

von einzelnen Vorschriften der Verwaltungs- und Steuergesetze abzuweichen.

Artikel 9.

Vom Beginn des Rechnungsjahres 1930 an sind für das Gebiet der Landgemeinden Bischofsheim, Ginsheim-Gustavsburg, Bretzenheim und Weisenau die Grund-, Gewerbe- und Sondergebäudesteuer sowie die Gemeindehundesteuer für die Stadt Mainz unter Beachtung der hierüber in den zwischen der Stadt Mainz und den vorgenannten Landgemeinden abgeschlossenen Verträgen getroffenen Vereinbarungen zu beschließen und festzusetzen.

Artikel 10.

Mit der Ausführung dieses Gesetzes ist der Minister des Innern beauftragt.

Darmstadt, den 10. Dezember 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Bekanntmachung, betreffend die Abänderung der Bekanntmachung vom 5. August 1926, Grundsätze für die technische Durchführung der Verordnung über den Verkehr mit Mineralölen und Mineralölmischungen betreffend (Reg.-Bl. S. 285).

Vom 28. November 1929.

In der vorstehenden Bekanntmachung werden unter Abschnitt III C (2) d Abs. 4 hinter dem Worte: „werden" die Worte: „neben den Reisekosten des prüfenden Beamten" eingefügt.

Darmstadt, den 28. November 1929.

Der Hessische Minister für Arbeit und Wirtschaft.

Korell.

Teil II

Bekanntmachung, die Erhebung eines Brandversicherungsbeitrags für das Jahr 1929 betreffend.

Zur Deckung der Ausgaben der Brandversicherungskasse vom Jahre 1929 und zur Ergänzung des Reservefonds soll mit Genehmigung des Herrn Ministers des Innern vom 20. November 1929 auf je 100 Reichsmark Umlagekapital ein Beitrag von 10 RPf. ausgeschlagen und in einem Ziele bis zum 15. Februar 1930 erhoben werden. Die für die hessischen Staatssteuern geltenden Vorschriften über Verzugszinsen finden auf die Brandversicherungsbeiträge entsprechende Anwendung. Als Mindestbeitrag für eine Hofreite ist 1 Reichsmark zu zahlen.

Bestehender Verordnung gemäß wird dies hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Darmstadt, den 25. November 1929.

Hessische Brandversicherungskammer.

Dr. Wehner.

Namensänderungen.

November 1929

am 7. wurde der Marga Harth in Griesheim, geboren daselbst am 27. Juli 1929 als Tochter des Landwirtschaftsreferendars Hans Harth und seiner Ehefrau Katharina, geb. Keller, gestattet, an Stelle ihres seitherigen Vornamens in Zukunft den Vornamen „Rosemarie", —

am 11. wurde der Anna Elise Hock in Offenbach, geboren daselbst am 31. März 1917, gestattet, an Stelle ihres seitherigen Familiennamens in Zukunft den Familiennamen „Gerhardt", —

am 28. wurde dem Heinrich Schneider in Egelsbach, geboren daselbst am 31. Mai 1928, gestattet, an Stelle seines seitherigen Vornamens in Zukunft die Vornamen „Heinrich Franz" — zu führen.

Zulassungen zur Rechtsanwaltschaft.

November 1929

am 14. wurde der Rechtsanwalt und Notar Dr. Ludwig Baum in Wörrstadt zur Rechtsanwaltschaft bei dem Amtsgericht Wörrstadt und der Notar Karl Schröder in Sprendlingen (Rheinh.) zur Rechtsanwaltschaft bei dem Amtsgericht Wöllstein zugelassen;

am 18. wurde dem Rechtsanwalt Dr. Hans Hofmann III. in Darmstadt die gleichzeitige Zulassung zur Rechtsanwaltschaft bei dem Landgericht der Provinz Starkenburg in Darmstadt erteilt.

Dienstnachrichten.

Oktober 1929

am 19. wurde der provisorische Gewerbelehrer an der gewerblichen Abteilung der Fortbildungsschule zu Offenbach Karl Geiß zum Gewerbelehrer an dieser Schule, mit Wirkung vom 1. November an, —

am 22. der Finanzpraktikant Wilhelm Himmler aus Darmstadt zum Hauptstaatskasse-Buchhalter, mit Wirkung vom 1. November an, —

am 24. der Schulamtsanwärter Arthur Hoch aus Sprendlingen, Kreis Alzey, zum Lehrer an der Volksschule zu Geinsheim, Kreis Groß-Gerau, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 29. der Studiendirektor an der Realschule in Schlitz Dr. Hans Roloff zum Oberstudiendirektor an der Oberrealschule in Michelstadt, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

November 1929

am 1. der Rechnungsrat Jakob Lutz beim Ministerium für Arbeit und Wirtschaft zu Darmstadt zum Bureaudirektor im Feldbereinigungsdienst, der Ministerialoberrevisor Philipp Schmahl zu Darmstadt zum Rechnungsrat im Vermessungswesen bei dem Ministerium für Arbeit und Wirtschaft, beide mit Wirkung vom 1. November an — ernannt;

der Förster Ludwig Olff zu Oberes Königstädter Forsthaus in gleicher Diensteigenschaft in die Försterei Hopfgarten des Forstamts Romrod, mit Wirkung vom 1. November — versetzt;

der Vermessungsinspektor Hermann Jung beim Fedbereinigungsamt zu Darmstadt, Abteilung Hoffmann, zum Ministerialoberrevisor im Vermessungswesen bei dem Ministerium für Arbeit und Wirtschaft, mit Wirkung vom 1. November an, —

am 4. der Studienassessor Dr. Johannes Rasp aus Monsheim zum überplanmäßigen Studienrat, mit Wirkung vom 1. November an, —

am 5. der Professor Dr. Hans Busch aus Berlin zum ordentlichen Professor für Elektrotechnik (Lehrstuhl II) an der Technischen Hochschule Darmstadt, mit Wirkung vom 1. Januar 1930 an, —

der Rechnungsrat Adolf Orth in Darmstadt zum Oberrechnungsrat und der Oberrevisor Otto Kißler in Darmstadt zum Rechnungsrat, beide mit Wirkung vom 1. Dezember an, sowie der Finanzpraktikant Hans Gebhardt in Darmstadt zum Oberrechnungsrevisor, mit Wirkung vom 19. November an, sämtlich bei dem Revisionsamt II. Abteilung der Oberrechnungskammer, —

die Kanzleigehilfen Jakob Kessel bei dem Amtsgericht Osthofen, August Trinkaus bei dem Amtsgericht Grünberg, Adam Lorenz bei dem Amtsanwalt in Worms, Fritz Schmidt bei dem Landgericht Darmstadt zu Kanzlisten, sämtlich mit Wirkung vom 1. Dezember an, —

am 6. die Lehrerin Elisabeth Hilsdorf an der Volksschule zu Groß-Gerau zur hauptamtlichen Fortbildungsschullehrerin an der Mädchenfortbildungsschule daselbst, mit Wirkung vom 1. November an, —

am 7. die Schulamtsanwärterin Emma Hergenhahn aus Wiesbaden zur Lehrerin an der Volksschule zu Ober-Roden, Kreis Dieburg, mit Wirkung vom 1. Dezember an — ernannt;

am 8. der Amtsvorstand des Forstamts Jägersburg Forstmeister Eduard Sellheim zu Jägersburg in gleicher Diensteigenschaft in das Forstamt Seligenstadt — versetzt;

der Lehrer Johannes Haller zu Rimbach, Kreis Heppenheim, zum Rektor an der Volksschule daselbst, mit Wirkung vom 1. November an — ernannt;

am 9. der Amtsvorstand des Forstamts Laubach Forstmeister Adolf Ernst Müller zu Laubach in gleicher Diensteigenschaft in das Forstamt Dudenhofen, mit Wirkung vom 1. Dezember an — versetzt;

am 11. der Archivrat D. Fritz Herrmann zu Darmstadt zum Direktor des Hessischen Staatsarchivs, mit Wirkung vom 1. November an, —

am 12. der Ministerialrat Dr. Wilhelm Wehner in Darmstadt zum Provinzialdirektor der Provinz Rheinhessen und Kreisdirektor des Kreises Mainz, der Ministerialrat Ludwig Schwamb in Darmstadt zum Staatsrat bei dem Ministerium des Innern, der Kreisamtmann Regierungsrat Richard van Baßhuysen in Darmstadt zum vortragenden Rat mit der Amtsbezeichnung „Oberregierungsrat" bei dem Ministerium des Innern, der vortragende Rat Oberveterinärrat Dr. Albert Gadow zum vortragenden Rat mit der Amtsbezeichnung „Ministerialrat" bei dem Ministerium des Innern, sämtlich mit Wirkung vom 1. Dezember an, —

der ordentliche Professor Dr. Ernst Weitz in Halle zum ordentlichen Professor für Chemie an der Landesuniversität Gießen, mit Wirkung vom 1. November an, —

am 13. Ludwig Hofmann aus Leeheim zum Pfleger bei der Landes-Heil- und Pflegeanstalt bei Alzey, mit Wirkung vom 1. November an —

der prov. Gewerbelehrer an der gewerblichen Abteilung der Fortbildungsschule zu Erbach und Umgegend Otto Uhrig zum Gewerbelehrer an dieser Schule, mit Wirkung vom 1. Dezember an, —

der Kanzleigehilfe bei dem Amtsgericht Butzbach Peter Hildebrand zum Kanzlisten, mit Wirkung vom 1. Dezember an, —

am 15. der Finanzpraktikant Ludwig Ohl zu Darmstadt zum Verwaltungsobersekretär bei der Technischen Hochschule Darmstadt, mit Wirkung vom 1. November an — ernannt.

Ruhestandsversetzungen.

Auf Grund des § 1 des Gesetzes über die Altersgrenze der Staatsbeamten vom 2. Juli bzw. 19. Dezember 1923 in Verbindung mit Artikel 2 des Gesetzes über die Einstellung des Personalabbaues in Hessen und zur Aenderung des hessischen Personalabbaugesetzes vom 8. Oktober 1925 wurden in den Ruhestand versetzt:

November 1929

am 1. der Kammermusiker Oskar Müller bei dem Hessischen Landestheater, der Förster Konrad Birkenstock zu Hopfgarten, der Archivdirektor Dr. phil. Julius Reinhard Dieterich, der Oberforstmeister Ludwig Schreber zu Seligenstadt;

Dezember 1929

am 1. der Förster Wilhelm Christ zu Homberg.

Auf Grund des Gesetzes über die Altersgrenze der Staatsbeamten vom 2. Juli 1923 bzw. 19. Dezember 1923 in der Fassung des Gesetzes vom 8. Oktober 1925 (Reg.-Bl. S. 249) wurden in den Ruhestand versetzt:

November 1929

am 1. die Handarbeitslehrerin Elisabeth Weil an der Volksschule zu Darmstadt;

Dezember 1929

am 1. der Direktor der Höheren Landesbauschule Darmstadt Prof. Arthur Wienkoop.

Hessisches Regierungsblatt.

1929 **Darmstadt, den 18. Dezember 1929.** Nr. 19

(Siebenter Tag nach Ablauf des Ausgabetags 25. Dezember 1929.)

Inhalt: Teil I: Verordnung über die Bildung von Schutzforsten aus dem zu dem Fideikommiß der Familie Freiherr Riedesel zu Eisenbach gehörenden Wald. S. 197 — Verordnung über die Bildung von Schutzforsten aus den zu dem Graf Erbachschen Hausvermögen (Hausgut Erbach-Fürstenau) gehörenden Waldungen. S. 201 — Bekanntmachung über Aenderungen in der Einteilung der Standesamtsbezirke. S. 202 — Bekanntmachung, die Sätze der staatlichen Gewerbsteuer für das Rechnungsjahr 1929 betreffend. S. 202 — Teil II: Dienstnachrichten. S. 203 — Ruhestandsversetzungen. S. 204 — Sterbefälle. S. 204.

Teil I

Verordnung über die Bildung von Schutzforsten aus dem zu dem Fideikommiß der Familie Freiherr Riedesel zu Eisenbach gehörenden Wald.

Vom 23. Oktober 1929.

Aus dem zu dem Fideikommiß der Familie Freiherr Riedesel zu Eisenbach gehörenden Wald werden auf Grund des Artikel 14 Absatz 1 Ziffer 2 und des Artikel 31 des Gesetzes über die Auflösung der Familienfideikommisse vom 19. November 1923 (Reg.-Bl. 1923 S. 481 und Reg.-Bl. 1924 S. 88) vier Schutzforste im Sinne des Gesetzes über die Forstverwaltung im Volksstaat Hessen vom 16. November 1923 (Reg.-Bl. S. 491) gebildet und zwar:

a) Schutzforst I aus den Grundstücken in der Gemarkung Altenburg:
Fl. III Nr. 27, Fl. IV Nr. 1, 2, Fl. VII Nr. 22, 23, 24 5/10, 27, Fl. VIII Nr. 1, 4.

b) Schutzforst II aus den Grundstücken:

1. In der Gemarkung Altenschlirf:
Fl. I Nr. 246, 250, Fl. III Nr. 3 1/10, 3 7/10, 4 5/10, Fl. IV Nr. 10 5/10, 67, 70, 72, Fl. VI Nr. 1, 2, 5, Fl. VII Nr. 1, 2, Fl. IX Nr. 47, Fl. X Nr. 118, 119, 139, Fl. XIII Nr. 8, 16, 18, 20, 22, 23, 24, 26, 39, Fl. XIV Nr. 1.
2. In der Gemarkung Angersbach:
Fl. XXII Nr. 14, Fl. XXIII Nr. 102, 117, 122, Fl. XXVII Nr. 32, 140, Fl. XXVIII Nr. 1, Fl. XXIX Nr. 1, Fl. XXX Nr. 1, 1 5/10, 2, 3, 4, 6, 10, Fl. XXXI Nr. 1, 1 5/10, Fl. XXXII Nr. 1, 3, 4, 5, 6, Fl. XXXIII Nr. 25, 30, Fl. XXXIV Nr. 1, Fl. XXXV Nr. 1, 2.
3. In der Gemarkung Bannerod:
Fl. V Nr. 8, 18, 19, 20, Fl. VI Nr. 25, 27, Fl. VII Nr. 1, 25, Fl. IX Nr. 3, Fl. X Nr. 25, 33, Fl. XI Nr. 1, 5.
4. In der Gemarkung Blitzenrod:
Fl. IV Nr. 1 1/10, 9.
5. In der Gemarkung Eichenrod:
Fl. VI Nr. 57, Fl. VII Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6.
6. In der Gemarkung Eisenbach:
Fl. I Nr. 64, Fl. II Nr. 5, Fl. III Nr. 1 1/10, 1 5/10, 2, 9, 10, Fl. XI Nr. 1, 2, 4, Fl. XII Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, Fl. XIII Nr. 1, 2, 3, Fl. XIV Nr. 1, 2, Fl. XV Nr. 1, 2, 3, Fl. XVI Nr. 1, 2, 3, 5, 6.
7. In der Gemarkung Freien-Steinau:
Fl XX Nr. 4, 5, 6, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, Fl. XXII Nr. 166.
8. In der Gemarkung Frischborn:
Fl. XXV Nr. 1, 2, Fl. XXVII Nr. 2, Fl. XXXII Nr. 2, 3, Fl. XXXIII Nr. 1, 11.
9. In der Gemarkung Gunzenau:
Fl. I Nr. 125, 126, 127, 175, 197, Fl. III Nr. 64, 68, Fl. V Nr. 116, 117, 141 5/10, 142, Fl. VI Nr. 1, 102, 103, Fl. VII Nr. 8. Fl. IX Nr. 1, 2, 81, Fl. X Nr. 1, 17.
10. In der Gemarkung Heisters:
Fl. IV Nr. 88, Fl. VI Nr. 1, 2, 3, 4.
11. In der Gemarkung Hopfmannsfeld:
Fl. XII Nr. 1, 2, 3, 4, Fl. XV Nr. 1, 1 5/10, 2 1/10, 3 1/10, 3 5/10, 5 1/10, 7, Fl. XVII Nr. 1, 2, Fl. XVIII Nr. 2, 4, 5, Fl. XIX Nr. 1, 6 1/10, 7 1/10, Fl. XX Nr. 1 1/100, 1 84/100, 1 73/100, 1 82/100, 1 93/100. 29, 31, Fl. XXI Nr. 1, 2 1/10, 3 1/10, 4 1/10, 5 1/10, 6 1/10, 7 1/10, 8 1/10, Fl. XXII Nr. 1, 2 1/10, 3 1/10, 4 1/10, 5 1/10.
12. In der Gemarkung Landenhausen:
Fl. XIII Nr. 3, Fl. XV Nr. 99, 135, 136, Fl. XVII Nr. 16, Fl. XVIII Nr. 1, Fl. XIX Nr. 1, 3, Fl. XX Nr. 1, 7, 11, 15, 16, Fl. XXI Nr. 1, 2, Fl. XXII Nr. 1, Fl. XXIII Nr. 1, 2, 4, 5, 6, Fl. XXIV Nr. 1, 9, 13, 14, 15, Fl. XXV Nr. 1, 2, 3, Fl. XXVI Nr. 1, Fl. XXVII Nr. 1, 3, 4, 5, Fl. XXVIII Nr. 1, 2, 3, 4, 5, Fl. XXIX Nr. 4, 5, 6, Fl. XXX Nr. 1, 2, 3, 5, 10, 11, 12, 29, 33—35, 37, 50, Fl. XXXI Nr. 14, 20, 22 5/10, 23, 24, 25, Fl. XXXII Nr. 1.
13. In der Gemarkung Lauterbach:
Fl. XXVI Nr. 35, Fl. XXVIII Nr. 1, 2, 3, 4. Fl. XXIX Nr. 1, 2, Fl. XXX Nr. 1, 2, Fl. XXXI Nr. 1.

14. In der Gemarkung Metzlos:
Fl. III Nr. 84, Fl. IV Nr. 1, Fl. VII Nr. 5, Fl. VIII Nr. 6, 20, 55, 59, 64, 65, Fl. IX Nr. 2, 3, 4, Fl. X Nr. 1, $2^{7}/_{10}$, 29, $32^{3}/_{10}$, Fl. XI Nr. 1.

15. In der Gemarkung Metzlos-Gehaag:
Fl. II Nr. 13, 34, Fl. VIII Nr. 32, Fl. IX Nr. 1

16. In der Gemarkung Nieder-Moos:
Fl. VII Nr. 46, $50^{5}/_{10}$, 51, Fl. VIII Nr. 111, Fl. IX Nr. 119.

17. In der Gemarkung Nösberts:
Fl. V Nr. 18, 41, 42, 43, 44, 45, 46.

18. In der Gemarkung Ober-Moos:
Fl. III Nr. $70^{5}/_{10}$, 71, Fl. IV Nr. 1, Fl. VI Nr. 6, 10, Fl. VII Nr. 15, 47, 50, 51, Fl. IX Nr. 36, Fl. X Nr. 60, 67, 71, 229, Fl. XI Nr. 82, 83, 84, Fl. XII Nr. 17, Fl. XIII Nr. 63, 79, 80, 95.

19. In der Gemarkung Reichlos:
Fl. II Nr. 4, Fl. III Nr. 45, Fl. IX Nr. 1.

20. In der Gemarkung Rixfeld:
Fl. III Nr. 1, Fl. V Nr. 1, 2, 4, Fl. VI Nr. 8, Fl. VII Nr. 1, 2, 3, Fl. VIII Nr. 1, 11, 13, Fl. IX Nr. 3, 4, 5, 6, Fl. XII Nr. $45^{2}/_{10}$, $45^{4}/_{10}$, $47^{2}/_{10}$, $48^{8}/_{10}$, 49, Fl. XIII Nr. 1, 3, 4, 5, 6, 7, Fl. XV Nr. 1, 2, 4, 5, 10, 18.

21. In der Gemarkung Rudlos:
Fl. IV Nr. $9^{1}/_{10}$, Fl. V Nr. 1, 2, 3, Fl. VI Nr. 1, 2, Fl. IX Nr. $1^{1}/_{10}$, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, $10^{1}/_{10}$, Fl. XI Nr. 1, 3, 4, 5, Fl. XII Nr. 1, 2, Fl. XV Nr. 1, $2^{5}/_{10}$, 3, $4^{7}/_{10}$, $5^{5}/_{10}$, Fl. XVI Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, Fl. XVII Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 9, 10, Fl. XVIII Nr. 1, 2, 3, Fl. XIX Nr. 2, 3, 4, Fl. XX Nr. 1, 2, 3, 4, 6, 7.

22. In der Gemarkung Schadges:
Fl. I Nr. $18^{7}/_{10}$, $50^{1}/_{10}$, $52^{1}/_{10}$, $55^{5}/_{10}$, 56, 58, $101^{1}/_{10}$, Fl. II Nr. 1, Fl. III Nr. 1, 2, 3, Fl. IV Nr. 1, 7, Fl. V Nr. 1, Fl. VI Nr. $27^{1}/_{10}$, Fl. VII Nr. 9, Fl. VIII Nr. 1, Fl. IX Nr. 1, Fl. X Nr. 1, Fl. XI Nr. 1, 2, Fl. XII Nr. 1.

23. In der Gemarkung Schlechtenwegen:
Fl. II Nr. 54, Fl. III Nr. 25, 26, Fl. IV Nr. 1, 2, Fl. V Nr. 1, 3, 59, Fl. VI Nr. 41, 71, Fl. VII Nr. 20, Fl. XI Nr. 2, 4, 5, Fl. XII Nr. 1, 2, Fl. XIII Nr. 4.

24. In der Gemarkung Steinfurth:
Fl. II Nr. 53, Fl. VI Nr. 47, 90, 91, Fl. VII Nr. 1, Fl. VIII Nr. 15, 17, 18, 19, 20, Fl. IX Nr. 1, 2.

25. In der Gemarkung Stockhausen:
Fl. I Nr. $360^{6}/_{10}$, $360^{7}/_{10}$, $360^{8}/_{10}$, Fl. VII Nr. $1^{1}/_{10}$, Fl. VII Nr. $1^{5}/_{10}$, 31, Fl. IX Nr. 32, Fl. XI Nr. 134, Fl. XII Nr. 3, 4, 8, 9, 11, 22, Fl. XIV Nr. 13, Fl. XVI Nr. 13, 14, 32, 40, 53, Fl. XVII Nr. 6, Fl. XIX Nr. 7, 8, 27, 28, 29, 35, Fl. XX Nr. 1, 2, Fl. XXI Nr. 1, Fl. XXII Nr. 2, Fl. XXIII Nr. 4, 42, Fl. XXIV Nr. 1, Fl. XXV Nr. 1, $3^{5}/_{10}$, Fl. XXVI Nr. 1, 2, Fl. XXVII Nr. 1, 2, 3, Fl. XXVIII Nr. 1, 2, Fl. XXIX Nr. $1^{1}/_{10}$, $2^{4}/_{10}$, $2^{5}/_{10}$, $2^{7}/_{10}$, $2^{9}/_{10}$, $3^{1}/_{10}$, 4, Fl. XXX Nr. 1, Fl. XXXII Nr. 1, Fl. XXXIII Nr. 1, 4, 5, 10, Fl. XXXIV Nr. 1, 6, Fl. XXXV Nr. 1, 2, Fl. XXXVI Nr. 1.

26. In der Gemarkung Weid-Moos:
Fl. III Nr. 95, 96, 97, 98, Fl. IV Nr. 40, 41, 42, 43, 67, 68, 69, 72.

27. In der Gemarkung Wünschen-Moos:
Fl. III Nr. 123, 124.

28. In der Gemarkung Zahmen:
Fl. IV Nr. 41, 42, $42^{5}/_{10}$, 53, Fl. V Nr. 69, 90, 91, 92, 93, Fl. VI Nr. 2, 56, Fl. VII Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 7, 8, 9, 10, 11, Fl. VIII Nr. 1.

c) Schutzforst III aus den Grundstücken:

1. In der Gemarkung Allmenrod:
Fl. III Nr. 1, 2, 4, 5, 7, Fl. IV Nr. 2, 10, Fl. XII Nr. 5, 6, Fl. XIV Nr. 1, 2, Fl. XV Nr. 1, 2, Fl. XVI Nr. 1, 2, 3, 4, 5, Fl. XVII Nr. 1, 2, 4, 5, 6, 7, Fl. XVIII Nr. 1, 2, 3, 4, Fl. XIX Nr. 1, 2, 3, 4, 5,
sowie je der zum Familienfideikommiß gehörenden ideellen Eigentumshälfte von:
Fl. II Nr. 51, 57, 59, 62, Fl. IV Nr. 8, 9, Fl. V Nr. 42, 44, 45, 55, $55^{5}/_{10}$, Fl. VI Nr. 53, Fl. VIII Nr. 34, 40, 42, Fl. IX Nr. 71, 72, Fl. XII Nr. 54.

2. In der Gemarkung Angersbach:
Fl. IX Nr. 124, Fl. X Nr. 70, 139, 142, Fl. XII Nr. 3, Fl. XV Nr. 1, Fl. XXXVI Nr. 1, Fl. XXXVII Nr. 1, Fl. XXXVIII Nr. 1, 2, Fl. XXXIX Nr. 1, Fl. XL Nr. 1, 2, Fl. XLI Nr. 2, Fl. XLII Nr. 1.

3. In der Gemarkung Dirlammen:
Fl. XII Nr. 1, 2, Fl. XVI Nr. 47, 48, 56, 57, Fl. XVII Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 8, 9, 10, 11, 13, 14, 15, 16, Fl. XVIII Nr. 1, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 10, 11, 12, 14, 24, Fl. XIX Nr. 2, 3, 4, 5, 6, Fl. XX Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, Fl. XXI Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, Fl. XXII Nr. 1, 2, 3, Fl. XXIV Nr. 1, 2, 3, 12, 13, 14, 15, Fl. XXV Nr. 1, 2, 3, Fl. XXVI Nr. 1, 35, Fl. XXVII Nr. $16^{5}/_{10}$, 17, 24, 25, 26, 27, Fl. XXVIII Nr. 1, 2.

4. In der Gemarkung Eichelhain:
Fl. VII Nr. 52, 65, 69, Fl. VIII Nr. 1, 3, 24, 30, 38, 64, 65, 67, 74, Fl. IX Nr. 1, 16, 25, 28, 32, 56, 64, Fl. X Nr. $28^{5}/_{10}$, Fl. XII Nr. 1, $1^{1}/_{10}$, Fl. XIII Nr. 8, 9, $9^{5}/_{10}$, $9^{7}/_{10}$, $10^{1}/_{10}$, $10^{5}/_{10}$, 11, 12, 14, Fl. XV Nr. 1, $1^{5}/_{10}$,

Fl. XVI Nr. 1, 2, Fl. XVII Nr. 1, 2, Fl. XVIII Nr. 1, 2, 3, 6, Fl. XIX Nr. 1, 5, 27, 28, 29, 29a, 29a$^{5}/_{10}$, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, Fl. XX Nr. 1, Fl. XXI Nr. 1, Fl. XXII Nr. 1, 2.

5. In der Gemarkung Engelrod:

Fl. I Nr. 14, 15, 16, Fl. XIII Nr. 3, Fl. XIV Nr. 2, 3, Fl. XVIII Nr. 1, 13, 14, Fl. XIX Nr. 4, 5, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, Fl. XX Nr. 1, 9, 13, 20, Fl. XXI Nr. 1, 7, 8, 9, Fl. XXII Nr. 2, 3, 4.

6. In der Gemarkung Frischborn:

Fl. I Nr. $77^{1}/_{10}$, $77^{4}/_{10}$, $77^{7}/_{10}$, Fl. VIII Nr. 38, $79^{2}/_{10}$, Fl. XI Nr. 1, 2, 3, Fl. XII Nr. $1^{0}/_{10}$, $1^{7}/_{10}$, 6, 11, Fl. XIII Nr. 1, 2, 3, Fl. XV Nr. 1, 2, Fl. XVI Nr. 76, 77, 78, 79, 80, Fl. XVIII Nr. 1, $2^{1}/_{10}$, 3, 4, Fl. XIX Nr. 1, 2, 3, 4, Fl. XX Nr. 1, 2, 3, 4, 5, Fl. XXI Nr. 1, 2, 3, 4, Fl. XXXIV Nr. 1, 2, Fl. XXXV Nr. 1, 2, 3.

7. In der Gemarkung Hörgenau:

Fl. XII Nr. 5, 6, Fl. XIV Nr. $1^{1}/_{10}$, $1^{4}/_{10}$, $1^{7}/_{10}$.

8. In der Gemarkung Hopfmannsfeld:

Fl. X Nr. 1.

9. In der Gemarkung Lanzenhain:

Fl. V Nr. 87, 87a, Fl. X Nr. 22, $22^{5}/_{10}$, Fl. XIV Nr. 47, Fl. XV Nr. 68, Fl. XVII Nr. 1, Fl. XVIII Nr. 2, 16, 17, Fl. XIX Nr. 1, Fl. XXV Nr. 1, 2, 3, 4, Fl. XXVI Nr. 1, 2, Fl. XXVII Nr. 1, 2, 3, Fl. XXVIII Nr. 4, 5, Fl. XXIX Nr. 1, 2, 3, 6, 7, Fl. XXX Nr. 5, 6, 7, 8, 16, 18, Fl. XXXI Nr. 3, 8, 11, 12, Fl. XXXII Nr. 7, 16, 17, 18, 19, Fl. XXXIII Nr. 1, 2, 5, 7, 11, 20, Fl. XXXIV Nr. 2, 27, 41, Fl. XXXV Nr. 7, 17, Fl. XXXVI Nr. 1, 2, 4, 5, Fl. XXXVII Nr. 3, 8.

10. In der Gemarkung Lauterbach:

Fl. IV Nr. 54, 140, Fl. V Nr. 160, 174, Fl. VIII Nr. 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, $23^{1}/_{10}$, $24^{1}/_{10}$, $24^{5}/_{10}$, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33.

11. In der Gemarkung Maar:

Fl. I Nr. 227, 255, 256, 257, 467, Fl. VI Nr. 54, Fl. XIX Nr. 1, 2, Fl. XXV Nr. 6, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 89, 90, 91, 92, 93, Fl. XXVIII Nr. 1, 2, Fl. XXIX Nr. 27, 28, 29, $29^{5}/_{10}$, Fl. XXX Nr. 2, Fl. XXXII Nr. 5, Fl. XXXIII Nr. 7, Fl. XXXIV Nr. $1^{5}/_{10}$, 4, 5, 8, Fl. XXXV Nr. 1, 2, 3, Fl. XXXVI Nr. 1, 4, Fl. XXXVII Nr. 1, 2, 3, Fl. XXXVIII Nr. 1, Fl. XXXIX Nr. 1, 2, 3, Fl. XL Nr. 1, 2, 3, 4, Fl. XLI Nr. 1, 2, 3, Fl. XLII Nr. 1, Fl. XLIII Nr. 1, 2, 3,

sowie je der zum Fideikommiß gehörenden ideellen Eigentumshälfte von:

Fl. XXV Nr. 94, $95^{5}/_{10}$, Fl. XXVII Nr. 62, 64, Fl. XXIX Nr. 34, 37, Fl. XXXII Nr. 10, Fl. XXXIII Nr. 9.

12. In der Gemarkung Rebgeshain:

Fl. IX Nr. 32, 49, Fl. X Nr. 4, 5, 7, 10, Fl. XI Nr. 15, Fl. XII Nr. 27, 35a, 39, 41, 42, 44, Fl. XIII Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 14, Fl. XIV Nr. 9, 24, 25, 26, 27, 28.

13. In der Gemarkung Reuters:

Fl. IV Nr. 7, 8, 9, Fl. IX Nr. 1, 2, 3, Fl. X Nr. 1, 2, 3, 4.

14. In der Gemarkung Rimlos:

Fl. III Nr. 9.

15. In der Gemarkung Sassen:

Fl. I Nr. 4, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, Fl. II Nr. 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, Fl. III Nr. 1, 2, 3, Fl. IV Nr. 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, Fl. V Nr. 1, 2, 3, Fl. VI Nr. 1, 2, $2^{5}/_{10}$, 3, Fl. VII Nr. 1, Fl. VIII Nr. 1, 2, 8, $8^{5}/_{10}$, 9, $9^{5}/_{10}$, Fl. IX Nr. 1, 2, Fl. X Nr. 1, 2, 3, Fl. XI Nr. 1, 2.

16. In der Gemarkung Schwarz:

Fl. XXXV Nr. 21.

17. In der Gemarkung Sickendorf:

Fl. IV Nr. $17^{6}/_{10}$, Fl. IX Nr. $1^{81}/_{100}$.

18. In der Gemarkung Wallenrod:

Fl. XVII Nr. 15, 23, 24, Fl. XVIII Nr. 5, 6, 8, $8^{5}/_{10}$, 9, 13, Fl. XIX Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, Fl. XX Nr. 1, 2, 3, 4, Fl. XXI Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, Fl. XXII Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, Fl. XXIII Nr. 2, 3, 4, Fl. XXIV Nr. 1, 2, 4, 5.

19. In der Gemarkung Wernges:

Fl. V Nr. 44, Fl. VIII Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, Fl. IX Nr. 7, 9, 10, 11, Fl. X Nr. 1, 2, 3, 4, Fl. XI Nr. 1, $1^{5}/_{10}$, $5/^{5}{}_{10}$, 9, 10, 11, 12, 14, 15, Fl. XII Nr. 1, Fl. XIII Nr. 1, $2^{5}/_{10}$, 8, 36, 37, 46, 47, 48, 52, Fl. XIV Nr. 1, 2, Fl. XV Nr. 2, 3, 4, Fl. XVI Nr. 1, 2, 3, Fl. XVII Nr. 1, 2, Fl. XIX Nr. 1, 2, 6, Fl. XXI Nr. 1, 2, Fl. XXII Nr. 1, 2, 3, 4, 7, Fl. XXIII Nr. 1, 2, 3, 4, Fl. XXIV Nr. 1, 2, 3.

d) Schutzforst IV aus den Grundstücken:

1. In der Gemarkung Groß-Eichen:

Fl. III Nr. 15, Fl. XI Nr. $1^{3}/_{10}$, 64, 65, 66, Fl. XIV Nr. $33^{2}/_{10}$, Fl. XVI Nr. 6, Fl. XVII Nr. 16, 29, 30, 31, 32, 33, 49, Fl. XVIII Nr. 1, 68.

2. In der Gemarkung Ober-Ohmen:

Fl. I Nr. 152, $238^{51}/_{100}$, Fl. XIV Nr. $52^{1}/_{10}$.

3. In der Gemarkung Ruppertenrod:
   Fl. IV Nr. 64, 64 1/2, 65, 66, Fl. V Nr. 1, 2, Fl. VI Nr. 1, 2, 7, 9, Fl. VIII Nr. 30, 32, 33, 34, 35, 36, Fl. IX Nr. 1, 2, Fl. X Nr. 1, 2, 3, 4.
4. In der Gemarkung Unter-Seibertenrod:
   Fl. III Nr. 80, 179, Fl. IV Nr. 1, Fl. V Nr. 1, 105, Fl. VI Nr. 2.
5. In der Gemarkung Zeilbach:
   Fl. VIII Nr. 219, 220, Fl. IX Nr. 8, 10, 15.

Auf Grund des Artikels 36 Absatz 2 des Gesetzes über die Forstverwaltung im Volksstaat Hessen vom 16. November 1923, Reg.-Bl. S. 491, werden die Grundstücke:

I. In der Gemarkung Altenschlirf: Fl. I Nr. 195, 195 5/10, 195 7/10, 195 9/10, Fl. V Nr. 80, 81, Fl. IX Nr. 36, 44, 46.
II. In der Gemarkung Angersbach: Fl. XXIII Nr. 104, 104 5/10.
III. In der Gemarkung Bannerod: Fl. V Nr. 11 3/10.
IV. In der Gemarkung Frischborn: Fl. XXXIII Nr. 8 1/10, 8 4/10, 8 7/10.
V. In der Gemarkung Gunzenau: Fl. III Nr. 57, 69.
VI. In der Gemarkung Heisters: Fl. V Nr. 6.
VII. In der Gemarkung Hopfmannsfeld: Fl. XX Nr. 30.
VIII. In der Gemarkung Landenhausen: Fl. XXX Nr. 14, 30, Fl. XXXI Nr. 15, 22.
IX. In der Gemarkung Lauterbach: Fl. XXII Nr. 51.
X. In der Gemarkung Ober-Moos: Fl. V Nr. 64, 65, Fl. XII Nr. 5, Fl. XIII Nr. 52.
XI. In der Gemarkung Rixfeld: Fl. IV Nr. 88, Fl. XII Nr. 46.
XII. In der Gemarkung Rudlos: Fl. XX Nr. 5.
XIII. In der Gemarkung Schadges: Fl. VII Nr. 8, 10.
XIV. In der Gemarkung Schlechtenwegen: Fl. XIII Nr. 1 5/10, 3.
XV. In der Gemarkung Stockhausen: Fl. XXXIII Nr. 2.
XVI. In der Gemarkung Weid-Moos: Fl. IV Nr. 66.
XVII. In der Gemarkung Zahmen: Fl. VIII Nr. 2, 3.

zu Bestandteilen des Schutzforstes II, und die Grundstücke:

I. In der Gemarkung Allmenrod: Fl. III Nr. 3, 6, Fl. XVII Nr. 3.
II. In der Gemarkung Dirlammen: Fl. XXIV Nr. 10.
III. In der Gemarkung Eichelhain: Fl. VII Nr. 53, 54, Fl. VIII Nr. 9, 41, Fl. XVII Nr. 3, Fl. XIX Nr. 7, 8, 9, 12, 18, 20.
IV. In der Gemarkung Engelrod: Fl. I Nr. 30 1/10, 30 5/10, Fl. XX Nr. 29, Fl. XXI Nr. 10, 14, 16, Fl. XXII Nr. 1, 1a.
V. In der Gemarkung Lanzenhain: Fl. III Nr. 3 5/10, Fl. XVIII Nr. 13 5/10, Fl. XXXIII Nr. 10, Fl. XXXIV Nr. 23, Fl. XXXVII Nr. 5.
VI. In der Gemarkung Sickendorf: Fl. I Nr. 11 5/10.
VII. In der Gemarkung Wallenrod: Fl. XVIII Nr. 3, 4, Fl. XXIII Nr. 1.
VIII. In der Gemarkung Wernges: Fl. I Nr. 156, 157

zu Bestandteilen des Schutzforstes III

sowie die Grundstücke:

I. In der Gemarkung Unter-Seibertenrod: Fl. V Nr. 109,
II. In der Gemarkung Zeilbach: Fl. VII Nr. 20 1/10

zu Bestandteilen des Schutzforstes IV erklärt.

Die Schutzforste führen die Namen:

A) Schutzforst I: Freiherr Riedeselscher Schutzforst Altenburg,
B) Schutzforst II: Freiherr Riedeselscher Schutzforst Eisenbach,
C) Schutzforst III: Freiherr Riedeselscher Schutzforst Ziegenberg,
D) Schutzforst IV: Freiherr Riedeselscher Schutzforst Ober-Ohmen.

Werden an einem der Schutzforste mehrere Eigentümer beteiligt, so bilden sie einen Waldverband, der in Gießen seinen Sitz hat. Im übrigen regeln sich die Rechtsverhältnisse der Schutzforste nach den Vorschriften der Verordnung vom 8. Februar 1924 zur Ausführung des Gesetzes über die Auflösung der Familienfideikommisse vom 19. November 1923 (GAF.) und der Artikel 16, 17, 18, 28 bis 30, 36 und 38 des Gesetzes über die Forstverwaltung vom 16. November 1923 (GFV.), Reg.-Bl. 1924 S. 107, in der durch die Verordnung vom 25. Juli 1927, Reg.-Bl. S. 153, bestimmten Fassung.

Darmstadt, den 23. Oktober 1929.

Der Hessische Justizminister.
In Vertretung: Dr. Schwarz.

Der Hessische Finanzminister.
In Vertretung: Hesse.

Verordnung über die Bildung von Schutzforsten aus den zu dem Graf Erbachschen Hausvermögen (Hausgut Erbach-Fürstenau) gehörenden Waldungen.

Vom 28. Oktober 1929.

Aus dem zu dem Graf Erbachschen Hausvermögen (Hausgut Erbach-Fürstenau) gehörenden Wald werden auf Grund des Artikel 14 Absatz 1 Ziffer 2 und des Artikel 31 des Gesetzes über die Auflösung der Familienfideikommisse vom 19. November 1923 (Reg.-Bl. 1923 S. 481 und Reg.-Bl. 1924 S. 88) drei Schutzforste im Sinne des Gesetzes über die Forstverwaltung im Volksstaat Hessen vom 16. November 1923 (Reg.-Bl. S. 491) gebildet, und zwar:

a) Schutzforst I aus den Grundstücken:

I. In der Gemarkung Beerfelden:
Fl. V Nr. 201, 202.

II. In der Gemarkung Etzean:
Fl. I Nr. 2, 3, 4, 5, 16, 17, 18, 21, 22, $58^{5}/_{10}$, 59, $60^{1}/_{10}$, Fl. II Nr. 2, 4, $6^{1}/_{10}$, $6^{7}/_{10}$, $6^{9}/_{10}$, 22, $26^{1}/_{10}$, Fl. IV Nr. 1, Fl. V Nr. 3, Fl. VI Nr. $1^{3}/_{10}$, $1^{5}/_{10}$, $1^{8}/_{10}$, 5, 9.

III. In der Gemarkung Falken-Gesäß:
Fl. III Nr. 60, Fl. V Nr. $1^{15}/_{100}$, 10, $10^{5}/_{10}$, Fl. XI Nr. 91, Fl. XII Nr. 29, Fl. XIII Nr. $1^{2}/_{10}$, Fl. XIV Nr. 1, 6.

IV. In der Gemarkung Falken-Gesäßer Forst mit Raubach:
Fl. I Nr. 6, $26^{18}/_{100}$, $26^{34}/_{100}$, $26^{42}/_{100}$, $26^{50}/_{100}$, $26^{58}/_{100}$, 27, 29, 30, 98, Fl. II Nr. $1^{4}/_{10}$, Fl. III Nr. $4^{25}/_{100}$, $4^{47}/_{100}$, $4^{70}/_{100}$, $4^{95}/_{100}$, $6^{3}/_{10}$, 12, $14^{3}/_{10}$, $15^{3}/_{10}$, $30^{5}/_{10}$, $32^{9}/_{10}$, 53, 67, $61^{9}/_{10}$, $64^{3}/_{10}$, $70^{5}/_{10}$, 72, 73, 74, Fl. IV Nr. $1^{9}/_{10}$, Fl. V Nr. 1, Fl. VI Nr. 1, $1^{5}/_{10}$, Fl. VII Nr. $1^{1}/_{10}$, $2^{1}/_{10}$, $3^{1}/_{10}$, $3^{3}/_{10}$, $3^{5}/_{10}$, $3^{7}/_{10}$, $3^{9}/_{10}$, Fl. VIII Nr. 1, Fl. IX Nr. 1, Fl. X Nr. 9, 10, $11^{3}/_{10}$, 19, Fl. XI Nr. $1^{5}/_{10}$, $1^{8}/_{10}$, $3^{7}/_{10}$, $14^{1}/_{10}$, $14^{5}/_{10}$, $16^{5}/_{10}$, 23, Fl. XII Nr. 1, Fl. XIII Nr. 1, Fl. XIV Nr. 1, $1^{5}/_{10}$.

V. In der Gemarkung Gammelsbach:
Fl. I Nr. $1^{1}/_{10}$, 57, 68, $69^{1}/_{10}$, $71^{5}/_{10}$, $89^{5}/_{10}$, $90^{5}/_{10}$, $105^{9}/_{10}$, $106^{2}/_{10}$, $107^{2}/_{10}$, $108^{2}/_{10}$, $108^{5}/_{10}$, $110^{3}/_{10}$, $115^{5}/_{10}$, Fl. VI Nr. $13^{4}/_{10}$, $13^{6}/_{10}$, $13^{8}/_{10}$, $19^{1}/_{10}$, 41, Fl. VI Nr. 44, Fl. VIII Nr. 68, 70, 71, 78, 79, 80, 81, 85, 104, $105^{1}/_{10}$, $105^{5}/_{10}$, 106, $106^{3}/_{10}$, 107, $121^{1}/_{10}$, Fl. IX Nr. $1^{5}/_{10}$, 2, Fl. X Nr. 1, 2, Fl. XI Nr. 1, 2, Fl. XII Nr. 1, 2, Fl. XIII Nr. 7, 8, 9, Fl. XIV Nr. 11, 12, 16, 18, Fl. XV Nr. 1, Fl. XVI Nr. $1^{5}/_{10}$, 2, Fl. XVII Nr. 1.

VI. In der Gemarkung Güttersbach:
Fl. I Nr. 192, 193, Fl. V Nr. 1, Fl. VI Nr. $5^{1}/_{10}$, 8, $9^{6}/_{10}$, Fl. VII Nr. 3, Fl. VIII Nr. 1, 2, 3, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13.

VII. In der Gemarkung Hüttenthal:
Fl. V Nr. 34, 35, 37, 38, 39, 40, 41.

VIII. In der Gemarkung Ober-Finkenbach:
Fl. VI Nr. 8, 11, Fl. VII Nr. 2, Fl. VIII Nr. 1, 2, Fl. IX Nr. 2, 3, Fl. X Nr. 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110.

IX. In der Gemarkung Rothenberg:
Fl. XV Nr. 5.

X. In der Gemarkung Unter-Hiltersklingen:
Fl. V Nr. $62^{5}/_{10}$, $63^{7}/_{10}$, Fl. VI Nr. 4, Fl. VII Nr 3, 4, 5, 6, Fl. VIII Nr. 1, 62, Fl. IX Nr. 31, 32.

XI. In der Gemarkung Unter-Sensbach:
Fl. II Nr. 90, $108^{1}/_{10}$, $109^{1}/_{10}$, 129, 130, 131, Fl. III Nr. $14^{1}/_{10}$, $14^{5}/_{10}$, $15^{1}/_{10}$, $15^{5}/_{10}$, 16, 20, 24, 28, 56, Fl. IV Nr. 2, Fl. V Nr. 1, 35, 61, 62, 63, 64, 65.

b) Schutzforst II aus den Grundstücken:

I. In der Gemarkung Asselbrunn:
Fl. I Nr. 25, 27, 31, 32, 51, 66, Fl. V Nr. 6, Fl. VI Nr. 1.

II. In der Gemarkung Hüttenthal:
Fl. VII Nr. 1, Fl. VIII Nr. $1^{1}/_{10}$, $1^{4}/_{10}$, $1^{7}/_{10}$, Fl. IX Nr. $7^{5}/_{10}$, $7^{9}/_{10}$, $9^{99}/_{100}$, 10, $19^{2a}/_{10}$, $19^{2b}/_{10}$.

III. In der Gemarkung Michelstadt:
Fl. IX Nr. $2^{4}/_{10}$, $2^{5}/_{10}$, Fl. XXIII Nr. 2.

IV. In der Gemarkung Ober-Mossau:
Fl. VI Nr. 3, 3a, 5, Fl. VII Nr. 10, 10a, 13.

V. In der Gemarkung Rehbach:
Fl. I Nr. 101, 105, Fl. II Nr. 20, 21, $22^{5}/_{10}$, 23, $25^{1}/_{10}$, 26, Fl. III Nr. 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 33, 34, Fl. IV Nr. 2, 3, 8, $9^{3}/_{10}$, $9^{5}/_{10}$, $9^{7}/_{10}$, $9^{9}/_{10}$, Fl. V Nr. 2, Fl. VI Nr. 1, Fl. X Nr. 1, 2, 4, 5, 7, Fl. XI Nr. 1, 2, 3, Fl. XII Nr. $1^{1}/_{10}$, $1^{5}/_{10}$, $2^{1}/_{10}$, $2^{5}/_{10}$, Fl. XIII Nr. 1, 2, Fl. XIV Nr. 1, Fl. XV Nr. 1, 2, 3, 4, Fl. XVI Nr. 1, 2, 3, 4, Fl. XVII Nr. 2, 3, 4, Fl. XVIII Nr. 1, Fl. XIX Nr. 1, 11, 15, 16, Fl. XX Nr. 1, 2, 3, 4, 5, 6.

VI. In der Gemarkung Steinbach:
Fl. I Nr. 434, Fl. II Nr. 144, Fl. V Nr. 1, $1^{1}/_{10}$, Fl. VI Nr. 1, 79, 82, 89, Fl. VII Nr. 1.

VII. In der Gemarkung Steinbuch:
Fl. V Nr. 71, 72, 73, 74, 75.

VIII. In der Gemarkung Unter-Mossau:
Fl. I Nr. 1.

IX. In der Gemarkung Zell:
Fl. III Nr. 9, $10^{1}/_{10}$.

c) Schutzforst III aus den Grundstücken:

I. In der Gemarkung Bullau mit Eutergrund:
Fl. I Nr. 61, 62, 63, 64, 65, Fl. II Nr. $27^{1}/_{10}$, 42, 44, 84, Fl. III Nr. 5, $11^{1}/_{10}$,

$11^{5}/_{10}$, $12^{2}/_{10}$, $12^{6}/_{10}$, $13^{2}/_{10}$, $13^{6}/_{10}$, 14, 37, 39, $44^{1}/_{10}$, 53, 54, $62^{1}/_{10}$, $62^{3}/_{10}$, $62^{5}/_{10}$, $62^{7}/_{10}$, Fl. IV Nr. $9^{7}/_{10}$, 10, 24, 27, 29, Fl. V Nr. 13, 15, 16, 17, 18, 19, 20, Fl. VI Nr. 1, 2, 3, Fl. VII Nr. 18, Fl. IX Nr. 1, 5, 8, 9, $24^{1}/_{10}$, 26, 28, 29, 33, 34, 35, Fl. X Nr. 1a, 3, 6, 9, 10, 14, 15, 17, Fl. XI Nr. 107, 126, Fl. XII Nr. 22, Fl. XIII Nr. 1, Fl. XIV Nr. 1, Fl. XV Nr. 1, Fl. XVI Nr. $1^{1}/_{10}$, $1^{5}/_{10}$.

II. In der Gemarkung Forst Bullau:

Fl. I Nr. 4, 5, $6^{3}/_{10}$, $6^{7}/_{10}$, 7, 8, Fl. II Nr. $6^{5}/_{10}$, $8^{5}/_{10}$, Fl. III Nr. 1, Fl. IV Nr. 1, 3, Fl. V Nr. 1, 3, Fl. VI Nr. $8^{3}/_{10}$, 9, Fl. VII Nr. 3, 4, Fl. VIII Nr. 1, 2, Fl. IX Nr. 1, 7, Fl. X Nr. 5, 6, Fl. XI Nr. 1, 2, 11, 12, 13, 14.

III. In der Gemarkung Hebstahl:

Fl. IX Nr. 23, 25.

IV. In der Gemarkung Hesselbach:

Fl. II Nr. 96, Fl. IV Nr. 2, $6^{5}/_{10}$, 20, 21, Fl. V Nr. 1, 14, 15, 16, 17, Fl. VI Nr. 5, 6, 7, 8.

V. In der Gemarkung Ober-Sensbach:

Fl. II Nr. $1^{5}/_{10}$, Fl. X Nr. 1, 2, 3, Fl. XI Nr. 1, 2, 3, 4, Fl. XII Nr. 1, 2, $7^{1}/_{10}$, $7^{4}/_{10}$, $7^{7}/_{10}$, 8, 10, 11.

VI. In der Gemarkung Schöllenbach mit Forst und Hohberg:

Fl. I Nr. $8^{26}/_{100}$, $8^{41}/_{100}$, $8^{56}/_{100}$, $8^{80}/_{100}$, $14^{3}/_{10}$, $15^{3}/_{10}$, Fl. II Nr. 113, 115, 119, 124, 125, 134, 138, 143, 144, 149, 153, Fl. III Nr. $103^{5}/_{10}$, 106, 124, 132, 133, 137, 138, 146, 147, 148, $159^{5}/_{10}$, $160^{5}/_{10}$, 164, $164^{1}/_{2}$, $174^{4}/_{10}$, $174^{6}/_{10}$, $174^{8}/_{10}$, 203, 204, 205, 206, 207, Fl. IV Nr. 2, 5, 6, 7, $11^{1}/_{10}$, $26^{2}/_{10}$, $26^{3}/_{10}$, $26^{8}/_{10}$, Fl. V Nr. $12^{3}/_{10}$, $18^{1}/_{10}$, 15, 19, 20, 21, 22, Fl. VI Nr. 1, Fl. VII Nr. 1, $5^{3}/_{10}$, Fl. VIII Nr. $12^{1}/_{10}$, $12^{3}/_{10}$, 13, 14, 15, Fl. IX Nr. 1, Fl. X Nr. 1, Fl. XI Nr. 1, Fl. XII Nr. 1, Fl. XIII Nr. 1, 2, 3, 10, 11, 12, 14, 15, 21, 26, 27, Fl. XIV Nr. 1, 5, 7, Fl. XV Nr. 1, 2, Fl. XVI Nr. 1, 5, Fl. XVII Nr. 1, $2^{2}/_{10}$, $2^{6}/_{10}$, $2^{8}/_{10}$, $7^{5}/_{10}$, $8^{2}/_{10}$, $9^{3}/_{10}$, $9^{9}/_{10}$, Fl. XVIII Nr. 26, 27, 61, 62, $63^{5}/_{10}$, 82, 109, Fl. XIX Nr. 4, 5, 6, Fl. XX Nr. $2^{1}/_{10}$, $2^{3}/_{10}$, $2^{4}/_{10}$, $2^{5}/_{10}$, $2^{9}/_{10}$, $2^{63}/_{100}$, $2^{65}/_{100}$, $2^{73}/_{100}$, $21^{5}/_{10}$.

VII. In der Gemarkung Unter-Sensbach:

Fl. VI Nr. 135, 198, Fl. VII Nr. 2, 14, 15, 16, 19, 27, 28, 29, 38, 41, 43, 44, 45, 46, 47, 72, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, Fl. VIII Nr. 9, $14^{5}/_{10}$, 15, 16, 17, 25, 27, 34, 35, 36, 37, Fl. IX Nr. 1, 2, 8, Fl. X Nr. $10^{5}/_{10}$, 12, Fl. XI Nr. 129, 130, 164, Fl. XII Nr. 1, 12, 14, 20, 21, 22, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 62, Fl. XIII Nr. 1, 18, 19, 20, 22.

Die Schutzforste führen die Namen:

a) Schutzforst I: Schutzforst Beerfelden,
b) Schutzforst II: Schutzforst Rehbach,
c) Schutzforst III: Schutzforst Schöllenbach.

Werden an einem Schutzforst mehrere Eigentümer beteiligt, so bilden sie einen Waldverband, der in Darmstadt seinen Sitz hat. Im übrigen bestimmen sich die Rechtsverhältnisse der Schutzforste nach den Vorschriften der Verordnung vom 8. Februar 1924 zur Ausführung des Gesetzes über die Auflösung der Familienfideikommisse vom 19. November 1923 (GAF.) und der Artikel 16, 17, 18, 28 bis 30, 36 und 38 des Gesetzes über die Forstverwaltung vom 16. November 1923 (GFV.) (Reg.-Bl. 1924 S. 107) in der durch die Verordnung vom 25. Juni 1927 (Reg.-Bl. 1927 S. 153) gegebenen Fassung.

Darmstadt, den 28. Oktober 1929.

Der Hessische Justizminister.
In Vertretung: Dr. Schwarz.

Der Hessische Finanzminister.
In Vertretung: Hesse.

Bekanntmachung über Aenderungen in der Einteilung der Standesamtsbezirke. Vom 26. Nov. 1929.

Die Grenze zwischen dem Bezirk des Standesamts Offenbach und dem Bezirk des Standesamts Offenbach-Bürgel verläuft ab 1. Januar 1930 längs des Bahnkörpers der Frankfurt-Bebraer Eisenbahnlinie, wobei der Eisenbahnkörper dem Bezirk des Standesamts Offenbach zugeteilt wird, und im übrigen längs der früheren Gemarkungsgrenze.

Darmstadt, den 26. November 1929.

Der Hessische Justizminister.
In Vertretung: Neuroth.

Bekanntmachung, die Sätze der staatlichen Gewerbsteuer für das Rechnungsjahr 1929 betreffend.
Vom 9. Dezember 1929.

Auf Grund des Artikel 17 des Gewerbsteuergesetzes für 1928 vom 10. Mai 1928 (Reg.-Bl. S. 109) in der Fassung der Verordnung vom 19. Oktober 1928 (Reg.-Bl. S. 181) habe ich die Sätze der staatlichen Gewerbsteuer für das Rechnungsjahr 1929 auf

63 Rpf. von je 100 RM. Gewerbekapital und
2,70 RM. von je 100 RM. Gewerbeertrag

festgesetzt. Die Zustimmung des Finanzausschusses des Hessischen Landtags ist durch Beschluß vom 29. November 1929 erteilt.

Darmstadt, den 9. Dezember 1929.

Der Hessische Finanzminister.
In Vertretung: Schäfer.

Teil II

Dienstnachrichten.

November 1929

am 15. wurde der Förster Wilhelm Bechtold zu Forsthaus Kiliansherberge in gleicher Dienseigenschaft in die Försterei Hochwart des Forstamts Gießen — versetzt;

am 18. der Lehrer Jakob Boller zu Ober-Saulheim, Kreis Oppenheim, zum Lehrer an der Volksschule zu Ensheim, Kreis Oppenheim, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 19. der Polizeioberwerkmeister auf Probe Bruno Emmler aus Haynau (Schlesien) zum Polizeioberwerkmeister, mit Wirkung vom 1. Dezember an, —

der Lehrer Heinrich Balß zu Reichenbach, Kreis Bensheim, zum Lehrer an der Volksschule zu Egelsbach, Kreis Offenbach, der Lehrer Karl Oestreich zu Petterweil, Kreis Frieberg, zum Lehrer an der Volksschule zu Nieder-Rosbach, Kreis Friedberg, beide mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

der Gendarmeriehauptwachtmeister Ludwig Heß zu Undenheim zum Gendarmeriemeister, mit Wirkung vom 1. November an, —

am 20. der Oberamtsrichter bei dem Amtsgericht in Ulrichstein Karl Bachmann zum Amtsgerichtsrat bei dem Amtsgericht in Gießen, der Oberamtsrichter bei dem Amtsgericht in Wörrstadt Dr. Anton Hermann Reutter zum Amtsgerichtsrat bei dem Amtsgericht in Mainz, der Gerichtsassessor Dr. Hans Kowarzik in Alsfeld zum Saatsanwalt bei dem Amtsgericht in Gießen, der Gerichtsassessor Dr. Joseph Eckert in Mainz zum Oberamtsrichter des Amtsgerichts in Wörrstadt, sämtlich mit Wirkung vom 1. Dezember an, —

der Gerichtsassessor Dr. Georg Joseph Adolf Suder in Mainz zum Staatsanwalt bei dem Landgericht der Provinz Rheinhessen, mit Wirkung vom 2. Dezember an, —

der Gerichtsassessor Dr. Ernst Göckel in Groß-Umstadt zum Amtsgerichtsrat bei dem Amtsgericht in Groß-Umstadt, mit Wirkung vom 3. Dezember an, —

der Gerichtsassessor Walter Eberhard in Butzbach zum Amtsgerichtsrat bei dem Amtsgericht in Ulrichstein, mit Wirkung vom 4. Dezember an, —

der Gerichtsassessor Fritz Müller in Worms zum Staatsanwalt bei dem Amtsgericht in Offenbach, mit Wirkung vom 5. Dezember an, —

der Gerichtsassessor Walter Ascher in Darmstadt zum Amtsgerichtsrat bei dem Amtsgericht in Offenbach, mit Wirkung vom 6. Dezember an, —

am 22. der Versorgungsanwärter Heinrich Kaut aus Arheilgen zum Kanzleiassistent bei dem Kreisamt Darmstadt, mit Wirkung vom 1. November an, —

der Ministerialobersekretär Peter Dörr zum Ministerialrevisor bei der Buchhaltung des Ministeriums für Kultus und Bildungswesen, der Registratursekretär Wilhelm Reiß zum Ministerialobersekretär bei dem Ministerium für Kultus und Bildungswesen, der Versorgungsanwärter Willy Krapp aus Schaafheim zum Registratursekretär bei der Registratur des Ministeriums für Kultus und Bildungswesen, der Versorgungsanwärter Johannes Brunner zu Ober-Beerbach zum Ministerialkanzleiassistenten bei dem Ministerium für Kultus- und Bildungswesen, sämtlich mit Wirkung vom 16. November an, —

am 23. der Ministerialoberrevisor Ernst Schlaich in Darmstadt zum Kasseoberinspektor beim Landestheater, mit Wirkung vom 16. Dezember an, —

der Versorgungsanwärter Karl Reinhardt zu Gießen zum Kanzleiassistenten bei der Verwaltung der Klinik für Ohren-, Nasen- und Halskranke der Landesuniversität, mit Wirkung vom 11. Januar 1930 an, —

der überplanmäßige Obervermessungssekretär Heinrich Krömmelbein beim Feldbereinigungsamt zu Gießen, Abteilung Mayer, zum planmäßigen Obervermessungssekretär, mit Wirkung vom 1. November an, —

der Kanzleigehilfe Wilhelm Gilbert zu Gießen zum Kanzlisten bei der Verwaltung der Chirurgischen Klinik der Landes-Universität, mit Wirkung vom 1. Januar 1930 an, —

der Gendarmeriehauptwachtmeister auf Probe Heinrich Stör zu Friedberg i. H. zum Gendarmeriehauptwachtmeister, mit Wirkung vom 1. November an, —

am 25. der Versorgungsanwärter Heinrich Hillgärtner aus Kesselbach, Kreis Gießen, zum Bankassistenten bei der Hessischen Landesbank — Staatsbank —, mit Wirkung vom 1. November an, —

der Johann Streuber aus Nürnberg zum Oberwerkmeister am Kraftwerk der Technischen Hochschule in Darmstadt, mit Wirkung vom 1. Januar 1930 an, —

der Kanzleigehilfe Wilhelm Kruse zum Kanzleiassistenten bei der Kanzlei des Ministeriums für Kultus und Bildungswesen, mit Wirkung vom 1. Dezember an, —

am 26. der Polizeihauptwachtmeister auf Probe Emil Braun zu Neu-Isenburg zum Polizeihauptwachtmeister, mit Wirkung vom 16. November an, —

der Polizeihauptwachtmeister auf Probe Ernst Münk zu Gießen zum Polizeihauptwachtmeister, mit Wirkung vom 16. November an — ernannt;

der Förster Emil Oberheim zu Rockenberg in die Försterei Lißberg des Forstamts Konradsdorf, mit Wirkung vom 1. Januar 1930 an — versetzt.

Ruheſtandsverſetzungen.

a) In den dauernden Ruheſtand:

Oktober 1929

am 8. die Lehrerin im einſtweiligen Ruheſtand Eliſabeth Fritz zu Mainz auf ihr Nachſuchen, mit Wirkung vom 1. Januar 1930 an;

am 18. der Lehrer i. e. R. Abraham Morgenroth zu Offenbach auf ſein Nachſuchen, mit Wirkung vom 1. Dezember an;

b) In den Ruheſtand:

November 1929

am 15. der Polizeihauptwachtmeiſter Franz Winkler zu Viernheim auf ſein Nachſuchen, mit Wirkung vom 1. Januar 1930 an, —

am 20. der Lehrer Friedrich Dönig an der Volksſchule zu Mainz auf ſein Nachſuchen, mit Wirkung vom 1. Dezember an, —

am 21. der Oberaſſiſtent bei dem Amtsgericht Mainz Hermann Mauter auf ſein Nachſuchen, mit Wirkung vom 1. März 1930 an, —

die Lehrerin an der Volksſchule zu Mainz Anna Köhler auf ihr Nachſuchen, mit Wirkung vom 1. Dezember an, —

am 29. wurde der Gendarmeriehauptwachtmeiſter Richard Reuſch zu Offenbach auf ſein Nachſuchen, mit Wirkung vom 1. Januar 1930 an — verſetzt.

Auf Grund des Geſetzes über die Altersgrenze der Staatsbeamten vom 2. Juli 1923 bzw. 19. Dezember 1923 in der Faſſung des Geſetzes über die Einſtellung des Perſonalabbaus vom 8. Oktober 1925 wurde in den Ruheſtand verſetzt:

Dezember 1929

am 1. der vortragende Rat bei der Oberrechnungskammer Oberregierungsrat Dr. jur. Otto Heinrichs.

Sterbefälle.

Geſtorben ſind:

September 1929

am 6. die Lehrerin i. R. Emma Dietz zu Würzberg, zuletzt wohnhaft zu Schaafheim;

am 8. der Amtsgerichtsrat i. R. Dr. Friedrich Keller in Bingen;

am 20. der Gendarmeriemeiſter Jakob Keilbach zu Undenheim;

am 23. der Rektor i. R. Wilhelm Seibert zu Nieder-Ingelheim, Kreis Bingen;

Oktober 1929

am 13. der Lehrer Johann Hattemer zu Mainz;

am 24. der Lehrer Franz Haber zu Dorheim, Kreis Friedberg;

der Rechtsanwalt Wilhelm Sartorius in Darmſtadt;

am 31. der Hausmeiſter i. R. Georg Weber in Mainz;

November 1929

am 6. die Lehrerin i. R. Wilhelmine Beisler zu Mainz;

am 11. der Rechtsanwalt Juſtizrat Max Levi in Mainz;

am 13. der Gefangenaufſeher i. R. Ernſt Ludwig Reuter in Mainz;

am 17. der Bürodirektor i. R. Karl Bühner in Gießen;

am 19. der Rechtsanwalt Dr. Arthur Krausgrill in Offenbach;

am 25. der Lehrer i. R. Jakob Sattig zu Viernheim, Kreis Heppenheim;

am 27. der Bürodirektor Heinrich Merkel aus Darmſtadt.

Zur Nachricht.

Das **Heſſiſche Regierungsblatt** erſcheint nach Bedarf. So oft eine Nummer des Regierungsblattes erſchienen iſt, wird dies in der „Darmſtädter Zeitung“ angezeigt.

Der Bezugspreis des **Heſſiſchen Regierungsblattes** beträgt **ab 1. Januar 1930** für **das Vierteljahr Reichsmark 2.—.**

Fehlende Blätter werden nur dann unentgeltlich nachgeliefert, wenn deren Ausbleiben **ſofort,** d. h. bei Erſcheinen der nächſtfolgenden Nummer, gemeldet wird.

Zuſchriften, welche Aufnahmen in das Heſſiſche Regierungsblatt zum Gegenſtand haben, ſind an die Redaktion desſelben (Heſſiſches Landesſtatiſtiſches Amt, Bleichſtraße Nr. 1) zu richten; dagegen ſind alle Schreiben, welche die Verſendung des Blattes betreffen, an die Expedition desſelben (Rheinſtraße Nr. 15) zu richten. Alle Zuſchriften ſind **portofrei** einzuſenden.

Darmſtadt, im Dezember 1929.

Geſchäftsſtelle des Heſſiſchen Regierungsblattes.

Hessisches Regierungsblatt.

1929 **Darmstadt, den 30. Dezember 1929.** Nr. 20

(Siebenter Tag nach Ablauf des Ausgabetags 6. Januar 1930.)

Inhalt: Teil I: Steuervorauszahlungsgesetz. S. 205 — Gesetz zur Aenderung der Gebührenordnung für die hessischen Notare und des Hessischen Gerichtskostengesetzes. S. 207 — Bekanntmachung zur Aenderung der Bekanntmachung zur Ausführung des Gesetzes, die Gerichtskosten betreffend, vom 30. Dezember 1904. S. 208 — Gesetz, die Landeskommunalbank-Girozentrale für Hessen, Darmstadt, betreffend. S. 208 — Bekanntmachung, das Armenrecht betreffend. S. 209 — Gesetz zur Aenderung des Gesetzes, die Ausführung des deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes vom 3. September 1878 betreffend. S. 213 — Gesetz zur Aenderung des Gesetzes über den Urkundenstempel. S. 213 — Bekanntmachung, die Vereinigung der Landgemeinden Bischofsheim, Ginsheim-Gustavsburg, Bretzenheim und Weisenau mit der Stadt Mainz betreffend. S. 213 — Bekanntmachung, den Gemeindeverband zur Instandhaltung der regulierten mittleren Nidder betreffend. S. 214 — Bekanntmachung, die Albert Stumpf-Stiftung betreffend. S. 214 — Bekanntmachung, die Ortsgerichte und die Standesämter in Bischofsheim, Bretzenheim, Ginsheim, Gustavsburg und Weisenau betreffend. S. 214 — Teil II: Dienstnachrichten. S. 214 — Dienstentlassungen. S. 215 — Ruhestandsversetzungen. S. 216.

Teil I

Steuervorauszahlungsgesetz.

Vom 10. Dezember 1929.

Das Hessische Volk hat durch den Landtag folgendes Gesetz beschlossen:

Erster Abschnitt.

Artikel 1.

(1) Bis zur Zustellung der Steuerbescheide über staatliche Grundsteuer, Sondergebäudesteuer und Gewerbsteuer für ein Rechnungsjahr sind zweimonatliche Vorauszahlungen (Raten) auf diese Steuern in Höhe von je einem Sechstel der zuletzt festgesetzten Jahressteuerschuld zu entrichten.

(2) Ist die Jahressumme der bei der demnächstigen Veranlagung festzusetzenden Grundsteuer, Sondergebäudesteuer und Gewerbsteuer eines Steuerpflichtigen voraussichtlich um mehr als einhundert Reichsmark höher als die Jahressumme der Vorauszahlungen, die nach Absatz 1 festzusetzen wären, so können die Vorauszahlungen abweichend von der Vorschrift des Absatzes 1 festgesetzt oder im Laufe des Rechnungsjahres neu festgesetzt werden.

(3) Macht ein Steuerpflichtiger glaubhaft, daß die bei der demnächstigen Veranlagung festzusetzenden Jahresbeträge der Grundsteuer, Sondergebäudesteuer und Gewerbsteuer voraussichtlich um zusammen mehr als ein Fünftel oder mehr als einhundert Reichsmark hinter der Summe der nach Absatz 1 und 2 festgesetzten Jahresbeträge der Vorauszahlungen zurückbleiben werden, so ist der auf die einzelnen Vorauszahlungsraten entfallende Unterschiedsbetrag auf Antrag bis zur Zustellung des Steuerbescheids zu stunden.

(4) Solange die Steuersätze für das betreffende Rechnungsjahr noch nicht festgesetzt sind, ist für die nach Absatz 2 und 3 erforderlichen Berechnungen zu unterstellen, daß die vorjährigen Sätze unverändert bleiben werden.

(5) Im übrigen gelten für die Vorauszahlungen nach Absatz 1 bis 3 die Rechtsvorschriften, die für die jeweils letztmal veranlagte Grundsteuer, Sondergebäudesteuer und Gewerbsteuer maßgebend sind.

Artikel 2.

Die Vorauszahlungen nach Artikel 1 sind am 25. der Monate April, Juni, August, Oktober, Dezember und Februar des Rechnungsjahres fällig.

Artikel 3.

Ueber die Höhe der Vorauszahlungen ist dem Pflichtigen ein schriftlicher Bescheid zu erteilen. Er kann mit dem Steuerbescheid über Grundsteuer, Sondergebäudesteuer und Gewerbsteuer des Vorjahres verbunden werden.

Artikel 4.

Gegen Entscheidungen über die Vorauszahlungen ist nur die Beschwerde nach §§ 224, 281, 282 der Reichsabgabenordnung gegeben.

Artikel 5.

(1) Die Vorauszahlungen für ein Rechnungsjahr sind auf die endgültige Grundsteuer, Sondergebäudesteuer und Gewerbsteuer für dieses Jahr anzurechnen.

(2) Soweit die auf Grund des Steuerbescheids sich ergebenden Raten der endgültigen Steuern die Vorauszahlungen übersteigen, die bis zur Zustellung des Steuerbescheids zu leisten waren, ist der Unterschiedsbetrag zusammen mit der nächsten, nach Zustellung des Steuerbescheids fällig werdenden Steuerrate zu entrichten. Ist der Fälligkeitszeitpunkt der letzten Steuerrate für dieses Jahr bereits verstrichen, so ist der Unterschiedsbetrag mit der nächsten fällig werdenden Vorauszahlungsrate für das folgende Steuerjahr zu entrichten.

(3) Soweit die auf Grund des Steuerbescheids sich ergebenden Raten der endgültigen Steuern hinter den Vorauszahlungen zurückbleiben, die bis

zur Zustellung des Steuerbescheids tatsächlich geleistet worden sind, ist der Unterschiedsbetrag auf die nächste, nach Zustellung des Steuerbescheids fällig werdende Steuerrate anzurechnen. Ist der Fälligkeitszeitpunkt der letzten Steuerrate für dieses Jahr bereits verstrichen, so ist der Unterschiedsbetrag auf die nächste fällig werdende Vorauszahlungsrate für das folgende Steuerjahr anzurechnen. Ueberschießende Beträge werden erstattet.

Artikel 6.

(1) Der Minister des Innern ist ermächtigt, anzuordnen, daß die Gemeinden, Kreise und Provinzen berechtigt sind, bis zur Zustellung der endgültigen Steuerbescheide für ein Rechnungsjahr Grundsteuer, Sondergebäudesteuer und Gewerbsteuer vorläufig nach den Besteuerungsgrundlagen des Vorjahres zu erheben.

(2) Die vorläufigen Steuersätze der Sondergebäudesteuer dürfen für Gemeinde und Gemeindeverbände zusammen die in Artikel 13 Absatz 1 Satz 2 und 3 des Sondergebäudesteuergesetzes für das Rechnungsjahr 1929 vom 11. Dezember 1928 (Reg.-Bl. S. 232) genannten Sätze nicht übersteigen; in jedem Falle muß für Gemeinde und Gemeindeverbände zusammen der höhere Steuersatz zum niederen Steuersatz im Verhältnis von 77 zu 70 stehen. Eine Gemeinde darf die Steuerwerte des Grund- und Gebäudebesitzes mit höheren Ausschlagssätzen als 15 Reichspfennig je 100 Mark Steuerwert der Gebäude und Bauplätze und 30 Reichspfennig je 100 Mark Steuerwert des land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundbesitzes nur dann belasten, wenn sie zusammen mit den Gemeindeverbänden an vorläufiger Sondergebäudesteuer die in Satz 1 bezeichneten Höchstsätze erhebt.

(3) Sind die Jahresbeträge, die bei der demnächstigen Veranlagung der endgültigen Grundsteuer, Sondergebäudesteuer und Gewerbsteuer der Gemeinde und der Gemeindeverbände festzusetzen sind, für einen Steuerpflichtigen voraussichtlich um zusammen mehr als einhundert Reichsmark höher als die Jahresbeträge, die nach Absatz 1 für die vorläufigen Steuern der Gemeinde und der Gemeindeverbände zusammen festzusetzen wären, so können die vorläufigen Steuern abweichend von der Vorschrift des Absatzes 1 festgesetzt oder im Laufe des Rechnungsjahres neu festgesetzt werden; solange die Vertretungen der Gemeinde und der Gemeindeverbände über die endgültigen Steuersätze für dieses Jahr noch nicht Beschluß gefaßt haben, ist zu unterstellen, daß die vorläufigen Steuersätze unverändert bleiben werden.

(4) Macht ein Steuerpflichtiger glaubhaft, daß die Jahresbeträge, die bei der Veranlagung der endgültigen Grundsteuer, Sondergebäudesteuer und Gewerbsteuer der Gemeinde und der Gemeindeverbände festzusetzen sind, voraussichtlich um zusammen mehr als ein Fünftel oder mehr als einhundert Reichsmark hinter den Jahresbeträgen zurückbleiben werden, die nach Absatz 1 und 3 für die vorläufigen Steuern der Gemeinde und der Gemeindeverbände zusammen festgesetzt sind, so ist der auf die einzelnen Raten der vorläufigen Steuern entfallende Unterschiedsbetrag auf Antrag bis zur Zustellung des endgültigen Steuerbescheids zu stunden; Absatz 3 zweiter Halbsatz findet Anwendung.

(5) Ueber die Höhe der zu entrichtenden vorläufigen Steuern ist dem Pflichtigen ein schriftlicher Steuerbescheid zu erteilen. Gegen diesen Bescheid ist als Rechtsmittelverfahren das Berufungsverfahren nach den Vorschriften der Reichsabgabenordnung gegeben mit der Maßgabe, daß an die Stelle des Reichsfinanzhofs der hessische Verwaltungsgerichtshof tritt.

(6) Es finden entsprechend Anwendung:
Artikel 1 Absatz 5, Artikel 3 Satz 2 und Artikel 5 dieses Gesetzes auf die vorläufigen Steuern der Gemeinden, Kreise und Provinzen, das Gesetz, die Kreis- und Provinzialumlagen betreffend, vom 28. März 1924 (Reg.-Bl. S. 178) auf die vorläufigen Steuern der Kreise und Provinzen.

Zweiter Abschnitt.

Artikel 7.

An staatlicher Grundsteuer für das Rechnungsjahr 1929 sind die gleichen Sätze zu erheben, wie sie durch Artikel 1 Absatz 2 Nr. 1 und 2 des Finanzgesetzes vom 21. Mai 1926 (Reg.-Bl. S. 95) für das Rechnungsjahr 1926 festgesetzt waren.

Artikel 8.

Das Sondergebäudesteuergesetz für das Rechnungsjahr 1929 vom 11. Dezember 1928 (Reg.-Bl. S. 232) wird mit Wirkung vom 1. April 1929 wie folgt geändert:

I.

In Artikel 13 Absatz 1 ist als Satz 4 einzufügen:

„Auch wenn nicht die zulässigen Höchstsätze erhoben werden, muß für Gemeinde und Gemeindeverbände zusammen der höhere Steuersatz (Satz 2) zum niederen Steuersatz (Satz 3) im Verhältnis von 77 zu 70 stehen."

Der bisherige Satz 4 wird Satz 5.

II.

In Artikel 13 Absatz 2 ist an Stelle der Worte „an vorläufiger Sondergebäudesteuer den Satz von 77 Reichspfennig je 100 Mark Friedenswert erhebt" zu setzen:

„an Sondergebäudesteuer die in Absatz 1 Satz 2 und 3 genannten Höchstsätze erhebt".

III.

In Artikel 14 ist an Stelle des Schlußpunktes ein Strichpunkt zu setzen und folgender Halbsatz anzufügen:

„soweit am 1. Oktober 1929 die endgültigen Sätze der kommunalen Sondergebäudesteuer

noch nicht feststehen, ist die Staatssteuer endgültig unter Anwendung der vorläufigen kommunalen Steuersätze festzusetzen".

Artikel 9.

(1) Die Erhebung von Staatssteuervorauszahlungen und von vorläufigen Steuern der Gemeinden, Kreise und Provinzen erfolgt nach den Vorschriften dieses Gesetzes erstmals für das Rechnungsjahr 1930.

(2) Mit der Ausführung dieses Gesetzes ist der Minister der Finanzen und, soweit Gemeinde-, Kreis- und Provinzialsteuern in Betracht kommen, der Minister des Innern beauftragt.

Darmstadt, den 10. Dezember 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Gesetz zur Aenderung der Gebührenordnung für die Hessischen Notare und des Hessischen Gerichtskostengesetzes. Vom 21. Dezember 1929.

Das Hessische Volk hat durch den Landtag das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1.

Die Gebührenordnung für die Hessischen Notare vom 26. August 1922 (Reg.-Bl. S. 229) in der Fassung des Gesetzes vom 15. Dezember 1922 (Reg.-Bl. 1923 S. 13), der Verordnung vom 26. Oktober 1923 (Reg.-Bl. S. 361) und der Bekanntmachungen vom 29. Oktober 1923 (Reg.-Bl. S. 361) und 27. Dezember 1923 (Reg.-Bl. 1924 S. 19) wird wie folgt geändert:

Im Artikel 18 werden

1. im Abs. 1 Nr. 8 anschließend an den letzten Satz folgende weiteren Vorschriften aufgenommen:

   „Die auf dem Nachlasse haftenden Schulden werden abgezogen. Uebersteigen die Schulden den Wert des Nachlasses, so wird die Gebühr nach Artikel 26 Abs. 1 berechnet. Wird dem Notar glaubhaft gemacht, daß der Erbschein nur in der im Artikel 27 Abs. 5 und 6 des Gesetzes, die Gerichtskosten betreffend, bestimmten Weise gebraucht werden soll und ist für die Erteilung des Erbscheins ein hessisches Nachlaßgericht zuständig, so finden auf die Wertberechnung die Vorschriften des Artikel 27 Abs. 5 und 6 des genannten Gesetzes entsprechende Anwendung."

2. als Abs. 4 folgende Vorschrift hinzugefügt:

   „(4) Der Wert einer Anmeldung zu einem Register (Abs. 1 Nr. 5) ist in der Regel zu 5000 Reichsmark, nach Lage des Falles niederer oder höher, jedoch höchstens zu 300 000 Reichsmark anzunehmen."

Artikel 2.

Das Gesetz, die Gerichtskosten betreffend, vom 30. Dezember 1904 (Reg.-Bl. S. 436) in der Fassung des Gesetzes vom 19. März 1910, des Gesetzes vom 10. März 1917, der Verordnung vom 27. Juli 1923 und der Gesetze vom 17. Januar 1924, 14. Oktober 1927 und 25. März 1929 (Reg.-Bl. 1910 S. 21, 1917 S. 40, 1923 S. 219, 1924 S. 31, 1927 S. 189, 1929 S. 51) wird dahin geändert:

1. Im Artikel 27 werden

   a) an Stelle des Absatzes 5 folgende Absätze eingefügt:

      „Wird dem Nachlaßgericht glaubhaft gemacht, daß der Erbschein nur zur Verfügung über Grundstücke oder im Grundbuch eingetragene Rechte gebraucht wird, und wird beantragt, die Ausfertigung des Erbscheins dem Grundbuchamte zur Aufbewahrung bei seinen Akten zu übersenden, so wird die im Abs. 1 bestimmte Gebühr nur nach dem Werte der im Grundbuch des Grundbuchamts eingetragenen Grundstücke und Rechte berechnet, über die auf Grund des Erbscheins verfügt werden kann; ein Abzug der Schulden findet hierbei nicht statt. Wird mehreren Grundbuchämtern eine Ausfertigung zur Aufbewahrung übersandt, so ist der Gesamtwert der in den Grundbüchern eingetragenen Grundstücke und Rechte maßgebend. Wird demnächst die Erteilung einer Ausfertigung oder einer Abschrift des Erbscheins beantragt, so hat der Antragsteller die nach dem Werte des reinen Nachlasses berechnete Gebühr des Abs. 1 nach Abzug des bereits bezahlten Betrags nachzuentrichten.

      Die Bestimmungen des vorhergehenden Absatzes finden entsprechende Anwendung, wenn der Erbschein nur zur Verfügung über andere als die in dem Absatz 5 angegebenen einzelnen Nachlaßgegenstände gebraucht und zu diesem Zwecke vom Nachlaßgericht einer öffentlichen Behörde übersandt werden soll. Wird der Erbschein nicht innerhalb der von dem Nachlaßgericht bestimmten Frist mit einer Bescheinigung der Behörde, daß er nur zu dem bezeichneten Zwecke gebraucht und eine Abschrift nicht zurückbehalten worden ist, zurückgesandt, so ist die volle Erbscheinsgebühr zu erheben.

      In den Fällen des Abs. 5 Satz 3 und des Abs. 6 Satz 2 ist neben der nachzuentrichtenden Gebühr für den Erbschein auch die nach dem Werte des reinen Nachlasses berechnete Gebühr für den Antrag auf Erteilung des Erbscheins (Artikel 18 Nr. 8 der Gebührenordnung für die hessischen Notare und Artikel 4a des Gesetzes über die Erhebung von Zuschlägen zu gerichtlichen Beurkundungen in der Fassung des Gesetzes vom 29. Dezember 1922 — Reg.-Bl. 1923 S. 1) nach Abzug des bereits bezahlten Betrages nachzuerheben und zur Staatskasse zu vereinnahmen; dies gilt

auch dann, wenn der Notar den Antrag aufgenommen hat."

b) im bisherigen Abs. 6 (jetzt Abs. 8) die Worte „Abs. 1 bis 5" im Satz 1 durch „1 bis 6" ersetzt;

c) im bisherigen Abs. 7 (jetzt 9) nach der Zahl 5 eingefügt: „und 6".

2. Der Artikel 41 wird dahin geändert:

a) in Ziffer 1 und 2 werden die Gebühren festgesetzt:

in Ziffer 1 a) auf 10 bis 150 Reichsmark,
in Ziffer 1 b) auf 5 bis 50 Reichsmark,
in Ziffer 1 c) auf 2 bis 40 Reichsmark,
in Ziffer 2 a) auf 10 bis 300 Reichsmark,
in Ziffer 2 b) auf 5 bis 150 Reichsmark,
in Ziffer 2 c) auf 3 bis 50 Reichsmark;

b) die Ziffer 3 erhält folgende Fassung:

3. bei Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Gesellschaften mit beschränkter Haftung

a) für die Eintragung der Gesellschaft sowie für die Eintragung eines Beschlusses über Erhöhung oder Herabsetzung des Gesellschaftskapitals ein Viertel der in § 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes bestimmten Gebühren. Die Gebühren werden nach dem Betrage des Gesellschaftskapitals, bei Erhöhungen oder Herabsetzungen nach dem Betrage der Erhöhung oder Herabsetzung berechnet;

b) für jede sonstige spätere Eintragung, die sich auf die Rechtsverhältnisse der Firma bezieht, 40 bis 750 Reichsmark;

c) für die Löschung der Firma 20 bis 100 Reichsmark.

3. Im Artikel 42 Abs. 1 erhält der Satz 1 folgende Fassung:

„Für Eintragungen in das Handelsregister einer Zweigniederlassung werden die Gebühren nach Artikel 41 erhoben; im Falle des Artikel 41 Nr. 3a wird der Wert und in den übrigen Fällen des Artikel 41 die Höhe der Gebühr nach der Bedeutung und dem Kapitalwert der Zweigniederlassung bemessen."

Artikel 3.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung im Regierungsblatt in Kraft. Die Bestimmungen des Artikel 1 Ziffer 2 und des Artikel 2 Ziffer 2 und 3 finden auch Anwendung auf Gebühren, die vor diesem Tage bereits fällig geworden, aber noch nicht bezahlt sind, sofern die Gebühren für die Anmeldung und die Eintragung im Handelsregister zusammen nicht höher sind als die nach den bisherigen Sätzen berechneten Gebühren.

Darmstadt, den 21. Dezember 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Bekanntmachung zur Aenderung der Bekanntmachung zur Ausführung des Gesetzes, die Gerichtskosten betreffend, vom 30. Dezember 1904.

Vom 21. Dezember 1929.

Die Bekanntmachung zur Ausführung des Gesetzes, die Gerichtskosten betreffend, vom 30. Dezember 1904 (Reg.-Bl. S. 477) wird aus Anlaß der Aenderung dieses Gesetzes durch das Gesetz vom 21. Dezember 1929 (Reg.-Bl. S. 207) dahin geändert:

1. In der Einleitung werden die Worte „und des Artikel 27 Abs. 5, 6" gestrichen.
2. Die §§ 2 bis 6 werden aufgehoben.
3. Im § 7 erhält der Eingang die Fassung: „Die Vorschriften des § 1 finden"; bei der Verweisung „Artikel 27 Abs. 6" wird die Zahl 6 durch 8 ersetzt.

Darmstadt, den 21. Dezember 1929.

Der Hessische Justizminister.

In Vertretung: Neuroth.

Gesetz, die Landeskommunalbank-Girozentrale für Hessen, Darmstadt, betreffend. Vom 10. Dez. 1929.

Das Hessische Volk hat durch den Landtag folgendes Gesetz beschlossen:

Artikel 1.

Eine Urkunde, die von der Landeskommunalbank-Girozentrale für Hessen innerhalb ihres Geschäftskreises aufgenommen ist, gilt als öffentliche Urkunde, wenn sie von den nach der Satzung oder der Geschäftsordnung zuständigen Vertretern der Bank unterschrieben und mit dem Siegel oder Stempel der Bank versehen ist.

Artikel 2.

Der Art. 33 Abs. 3 des Gesetzes, die Ausführung des BGB. betreffend vom 17. Juli 1899 (Reg.-Bl. S. 133) in der Fassung des Gesetzes, die Abänderung des Art. 33 des Ausführungsgesetzes zum BGB. vom 17. Juli 1899 betreffend, vom 16. März 1921 (Reg.-Bl. S. 207) erhält folgende Fassung:

Die Hessische Landeshypothekenbank Aktiengesellschaft in Darmstadt, die Hessische Landesbank-Staatsbank und die Landes-Kommunalbank-Girozentrale für Hessen in Darmstadt werden für die in Abs. 2 bezeichneten Fälle als Hinterlegungsstellen im Sinne des Abs. 1 erklärt.

Artikel 3.

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1930 in Kraft.

Darmstadt, den 10. Dezember 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Nr. 20.

Bekanntmachung, das Armenrecht betreffend.

Vom 14. Dezember 1929.

Auf Grund der Artikel 139 und 140 des Gesetzes, die Ausführung des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit betreffend, vom 18. Juli 1899 (Reg.-Bl. S. 287) und im Anschluß an die §§ 179, 180 der Dienstanweisung für die hessischen Ortsgerichte erhält der Vordruck für Armutszeugnisse die dem nachstehenden Muster entsprechende Fassung.

Die Bekanntmachung vom 29. September 1879 (Reg.-Bl. S. 697) wird aufgehoben.

Darmstadt, den 14. Dezember 1929.

Der Hessische Justizminister.
In Vertretung: Neuroth.

Zeugnis
zur Erlangung des Armenrechts.

Erklärungen des Antragstellers (oder seines gesetzlichen Vertreters)	Ergebnis der Prüfung des Ortsgerichts
I. Vor- und Zuname: _____ Stand und Gewerbe: _____ Wohnort: _____ Straße Nr. _____ Alter: _____ Jahre (geb. _____) Staatsangehörigkeit: _____	
II. **Familienverhältnisse des Antragstellers:** a) ob ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden, falls verheiratet, seit wann? _____ b) Angehörige: 1. im Haushalt des Antragstellers lebende Kinder (Name, Alter, gegf. auch Stand oder Beruf): 1. _____ 2. _____ 3. _____ 4. _____ 5. _____ 6. _____ 2. außerhalb des Haushalts des Antragstellers lebende Kinder, soweit sie minderjährig oder von dem Antragsteller zu unterhalten sind (Name, Alter, gegf. auch Stand oder Beruf): 1. _____ 2. _____ 3. _____ 4. _____ 5. _____ 6. _____ 3. sonstige zu unterhaltende Angehörige (nähere Bezeichnung, insbesondere ob im Haushalt des Antragstellers oder nicht): _____	

1	Erklärungen des Antragstellers	
III. Vermögens- und Einkommens-Verhältnisse:	des Antragstellers	des Ehegatten
a) **Vermögen**, Bezeichnung: _____		
1. Wert der Grundstücke	_____ RM	_____ RM
2. Wert des sonstigen Vermögens einschließlich der ausstehenden Forderungen	_____ RM	_____ RM
zus.	_____ RM	_____ RM
ab: Schulden, und zwar:		
1. Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	_____	_____
2. sonstige Schulden	_____	_____
zus.	_____ RM	_____ RM
Mithin Vermögen	_____ RM	_____ RM
b) **Einkommen***) (Bei Beamten unter Angabe der Gehaltsgruppe u. -Stufe sowie gegf. der Nebenbezüge) und zwar		
1. Bareinkommen (einschl. der für Steuern, Versich.-Beiträge und Sonstiges gemachten Abzüge)	_____ RM	_____ RM
_____	_____ RM	_____ RM
2. Wert der Naturalbezüge, insbesondere freie Wohnung, Beköstigung, Ausgedinge	_____ RM	_____ RM
zus.	_____ RM	_____ RM
ab: Schuldenzinsen, Beiträge für Invaliden-, Angestellten- usw. Versicherung, Lebensversicherungsprämie, Altenteil und sonstige Lasten	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
	_____ RM	_____ RM
Mithin Einkommen	_____ RM	_____ RM
c) **Wohnung des Antragstellers**		
1. Größe _____		
2. Höhe des monatlichen Mietzinses	_____ RM	_____ RM
IV. Steuerliche Lasten*):		
Einkommensteuer	_____ RM	_____ RM
Vermögensteuer	_____ RM	_____ RM
Grundvermögensteuer (staatl. und städt.)	_____ RM	_____ RM
Hauszinssteuer	_____ RM	_____ RM
Gewerbesteuer	_____ RM	_____ RM
Gemeinde-Abgaben	_____ RM	_____ RM

Erklärung des Antragstellers:

Ich, der Antragsteller, ermächtigte die Steuerbehörden, dem Gericht und dem mit der Erteilung dieses Zeugnisses befaßten Ortsgericht Auskunft über meine Steuerverhältnisse zu erteilen.

_____, den _____ 19____

_____

(Unterschrift des Antragstellers.)

*) In Spalte 3 ist zu vermerken, ob eine Bescheinigung des Arbeitgebers bzw. der Steuerbehörde vorgelegt worden ist.

(oder seines gesetzlichen Vertreters) 2			Ergebnis der Prüfung des Ortsgerichts 3
der minderjährigen Kinder (Name)	(Name)	des Vaters oder, falls dieser verstorben, der Mutter (nur auszufüllen, wenn der Antragsteller ein minderjähriges, eheliches Kind ist)	
RM	RM	RM	
RM	RM	RM	
RM	RM	RM	
RM	RM	RM	
RM	RM	RM	
RM	RM	RM	
RM	RM	RM	
RM	RM	RM	
RM	RM	RM	
RM	RM	RM	
RM	RM	RM	
RM	RM	RM	
RM	RM	RM	
RM	RM	RM	
RM	RM	RM	
RM	RM	RM	
RM	RM	RM	
RM	RM	RM	

Gerichts- und Anwaltsgebühren zur Durchführung eines Prozesses in erster Instanz:

Bei einem Wert des Streitgegenstandes von RM.	Gerichtsgebühren ungefähr RM.	Gebühren für 2 Rechtsanwälte ungefähr RM.	Summe der Spalten 2 und 3 RM.
1	2	3	4
20	3	12	15
60	6	24	30
100	9	36	45
200	18	60	78
300	27	90	117
400	36	120	156
500	45	150	195
600	54	174	228
700	63	198	261
800	72	222	294
900	81	246	327
1000	90	270	360
1100	96	288	384
1200	102	306	408
1500	120	360	480
1800	138	414	552
2000	150	450	600

1. In den zur Zuständigkeit der Amtsgerichte gehörigen Sachen, das ist regelmäßig bei Werten bis einschließlich 500 RM., pflegt der armen Partei nur ausnahmsweise ein Rechtsanwalt beigeordnet zu werden.
2. Die Gebühren in Spalte 2 erhöhen sich in der Berufungsinstanz um die Hälfte, in der Revisionsinstanz auf das Doppelte, die Gebühren in Spalte 3 erhöhen sich in der Berufungs- und in der Revisionsinstanz um 3 Zehnteile.
3. Außer den Gebühren in Spalte 4 sind noch die baren Auslagen, insbesondere die durch die Beweisaufnahme entstehenden Zeugen- und Sachverständigengebühren, zu entrichten.

Erklärungen des Antragstellers (oder seines gesetzlichen Vertreters)		Ergebnis der Prüfung des Ortsgerichts
1	2	3
V. Besondere Bemerkungen (namentlich darüber, ob zwischen dem Antragsteller und seinem Ehegatten ein Ehevertrag — gegebenenfalls welchen Inhalts — geschlossen ist, ferner über die Vermögensverhältnisse des Antragstellers, insbesondere etwaige, seine Einkommens- oder Vermögensverhältnisse ungünstig beeinflußende Umstände (Krankheit, vorübergehende Erwerbsunfähigkeit, Erwerbslosigkeit), über unterhaltungspflichtige Verwandte, etwaige öffentliche Unterstützung usw.)		
VI. Kurze Bezeichnung des Rechtsstreites für den der Antragsteller um Bewilligung des Armenrechts nachsucht, unter Angabe des Wertes des Streitgegenstandes.	Klage gegen de _____ _____ _____ wegen _____ Wert _____ RM.	

VII. Zeugnis der Behörde, der die Ausstellung des Zeugnisses zusteht:

A. Für den Antragsteller:

Der die — obenbezeichnete Antragsteller — in — ist ohne Beeinträchtigung des für ihn — sie — und seine — ihre — Familie notwendigen Lebensunterhalts

a) nicht in der Lage, irgend einen Betrag zur Bestreitung der Prozeßkosten zu tragen,

b) nur in der Lage, einen Teil der Prozeßkosten zu bestreiten, und zwar:
welchen Betrag?
(Nichtzutreffendes ist zu durchstreichen.)

B.*) Für den Ehemann, falls eine Ehefrau Antragstellerin ist:

C.*) Für den Vater, oder, falls dieser verstorben, die **Mutter:**
(Nur auszufüllen, falls ein minderjähriges, eheliches Kind der Antragsteller ist.)

_____, den _____ 19____

(Unterschriften des gesamten Ortsgerichts.)

*) Zu B und C ist gegebenenfalls genau anzugeben, inwieweit der Ehemann, der Vater oder die Mutter zur Bestreitung der Prozeßkosten in der Lage ist.

Gesetz zur Aenderung des Gesetzes, die Ausführung des deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes vom 3. September 1878 betreffend. Vom 4. Dezember 1929.

Das Hessische Volk hat durch den Landtag folgendes Gesetz beschlossen:

Das Gesetz, betreffend Ausführung des deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes vom 3. September 1878, wird wie folgt geändert:

a) In Artikel 2 werden zwischen die Worte „Amtsrichters, sowie" die Worte „und Landrichters", ferner zwischen die Worte „Amtsgerichten in" die Worte „und Landgerichten" eingefügt.

b) Der Absatz 1 des Artikel 19 wird gestrichen.

Das Gesetz tritt sofort in Kraft.

Darmstadt, den 4. Dezember 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Gesetz zur Aenderung des Gesetzes über den Urkundenstempel. Vom 10. Dezember 1929.

Das Hessische Volk hat durch den Landtag das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1.

Das Gesetz über den Urkundenstempel vom 12. August 1899 in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. März 1910 (Reg.-Bl. S. 63) und des Gesetzes vom 20. Februar 1924 (Reg.-Bl. S. 89) wird, wie folgt, geändert:

I. Tarifnummer 35 XI 5 erhält folgende neue Fassung:

	Reichsmark
„5. a) zum Handel mit Stoß- oder Hiebwaffen (§ 1 und § 2 der Verordnung vom 17. Dezember 1918, Reg.-Bl. 1919 S. 1)	5 bis 50
b) zum Tragen von Stoß- oder Hiebwaffen (§ 1 und § 2 Ziff. 3 der vorgenannten Verordnung) jährlich, gültig vom 1. April bis einschließlich 31. März des nächsten Jahres	1,—

II. In den Tarif wird hinter Tarifnummer 35 XI folgende neue Ziffer XI a eingefügt:

XI a) Schußwaffen und Munition (Reichsgesetz vom 12. April 1928, R.G.Bl. S. 143, nebst Ausführungsverordnung vom 13. Juli 1928, R.G.Bl. I S. 198).

	Reichsmark
1. Genehmigung zur gewerbsmäßigen Herstellung, Bearbeitung oder Instandsetzung von Schußwaffen oder Munition	20 bis 100
2. Genehmigung zum Handel mit Schußwaffen oder Munition	20 bis 100
3. Beglaubigung oder Abstempelung eines Waffenhandelsbuchs oder Waffenbuchs	1,—
4. Genehmigung zum Besitze eines Waffenlagers oder eines Munitionslagers	5 bis 100
5. Ausnahme-Bewilligungen nach § 6 Nr. 2 Halbsatz 2, § 16 Abs. 3, § 17 Abs. 3 und § 24 Abs. 2 des Reichsgesetzes	5 bis 50
6. Erste Ausstellung eines Waffenscheins einschließlich Waffenerwerbsscheins	5,—
7. Erste Ausstellung der zu 6. erwähnten Scheine allein	3,—
8. Jede Erneuerung eines dieser Scheine	2,—
9. Für Schußwaffen von nicht mehr als 6 mm Kaliber: Erste Ausstellung oder Erneuerung eines dieser Scheine	1,—

Zusatzbestimmungen:

1. Für Doppel von Waffenscheinen oder Waffenerwerbscheinen dürfen nur Schreibgebühren erhoben werden (Art. 35 Abs. II Satz 2).
2. In besonders begründeten Ausnahmefällen kann die Gebühr für Waffenscheine oder Waffenerwerbscheine zur Vermeidung unbilliger Härten von der für Ausstellung des Scheins zuständigen Behörde bis zur Hälfte ermäßigt werden.
3. Bescheinigungen gemäß § 19 des Reichsgesetzes sind stempelfrei."

Artikel 2.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

Darmstadt, den 10. Dezember 1929.

Hessisches Gesamtministerium.

Dr. Adelung. Kirnberger. Leuschner. Korell.

Bekanntmachung, die Vereinigung der Landgemeinden Bischofsheim, Ginsheim-Gustavsburg, Bretzenheim und Weisenau mit der Stadt Mainz betreffend. Vom 10. Dezember 1929.

Das Gesamtministerium hat auf Grund des Art. 62 der Hessischen Verfassung und des Art. 10 der Städte- und der Landgemeindeordnung die Vereinigung der Landgemeinden Bischofsheim, Gins-

heim-Gustavsburg, Bretzenheim und Weisenau mit der Stadt Mainz genehmigt. Die Vereinigung erfolgt mit Wirkung vom 1. Januar 1930.

Darmstadt, den 10. Dezember 1929.

Der Hessische Minister des Innern.
Leuschner.

Bekanntmachung, den Gemeindeverband zur Instandhaltung der regulierten mittleren Nidder betr.
Vom 14. Dezember 1929.

Auf Grund des Art. 197 des Gesetzes, die Landgemeindeordnung betreffend, vom 8. Juli 1911 ist der Satzung für den Gemeindeverband zur Instandsetzung der regulierten mittleren Nidder die Bestätigung erteilt worden. Der Verband besteht aus den Gemeinden Lindheim, Altenstadt, Oberau, Höchst und der selbständigen Gemarkung Engelthal im Kreise Büdingen und hat seinen Sitz in Altenstadt.

Darmstadt, den 14. Dezember 1929.

Der Hessische Minister des Innern.
In Vertretung: Dr. Reitz.

Bekanntmachung, die Albert Stumpf-Stiftung betreffend. Vom 20. Dezember 1929.

Das Gesamtministerium hat unterm 27. November 1929 der von dem am 24. Mai 1919 in Eisenach verstorbenen Fräulein Luise Stumpf aus Darmstadt durch letztwillige Verfügung vom 9. Juni 1917 errichteten „Albert Stumpf-Stiftung" gemäß § 80 BGB. und Art. 7 des Hess. A.G. zum BGB. die Genehmigung als rechtsfähige Stiftung erteilt.

Darmstadt, den 20. Dezember 1929.

Der Hessische Minister des Innern.
Leuschner.

Bekanntmachung, die Ortsgerichte und die Standesämter in Bischofsheim, Bretzenheim, Ginsheim, Gustavsburg und Weisenau betreffend.
Vom 13. Dezember 1929.

Auf Grund des Artikel 1 der Verordnung, die Ortsgerichte betreffend, vom 2. August 1899, Reg.-Bl. S. 389, und des § 2 des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung vom 6. Februar 1875 (Reichsgesetzbl. S. 23) wird hiermit bestimmt, daß die Ortsgerichte und die Standesämter in den Gemeinden Bischofsheim, Bretzenheim, Ginsheim-Gustavsburg und Weisenau auch nach der mit Wirkung vom 1. Januar 1930 erfolgten Vereinigung dieser Gemeinden mit der Stadt Mainz bis auf weiteres mit den bisherigen Bezirken bestehen bleiben. Die Ortsgerichte und die Standesämter haben ab 1. Januar 1930 die amtliche Bezeichnung zu führen „Mainz-Bischofsheim", „Mainz-Bretzenheim", „Mainz-Ginsheim", „Mainz-Gustavsburg", „Mainz-Weisenau".

Darmstadt, den 13. Dezember 1929.

Der Hessische Justizminister.
In Vertretung: Neuroth.

Teil II

Dienstnachrichten.

November 1929

am 19. der Schulamtsanwärter Ernst Breyer aus Leeheim, Kreis Groß-Gerau, zum Lehrer an der Volksschule Egelsbach, Kreis Offenbach, mit Wirkung vom 1. Dezember an, —
der Schulamtsanwärter Georg Schalk aus Viernheim, Kreis Heppenheim, zum Lehrer an der Volksschule zu Ober-Erlenbach, Kreis Friedberg, mit Wirkung vom Tage des Dienstantritts an, —

am 23. der Gendarmeriehauptwachtmeister auf Probe Wilhelm Schäfer zu Butzbach zum Gendarmeriehauptwachtmeister mit Wirkung vom 1. November an, —
der Versorgungsanwärter und Wachtmeister auf Probe bei der Zellenstrafanstalt Butzbach Jakob Hörr zum Strafanstaltsoberwachtmeister bei dieser Anstalt, der Hilfsaufseher bei dem Landgerichtsgefängnis in Darmstadt Wilhelm Rettig zum Strafanstaltsoberwachtmeister bei diesem Gefängnis, der Hilfsaufseher bei dem Landgerichtsgefängnis in Darmstadt Friedrich Stomptner zum Strafanstaltsoberwachtmeister bei diesem Gefängnis, der Oberassistent bei dem Amtsgericht in Mainz Jakob Hammen zum Gerichtsvollzieher mit dem Amtssitz in Ober-Ingelheim, der Kanzleiassistent bei dem Landgerichtsgefängnis in Mainz Heinrich Adam Brehm zum Gerichtsvollzieher mit dem Amtssitz in Mainz, der Kanzleiassistent bei dem Amtsgericht Darmstadt I Ludwig Metzger zum Gerichtsvollzieher mit einem noch zu bestimmenden Amtssitz, der Kanzleiassistent bei dem Amtsgericht Mainz Ulrich Saß zum Gerichtsvollzieher mit dem Amtssitz in Butzbach, sämtlich mit Wirkung vom 1. Dezember an, —

am 25. der Kanzlist bei dem Amtsgericht Gießen Andreas Merle zum Justizsekretär, der Kanzlist bei dem Landgericht der Provinz Oberhessen Versorgungsanwärter Karl Bischoff zum Kanzleiassistenten, der Kanzlist bei dem Amtsgericht in Lorsch Adam Forell zum Kanzleiassistenten, der Kanzlist bei dem Amtsgericht in Mainz Martin Hassel zum Kanzleiassistenten, der Kanzleigehilfe bei dem Oberlandesgericht in Darmstadt und Versorgungsanwärter Adam Kappes zum Kanzleiassistenten, der Kanzlist bei dem Amtsgericht in Vilbel Martin Stelz zum Kanzleiassistenten, sämtlich mit Wirkung vom 1. Dezember an, —

am 26. die Kreisärzte, Medizinalräte Dr. Theodor Höfling in Erbach i. O. zum Kreisarzt des Kreisgesundheitsamtes Friedberg und Dr. Hermann Orth in Schotten zum Kreisarzt des Kreisgesundheitsamtes Heppenheim unter Belassung ihrer Amtsbezeichnung „Medizinalrat", beide mit Wirkung vom 1. Januar 1930 an, —

am 28. der Polizeihauptwachtmeister auf Probe Ludwig Mink zu Bensheim zum Polizeihauptwachtmeister, mit Wirkung vom 1. November an, —

der Versorgungsanwärter Wilhelm Schmidt aus Alsfeld zum Amtsgehilfen bei dem Kreisamt Lauterbach, mit Wirkung vom 1. November an, —

die Polizeihauptwachtmeister Hans Reinhardt und Heinrich Liebermann zu Gießen zu Kriminalhauptwachtmeistern, beide mit Wirkung vom 1. Dezember an — ernannt;

am 30. der Landwirtschaftsrat Dr. Richard Görlach beim Landwirtschaftsamt zu Groß-Umstadt ist mit Wirkung vom Tage seines Dienstantritts an in gleicher Diensteigenschaft an das Landwirtschaftsamt Heppenheim a. d. B. versetzt worden; der Landwirtschaftsrat Dr. Wilhelm Bäumer beim Landwirtschaftsamt zu Heppenheim ist mit Wirkung vom Tage seines Dienstantritts an in gleicher Diensteigenschaft an das Landwirtschaftsamt zu Büdingen versetzt worden;

Dezember 1929

am 2. der Lehrer Josef Winter zu Lämmerspiel, Kreis Offenbach, zum Lehrer an der Volksschule zu Klein-Rohrheim, Kreis Groß-Gerau, mit Wirkung vom 1. Dezember an, —

am 3. der Oberregierungsrat Adam Hofmann bei dem Rentamt des Mainzer Universitätsfonds zum Direktor bei der Oberrechnungskammer, mit Wirkung vom 1. Dezember an — ernannt.

am 10. wurde der Direktor der Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt zu Darmstadt, Professor Dr. Hubert Rößler, zum Ministerialdirektor bei dem Ministerium für Arbeit und Wirtschaft, mit Wirkung vom 12. Dezember an ernannt. Er behält bis auf weiteres die Leitung der Landwirtschaftlichen Versuchsstation zu Darmstadt bei;

am 11. der Ergänzungsrichter Daniel Gallinger in Worms zum Handelsrichter bei der Kammer für Handelssachen in Worms für die Zeit bis zum 31. Dezember 1930, —

am 13. der Landgerichtsrat bei dem Landgericht der Provinz Starkenburg Dr. Theodor Metz zum Ministerialrat im Hessischen Ministerium der Justiz, mit Wirkung vom 18. Dezember an, —

am 14. der Bürgermeister Heinrich Ritzel in Michelstadt i. O. zum Oberregierungsrat bei der Provinzialdirektion der Provinz Oberhessen in Gießen, mit Wirkung vom 1. Januar 1930 an, —

am 16. der Oberregierungsrat bei der Provinzialdirektion Oberhessen Dr. August Heß unter Belassung der Amtsbezeichnung Oberregierungsrat zum Vortragenden Rat bei der Oberrechnungskammer, mit Wirkung vom 1. Januar an — ernannt;

das Mitglied der Oberrechnungskammer Regierungsrat Heinrich Lohnes erhält mit Wirkung vom 16. Dezember an die Amtsbezeichnung Oberregierungsrat.

Durch Entschließung des Hessischen Justizministers vom 28. November 1929 wurden ernannt:

zu Mitgliedern des Disziplinarhofs für Notare für die Jahre 1930, 1931 und 1932:

die Notare Justizrat Dr. Otto Bing in Mainz, Justizrat Dr. Ernst Rosenberg in Gießen, Dr. Siegfried Guggenheim in Offenbach;

zu stellvertretenden Mitgliedern des Disziplinarhofs für Notare für die Jahre 1930, 1931 und 1932:

die Notare Dr. Kurt Spohr in Gießen, Otto Sturmfels in Darmstadt, Dr. Franz Kirstein in Mainz;

zu Mitgliedern der Disziplinarkammer für die Notare der Provinz Starkenburg für die Jahre 1930, 1931 und 1932:

die Notare Justizrat Dr. Max Goldschmidt in Offenbach, Theodor Kleinschmidt in Darmstadt;

zu stellvertretenden Mitgliedern der Disziplinarkammer für die Notare der Provinz Starkenburg für die Jahre 1930, 1931 und 1932:

die Notare Friedrich Blechner in Bensheim, Josef Carnier in Darmstadt;

zu Mitgliedern der Disziplinarkammer für die Notare der Provinz Oberhessen für die Jahre 1930, 1931 und 1932:

die Notare Otto Jöckel in Friedberg, Theodor Beilstein in Grünberg;

zu stellvertretenden Mitgliedern der Disziplinarkammer für die Notare der Provinz Oberhessen für die Jahre 1930, 1931 und 1932:

die Notare Immo Albrecht in Gießen, Dr. Karl Brücher in Bad-Nauheim;

zu Mitgliedern der Disziplinarkammer für die Notare der Provinz Rheinhessen für die Jahre 1930, 1931 und 1932:

die Notare Wilhelm Schott in Pfeddersheim, Karl Jost in Alzey;

zu stellvertretenden Mitgliedern der Disziplinarkammer für die Notare der Provinz Rheinhessen für die Jahre 1930, 1931 und 1932:

die Notare Justizrat August Scheuermann in Worms, Dr. Karl Braden in Mainz.

Dienstentlassungen.

Dezember 1929

am 5. wurde die Kanzleiassistentin Margarete Pieper bei dem Ministerium des Innern auf ihr Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Dezember an, —

am 11. der ordentliche Professor für innere Veterinärmedizin an der Landesuniversität in Gießen Dr. med. vet. Johannes Nörr, mit Wirkung vom 1. Januar 1930 an, —

am 13. der Verwaltungsobersekretär Hermann Wassem zu Offenbach auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Oktober an, —

am 17. die Reallehrerin an der Realschule zu Vilbel Albertine Metz auf ihr Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Januar 1930 an — aus dem Staatsdienst entlassen.

Ruhestandsversetzungen.

Dezember 1929

am 1. der Vermessungsoberassistent Fritz von Willich zu Darmstadt auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Januar 1930 an, —

am 3. der Rektor an der Volksschule zu Pfeddersheim, Kreis Worms, Philipp Hackmer auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Januar 1930 an, —

am 4. der Rektor an der Volksschule zu Lollar im Kreise Gießen Otto Daab auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Januar 1930 an, —

am 5. der Justizoberwachtmeister bei dem Amtsgericht in Dieburg Philipp Guttandin auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 10. Dezember an, —

am 6. die Handarbeitslehrerin an der Volksschule zu Langen, Kreis Offenbach, Babette Keller auf ihr Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Januar 1930 an, —

am 9. der Obermaschinist am Kraftwerk der Technischen Hochschule zu Darmstadt Georg Draser auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Februar 1930 an, —

am 11. der Gendarmeriemeister Georg Berghöfer in Altenstadt auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Februar 1930 an, —

der Strafanstaltshauptwachtmeister bei dem Landgerichtsgefängnis in Darmstadt Johann Ludwig Scharmann auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. April 1930 an, —

am 13. der Oberreallehrer an der Oberrealschule zu Gießen Heinrich Ziepracht auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Januar 1930 an, —

am 17. der Bureaudirektor bei dem Amtsgericht Darmstadt II Johannes Heppert auf sein Nachsuchen, mit Wirkung vom 1. Januar 1930 an in den Ruhestand versetzt.

Auf Grund des Artikels 14 des Polizeibeamtengesetzes vom 31. März 1928 wurde in den Ruhestand versetzt:

Dezember 1929

am 2. der Gendarmeriekommissar Konrad Schmitt zu Bensheim, mit Wirkung vom 1. Januar 1930 an.

Auf Grund des § 1 des Gesetzes über die Altersgrenze der Staatsbeamten vom 2. Juli 1923 bzw. 19. Dezember 1923 in der Fassung des Gesetzes vom 8. Oktober 1925 (Reg.-Bl. S. 249) werden in den Ruhestand versetzt:

Januar 1930

am 1. der Oberreallehrer an der Studienanstalt und Frauenschule in Mainz Heinrich Schader, der Bürodirektor Emil Ries beim Hessischen Landesmuseum, der Lehrer Franz Diehl an der Volksschule zu Darmstadt, die hauptamtliche Fortbildungsschullehrerin Maria Hennemann an der Fortbildungsschule zu Weisenau, Kreis Mainz, der Rektor August Forbach an der Volksschule zu Nieder-Ingelheim, Kreis Bingen.

Zur Nachricht.

Das **Hessische Regierungsblatt** erscheint nach Bedarf. So oft eine Nummer des Regierungsblattes erschienen ist, wird dies in der „Darmstädter Zeitung" angezeigt.

Der Bezugspreis des **Hessischen Regierungsblattes** beträgt **ab 1. Januar 1930 für das Vierteljahr Reichsmark 2.—.**

Fehlende Blätter werden nur dann unentgeltlich nachgeliefert, wenn deren Ausbleiben **sofort**, d. h. bei Erscheinen der nächstfolgenden Nummer, gemeldet wird.

Zuschriften, welche Aufnahmen in das Hessische Regierungsblatt zum Gegenstand haben, sind an die Redaktion desselben (Hessisches Landesstatistisches Amt, Bleichstraße Nr. 1) zu richten; dagegen sind alle Schreiben, welche die Versendung des Blattes betreffen, an die Expedition desselben (Rheinstraße Nr. 15) zu richten. Alle Zuschriften sind **portofrei** einzusenden.

Darmstadt, im Dezember 1929.

Geschäftsstelle des Hessischen Regierungsblattes.

Chronologische Übersicht

der im

Hessischen Regierungsblatt vom Jahre 1929

enthaltenen

Gesetze, Verordnungen usw.

Datum des Gesetzes usw.	Inhalt	Nummer des Reg.-Blattes	Seite
22. Nov. 1928	**Errichtung** von Kirchengemeinden und Pfarreien sowie Aenderung der Bezirke derselben	1	6
14. Dezember	**Ausf.-V.** zum G. über die Schutzpolizei vom 20. Juli 1923	1	1
14. Dezember	G. über die öffentlichen Unterrichtsanstalten für freie und angewandte Kunst und die öffentlichen technischen und gewerblichen Unterrichtsanstalten mit Staatsunterstützung	2	9
29. Dezember	V., die Deutsche Arzneitaxe 1929 betr.	1	5
2. Jan. 1929	V., die Genehmigung von Schenkungen betr.	2	14
2. Januar	V., die Bestellung der Prüfungskommission für die staatlich anerkannte Krankenpflegeschule des Alice-Frauenvereins im Alicehospital zu Darmstadt betr.	2	14
4. Januar	V., Vermessungen und Vorarbeiten für eine elektrische Straßenbahn von Darmstadt (Böllenfalltor) nach Nieder-Ramstadt—Ober-Ramstadt—Nieder-Modau—Ober-Modau—Ernsthofen — Brandau—Gadernheim—Lindenfels nach Fürth i. O. betr.	2	14
4. Januar	**Errichtung** von Kirchengemeinden und Pfarreien sowie Aenderung der Bezirke derselben	2	15
5. Januar	V., Enteignung von Gelände für die Herstellung der Moselstraße in Rüsselsheim betr.	2	12
7. Januar	V., die Gebühren der Bauschätzer in Brandversicherungsangelegenheiten	2	12
10 Januar	V. über die Bildung eines Schutzforstes aus dem Waldbesitz der Familie Freiherr von Rotsmann zu Hof Dotzelrod bei Eudorf: Eigentümer: a) Max Freiherr von Rotsmann zu Hof Dotzelrod bei Eudorf, b) Charlotte Freifrau von Rotsmann, geb. Küchler, Witwe des Oberst Friedrich Freiherr von Rotsmann, jetzt zu Dotzelrod bei Eudorf	2	12
10. Januar	V. über die Bildung eines Schutzforstes aus dem Waldbesitz des Wolfram von Harnier zu Echzell, Oberhessen	2	13
10. Januar	V. über die Bildung eines Schutzforstes aus dem Waldbesitz des Kaufmanns Richard Passavant zu Frankfurt a. M.	2	13
10. Januar	V. über die Bildung von Schutzforsten aus dem Waldbesitz des Wilfried Freiherr Schenck zu Schweinsberg in Wäldershausen	2	13
22. Januar	V. zur Abänderung der V. vom 5. Januar 1928 über die Bildung von Schutzforsten aus den zu dem Isenburgschen Hausvermögen Hausgut Isenburg-Birstein gehörenden Waldungen	3	21
26. Januar	V. über den Erlaß einer Bemannungsanweisung für die Rheinschiffe	3	22
1. Februar	V., Aufwertung der Sparguthaben der Bezirkssparkasse Alsfeld betr.	3	18
1. Februar	V., die Durchf. des Art. 6 des G. über das Straßenwesen in Hessen vom 15. Juli 1926 betr.	3	18
4. Februar	G. zur Aenderung des G. über den Urkundenstempel	4	25
4. Februar	**Errichtung** von Kirchengemeinden sowie Aenderung der Bezirke derselben	4	31
6. Februar	**Vorschr.** über die Aufnahme und Entlassung der Pfleglinge der Anstalt für Geistesschwache „Alicestift" bei Darmstadt	3	18
7. Februar	V., den Schutz der Heilquellen in der Provinz Oberhessen betr.	3	17
20. Februar	V. zu der V., die Abänd. der Vorschr. v. 14. Jan. 1897 über die Einrichtung und den Betrieb der Apotheken betr., in der Fassung v. 31. Dez. 1924	4	25
22. Februar	V. über die Bildung eines Schutzforstes aus dem zu dem Freiherr von Ritter zu Groenesteynschen Familienfideikommiß gehörender Wald	4	30
25. Februar	V. zur Abänd. der V. v. 19. Aug. 1899 über die gerichtlichen Hinterlegungen	4	25
27. Februar	V., die Sätze der staatlichen Gewerbsteuer für das Rechnungsjahr 1928 betr.	4	30
28. Februar	V., die schulärztliche Ueberwachung der Schulkinder betr.	4	26
5. März	G. zur Aenderung des Steuervorauszahlungs-G. für das Rechnungsjahr 1929 v. 5. Dez. 1928	7	51

Datum des Gesetzes usw.	Inhalt	Nummer des Reg.-Blattes	Seite
7. März	V. über Veränderung von Gemarkungsgrenzen, die zugleich Kreisgrenzen sind	5	33
8. März	V. über die Abänd. der V., die Zulassung von Lehrern und Lehrerinnen an Volksschulen zum Hochschulstudium betr., v. 1. Sept. 1921	5	37
11. März	V., die Abänd. der V. v. 8. Nov. 1909 über die Dampfkessel betr.	5	34
14. März	V. zur Ausf. des G. über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten v. 21. Dez. 1927	5	33
15. März	V., Anschlußgleis für den Heidesheimer Darlehenskassenverein (Raiffeisen) e. G. m. u. H. zu Heidesheim betr.	8	63
20. März	V., die Förderung des Wohnungsbaues durch verbilligte Baudarlehen im Jahre 1929 betr.	7	52
21. März	G., die Erstreckung des Finanzgesetzes für das Rechnungsjahr 1928 auf das Rechnungsjahr 1929	7	49
21. März	G., die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Staates betr. (Haushaltsordnung)	8	57
22. März	I. V., die Ausführung der Reichsversicherungsordnung betr.	5	34
22. März	II. V., den § 123 RVG., hier die Prüfung für Zahntechniker betr.	5	34
22. März	G., die Rechtsverhältnisse der Gemeindebeamten betr.	6	41
22. März	G., die Vereinigung der Landgemeinde Büdesheim mit der Stadt Bingen betr.	6	45
22. März	Drittes G. zur Aenderung des Ausf.-G. zum Finanzausgleichsgesetz	7	49
22. März	G., die Abänd. des Gemeindeumlagen-G. v. 8. Juli 1911, 7. Aug. 1920, 12. Okt. 1921, 22. Aug. 1922, 15. Dez. 1922, 20. Juni 1923, in der Fassung des Abänd.-G. v. 28. März 1924 betr.	7	50
25. März	Jagdpaßgesetz	6	46
25. März	Ausf.-V. zum Jagdpaß-G.	6	48
25. März	G. zur Abänd. des G., die Gerichtskosten betr., und des G. über den Urkundenstempel	7	51
26. März	G. zur Abänd. 1. des Berggesetzes v. 28. Jan. 1876 in der Fassung der V. v. 30. Sept. 1899, der GG. v. 28. März 1908 u. v. 26. Aug. 1922 und 2. des G., den Schutz der Heilquellen betr., v. 15. Juli 1896	7	51
26. März	V., die Ausf. des Art. 48 Abs. 3 des Gemeindeumlagen-G. in der Fassung der V. v. 7. Aug. 1920 betr.	11	81
27. März	V. über die Ausgabe von Gerichtskostenmarken	7	52
28. März	G. über die öffentlichen Unterrichtsanstalten für freie und angewandte Kunst und die öffentlichen technischen und gewerblichen Unterrichtsanstalten mit Staatsunterstützung v. 14. Dez. 1928	9	65
28. März	Stiftung, den „Georg-Büchner-Preis" betr.	9	66
3. April	G. zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens (Zigeuner-G.)	9	66
8. April	V. über die Mietzinsbildung in der Stadt Mainz	8	63
8. April	V., die Vereinigung der Landgemeinde Büdesheim mit der Stadt Bingen betr.	8	63
10. April	V., die Ein- und Durchfuhr von Hunden betr.	9	67
11. April	V., die Aufwertung der Sparguthaben der Kreissparkasse Alzey betr.	9	68
12. April	V., die Ausgabe von Goldpfandbriefen durch die Hessische Landesbank (Staatsbank) betr.	9	68
12. April	V., Aenderung der Bezeichnung der Zentralstelle für die Landesstatistik betr.	9	68
12. April	V., das Ortsgericht und das Standesamt Büdesheim (Rheinhessen) betr.	9	69
15. April	V., Ausf. der Prüfungsordnung für Aerzte v. 5. Juli 1924 betr.; hier: die zur Annahme von Medizinalpraktikanten ermächtigten hessischen Krankenhäuser und medizinisch-wissenschaftlichen Institute	9	68
29. April	V., die Hegzeit für Rehwild betr.	9	69
29. April	V., die Abgabe stark wirkender Arzneimittel, sowie die Beschaffenheit und Bezeichnung der Arzneigläser und Standgefäße in den Apotheken betr.	10	74
30. April	V., die Durchführung des Zweiten Buches der Reichsversicherungsordnung betr.; hier: Hebammengebühr	10	76
1. Mai	V., betr. Abänd. der V., den Verkehr mit Sprengstoffen betr., v. 21. Sept. 1905/17. Jan. 1927	10	77
4. Mai	V., die Erhöhung einer Gebühr für die Revision nichtstaatlicher Rechnungen durch die Oberrechnungskammer betr.	10	75
7. Mai	V. über die Abänd. der Rheinschiffahrtspolizeiordnung	10	75
8. Mai	V., das Pflücken und Aufkaufen von Kiefern- und Fichtenzapfen betr.	10	73
14. Mai	V., die Errichtung von staatlich anerkannten Krankenpflegeschulen betr.	10	75
16. Mai	V., die Erhebung von Deckgeld für Bedecken der Stuten betr.	10	77
21. Mai	V. über die Bildung eines Schutzforstes aus dem zu dem Fürst zu Leiningenschen Familienfideikommiß gehörenden Wald	10	78
24. Mai	V., die Dienstbezirke der Vermessungsämter betr.	12	145
25. Mai	V. über die Polizeiordnung für die Schiffahrt und Flößerei auf dem Neckar	12	145
27. Mai	V. über die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft	10	73
28. Mai	V. über die Schiedsverfahren vor dem Mieteinigungsamt	10	77
31. Mai	V., die Eintragung von Wasserzeichen für Normalpapiere betr.	12	146

Datum des Gesetzes usw.	Inhalt	Nummer des Reg.-Blattes	Seite
15. Juni	V., die Bildung eines gemeinsamen Betriebsrats für die für das Land Hessen tätigen Arbeiter der Wasserbauämter Worms und Mainz betr.	12	147
18. Juni	V., Enteignung von Gelände für die Nidda-Regulierung in den Gemeinden Ilbenstadt, Nieder-Wöllstadt, Burg-Gräfenrode, Klein-Karben, Okarben, Groß-Karben, Rendel, Kloppenheim und Dortelweil betr.	12	145
18. Juni	V., Anschlußgleis für die Firma Bezirkskonsumverein Worms (e. G. m. b. H.) am Gütergleis der Reichsbahn auf dem Bahnhof zu Worms betr.	12	147
20. Juni	G. über den Verfassungstag	12	145
20. Juni	V., die Erhebung einer Umlage zur Aufbringung der Kosten der Handwerkskammer im Rechnungsjahr 1929 betr.	12	148
20. Juni	G. zur Aenderung des G., das Verfahren in Forst- und Feldrügesachen betr.	13	153
20. Juni	Errichtung von Kirchengemeinden und Pfarreien, sowie Aenderung der Bezirke derselben	14	164
21. Juni	V., die Durchführung der Unfallversicherung in den Gemeinden betr.	12	147
22. Juni	V. über Kraftfahrzeugverkehr	13	153
24. Juni	V., die örtliche Einteilung der Kassenstellen betr.	13	155
26. Juni	V., die Durchführung der Unfallversicherung in den Gemeindeverbänden betr.	12	148
1. Juli	V., die Genehmigung von Schenkungen betr.	13	158
4. Juli	V. über Erteilung von Rheinschifferpatenten	13	155
6. Juli	V., Anschlußgleis für die Obst- und Gemüseverwertungsgesellschaft Ingelheim und Umgebung auf dem Bahnhof zu Ingelheim betr.	13	156
9. Juli	V., Antrag der Ludwig und Heinrich Arzt in Michelstadt auf Genehmigung einer rechtsfähigen Stiftung betr.	13	154
10 Juli	V., die Hegezeit für Enten betr.	13	154
15. Juli	V., die Enteignung für Zwecke der Reichswasserstraßenverwaltung betr.	14	161
17. Juli	V., die zur Staatskasse fließenden Gebühren für Dienstgeschäfte der Kreisärzte und Amtsärzte	15	169
18. Juli	V. über die Mietzinsbildung in der Stadt Offenbach	14	161
24. Juli	V., Gebührenordnung für die Arbeiten der Katastervermessung betr.	14	162
26. Juli	V. über Veränderung von Gemarkungsgrenzen, die zugleich Kreisgrenzen sind	14	162
26. Juli	V., Anschlußgleis der Firma Schamottewerk und Tonwarenfabrik Otto Dewet Blascheck zu Eppertshausen betr.	14	163
31. Juli	V., die Ausf. des G., die Industrie- und Handelskammern betr.	14	163
2. August	Ausf.-V. zur Wahlordnung für die Wahlen der Mitglieder der Handwerkskammer v. 16. Mai 1929	15	169
5. August	V., das Verbot der Einfuhr von Knochenmehl und Knochen betr.	15	170
8. August	V., die Einfuhr von Einhufern aus dem Freistaat Danzig betr.	15	171
8. August	V. des Textes des G., das Verfahren in Forst- und Feldrügesachen betr.	15	172
15. August	Zweite V. zur Aenderung der V. über die Dienstkleidung der Strafanstaltsbeamten	15	171
22. August	V., die Hegezeit des Wildes betr.	15	171
26. August	V. über den Bezug von Gerichtskostenmarken	16	177
3. September	V., Enteignung für Reichsbahnzwecke betr.	16	177
12. September	V., die Satzung des Gemeindeverbandes für den Kraftwagenbetrieb Wetterau betreffend	16	178
13. September	V. zur Aenderung der V. über die Dienstverhältnisse der Gerichtsvollzieher	16	177
16. September	V., die Enteignung für Zwecke der Reichswasserstraßenverwaltung betr.	16	178
9. Oktober	V., die Hegezeit für Rehwild betr.	16	178
9. Oktober	V., die Satzung der Historischen Kommission für den Volksstaat Hessen betr.	16	179
11. Oktober	V., den Wasserversorgungsverband Riddertal betr.	16	179
16. Oktober	V., Ortsklassenverzeichnis betr.	17	187
23. Oktober	V. über die Bildung von Schutzforsten aus dem zu dem Fideikommiß der Familie Freiherr Riedesel zu Eisenbach gehörenden Wald	19	197
28. Oktober	V. über die Bildung von Schutzforsten aus dem zu dem Graf Erbachschen Hausvermögen (Hausgut Erbach-Fürstenau) gehörenden Waldungen	19	201
29. Oktober	Zweite V., die Durchf. der Unfallversicherung in den Gemeinden betr.	17	187
9. November	V., Konzessionierung der erweiterten Straßenbahnlinie 3 zu Darmstadt vom Hauptbahnhof nach der Waldkolonie bis zum Rodensteinweg betr.	17	187
13. November	V., die Bestellung der Prüfungskommission für die staatlich anerkannte Krankenpflegeschule im Städtischen Krankenhause in Mainz betr.	17	188
19. November	V., die Abänd. der V. v. 8. Nov. 1909 über die Dampfkessel betr.	17	188
25. November	V., die Ausf. des G. v. 27. April 1881 über die Ausübung und den Schutz der Fischerei betr.	17	185
25. November	V., die Erhebung eines Brandversicherungsbeitrags für das Jahr 1929 betr.	18	195
26. November	V. über Einfuhr von Tieren für zoologische Gärten und Tierparke	17	185
26. November	V. über Aenderungen in der Einteilung der Standesamtsbezirke	19	202

Datum des Gesetzes usw.	Inhalt	Nummer des Reg.-Blattes	Seite
28. November	V., betr. die Abänd. der V. v. 5. Aug. 1926, Grundsätze für die technische Durchf. der V. über den Verkehr mit Mineralölen und Mineralölmischungen betr.	18	195
30. November	V., Enteignung von Gelände für den Bau einer zweiten Zuleitung von dem Wasserwerk der Stadt Worms bei Bürstadt nach der Stadt Worms gemäß Art. 4 des G. über die Anlage von elektrischen Hochspannungsleitungen und von Gas- und Wasserfernleitungen v. 30. März 1928 betr.	18	193
4. Dezember	G. zur Aenderung des G., die Ausf. des deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes v. 3. Sept. 1878 betr.	20	213
9. Dezember	V., die Sätze der staatlichen Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1929 betr.	19	202
10. Dezember	G., betr. die Veränderung der für die Provinzen Starkenburg und Rheinhessen, sowie die Kreise Groß-Gerau und Mainz bestehenden Grenzen, und betr. die Vereinigung der Landgemeinden Bischofsheim, Ginsheim-Gustavsburg, Bretzenheim und Weisenau mit der Stadt Mainz	18	193
10. Dezember	**Steuervorauszahlungs-G.**	20	205
10. Dezember	G., die Landeskommunalbank-Girozentrale für Hessen, Darmstadt, betr.	20	208
10. Dezember	G. zur Aenderung des G. über den Urkundenstempel	20	213
10. Dezember	V., die Vereinigung der Landgemeinden Bischofsheim, Ginsheim-Gustavsburg, Bretzenheim und Weisenau mit der Stadt Mainz betr.	20	213
13. Dezember	V., die Ortsgerichte und die Standesämter in Bischofsheim, Bretzenheim, Ginsheim, Gustavsburg u. Weisenau betr.	20	214
14. Dezember	V., das Armenrecht betr.	20	209
14. Dezember	V., den Gemeindeverband zur Instandhaltung der regulierten mittleren Nidder betr.	20	214
20. Dezember	V., die Albert-Stumpf-Stiftung betr.	20	214
21. Dezember	G. zur Aenderung der Geb.-Ordn. für die Hessischen Notare und das Hessische Gerichtskosten-G.	20	207
21. Dezember	V. zur Aenderung der V. zur Ausf. des G., die Gerichtskosten betr., vom 30. Dez. 1904	20	208

Sachregister

zum

Hessischen Regierungsblatt vom Jahre 1929.

Bearbeitet von Amtsgerichtsrat Hans Becker in Dieburg.

(Die Zahlen, soweit nicht mit der Bezeichnung §§, Art., Ziff. versehen, bedeuten die Seiten.)

(Das Regierungsblatt von 1929 enthält 20 Nummern.)

Abkürzungen:

G. = Gesetz. **V.** = Verordnung. **B.** = Bekanntmachung. **Ausf.** = Ausführung. **Anw.** = Anweisung. **Best.** = Bestimmungen. **Durchf.** = Durchführung. **Geb.** = Gebühren. **St.-V.** = Staatsvoranschlag. **Schupo-B.** = Schutzpolizeibeamte. **Vorschr.** = Vorschriften.

Wiederholt sich das Stichwort innerhalb eines und desselben Artikels, so wird es nur durch seinen Anfangsbuchstaben ausgedrückt.

A.

Abänderung von Gesetzen, Verordnungen, Bekanntmachungen, s. die betr. GG. usw.
Abgabe, der für zoolog. Gärten eingeführten Tiere, 186 § 2;
— von Arzneimitteln, s. d.;
— fiskalisch: für Jagdpässe, 46 Art. 6, 11, 13.
Abgangsprüfung einer Schifferschule, 155 § 4.
Abkürzung, s. Urteil.
Ableben, s. Tod.
Ablehnung einer Ausgabe im St.-V. durch den Finanzminister 58 Art. 19;
— s. a. Verpflichtung.
Ablieferung vom Einkommen der Gerichtsvollzieher, 177 § 1, 1, II.
Ablösung des verbilligten Baudarlehens, 54, 10.
Abrundungsvorschriften, 61 Art. 53.
Abschluß der Kassen- und Rechnungsbücher, 62 Art. 55, 56;
— s. a. Verträge.
Abschuß von Haselhähnen und -hennen, Auer- und Birkhennen, Verbot, 171, 4.
Abstand zwischen Schlepper und Anhangschiff, 75 I.
Abteilungen und Unter-A., des Staatsvoranschlags 57 Art. 4, 58, 61.
Abtretung der ins Deckungsregister eingetragenen Hypotheken, 34 § 8.
Acedicon, 75.
Acetyl-Demethylo-Dihydrothebain, 75.
Administrativuntersuchung, Jagdpaß-G., 48 § 3.
Aegyptische Augenkrankheit, s. Körnerkrankheit.
Aktiengesellschaften, Geb. für Eintragungen, 208 Art. 2, 2 b.
Alice-Frauenverein, Alice-Hospital, s. Darmstadt.
Alicestift, Vorschr. über die Aufnahme u. Entlassung der Pfleglinge der Anstalt für Geistesschwache „Alicestift" bei Darmstadt, v. 6. Febr., 18.
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Vertreter im Landesausschuß, 65 § 2.
Alsfeld, B. Aufwertung der Sparguthaben der Bezirkssparkasse Alsfeld betr., v. 1. Febr., 18;
— Sitz des Waldverbandes am Frhr. v. Rotsmannschen Schutzforstes, 13.
Altenburg, Frhr. Riedeselscher Schutzforst, 200.
Altenstadt, s. Nidder.
Altwohnungen, Darlehen für Instandsetzung, 56 IV.
Alumnat, s. Pensionat.
Alzey, B. die Aufwertung der Sparguthaben der Kreissparkasse Alzey betr., v. 11. April, 68;
— Annahme von Medizinalpraktikanten in den Krankenanstalten, 69;
— s. a. Versicherungsverband.
Amt des Gemeindebeamten, Wahrnehmung und Würdigerweisung, 43 Art. 15; Verletzung der Pflichten des A., Art. 16.
Amtsanwalt, in Forst- und Feldrügesachen, 172 Art. 2, 5, 6, 8.
Amtsärzte, s. Kreisärzte.
Amtsärztliches Zeugnis, 155 § 2.
Amtsbezeichnung der Gemeindebeamten, Verlust, 43 Art. 17, 18.
Amtsenthebung der Feldschutz- und Polizeibeamten, 42 Art. 9.
Amtsgerichtsbezirk, Vereinigung mehrerer zu einem Forstgerichtsbezirk, 172 Art. 4.
Amtsrichter, Verfahren in Forst- und Feldrügesachen 172 Art. 2, 7, 8, 11, 14, 16, 22, 25.
Amtstierärztliche Untersuchung der für zoologische Gärten eingeführte Tiere, 185 § 2.
Amtsverschwiegenheit, s. Schweigepflicht.
Aenderung von Verträgen mit dem Staat, 61 Art. 46;
— s. a. Kirchengemeinden.
Anerkennung der in einem anderen Bundesstaat abgelegten Zahntechniker-Prüfung und Entziehung 37 § 19.
Anfechtung, s. Beschwerde.
Angeschuldigter, Gemeindebeamter, 44 Art. 23.
Angewandte Kunst, s. K.
Anhangschiff, s. Abstand.
Anhör, s. Beamtenausschuß, Kreisgesundheitsamt, Gemeindebeamtenvertretung, Beirat, Gemeinderat, Kreisausschuß.
Ankaufsrecht am Baugrundstück, Einräumung, Ausübung, Uebertragung, 55, 15.
Anklageschrift im Forst- und Feldrügeverfahren, 173 Art. 9.
Anlage von elektrischen Hochspannungsleitungen und von Gas- und Wasserfernleitungen, G. v. 30. März 1928, — Enteignung von Gelände für den Bau einer zweiten Zuleitung von dem Wasserwerk der Stadt Worms bei Bürstadt nach der Stadt Worms gemäß Art. 4 des Ges., B. v. 30. Nov., 193.
Anlegung der Ersatzdeckung für Pfandbriefe der Hess. Landesbank, 33 § 2.

Anmeldung, der Zigeuner, 67 Art. 4;
— eingeführter Hunde, 68 § 1 b;
— zu einem Register, Wert, 207 Art. 1, 2;
— s. a. Anzeige.
Annahme von Geschenken u. Belohnungen durch Schutzpolizeibeamte, 1 Art. 6;
— s. a. Medizinalpraktikanten.
Anordnung, s. Schließung, Wiedereröffnung.
Anrechnung, der Dienstkleidungsstücke der Strafanstaltsbeamten, 171 Art. 3;
— der Steuervorauszahlungen auf die endgültige Steuer, 205 Art. 5.
Anschlußbahnen, Anlage, Urk., St. Tar., 25 Art. 1.
Anschlußgleis, für den Heidesheimer Darlehenskassenverein (Raiffeisen) e. G. m. b. H. zu Heidesheim, B. v. 15. März, 63;
— für die Firma Bezirkskonsumverein Worms (e. G. m. b. H.) am Gütergleis der Reichsbahn auf dem Bahnhof zu Worms betr., v. 18. Juni, 147;
— für die Obst- und Gemüseverwertungsgenossenschaft Ingelheim und Umgebung auf dem Bahnhof zu Ingelheim, B. v. 6. Juli, 155;
— der Firma Schamottewerke und Tonwarenfabrik Otto Dewet Blascheck zu Eppertshausen, B. v. 26. Juli, 163.
Ansprüche, s. Erlaß.
Anstalt, s. Alicestift.
Anstellung
1. der Lehrkräfte der Unterrichtsanstalten für Kunst, 10 Art. 7, 14;
2. der Gemeindebeamten, 41 Art. 3; der Polizei- und Feldschutzbeamten Art. 4; des Rechners Art. 5; Genehmigung ders. und Versagung der Genehmigung das.

Anstellungsurkunde der Gemeindebeamten, 41 Art. 3.
Anteil einer Gemeinde an der Gemeindemasse, 49 § 1; an der Kommunalmasse, 50 § 2.
Antrag auf schiedsgerichtliches Verfahren über die Höhe der Besoldung, 42 Art. 11;
— auf Gewährung von Bandarlehen, 56, 16, 17;
— auf Erlaß und Stundung des Deckgeldes, 77;
— auf Einfuhr von Knochen usw., 170 § 4;
— auf Verweisung des Schadensersatzanspruchs in Forst- und Feldrügesachen auf den Zivilweg, 172 Art. 6;
— auf Eröffnung des Hauptverfahrens in Forst- und Feldrügesachen, 173 Art. 9;
— auf Stundung der Steuervorauszahlung, 205 Art. 1, 6;
— s. a. Stiftung.
Anzeige
1. von der Erkrankung von Lehrern, Schülern usw., 28 § 4; von der Fernhaltung ders. von der Schule, 28 § 5; von der Schließung der Schule, 29 §§ 12, 15; von der Wiedereröffnung, 29 § 16;
2. von der vorläufigen Dienstenthebung, 44 Art. 22;
3. von Forst- und Feld-Entwendung u. -Beschädigung, 173 Art. 6;
4. von der Ankunft der eingeführten Tiere, 186 § 2;

— s. a. Anmeldung.
Anzeigen in Forst- und Feldrügesachen, 172 Art. 5, 8, 10, 19.
Apotheken, B. der V., die Abänderung der Vorschr. v. 14. Jan. 1897 über die Einrichtung und den Betrieb der A. betr., in der Fassung v. 31. Dez. 1924, v. 20. Febr., 25;
— B. die Abgabe stark wirkender Arzneimittel sowie die Beschaffenheit und Bezeichnung der Arzneigläser und Standgefäße in den A. betr. v. 29. April, 74.
Apotheker-Assistenten, Praktikanten, s. Prüfung, Dienstzeugnisse.
Arbeiten, s. Katastervermessung.
Arbeiter, s. Betriebsrat.
Arbeitgeber, -nehmer, Vertreter im Landesausschuß, 65 § 2.
Armenrecht, B. dass. betr. v. 14. Dez., 209.
Armutszeugnis, 209.
Arzneigläser, Arzneimittel, s. Apotheken.
Arzneitaxe, B., die deutsche A. 1929 betr., v. 29. Dez. 1928, Reg.-Bl. 1929, 5.
Arzt, B. Antrag des Ludwig und Heinrich Arzt in Michelstadt auf Genehmigung einer rechtsfähigen Stiftung betr. v. 9. Juli, 154.
Aerzte, B. Ausf. der Prüfungsordnung für dies. v. 5. Juli 1924 betr.; hier: die zur Annahme von Medizinalpraktikanten ermächtigten hessischen Krankenhäuser und medizinisch-wissenschaftlichen Institute, v. 15. April, 68;
— approbierte Ae., 19 § 4.
Aerztliche Durchmusterung, Klassenliste, s. d.
Assessoren, s. Gerichts-A.
Asthmapulver (Asthmador.) 25.
Auerhähne, Hegezeit, 171, 3.
Auerhennen, Abschuß, 171, 4.
Aufbringung, s. Kosten.
Aufgabe der Unterrichtsanstalten für Kunst usw., 9 Art. 1, 2.
Aufhebung des Vermessungsamts Wöllstein, 145;
— der Unterrichtsanstalten für Kunst, 9 Art. 5;
— von Verträgen mit dem Staat, 61 Art. 46;
— gesetzlicher Vorschr., 18 § 7; 20 § 18; 37 § 20; 37 § 1; 45 Art. 31 II; 48 Art. 14; 51 Art. II; 63 Art. 66; 68 § 5; 74 Art. 4; 76 Art. 8; 146 § 4; 147 Art. 7; 148 Art. 7; 154 § 6; 156 § 13; 170; 171.
Aufkaufen, s. Kiefernzapfen.
Aufnahme in das Alicestift, 18 II;
— von Ausgaben in den St.-V., 57 Art. 5, 8—11.
Aufsicht, über die Unterrichtsanstalten für Kunst, 10 Art. 8;
— über die Führer von Fahrzeugen auf dem Neckar, 146, 13;
— über den Versicherungsverband, 147 Art. 5; 148 Art. 5;
— s. a. Dienst-A.
Aufsichtsbehörde
1. über die Unterrichtsanstalten für Kunst usw., 9 Art. 5, 8—15, 20, 23; Genehmigung der A., Art. 10, 12, 14, 18, 21;
2. G. die Rechtsverhältnisse der Gemeindebeamten betr., 41 Art. 5; Genehmigung, 43 Art. 14; Entscheidung, 42 Art. 7, 14;
3. Wahlordnung für die Wahl der Mitgl. der Handwerkskammer, 169.

Aufstellen von Wohnwagen 67, Art. 3.
Aufstellung des Staatsvoranschlags, 57 Art. 1, 2 ff.; des Entwurfs, 58 Art. 18.
Auftrag, s. Vertilgung.
Aufwandsentschädigung der Gemeindebeamten, 43 Abs. 13, 29.
Aufwertung der Sparguthaben der Bezirkssparkasse Alsfeld, B. v. 1. Febr., 18;
— der Kreissparkasse Alzey, B. v. 11. April, 68.
Ausbietungsgarantie der Gemeinde, 55, 14.
Ausbildung der Zahntechniker, 35 § 4.
Ausbildungsgruppenführer, 3 I.
Ausführung des Staatsvoranschlags, 57 Art. 1, 22 ff.
Ausführungsbehörde (Durchf. der Unfallversicherung in den Gemeinden), 147 Art. 3; 148 Art. 3.
Ausgabe, s. Schatzanweisungen, Schuldverschreibungen, Wechsel, Gerichtskostenmarken, Goldpfandbriefe.
Ausgaben, ordentliche u. außer-o. im St.-V., 57 Art. 3—5, 8—11; Ablehnung einer A. durch den Finanzminister, 58 Art. 19; Verwaltung der A., 59 Art. 22; Buchung einer A. als Vorschuß, Art. 26; Abrundungsvorschr. für A. Art. 53; Rückstände, 62 Art. 56; Nachweisung Art. 58.
Ausgrabungen im Schutzbezirk der Heilquellen, 17 §§ 2, 6.
Aushändigung, s. Anstellungsurkunde.

Aushilfe bei den Landgerichten durch Gerichtsassessoren, 213.
Ausländer, Aufnahme im Alicestift, 19 § 2;
— s. a. Grundstücke.
Ausländische Baustoffe und Bauteile, 52, 1.
Auslandsfleischbeschaustelle, 170 §§ 2, 3.
Ausnahmen, Zulassung zur Zahntechnikerprüfung, 35 § 4; Wiederholung ders., 36 § 15;
— vom Verbot der Einfuhr von Knochen, 170 § 4.
Aussatz, 27 §§ 3—5, 12, 13.
Ausscheiden der Gemeindebeamten infolge Dienststrafverfahrens, 45 Art. 32.
Ausschließung von der höheren Aufwertung, 18, 68;
— s. a. Ausschluß.
Ausschluß, von der Zahntechnikerprüfung, 35 § 8;
— von der Erteilung eines Jagdpasses, 46 Art. 5;
— vom Verfügungsrecht des Grundeigentümers, 51 Art. III;
— des Rechtswegs, 55, 12.
Ausschreibung, öffentliche, 61 Art. 44.
Ausschüsse der Histor. Kommission, 179 §§ 8, 9, 15.
Aussetzung
1. des Dienststrafverfahrens gegen Gemeindebeamte, 44 Art. 20;
2. der Hauptverhandlung im Forst- und Feldrügeverfahren, 174 Art. 18; der Verkündung des Urteils, das.
Ausstellung, des Jagdpasses, 46 Art. 2, 3, 5, 7;
— des Schiffsattestes, 146 § 1.
Ausübung der Jagd, 46 Art. 1, 12;
— s. a. Ankaufsrecht, Wiederkaufsrecht, Fischerei.
Ausweis für staatlich geprüfte Dentisten, 36 §§ 16, 17, 37.
Auszahlung des Baudarlehens, 56, 16;
— s. a. Schadensersatz.
Außerdienstlicher Verkehr der Schutzpolizei, 1 Art. 1 II.
Außerkraftsetzung, s. Aufhebung.
Außerordentliche Kredite, 59 Art. 24.
Außerordentliche Vergütungen durch Unterstützungen an Beamte und Angestellte, 60 Art. 36.
Außerordentlicher Haushalt, a. Einnahmen, 57 Art. 3.
Außerplanmäßige Ausgaben, St.-V., 60 Art. 40, 58.

B.

Bad-Nauheim, Aufnahme von Medizinalpraktikanten in den Krankenanstalten, 69.
— s. a. Versicherungsverband, Wetterau.
Bahnanlagen, Urk. St. Tar., 25 Art. 1.
Banisterin, 75.
Bankunternehmen, Filialsteuer, 50 Art. 1 3, 4.
Bau, s. Enteignung.
Bauarbeiten, 147 Art. 2; 148 Art. 2.
Baudarlehen, B., die Förderung des Wohnungsbaues durch verbilligte Baudarlehen im Jahre 1929 betr., v. 20. März, 52.
Bauentwurfszeichnungen, 58 Art. 15, 42.
Baugruppen, 52, 1.
Bauherren, private Baudarlehen, 53, 3, 4; Verpflichtungen, 54, 10, 15.
Bauliche Unternehmungen, Ausgaben dafür im St.-V., 58 Art. 15, 42.
Bauplan, 53, 4. B; 54, 10; 56, 16.
Bauschäden, 56 IV.
Bauschätzer, B., die Gebühren ders. in Bauversicherungsangelegenheiten betr., v. 7. Jan. 12.
Bauteile, normierte, 52, 1.
Bautypen, 52, 1.
Bauvereinigungen, gemeinnützige Baudarlehen, 53, 3.
Bazillenträger, 28 § 4.
Beamte (und Angestellte) des Staates, Verträge mit ders., 61, Art. 44;
— s. a. Gemeinde-B., Strafanstalts-B., Forstverwaltung, Haftung, Verträge, Erlaß.
Beamtenausschuß der Schupo-B., 3 II, III.
Beamtenstellen in den Gemeinden, 41 Art. 2.
Beamtenvertretung s. Gemeinde-B.-V.
Beaufsichtigung, s. Aufsicht.
Bedecken, s. Stuten.
Bedürfnisanstalten der Schulen, 27 § 2.
Beeidigung der Diener des Forst- und Feldschutzes als Zeugen und Sachverständige, 174 Art. 17.
Beerdigung, eines Pfleglings des Alicestifts, 20 § 17.
Beerfelden, Graf Erbachscher Schutzforst, 202.
Befehlsbefugnis bei der Schutzpolizei, 1 Art. 1, 11.
Beflaggung am Verfassungstag, 145 Art. 2.
Beförderung der für zoologische Gärten eingeführten Tiere, 186 § 2.
Befreiung, von der Verpflichtung zum Wohnen in Polizeiunterkünften, und der Teilnahme an der gemeinsamen Verpflegung, 2 Art. 9 1, II;
— von der Eignungsprüfung für Zahntechniker, 37 § 19;
— von der Wohnungszwangswirtschaft, 73 Art. 1.
Beginn, s. Verjährung.
Beglaubigung, amtliche, 35 § 4;
— s. a. Dienstzeugnisse.
Begutachtungen durch den Kreisarzt, Geb., 169.
Behelfswohnungen, 53, 2.
Beigeordnete, G., die Rechtsverhältnisse der Gemeindebeamten betr., 41 Art. 1.
Beinschwarz, Betriebe zur Bearbeitung darauf, 170 § 4.
Beirat für den „Georg-Büchner-Preis", 66, 4.
Beisitzer, s. Schiedsgericht.
Beitreibung der Geldstrafen
1. gegen Gemeindebeamte, 44 Art. 26;
2. in Forst- und Feldrügesachen, 175 Art. 25.
Bekämpfung des Zigeunerunwesens, G. v. 3. April, 66.
Bekanntgabe, Bekanntmachung, s. Anzeige.
Bemannungsanweisung für Rheinschiffe, B., über den Erlaß eines solchen v. 26. Januar, 22.
Bensheim, s. Versicherungsverband.
Beobachtung eingeführter Hunde, 68 § 1 c;
— polizeiliche B. der für zoolog. Gärten eingeführten Tiere, 186 § 2.
Bereithaltung, s. Landtag.
Bereitschaftsführer, 3 1.
Bereitschaftspolizei, 2 Art. 9 1; 27 I.
Bergbehörde, Entscheidung, 51 Art. III.
Berggesetz, G. zur Abänd. dess. v. 28. Jan. 1876 in der Fassung des B. v. 30. Sept. 1899, der GG. v. 28. März 1908 und v. 26. Aug. 1922 v. 26. März, 51.
Berichte der Schulärzte, 27, 9.
Berufung, 1. Rechtsmittel
1. gegen die Entscheidung des Provinzialschiedsgerichts, 42 Art. 11;
2. im Dienststrafverfahren gegen Gemeindebeamte, 44 Art. 25;
3. in Forst- und Feldrügesachen, 174 Art. 22, 23;
4. gegen den Steuerbescheid, 206 Art. 6;
— II. s. Einladung.
Berufungsinstanz im Dienststrafverfahren gegen Gemeindebeamte, 43 Art. 17.
Beschädigter im Forst- und Feldrügeverfahren, 172 Art. 6, 20, 21.
Beschaffenheit der Arzneigläser, s. Apotheken.
Beschälseuche, 185 § 1.
Bescheid über Feststellung der Herstellungskosten, 56, 16;
— s. a. Steuer-B.
Bescheinigung, zur Eheschließung der Schutzpolizeibeamten, 1 Art. 6; 4;
— des Mieteinigungsamts über den Güteantrag, 77 Art. 1;
— s. a. Lieferung.
Beschlagdienst, -Schmieden, 1 Art. 1, II.
Beschluß des Gemeinderats (Stadtrat) 41 Art. 2, 3, 6, 7.
Beschuldigter im Forst- und Feldrügeverfahren, 172 Art. 6, 11, 13.

Beschwerde, gegen Ordnungsstrafen gegen Schupo-B., 3 III; 4 Art. 30;
— gegen die Ablehnung der Verpflichtung des vorgeschlagenen Gemeindepolizeibeamten, 41 Art. 4;
— und weitere B. gegen die Kündigung eines Gemeindebeamten, 42 Art. 7; gegen die Entlassung, Art. 8;
— gegen den die Entlassung der Polizei- und Feldschutzbeamten verweigernden Bescheid, 42 Art. 8;
— gegen Amtsenthebung der Polizei- und Feldschutzbeamten, 42 Art. 9;
— gegen die Entscheidung bei Streitigkeiten über Ruhestandsversetzung und Hinterbliebenenversorgung städt. Beamter, 43 Art. 14;
— gegen Versagung der Genehmigung zu wissenschaftlicher u. a. Tätigkeit eines Gemeindebeamten, 43 Art. 15;
— gegen Strafverfügungen gegen Gemeindebeamte, 43 Art. 24;
— gegen die Verfügungen der Wasserbauämter, 146 § 3;
— gegen den Bescheid über Feststellung der Herstellungskosten, 56, 16;
— im Forst- und Feldrügeverfahren, 175 Art. 23;
— gegen Entscheidungen über Steuervorauszahlungen, 205 Art. 4.
Besetzung, s. Schiedsgericht.
Besoldung der Gemeinde- und städtischen Beamten, 42 Art. 10, 11; Verlust 43 Art. 17.
Besoldungen, Mittel dafür im St.-V., 58 Art. 12, 13, 34.
Besoldungsgruppen, 58 Art. 58.
Besoldungsordnung der städtischen Beamten, 42 Art. 10, 29.
Besondere Gewerbesteuer, 50 Art. I 3.
Bestandsverzeichnisse, 61 Art. 54.
Bestätigung von Satzungen, s. Gemeindeverband.
Bestattung, s. Beerdigung.
Bestellung, s. Hypothek, Prüfungskommission.
Bestimmung, s. Preisträger, Termin, Obmann, Sicherheit, Zahl.
Bestimmungsanstalten der eingeführten Einhufer, 185 § 1; desgl. Wiederkäuer, Schweine, Federvieh, § 2.
Bestimmungsort eingeführter Hunde, 67 § 1 Ziff. 2 a, b, c.
Betreten, s. Schulräume; Polizeiunterkünfte.
Betrieb, s. Apotheken.
Betriebsrat, B. die Bildung eines gemeinsamen Betriebsrats für die für das Land Hessen tätigen Arbeiter der Wasserbauämter Worms und Mainz betr., v. 15. Juni, 147.
Bewilligung der Baudarlehen, 54, 9;
— s. a. Inhaber, Besoldungen.
Bezeichnung, s. Einsenkungstiefe, Zentralstelle; B. der Arzneigläser, s. Standgefäße.
Bezirke, s. Kirchengemeinden.
Bezirksfürsorgeverbände Groß-Gerau, Mainz-Land u. -Stadt, 194 Art. 8.
Bezirkskonsumverein Worms (e. G. m. b. H.), B., Anschlußgleis für diese Firma am Gütergleis der Reichsbahn auf dem Bahnhof zu Worms betr., v. 18. Juni, 147.
Bezirkssparkasse, s. Sparkassen.
Bezug der Gerichtskostenmarken, 52, 4; V. v. 26. Aug. 177.
Bezüge der Schupo-B., 2 Art. 8;
— der Lehrkräfte der Unterrichtsanstalten für Kunst, 11 Art. 14.
Bezugnahme auf die Anzeige in den Urteilsgründen, 174 Art. 19.
Bilanz kaufmännisch gebildeter Betriebe des Landes, 58 Art. 16, 64.
Bildung, s. Schutzforst, Betriebsrat.
Bingen, Annahme von Medizinalpraktikanten im Hospital, 69;
— Ortsgericht u. Standesamt Bingen—Büdesheim, 69;
— s. a. Versicherungsverband.
Birkhähne, Hegzeit, 171, 3.
Birkhennen, Abschuß, 171, 4.
Bischofsheim, Vereinigung mit der Stadt Mainz, G. v. 10. Dez., 193;
— V. v. 10. Dez., 213;
— Ortsgericht und Standesamt, 214.
Blascheck, B., Anschlußgleis der Firma Schamottenwerk und Tonwarenfabrik Otto Dewet Blascheck zu Eppertshausen betr., v. 26. Juli, 163.
Blattern, s. Pocken.
Blutproben bei eingeführten Einhufern, 185 § 1.
Blutreinigungstee, Wilhelms, 25.
Brandau, s. elektr. Straßenbahn.
Brandversicherungsangelegenheiten, s. Bauschätzer.
Brandversicherungsbeitrag, B., die Erhebung eines solchen für das Jahr 1929 betr., v. 25. Nov., 195.
Bretzenheim, Vereinigung mit der Stadt Mainz, G. v. 10. Dez., 193; V. v. 10. Dez., 213;
— Ortsgericht und Standesamt, 214.
Brunnen der Schulen, 27 § 2.
Buchführung, St.-V., 57 Art. 1; 61 III.
Büchner, Stiftung, den „Georg-Büchner-Preis" betr., v. 28. März, 66.
Büdesheim (Rheinhessen), G., die Vereinigung der Landgemeinde Büdesheim mit der Stadt Bingen betr., v. 22. März, 45; V. v. 8. April 63;
— B., das Ortsgericht und das Standesamt betr., v. 12. April, 69;
— B., Ortsklassenverzeichnis betr., v. 16. Okt., 187.
Büdingen, Verlegung der Kreisgrenze, 161.
Bürgermeister
1. G., die Rechtsverhältnisse der Gemeindebeamten betr., 41 Art. 1, 3, 8;
2. V. über verbilligte Baudarlehen, 53 II 5; 56, 16;
3. Dienststrafen gegen Gemeindebeamte 43 Art. 17, 21, 22, 24, 26.

Bürgermeisteramt, 77.
Bürgermeisterei, 19 §§ 4, 5.
Burg-Gräfenrode, s. Nidda-Regulierung.
Bürgschaft für Baudarlehen, 55, 14.
Bürobedürfnisse, 62 Art. 54.
Bürstadt s. Worms.
Butzbach, Sitz des Schutzforstes Ziegenberg, 13;
— s. a. Versicherungsverband.

C.

Cholera, 27 §§ 3—6, 12, 13, 15.

D.

Dachschäden, 56 IV.
Dampfkessel, V., die Abänd. der V. v. 8. Nov. 1909 über dies. betr., v. 11. März, 34; V. v. 19. Nov., 188.
Dampfschiffe, Bemannung 23.
Danzig, V., die Einfuhr von Einhufern aus dem Freistaat, v. 8. Aug., 171.
Darmstadt
1. V., die Bestellung der Prüfungskommission für die staatlich anerkannte Krankenpflegeschule des Alice-Frauenvereins im Alice-Hospital zu Darmstadt betr., v. 2. Jan., 14;
2. Annahme von Medizinalpraktikanten in den Krankenanstalten, 69;
3. Polizeiamt Darmstadt, 2 Art. 9. I; als Polizeibehörde, 154 § 3;
4. Sitz des Hess. Unfallversicherungsverbands, 188 Art. 1;
5. Sitz des Waldverbands am Schutzforst Leiningen, 78;
— desgl. der Graf Erbachschen Schutzforste, 202;
6. V., Konzessionierung der erweiterten Straßenbahnlinie 3. zu D. vom Hauptbahnhof nach der Waldkolonie bis zum Rodensteinweg betr., v. 9. Nov., 187;

— Vermessungen u. Vorarbeiten für eine elektr. Straßenbahn von Darmstadt usw. —Lindenfels—Fürth, B., v. 4. Jan., 14;
7. G., die Landeskommunalbank-Girozentrale für Hessen, Darmstadt, betr., v. 10. Dez., 208;
8. s. a. Alicestift, Versicherungsverband.
Darmstädter Zeitung, 34 § 1.
Dauerausscheidung, 28 §§ 4, 6.
Deckgeld, B., die Erhebung für Bedecken der Stuten betr., v. 16. Mai, 77.
Deckmannschaft, 23 B.
Deckschein, 77.
Deckung, besondere D. der Pfandbriefe der hess. Landesbank, 33 §§ 3, 4, 6—8.
Deckungsregister, 33 §§ 3—5.
Deklamatorische Vorträge, 147 Art. 2; 148 Art. 2.
Dentist, staatl. geprüfter, 34, 2; § 3 a.
Dentistisches Fortbildungsinstitut, 35 § 4.
Desinfektion bei übertragbaren Krankheiten in Schulen, 28 §§ 6, 8, 16.
Desinfektionsmittel der Hebammen, 76 Art. 3.
Deutsche, Aufnahme im Alicestift, 19 § 2.
Diener, s. Forst- und Feldschutzpersonal.
Dienstaufsicht über den Küchenbetrieb, 2 Art. 9.
Dienstbestrafung der Gemeindebeamten, 43 Art. 16 ff, 27.
Dienstbezirke der Vermessungsämter, B., dies betr., v. 24. Mai, 145.
Dienstbezüge, s. Besoldungen, Sterbevierteljahr.
Dienstbuch des Rheinschiffers, 155 §§ 2, 3.
Diensteinkommen, s. Besoldung.
Dienstenthebung, s. vorläufige D.
Dienstentlassung der Gemeindebeamten 43 Art. 17, 18, 22.
Dienstgeschäfte, s. Kreisärzte.
Dienstgrade, Höchstalter der D. der Polizeioffiziere, 2 Art. 18.
Dienstkleidung
1. der Strafanstaltsbeamten, Zweite B. zur Aenderung der B. darüb. v. 15. Aug., 171;
2. Dienstkleidung u. Ausrüstung der Schupo-B., 2 Art. 10.
Dienstliches Zusammenwirken der Schutzpolizei, 1 Art. 1, II.
Dienstpässe für Forstbeamte, 46 Art. 7, 13 14, 48 § 4.
Dienststrafen gegen Schutzpolizeibeamte, Zuständigkeit zur Verhängung, 2 Art. 27 I; Verfahren, 3. II.
Dienststrafliste der Schupo-B., 3 II, IV; 5.
Dienststrafverfahren gegen Gemeindebeamten, 41 Art. 7, 8, 32.
Dienstunfähigkeit städtischer Beamter, 43 Art. 14, 17.
Dienstverhältnisse, der Gerichtsvollzieher; B. zur Aenderung der B. darüb. v. 13. Sept., 177;
— der Lehrkräfte und des Personals der Unterrichtsanstalten für Kunst usw., 11 Art. 14.
Dienstwohnungen, Ueberlassung, 60 Art. 38.
Dienstzeugnisse, Beglaubigung der D. für Apotheker-Assistenten u, Praktikanten, 169.
Dingliches Vorkaufsrecht, s. B.
Diphtherie, 27 §§ 3—8, 12, 13, 15.
Diphtherieheilserum, 29 § 7.
Direktor der Landespolizeischule, 2 Art. 9 I;
— des Gewerbemuseums, 65 § 2;
— s. a. Schulleiter.
Disziplinarverhältnisse der Lehrkräfte und des Personals der Unterrichtsanstalten für Kunst usw., 11, Art. 14.
Doppel von Waffenscheinen, 213 Art. 1 II 1.
Doppelhäuser, 52, 1.
Dortelweil, s. Nidda-Regulierung.
Dotzelrod, Frhr. v. Rotsmannscher Schutzforst, 13.
Dreieich, Isenburgscher Schutzforst, 21.
Drescherscher Gesundheitsbogen, 26, 5.
Dritte, Ansprüche oder Verbindlichkeiten von D., 59 Art. 23.
Durchfuhr von Hunden, B. v. 10. April, 67;
— von Knochen usw., 170 § 6;
— von Tieren für zoolog. Gärten, 186 § 3.
Durchführung, rückständiger Katastervermessungen, 163 § 9;
— von GG. usw., s. die betr. GG.
Durchmusterung, ärztliche, 26, 6.
Durchschnitt der Einnahmen und Ausgaben im St.-V., 58 Art. 11.
Dysenterie, s. Ruhr.

E.

Eberstadt b. Darmst., Annahme von Medizinalpraktikanten in der Provinzial-Pflegeanstalt, 69.
Eckardsborn, s. Niddertal.
Effolderbach, s. Niddertal.
Ehefrau des Schupo-B., Genehmigung zu einem Gewerbebetrieb, 1 Art. 6.
Ehemann der Beschuldigten, 173 Art. 13.
Eheschließung des Schutzpolizeibeamten, 1 Art. 6; Bescheinigung, 4.
Ehrenamt, 66 § 3; 66, 4.
Ehrenmitglieder der Histor. Kommission, 139 §§ 3, 6, 7, 15.
Eichelsdorf, Grenzverlegung, 162.
Eidliche Vernehmung, s. Zeugen.
Eigentümergrundschuld für den Bauherrn, 55, 14.
Eignungsprüfung der Zahntechniker, 35 § 4; Befreiung davon, 37 § 19.
Einbauten, Baudarlehen 54, 7; 56, 16.
Einbehaltung, s. Erlaubnisschein.
Einfamilienhäuser, Baudarlehen, 52, 1, 3, 8.
Einfuhr von Hunden, B. v. 10. April, 67;
— von Knochenmehl und Knochen, B., das Verbot ders. betr., v. 5. Aug., 170;
— von Einhufern aus dem Freistaat Danzig, B. v. 8. Aug., 171;
— von Tieren für zoologische Gärten und Tierparke, B. v. 26. Nov., 185.
Eingehung, s. Ehe.
Einhufer
1. B. die Einfuhr von solchen aus dem Freistaat Danzig, v. 8. Aug., 171;
2. Einfuhr in zoolog. Gärten, 185 § 1;
— Durchfuhr, 186 § 2.
Einkommensteuer, Folgen der Vereinigung der Landgemeinden mit Mainz, 194 Art. 18.
Einladung des Landesausschusses, 66 § 4.
Einnahmen, ordentliche u. außer-o., im St.-V., 57 Art. 3, 4, 8—11; Verwaltung der E., 59 Art. 22; Abrundungsvorschr. für E., Art. 53; Rückstände, Art. 56; Uneinbringlichkeit, Art. 57; Nachweisung, Art. 58.
Einnahmerückstände, 62 Art. 56.
Einräumung, s. Ankaufsrecht, Vorkaufsrecht.
Einrichtung, s. Apotheken.
Einsenkungstiefe, Bezeichnung, 146 § 1.
Einsicht in die Mietsverträge, 55, 10.
Einspruch, Erteilung eines Schifferpatentes, 146, § 2;
— im Forst- und Feldrügeverfahren, 173 Art. 11—13, 19.
Einstweilige Ruhestandsversetzung der städt. Beamten, 43 Art. 14; Dienststrafverfahren nach ders., 44 Art. 18.
Eintausch der unentgeltlich ausgestellten Jagdwaffenpässe, 48 Art. 14, 48 § 4.
Einteilung
1. örtliche E. der Kassestellen, B. v. 24. Juni, 155;
2. E. der Standesamtsbezirke, B. über Aenderung ders. v. 26. Nov., 202.
Eintragung, von Wasserzeichen für Normalpapiere, B. v. 31. Mai, 146;
— ins Deckungsregister, 33 § 4;
— der Baudarlehenshypothek, 55, 14;
— ins Rheinschifferverzeichnis, 156 §§ 7, 11.

Eintragungen bei Aktiengesellschaften usw., Geb., 208 Art. 2, 2 b.
Einvernehmen, s. Minister des Innern, für Arbeit und Wirtschaft, der Finanzen, der Justiz, Kreisgesundheitsamt, Oberrechnungskammer.
Einziehung
— I. des Jagdpasses, 47 Art. 10;
— des Rheinschifferpatentes, 156 § 12;
— II. als Nebenstrafe:
1. Zigeuner-G., 67 Art. 8;
2. V., das Pflücken u. Aufkaufen von Kiefern- u. Fichtenzapfen betr., 73 II;
— III. s. Schadensersatz.
Eisenbach, Frhr. Riedeselscher Schutzforst, 200.
Eitergrind, -Flechte, 27 §§ 3, 4.
Elektrische Hochspannungsleitungen, Gas- und Wasserfernleitungen, G. v. 30. März 1928 über die Anlage ders. — Enteignung von Gelände für den Bau einer zweiten Zuleitung von dem Wasserwerk der Stadt Worms bei Bürstadt nach der Stadt Worms gemäß Art. 4 des G., V. v. 30. Nov., 193.
Elektrische Straßenbahn, V., Vermessungen und Vorarbeiten für eine e. St. von Darmstadt (Böllenfalltor) — Nieder-Ramstadt — Ober-Ramstadt — Nieder-Modau — Ober-Modau — Ernsthofen — Brandau — Gadernheim — Lindenfels nach Fürth i. O. betr., v. 4. Jan., 14;
— V. Konzessionierung der erweiterten Straßenbahnlinie 3 zu Darmstadt vom Hauptbahnhof nach der Waldkolonie bis zum Rodensteinweg betr., v. 9. Nov., 187; Konzessionsurkunde, 187.
Endgültige Entscheidung, 76 Art. 7.
Engelthal, s. Nidder.
Entbindung, Pauschgebühr, 76 Art. 1.
Entbindungsheime, 147 Art. 2; 148 Art. 2.
Enteignung, V., Enteignung v. Gelände für die Herstellung der Moselstraße in Rüsselsheim betr., v. 5. Jan., 12;
— für die Nidda-Regulierung in den Gemeinden Ilbenstadt, Nieder-Wöllstadt, Burg-Gräfenrode, Klein-Karben, Okarben, Groß-Karben, Rendel, Kloppenheim und Dortelweil, V. v. 18. Juni, 145;
— für den Bau einer zweiten Zuleitung von dem Wasserwerk der Stadt Worms bei Bürstadt nach der Stadt Worms gemäß Art. 4 des G. über die Anlage von elektrischen Hochspannungsleitungen und von Gas- und Wasserfernleitungen v. 30. März 1928 betr., v. 30. Nov., 193;
— E. für Zwecke der Reichswasserstraßenverwaltung, V. v. 15. Juli, 161, V. v. 16. Sept., 176;
— E. für Reichsbahnzwecke V. v. 3. Sept. 177.
Enten, V., die Hegezeit für dies. betr., v. 10. Juli, 154.
Enthebung, s. Dienst-E., Amts-E.
Entlassung der Schupo-V., 2 Art. 14;
— der Gemeindebeamten, 41 Art. 7, 8; der Polizei- und Feldschutzbeamten, Art. 8, 9;
— aus dem Alicestift, 20 V;
— s. a. Dienst-E.
Entrichtung der Gerichtskosten durch Kostenmarken, 52, 1;
— s. a. Abgabe.
Entschädigung des Schularztes, 26, 8.
— des Grundeigentümers, 51 Art. III.
Entscheidung, Anträge auf Baudarlehen, 56, 16;
— der Forst- u. Feldrügesachen, 172 Art. 2, 9, 12;
— s. a. Hauptverfahren, Streitigkeiten, Rechtsweg, Schifferpatent;
— E. der Behörden, s. Amtsrichter, Aufsichtsbehörden, Auslandsfleischbeschaustelle, Bergbehörde, Kl. Strafkammer, Kreisdirektor, Minister für Arbeit u. Wirtschaft des Innern, für Kultus und Bildungswesen, Provinzialausschuß, -Direktion, Regierung, Schiedsgericht, Verwaltungsgerichtshof, Wasserbauamt Mainz, Neckarbaudirektion.
Entstehungsgrund der Einnahmen im St.-V., 57 Art. 4.
Entwertung der Gerichtskostenmarken, 52, 5.
Entwurf des Staatsvoranschlags, Aufstellung, 58 Art. 18; Feststellung, Art. 19; Vorlage an den Landtag, — s. a. Bauentwurfszeichnungen.
Entziehung der Anerkennung der Zahntechniker-Prüfung, 37 § 19;
— der Inhaber-Jagdpasses, 46 Art. 5;
— der Fahrerlaubnis, 154 § 2;
— der Rheinschifferpatente, 156 §§ 11, 12.
Epidemische Gehirnentzündung, Kinderlähmung, s. d.
Epidemische Verbreitung von Krankheiten, 29 § 15.
Erbach, V. über die Bildung von Schutzforsten aus dem zum dem Graf Erbachschen Hausvermögen (Hausgut Erbach-Fürstenau) gehörenden Waldungen, v. 28. Okt., 201.
Erbach-Fürstenau, s. Erbach.
Erbgrind, s. Favus.
Erbschein, Wertberechnung, 207 Art. 1, 1; Art. 2, 1.
Ergebnis der Prüfung für Zahntechniker, 36 § 14.
Erhebung, s. öffentliche Klage, Einspruch; ferner: Geldstrafen, Gebühr, Deckgeld, Umlage, Brandversicherungsbeitrag sowie die einzelnen Steuern.
Erhebungen für andere Kassen, 62 Art. 60.
Erhebungslisten, 175 Art. 25.
Erhöhung der Kataster-Geb., 162 §§ 1—3, 8.
Erholungsurlaub, s. Urlaub.
Erkrankung der Gemeindebeamten, 42 Art. 12.
Erlaß
— I. (Niederschlagung)
1. von Ansprüchen v. Forderungen gegen Beamte usw., 61 Art. 48; E. (oder Erstattung) von Vertragsstrafen, Art. 49; von anderen Ansprüchen, Art. 50;
2. des Deckgeldes, 77;
3. des Schulgeldes, 12 Art. 20;
— II. s. Verwaltungsstrafbescheid, Strafbefehl.
Erlaubnis, s. Kreisamt, Ortspolizeibehörde.
Erlaubnisschein für umherziehende Zigeuner, Vorlage, Einbehaltung, Verweigerung der Rückgabe, 67 Art. 4; Mitführung und Vorzeigen, 67 Art. 6.
Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben im St.-V., 57 Art. 10, 11, 13, 16, 32; der Voranschlagsüberschreitungen, 62 Art. 60.
Erledigung der Gemeinderechnerstelle, 41 Art. 5.
Erlöschen des Rheinschifferpatentes, 156 § 12.
Ermächtigung, s. Landesbank, Regierung, Minister des Innern, der Finanzen, der Justiz.
Ermäßigung der Kataster-Geb., 162 §§ 2, 5, 6, 8, 9;
— der Gebühr für Waffenscheine, 213 Art. 1 II 2.
Ernennung, s. Beirat, Mitglieder, Lehrkräfte.
Ernsthofen, s. elektr. Straßenbahn.
Eröffnung, s. Hauptverfahren.
Errichtung der Unterrichtsanstalten für Kunst usw., 9 Art. 4;
— s. a. Kirchengemeinden, Krankenpflegeschulen.
Ersatz der Dienstkleidung u. -Ausrüstung durch den Schupo-V., 2 Art. 10.
Ersatzdeckung für Pfandbriefe der Hess. Landesbank, 33 § 2.
Ersatzpflicht, s. Haftung.
Ersparung von Ausgaben des St.-V., 60 Art. 32, 34.
Erstattung, s. Erlaß.
Erstreckung des Finanzgesetzes, 59 Art. 21;
— der Finanz-G. für das Rechnungsjahr 1928 auf das Rechnungsjahr 1929, G. v. 21. März, 49.
Erteilung des Schifferpatentes, Neckar, 146 § 2; Rhein, 155 §§ 1 ff.
Erwerb, s. Grundstücke.
Erziehungsanstalten, 30 § 17.
Estland, Einfuhr von Hunden, 67 § 1.

F.

Fahrerlaubnis, Versagung u. Entziehung, 154 § 2.
Fahrgäste, s. Zahl.

Fahrten des Rheinschiffers, 155 §§ 3, 5.
Fahrtkosten der Hebammen, 76 Art. 2.
Fahrzeuge, Halten von F., 147 Art. 2; 148 Art. 2.
Fälligkeit des Baudarlehens zur Rückzahlung, 55, 11;
— der Steuervorauszahlungen, 205 Art. 2.
Familienfideikommiß, s. Groeneſteyn, Leinigen.
Familienhilfe, 76 Art. 1.
Fang von Lachſen in der Nahe, 185.
Faſanenhähne u. -hennen, 171, 2.
Fauerbach, Grenzverlegung, 162.
Favns, 27 §§ 3, 4.
Federvieh, s. Hausgeflügel.
Fehlgeburt, 76 Art. 1 c.
Feiertag und Feſttag, ſtaatlich anerkannter, 145 Art. 2.
Feldrügeſachen, s. Forſt-R.
Feldſchutzbeamten der Gemeinden, 41 Art. 4; Entlaſſung, 42 Art. 8; Amtsenthebung, Art. 9.
Fernhaltung von der Schule, 28 § 5.
Feſtſetzung der Höhe des Baudarlehens, 56, 16;
— s. a. geſetzliche Miete, Koſten, Vorauszahlungen.
Feſtſtellung der Herſtellungskoſten des Baues, 56, 16;
— s. a. Entwurf.
Feſttag, s. Feiertag.
Fettextraktionsfabriken, 170 § 4.
Feuerbeſtattung, Geb. des Kreisarztes, 169.
Feuerverſicherungsbuch, 162 § 7.
Fichtenzapfen, s. Kiefernzapfen.
Fideikommiß, s. Riedeſel.
Filialſteuer, 50 Art. I, 3, 4.
Finanzämter, 52, 3;
— Erhebung der Geldſtrafen in Forſt- u. Feldrügeſachen, 175 Art. 25.
Finanzausgleichsgeſetz, drittes G. zur Aenderung des Ausf.-G. zum F. v. 22. März, 49.
Finanzausſchuß der Gemeinde, Zuſtimmung, 49 § 1.
Finanzgeſetz, Erſtreckung, 59 Art. 21;
— G., die Erſtreckung des F.-G. für das Rechnungsjahr 1928 auf das Rechnungsjahr 1929, v. 21. März, 49.
Finanzkaſſe, Vereinigung von Worms-Land mit Worms-Stadt, 155.
Finanzminiſter, s. Miniſter der Finanzen.
Fingerabdrucknahme 67 Art. 1.
Finnland, Einfuhr von Hunden, 67 § 1.
Firma, s. Löſchung.
Fiſcherei, B., die Ausf. des G., v. 27. April 1881 über die Ausübung und den Schutz der F. betr., v. 25. Nov. 185.
Fiſchmehl, Einfuhr, 170 §§ 1 ff.
Fleckfieber, Flecktyphus, 27 §§ 3—5, 12, 13, 15.
Fleiſchmehl, Einfuhr, 170 §§ 1 ff.
Flößerei, s. Schiffahrt.
Flußbaubehörde, 146 § 3.
Fohlengeld, 77.
Förderer der Hiſtoriſchen Kommiſſion, 179 § 5—7 14.
Förderung des Wohnungsbaues durch verbilligte Baudarlehen im Jahre 1929, B. v. 20. März 52.
Forderungen, s. Erlaß.
Forſtamt, 172 Art. 5, 6.
Forſtbeamte, -Bedienſtete, -Referendare, Dienſtpäſſe, 46 Art. 7.
Förſterſchule, s. Schüler.
Forſtgerichtsbezirk, 172 Art. 4.
Forſt- und Feldrügeſachen
1. G. zur Aenderung des G., das Verfahren darin betr., v. 20. Juni, 153; B. des Textes des G., v. 8. Aug. 172;
2. Begriff: 172 Art. 1 ff.
Forſt- und Feldſchutzperſonal, als Zeugen- und Sachverſtändige, 174 Art. 15, 17.
Forſtverwaltung, Beamter derſ. im Verfahren in Forſt- u. Feldrügeſachen, 172 Art. 3, 5, 6, 8, 24.
Forſtwiſſenſchaft, s. Studierende.
Fortbildungsinſtitut, dentiſtiſches, 35 § 4.
Fortbildungsſchulen, ſchulärztliche Tätigkeit, 27, 12.
Fortſchreibungsvermeſſung, 163 § 8.
Freie Kunſt, s. K.
Freihändige Veräußerung, 61 Art. 45.
Freiheitsſtrafen in Forſt- und Feldrügeſachen 175 Art. 25.
Freiſtellen der Unterrichtsanſtalten für Kunſt, 10 Art. 12, 20.
Freiwerden von Räumen, 74 Art. 2.
Friedberg, Kreisamt, 2 Art. 9 I;
— Annahme von Medizinalpraktikanten im Hoſpital, 69;
— s. a. Verſicherungsverband, Wetterau.
Friſt, für Entlaſſung der Gemeindebeamten (Verlängerung, Verkürzung) 41 Art. 7;
— zur Stellung des Enteignungsantrages, 178, Sp. 1 u. 2;
— s. a. Betriebsrat, Berufung, Kündigung.
Führung, s. Unterſuchung, Rechnungen, Adminiſtrativunterſuchung, Beſtandsverzeichnis.
Fürſorgelaſten, Uebergang aus Anlaß der Vereinigung der Landgemeinden mit Mainz, 194 Art. 8.
Fürſorgeverband, Koſten der Verpflegung im Aliceſtift, 19 §§ 4, 7, 8.
Fürth i. O. s. elektr. Straßenbahn.

G.

Gadernheim s. elektr. Straßenbahn.
Gasfernleitungen, s. elektr. Hochſpannungsleitungen.
Gau-Algesheim, Enteignung für den Bahnhof, 177, 178.
Gebühren
1. der Bauſchätzer in Brandverſicherungsangelegenheiten, B. v. 7. Jan., 12;
2. Hebammengebühren, B. v. 30. April, 76;
3. B., die Erhebung einer G. für die Reviſion nichtſtaatlicher Rechnungen durch die Oberrechnungskammer betr., v. 4. Mai, 75;
4. B., die zur Staatskaſſe fließenden Gebühren für Dienſtgeſchäfte der Kreisärzte und Amtsärzte betr., v. 17. Juli, 169;
5. Prüfungsgebühren
a) für Dampfkeſſel (mehrere in einer Anlage) 34;
— für Unterſuchung von Niederdruckkeſſeln, Dampfgefäßen, feuerloſen Lokomotiven, Rauchgasvorwärmern und Wärmeſpeichern, 188;
b) Prüfung der Zahntechniker, 35 § 5; Verfall, Zurückerſtattung, daſ.;
6. im Schiedsgerichtsverfahren über Beſoldung der Gemeindebeamten, 42 Art. 11;
7. s. a. Zeit-Geb., Erbſchein, Löſchung, Eintragung.
Gebührenfreiheit, 78 Art. 3.
Gebührenordnung, für die Arbeiten der Kataſterverméſſung, B. v. 24. Juli, 162;
— für die heſſiſchen Notare, G. zur Aenderung derſ., v. 21. Dez., 207;
— örtliche Gebührenordnungen in den Landgemeinden Biſchofsheim uſw. bzw. Mainz, 194 Art. 6.
Gegenſeitige Deckungsfähigkeit im St.-V., 57 Art. 7, 29.
Gehirnentzündung, epidemiſche, 27 §§ 3—6, 8, 12, 13, 15.
Geiſtesſchwache, s. Aliceſtift.
Gelände einer Kunſtſtraße, 18.
— s. a. Enteignung.
Gelatinefabriken, 170 § 4.
Gelbfieber, 27 §§ 3—5, 12, 13, 15.
Geld, Hinterlegung, 25.
Geldſtrafen
— I. als Ordnungs- und Disziplinarſtrafen:
gegen Schupo-B., 2 Art. 27;
— gegen Gemeindebeamte, 43 Art. 17, 26;
— II. als Kriminalſtrafen:
Zigeuner-G., 67 Art. 8;
— B., das Pflücken u. Aufkaufen von Kiefern- u. Fichtenzapfen betr., 73 II;

— Geldstrafen in Forst- u. Feldrügesachen, Erhebung u. Beitreibung, 175 Art. 25.
Gemarkungsgrenzen
1. Gebühr für Aufnahme, 162 § 1;
2. s. Veränderung.
Gemarkungsinhaber, 163 §§ 9—11.
Gemeindebeamten, G. die Rechtsverhältnisse ders. betr., v. 22. März, 41;
— Gemeindebeamten i. S. des G., 41 Art. 1; Stellenplan, Art. 2; Anstellung, Art. 1, 3, 4, 6; Entlassung, Kündigung, Art. 7—9; Besoldung Art. 10—12; Tagegelder, Art. 13; Ruhegehalt usw., Art. 14; Pflichten, Art. 15; Dienststrafung, Art. 16 ff., 27; Vertretung, Art. 29; Ortssatzung zur Regelung der Rechte des G., Art. 30.
Gemeindebeamtenstellen, 41 Art. 2.
Gemeindebeamtenvertretung, Anhör, 44 Art. 29.
Gemeindebehörde 29 §§ 12, 16.
Gemeindebürgschaft, 55, 14.
Gemeindeforstbeamten, 44 Art. 28.
Gemeindekasse, Geldstrafen gegen Beamte, 44 Art. 26.
Gemeindemasse, Anteil einer Gemeinde daran, 49 § 1.
Gemeinden
1. V., die Durchf. der Unfallversicherung in den G. betr., v. 21. Juni, 147;
— Zweite V., die Durchf. der Unfallversicherung in den G. betr., v. 29. Okt., 187;
2. Anstellung der Beamten, 41 Art. 1, 3, 4; Stellenplan Art. 2; Beschwerderecht der G. bei Kündigung ihrer Beamten, Art. 7, 9; Berufung im Schiedsgerichtverfahren über die Besoldung der Beamten, Art. 11;
— Zurückforderungsrecht der Kosten bei Dienstenthebung eines Beamten, Art. 22;
— Regelung der Rechte und Pflichten der Beamten, 45 Art. 30;
3. An- und Vorkaufsrecht am Baugrundstück, 55, 15;
— Ueberwachung der Verwendung der Baudarlehen, 56, 17;
4. Uebersicht über die von den G. in den Rechnungsjahren 1925—1927 erhobenen Grund-, Gewerbe- und Sondergebäudesteuern, 81;
— vorläufige Grund-, Sondergebäude- und Gewerbesteuer, 206 Art. 6, 9;
5. Politische Kosten der Unterrichtsanstalten für Kunst, 9 Art. 4; Träger ders., 10 Art. 6;
— s. a. G.-Masse, Kommunalmasse.
Gemeinden und G.-Verbände, Baudarlehen, 53, 3.
Gemeinderat, 42 Art. 10, 13, 22, 29, 31;
— Genehmigung, 43 Art. 15;
— Zustimmung, 42 Art. 8;
— Anhör., 41 Art. 5.
Gemeinderechner, 41 Art. 5, 31 II.
Gemeindeumlagengesetz, v. 8. Juli 1911, 7. Aug. 1920, 12. Okt. 1921, 12. Aug. 1922, 15. Dez. 1922, 20. Juni 1923, in der Fassung des Abänd.-G. v. 28. März 1924, G., die Abänd. dess. betr., v. 22. März, 50;
— V., die Ausf. des Art. 48 Abs. 3 des GUG. in der Fassung der V. v. 7. Aug. 1920 betr., v. 26. März, 81.
Gemeindeverband, Satzung des G. für den Kraftwagenbetrieb Wetterau, V. v. 12. Sept., 178;
— G. zur Instandhaltung der regulierten mittleren Nidder, V. v. 14. Dez., 214.
Gemeindeverbände, V., die Durchf. der Unfallversicherung in den G. betr., v. 26. Juni, 148.
Gemeinnützig. s. Bauvereinigungen.
Gemeinsame Verpflegung, s. V.
Gemeinsamer Betriebsrat, s. V.
Genehmigung von Schenkungen, V. v. 2. Jan., 14;
V. v. 1. Juli, 158;
— s. a. Ausgrabungen, Anstellung, Annahme, Eheschließung, Grundstücke, Stiftungen, Vereinigung der Landgemeinden;
— s. a. Minister des Innern, der Finanzen, für Arbeit und Wirtschaft, Regierung, zuständiges Ministerium, Aufsichtsbehörde, Kreisamt, Gemeinderat, Stadtrat, Tierarzt, Ortspolizeibehörde.
Genickstarre, 27 § 3—6, 8, 12, 13, 15.
Gerichte, s. Rechtsweg.
Gerichtliche Hinterlegungen, s. H.
Gerichtliches Strafverfahren, s. St.
Gerichtsassessoren, Vertretung der Landrichter, 213.
Gerichtskosten, G. zur Abänd. des G., dies. betr. v. 25. März, 51, G. v. 21. Dez., 207;
— V. zur Aenderung der V. zur Ausf. des G., die Gerichtskosten betr., v. 30. Dez. 1904, v. 21. Dez. 208.
Gerichtskostenmarken, V. über die Ausgabe von G. v. 27. März, 52;
— V. über deren Bezug v. 26. Aug., 177.
Gerichtsstand in Forst- und Feldrügesachen, 172 Art. 4.
Gerichtsverfassungs-G., G. zur Aenderung des G., die Ausf. des deutschen GVG. v. 3. Sept. 1878 betr., v. 4. Dez., 213.
Gerichtsvollzieher, V. zur Aenderung der V. über die Dienstverhältnisse ders. v. 13. Sept., 177.
Gerichtswachtmeister, 173 Art. 7.
Gesamtaufwand, im St.-V., 58 Art. 14, 32.
Gesamtherstellungskosten des Baues, 56, 16.
Gesamtministerium, 10 Art. 9; 59 Art. 19; 61 Art. 48;
— Zustimmung, 61 Art. 50.
Gesangsvorträge, 147 Art. 2; 148 Art. 2.
Geschäftsbücher kaufmännisch geleiteter Betriebe des Landes, 63 Art. 64.
Geschäftsräume, in Neubauten, 53, 1;
— Befreiung der G. von der Zwangswirtschaft, 74 B C.
Geschäftsstellen der Gerichte, 52, 3—5.
Geschlechtskrankheiten, 27 §§ 3, 4.
Geschoßarbeiten, Geb., 162 § 1.
Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Geb. für Eintragungen, 208 Art. 2, 2 b.
Gesetzliche Miete, in Mainz, Fortsetzung, 63 Art. 1;
— in Offenbach, 161 Art. 1.
Gesetzlicher Vertreter des Beschuldigten, 174 Art. 13.
Gesuch um Erteilung eines Schifferpatentes, Neckar, 146 § 2; Rhein, 155 § 2.
Gesundheitsbogen, 26, 3. 4, 9, 11.
Gesundheitsdienst, 147 Art. 2; 148 Art. 2.
Gewährung von Baudarlehen, 53, 4.
Gewerbebetrieb, s. Ehefrau.
Gewerbliche Räume, Befreiung von der Zwangswirtschaft, 73. Art. 1.
Gewerbliche Unterrichtsanstalten, s. U.
Gewerbsteuer
1. V., die Sätze der staatlichen G. für das Rechnungsjahr 1928 betr., v. 27. Febr., 30;
— desgl. für das Rechnungsjahr 1929, V. v. 9. Dez., 202;
2. Zuschlag zur G., 50 Art. I. 1; besondere G., 50 Art. I 3;
3. Uebersicht über die von den Provinzen, Kreisen und Gemeinden in den Rechnungsjahren 1925 bis 1927 erhobenen G., 81;
— Vorauszahlungen, 205 Art. 1 ff. 9; bei den Gemeinden usw., 206 Art. 6, 9;
4. vorläufige Gewerbesteuer in den mit Mainz vereinigten Landgemeinden, 194 Art. 8, 9.
Gewinn- und Verlustrechnung kaufmännisch geleiteter Betriebe des Landes, 58 Art. 16, 64.
Gießen
1. Errichtung der Petrus- u. der Luthergemeinde, 6;
2. Annahme von Medizinalpraktikanten in den Krankenanstalten, 69;
3. Sitz des Waldverbandes am Frhr. v. Schenckschen Schutzforst, 14;
— am Frhr. zu Groensteynschen Schutzforst, 30;
— der Frhr. Riedeselschen Schutzforste, 200;
4. Polizeiamt G. als Polizeibehörde, 154 § 3;
5. Industrie- und Handelskammer, 164 Abs. 1;
6. s. a. Untersuchungsamt Versicherungsverband,

Ginsheim-Gustavsburg, Vereinigung mit der Stadt Mainz, G. v. 10. Dez., 193; V. v. 10. Dez., 213;
— Ortsgericht und Standesamt, 214.
Girozentrale, Hessische, 54, 6.
Glashütten, Grenzverlegung, 162.
Glaubhaftmachung, 205 Art. 1, 6; 207 Art. 1, 1; Art. 2, 1.
Gliederung der Schutzpolizei, 1 Art. 1.
Goddelau, Annahme von Medizinalpraktikanten im Philippshospital, 69;
— kath. Kirchengemeinde, 164.
Goldmark, 55, 14.
Goldpfandbriefe, V., die Ausgabe von G. durch die Hess. Landesbank (Staatsbank) betr., v. 12. April, 68.
Götzenhain, Isenburgscher Schutzforst, 21.
Granulose, s. Körnerkrankheit.
Grenzabfertigung, Grenzeingangsstellen, Einfuhr von Tieren für zoologische Gärten, 185 § 2.
Grenzen, s. Veränderung.
Grenzveterinärbeamte, 185 § 2.
Grenzzollämter, 186 § 3.
Grenzzollstellen mit Auslandsfleischbeschaustellen, 170 § 2.
Grippe, 27 §§ 3, 4, 6, 8, 15.
Groenesteyn, V. über die Bildung eines Schutzforstes aus dem zu dem Freiherr von Ritter zu Groenesteynschen Familienfideikommiß gehörenden Wald, v. 22. Febr., 30.
Groß-Karben, s. Nidda-Regulierung.
Gründe der Strafverfügung, 44 Art. 24;
— s. a. Urteil.
Grundeigentümer, Ausschluß vom Verfügungsrecht, 51 Art. III.
Grundsteuern, Uebersicht über die von den Provinzen, Kreisen und Gemeinden in den Rechnungsjahren 1925—1927 erhobenen G., 81;
— Vorauszahlungen, 205 Art. 1 ff., 9; bei den Gemeinden usw., 206 Art. 6, 9; staatliche G., 206 Art. 7;
— vorläufige Grundsteuer in den mit Mainz vereinigten Landgemeinden, 194 Art. 8, 9.
Grundstücke
1. Gelände einer Kunststraße, 18;
2. Genehmigung zum Erwerb von G. durch Ausländer und juristische Personen, Urk. St. Tar., 25, Art. 1;
3. Gebühr für Aufnahme, 162 § 1; Teilstücke, § 4.
Gültigkeitsdauer der Jagdpässe, 46 Art. 4, 14.
Gustavsburg, s. Ginsheim.
Gutachten
1. des Kreisgesundheitsamts, 29. §§ 12, 15, 16; Gebühr für Begutachtung durch den Kreisarzt, 169;
2. ärztliches G., 29 § 13.

H.

Haft (Strafe), Androhung; Zigeuner-G., 67 Art. 8;
— V., das Pflücken u. Aufkaufen von Kiefern- u. Fichtenzapfen betr., 78 II.
Haftpflicht, s. Jagd-H.
Haftung der Beamten für Zahlungen bei Ueberschreitung der zugewiesenen Mittel, 59 Art. 30, 31.
Haftverbindliche, im Forst- und Feldrügeverfahren, 172 Art. 6, 11, 13.
Hämonzonpräparate, 26.
Handelsregister, s. Anmeldung, Eintragung.
Handwerkskammer,
1. V., die Erhebung einer Umlage zur Aufbringung der Kosten der Handwerkskammer im Rechnungsjahr 1929 betr., v. 20. Juni, 148.
2. Ausf.-V. zur Wahlordnung für die Wahlen der Mitglieder ders., v. 16. Mai 1929. v. 2. Aug., 169;
3. Vertreter der H. im Landesausschuß, 65 § 2.
Harmin, 75.
Harnier, V., über die Bildung eines Schutzforstes aus dem Waldbesitz des Wolfram von Harnier zu Echzell, Oberhessen, v. 10. Jan., 13.
Hasen, Hegezeit, 171, 1.
Haselhähne, -Hennen, Abschuß, 171, 4.
Hasselhecke, Frhr. zu Groenesteynscher Schutzforst, 30.
Hauptstaatskasse, 52, 3.
Hauptverfahren, Antrag auf Eröffnung des H. im Forst- u. Feldrügeverfahren, 173 Art. 9; Beschluß, Art. 14.
Hauptverhandlung im Forst- u. Feldrügeverfahren, 173 Art. 12—14, 16, 18.
Hauptversammlung der Historischen Kommission, 179 §§ 4, 13, 14.
Hausgeflügel, Einfuhr in zoolog. Gärten, 185 § 2.
Hausgut, s. Erbach, Isenburg.
Haushalt, ordentlicher u. außer-v. 57 Art. 3.
Haushaltsordnung, G. v. 21. März, 57.
Hausordnung der Polizeiunterkünfte, 2 Art. 9 1.
Hausvermögen, s. Erbach, Isenburg.
Hebammengebühren V. v. 30. April, 76.
Hegezeit für Rehwild, V. v. 29. April 69; V. v. 9. Okt. 178;
— für Enten, V. v. 10. Juli, 154;
— des Wildes, V. v. 22. Aug., 171.
Heidesheim, V., Anschlußgleis für den H.-er Darlehenskassenverein (Raiffeisen) e. G. m. u. H. zu H. betr., v. 15. März, 63.
Heilanstalten, 147 Art. 2; 148 Art. 2.
Heilbehandlung des Schupo-V., 2 Art. 11.
Heilquellen, G. zur Abänd. des G. den Schutz ders. betr., v. 15. Juli 1896, v. 26. März, 51;
— V. den Schutz ders. in der Provinz Oberhessen betr., v. 7. Febr., 17.
Heizer, 22 II; 23 B.
Heppenheim a. d. Bergstr., Annahme von Medizinalpraktikanten in der Landes-Heil- und Pflegeanstalt, 69;
— s. a. Versicherungsverband.
Herchenhain, Grenzverlegung, 33.
Herstellung, s. Enteignung.
Herstellungskosten, s. Gesamt-H.
Hessen, G., die Landeskommunalbank-Girozentrale für Hessen, Darmstadt, betr., v. 10. Dez. 208;
— s. a. Straßenwesen.
Hessisch, s. Landesbank, Girozentrale, landesstatistisches Amt, Unfallversicherungsverband, Notare, Gerichtskosten-G.
Hessische Staatsangehörigkeit, 18 § 2.
Hiebwaffen, Handel und Tragen, 218 Art. 1 1.
Hilfsleistungen, Hilfskräfte, Mittel dafür im St.-V., 58 Art. 12, 13, 35.
Hilfspersonal der Schulen, ansteckende Krankheiten, 28 §§ 4—6, 10.
Hinterbliebenenversorgung, s. Ruhegehalte.
Hinterlegungen, V. zur Abänd. der V. v. 19. Aug. 1899 über die gerichtlichen H., v. 25. Febr., 25.
Hinterlegungsstellen, 208 Art. 2.
Hirsche, polizeiliche Beobachtung, 186 § 2.
Historische Kommission für den Volksstaat Hessen, V., die Satzung ders. betr., v. 9. Okt. 179;
— Mitglieder der H. K., 179 §§ 2, 3, 6, 7, 10, 15.
Hochbauamt, 56, 16.
Hochschulstudium, V. über die Abänd. der V., die Zulassung von Lehrern und Lehrerinnen an Volksschulen zum H. betr., v. 1. Sept. 1921, v. 8. März, 37.
Höchst s. Nidder.
Höchstaltersgrenzen der Polizeioffiziere, 2 Art. 18.
Höchstsätze, Sondergebäudesteuer, 206 Art. 8.
Hofreite, Gebühren für Aufnahme, 162 §§ 1, 7.
Höhe, der Steuervorauszahlungen, 203 Art. 3, 5, 6;
— s. a. Festsetzung.
Höhere Verwaltungsbehörde, s. Ministerium für Arbeit und Wirtschaft, Abteil. für Handel und Gewerbe, Minister des Innern, Kreisamt.
Homöopathische Komplexmittel, 26.
Horden, Reisen oder Rasten der Zigeuner, 67 Art. 5.
Hülfsrichter, 213.

Hunde, V., die Ein- und Durchfuhr von H. betr., v. 10. April, 67;
— s. a. Mitführen.
Hundesteuer in den mit Mainz vereinigten Landgemeinden, 195 Art. 9.
Hypothek, Eintragung ins Deckungsregister, 33 §§ 4, 5;
— zur Sicherung des Baudarlehens und der Rückzahlungspflicht, 55, 14.
Hypothekenpfandbriefe der Hess. Landesbank, Deckung, 33 § 4.

I.

Ilbenstadt, s. Nidda-Regulierung.
Ilbeshäuser Wald, Grenzverlegung, 33.
Immunisieren, s. Diphtherieheilserum.
Industrie- und Handelskammer,
1. V., die Ausf. des Ges., dies. betr., v. 31. Juli, 163;
2. Vertreter ders. im Landesausschuß, 65 § 2.
Influenza, s. Grippe.
Inhaber, auf den J. bewilligte Stellen im St.-V., 50 Art. 33.
Inhaber-Jagdpässe, 46 Art. 3, 5.
Inkrafttreten von Gesetzen usw., s. die betr. GG.
Instandsetzung von Altwohnungen, 56 IV.
Instandsetzungsdarlehen, 54, 5.
Internat, s. Pensionat.
Inventur kaufmännisch geleiteter Betriebe des Landes, 63 Art. 64.
Isenburg, V. zur Abänd. der V. v. 5. Jan. 1928 über die Bildung von Schutzforsten aus den zu dem Isenburgschen Hausvermögen (Hausgut Isenburg-Birstein) gehörenden Waldungen, v. 22. Jan., 21.

J. (j.)

Jagdhaftpflichtversicherung, 47 Art. 9, 10; 48 § 2.
Jagdpaß, Besitz und Mitführen, 46 Art. 1, 12; Ausstellung, Art. 2—5, 7; Stempel, Art. 6, 13; unentgeltlicher J., Art. 7, 14; J. bedarf nicht, Art. 8; Versagung, Art. 9; ungültiger J., Art. 10, 12; Einziehung, Art. 10; Ueberlassung, Art. 5, 12; Vordrucke, 48 § 1.
Jagdpaßgesetz, v. 25. März, 46; Ausf.-V. dazu, v. 25. März, 48.
Jagdschein, 46 Art. 1, 5.
Jagdwaffenpässe, Gültigkeit, 48 Art. 14.
Jahresjagdpässe, 46 Art. 4, 5, 13; 48 § 1.
Juristische Personen, s. Grundstücke.

K.

Kalenderjahr, 57 Art. 2.
Kamele, polizeiliche Beobachtung, 186 § 2.
Kassen, Leistung von Zahlungen, 61 Art. 52.
Kassenbücher, Abschluß, 62 Art. 55, 56.
Kassenführung, St.-V., 57 Art. 1; 61 III.
Kassenmäßiges Geld, 25.
Kassestellen, V., die örtliche Einteilung ders. betr., v. 24. Juni, 155.
Katastervermessung, V., Gebührenordnung für die Arbeiten ders. betr., v. 24. Juli, 162.
Kauf eines Hauses mit Baudarlehen, 55, 10.
Kaufmännische Betriebsführung bei Betrieben des Landes, im St.-V., 58 Art. 17, 63, 64.
Kenntnisbringung, Kenntnisgabe, s. Anzeige.
Kestrich, Frhr. v. Schenckscher Schutzforst, 14.
Keuchhusten, 27 §§ 3—5, 12, 13, 15.
Kiefern- und Fichtenzapfen, V., das Pflücken und Aufkaufen ders. betr., v. 8. Mai, 73.
Kinder, Aufnahme ins Alicestift, 19 §§ 4 ff.
Kinderbewahranstalten, -Gärten, 30 § 17.
Kinderlähmung, epidemische, 27 §§ 3—6, 8, 12, 13, 15.
Kinderreiche, Baudarlehen, 53, 3, 8.
Kirchengemeinden, Errichtung von K. und Pfarreien, sowie Aenderung der Bezirke ders.: Gießen, Petrus- und Luther-Gemeinde, 6; Worms, 5. ev. Pfarrstelle, 15; Neu-Isenburg, zweite franz-reform. Pfarrstelle, 31.
Klage, auf Herausgabe eines von der Zwangswirtschaft befreiten Raumes, 75 Art. 3; 77 Art. 1;
— im Verwaltungsstreitverfahren, s. V.
Klassenlehrer, -Lehrerin, Unterstützung des Schularztes, 27, 11.
Klassenliste, ärztliche, 26, 2, 5, 9, 11.
Klassenzimmer, 27 § 2.
Kleidergeld für Pfleglinge im Alicestift, 19 § 7.
Kleine Ordnungsstrafen gegen Polizeianwärter und -Wachtmeister, 3 III.
Kleine Strafkammer, 174 Art. 22.
Klein-Karben, s. Nidda-Regulierung.
Kleinwohnungen, Baudarlehen, 52, 1.
Kloppenheim, s. Nidda-Regulierung.
Knochen, V., das Verbot der Einfuhr von K.-Mehl und K. betr., v. 5. Aug., 170.
Knochenmehl, -Grieß, -Schrot, -Stücke, Einfuhr, 170 §§ 1 ff.; Durchfuhr, § 6.
Kohlensäure, Ausschluß vom Verfügungsrecht des Grundeigentümers, 51 Art. I, III.
Kommanditgesellschaften auf Aktien, Geb. für Eintragungen, 208 Art. 2, 2 b.
Kommunalmasse, Zuweisung daraus an die Gemeindemasse, 50 § 1; Anteil der Gemeinde daran, Zuweisung daraus, 50 § 2.
Konkurs des Grundeigentümers (Baudarlehen) 55, 11.
Konradsdorf, s. Niddertal.
Konto, s. Reichsbank.
Konvikt, s. Pensionat.
Konzessionierung, Konzessionsurkunde, s. Elektrische Straßenbahn.
Körnerkrankheit, 27 §§ 3, 4.
Körperliche Gebrechen, k. Schwäche städtischer Beamten, 43 Art. 14.
Körperschaft des öffentlichen Rechts, 147 Art. 1.
Körperschaften, Vertreter in der Histor. Kommission, 179 §§ 4—7, 11, 15.
Körperschaftssteuer. Folgen der Vereinigung der Landgemeinden mit Mainz, 194 Art. 8.
Kosten
1. der Unterrichtsanstalten für Kunst usw., 9 Art. 4; sachliche, Art. 16, 17; persönliche, Art. 18, 19;
2. im Forst- und Feldrügeverfahren, 175 Art. 26;
3. der Einfuhr von Hunden, 68 § 3;
— von Knochen usw., 171 § 7;
— von Tieren für zoologische Gärten, 186 § 4;
4. der Einziehung der Schadensersatzgelder in Forst- und Feldrügesachen, 175 Art. 25;
5. der Verpflegung im Alicestift, 19 §§ 4, 7 ff.; der Verbringung, 20 §§ 11 16; der Bestattung, 20 § 17;
6. einer einstweiligen Verwaltung des Dienstes, Zurückforderung, 44 Art. 22;
— s. a. Handwerkskammer.
Kostenberechnungen und -Ueberschläge für Bauten im St.-V., 58 Art. 15, 42.
Kostenmarken, Gerichtskosten, 51 Art. 1; 52, 1.
Kostheim, s. Main.
Kraftfahrzeugverkehr, V. darüber v. 22. Juni, 153.
Kraftwagenbetrieb. Satzung des Gemeindeverbandes für den K. Wetterau, V. v. 12. Sept., 178.
Krankenhäuser, 147 Art. 2; 148 Art. 2;
— s. a. Medizinalpraktikanten, Mainz.
Krankenkassen, Vergütungen an Hebammen, 76 Art. 1, 3, 4.
Krankenpflegestuben, V., die Errichtung von staatlich anerkannten K. betr., v. 14. Mai, 75;
— s. a. Darmstadt, Mainz.
Krankheit, s. Erkrankung.
Krankheiten, s. übertragbare K.
Krätze, 27 §§ 3, 4.
Kreditanstalten, s. öffentlich-rechtliche K.
Kreditunternehmungen, Filialsteuer, 50 Art. I 3, 4.
Kreisamt, zuständige Verwaltungsbehörde, 66 Art. 1, 2, 7;

— höhere Verwaltungsbehörde, 153 § 2;
— Polizeibehörde, 154 § 3;
— Genehmigung, Erlaubnis, 17 §§ 2, 6; 48 Art. 8; 54, 10; 56, 15; 66 Art. 1, 2;
—, Tätigkeit nach dem G., die Rechtsverhältnisse der Gemeindebeamten betr., 41 Art. 4, 9, 11; Verhängung von Dienststrafen, 43 Art. 17, 21, 22, 24—26;
— sonstige Zuständigkeit, 19 § 5; 29 §§ 12, 16; 46 Art. 2, 8, 10; 48 § 3; 56, 16; 146 § 1;
— s. a. Friedberg.
Kreisärzte und Amtsärzte, V., die zur Staatskasse fließenden Gebühren für Dienstgeschäfte ders. betr., v. 17. Juli, 169;
— Tätigkeit, 19 § 4; 26, 1.
Kreisausschuß, Anhör, 41 Art. 5.
Kreisdirektor, Verhängung von Dienststrafen gegen Schupo-B., 2 1;
— Entscheidung, 4 Art. 30;
— Zustimmung, 45 Art. 31.
Kreise
1. Kosten der Unterrichtsanstalten für Kunst, 9 Art. 4; Träger ders., 10 Art. 6;
2. Uebersicht über die von den K. in den Rechnungsjahren 1925—1927 erhobenen Grund-, Gewerbe- und Sondergebäudesteuern, 81;
— vorläufige Grund-, Sondergebäude- und Gewerbesteuer, 206 Art. 6, 9;
3. Versicherungsverband, 148 Art. 1;
4. Grenzen, s. Veränderung.
Kreisfürsorgerin, 27, 8.
Kreisgesundheitsamt, Einvernehmen, 27, 10; 30 § 15.
— Gutachten, 28 §§ 6, 12, 15, 16;
— sonstige Tätigkeit, 27 §§ 2, 4.
Kreisgrenzen, s. Veränderung.
Kreisschulamt, 29 §§ 12, 16.
Kreissparkasse, s. Sparkassen.
Kreissteuern in den Gemeinden Bischofsheim u. Ginsheim-Gustavsburg, Bretzenheim, Weisenau, 194 Art. 8.
Kreistag des Kreises Groß-Gerau, 193 Art. 3, 4.
Kreisveterinäramt, 30 § 15.
Krippen, 30 § 17.
Küchen-Verpflegung, s. V.
Kündigung der Gemeindebeamten, 41 Art. 7; K.-Frist, Art. 8, 9;
— des Baudarlehens, 53, 13.
Künftig wegfallende Ausgaben im St.-V., k. w. Stellen, 60 Art. 33.
Kunst, G. über die öffentlichen Unterrichtsanstalten für freie und angewandte K., v. 14. Dez. 1928, Reg.-Bl. 1929, 9; G. v. 28. März, 65.
Künstler, freier, im Landesausschuß, 65 § 2.
Künstlerisch, s. wissenschaftlich.
Kunststraße, Gelände, 18.
Kuranstalten, 147, Art. 91; 148 Art. 2.
Kuratorium der Unterrichtsanstalten für Kunst, 10 Art. 7, 10—13; Mitglieder, Art. 11.

L.

Laboratorien, 147 Art. 2; 148 Art. 2.
Lachse, Fang in der Nahe, 185.
Ladung der Strafbefugten im Dienststrafverfahren gegen Gemeindebeamte, 44 Art. 25 des angeschuldigten Gemeindebamten, 44 Art. 23;
— des Feldschutzpersonals als Zeugen und Sachverständigen, 174 Art. 15.
Lagern im Freien durch Zigeuner, 67 Art. 3; in Horden, 67 Art. 5.
Landesausschuß bei der Aufsichtsbehörde für die Unterrichtsanstalten für Kunst usw., 10 Art. 9; 65 §§ 1—6.
Landesbank
1. V., die Ausgabe von Goldpfandbriefen durch die Hessische L. (Staatsbank) betr., v. 12. April, 68;
2. Best. des G. über Pfandbriefe, 33 §§ 1 ff.; — Ermächtigung, § 3;
3. Baudarlehen, 54, 6;
4. als Hinterlegungsstelle, 208 Art. 2.
Landeshypothekenbank, als Hinterlegungsstelle, 208 Art. 2.
Landeskommunalbank-Girozentrale für Hessen, Darmstadt, G., dies. betr., v. 10. Dez., 208.
Landespolizeischule, 1 Art. 4, 9. I.
Landesschiedsgericht, 42 Art. 11.
Landesstatistik, Zentralstelle für die Landesstatistik, V., Aenderung der Bezeichnung ders. betr., v. 12. April, 68.
Landesstatistisches Amt, Hessisches, 68.
Landesvermessungsamt, 162 §§ 7, 9, 11.
Landfahrer, 66 Art. 1—5, 8.
Landgemeinden, Baudarlehen für Bauten in L., 54, 6;
— Unfallversicherungsverband, 188 Art. 1, 2.
Landgemeindeordnung, Aenderung, 45 Art. 31. II.
Landgerichte, Vertretung der Richter, sowie Aushilfe durch Assessoren, 213.
Landgerichtspräsident, s. Präsident.
Landtag,
1. Bereithaltung von Verträgen, Plänen usw. für die Verhandlungen im L., 58 Art. 10, 15; Vorlage des Entwurfs des St. A. an den L., 59 Art. 20; desgl. der Uebersicht der Rechnungseinnahmen und -Ausgaben, 63 Art. 65;
2. Zustimmung, 61 Art. 46.
Lauterbach, Veränderung der Kreisgrenze, 33;
— Wahlbezirk, 164.
Lebenslauf, 35 § 4.
Lebensjahr, 45, 2 Art. 18.
—, 48, 2 Art. 18.
—, 51, 2 Art. 18.
—, 55, 2 Art. 18.
—, 65, 43 Art. 14.
Lebenszeit, Anstellung der Gemeindebeamten, 41 Art. 3, 6, 7.
Lehrer, V. über die Abänd. der V., die Zulassung von L. und Lehrerinnen an Volksschulen zum Hochschulstudium betr., v. 1. Sept. 1921, v. 8. März, 37;
— ansteckende Krankheiten, 28 §§ 4—6, 10.
Lehrerinnen, s. Lehrer.
Lehrgänge an der Landespolizeischule, 1 Art. 4.
Lehrkräfte der Unterrichtsanstalten für Kunst, 10 Art. 7, 14, 15.
Lehrvertrag über die zahntechnische Ausbildung, 35, § 4.
Leibesübungen, 26, 1.
Leichen, Ausgrabung, Verlegung, Ueberführung, Untersuchung, Oeffnung, Geb. des Kreisarztes, 169.
Leimfabriken, 170 § 4.
Leiningen, V. über die Bildung eines Schutzforstes aus dem zu dem Fürst zu Leiningenschen Familienfideikommiß gehörenden Wald v. 21. Mai, 78.
Leistung von Zahlungen, 61 Art. 52.
Leistungen des Alicestifts, 20 §§ 9, 10;
— vor Empfang der Gegenleistung, 59 Art. 27.
Leiter (Leitung) der Unterrichtsanstalten für Kunst, 10 Art. 7, 11, 15;
— der Schulgattungen im Landesausschuß, 65 § 2.
Lepra, s. Aussatz.
Lettland, Einfuhr von Hunden, 67 § 1.
Lichtbild, des Jagdpaßinhabers, 48 § 1;
— des Rheinschiffers, 155 §§ 2, 9.
Lichtspielbetriebe, 147 Art. 2; 148 Art. 2.
Lieferung der für den Staat angeschafften Gegenstände, Bescheinigung, 61 Art. 54.
Liegenschaftskataster, 163 § 10.
Lindenfels, s. Elektr. Straßenbahn.
Lindheim, s. Nidder.
Liste, s. Erhebungs-L.
Lißberg, s. Niddertal.
Litauen, Einfuhr von Hunden, 67 § 1.
Literarisch, s. wissenschaftlich.
Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft, V. v. 27. Mai, 73.

Löschung von Dienststrafen der Schutzpolizeibeamten, 3 IV;
— einer ins Deckungsregister eingetragenen Hypothek, 33 § 4;
— der Firma, 208 Art. 2, 2c.
Lungenkranke, Baudarlehen, 53, 3, 8.

M.

Main, Umkanalisierung des Untermains von der Kostheimer Straßenbrücke (Main = Km. 1,4) bis zur oberen Frankfurter Eisenbahnbrücke (Main = Km. 32,8), Enteignung dafür, 161.
Mainz
1. V. über die Mietzinsbildung in der Stadt M. v. 8. April, 63;
2. V., die Bestellung der Prüfungskommission für die staatlich anerkannte Krankenpflegestube im Städt. Krankenhaus in M. betr., v. 13. Nov., 188;
3. G., betr. die Veränderung der für die Provinzen Starkenburg und Rheinhessen, sowie die Kreise Groß-Gerau und Mainz bestehenden Grenzen, und betr. die Vereinigung der Landgemeinden Bischofsheim, Ginsheim-Gustavsburg, Bretzenheim und Weisenau mit der Stadt Mainz v. 10. Dez., 193; V. v. 10. Dez., 213;
— Stadtrat von M., 194 Art. 5; Polizeiverordnungen, Ortssatzungen, örtliche Geb.-Ordn., 194 Art. 6;
— Ortsgerichte und Standesämter Mainz-Bischofsheim, Mainz-Bretzenheim, Mainz-Ginsheim, Mainz-Gustavsburg, Mainz-Weisenau, 214;
4. Annahme von Medizinalpraktikanten in den Krankenanstalten, 69;
— s. Wasserbauämter, Schiffsuntersuchungskommission, Oberbürgermeister, Versicherungsverband.
Maschinist, 22 II; 23 V.
Masern, 27 §§ 3—6, 12, 13, 15.
Materialien zur Prüfung f. Zahntechniker, 35 §§ 7, 13.
Matrose, 22 II; 23 V.
Medizinalpraktikanten, V. die zur Annahme von M. ermächtigten hessischen Krankenhäuser und medizinal-wissenschaftlichen Institute, v. 15. April, 68.
Medizinisch-wissenschaftliche Institute, s. Medizinalpraktikanten.
Mehreinkommen des Gerichtsvollziehers, Ablieferung, 177 § 1.
Mehreinnahmen und -Ausgaben, 62 Art. 58.
Mehrfamilienhäuser, Baudarlehen, 52, 1.
Mehrjährige Aufgaben, Kosten, dafür im St.-V., 58 Art. 14.
Mehrlingsgeburt, 76 Art. 1 b.
Meistbietender, Verkauf an den M., 61 Art. 45.
Meldung, s. Anmeldung.
Messungen der Schüler, 27, 11.
Mieteinigungsamt, V. über ein Schiedsverfahren vor demf., v. 28. Mai, 77; 74 Art. 3.
Mieter, Schiedsantrag, 78 Art. 2.
Miethäuser mit Baudarlehen, 53, 3, 10.
Mietverträge, s. Einsicht.
Mietzinsbildung in der Stadt Mainz, V. v. 8. April, 63;
— in der Stadt Offenbach, V. v. 18. Juli, 161.
Mikrosporie, 27 §§ 3, 4.
Militärische Zahnstationen, 35 § 4.
Milzbrand, 27 §§ 3, 4.
Mindestbemannung der Rheinschiffe, 22 II—IV.
Mineralöle, V., betr. die Abänd. er V. v. 5. Aug. 1926, Grundsätze für die technische Durchf. der V. über den Verkehr mit M. und M.-Mischungen betr. vom 28. Nov., 195.
Minister für Arbeit und Wirtschaft,
1. als oberste Landesbehörde, 169;
2. Einvernehmen, 10 § 8; 12 Art. 23; 65 § 2; 153 § 1;
3. Genehmigung, 54, 6; 147 Art. 4; 148 Art. 5;
4. Entscheidung, 56, 16; 76 Art. 7;
5. Baudarlehen, 53, 4 V.; II, 5, 6; 54, 6, 10; 55, 10; 56, 16; 65 § 2.
Ministerium für Arbeit und Wirtschaft, Abteilg. für Handel und Gewerbe, höhere Verwaltungsbehörde, Aufsichtsbehörde, 169.
Minister der Finanzen,
1. Einvernehmen, 11 Art. 14; 51 Art. 3; 53 II 5; 54, 6; 55, 10; 61 Art. 47, 49; 172 Art. 3; 177 IV;
2. Genehmigung, 33 §§ 2, 3; 50 Art. I 3; 54, 6;
— Zustimmung, 59 Art. 28, 31, 42—45, 47, 55, 58, 60, 63;
3. Ermächtigung, nach der Haushaltsordnung, 57 Art. 9, 58;
4. sonstige Zuständigkeit, 49 Art. 5; 52 Art. 3; 55 § 2; 175 Art. 25; 207 Art. 9.
Minister der Finanzen, Abteilg. für Bauwesen, Entscheidung, 146 §§ 2, 3.
Minister des Innern:
1. als oberste Landesbehörde, 153 §§ 1, 5;
2. als höhere Verwaltungsbehörde, 153 §§ 1, 5;
3. als zuständige Behörde, 153 § 1.
4. Einvernehmen, 12 Art. 23;
5. Genehmigung, 1 Art. 6; 19 § 2; 50 Art. I 3;
6. Gestattung von Ausnahmen, 170 § 4;
7. Ermächtigung: Jagdpaß-G., 48 Art. 75; Finanzausgleich-G., 49 § 1, 2; Gemeindeumlagen-G., 50 Art. 1;
— G., betr. die Vereinigung der Landgemeinden Bischofsheim usw. mit Mainz, 194 Art. 5, 8;
— Steuervorauszahlungs-G., 206 Art. 6;
8. Entscheidung, 41 Art. 4, 7—9, 14, 24;
9. Tätigkeit nach der Haushaltsordnung, 58 Art. 17 bis 19, 24, 27, 31, 53, 55, 58, 67;
10. sonstige Tätigkeit, 1 Art. 4, 9, 14, 27; 18, 19 § 7; 42 Art. 11; 45 Art. 31, 36; 46 Art. 4; 48 Art. 14; 48 § 1; 50 Art. II; 51 Art. II; 67 Art. 9; 194 Art. 8, 10; 207 Art. 9.
Minister des Innern, Abt. für öffentl. Gesundheitspflege, 34 §§ 1, 4, 15, 17, 18.
Minister der Justiz, G. über das Verfahren in Forst- und Feldrügesachen, 172 Art. 3—5;
— Ermächtigung, 153 Art. 2; 177 § 1 IV;
— Einvernehmen, 175 Art. 25;
— sonstige Zuständigkeit, 51 Art. 1—3.
Minister für Kultus und Bildungswesen, 12 Art. 23; 65 § 2; 66, 4;
— Satzung der Historischen Kommission, 179 § 1.
Mitführen
1. des Jagdpasses, 46 Art. 1, 12;
2. von Tieren durch Zigeuner, 67 Art. 2;
— des Erlaubnisscheins, 67 Art. 6.
Mitglieder, s. Prüfungskommission, Kuratorium, Schiedsgericht, Stadtrat, Landesausschuß, Handwerkskammer, histor. Kommission.
Mitteilung, s. Anzeige.
Mittel für Besoldungs- und Hilfsleistungen im St.-V., 58 Art. 12, 13.
Mittelwohnungen, Baudarlehen, 52, 1.
Motorschiffe, 24 VI.
Mumps, 27 §§ 3, 4, 12, 13, 15.
Mündliche Form, 172 Art. 5.
Mündliche Prüfung der Zahntechniker, 35 §§ 9, 10.
Mündliche Verhandlung, s. Termin.
Munition, Herstellung, Handel usw., 218 Art. 1, II.
Musikaufführungen, 147 Art. 2; 148 Art. 3.

N.

Nachlaß bei Apothekerrechnungen, 1 I und II.
Nachricht, s. Anzeige.
Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben im St.-V., 62 Art. 58.
Nahe, Fang von Lachsen, 185.
Namen, auf N. lautende Jagdpässe, 46 Art. 4.
Namensunterschrift, s. Unterschrift.
Nebenämter, N.-Beschäftigung der Beamten, Einnahmen daraus im St.-V., 58 Art. 18.

Nebenbeschäftigung bei Schupo-B., Genehmigung, 1 Art. 6;
— der Gemeindebeamten, 43 Art. 15.
Nebenkläger, Beschädigter im Forst- und Feldrügeverfahren, 174 Art. 20.
Neckar, B. über die Polizei-V. für die Schiffahrt und Flößerei auf dem Neckar v. 25. Mai, 145.
Neckarbauämter, 146 §§ 1, 3; zuständige Behörde, Flußbaubehörde, Behörde der Wasserstraßenverwaltung, 146 § 3.
Neckarbaudirektion, Entscheidung, 146 § 3.
Neckarschiffe, Untersuchung, 146 § 1.
Nervinum Dr. Weil, 25.
Neuaufstellung des Liegenschaftskatasters, 163 § 10.
Neubauten, 53, 1;
— Uebertragung der für N. bewilligten Beträge auf folgende Rechnungsjahre, 59 Art. 28.
Neu-Isenburg, 2. franz.-reform. Pfarrstelle, 31.
Nidda, Sitz des Waldverbandes am von Harnierschen Schutzforst, 13.
Nidda-Regulierung, B., Enteignung von Gelände dafür in den Gemeinden Ilbenstadt, Nieder-Wöllstadt, Burg-Gräfenrode, Klein-Karben, Okarben, Groß-Karben, Rendel, Kloppenheim und Dortelweil betr., v. 18. Juni, 145.
Nidder, B., den Gemeindeverband zur Instandhaltung der regulierten mittleren Nidder betr., v. 14. Dez., 214.
Niddertal, B., den Wasserversorgungsverband betr., v. 11. Okt., 179.
Nieder-Florstadt, s. Wetterau.
Nieder-Modau, s. elektr. Straßenbahn.
Nieder-Ramstadt, s. elektr. Straßenbahn.
Niederschlagung, s. Erlaß.
Niederschrift über Prüfung der Zahntechniker, 36 § 14;
— Verhandlung des Landesausschusses, 66 §§ 5, 6;
— über die Anträge auf Erlaß des Deckgeldes, 77.
Nieder-Wöllstadt, s. Nidda-Regulierung.
Normalpapiere, B., die Eintragung von Wasserzeichen für dies., v. 31. Mai, 146.
Notare, G. zur Aenderung der Geb.-Ordng. der hess. N., v. 21. Dez., 207.
Noten, Prüfung für Zahntechniker, 36 § 14.
Notfrist, 154 § 2.
Notwohnungen, 52, 2.
Nutzungen, s. Ueberlassung.

O.

Oberau, s. Nidder.
Oberbürgermeister, 19 §§ 4, 5; 53 II 5; 56, 16;
— von Mainz und Worms, als Polizeibehörde, 154, § 4.
Ober-Florstadt, s. Wetterau.
Oberhessen, s. Provinzialausschuß, Heilquellen.
Ober-Modau, s. elektr. Straßenbahn.
Ober-Ohmen, Frhr. Riedeselscher Schutzforst, 200.
Oberrechnungskammer, B., die Erhebung einer Gebühr für die Revision nichtstaatlicher Rechnungen durch die O. betr., v. 4. Mai, 75;
— Prüfung der Staatsrechnung, 63 Art. 65;
— Einvernehmen, 62 Art. 58, 63.
Ober-Ramstadt, s. Elektr. Straßenbahn.
Oberste Landesbehörde, s. Minister des Innern, für Arbeit und Wirtschaft.
Ober-Widdersheim, von Harnierscher Schutzforst, 13
Obmann, s. Schiedsgericht.
Obst- und Gemüseverwertungsgenossenschaft Ingelheim und Umgebung, Anschlußgleis für diese auf dem Bahnhof zu Ingelheim, B. v. 6. Juli, 155.
Offenbach, V. über die Mietzinsbildung in der Stadt O. v. 18. Juli, 161;
— Polizeiamt, 2 Art. 9 I; als Polizeibehörde, 154 § 3;
— Annahme von Medizinalpraktikanten im Krankenhaus, 69;
— Grenze des Standesamts Offenbach und Offenbach-Bürgel, 202;
— s. a. Versicherungsverband.
Oeffentliche Ausschreibung, s. A.
Oeffentliche Gebäude, Verfassungstag, 145 Art. 2.
Oeffentliche Klage, Erhebung im Forst- und Feldrügeverfahren, 173 Art. 8.
Oeffentliche Sammlungen, s. S.
Oeffentliche Unterrichtsanstalten, s. U.
Oeffentliche Urkunde, 208 Art. 1.
Oeffentliches Interesse, Untersuchung eines Schiffes, 146 § 1.
Oeffentliches Recht, s. Körperschaft.
Oeffentlich-rechtliche Körperschaft, 188 Art. 1.
Oeffentlich-rechtliche Kreditanstalten, V. zur Ausf. des G. über Pfandbriefe und verwandte Schuldverschreibungen ders. v. 21. Dez. 1927, v. 14. März, 33.
Oeffentlich-rechtliche Sparkassen, s. Sp.
Ohrspeicheldrüsenentzündung, s. Mumps.
Okarben, s. Nidda-Regulierung.
Oppenheim, s. Versicherungsverband.
Optische Entfernungsmesser, 162 § 6.
Ordentlicher Haushalt, v. Einnahmen, 57 Art. 3, 8.
Ordentlicher Rechtsweg, s. R.
Ordnungsstrafen gegen Schupo-B., 2 Art. 27;
— gegen die Lehrkräfte der Unterrichtsanstalten für Kunst, 11 Art. 15;
— s. a. Kleine O.
Ortenberg, s. Niddertal.
Oertlich, s. Einteilung, Gebührenordnungen.
Ortsbehörde, 77.
Ortsbürger und O.-Witwen von Bischofsheim und Ginsheim-Gustavsburg, 194 Art. 7.
Ortsgerichte, B., das O. Büdesheim (Rheinh.) betr., v. 12. April, 69;
— B., die O. in Bischofsheim, Bretzenheim, Ginsheim, Gustavsburg und Weisenau betr., v. 13. Dez., 214.
Ortsklassenverzeichnis, B. v. 16. Okt., 187.
Ortspolizeibehörden,
1. Verfahren in Forst- und Feldrügesachen, 172 Art. 5, 6;
2. Erlaubnis, Genehmigung, 67 Art. 3, 4; 68 § 1 c;
— sonst. Zuständigkeit: 28 §§ 5, 12, 16; 67 Art. 3, 4; 67 § 1 Ziff. 2; 77; 154 § 4; 186 § 2.
Ortssatzung,
1. Regelung der Rechtsverhältnisse der Gemeindebeamten, 43 Art. 14, 30;
2. über Filialsteuer, 50 Art. I 3, 4;
3. in den Landgemeinden Bischofsheim usw. bzw. Mainz, 194 Art. 6.
Ossenheim, s. Wetterau.

P.

Papier, s. Normal-P.
Paratyphus, 27 §§ 3—6, 12, 13, 15.
Passavant, V. über die Bildung eines Schutzforstes aus dem Waldbesitz des Kaufmanns Richard Passavant zu Frankfurt a. M., v. 10. Jan., 13.
Pauschgebühr der Hebamme, 76 Art. 1, 2.
Pensionat (Konvikt, Alumnat, Internat), ansteckende Krankheit, 29 § 13.
Perioden im Forst- und Feldrügeverfahren, 173 Art. 8, 16.
Personal der Unterrichtsanstalten für Kunst, 10 Art. 7, 14.
Personalakten der Schupo-B., 1 Art. 6; 3 II, IV.
Pest, 27 §§ 3—5, 12, 13, 15.
Pfandbriefe, V. zur Ausf. des G. über die Pf. und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten v. 21. Dez. 1927, v. 14. März, 33.
Pfändung in Forst- und Feldrügesachen, 172 Art. 6.
Pfarreien, s. Kirchengemeinden.
Pferde, s. Mitführen.
Pflegeanstalten, 147 Art. 2; 148 Art. 2.
Pflegegeld im Alicestift, 19 §§ 7 ff., 15.
Pfleglinge, Vorschr. über die Aufnahme und Entlassung der Pfl. der Anstalt für Geistesschwache „Alicestift" bei Darmstadt, v. 6. Februar, 18.

Pflichten der Bauherren, 54, 10, 15;
— s. a. Verpflichtung.
Pflücken, s. Kiefernzapfen.
Pläne für Bauten, im St.-V., 58 Art. 15, 42.
Pocken, 27 §§ 3—6, 11, 12, 13, 15.
Polare Aufnahmemethode, 162 § 6.
Polen, Einfuhr von Hunden, 67 § 1.
Politische Gemeinde, s. G.
Polizeiamt, s. Darmstadt, Offenbach, Gießen.
Polizeianwärter, 1 Art. 1; 3 II, III.
Polizeiarzt, 1 Art. 1; Untersuchung, 2 Art. 14.
Polizeibeamte der Gemeinden, 41 Art. 4; Entlassung, 42 Art. 8; Amtsenthebung, Art. 9; Dienststrafen, 43 Art. 17.
Polizeibehörde, 156 § 11; s. a. Kreisamt, Polizeiamt, Oberbürgermeister.
Polizeichefarzt, 1 Art. 1.
Polizeihauptmann, 1 Art. 1, 18.
Polizeihauptwachtmeister, 1 Art. 1.
Polizeileutnant, 1 Art. 1, 18.
Polizeiliche Beobachtung, 1 B.
Polizeiliche Verwendungskontrolle eingeführter Knochen, 170 § 5.
Polizeiliches Führungszeugnis, 155 § 2.
Polizeimajor, 1 Art. 1, 18.
Polizeimeister, 1 Art. 1.
Polizeioberleutnant, 1 Art. 1, 18.
Polizeioberst, 1 Art. 1.
Polizeioberstleutnant, 1 Art. 1.
Polizeiobermeister, 1 Art. 1.
Polizeioffiziere, 1 Art. 1, 9 I, 18; Höchstalter der Dienstgrade der P., 2 Art. 18.
Polizeiunterkünfte, Verpflichtung zum Wohnen darin, 2 Art. 9 I; Verbot des Betretens, 4 Art. 38;
— Hausordnung der P., 2 Art. 9.
Polizeiverordnungen in den Landgemeinden Bischofsheim usw. bzw. Mainz, 194 Art. 6.
Polizeiwachtmeister, 1 Art. 1; 3 III.
Praktikanten, s. Medizinal-P.
Praktische Prüfung der Zahntechniker, 35 §§ 9, 12.
Präsident des Landgerichts, 55, 12.
Preisträger des „Georg-Büchner-Preises", 66, 1, 2, 4.
Preußische Staatsbank, s. Reichsbank.
Private Bauherren, s. B.
Privatforstbeamte, Dienstpässe, 46 Art. 7.
Protokoll über die Anhör des angeschuldigten Gemeindebeamten, 44 Art. 23;
— über die Hauptverhandlung in Forst- und Feldrügesachen, 174 Art. 16;
— zu Protokoll, 18 § 4; 154 § 2; 173 Art. 11.
— s. a. Niederschrift;
Provinzen
1. Uebersicht über die von den P. in den Rechnungsjahren 1925—1927 erhobenen Grund-, Gewerbe- und Sondergebäudesteuern, 81;
— vorläufige Grund-, Sondergebäude- und Gewerbesteuer, 206 Art. 6, 9;
2. Versicherungsverband, 148 Art. 1;
3. Grenzen, s. Veränderung;
— s. a. Oberhessen.

Provinzialausschuß
1. Dienststrafen gegen Gemeindebeamte, 43 Art. 17, 24;
2. Oberhessen, zuständiger P. i. S. Art. 3, 4 des G. v. 12. Juni 1874, 193 Art. 2.

Provinzialdirektion Starkenburg, Entscheidung, 19 §§ 2, 3, 12, 14;
— als Ausführungsbehörde, 148 Art. 3;
— sonstige Zuständigkeit, 19 §§ 5—7.
Provinzialschiedsgericht, 42 Art. 11.
Provinzialsteuern in den Gemeinden Bischofsheim, Ginsheim-Gustavsburg, Bretzenheim, Weisenau, 194 Art. 8.
Provinzialtag der Provinz Starkenburg, 193 Art. 4.
Prüfung
1. für Zahntechniker, B. v. 22. März, 34;
— von Apothekerpraktikanten, Geb. des Kreisarztes, 169;
s. a. Eignungs-P., Techniker-P., Abgangs-P.;
2. der Anträge auf Baudarlehen, 56, 16;
— der Entwürfe zum St.-V., 58 Art. 18; der Rechnungen über Schreibmaterialien, 62 Art. 54; der Rechnungsurkunden, 62 Art. 58; der Staatsrechnung, 63 Art. 65.

Prüfungsgebühr, s. Gebühren.
Prüfungskommission,
1. Bestellung ders. für die staatlich anerkannte Krankenpflegeschule des Alice-Frauenvereins im Alicehospital zu Darmstadt, B. v. 2. Jan., 14;
— desgl. im Städt. Krankenhaus in Mainz, B. v. 13. Nov., 188;
2. für Zahntechniker, 34; Mitglieder und Stellvertreter, §§ 1, 5, 7, 10, 14; Vorsitzender, §§ 1, 2, 4, 6, 7, 10, 14.

Prüfungsordnung für Aerzte v. 5. Juli 1924, B., Ausf. ders. betr.; hier: die zur Annahme von Medizinalpraktikanten ermächtigten hessischen Krankenhäuser und medizinisch-wissenschaftlichen Institute, v. 15. April, 68.

R.

Rachenbräune, s. Diphtherie.
Rasten, s. Horden.
Raten, s. Vorauszahlung.
Räumungsklage, 75 Art. 3; 77 Art. 1.
Rebhühner, Schonzeit, 171, 5.
Rechenschaftsablage, endgültige, 63 Art. 65.
Rechner,
1. Stadt- und Gemeinderechner, 41 Art. 5;
2. der histor. Kommission, 180 § 12.

Rechnungen, Führung, 62 Art. 54;
— s. a. Oberrechnungskammer.
Rechnungsausgaben und -Einnahmen der Hauptstaatskasse und der ihr unterstellten Kassen, 62 Art. 59.
Rechnungsbücher, Abschluß, 62 Art. 55, 56.
Rechnungseinnahmen und -Ausgaben, Uebersicht, 63 Art. 65.
Rechnungsjahr, 57 Art. 1, 2, 10, 20, 21, 28; 55, 56, 58—60, 63, 65;
— s. a. Finanz-G., Steuervorauszahlungs-G., Grund-, Gewerbe-, Sondergebäude-Steuer-GG., Handwerkskammer.
Rechnungslegung, St.-V., 57 Art. 1; 61 III.
Rechnungsurkunden, 62 Art. 58.
Rechnungswesen der Unterrichtsanstalten für Kunst, 10 Art. 7, 12, 21.
Rechtsgründe, 174, Art. 19.
Rechtsmittel im Forst- und Feldrügeverfahren, 174 III.
Rechtsverhältnisse, s. Gemeindebeamten.
Rechtsweg, Ausschluß, 55, 12;
— ordentlicher, 43 Art. 14; 51 Art. III.
Rechtswirksamkeit, s. Anstellung.
Regelung der Rechte und Pflichten der Gemeindebeamten, 45 Art. 30.
Regierung,
1. Genehmigung, 9 Art. 4;
2. Entscheidung, 9 Art. 5;
3. Ernennung der Lehrkräfte, 11 Art. 14;
4. Zuständigkeit nach dem G. über die öffentlichen Unterrichtsanstalten für Kunst, 12 Art. 23;
5. Ermächtigung: nach dem G. über die Erstreckung des Finanz-G., 49 Art. 3, 4;
— Vorlage an den Landtag, 63 Art. 65.

Register, s. Anmeldung, Eintragung; s. a. Rüge-R.
Rehbach, Graf Erbachscher Schutzforst, 202.
Rehe, polizeiliche Beobachtung, 186 § 2.
Rehwild, V., die Hegezeit dafür betr., v. 29. April, 69; V. v. 9. Oktober, 178.
Reichelsheim i. O., Annahme von Medizinalpraktikanten in der Lungenheilstätte, 69.

Reichsangehörigkeit, Erfordernis, 66 Art. 1.
Reichsbahnzwecke, V., Enteignung dafür betr., v. 3. September, 177.
Reichsbank (und Preußische Staatsbank), Anlegung der Ersatzdeckung für Pfandbriefe der Hess. Landesbank auf einem Konto, 33 § 2.
Reichsheimstätte, 55, 14.
Reichsversicherungsordnung, V., die Ausf. der RVO. betr., v. 22. März, 34;
— V., den § 123 RVO., hier: die Prüfung für Zahntechniker betr., v. 22. März, 34;
— V., die Durchf. des zweiten Buches der RVO. betr., hier: Hebammengebühren, v. 30. April, 76.
Reichswasserstraßenverwaltung, V., die Enteignung für Zwecke ders. betr., v. 15. Juli, 161;
— V. v. 16. September, 178.
Reihendeckung, besondere, für Pfandbriefe der Hess. Landesbank, 33 § 3.
Reihenhäuser, 52, 1.
Reinhaltung, Reinigung der Schulgrundstücke usw., 27 § 2.
Reisekosten, s. Tagegelder.
Reisen, s. Horden, Fahrten.
Reittiere, Halten von R., 147 Art. 2; 148 Art. 2.
Rektor, s. Schulleiter.
Rendel, s. Nidda-Regulierung.
Revision, s. Oberrechnungskammer.
Rheinhessen, Grenzen, s. Veränderung.
Rheinschiffahrtspolizeiordnung, V. über die Abänd. ders., v. 7. Mai, 75.
Rheinschiffe, V. über den Erlaß einer Bemannungsanweisung für dies., v. 26. Januar, 22.
Rheinschifferpatente, 22 II; V. über Erteilung ders., v. 4. Juli, 155.
Rheinschifferverzeichnis, Eintrag darin, 156 §§ 7, 11.
Richterliche Handlung, 44 Art. 19.
Riedesel, V. über die Bildung von Schutzforsten aus dem zu dem Fideikommiß der Familie Freiherr Riedesel zu Eisenbach gehörenden Wald, v. 23. Oktober, 197.
Rinder, Einfuhr in zoologische Gärten, 185 § 2.
Röntgeneinrichtungen, 147 Art. 2; 148 Art. 2.
Röteln, 27 §§ 3, 4, 6, 12, 13, 15.
Rotsmann, V. über die Bildung eines Schutzforstes aus dem Waldbesitz der Familie Freiherr von Rotsmann zu Hof Dotzelrod bei Eudorf: Eigentümer: a) Max Freiherr von Rotsmann zu Hof Dotzelrod bei Eudorf; b) Charlotte Freifrau von Rotsmann, geb. Küchler, Witwe des Oberst Friedrich Freiherr von Rotsmann, jetzt zu Dotzelrod bei Eudorf, v. 10. Januar, 12.
Rotz, 27 §§ 3—5, 12, 13; 185 § 1.
Rück- usw., s. Zurück-.
Rückfallfieber, 27 §§ 3—5, 12, 13, 15.
Rückstände, s. Einnahme-, Ausgabe-R.
Rügeregister, 173 Art. 8, 10—12, 16, 25.
Ruhegehalt und Hinterbliebenenversorgung der Lehrkräfte der Unterrichtsanstalten für Kunst, 11 Art. 14;
— der städt. Beamten, 43 Art. 14, 29; Verlust, Art. 17, 18, 32.
Ruhestandsversetzung der städt. Beamten, 43 Art. 14; Dienststrafverfahren nach ders., Art. 18.
Ruhr, 27 §§ 3—6, 12, 13, 15.
Rundfunksendebetriebe, 147 Art. 2; 148 Art. 2.
Rüsselsheim, V., Enteignung von Gelände für die Herstellung der Moselstraße in R. betr., v. 5. Januar, 12.
Rußland, Einfuhr von Hunden, 67 § 1.

S.

Sachbezüge, s. Ueberlassung.
Sachverständige, Zuziehung zum Landesausschuß, 65;
— bei Erwerbungen für den Staat, 61 Art. 44;
— s. a. Zeugen.
Sammlungen, öffentliche, Erwerb für dies. aus dem Besitz ihrer Beamten, 61 Art. 44; Bestandsverzeichnisse, Art. 54.
Sandbach i. O., Annahme von Medizinalpraktikanten in der Lungenheilstätte, 69.
Sätze, s. Gewerbesteuer.
Satzung
1. des Gemeindeverbandes für den Kraftwagenbetrieb Wetterau, V. v. 12. Sept., 178;
2. der Unterrichtsanstalten für Kunst, 10 Art. 10, 11; des Landesausschusses, 10 Art. 9;
3. des Versicherungsverbandes, 147 Art. 4; 148 Art. 4;
4. der Historischen Kommission für den Volksstaat Hessen, V. v. 9. Okt., 179;
— Aenderung, 180 § 10;
5. s. a. Orts-S.

Sauerstoffpräparate, 26.
Schadensersatz, im Forst- und Feldrügeverfahren, 172 Art. 6 10, 11, 20, 21; Auszahlung der eingezogenen Sch.-Gelder Art. 25;
— s. a. Haftung.
Schädliche Tiere, s. Vertilgung.
Schanker, s. Geschlechtskrankheiten.
Scharlach, 27 §§ 3—6, 8, 12, 13, 15.
Schatzanweisungen, Ermächtigung der Regierung zur Ausgabe, 49 Art. 4.
Schauspielunternehmungen; Schaustellungen, 147, Art. 2; 148 Art. 2.
Scheinwerfer bei Fahrten zu Berg, 75 II.
Schenck zu Schweinsberg, V. über die Bildung von Schutzforsten aus dem Waldbesitz des Wilfried Freiherr Schenck zu Schweinsberg in Wäldershausen, v. 10. Januar, 13.
Schenkungen, V., die Genehmigung von Sch. betr., v. 2. Jan., 14; V. v. 1. Juli, 158.
Schiedsgericht bei Streitigkeiten
1. über die Höhe der Besoldung der Gemeindebeamten, 42 Art. 11; Provinzial- und Landes-Sch., Vorsitzender, Beisitzer, das.;
2. über Rückzahlung des Baudarlehens, 55, 12; Ernennung der Mitglieder, Wahl oder Bestimmung des Obmanns, das.

Schiedsverfahren vor dem Mieteinigungsamt, V. v. 28. Mai, 77; 74 Art. 3.
Schiffahrt, V. über die Polizei-V. für die Sch. und Flößerei auf dem Neckar, v. 25. Mai, 145.
Schiffe, s. Rhein-Sch.
Schifferpatent, Gesuch um Erteilung, Neckar, 146 § 2; Rhein, 155 § 2.
Schiffsattest, 22 II; 24 V; Ausstellung 146 § 1.
Schiffsführer, 22 II.
Schiffsjunge, 22 II; 23 B.
Schiffsuntersuchungskommission Mainz, 146 § 1.
Schlepper, Bemannungsanweisung, 23 B;
— Abstand vom Anhangschiff, 75 I.
Schleuniges Verfahren in Forst- und Feldrügesachen, 173 Art. 9.
Schließung der Schule wegen ansteckender Krankheit, 29 §§ 12, 15;
— von Pensionen usw., 29 § 13.
Schlitz, Wahlbezirk, 164.
Schnitzwecke, Knochen zu Sch., 170 §§ 1, 2.
Schöllenbach, Graf Erbachscher Schutzforst, 202.
Schonzeit für Rebhühner, 171, 5.
Schotten, Veränderung der Kreisgrenze, 33, 162.
Schreibhilfe der Schulärzte, 27, 11.
Schreibmaterialien, 62 Art. 54.
Schriftliche Form, 3 II; 19 § 4; 41 Art. 7, 8; 44 Art. 23; 56, 16; 66 Art. 1; 170 § 4; 172 Art. 5, 8, 11, 13; 180 § 10; 185 § 2; 205 Art. 3, 6.
Schulanfänger, 26, 2.
Schularzt, 26, 1, 7—12; 27 §§ 2, 12, 16; Sprechstunde, 26, 7, 8; Entschädigung, 26, 7; Berichte, 27, 9.
Schulärztliche Ueberwachung, s. Schulkinder.

Schulaufsichtsbehörde, 30 § 15.
Schulbänke, 27 § 2.
Schulbetrieb, 26, 1.
Schuldiener, ansteckende Krankheiten, 28 §§ 4—6, 10.
Schuldverschreibungen, Ermächtigung der Regierung zur Ausgabe, 49 Art. 4;
— s. a. Pfandbriefe.
Schuleintritt, 26, 2.
Schulen, Feier des Verfassungstags, 145 Art. 2;
— s. a. Schulkinder, Schließung.
Schüler,
1. ansteckende Krankheiten, 28 §§ 4—6, 9, 10;
2. Sch. der Försterschule Schotten, Jagdpaß, 47 Art. 8.
Schulfähigkeit, 26, 2.
Schulgeld der Unterrichtsanstalten für Kunst, 10 Art. 12; Erlaß, Stundung, 12 Art. 20.
Schulgesundheitspflege, 26, 1.
Schulgrundstücke, -Räume, 27 § 2.
Schulhaus, 26, 1.
Schulkinder, V., die schulärztliche Ueberwachung ders., v. 28. Febr., 26; Berichtig., 63; Anweis. für die schulärztliche Ueberwachung der Sch. gemäß Art. 50 Abs. 3 Ziff. 5 des G., das Volksschulwesen im Volksstaate Hessen betr., v. 25. Okt. 1921, 26; Besondere Anweisung zur Verhütung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten durch die Schulen, 27.
Schulleiter, Tätigkeit bei ansteckenden Krankheiten, 28 §§ 4, 5, 12, 14—16.
Schulräume, Verbot des Betretens, 28 §§ 4, 5; Wiederzulassung, § 6.
Schulschwester, 27, 8.
Schulvorstände, Vorsitzende ders., 28 § 4.
Schulzahnpflege, 26, 1.
Schußwaffen, Herstellung, Handel usw., 213 Art. 1 II.
Schußzeit für den Rehbock, 69;
— für weibl. Rehwild, 179;
— für Rebhühner, 171, 5.
Schutz
1. der Heilquellen, G. zur Abänd. des G. v. 15. Juli 1896, v. 26. März, 51;
— der Heilquellen in der Provinz Oberhessen, V. v. 7. Febr., 17;
2. s. a. Fischerei.
Schutzbezirk der Heilquellen in Oberhessen, 17 §§ 1, 2.
Schutzforst, Bildung aus dem Waldbesitz der Familie Freiherr von Rotsmann zu Hof Dotzelrod bei Eudorf, Eigentümer: a) Max Freiherr von Rotsmann zu Hof Dotzelrod bei Eudorf, b) Charlotte Freifrau von Rotsmann, geb. Küchler, Witwe des Oberst Friedrich Freiherr von Rotsmann, jetzt zu Dotzelrod bei Eudorf, V. v. 10. Jan., 12;
— aus dem Waldbesitz des Wolfram von Harnier zu Echzell, Oberhessen, V. v. 10. Jan., 13;
— aus dem Waldbesitz des Kaufmanns Richard Passavant zu Frankfurt a. M., V. v. 10. Jan., 13;
— aus dem Waldbesitz des Wilfried Freiherrn Schenck zu Schweinsberg in Wäldershausen, V. v. 10. Januar, 13;
— aus dem zu dem Freiherrn von Ritter zu Groenesteynschen Familienfideikommiß gehörenden Wald, V. v. 22. Febr., 30;
— aus dem zu dem Fürst zu Leiningenschen Familienfideikommiß gehörenden Wald, V. v. 21. Mai. 78;
— aus dem zu dem Fideikommiß der Familie Freiherr Riedesel zu Eisenbach gehörenden Wald, V. v. 23. Okt., 197;
— aus den zu dem Graf Erbachschen Hausvermögen (Hausgut Erbach-Fürstenau) gehörenden Waldungen, V. v. 28. Okt., 201;
— V. zur Abänd. der V. v. 5. Jan. 1928 über die Bildung von Sch. aus den zu dem Ysenburgschen Hausvermögen (Hausgut Ysenburg-Birstein) gehörenden Waldungen, v. 22. Jan., 21.
Schutzimpfung gegen Pocken, 29 § 11.
Schutzpolizei, Ausf.-V. zum G. über dies. v. 20. Juli 1923, v. 14. Dez. 1928 (Reg.-Bl. 1929), 1.
Schutzpolizeibeamten, Verpflegung ders., 2 Art. 9.
Schwäche, körperliche oder geistige, städtischer Beamter, 43 Art. 14.
Schwägerschaft, s. Verwandtschaft.
Schweigepflicht der Gemeindebeamten, 43 Art. 15;
— der Mitglieder des Landesausschusses, 66 § 6.
Schweine, Einfuhr in zoologische Gärten, 185 § 2.
Schwerkriegsbeschädigte, Baudarlehen, 53, 3, 8.
Sekretär der Histor. Kommission, 180 § 11.
Selbstzahler, Pflegegeld im Alicestift, 19 § 8.
Selters, s. Niddertal.
Seuchenkranke, seuchenverdächtige Tiere, 185 § 2.
Sicherheit des Gemeinderechners, 45 Art. 31.
Siegel, 208 Art. 1.
Sondergebäudesteuer,
1. Uebersicht über die von den Provinzen, Kreisen und Gemeinden in den Rechnungsjahren 1925 bis 1927 erhobenen S., 81;
2. vorläufige bzw. endgültige S. in den mit Mainz vereinigten Landgemeinden, 194 Art. 8, 9;
3. Vorauszahlungen, 205 Art. 1 ff.;
— bei den Gemeinden usw., 206 Art. 6, 8, 9.
Sondergebäudesteuergesetz für 1929, Aenderung, 206 Art. 8.
Sonderzuweisung an die Gemeindemasse, 50 § 1; aus der Kommunalmasse, 50 § 2.
Sparguthaben, s. Sparkassen.
Sparkassen,
1. Aufwertung der Sparguthaben der Bezirks-Sp. Alsfeld, B. v. 1. Febr., 18;
— der Kreissparkasse Alzey, B. v. 11. April, 68;
2. Baudarlehen durch öffentlich-rechtliche Sp., 54, 6.
Speisefäße in Schulen, 29 § 10.
Spielschulen, 30 § 17.
Sprechstunde, schulärztliche, 26, 7, 8.
Sprendlingen, Ysenburgischer Schutzforst, 22.
Sprengstoffe, V., betr. Abänd. der V., den Verkehr mit Sp. betr., v. 21. Sept. 1905 / 17. Jan. 1927, v. 1. Mai, 77.
Staat,
1. G., die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des St. betr., v. 21. März, 57;
— Verpflichtung des St. durch Verträge, 57 Art. 10. 44. 46; Veräußerung für Rechnung des St., Art. 45; Stundung von Verbindlichkeiten gegen den St., Art. 47; Lieferung der für den St. angeschafften Gegenstände, Art. 54;
2. Entschädigungspflicht gegenüber dem Grundeigentümer, 51 Art. III;
3. Uebernahme des Unterschieds im Zinssatz bei Baudarlehen, 54, 6;
4. s. a. Zuschuß.
Staatenlose, Aufnahme im Alicestift, 19 § 2;
— Erlaubnis an Zigeuner zum Umherziehen, 67 Art. 1.
Staatliche Gewerbesteuer, s. G.
Staatsangehörigkeit, hessische und andere deutsche, 18 § 2.
Staatsanwaltschaft, Amtsverrichtungen in Forst- und Feldrügesachen, 172 Art. 3, 16, 24.
Staatsbank, s. Landesbank, preuß. St.
Staatskasse, s. Gebühren.
Staatspräsident, 66, 1.
Staatsrechnung, Prüfung, 63 Art. 65.
Staatsunterstützung, G. über die öffentlichen technischen und gewerblichen Unterrichtsanstalten mit St., v. 14. Dez. 1928 (Reg.-Bl. 1929), 9.
Staatsvoranschlag, Aufstellung, 57 Art. 1, 2 ff.; Ausführung, 57 Art. 1, 22 ff.; Georg-Büchner-Preis, 66, 3.

Städte,
1. Wohnungsbauanteil der St. mit Städteordnung, 53 II 5;
2. Vereinigung von hess. St. zum Versicherungsverband, 147 Art. 1.
Städteordnung, Aenderung, 45 Art. 31 I.
Städtische Beamte, Besoldung, 42 Art. 10; Ruhegehalt, Hinterbliebenenversicherung, Art. 14.
Stadtrat,
1. Allgemeines, 42 Art. 10, 13, 22, 29, 33; Genehmigung, 43 Art. 15; Zustimmung, 42 Art. 8; Stadtratsmitglied, 45 Art. 33;
2. Stadtrat der Stadt Mainz, 194 Art. 5.
Stadtrechner, 41 Art. 5, 31 I.
Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bingen, 45 Art. 1, 2.
Standesämter, V., das St. Büdesheim (Rheinhessen) betr., v. 12. April, 69;
— V., die St. in Bischofsheim, Bretzenheim, Ginsheim, Gustavsburg und Weisenau betr., v. 13. Dezember, 214.
Standesamtsbezirke, V. über Aenderungen in der Einteilung ders., v. 26. Nov., 202.
Standgefäße, s. Apotheken.
Starkenburg, s. Provinzialdirektion, Provinzialtag; Grenzen, s. Veränderung.
Stellen, s. Inhaber.
Stellenplan der Gemeinden, 41 Art. 2, 29.
Stellvertreter, s. Prüfungskommission.
Stellvertretungskosten, St.-V., 60 Art. 34.
Stempel, 208 Art. 1;
— (fiskal.) für Jagdpässe, 46 Art. 6, 11, 13.
Stempelfreiheit, 48 Art. 14; 213 Art. 1 II 3.
Stempelmarken, statt ihrer Kostenmarken, 51 Art. 2.
Stempelpflicht der Urkunden durch Kostenmarken, 52 Art. 3.
Sternmittel, Genfer, 26.
Steuervorauszahlungsgesetz, G. zur Aenderung des St. für das Rechnungsjahr 1929 v. 5. Dez. 1928, v. 5. März, 51.
Sterbevierteljahr, Verausgabung der darauf entfallenden Diensteinkünfte, 60 Art. 37.
Sterbfall, s. Tod.
Steuerbescheid über die Steuervorauszahlungen, 205 Art. 3, 6.
Steuerpflichtiger bei den Vorauszahlungen, 205 Art. 1, 3, 6.
Steuervorauszahlungs-G. v. 10. Dez., 205.
Steuerwert-Richtsatz, 162 § 8.
Stickhusten, s. Keuchhusten.
Stifter der Historischen Kommission, 179 §§ 5, 7, 14.
Stiftung, den „Georg-Büchner-Preis" betr., v. 28. März, 66;
— V., Antrag des Ludwig und Heinrich Arzt in Michelstadt auf Genehmigung einer rechtsfähigen St. betr., v. 9. Juli, 154;
— V., die Albert-Stumpf-St. betr., v. 20. Dez., 214.
Stoßwaffen, Handel und Tragen, 218 Art. 1 I.
Strafanstaltsbeamte, zweite V. zur Aenderung der V. über die Dienstkleidung ders., v. 15. Aug., 171.
Strafantrag im Forst- und Feldrügeverfahren, des Beschädigten, 172 Art. 5; des Vertreters der Staatsanwaltschaft, 173 Art. 8—10, 12.
Strafbefehl im Forst- und Feldrügeverfahren, 173 Art. 8, 10—12.
Strafbefugte gegen Gemeindebeamte, 43 Art. 17, 25, 26.
Strafen, s. Ordnungs-Str., Geld-Str., Haft, Gefängnis.
Strafprozeßordnung, Anwendung im Verfahren in Forst- und Feldrügesachen, 172 Art. 2, 4.
Strafverfahren, gerichtliches, in Konkurrenz mit dem Dienststrafverfahren gegen Gemeindebeamte, 44 Art. 20.
Strafverfügung gegen Gemeindebeamte, 43 Art. 17, 24.
Strafvollstreckung in Forst- und Feldrügeverfahren, 175 Art. 25.
Straßenbahn, s. Elektrische St.
Straßenwesen, V., die Durchf. des Art. 6 des G. über das St. in Hessen v. 15. Juli 1926 betr., v. 1. Februar, 18.
Streitigkeiten über die Höhe der Besoldung der Gemeindebeamten, 42 Art. 11;
— aus der Ruhestandsversetzung oder Hinterbliebenenversorgung der städtischen Beamten, 43 Art. 14;
— über die Rückzahlung des Baudarlehens, 55, 12.
Stromstrecke des Rheinschifferpatentes, 153 §§ 2, 3.
Studierende der Forstwissenschaft, Jagdpaß, 47 Art. 8.
Studium, s. Hochschul-St.
Stumpf, V., die Albert-Stumpf-Stiftung betr., v. 20. Dez., 214.
Stundung des Schulgeldes, 12 Art. 20;
— von Zahlungsverbindlichkeiten gegen den Staat, 61 Art. 47;
— des Deckgeldes, 77;
— bei der Steuervorauszahlung, 205 Art. 1, 6.
Stuten, V., die Erhebung von Deckgeld für Bedecken der St. betr., v. 16. Mai, 77.
Summarisch vorgesehene Kredite, 59 Art. 24.
Syphilis, s. Geschlechtskrankheiten.

T.

Tagegelder, Reisekosten der Gemeindebeamten, 43 Art. 13, 29;
— der Mitglieder des Landesausschusses, 66 § 3;
— der Gerichtsvollzieher, 177 IV;
— der Historischen Kommission, 180 § 15.
Tagesjagdpässe, 46 Art. 4, 13.
Tagesordnung des Landesausschusses, 66 §§ 4—6.
Technikerprüfung, 35 § 4.
Technische Hochschule, Vertreter im Landesausschuß, 65 § 2.
Technische Unterrichtsanstalten, s. U.
Teil des Ruhegehalts, Belassung im Dienststrafverfahren gegen Gemeindebeamte, 43 Art. 17.
Teilarbeiten in flurvermessenen Gemarkungen, 163 § 10.
Teilstücke, 162 § 4.
Termin, Bestimmung des T. zur mündlichen Verhandlung über die Räumungsklage, 77 Art. 1.
Teuere Geschäftsräume, teuere Wohnungen, Befreiung von der Zwangswirtschaft, 73 Art. 1 A; 74 B, C.
Tiefe der Ausgrabungen im Schutzbezirk für Heilquellen, 17 §§ 2, 6.
Tierarzt, Zeugnis, 67 § 1; Untersuchung, 68 § 1; Genehmigung, 68 § 1 c.
Tiere, Einfuhr für zoologische Gärten und Tierparke, V. v. 26. Nov., 185;
— s. a. Mitführen.
Tierkrankheiten, s. übertragbare T.
Tierparke, s. Zoologische Gärten.
Tilgung der Baudarlehen, 53, 3, 4, 10; 56, 17; der staatlichen Baudarlehen 53 II 5; in den Landgemeinden, 54, 6.
Tod eines Pfleglings des Alicestifts, 20 §§ 15, 17.
Tollwut, 27 §§ 3, 4.
Trachom, s. Körnerkrankheit.
Träger
1. der Unterrichtsanstalt für Kunst usw., 10 Art. 5—7, 10, 14, 16, 18, 20, 21;
— der Unterrichtsverwaltungen, im Landesausschuß, 65 § 2;
2. der reichsgesetzlichen Unfallversicherung, 147 Art. 2; 148 Art. 2.
Transport, s. Beförderung.
Treiber, 46 Art. 7.
Treuhänder bei der Hess. Landesbank, 33 §§ 4—6;
— Zustimmung, 33 §§ 2, 4, 8.
Tripper, s. Geschlechtskrankheiten.

Tschecho-Slowakei, Einfuhr von Hunden, 67 § 1.
Tuberkulose, Lungen- und Kehlkopf-T., 27 §§ 3, 4, 6, 10.
Turndiener, ansteckende Krankheiten, 28 §§ 4—6, 10.
Typhus, 27 §§ 3—6, 12, 13, 15.

U.

Ueberlassung von Dienstwohnungen, Nutzungen, Sachbezügen an Beamte und Angestellte, 60 Art. 38, 39;
— des Inhaber-Jagdpasses, 46 Art. 5, 12;
— s. a. Veräußerung.
Uebernachtungsort der Zigeuner, 67 Art. 4.
Ueberschreitung, s. Voranschlags-Ue.
Uebersicht über die bewilligten Baudarlehen, 56, 16;
— der Rechnungseinnahmen u. -Ausgaben, 63 Art. 65;
— über von den Provinzen, Kreisen und Gemeinden in den Rechnungsjahren 1925—1927 erhobenen Grund-, Gewerbe- und Sondergebäudesteuern, 81.
Uebertragbare Ausgaben, 59 Art. 29, 31.
Uebertragbare Krankheiten, besond. Anweis. zur Verhütung der Verbreitung ü. K. durch die Schulen, 27.
Uebertragbare Tierkrankheiten, Maßnahmen für Schulen, 30 § 15.
Uebertragung bewilligter Beträge auf folgende Rechnungsjahre, 59 Art. 28;
— der Verwendung der Darlehen und der Fertigstellung von Altwohnungen, 56, 17.
— s. a. Ankaufsrecht, Verkaufsrecht.
Ueberwachung, B., die schulärztliche Ue. der Schulkinder betr., v. 28. Febr., 26; Berichtig., 63; Anweis. für die schulärztliche Ue. der Schulkinder gemäß Art. 50 Abs. 3 Ziff. 5 des G., das Volksschulwesen im Volksstaate Hessen betr., v. 25. Okt. 1921, 26; Besondere Anweis. zur Verhütung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten durch die Schulen, 27.
— s. a. Aufsicht.
Ueberwachungsschüler, 26, 3—5, 9.
Ueberweisung der Mittel an die zuständigen Stellen durch den Finanzminister, 59 Art. 24.
Umbauten, Baudarlehen, 54, 7; 56, 16;
— Uebertragung der für U. bewilligten Beträge auf folgende Rechnungsjahre, 59 Art. 28.
Umbau der Strafanstaltsbeamten, 171 § 1.
Umherziehen der Zigeuner mit Wohnwagen, 66 Art. 1.
Umkanalisierung, s. Main.
Umlage, B., die Erhebung einer U. zur Aufbringung der Kosten der Handwerkskammer im Rechnungsjahre 1929 betr., v. 20. Juni, 148.
Umsatzsteuer, Folgen der Vereinigung der Landgemeinden mit Mainz, 194 Art. 8.
Umtausch von Gerichtskostenmarken, 52, 4.
Unanfechtbarkeit, 174 Art. 21.
Unbrauchbarkeit des Rheinschifferpatentes, 156 § 10.
Uneinbringlichkeit von Einnahmen, 62 Art. 57.
Unentgeltliche Jagdpässe, 46 Art. 7, 14; 48 § 4.
Unfähigkeit, s. Dienst-U.
Unfallversicherung, die Durchf. der U.
1. in den Gemeinden, V. v. 21. Juni, 147;
— zweite V. v. 29. Okt., 187;
2. in den Gemeindeverbänden, V. v. 26. Juni, 148.
Unfallversicherungsverband zur gemeinsamen Durchführung der Unfallversicherung, Vereinigung von hess. Städten dazu, 147 Art. 1 ff.; 188 Art. 1;
— desgl. der Kreise und Provinzen, 148 Art. 1 ff.
Unpfändbarkeit der Jagdpässe, 47 Art. 10, 12.
Universitätsklinik für psychische und nervöse Krankheiten zu Gießen, staatlich anerkannte Krankenpflegeschule, 75.
Unmittelbare Durchfuhr von Hunden, 68 § 2.
Unterabteilungen, s. Abteilungen.
Unterbleiben der Abmarkung der Grundstücksgrenzpunkte, 162 § 5.
Unterbrechung, s. Verjährung.
Unterirdische Arbeiten, s. Ausgrabungen.
Unterlagen zur Aufstellung des St.-V., 58 Art. 17.
Unterleibstyphus, s. Typhus.
Untermain, Enteignung für die Umkanalisierung, 178.
Untermietverhältnisse, Befreiung von der Zwangswirtschaft, 73 Art. 1; 74 B, C.
Unterrichtsanstalten, G. über die öffentlichen U. für freie und angewandte Kunst und die öffentlichen technischen und gewerblichen U. mit Staatsunterstützung, v. 14. Dez. 1928 (Reg.-Bl. 1929), 9; G. v. 28. März, 65.
Untersagen, s. Verbot.
Unterschied des Zinssatzes bei Baudarlehen, 54, 6.
Unterschiedsbetrag bei den Steuervorauszahlungen, 205 Art. 1, 5, 6.
Unterschrift des Bürgermeisters, 41 Art. 3;
— des Jagdpaßinhabers, 48 § 1.
Untersuchung,
I. körperliche;
1. polizeiärztliche, 2 Art. 14;
2. durch den Kreisarzt, Geb., 169;
3. der Schüler, 26, 2, 4, 5;
II. der Neckarschiffe, 146 § 1;
III. eingeführter Hunde, 68 § 1 c;
— s. a. amtstierärztliche U.
Untersuchungsamt für Infektionskrankheiten in Gießen, 28 § 6.
Untersuchungsführung im Dienststrafverfahren gegen Gemeindebeamte, 44 Art. 21, 23.
Urkunden über die in das Deckungsregister eingetragenen Hypotheken, 33 § 6;
— der Landeskommunalbank-Girozentrale, 208 Art. 1.
Urkundenstempel, G. zur Aenderung des G. über denf., v. 4. Febr., 25; G. v. 25. März, 51; G. v. 10. Dez., 213;
— Aenderung des U.St.G., 47 Art. 13.
Urkundsbeamter der Geschäftsstelle, im Forst- und Feldrügeverfahren, 174 Art. 16, 23, 25.
Urlaub der Gemeindebeamten, 42 Art. 12.
Urteil in Forst- und Feldrügesachen, Aussetzung der Verkündung, 174 Art. 18; Abkürzung der Gründe, Art. 19.

V.

Veränderung
1. von Gemarkungsgrenzen, die zugleich Kreisgrenzen sind, B. v. 7. März, 33; B. v. 26. Juli, 162;
2. der für die Provinzen Starkenburg und Rheinhessen sowie die Kreise Groß-Gerau und Mainz bestehenden Grenzen, G. v. 10. Dez., 193.
Veranschlagung von Mitteln an verschiedenen Stellen des St.-V., 57 Art. 6; der Einnahmen und Ausgaben, Art. 9 ff.
Verantwortung des beschuldigten Gemeindebeamten, 44 Art. 23.
Veräußerung (Ueberlassung) der mit Baudarlehen gebauten Häuser, 54, 10, 15;
— für Rechnung des Staates, 61 Art. 45.
Verband, s. Versicherungs-V.
Verbandstoffe der Hebammen, 76 Art. 3.
Verbilligte Darlehen, 52, 1; s. a. Baudarlehen.
Verbot der Einfuhr von Knochenmehl und Knochen, V. v. 5. Aug., 170;
— der Ausübung von Dienstverrichtungen, des Betretens der Polizeiunterkünfte, 4 Art. 38;
— des Begleitens von Leichen und des Singens für Schulkinder, 28 § 5;
— des Pflückens und Aufkaufens von Kiefern- und Fichtenzapfen, 73 I;
— des Fanges von Lachsen in der Nahe, 185;
— s. a. Abschuß.
Verbreitung, s. übertragbare Krankheiten.
Verbringung der Pfleglinge ins Alicestift, 20 IV.
Verdacht ansteckender Krankheiten, 28 § 4;
— eines Dienstvergehens eines Gemeindebeamten, 44 Art. 22.
Verehelichung, s. Verwandtschaft.

Vereinigung
1. der Landgemeinde Büdesheim mit der Stadt Bingen, G. v. 22. März, 45; B. v. 8. April, 63;
2. der Landgemeinden Bischofsheim, Ginsheim-Gustavsburg, Bretzenheim und Weisenau mit der Stadt Mainz, G. v. 10. Dez., 193; B. v. 10. Dez., 213.
— s. a. Versicherungsverband, Finanzkasse, Amtsgerichtsbezirke.
Verfahren
1. in Forst- und Feldrügesachen, G. zur Aenderung des G. v. 20. Juni, 153; B. des Textes des G., v. 8. August, 172;
— Verfahren in erster Instanz, 173 II;
2. bei Verhängung von Dienststrafen gegen Schutzpolizeibeamte, 3 II;
3. bei Gewährung von Baudarlehen, 56 III, IV;
4. s. a. Zwangsvollstreckung, Verwaltungsstreit-V., Verwaltungsgerichtshof.
Verfall, s. Prüfungsgebühren.
Verfassung der Unterrichtsanstalten für Kunst usw., 9, II.
Verfassungstag, G. darüber. v. 20. Juni, 145.
Verfügung über die Anlegung der Ersatzdeckung für Pfandbriefe der hess. Landesbank, 32 § 2.
Verfügungsrecht, s. Ausschluß.
Vergütungsgruppen, 58 Art. 12.
Verhandlung, des Landesausschusses, §§ 4—6;
— der Forst- und Feldrügesachen, 172 Art. 2, 9, 12.
Verhandlungen, s. Landtag.
Verhängung, s. Dienststrafen, Ordnungsstrafen.
Verheiratung der Schupo-B., 1 Art. 6.
Verhütung, s. übertragbare Krankheiten.
Verjährung der Strafverfolgung von Dienstvergehen der Gemeindebeamten, Beginn, Unterbrechung, 44 Art. 19.
Verkehr, s. Sprengstoffe, Mineralöle.
Verkündung, s. Urteil.
Verkürzung, s. Frist.
Verlängerung, der Hegezeit, 171, 1—3;
— s. a. Frist.
Verlausung, 27 §§ 3, 4.
Verleihung des „Georg-Büchner-Preises", 66, 1, 2.
Verletzung der Amtspflichten der Gemeindebeamten, 43 Art. 16.
Verlust, der Amtsbezeichnung, des Diensteinkommens usw. der Gemeindebeamten, 43 Art. 17, 18;
— des Rheinschifferpatentes, 156 § 10.
Vermessungen, s. elektr. Straßenbahn.
Vermessungsämter, B., die Dienstbezirke ders. betr., v. 24. Mai, 145.
Vermieter, Schiedsantrag vor der Räumungsklage, 77 Art. 1.
Vermietung von Wohnungen in Häusern mit Baudarlehen, 53, 3, 10.
Vernehmung, s. Zeugen.
Verpfändung der ins Deckungsregister eingetragenen Hypotheken, 34 § 8.
Verpflegung der Schupo-B., 2 Art. 9 II.
Verpflichtung
1. dienstliche: der vorgeschlagenen Gemeinde-Polizeibeamten, Ablehnung, 41 Art. 4;
2. zum Schadensersatz, s. Haftung; s. a. Verträge, Polizeiunterkünfte, Verpflegung, Schweigepflicht.
Versagung, der Anstellung, 41 Art. 5;
— des Jagdpasses, 47 Art. 9, 10;
— der Fahrerlaubnis, 154 § 2;
— des Rheinschifferpatentes, 156 § 7.
Verscheuchung, s. Vertilgung.
Verschlechterung des Anteils einer Gemeinde an der Gemeindemasse, 49 § 1.
Verschwägerung, s. Verwandtschaft.
Verschwiegenheit, s. Schweigepflicht.
Versetzung, auf eine geringer besoldete Dienststelle, 43 Art. 17, 18;
— s. a. Ruhestands-V.
Versicherung gegen Jagdhaftpflicht, 47 Art. 9, 10; 48 § 2.
Versicherungsgesetz für gemeindliche Beamte, Aenderung, 54 Art. 32.
Versicherungsunternehmen, Filialsteuer, 50 Art. 1, 3, 4.
Versicherungsverband, s. Unfall-V.
Verstöße gegen Anstand u. gute Sitte, bei der Schutzpolizei, 1 Art. 1 II.
Verteidiger im Forst- u. Feldrügeverfahren, 174 Art. 13.
Vertilgung, Auftrag zur oder Verscheuchung schädlicher Tiere, 46 Art. 8.
Verträge, Verpflichtung des Staates durch V., 57 Art. 10, 43, 44, 46.
Vertragsstrafen, Erlaß, Erstattung, 61 Art. 49.
Vertretung der Beschuldigten im Forst- u. Feldrügeverfahren, 174 Art. 13;
— der Landrichter durch Gerichtsassessoren, 213.
— s. a. Gemeindebeamten-V.
Vertrieb der Gerichtskostenmarken, 52, 3.
Vertriebene, Baudarlehen, 53, 3, 8.
Verwahrgelder, 62 Art. 60.
Verwaltung der Einnahmen durch Ausgaben des Staates, G. v. 21. März, 57;
— der Gemeinderechnerstelle, 41 Art. 5;
— der Gerichtskostenmarken, 52, 3;
— der Einnahmen und Ausgaben des Landes, 59 Art. 22; V. der Haushaltsmittel, Art. 25, 30.
Verwaltungsgerichtshof, Dienststrafen gegen Gemeindebeamte, 43 Art. 17, 24;
— Entscheidung, 206, Art. 6.
Verwaltungskostenzuschlag bei Baudarlehen, 54, 6.
Verwaltungsstrafbescheid, Jagdpaß-G., 48 § 3.
Verwaltungsstreitverfahren,
I. wegen Versagung:
1. der Genehmigung zur Anstellung des Rechners; 41 Art. 5;
2. der Fahrerlaubnis, 154 § 2;
II. gegen Gemeindebeamte, 44 Art. 24, 25.
Verwandtschaft, Verschwägerung, Verehelichung zwischen Bürgermeister und Rechner, 41 Art. 5.
Verweis, gegen Schupo-B., 2 Art. 27;
— gegen Gemeindebeamte, 43 Art. 17.
Verweisung, s. Zivilweg.
Verwendung der Baudarlehen, 54, 9;
— der im St.-V. bewilligten Beträge, 59 Art. 28.
Verwendungszweck, s. Zweckbestimmung.
Verzeichnis der zur Annahme von Praktikanten ermächtigten Krankenhäuser der medizinisch-wissenschaftlichen Institute, 69;
— V. der Zoologischen Gärten und Tierparke, denen bei der Einfuhr fremdländischer Tiere, die zu wissenschaftlichen oder Ausstellungszwecken bestimmt sind, Erleichterungen gewährt werden, 186;
— V. der Zirkus-Unternehmen, an welche die zoologischen Gärten und Tierparke die auf Grund der Erleichterungen eingeführten ausländischen Tiere abgeben dürfen, 186;
— s. a. Bestands-V., Rheinschiffer-V.
Verzinsung der Baudarlehen, 53, 3, 4; 56, 17; der staatlichen Baudarlehen, 53 II 5; in den Landgemeinden, 54, 6.
Verzug der selbstzahlenden Pflegegeldschuldigen, 19 § 8.
Volksschulen, s. Lehrer.
Vollmacht im Forst- u. Feldrügeverfahren, 174 Art. 13.
Vollstreckung der Geldstrafen gegen Gemeindebeamte, 44 Art. 26.
— s. a. Straf-V.
Vollziehung, s. Anstellung.
Voranschlag der Unterrichtsanstalten für Kunst, 10 Art. 7, 12, 21.
Voranschlagsentwürfe, 58 Art. 17.
Voranschlagsüberschreitungen, 59 Art. 26, 30, 31, 61.
Vorarbeiten, s. elektr. Straßenbahn.
Voraussetzung der Gewährung von Baudarlehen, 53, 4.

Vorauszahlungen (Raten) auf Grund-, Sondergebäude- und Gewerbesteuer, 205 Art. 1 ff.; 207 Art. 9.
Vordrucke, für Jagdpässe, 48 § 1;
— für Armutszeugnisse, 209.
Vorführungen, 147 Art. 2; 148 Art. 3.
Vorgesetztenverhältnis bei der Schutzpolizei, 1 Art. 1, II.
Vorkaufsrecht, dingliches, am Baugrundstück, Einräumung, Uebertragung, 53, 15.
Vorladung, s. Ladung.
Vorlage, s. Erlaubnisschein, Entwurf, Uebersicht, Landtag.
Vorläufige Dienstentlassung eines Gemeindebeamten, 44 Art. 22.
Vorläufige Sondergebäudesteuer, s. S.
Vorläufige Vollstreckbarkeit, 43 Art. 14.
Vormerkung bei Baugeld-Hypotheken, 53, 14.
Vorschuß, Buchung einer Ausgabe als V., 59 Art. 26.
Vorschüsse, 62 Art. 60.
Vorsitzender, der Schulvorstände, 28 § 4;
— der Abt. für Bauwesen im Finanzministerium, 65 § 2;
— der Histor. Kommission, 179 §§ 2, 12;
— s. a. Prüfungskommission, Schiedsgericht.
Vorstand des Versicherungsverbandes, 147 Art. 3.

W.

Waffen-Handelsbuch, W.-Buch, W.-Lager, W.-Gewerbsschein, 213 Art. 1 II.
Waffenschein, 46 Art. 15; 213 Art. 1, II.
Wägungen der Schüler, 27, 11.
Wahl, s. Obmann.
Wahlen, Ausf.-V. zur Wahlordnung für die W. der Mitglieder der Handwerkskammer, v. 16. Mai 1929, v. 2. Aug., 169.
Wahlordnung, s. Wahlen.
Wahrnehmung des Amts durch den Gemeindebeamten, 43 Art. 15.
Waldbesitz, s. Schutzforst.
Wälders hausen, Frhr. v. Schenck'scher Schutzforst, 14.
Waldkolonie, s. Darmstadt.
Waldungen, s. Schutzforst.
Waldverband, am Frhr. v. Rotsmannschen Schutzforst, 13;
— am von Harnierschen Schutzforst, 13;
— am Schutzforst Ziegenberg, 13;
— am Frhr. v. Schenckschen Schutzforst, 14;
— am Frhr. zu Groenersheynschen Schutzforst, 30;
— am Schutzforst Leiningen, 78;
— am Frhr. Riedeselschen Schutzforst, 200;
— am Graf Erbachschen Schutzforst, 202.
Wandergewerbeschein, der Zigeuner, Erfordernis dess., 66 Art. 1, 6.
Warenhandelsunternehmen, Filialsteuer, 50 Art. I 3, 4.
Warenhaussteuer, 50 Art. I.
Warnung gegen Gemeindebeamte, 43 Art. 17;
— gegen Schupo-B., 2 Art. 27.
Wartegeld der städtischen Beamten, 43 Art. 14.
Warteschulen, 30 § 17.
Wasserbauämter, B., die Bildung eines gemeinsamen Betriebsrats für die für das Land Hessen tätigen Arbeiter der W. Worms und Mainz betr., v. 15. Juni, 147;
— Wasserbauamt Mainz, Entscheidung, 146 § 2; 155 §§ 1, 4;
— Wasserbauamt Worms, 146 § 1, 3.
Wasserfernleitungen, s. elektr. Hochspannungsleitungen.
Wasserscheu, s. Tollwut.
Wasserstraßenverwaltungs-Behörde, 146 § 3.
Wasserversorgungsverband Riddertal, B. v. 11. Okt., 179.
Wasserwerk, s. Worms.
Wasserzeichen, B., die Eintragung von W. für Normalpapiere betr., v. 31. Mai, 146.
Wechsel des Standortes eingeführter Hunde, 68 § 1c.
Wechsel, Ermächtigung der Regierung zur Ausgabe, 49 Art. 4.
Wegegeld der Hebammen, 76 Art. 2.
Wegfallend, s. künftig w.
Weinberge, Geb. für Aufnahme, 162 §§ 1, 3, 7.
Weisenau, Vereinigung mit der Stadt Mainz, G. v. 10. Dez., 193; B. v. 10. Dez., 213;
— Ortsgericht und Standesamt, 214.
Werkwohnungen, 53, 2.
Werberechnung, s. Erbschein, Anmeldung.
Wertpapiere, Eintragung ins Deckungsregister, 33 §§ 4, 5.
Wetterau, Satzung des Gemeindeverbandes für den Kraftwagenbetrieb W., B. v. 12. Sept., 178.
Wichtiger Grund, 41 Art. 7.
Widerrufliche Anstellung der Gemeindebeamten, 41 Art. 3, 6, 7.
Widerspruch des Finanzministers gegen eine Ausgabe, 58 Art. 19.
Wiedereröffnung einer Schule oder Klasse, 30 § 16.
Wiederholung der Prüfung für Zahntechniker, 46 § 15.
Wiederkäuer, Einfuhr in zoolog. Gärten, 185 § 2.
Wiederkaufsrecht (Baudarlehen) 53, 15.
Wiederzulassung zur Schule, 28 § 6.
Wild, V., die Hegezeit dess. betr., v. 22. Aug., 171.
Windpocken, 27 §§ 3, 4.
Winterkasten, Annahme von Medizinalpraktikanten in der Lungenheilstätte, 69.
Wippenberg, s. Riddertal.
Wirksamkeit, s. Anstellung.
Wissenschaftliche, künstlerische, literarische Tätigkeit eines Gemeindebeamten, 43 Art. 15.
Wochenhilfe, 76 Art. 1.
Wochenhilfepackung, 76 Art. 3.
Wochenjagdpässe, 46 Art. 3, 4, 13.
Wohlfahrtspflege, 147 Art. 2; 148 Art. 2.
Wohnen, s. Wohnung.
Wohnkarren, -Wagen, Umherziehen damit, 66 Art. 1; Aufstellen, 67 Art. 3.
Wohnsitz, des Jagdpaß-Antragstellers, 46 Art. 2;
— des Inhabers des Rheinschifferpatentes, 156 § 8.
Wohnung in Polizeiunterkünften, 2 Art. 9 I.
Wohnungen, s. Ueberlassung.
Wohnungsbau, B., die Förderung des W. durch verbilligte Baudarlehen im Jahre 1929 betr., v. 20. März, 52.
Wohnungsbauanteil der Städte, 53 II 5.
Wohnungsbaufonds der Städte, 53 II 5.
Wohnungssuchende, 54, 10.
Wohnungszwangswirtschaft, V. über die Lockerung ders. v. 27. Mai, 73.
Wöllstein, Aufhebung des Vermessungsamts, 145.
Worms, B., Enteignung von Gelände für den Bau einer zweiten Zuleitung von dem Wasserwerk der Stadt Worms bei Bürstadt nach der Stadt Worms gemäß Art. 4 des G. über die Anlage von elektrischen Hochspannungsleitungen und von Gas- und Wasserfernleitungen v. 30. März 1928 betr., v. 30. Nov.;
— 5. evangelische Pfarrstelle, 15;
— Annahme von Medizinalpraktikanten im Krankenhaus, 69;
— Vereinigung der Finanzkasse Worms-Land mit Worms-Stadt, 155;
— s. a. Oberbürgermeister, Versicherungsverband, Wasserbauämter, Anschlußgleise

Z.

Zahl der Fahrgäste für Schiffe, Bestimmung, 146 § 1;
— der Mitglieder der Industrie- und Handelskammer Gießen, 164, Abs. 1.
Zahlungen, Leistung der Z., 61 Art. 52;
— Z. für andere Kassen, 62 Art. 60.
Zahlungsmittel, Hinterlegung von Geld, 25.
Zahlungsverbindlichkeiten gegen den Staat, Stundung, 61 Art. 47.

Zahntechniker, Prüfung für dies., V. v. 22. März, 34.
Zebu, s. Rinder.
Zeitgebühren der Vermessungsämter, 163 § 12.
Zentralbausparkasse, 53, 4 A; 55, 14.
Zentralstelle für die Landesstatistik, V. Aenderung der Bezeichnung ders. betr., v. 12. April, 68.
Zeugen (und Sachverständige), Vernehmung (eidliche) im Dienststrafverfahren gegen Gemeindebeamte, 44 Art. 21;
— Forst- u. Feldschutzpersonal als Z. u. S., 174 Art. 15, 17.
Zeugnis
1. über die Lehrzeit des Zahntechnikers, 35 § 4;
2. des Rheinschiffers, 155 §§ 2, 3; über die nautische Befähigung usw., 156 § 4; 157;
3. zur Erlangung des Armenrechts, 209;
4. s. a. Dienst-Z.
Ziegenberg, Schutzforst,
1. Passavant, 13;
2. Frhr. Riedesel, 200.
Ziegenpeter, s. Mumps.
Zigeuner, G. zur Bekämpfung des Z.-Unwesens (Z.-G.) v. 3. April, 66.
Zinsfuß bei Baudarlehen, 53, 5, 6; 56, 17.
Zirkusunternehmen, Abgabe von eingeführten Tieren an dies., 186 § 2.
Zivilweg, Verweisung des Schadensersatzanspruchs in Forst- und Feldrügesachen auf den Z., 172 Art. 6, 20.
Zollamt, 67 § 1.
Zonen des Schutzbezirks für Heilquellen in Ober-Hessen, 17 §§ 2—6.
Zoologische Gärten, V. über Einfuhr von Tieren dafür u. für Tierparke, v. 26. Nov., 185.
Zulassung, s. Hochschulstudium.
Zulassungsprobe zur Prüfung der Zahntechniker, 34 §§ 3, 4.
Zuleitung, s. Enteignung.
Zurückerstattung, s. Prüfungsgebühren.
Zurückforderung, s. Kosten.
Zurückfließende Hypotheken, 53 II 5.
Zurücknahme des Ausweises für Zahntechniker, 36 § 17.
Zurückstellung der nicht schulfähigen, 26, 2.
Zurücktritt von der Prüfung für Zahntechniker, 36 § 15.
Zurückzahlung des Baudarlehens, 55, 11, 12.
Zusätzliche Baudarlehen, 54, 8, 9.
Zuschlag zur Gewerbesteuer, 50 Art. I 1.
Zuschuß des Staates zu den persönlichen Kosten der Unterrichtsanstalten für Kunst, 11 Art. 18.
Zuständige Behörde, s. Minister des Innern. Neckarbauämter.
Zuständige Minister; 61 Art. 52;
— Zustimmung, 61 Art. 46, 47, 52.
Zuständigkeit, s. Ordnungsstrafen, Regierung, Streitigkeiten, Dienststrafen, Erteilung der Schifferpatente.
Zustellung, der Steuerbescheide, 205 Art. 1, 5, 6;
— s. a. Bescheid, Entscheidung, Kündigung, Strafverfügung, Versagung, Entziehung.
— Zustellungen in Forst- u. Feldrügesachen, 172, Art. 6.
Zustimmung, s. Finanzausschuß, Gemeinderat, Kreisdirektor, Landtag, Minister für Arbeit und Wirtschaft, Finanzminister, Gesamtministerium, zuständiger Minister, Stadtrat, Treuhänder.
Zutritt zu den Wohnungen mit Baudarlehen, 55, 10.
Zuwiderhandlungen: Zigeuner-G., 67 Art. 8;
— V., die Ein- und Durchfuhr v. Hunden betr., 68 § 4;
— V., das Pflücken und Aufkaufen von Kiefern- und Fichtenzapfen betr., 73 II;
— Einfuhr von Knochenmehl und Knochen, 171 § 8;
— Einfuhr von Tieren für zoologische Gärten, 186 § 6.
Zwangsversteigerung gegen den Grundeigentümer (Baudarlehen), 55, 11.
Zwangsvollstreckung im Verwaltungsweg, Verfahren, 44 Art. 26.
Zwangswirtschaft, s. Wohnungs-Z.
Zweckbestimmung der Ausgaben, 57 Art. 4, 30, 32, 40, 41.
Zweckverband, Kosten der Unterrichtsanstalten für Kunst, 9 Art. 4; Träger ders., 10 Art. 6.
Zweifamilienhäuser, Baudarlehen, 52, 1; 54, 8.
Zweigniederlassung, Eintragungen in das Handelsregister ders., 208 Art. 2, 3.
Zweite Ausfertigung des Rheinschifferpatentes, 156 § 10.

Alphabetisches Namensverzeichnis

der

im Hessischen Regierungsblatte vom Jahre 1929 enthaltenen Namensänderungen, Diensternennungen, Dienstentlassungen, Ruhestandsversetzungen, Sterbefälle usw.

Abels, Minna 158.
Abstein, M. Karola 31.
Abstein, M. Kath. 31.
Acker, Dr., Fritz 152.
Ackermann, von, Dr., Hermann 64.
Ackermann, Jak. 167.
Ackermann, Peter, Lehrer 160.
Ackermann, Peter, Oberlandmesser 7.
Ackermann, Wilh. 79.
Adelberger, Gg. 192.
Adler, Franz 32.
Aff, Heinrich, Gendarmeriewachtmeister 72.
Aff, Hch., Schreiner 79.
Aff, Helmut Gg. Heinr. Willi 79.
Aff, Katharina 79.
Ahl, Georg 38, 176.
Albrecht, Immo 215.
Alfen, Heinrich 79.
Alfen, Helmut Georg Heinr. Willi 79.
Alfen, Katharina 79.
Alles, Dr., Konr. 40.
Allwohn, Herm. 168.
Almendinger, O. 31.
Altendorf, Rud. 189.
Ameis, Heinrich 31.
Amerschläger, K. 38.
Angelberger, W. 70.
Anton, Gg. Ludw. 159.
Arend, Chr. 165, 182.
Arens, Dr., Fritz 149.
Arft, Peter 167.
Arnold, Barbara 79.
Arnold, Johann 24.
Arnoldi, Rudolf 150.
Aron, Erich 149.
Ascher, Walter 203.
Aßmuß, Friedrich 152.
Aubin, Dr., Herm. 166.
Austherr, August 7.
Axer, Ingeborg, Kath. 149.
Axer, Katharine 149.

Baader, Dr., Gust. 39.
Bach, Elisabeth 151.
Bach, Johannes 32.
Bach, Paula, Frmg. 78.
Bachmann, Karl 203.
Backes, Karl 40.
Balser, Dr., Ed. 38.
Balser, Heinrich 168.
Balß, Heinrich 203.
Balß, Jakob 15.
Baltz, Friedrich 165.
Bär, Josef 78.
Bär, Josef Christ. 78.
Bardonner, J. 183.
Bardonner, Pet. 164.
Bärenz, Heinrich 39.
Bargon, Emil 176.
Barth, Aug. Karl 188.
Barth, Dr., Hans 165.
Baßhuysen, van, Richard 196.
Bauer, Katharina 150.
Bauer, Oskar 149.
Bauer, Otto 184.
Baum, Dr., Ludwig, 150, 195.
Baumann, Hch. 71.
Bäumer, Dr., W. 215.
Baumgartner, D. Dr., Professor 183.
Bausch, Ernst W. 70.
Bausemer, Barb. 183.
Baußmann, Jakob, Lehrer 151.
Baußmann, Jakob, Lehrer i. R. 183.
Beauclair, de, Adolf 168.
Becher, Hch. Alex. 78.
Bechtold, Wilh. 203.
Beck, Karl 189.
Becker, August 72.
Becker, Friedrich, Lehrer 191.
Becker, Friedrich, Lehrer i. R. 168.
Becker, Georg 64.
Becker, Johanna 190.
Becker, Joh. Hch. 160.
Becker, Otto 152.
Becker, Phil. W. 7.
Becker, Wilhelm 165.
Beeres, Adam 165.
Behrens, Dr., D. 167.
Beilstein, Phil. 181.
Beilstein, Theod. 215.
Beisler, Wilhelmine 204.
Beller, Franz 152.
Bender, Daniel 190.
Bender, Dr., Franz Josef 8.
Bentheim, Nannchen 39.
Bentz, Georg 190.
Berdes, Hans 79.
Berdolt, Elisabeth Magdalena 192.
Berg, Georg 7.
Berg, Heinrich 192.
Berghöfer, Gg. 216.
Bergmann, Wilhelm 79, 149.
Bernbeck, Wilh. 40.
Bernd, Franz J. 72.
Bernius, Christ. 160.
Berntheusel, W. 159.
Bersch, Philipp 167.
Bert, Jakob 80.
Bertaloth, Margarete 158.
Berthold, Heinr. 39.
Best, Adolf Herm. 80.
Beyer, Eduard 160.
Beyrich, Johannes 70.
Bichmann, Karl 168.
Bickert, Luise Chr. 149.
Biebrich, Lud. H. 192.
Bieser, Jacob 8.
Billhardt, Dr., Justizrat 79.
Binding, Otto 151.
Bing, Dr., Otto 215.
Birkenstock, K. 196.
Bisch, Johann 8.
Bisch, Wilhelmine 152.
Bischoff, Karl 214.
Bitsch Georg 180.
Bitsch, G. Michael 180.
Bitsch, Philipp 158.
Blaß, Jakob 159.
Blatt, Hermann 180.
Blatt, Schmul H. 180.
Blechner, Friedr. 215.
Blitz, Heinrich 191.
Blum, Elisabeth 32.
Blum, Karl 32.
Blumöhr, Fried. 149.
Bock, Franz 40.
Böckel, Dr., Hermann 6, 32.
Boeckmann, Ernst 8.
Bohn, Günther O. 79.
Boller, Jakob 203.
Bommersheim, Ch. 40.
Bönsel, Emil 165.
Bopf, Anton 64.
Borchardt, Dr., Gg. 190.
Bormet, August 192.
Bormuth, Georg 176.
Bormuth, Willy 39.
Boßler, Albert 64.
Bott, Hermann 167.
Böttcher, Albr. 164.
Böttcher, Fritz 79.
Boving, August 40.
Braden, Dr., Karl 215.
Bräuer, Peter 192.
Braun, Emil 203.
Bräutigam, Ad. 165.
Breckheimer, H. 175.
Brehm, Hch. Ad. 214.
Breitwieser, Joh. 176.
Brenner, August 176.
Breyer, Ernst 214.
Brücher, Dr., K. 215.
Bruchhäuser, H. 152.
Brück, Christian 190.
Brückner, Rob. 6, 176.
Brun, Karl 189.
Brunnengräber, Johannes 168.
Brunner, And. P. 160.
Brunner, Joh. 203.
Buch, Dr., Walter 70.
Buchinger, Joh. 72.
Büchler, August 168.
Büchner, Mathilde 7.
Bücker, Georg 164.
Buff, Richard 151.
Bühner, Karl 204.
Buhr, Peter 64.
Bullmann, Hch. 181.
Bungert, Karl 39.
Burk, Peter 159.
Busch, Dr., Hans 196.
Buß, Heinrich 192.
Buß, Dr., Herm. 80.
Büttner, Eva L. 180.
Büttner, Luise 180.

Caesar, Hch. Jul. 160.
Carnier, Josef 215.
Cermak, Dr., Paul 166.
Chantre, Karl 150.
Christ, Hermann 39.
Christ, Johann 79.
Christ, Johannes 7.
Christ, Wilhelm 196.
Claus, Marie 168.
Corell, Karl 181.
Cramer, Friedr. 158.
Cuny, Karl 6.

Daab, Otto 216.
Dahmer, Julius 38.
Dahmer, Konrad 70.
Dames, Kurt 164.
Daniel, Jakob 152.
Dannenberger, Dr., August 72.
Darmstadt, Gg. 175.
Darmstadt, Aug. 39.
Darmstädter, Lilly 158.
Daubert, Heinr. 64.
Dauernheim, K. 71.
Daum, Leonhard 191.

Daum, Wilh. Val. 165.
Decker, Karl 70.
Degen, Nikol. 159, 192.
Deibel, Hermann 16.
Delp, Johannes 182.
Delp, Karl 40.
Dengler, Jos. A. 37.
Dengler, Otto 190.
Denk, Landgerichtsrat 16.
Dern, Georg 8.
Deubler, Josef 184.
Deuster, Karl 31, 72.
Deweil, Lina 6.
Deweil, Lina M. 6.
Diehl, Franz 216.
Diehl, Heinrich, Ministerialrat 7.
Diehl, Heinrich, Oberstudienrat 40.
Diehl, Johanna 184.
Diel, Wilhelm 181.
Dieterich, Dr., Jul. Reinhard 152.
Dietrich, Karl 182.
Dietrich, Ludwig 183.
Dietz, Christian 160.
Dietz, Emma 204.
Dietz, Heinrich 166.
Dillemuth, Fr. 72.
Dilling, Heinrich 64.
Dingeldey, Dr., Jakob 183.
Dirigo, Philipp 183.
Ditter, Adam 31, 32.
Dittmar, Karl 149.
Dittmar, Oskar 183.
Dittmar, Dr., P. 40.
Dittmar, Wilh. 15.
Dix, Johann 64.
Döll, Else 8.
Dönig, Friedrich 204.
Dörr, Daniel 165.
Dörr, Friedrich Wilhelm 79, 150.
Dörr, Heinrich 38.
Dörr, Peter, Fachlehrer 184.
Dörr, Peter, Ministerialrevisor, 203.
Dörschug, Paula J. 78.
Dosch, Adam 7.
Döß, Anna 175.
Döß, Friedrich 151.
Dotter, Karl 31.
Draiß, Luise 80.
Draser, Georg 216.
Dries, Martin 32.
Düringer, Dr., Hermann 15.
Dußmann, Karl 176.

Eberhard, Walter 203.
Eberle, Chr. 152, 192.
Ebert, Albert 71.
Ebling, Fritz 159.
Echinger, Ottilie Elisabeth Luise 164.
Eckel, Adam 158.
Eckert, Anna Lib. 164.
Eckert, Balthasar 164.
Eckert Bertha 164.
Eckert Friedrich 164.
Eckert, Dr., Jos. 203.
Eckert, Rudolf 164.
Eckes, Eugen 80.
Eckhard, Ella Lina Franziska Auguste 188.
Eckhard, Maria Ella Lina Franz. Aug. 188.
Eckhardt, Karl 166.
Edelmann, Gg. P. 39.
Ehrhardt, Jakob W. 192.
Ehrlicher, Fr. 160.
Eibach, Friedr. 16, 71.
Eichberger, Rud. 166.
Eichelmann, Lina 15.
Eichenauer, Fr. 176.
Eichenauer, Johann Heinrich 176.
Eichenauer, J. 151.
Eichmann, Maria 168.
Eiff, von, Dr., Friedr. Josef 191.
Eisenhauer, Alf. 39.
Eisenhauer, Gg. 7.
Eitel, Friedrich 159.
Elbs, Dr., Karl 183.
Elfes, Otto 190.
Eller, Gustav 159.
Ellermann, Aud. 72.
Ellert, Franz 167.
Elsässer, Kilian 165.
Emig, Georg 149.
Emig, Simon 184.
Emmel, Otto 39.
Emmler, Bruno 203.
Emrich, Ludwig 158.
Engel, Heinrich 64.
Engel, Johann 183.
Engel, Karl 182.
Engelhardt, H. 159.
Engelter, Adam 165.
Engeroff, Wilh. 72.
Eppelsheimer, Elisabeth 158.
Eppelsheimer, Dr., Hans Wilhelm 32. 152.
Erb, Dr., Rudolf 8.
Erdmann, Maria 151.
Erdmann, Otto 152.
Erhard, Willy 175.
Ertel, Georg 182.
Etz, Adolf 6.
Etzold, Kurt 176.
Ewald, Hugo 39.
Ewald, Joh. Nik. 38.

Falkenstein, Eva 40.
Faller, Dr., Ant. 189.
Faller, Heinrich 168.
Falter, Georg 182.
Falter, Peter 164.
Faust, Johannes 32.
Feik, Friedrich 165.
Feilbach, Dr., Hermann 16.
Feldhofen, W. 149.
Fey, Fritz 176.
Finger, Dr., H. 183.
Fischer, Fr. Karl 189.
Fischer, Dr., Hch. 7.
Fischer, Johannes 79.
Fischer, Kurt 32.
Fischer, Martin 71.
Flöring, Dr., K. 15.
Föhl, Karl Wilh. 78.
Follenius, Elis. 191.
Forbach, August 216.
Forell, Adam 214.
Formhals Wilh. 71.
Förster, Paul 181.
Frankenberger, J. 39, 176.
Franz, Ernst 181.
Franz, Friedrich 165.
Freitag, Wilh. 16.
Frenzel, Emmy 165.
Frick, D. Dr., Hch. 152.
Friedrich, Jakob 151.
Friederich, Phil. 168.
Fries, Georg 40, 184.
Fries, Heinrich 166.
Fristers, Adolf 79, 152.
Fritz, Elisabeth 204.
Fritz, Heinrich 6.
Fröhlich, Karl 176.
Fuchs, Karl 159.
Fuchs, Klara 80.
Fuchs, Dr., Landgerichtsrat 16.
Fuchs, Philipp 184.
Fuhr, Ludwig 164.
Füller, Rose 6.
Funk, Dr., Hartm. 31.
Funk, Heinrich 168.
Funk, Peter 191.

Gabel, Johann 164.
Gadow, Dr., Alb. 196.
Gagneur, Heinr. 6.
Gail, Wilhelm 7.
Gallinger, Dan. 215.
Gandenberger, W. 79.
Ganser, Peter 165.
Gebhard, Karl 164.
Gebhardt, Gg. 192.
Gebhardt, Hans, 196.
Geest, Wilhelm 191.
Gegel, Edmund 6.
Gehringer, Chr. 31.
Gehron, Adam 165.
Geidel, Georg 176.
Geiger, Fritz 182.
Geiger, Joseph 184.
Geisel, Johannes 64.
Geiß, Adam 167.
Geiß, Karl 195.
Geißler, Helm. K. 15.
Gemmingen-Hornberg, von, Frhr. Ad. 15.
Georg, Marianne 31.
Gerber, Otto 182.
Gerecht, Maria 72.
Gerhardt, Anna Elise 195.
Germann, Phil. 149.
Geyer, Joseph 8.
Giegerich, Leonh. 190.
Gießen, Otto 181.
Gießler, Dr., Johann Philipp 149.
Gilbert, Wilh. 203.
Gimbel, Heinrich 80.
Ging, Liselotte 78.
Ging, Marie 78.
Glaser, Dr., Kurt, 165.
Glaser, Paul 151.
Glenz, Annelise 37.
Glenz, Philipp 176.
Göbel, Marie 70.
Goecke, Hermann 152.
Göckel, Dr., Ernst 203.
Goldschmidt, Dr., Max 215.
Goldstein, Dr., Julius 168.
Gölz, Joh. Georg 184.
Gombel, Herm. 176.
Görisch, Dr., Ernst J. 190.
Görisch, Karl 31.
Görlach, Friedrich 40.
Görlach, Dr., Richard 38, 215.
Görlich, Johann Hch. 80.
Gorr, Heinrich 175.
Göth, Ludwig 184.
Göttelmann, Dr., Gustav 190.
Göttmann, Ph. 191.
Göttmann, P. J. 149.
Götz, Friedrich 159.
Graeber, P. 70, 168.
Grahn, Ludwig 72.
Graulich, Christ. 160.
Greb, August 167.
Grebert, Dr., L. 31.
Greim, Georg 6.
Grießbauer, L. 80.
Grießer, Georg 189.
Grim, Eugen 192.
Grimm, Peter 6.
Grode, Katharina 182.
Groeninger, Dr., Georg 40.
Gröninger, Gg. 149.
Gruber, Friedr. Sebastian 15.
Gruber, Jakob 176.
Gruber, Michael 167.
Grün, Gallus 184.
Grün, Gustav Ad. 149.
Grün, Otto Walter 149.
Grünebaum, L. 152.
Grünewald, Auguste 70.
Grünewald, L. 191.
Grünewald, Lud. 150.
Grünewald, Dr., Otto 70.
Grünig, Georg 167.
Guggenheim, Dr., Siegfried 215.
Güngerich, Adolf 31.
Gunder, Karl 159.
Günter, Friedr. 165.
Günther, Ferd. 72.
Guntrum, Corn. 160.
Guthier, Walther 80.
Gutmann, Anna 158.
Guttandin, Hans 39.
Guttandin, Phil. 216.
Guyot, Karl 8.

Haas, Ludwig 189.
Haber, Franz 204.
Hackmer, Philipp 216.
Häffner, Georg 40.
Hahn, Amtsgerichtsrat 16.
Hahn, von, Friedr. 167.
Hainer, Dr., Karl 70.
Hallein, Heinrich 160.
Haller, Heinrich 38.
Haller, Johannes 196.
Hamburger, O. 168.
Hammel, Fritz 176.
Hammen, Jakob 214.
Hämmerling, K. 189.
Hanauer, Herm. 165.
Handke, Max 152.
Hanitsch, Heinr. 166.

Hanfult, Dr., Landgerichtsrat 150.
Happel, Wilhelm 175.
Hardt, Franz 191.
Hardt, Karl 32.
Hardt, Wilhelm 176.
Harth, Marga 195.
Harth, Rosemarie 195.
Hartmann, Franz P. 151.
Hartmann, Fr. 190.
Hartmann, Hch. 190.
Hartnagel, Sophie 150.
Hasenzahl, Fr. 80.
Hassel, Martin 31, 214.
Hattemer, Joh. 204.
Hattemer, Ludw. Sebastian 176.
Haubürger, Jak. 160.
Haun, Dr., Hch. 80.
Hauser, Marie 64.
Hauft, Joh. Georg 64.
Häußler, Max 7, 182.
Heber, Dr., Arth. 166.
Heberer, Karl 166.
Hecker, Max 159.
Hedrich, Peter 40.
Hehn, Otto 152.
Heid, Dr., Ludw. 190.
Heidenreich, A. 7.
Heil, Georg 176.
Heil, Jakob 70.
Heilmann, Gg. 32.
Heilmann, Wilh. 168.
Heim, geb. Goes, Marie 181.
Heinemann, Walter Karl Friedr. Wilh. 164.
Heinemann, Walter Karl Fried. Wilhelm Rudi 164.
Heinrich, Hugo 165.
Heinrichs, Dr., jur., Otto 204.
Held, Lifelotte 164.
Held, Martha 158.
Heldmann, Dr., Gg. 24.
Heldmann, Karl 182.
Heller, Karl 175.
Hellwig, Hch. A. 176.
Hellwig, Dr., J. 168.
Helm, Leonhard 150.
Helmreich, Joh 183.
Hengst, Gustav A. 149.
Hengst, Otto W. 149.
Henk, Fritz 159.
Henkel, Heinrich 183.
Henkelmann, K. 8.
Hennemann, Maria 80, 216.
Henrich, Peter 192.
Hensing, Ernst 158.
Hepvert, Joh. 216.
Herbst, Friedrich 184.
Hergenhahn, Emma 196.
Herget, Lina 15.
Herpel, Peter 167.
Herrmann, D., Fritz 196.
Herrmann, Gust. 40.
Herrmann, Hch. 189.
Herrmann, Wilh. 71.
Herrnbrodt, Karl, 150, 191.
Herrschaft, Pet. 166.
Hertkorn, Eberh. 176.
Hescher, Dr., Hans 80.
Hessel, Martin 160.
Hessinger, Fritz 149.
Heß, August 159.
Heß, Dr., August 215.
Heß, Georg 182.
Heß, Heinrich 16.
Heß, Ludwig 203.
Hetzel, Dr., Wilhelm 151, 182.
Heupt, Wilhelm 32.
Heyden, Karl 183.
Heyder, Karl 192.
Heyland, Dr., K. 32.
Hilbert, Karl 189.
Hildebrand, P. 196.
Hill, Walter 149.
Hillgärtner, H. 203.
Hilsdorf, Elis. 196.
Hilsdorf, Heinr. 80.
Himmler, Wilh. 195.
Hintenlang, G. 150.
Hirsch, Ernst Aug. 168.
Hirsch, Wilh. Hch. 32.
Hirschmann, Dr., Josef 149.
Hirth, Karl 176.
Hoch, Arthur 195.
Hoch, Johann 183.
Hoch, Luise 191.
Höchst, Georg 183.
Hock, Anna Elise 195.
Hock, Friedrich 32, 176.
Hock, Dr., Lothar 71.
Hoff, von, Elisabeth 79.
Hofferberth, H. 184.
Hoffmann, Marie 166.
Höfling, Dr., Theodor 215.
Hofmann, Adam 215.
Hofmann, Dr., F. 70.
Hofmann, Gottl. 71.
Hofmann III., Dr., Hans 195.
Hofmann, Heinr. 151.
Hofmann, J. H. 168.
Hofmann, Karl 165.
Hofmann, Ludw. 196.
Holler, Karl 176.
Holzigl, Gustav 165.
Hoops, Johannes 190.
Horn, Adolf M 180.
Horn, Michael 180.
Horn, Wilhelm 151.
Hornef, Heinrich 64.
Hornef, Dr., Josef 79, 149.
Hörr, Jakob 214.
Hotz, Leonhard 159.
Huber, Wilhelm 70.
Hubert, Adolf 189.
Hübner, Anton 181.
Hübner, Karl L. 189.
Hunecke, Wilh. 189.
Hunnenmörder, A. 166.
Hürter, Dr. Prof. 188.
Huth, Peter 159.
Huthmann, Fr. 149.
Hüthwohl, Joh. 151.

Jackel, Heinrich 39.
Jährling, Fried. 182.
Jäkel, Heinrich 32.
Jakob, Georg 160.
Jakob, Johannes 183.
Jakobi, Otto 191.
Janeke, Albert 191.
Jann, Dr., Karl 15.
Jehn, Dr., Prof. 188.
Immel, Johannes 182.
Immelt, Rudolf 164.
Jochum, Peter 152.
Jöckel, Otto 215.
Jockel, Philipp 72.
John, Franz 39.
Jost, Adolf 72.
Jost, Artur 6.
Jöst, Else 40.
Jost, Karl 215.
Jost, Peter 32.
Jost, Rudolf 6.
Jung, Alfred 15.
Jung, Friedrich 165.
Jung, Hermann 196.
Jung, Martin 8.
Jung, Rechnungsdirektor 168.
Jung, Wilhelm 79, 80.
Jüngling, Fr. A. 38.
Jungmann, Pet. 165.
Jüngst, Anneliese 37.

Kaiser, Heinrich 192.
Kaiser, Wilhelm 168.
Kalbfleisch, Amtsgerichtsrat 16.
Kalkhof, Erich 167.
Kaltenbach, Anna 189.
Kaltenhäuser, Ottilie Elis. Luise 154.
Kammer, Dr., Fr. 16.
Kämmerer, Dr., Fr. 15.
Kanka, Karl 181.
Kantzenbach, Dr., P. 152.
Kappes, Adam 214.
Kärcher, Alice 165.
Karner, Richard 192.
Kasper, Heinrich 176.
Katterfeld, Otto 8.
Katzenbächer, Marie 15.
Kaufmann, Gust. 182.
Kaul, Anna Lib. 164.
Kaul, Balthasar 164.
Kaul, Bertha 164.
Kaul, Friedrich 164.
Kaul, Rudolf 164.
Kauß, Dr., Ernst 158.
Kaut, Heinrich 203.
Kanser, Wilhelm 183.
Keil, Joh. 166, 176.
Keil, Katharina 150.
Keilbach, Jakob 204.
Keller, Anton 39, 176.
Keller, August 39.
Keller, Babette 216.
Keller, Franz 150.
Keller, Dr., Fr. 204.
Keller, Joh. 166.
Keller, Konrad 165.
Keller, Marg. 183.
Kessel, Jakob 196.
Kiel, Ernst 7.
Kierstein, Dr., F 215.
Kilian, Heinrich 151.
Kindhäuser, Fr. 72.
Kinkel, Otto 71.
Kinsberger, Dr., J. Karl 38.
Kirchner, Hugo 183.
Kirn, Barbara 191.
Kirn, Wilhelm 151.
Kissel, Johann 24.
Kißler, Otto 196.
Kittler, Dr., Erasmus 168.
Klausfelder, E. 180.
Klausfelder, E. Ph. 180.
Klee, Karl 191.
Klein, Erich 70, 190.
Klein, Dr., Otto Ferdinand 70.
Klein, Rudolf 160.
Kleinen, Ernst 72.
Kleinkopf, Fr. 160.
Kleinschmidt, Karl 15, 16.
Kleinschmidt, Theodor 215.
Kling, Georg 182.
Kling, Hans 79.
Klinger, Philipp 190.
Klingler, Ludw. 164.
Klingler, Val. J. 39.
Klöß, Adam 8.
Knab, Adam 183.
Knecht, Adam 40.
Knierim, Georg 187.
Knöll, Heinrich 40.
Knöpp, Wilhelm 80.
Knöß, Otto 15.
Köberer, Joh. Heinr. 160.
Köbler, Friedrich 166.
Köbler, Ludwig 181.
Koch, Dr., Friedr. 38.
Koch, Heinrich 182.
Koch, Karl 72.
Koch, Dr., Reinhard 16.
Koch, Wilhelm 150.
Koch, Theodor 167.
Kohl, Karl 168.
Koehler, Dr., Georg Wilhelm 184.
Köhler, Anna 204.
Köhler, Friedrich 16.
Köhler, Georg 32.
Köhler, Heinrich 164.
Köhler, Jakob 31.
Köhler, Peter Fr. 7.
Köhler, Philipp 159.
Kolb, Adam Franz 176.
Kolb, Wilhelm 190.
König, Adam 160.
König Georg 181.
König, Karl 152.
Konrad, Karl 182.
Köppel, Heinrich 192.
Korndörfer, Marg. 6.
Kornmesser, Dr., Ernst 72.
Körper, Peter 72.
Kötting, Ernst 166.
Kowarzik, Dr., Hans 203
Kraft, Wilhelm 164.
Krämer, Ad. 40, 168.
Krämer, Aug. K. 188.
Kramer, Georg 71.
Krämer, Dr., Ph. 79.
Kranz, Wilhelm 168.
Krapp, Willy 203.
Kratz, Otto 152.

Krausgrill, Dr., Arthur 204.
Krausmüller, Dr., Georg 168.
Krebs, Dr., Th. 7, 39.
Kremmelbein, Hch. 72.
Krepp, Magdalene 150.
Kreß, von, Auguste 168.
Kreuder, Wilhelm 16.
Krichbaum, Ad. 181.
Kriegbaum, Henriette 181.
Krieger, Mathilde 6.
Krimmel, Philipp. 6
Krimmelbein, W. 6.
Kröh, Leonh. P. 150.
Krohmann, Joh. 151.
Kröll, Wilhelm 168.
Krömmelbein, Hch. 203.
Krug, Ludwig 176.
Krug, Dr., Paul 15.
Krug, Wilhelm 16.
Krüger, Dr., Gg. 16.
Kruse, Wilhelm 203.
Küchler, Oberlandesgerichtsrat 189.
Kühl, Käthe 152.
Kuhn, Christian 38.
Kuhn, Ferdinand 39.
Kuhn, Georg 159.
Kuhring, Gertrud 158.
Kullmann, Fr. 40.
Kullmann, Dr., Fr. 190.
Künanz, Dr., H. 79.
Kunz, Albert 7.
Kurz, Heinrich 158.
Küster, Amanda 175.
Kutsch, Ernst 8.

Lahl, Friedrich R. 176.
Lambinet, Dr., Ludwig 190.
Lämmerhirt, Rovena 149.
Lampert, Heinr. 159.
Landmann, Hugo 7.
Landmann, Karl 8.
Lang, Georg 165.
Lang, Jakob Edm. 71.
Lang, Karl Gendarmeriehauptwachtmstr. 165.
Lang, Karl, Staatsanwalt 70.
Lang, Philipp 8.
Langermann, Dr., Georg 192
Langner, Anna 191.
Langner, Friedr. 190.
Latsch, Richard 150.
Lauckhard, Hch. 79.
Laudenberger, Ph. 167.
Lautenschläger, M. 166.
Lawaczeck, Dr., H. 7.
Lawall, August 159.
Leeder, Käthe 191.
Lehr, Friedrich 150.
Lehr, Hermann 190.
Lehr, Lina 165.
Lehr, Wilhelm 39.
Lehrhard Fr. 192.
Leiß, Sebastian 32.
Lemke, Paul 31.
Lemser, Dr., Otto 16.
Lennert, Fritz 168.
Lentz, Hermann 191.
Lenz, Helmut 78.
Lenz, Helmut, Ernst Wilhelm 78.
Leonhardt, Dr., W. 70.
Leun, Ludwig 8.
Levi, Max 204.
Levinger, Dr., A. 24.
Levy, Dr., Joseph 167.
Lewy, Dr., Julius 72.
Leydhecker, H. 183.
Lichtenstein, H. 149.
Liebermann, H. 215.
Liek, Anton 8.
Limberger, Elise 181.
Limpert, Gustav 24.
Lind, Dr., Erwin 151.
Link, Adam 149.
Listmann, Wilh. 38.
Listmann, Heinr. 31.
Litzius, Heinr. W. 38.
Loch, Heinrich 168.
Lohner, Anna M. 31.
Lohnes, Heinrich 215.
Lokotsch, Aloysia 150.
Loos, Dr., Fritz 192.
Loos, Wilhelm 80.
Lorenz, Adam 196.
Lorenz, Joh. Gg. 176.
Loth. Rich. Rob. A. 159.
Lotheisen, Berta 166.
Lotz, Ernst 191.
Löw, Dr., Heinrich 15.
Löw, Josef 181.
Löw, Leonhard 40.
Lückel, Gustav 168.
Lückel, Hermann 152.
Ludwig, Otto 38.
Ludwig, Valentin 160.
Lüft, Gottlieb 72.
Luft, Jakob 7.
Lust, Georg 39.
Lutteuberger, P. 6.
Lutz, Jakob 195.
Lutz, Dr., Jakob 150.
Lutz, Johannes 38, 176.
Lutz, Wilhelm 32.

Mach, Fritz 32.
Machwirth, Fr. 40.
Mai, Maria 191.
Maicher, Joh. 39.
Malzi, Elisabeth 149.
Mangold, Bertha 191.
Mann, Karl 71.
Mann, Otto 151.
Mannheimer, Dr., Albert 190.
Markwort, Aug. 176.
Martin, W. 168.
Marx, Karl 165.
Matthäi, Gertrud 191.
Matthäi, Dr., W. 168.
Matthes, Adam 165.
Matthes, Heinr. 191.
Mauer, Heinr. A. 78.
Mauer, Peter 166.
Maul, Georg 7, 32.
Maurer, Albert 175.
Maurer, Dr., Fr. 166.
Maus, Heinrich 168.
Mauter, Herm. 204.
Mayer, Dr., Aug. 15.
Mayer, Heinrich 38.
Mayer, Josef Ant. 37.
Mayr, Gertrud 168.
Mees, Ludwig 15.
Meinhard, Konr. 71.
Meister, Johannes 80.
Melior, Karl 192.
Menger, Karl 32.
Menges, Heinrich 167.
Menges, Dr., W. 15.
Mergott, Adolf 6.
Merkel, Heinrich 204.
Merker, Dr., E. 71.
Merle, Andreas 214.
Messinger, Fr. 168.
Metzler, Karl A. 160.
Metz, Albertine 216.
Metz, Dr., Karl 72.
Metz, Dr., Theodor 215.
Metzger, Franz 182.
Metzger, Ludwig 214.
Meyer, Elise 190.
Meyer, Eva 38.
Meyer, Ferdinand 165.
Meyer, Otto 180.
Michel, Hans 181.
Michel, Hans W. 181.
Michel, Heinrich 149.
Michel, Konrad 64.
Michel, Wilhelm in Darmstadt 150.
Michel, Wilhelm in Planig 15.
Mickel, Dr. Ernst 70.
Mickler, Karl 16.
Milek, Paul 176.
Mingenbach, Karl H. 188.
Mink, Ludwig 215.
Minor, Karl 176.
Möbus, Ludwig 165.
Mogk, August 151.
Mogk, Heinrich 191.
Mohr, Heinrich 176.
Moll, Joseph 40.
Mönnig, Friedr. 167.
Moos, Dr., Erwin 7.
Morgenroth, A. 204.
Mücke, Heinrich 152.
Muhl, Theodor 168.
Müller, Dr., Ad. 152.
Müller, Adolf E. 196.
Müller, Ernst 80.
Müller, Fritz 203.
Müller, Georg, Justizinspektor 38.
Müller, Georg, Lehrer 151.
Müller, Georg, Oberregierungsrat 167.
Müller, Dr., Gg. 64.
Müller, Heinr., Lehrer 181.
Müller, Heinr. Oberjustizsekretär 176.
Müller, Dr., Hch. 188.
Müller, Hermann 16.
Müller, Hugo 70.
Müller, Dr., H. 188.
Müller, Jakob, Lehrer 72.
Müller, Jak., Musikoberlehrer. 71.
Müller, Karl E. 183.
Müller, Karl H. 79.
Müller, Konr., Gendarmeriehauptwachtmeister 190.
Müller, Konr., Werkmeister 159.
Müller, Landgerichtsdirektor 16.
Müller, Leonhard 175.
Müller, Liselotte 78.
Müller, Lorenz 160.
Müller, Marg. 158.
Müller, Marie 78.
Müller, Michael 24.
Müller, Mich. K. 24.
Müller, Oskar 196.
Müller, Ph. Hch. 160.
Müller, Reinhard 15.
Müller, Wilhelm 159.
Münch, Friedrich 150.
Münch, Dr., Oberamtsrichter 190.
Münch, Richard 183.
Münk, Ernst 203.
Muth, Gefängnisvorsteher 160.

Nanz, Walter 16.
Nau, Hellmuth 165.
Nauheimer, Lina 64.
Nathan, Gg. M. 181.
Nees, Emil 182.
Neser, Rosine 150.
Neßling, Dr., K. 158.
Neubert, Heinr. 176.
Neuenhagen, Landgerichtspräsident 16.
Neumann, Joh. 71.
Neuroth, Ludwig 191.
Neutz, Pauline 175.
Nicolai, Karl 175.
Nicolai, Val. 160.
Nicolaus, Hch. 167.
Nieder, Georg 181.
Nies, Heinrich 190.
Nolde, Richard 190.
Noll, Maria, Handarbeitslehrerin 24.
Noll, Maria, Lehrerin 158.
Nörr, Dr. med. vet., Johannes 216.
Nuß, Johann 160.
Nußbickel, Gg. 182.

Obenauer, Karl 189.
Oberheim, Emil 203.
Oehlenschläger, J. 7.
Oestreich, Karl 203.
Oestreich, Konrad 165.
Ofenloch, Ad. J. 168.
Ohl, Jakob 39.
Ohl, Ludwig 196.
Old, Emil 176.
Olff, Ludwig 196.
Oppenheim, M. 16.
Oppenheimer, Dr., Hermann 79.
Oppenheimer, Dr., Max 168.
Oppenheimer, Dr., Salomon 79.
Orth, Adolf 196.
Orth, Dr., Herm. 215.
Ostheimer, Otto 175.
Otterpohl, Hedwig 181.
Otto, Augustin 168.
Otto, Dr., Eduard 168.
Otto, Karl 184.

Paul, Gustav 152.
Pauly, Christine 80.
Peil, Leonhard 182.
Peters, Theodor 70.
Peth, Martin 159.
Petith, Georg 160.
Petri, Joseph 40.
Petri, Ludwig 175.
Petry, Karl 167.
Pfannmüller, F. 40.
Pfeffer, Stephan 8.
Pfeiff, Georg 166.
Pfeiffer, Georg 70.
Pfeiffer, Magdal. 38.
Pfeil, Johannes 168.
Pfleger, Franz 31.
Philippi, Hugo 38.
Pieper, Heinrich 152.
Pieper, Marg. 215.
Pilger, Wilhelm 191.
Plenk, Dr., Josef 151.
Ploch, Ernst 182.
Ploch, Wilhelm 168.
Popp, Michael L. 159.
Port, Wilhelm 160.
Poth, Liselotte 164.
Prieß, Albert 7.

Quirin, Martin 6.

Raab, Ludwig 16.
Rasp, Dr., Joh. 196.
Rau, Wilhelm 184.
Rauber, Heinr. 175.
Rauch, Anna 15.
Rauch, Anna Marg. 15.
Rauck, Emma 80.
Rausch, Amtsgerichtsdirektor 16.
Rausch, Berthold 16.
Rausch, Peter 80.
Rautenbusch, Ph. 8.
Reckert, Anna 159.
Reeb, Dr., Wilhelm 72.
Reeg, Marie 64.
Reeg, Wilhelm 184.
Reh, Friedrich 167.
Reh, Karl 164.
Rehling, Heinr. 158.
Rehs, Matthäus 64.
Reichelt, Karl 191.
Reichert, Emma 166.
Rein, Dr., Georg 80.
Reinelt, Julius 184.
Reinhardt, Karl 203.
Reinheimer, W. 176.
Reiß, Wilhelm 203.
Reiter, Helene 150.
Reitz, Heinrich 8.
Reitz, Dr., Viktor 39.
Renkel, Wilhelm 176.
Rettig, Phil. Lud. 184.
Rettig, Wilhelm 214.
Reul, Heinrich 168.
Reuling, Fritz 72.
Reuning, Dr., E. 71.
Reuning, Karl 167.
Reusch, Richard 204.
Reuter, Ernst L. 204.
Reutter, Dr., Anton Hermann 203.
Reutzel, Dr., H. 184.
Rhumbler, Friedrich Karl Heinrich 8.
Richtscheid, Gg. 40.
Rieb, Karl 164.
Rieger, Heinrich 71.
Rienhardt, H. 215.
Ries, Emil 216.
Rieß, Anna 165.
Rieth, Anna 151.
Rinn, Ludwig 181.
Ripper, Jakob 190.
Ripper, Leonhard 32.
Ritzel, Heinrich 215.
Ritzert, Dr., Adam 8.
Ritzert, Dr., Gust. 15.
Ritzert, Ludwig 190.
Roddewig, Wilh. 149.
Rodenbach, Phil. 184.
Rodenbach, Wilh. 79.
Röder, Marie 15.
Röderer, Wilh. 80.
Roeder, Franz 184.
Roeschen, Ernst 71.
Röhrig, Wilhelm 166.
Röll, Dr., Julius 64.
Roloff, Dr., Hans 195.
Römer, Auguste 168.
Roos, Josef 151.
Rosenberg, Dr., Ernst 215.
Rößler, Dr., Hub. 215.
Roßmann, Berta 31.
Rötger, Hans 40.
Roth, Dina 165.
Roth, Emil 38.
Roth, Georg 38.
Roth, H., Lehrer 182.
Roth, H., Kanzlist 181.
Roth, Hermann 181.
Roth, Karl 191.
Roth, Wilhelm 8.
Rothschild, Ebo 181.
Rotté, Georg 168.
Rötter, Otto 191.
Rüdiger, Minna 64.
Rudolph, Servat. 40.
Ruhl, Bonaventur 160.
Rühl, Heinrich 181.
Rühmann, Christ. 150.
Runk, Ludwig 182.
Rupp, Philipp 167.
Rust, Fritz 38.
Ruthard, Franz 64.

Salzer, Wilhelm 40.
Sames, Hedwig 158.
Samper, Hubert 71.
Sander, Philipp 38.
Sang, Dr., Fritz 70.
Sang, Heinrich 191.
Sartorius, W. 204.
Saß, Ulrich 214.
Sattig, Jakob 204.
Sauer, Dr.-Ing. Bergrat 189.
Sauer, Dr., Eugen 8.
Sauer, Joseph 15.
Sauer, Wilhelm 181.
Schaaf, Hch., Förster 184.
Schaaf, Hch., Lehrer 70.
Schad, Dr., Rich. 38.
Schädel, Karl 6, 176.
Schader, Heinr. 216.
Schäfer, Adelheid 165.
Schäfer, Clara 166.
Schäfer, Edgar Waldemar 37.
Schäfer, Franz 160.
Schäfer, Fr. Gg. 151.
Schäfer, Fritz 176.
Schäfer, Heinrich 64.
Schäfer, Joh. Gg. 80.
Schäfer, Karl 182.
Schäfer, Karl H. 72.
Schäfer, Theodor 72.
Schäfer, Wilh., Gendarmeriehauptwachtmeister 214.
Schäfer, Wilh., Obersekretär 159.
Schäfer, Wilh., Verwaltungsinspektor 166.
Schäfer, Wilh. K. 70.
Schäffer, Dr., Emil 64, 168.
Schaffner, Ph. 181.
Schaffnit, Georg 8.
Schalk, Georg 214.
Schanz, Anna M. 31.
Scharmann, F. L. 216.
Schättler, Aug. 189.
Schell, Wilhelm 167.
Scherer, Christ. 188.
Scherer, J. Ch. 188.
Scherff, Ludwig 39.
Scheuer, Walter 80.
Scheuermann, Aug. 215.
Scheuermann, G. 15.
Scheuermann, Wilhelm 175.
Scheurer, Dr., A. 182.
Schick, Philipp 71.
Schiewe, Helm. K. 15.
Schilling, Jul. 40.
Schilling, K. Ch. 164.
Schilling, Emma 6.
Schimpf, Wilhelm 8.
Schläger, Adolf 160.
Schlaich, Ernst 203.
Schlapp, Joh. 159.
Schlapp, K. W. 78.
Schlapp, Dr., R 165.
Schlicht, Dr., Else 151.
Schlitt, Ludwig 150.
Schloos, Wilh. 176.
Schlörb, Wilhelm 71.
Schmahl, Phil. 195.
Schmalz, Friedr. 182.
Schmehl, Dr., Chr. 72.
Schmid, Karl H. 188.
Schmidt, Adam 159.
Schmidt, Dr., Ad. 152.
Schmidt, Ernst, Kanzlist 79.
Schmidt, Ernst, Landgerichtsdirektor 15.
Schmidt, Friedr. 38.
Schmidt, Fritz 196.
Schmidt, Georg 15.
Schmidt, Heinrich 70.
Schmidt, Joh. Peter Wilhelm 40.
Schmidt II., Karl 165.
Schmidt, Dr., K. 158.
Schmidt, Ludwig, Lehrer 160.
Schmidt, Ldw., Regierungsrat 31.
Schmidt, Otto 38.
Schmidt, Wilh., Amtsgehilfe 215.
Schmidt, Wilh., Polizeiverwaltungsass. 39.
Schmidt, Dr., Wilh. 15, 72.
Schmieder, Alb. 176.
Schmitt, Dr., Adam Joseph 64.
Schmitt, Aloys H. 6.
Schmitt, Elisabeth 79.
Schmitt, Jakob, Amtsgehilfe 151.
Schmitt, Jakob, Lehrer 168.
Schmitt, Joh. 160.
Schmitt, Konrad 216.
Schmitt, Maria 79.
Schmitt, Wilhelm in Gernsheim 165.
Schmitt, Wilhelm in Planig 15.
Schmitt, von der, K. 80.
Schmitz, Friedr. A. 46.
Schmitz, Julius 149.
Schmuttermaier, Dr., Amtsgerichtsdirektor 16.
Schneider, Dr., A. 38.
Schneider, Aug. 184.
Schneider, Ed. 16.
Schneider, Gust. 16.
Schneider, Dr., Gustav 72.
Schneider, Heinrich in Egelsbach 195.
Schneider, Heinrich in Frischborn 64.
Schneider, Heinrich in Worms 63.
Schneider, Heinrich Franz 195.
Schneider, J. L. 167.
Schneider, L. E. 188.
Schneider, Mar. 31.
Schneider, Phil. 167.
Schnell, Dr.-Ing., Fr. 190.
Schnell, Karl 6.
Schnellbacher, Aug. 168.
Schnittspahn, K. 159.
Schoch, Peter 15.
Schöck, Georg 166, 176.
Schöffer, Edg. W. 37.
Schoen, Eduard 190.
Schön, Dr., Fr. 192.
Schön, Wilhelm 15.
Schönell, Joh. H. 184.
Schönheit, Nich. 182.
Schöpf, Dr.-Ing., Clemens 182.
Schorn, Dr., Gg. 80.
Schott, Wilhelm 215.
Schreber, Ludw. 196.
Schreiber, Eug. 149.
Schreiber-Gastell, Dr., Rechtsanwalt 24.
Schrod, Adam 160.
Schröder, K. 189, 195.
Schröder, Otto 176.
Schrohe, Dr., H. 167.
Schroth, Adolf 151.
Schubert, Peter 181.
Schuchard, Gg. 80.
Schuchardt, Elli 181.
Schuchmann, Adam 8.
Schuchmann, Wilh., Lehrer 191.
Schuchmann, Wilh., Lehrer i. R. 192.
Schudt, Adolf 164.
Schultz, Fritz 159.
Schulz, Karl 168.
Schumann, D. Dr., Friedrich Karl 80.

Schüßler, Christ. 165.
Schutt, Ernst Fr. 191.
Schüttrumpf, G. 189.
Schütz, Hans 191.
Schwab, Georg 71.
Schwally, Josef 168.
Schwamb, Lud. 39, 196.
Schwan, Berthold 16.
Schwarz, Otto 32.
Schwarz, Dr., O. 192.
Schwedes, Hans 181.
Schwemmler, Dr., Ferdinand 192.
Schwinn, Peter 176.
Schwörer, Erich 80.
Scriba, Paul 70.
Seeber, Ernst 71.
Seeger, Ernst 40, 168.
Seeger, Jakob 183.
Seehaus, Joh. 64.
Sehring, Joh. Th. 6.
Sehrt, Georg Heinrich Ludwig 152.
Seibel, Hch. Jak. 71.
Seibert, Martin 159.
Seibert, Wilh. 204.
Seim, Konrad 184.
Seip, Ludwig 184.
Seip, Luise 159.
Seipp, Wilhelm 158.
Sellheim, Eduard 150, 196.
Seyffarth, Fr. 31.
Seyfried, Dr., U. 151.
Siegler, Adam 64.
Simon, Oberlandesgerichtsrat 16.
Simon, Wilhelm. 189.
Sinn, Heinrich 183.
Sinsel, Josef 166.
Sopp, Karl 38.
Spaar, Philipp 181.
Spahr, Dr., Ludw. 7.
Spamer, Gustav 38.
Speckhard, Phil. 72.
Sperling, Fortunatus 159.
Spielmann, Karl G. 184.
Spitz, Emilie 32.
Spohr, Dr., Kurt 215.
Spreitzer, Kaspar 166.
Sprenger, Käthe 191.
Sprockhoff, Dr., Direktor 71.
Staat, Joseph 184.
Stahl, Arthur 192.
Stauß, Georg 160.
Stay, Ernst Ludwig 7.
Steigmaier, A. 167.
Stein, Franz 168.
Stein, Dr., Karl 72.
Steinberger, K. 192.
Steinberger, L. 40.
Steinbrink, O. 165.
Steinhauer, H. 175.
Steinmann, P. 165.
Stelz, Martin 214.
Stempel, Karl 40.
Stenner, Eva 24.
Stern, Wilhelm 182.
Stieh, Paul 31.
Stöck, Franz Hch. 152.
Stöckler, Adolf 159.
Stomptner, Fr. 214.
Stoppelkamm, Karl 176.
Stör, Heinrich 203.
Storf, Adam 168.
Storf, Friedrich 165.
Storf, Philipp 160.
Stotz, Dr., Otto 80.
Strack, Walter 16.
Straub, Dr., Otto 72.
Streuber, Joh. 203.
Strößinger, F. 191.
Stumpf, Joh. 176.
Stumpf, Karl 165.
Stumpf, Valentin 175.
Stumpff, Dr., A. 181.
Sturm, Philipp 176.
Stürmer, Joh. 176.
Sturmfels, O. 215.
Suder, Dr., Gg. Jos. Adolf 203.
Süffert, Ernst K. 8.
Szczerbowski, Fr. 38.

Theiß, Wilhelm 176.
Thierolf, Hch. 39.
Thierolf, Leonh. 183.
Thomas, August 71.
Thum, Karl 72.
Thüre, Adolf 150.
Thurn, Burkhard 16.
Tilly, Wilhelm 159.
Tölg, Felix 31.
Töppel, Hans 189.
Trapp, Dr., Rich. 183.
Trautmann, A. 192.
Treß, Karl 165.
Treusch, Georg 189.
Trier, Heinrich 165.
Trinkaus, Aug. 196.
Trommershäuser, Wilhelm 175.
Trümpert, Landgerichtsrat 150.
Tüscher, Georg 189.

Udluft, Ernst 71.
Uhrig, Heinrich 191.
Uhrig, Dr., Karl 40.
Uhrig, Otto 196.
Uihlein, Hans 149.
Untermayer, M. 64.
Upken, Siegfried 183.
Urich, Friedrich 64.
Usinger, Dr., F. 31.
Usinger, Dr. K. 192.

Velten, Jakob, Kanzlist 80.
Velten, Jakob, Steiger 167.
Vetter, Franz 166.
Vetter, Peter 38.
Vetter, Richard 79.
Vetzberger, Gust. 16.
Vogel, Johann 32.
Vogel, Dr., Landgerichtsrat 168.
Vogel, Leonhard 150.
Vogel, Peter 192.
Vogel, Waldemar 189.
Vogler, Rudolf 181.
Vogt, Johannes 72.
Volk, Emilie 149.
Volk, Wilhelm 150.
Volkheimer, E. 192.
Volkheimer F. 71.
Voltz, Heinrich 71.
Voltz, Dr., Ludw. 40.
Volz, Albert 190.
Volz, Heinrich 8.
Volz, Ludwig 38.
Völzing, Heinr. 15.
Vonderschmitt, Fr. 168.
Voos, Heinrich 79.

Waas, Dr., Chr. 191.
Wachtel, Fritz 16.
Wagner, Friedrich, Gerichtsvollzieher 64.
Wagner, Fr., Oberrechnungsrevisor 191.
Wagner, Georg 38.
Wagner, Heinr. 71.
Wagner, Dr., H. 32.
Wagner, Herm. 40.
Wagner, Dr., Obermedizinalrat 188.
Wagner, Wilh. 159.
Wall, Luise Chr. 149.
Walldorf, Georg 166.
Wallenstein, A. 159.
Wallerstein, J. 24.
Wallerstein, Isaak Kurt 24.
Walter, Edith 166.
Walter, Friedr. 182.
Walter, Otto 165.
Walther, Dr., A. 72.
Walther, H. 15, 176.
Walther, Otto 151.
Walz, Max 176.
Wassem, Herm. 216.
Weber, von, Dr., E. 64.
Weber, Emil W. 165.
Weber, Georg 204.
Weber, Philipp 183.
Weber, Valentin 8.
Weber, Wilhelm 151.
Weck, Ludwig 168.
Weckler, Phil. 176.
Wehner, Dr., W. 196.
Wehrle, Marie 15.
Weihert, Phil. 176.
Weil, Elisabeth 196.
Weil, Lina 6.
Weiland, Fr. Seb. 15.
Weiler, Franz 191.
Weimar, Adam 160.
Weinberg, Abrah. 40.
Weiner, Dr., K. 190.
Weinmann, M. 158.
Weisel, Heinrich 72.
Weiß, Christian 182.
Weiß, Gustav 16.
Weiß, Max 183.
Weißbäcker, L. E. 188.
Weith, Karl Ph. 182.
Weitz, Dr., Ernst 196.
Wenck, Dr. Friedrich August 70.
Wendecker, Rud. 189.
Wendel, Dr., Ernst Ludwig 181.
Wendel, Franz 150.
Wendel, Heinrich 175.
Wenner, Ludwig 31.
Wenzel, Heinrich 39.
Wenzel, Joh. 176.
Wenzel, Dr., R. 189.
Weppler, Dr., Paula 189.
Werner, Ludwig 184.
Werner, Wilh. 168.
Wesp, Wilhelm 7.
Wessinger, Else 6.
Wetteroth, Ad. 31.
Wettlaufer, O. 191.
Wetzel, Valentin 40.
Weyl, Hermann 8.
Wick, Heinrich 149.
Wiedekind, J. 176.
Wiegand, Phil. 176.
Wienkopp, A. 196.
Wilhelm, Gg. 79, 191.
Wilhelm, Jakob 6.
Willich, von, F. 216.
Willmann, Dr., Ludwig 168.
Wingert, Konrad gen. Karl 190.
Wink, Christ. 32, 176.
Winkler, Emma 31.
Winkler, Franz 204.
Winkler, Fr. W. 38.
Winter, Georg 151.
Winter, Heinr. 190.
Winter, Jacob 38.
Winter, Josef 215.
Wirth, Erh. Mich. 180.
Wirth, Hans J. 180.
Wißmann, Erwin 7.
Wißmann, Dr., Willy 152.
Wittmann, Gg. 159.
Woenckhaus, Dr., E. 7.
Wohlfarth, Aug. 38.
Wohlfarth, J., Gendarmeriehauptwachtmeister 150.
Wohlfarth, J., Kanzlist 38.
Wolf, Albert 160.
Wolf, Friedrich 64.
Wolf, Konrad 71.
Wolf, Wilhelm 159.
Wolff, Hans 160.
Wollgast, Erich 150.
Wörner, Karl 159.
Wörth, Friedrich 15.
Wünzer, Karl Emil Rudolph 72.
Würth, Eduard 64.
Würth, Erwin 16.
Würth, Johannes 8.

Zahn, Valentin 32.
Zehnpfenning, Magdalene 183.
Zeiger, Dr., Ph. 183.
Zernikow, Wilh. 7.
Zieprecht, Heinr. 216.
Zimmer, Amend 80.
Zimmer, Eugen 191.
Zimmer, Fritz 165.
Zimmer, Georg 164.
Zimmer, Otto aus Darmstadt 180.
Zimmer, Otto aus Grebenau 151.
Zimmer-Emden, Georg 164.
Zimmermann, Ad. 160.
Zimmermann, Hch. 150.
Zimmermann, M. 39.
Zink, Joh. Peter 8.
Zirbus, Albert 79.
Zörb, Friedrich 64.
Zorn, Philipp 149.
Zotz, Martin 15.
Zulauf, Karl 31.

Genossenschaftsdruckerei und Buchhandlung Darmstadt.